

Edina Paleviq

**Die Rolle der montenegrinischen
Zivilgesellschaft im Rahmen des EU-
Beitrittsverfahrens**

Dissertation

2024

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Interdisziplinäre Doktorschule
Leiterin der Doktorschule: Prof. Mag. Dr. Ellen Bos

Edina Paleviq

Die Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens

Dissertation

Betreuerin:

Dr. Christina GRIESSLER

Promotionsausschuss:

Vorsitzende:

Prof. Dr. Ellen Bos

Gutachter:innen:

Prof. Dr. Natasha Wunsch

Dr. Vedran Džihić

Mitglieder:innen:

Dr. Herbert Küpper

Dr. Hrvoje Paic

Dr. Armina Galijas

DP Dr. Mariano Barbato

Ersatzmitglieder:

Dr. Melani Barlai

Dr. Armina Galijas

Jänner 2024

Danksagung

Mit dem Abschluss meiner Dissertation erfüllt mich eine tiefe Dankbarkeit gegenüber all jenen, die mich während dieser herausfordernden Reise begleitet, unterstützt und inspiriert haben.

Ich möchte meiner Doktormutter, Frau Dr. Christina Griessler, einen besonderen Dank aussprechen. Mit ihrer unermüdlichen Hingabe und ihrem tiefen Fachwissen hat sie mich durch die vielen Herausforderungen dieses Prozesses geführt. Ihre Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu erfassen und verständlich zu vermitteln, hat mir immense Unterstützung geboten.

Ebenso möchte ich mich aufrichtig bei den Professor:innen der Andrassy Universität Budapest bedanken, die mich sowohl während meines Masterstudiums als auch während meiner Promotion begleitet und unterstützt haben. Ihre fachliche Kompetenz und Hingabe haben einen bedeutenden Beitrag zu meiner persönlichen und beruflichen Entwicklung geleistet. Die wertvollen Beiträge und Anregungen haben meine Denkweise nachhaltig geprägt.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an die Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich die Zeit genommen haben, sich persönlich mit mir zu treffen oder an virtuellen Sitzungen über Zoom teilzunehmen. Die Zusammenarbeit und der Austausch mit Ihnen waren äußerst bereichernd.

Meine Anerkennung und Wertschätzung gelten ebenso meinen Freund:innen und Kolleg:innen, deren Unterstützung und Inspiration für meine Forschung und mein Denken von unschätzbarem Wert waren. Besonders jenen Freund:innen, mit denen ich tiefgründige Diskussionen über politische und soziale Themen geführt habe, möchte ich danken. Diese Gespräche haben nicht nur meine intellektuellen Grenzen erweitert, sondern auch meine Arbeit in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext gestellt.

Ein aufrichtiger Dank geht an meine Familie, die mich bedingungslos unterstützt hat und mir die Freiheit gegeben hat, meine Forschung und mein Denken zu entfalten. Ihre Liebe und Unterstützung haben mich stets daran erinnert, wie tief und bedingungslos ich geliebt werde. Die Weisheit und Ratschläge meiner Familie haben mir geholfen, die Herausforderungen des Lebens zu meistern und meine Ziele zu erreichen.

Abschließend möchte ich diese Dissertation den Familienmitgliedern und Freund:innen widmen, die nicht mehr unter uns sind und leider nicht die Möglichkeit hatten, meine Promotion zu erleben. Ihr unermüdliches Engagement für meine Bildung und Karriere hat mich tief geprägt und motiviert. Ihre Liebe und Inspiration werden für immer in meinem Herzen sein, und ich hoffe, ihr Vermächtnis durch diese Arbeit in gewisser Weise ehren zu können.

Erklärung zur Dissertation

Hiermit bestätige ich, dass die vorliegende Dissertation eigenständig verfasst wurde und ich ausschließlich die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Jegliche wörtliche oder inhaltliche Übernahme wurde entsprechend gekennzeichnet.

Des Weiteren versichere ich, dass diese Dissertation ausschließlich im Rahmen dieses Promotionsverfahrens eingereicht wurde und zuvor keine gescheiterten Promotionsverfahren stattgefunden haben. Es liegt gegen mich kein Verfahren zur Aberkennung des Dokortitels vor, und mir wurde zuvor kein Dokortitel aberkannt.

Ort, Datum _____

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	11
1.1 Problemstellung und Zielsetzung der Studie	11
1.2 Forschungsstand	14
1.3 Forschungsfragen und Hypothesen	20
1.4 Aufbau der Arbeit und Methodisches Vorgehen	22
1.5 Eingrenzung der Arbeit	29
1.6 Quellen.....	32
I Begriffliche und Theoretische Grundlagen.....	37
1 Demokratische Transition und Konsolidierung als Phasen des Systemwechsels	37
1.1 Transitionsphasen	39
1.1.1 Prä-Transition.....	40
1.1.2 Liberalisierung	41
1.1.3 Demokratisierung	42
1.1.4 Konsolidierung	43
1.2 Konzept der Demokratie	52
1.3 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	55
2 Begriffe und Theorien der Europäisierung.....	60
2.1 Europäisierung: Definition und Auswirkungen	61
2.2 Theoretische Ansätze und Erklärungsmodelle der Europäisierung	62
2.2.1 Rationalistischer Institutionalismus – <i>logic of consequences</i>	65
2.2.2 Konstruktivistischer Institutionalismus – <i>logic of appropriateness</i>	67
2.3 Das Wesen der EU-Konditionalität.....	69
3 Konzept der Zivilgesellschaft.....	74
3.1 Die evolutive Entwicklung der Zivilgesellschaft.....	75
3.2 Die Ambiguität der Zivilgesellschaft: Eine multidimensionale Analyse	77
3.2.1 Terminologische Vielfalt der Zivilgesellschaft.....	81
3.3 <i>Bottom-up-</i> und <i>Top-down-</i> Theorien der Zivilgesellschaft.....	84
3.4 Die Auswirkungen von kommunistischen Vermächtnissen auf die Zivilgesellschaft	87
3.5 Zivilgesellschaft und Transition	92
3.5.1 Zivilgesellschaft in den Phasen der Transition.....	94
3.6 Funktionen der Zivilgesellschaft zur Demokratisierung.....	97
3.7 Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft.....	102
3.8 Policy-Cycle-Prozesse	106

4 Zivilgesellschaft und der EU-Beitrittsprozess	115
4.1 Die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und EU-Kommission.....	119
4.2 Europäisierung der Zivilgesellschaft	122
4.3 Finanzierung der Zivilgesellschaft.....	127
5 Zwischenfazit und Untersuchungsansatz.....	132
5.1 Rückblick und Reflexion	132
5.2 Methodik und Analysemodell.....	137
II Fallbeispiel: Montenegro	141
1 Die Gründung eines States: Geschichtlicher Hintergrund.....	141
1.1 Die Transition in Montenegro.....	147
1.1.1 Die Erste Transition	150
1.1.2 Die zweite Transition	154
1.2 Die Evolution der Zivilgesellschaft	161
1.2.1 Zivilgesellschaft in der ersten Phase der Transition.....	165
1.2.2 Zivilgesellschaft in der zweiten Phase der Transition.....	168
2 Politische Neuordnung nach der Unabhängigkeit - Europäisierungsphase.....	173
2.1 Das politische System	174
2.1.1 Verfassung und rechtlicher Rahmen	175
2.1.2 Legislative Gewalt – Parlament	178
2.1.3 Exekutive Gewalt – Regierung	182
2.1.4 Staatsoberhaupt – Präsident:in	184
2.1.5 Judikative	186
2.1.6 Parteiensystem.....	191
2.2 Politische Kultur und politische Partizipation	196
3 Europäische Integration.....	201
3.1 Verhandlungskapitel	203
3.2 Institutioneller Rahmen der Verhandlungskapitel - Verhandlungsstruktur	213
3.3 Institutionen und Organisationen in den Verhandlungsgruppen:	222
4 Zivilgesellschaft in der Europäisierungsphase	238
4.1 Gesetzlicher Rahmen der Zivilgesellschaft.....	240
4.2 Handlungsfelder.....	246
4.2.1 Gesellschaftlicher Veränderungsbedarf und die Gründung einer Organisation.	249
4.2.2 Zivilgesellschaftliche Aktivitäten - Herausforderungen und Initiativen.....	251
4.2.3 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen.....	254

4.2.4 Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen	258
4.5 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierung .	262
4.5.1 Dynamik der Demokratie - Die Rolle der Zivilgesellschaft im Kontext politischer Veränderungen	270
4.5.2 Transparenz der Regierung	273
4.5.3 Kritik an die Regierung als treibende Kraft für Veränderung?	277
4.6 Der Einfluss des EU-Beitrittsprozesses auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen	282
4.6.1 Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Verhandlungsgruppen	287
4.6.2 Herausforderungen und Perspektiven der Zivilgesellschaftsbeteiligung in den EU-Verhandlungsgruppen.....	291
4.6.3 Kooperation zwischen EU-Institutionen und den montenegrinischen zivilgesellschaftlichen Organisationen.....	293
5 Zusammenfassung	298
5.1 Schlussfolgerungen	298
5.2 Diskussion.....	308
5.3 Anmerkungen.....	310
Literaturverzeichnis.....	313
Fragebogen und Übersicht der Interviewpartner:innen.....	343
Abbildungsverzeichnis	345
Tabellenverzeichnis.....	346
Abkürzungsverzeichnis	347

1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Zielsetzung der Studie

Die im Rahmen des Thessaloniki-Gipfels im Jahr 2003 von der Europäischen Union (EU) gemachte Zusage bezüglich einer möglichen Mitgliedschaft der Westbalkanländer ist nicht nur in wissenschaftlichen Abhandlungen präsent, sondern auch auf einschlägigen Konferenzen wird sie so häufig behandelt, dass sie mittlerweile als schwer realisierbar betrachtet wird. Bedauerlicherweise hat diese politische Verpflichtung in der praktischen Umsetzung an Glaubwürdigkeit verloren, und der einst optimistische Idealismus wird zunehmend von einer realistischeren Einschätzung abgelöst. Es scheint immer weniger wahrscheinlich, dass eine derartige Mitgliedschaft in absehbarer Zukunft tatsächlich realisiert werden kann. Diese pessimistische Entwicklung resultiert vor allem aus der Kritik, dass die Union bei ihren Demokratisierungsbemühungen Stabilität über Demokratie in den Westbalkanländern gestellt hat. Die Priorisierung dieser Stabilität gewährte ethnopopulistischen und autoritären Kräften in einigen der Westbalkanländer genügend Spielraum, um politische Übergänge zu stören. Die systematische Neigung zur Stabilität hat die transformative Wirkung der EU in dieser Region erheblich geschwächt und ihre Glaubwürdigkeit im Umgang mit dem Westbalkan untergraben. Die aktuelle Lage der EU-Erweiterung auf dem Westbalkan ist durch wachsende Unsicherheit gekennzeichnet, nach beinahe zwei Jahrzehnten des Beitrittsprozesses und zahlreichen unterschiedlichen Erweiterungsmethoden seitens der Europäischen Kommission. Trotz offensichtlicher Schritte der Westbalkanländer in Richtung EU-Integration bleibt eine konkrete Vorhersage über den Zeitpunkt der Mitgliedschaft aus. Diese Stagnation lässt sich auf zwei Seiten zurückführen: Einerseits fehlt es der EU offenbar an der notwendigen Ambition, die erforderlichen Veränderungen für neue Mitgliedschaften vorzunehmen. Diese Zurückhaltung ist wenig überraschend angesichts der zahlreichen Krisen, mit denen die Union in den letzten Jahren konfrontiert war, von der Finanz- und Wirtschaftskrise über die Migrations- und Flüchtlingskrise bis hin zum Aufstieg des Populismus und Euroskeptizismus. Auf der anderen Seite wird der Erweiterungsprozess durch die Unfähigkeit der Westbalkanländer behindert, die von der EU festgelegten Beitrittskriterien zu erfüllen. Das Dilemma, dass die EU politisch nicht

bereit ist, sich zu erweitern, während die potenziellen Kandidaten politisch nicht bereit sind beizutreten, schafft Unsicherheit und Zweifel in der Region. Angesichts dieser Entwicklungen neigen einige Länder des Westbalkans dazu, sich von der europäischen Perspektive abzuwenden und alternative Wege zu erkunden. Diese Abkehr wird verstärkt durch die Präsenz mächtiger nicht-westlicher Drittländer wie Russland, China, der Türkei und den Golfstaaten, die diese Länder in verschiedenen Bereichen unterstützen. Angesichts dieser herausfordernden Dynamik ist es von entscheidender Bedeutung, dass die EU ihre Erweiterungspolitik wieder in den Fokus rückt. Andernfalls könnten nicht nur das Machtgleichgewicht der internationalen Akteure, sondern auch die geostrategische Stabilität in der Region beeinträchtigt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Finanzkrise, Migration, Populismus, die Pandemie und vor allem des Kriegs in der Ukraine ist eine konstruktive Herangehensweise der EU erforderlich, um ihre Rolle als Motor für Stabilität und positive Veränderung in der Region zu bewahren. Die Dringlichkeit, der EU beizutreten, wird durch den Krieg in der Ukraine, der die gesamte Region beeinflusst, noch weiter verstärkt. Doch die Förderung der Rechtsstaatlichkeit auf dem Westbalkan scheint nur oberflächliche Veränderungen zu bewirken und die politischen Eliten der Region weiterhin die Kontrolle ausüben, um ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu schützen. In Anbetracht dieser Herausforderungen muss die EU ihre Strategien überdenken, um effektiv auf die Entwicklungen in der Region reagieren zu können. Es ist unerlässlich, dass die EU nicht nur die Westbalkanländer ermutigt, notwendige Reformen voranzutreiben, sondern auch selbst den politischen Willen und die Ambitionen aufbringt, um die Erweiterungspolitik zu einer Priorität zu machen und die grundlegenden Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen. Andernfalls könnte nicht nur der EU-Beitrittsprozess, sondern auch das langfristige Ziel einer stabilen und prosperierenden Region in Gefahr geraten.

Inmitten der aktuellen Herausforderungen auf dem Westbalkan spielt die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Förderung demokratischer Werte und dem Schutz grundlegender Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dies gewinnt besonders an Bedeutung vor dem Hintergrund zunehmender Unsicherheit im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung und den damit verbundenen Herausforderungen. Die jungen, noch unerfahrenen Demokratien in der Region, die erst in den 1990er Jahren entstanden sind, stehen vor einzigartigen Schwierigkeiten, da ihnen die Erfahrungen fehlen, auf die sie zurückgreifen können. Besonders in Montenegro, wo verschiedene Nationalitäten zusammenleben und tiefe politische Polarisierung die Landschaft prägt, ist die Situation komplex. Bis August 2020 gab es über mehr als drei Jahrzehnte hinweg eine konstante Regierung. Seitdem hat das Land jedoch einen markanten

Wandel erlebt, indem es von einer anhaltenden politischen Kontinuität zu häufigen Wechseln in der Regierungsführung übergegangen ist. Dieser drastische Übergang birgt nicht nur Chancen, sondern auch Herausforderungen für die demokratische Entwicklung des Landes sowie für demokratische Institutionen und den EU-Beitrittsprozess.

Im Jahr 2011 führte die Europäische Kommission einen innovativen Ansatz ein, um die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den EU-Beitrittsverhandlungen zu fördern. Dieser Ansatz schlägt vor, dass zu Beginn der Verhandlungen mit einem Land die Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) sowie Kapitel 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) eröffnet werden sollen. Diese beiden Kapitel werden somit frühzeitig im Verhandlungsprozess aufgeschlagen. Dabei möchte die EU-Kommission sicherstellen, dass das betreffende Land von Anfang an auf EU-Standards im Bereich Rechtssystem, Grundrechte und Sicherheit zusteuert. Im Rahmen dieses neuen Ansatzes überwacht die EU-Kommission die übernommenen Verpflichtungen und den Fortschritt in den Kapiteln 23 und 24 während des gesamten Verhandlungsprozesses. Das übergeordnete Ziel besteht darin sicherzustellen, dass das Land die erforderlichen Reformen umsetzt und die geforderten Standards erreicht. Es ist wichtig zu betonen, dass die Verhandlungen erst abgeschlossen werden können, wenn sowohl Kapitel 23 als auch Kapitel 24 erfolgreich bearbeitet und geschlossen wurden. Die Fortschritte in den Kapiteln 23 und 24 bilden einen entscheidenden Einflussfaktor für das gesamte Tempo des Verhandlungsprozesses. Die EU beabsichtigt, sicherzustellen, dass beitretende Länder die notwendigen Standards in den Bereichen Justiz, Grundrechte, Freiheit und Sicherheit erfüllen, bevor sie vollständige EU-Mitglieder werden können. Montenegro hat als erstes Land in der Region diesen neuen Ansatz bei den EU-Verhandlungen übernommen und die Zivilgesellschaft in alle 33 Verhandlungskapitel einbezogen. Trotz der sich rasch entwickelnden politischen Lage in Montenegro bleibt die kontinuierliche Integration der Zivilgesellschaft in den Entscheidungsprozess eine anhaltende Herausforderung. Dieser Mangel könnte sich negativ auf die Legitimität und Effektivität des EU-Beitrittsprozesses auswirken. Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor ist das mögliche Vorhandensein demokratischer Defizite, insbesondere im Kontext von Korruption und unzureichender Transparenz.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es entscheidend, dass die Zivilgesellschaft eine aktivere Rolle bei der Gestaltung politischer Entscheidungen übernimmt. Dies erfordert nicht nur eine Stärkung ihrer institutionellen Kapazitäten, sondern auch eine Erhöhung der politischen Partizipation und einen verstärkten Dialog mit den Entscheidungsträger:innen. Die Herausforderungen, denen die Zivilgesellschaft in diesem System gegenübersteht, sind dabei vielfältig.

Das Hauptziel dieser Studie besteht darin, das Verständnis für die Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Kontext des EU-Beitrittsverfahrens zu vertiefen. Die Forschung strebt an, einen Beitrag zur Erweiterung des Wissens über die Wechselwirkungen zwischen Zivilgesellschaft, dem EU-Beitrittsprozess und der politischen Entwicklung in Montenegro zu leisten. Durch die Integration von Theorien, Methoden und empirischen Ergebnissen soll ein tiefes Verständnis für die Zivilgesellschaftsrolle in diesem Kontext erreicht werden. Die vorliegende Analyse beleuchtet die Herausforderungen und Chancen des EU-Beitrittsprozesses von Montenegro und trägt so zur wissenschaftlichen Diskussion bei. Wichtig ist zu betonen, dass diese Arbeit eine kritische und fundierte Analyse anstrebt. Die detaillierte Präsentation und eingehende Diskussion der angewandten Methoden, zugrundeliegenden Theorien und Forschungsergebnisse trägt dazu bei, die Verlässlichkeit und Überzeugungskraft der Studie zu gewährleisten.

1.2 Forschungsstand

Die vorliegende Dissertation widmet sich der komplexen Thematik der Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens. Diese Forschung stellt eine facettenreiche und weitreichende Untersuchung dar, die auf bestehenden Erkenntnissen und vorangegangener Forschung aufbaut. Ein wesentlicher Fokus liegt dabei auf dem historischen Hintergrund, welcher die montenegrinische Gesellschaft maßgeblich geprägt hat. Die Zivilgesellschaft in Montenegro steht vor zahlreichen Herausforderungen, die aus einer komplexen und vielschichtigen Geschichte resultieren. Ein zentrales Element für die nachfolgende Analyse ist der Mangel an einer ausgeprägten Tradition der Zivilgesellschaftsbeteiligung, der auf historische Gegebenheiten zurückzuführen ist. Dieser historische Kontext ist entscheidend, um die gegenwärtige Situation der montenegrinischen Zivilgesellschaft angemessen zu verstehen. Die historischen Gegebenheiten haben nicht nur die Strukturen der Zivilgesellschaft geformt, sondern beeinflussen auch die Erwartungen an demokratische Prozesse in Montenegro. Die Abwesenheit einer fest etablierten Tradition der Zivilgesellschaftsbeteiligung führt dazu, dass die Erwartungen an demokratische Prozesse auf eine spezifische Weise geprägt sind. In einer Zeit, in der von demokratischen Ländern verstärkt eine starke Rechtsstaatlichkeit und ein effektives zivilgesellschaftliches Engagement gefordert werden, sieht sich Montenegro der Herausforderung gegenüber, historisch gewachsene

Strukturen zu überwinden und gleichzeitig den Anforderungen moderner demokratischer Standards gerecht zu werden.

Die vorliegende Dissertation trägt dazu bei, dieses komplexe Geflecht von historischen Einflüssen, strukturellen Herausforderungen und den aktuellen Erwartungen an demokratische Prozesse in Montenegro zu entwirren. Durch die Verknüpfung mit existierenden Forschungen entsteht ein umfassendes Verständnis für die Dynamiken der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses. Das Ziel dieser Forschung besteht darin, bestehende Forschungslücken zu schließen und vertiefte Einblicke in die Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Kontext des EU-Beitrittsverfahrens zu gewähren. Dies wird durch die kritische Analyse bisheriger Literatur und die Identifizierung von Aspekten, die bisher unzureichend beleuchtet wurden, erreicht.

Der initiierte Abschnitt der Literaturrecherche zielt darauf ab, ein umfassendes Verständnis der generellen Entwicklungen auf politischer und sozialer Ebene in der Region zu gewinnen. Das Werk „*The Europeanisation of the Western Balkans: A Failure of EU Conditionality?*“ (Dzankić und Keil 2019) wirft einen Blick auf die politischen Räume der westlichen Balkanstaaten, darunter Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo, Nordmazedonien und Albanien, während des EU-Beitrittsprozesses. Die verschiedenen Autor:innen analysieren, wie diese Räume geformt, verwaltet und transformiert werden. Ihre Argumentation betont, dass die EU-Bedingungen im Westbalkan in Bezug auf soziale Veränderungen nicht effektiv sind. Dies resultiert aus der kontroversen Übertragung von Regeln, beeinflusst durch lokale Veto-Spieler und tiefgreifende historische Lasten. Das Buch untersucht spezifische Politikbereiche, die im Erweiterungsprozess eine Rolle spielen und in unterschiedlichem Maße in die Beitrittskriterien integriert wurden. Ebenso wird die EU-Außenpolitik in den Bereichen postkonfliktliche Stabilisierung, Demokratisierung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse legen nahe, dass die EU-Bedingungen aufgrund von lokalen Vetos und historischen Belastungen nicht die erhoffte Effektivität in Bezug auf sozialen Wandel aufweisen. Die kontroverse Regelübertragung beeinflusst nachhaltig die politischen Räume der westlichen Balkanstaaten. Ein weiteres Werk, „*Europeanization by Rule of Law. Implementation in the Western Balkans*“ (Kmezić 2019), beschäftigt sich mit den Herausforderungen der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und dem EU-Beitritt auf dem Westbalkan. Es betrachtet Europäisierung als einen politisch gesteuerten Prozess, bei dem EU-Institutionen, Regeln und politische Entscheidungsprozesse die Rechtssysteme, institutionellen Mechanismen und die Schaffung kollektiver kultureller Identität in Nicht-EU-Mitgliedsstaaten beeinflussen. Die zentrale

Forschungsfrage dieses Werkes ist, ob die EU-Institutionen einen Einfluss auf die Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit in den Westbalkanländern haben und wenn ja, welcher Art dieser Einfluss ist. Während des Überwachungsprozesses der Kandidatenländer bezüglich der Kopenhagener Konditionalitätskriterien hinsichtlich effektiver Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Grundsätze testet und kritisiert die EU-Kommission die Wirksamkeit der Rechtsstaatlichkeit in der Justiz. Das Hauptaugenmerk des Buches liegt auf der Justizreform in fünf Fallstudienländern: Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien. Obwohl sowohl akademische Forschung als auch demokratische Politik die Rechtsstaatlichkeit als legitimierendes Prinzip für die Ausübung staatlicher Autorität betrachten, gibt es keinen einheitlichen europäischen Standard für den Aufbau von Institutionen oder die Überwachung durch die EU in diesem Bereich. Zusätzlich befindet sich die empirische Forschung zur transformierenden Kraft der EU in Bezug auf die Wirksamkeit der Rechtsstaatlichkeit und die Reform des Justizsektors noch in den Anfängen.

Die Forschung zur Europäisierung Montenegros hat einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet, die spezifischen Herausforderungen und Fortschritte im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens zu verstehen. Dabei wurden politische Reformen, institutionelle Anpassungen und gesellschaftliche Veränderungen betrachtet, um den Prozess der Annäherung Montenegros an die Europäische Union umfassend zu erfassen.

Im Fokus des Buches „*Europeanizing Montenegro: The European Union, the Rule of Law and Regional Cooperation*“ von Vladimir Vučković (2021) steht die Analyse des EU-Beitrittsprozesses der westlichen Balkanstaaten, insbesondere am Beispiel Montenegros. Der Autor untersucht, warum die EU nicht genug Druck auf Montenegro ausgeübt hat, um die politischen Bedingungen für den Beitritt zu erfüllen. Die Studie orientiert sich an Theorien der Europäisierung und betrachtet dabei insbesondere drei Schlüsselkriterien: Justizreform, Korruptionsbekämpfung und regionale Zusammenarbeit. Die Analyse erstreckt sich über zwei Phasen, von 2007 bis 2021 und von 2012 bis 2017, und verdeutlicht, dass Montenegro Fortschritte gemacht hat. Dennoch bestehen weiterhin Herausforderungen wie politische Einflussnahme auf die Justiz, Korruption und organisierte Kriminalität. Das Buch hebt zusätzlich die Rolle von Russland und China hervor, kritisiert die nachlassende Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterung und plädiert für eine verstärkte Berücksichtigung regionaler Zusammenarbeit.

Der nächste Schwerpunkt liegt auf der Forschungsliteratur zur Zivilgesellschaft auf dem Westbalkan, die eine eingehende Analyse der Entwicklungen in post-sozialistischen Ländern ermöglicht. Besonders hervorgehoben werden hierbei die historischen Hintergründe und

strukturellen Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Akteure. Die Literatur, die den Übergang von sozialistischen Strukturen zu demokratischen Systemen behandelt, hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, die Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Montenegro zu verstehen. Ein relevantes Werk für die Untersuchung der Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens ist das Buch „*Civil Society and Democracy Promotion*“ herausgegeben von Timm Beichelt, Irene Hahn, Frank Schimmelfennig und Susann Worschech (2014). Die Expert:innenbeiträge konzentrieren sich auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft in post-sozialistischen europäischen Ländern und deren externe Förderung. Da Montenegro sich im EU-Integrationsprozess befindet, bieten die Erkenntnisse aus diesem Buch Einblicke in die möglichen Auswirkungen externer Demokratieförderung auf die Zivilgesellschaft Montenegros. Es hilft, die Herausforderungen, Chancen und potenziellen unerwünschten Konsequenzen dieses Prozesses zu verstehen.

In dem Artikel „*Adapting to Europe? Business interests and civil society groups in accession countries*“ analysiert Aneta Cekik (2017) die Europäisierung von nationalen Interessengruppen außerhalb der EU, insbesondere während des EU-Beitrittsprozesses. Der Fokus liegt dabei auf der Europäisierung von Interessengruppen in Mazedonien, Montenegro und Serbien. Durch neue Umfragedaten untersucht der Artikel die Beteiligung von Interessengruppen am nationalen Vorbeitrittsprozess und ihre Aktivitäten auf EU-Ebene. Die Hauptthese betont das Fehlen signifikanter Unterschiede im Europäisierungsgrad zwischen Wirtschaftsinteressen und anderen Arten von Interessengruppen, insbesondere Nichtregierungsorganisationen, in der aktuellen Phase des EU-Beitritts. Regressionanalysen stützen diese These, indem sie zeigen, dass der Zugang zu nationalen Institutionen, Ressourcen, die Europäisierung von Politikbereichen und die Abhängigkeit von EU-Finanzierung den Europäisierungsgrad von Interessengruppen erklären, während die Unterschiede zwischen den Gruppentypen nicht sehr signifikant sind.

Adam Fagan (2010) vertieft in seinem Werk „*Europe's Balkan Dilemma: Paths to Civil Society or State-Building?*“ die Analyse der Auswirkungen der Unterstützung und Intervention der Europäischen Union in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kosovo. Die zentrale Fragestellung lautet dabei, welche Fortschritte durch das verstärkte Engagement der EU in der Region erzielt wurden. Fagan betrachtet diese Entwicklungen im Kontext der globalen Sicherheits- und Konfliktmanagementziele der EU außerhalb der Balkanstaaten. Besonders fokussiert er sich darauf zu untersuchen, ob die Europäische Union dazu beigetragen hat, den Weg zu einer Zivilgesellschaft oder zum Aufbau stabiler Staatsstrukturen in diesen Ländern zu ebnen. Diese Betrachtung schafft eine Brücke zu den vorherigen Erkenntnissen bezüglich der

Zivilgesellschaft in Montenegro und bietet eine weitere Dimension, um die Wechselwirkungen zwischen EU-Intervention und dem Aufbau von politischen Strukturen in der Region zu verstehen. In der Gesamtschau eröffnet diese Forschungsperspektive zusätzliche Einblicke in die Herausforderungen und Potenziale, die mit der EU-Präsenz auf dem Balkan verbunden sind. Die Literaturrecherche fokussiert sich im weiteren Verlauf auf die spezifische Situation der Zivilgesellschaft in Montenegro. Durch eine gründliche Analyse relevanter Literatur konnten umfassende Erkenntnisse über die Akteure, Dynamiken und strukturellen Herausforderungen gewonnen werden, denen die Zivilgesellschaft in Montenegro im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsverfahren gegenübersteht. Ein spezielles Augenmerk wurde darauf gelegt, bisher weniger erforschte Aspekte zu identifizieren, um eine detaillierte und nuancierte Perspektive auf das Thema sicherzustellen.

Im Buch „*EU Enlargement and Civil Society in the Western Balkans*“ untersucht Natascha Wunsch (2018) eingehend die Stärkung und Einschränkungen der Zivilgesellschaft im westlichen Balkan im Kontext des EU-Erweiterungsprozesses. Die Studie bietet eine empirisch gestützte, vergleichende Perspektive auf die Auswirkungen des EU-Beitritts sowohl auf staatliche als auch nichtstaatliche Akteure. Besonders hervorzuheben ist die sorgfältige und detaillierte Verfolgung eines *Bottom-up*-Ansatzes in der Analyse. Die Forschung konzentriert sich auf die Folgen der EU-Integration für staatliche und nichtstaatliche Akteure, wobei ein besonderer Fokus auf dem Bereich der Rechtsstaatlichkeit liegt. Die Autorin vergleicht die Mobilisierung in Bezug auf Rechtsstaatlichkeitsfragen in Kroatien, Montenegro und Serbien. Im Gegensatz zu herkömmlichen Ansätzen, die sich auf den Top-down-Einfluss der EU konzentrieren, hebt die Studie die Eigeninitiative von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hervor und analysiert die sich verändernden Strategien im Verlauf der Mitgliedschaftsverhandlungen. Die Forschungsergebnisse tragen dazu bei, das Verständnis für die Dynamiken der Zivilgesellschaft im Kontext des EU-Beitrittsprozesses zu vertiefen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Bedeutung der Eigeninitiative von NGOs, und es wird analysiert, wie sich deren Strategien im Verlauf der Mitgliedschaftsverhandlungen entwickelt haben. Diese Studie richtet sich insbesondere an Wissenschaftler und fortgeschrittene Studierende im Bereich der EU-Integration, sozialen Bewegungen und Politik in Südosteuropa.

Im Rahmen des Berichts „*Civicus Civil Society Index Report for Montenegro*“ mit dem Titel „*Weak Transition, Uncertain Future*“ analysieren die Autoren Stevo Muk, Daliborka Uljarević und Srdjan Brajović (2006) den Zustand der Zivilgesellschaft in Montenegro. Der Bericht stützt sich dabei auf das Projekt Civil Society Index Shortened Assessment Tool (CSI-SAT), welches

von Oktober 2005 bis Oktober 2006 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Zivilgesellschaft in Montenegro vor vielfältigen Herausforderungen steht. Die Struktur wird als vergleichsweise unterentwickelt eingestuft, begleitet von einer geringen Beteiligung der Bürger:innen. Die Teilnahme an Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen ist niedrig, während Spendenbereitschaft, ehrenamtliches Engagement und Teilnahme an lokalen Gemeinschaftsaktionen als begrenzt gelten. Ein weiteres Problem stellt die finanzielle Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern dar. Obwohl eine Infrastruktur zur Unterstützung der Zivilgesellschaft vorhanden ist, zeigen sich Defizite in der Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, und deren Bündnisse erweisen sich oft als wenig erfolgreich in der Verfolgung ihrer Ziele. Die primäre Herausforderung für die Struktur der Zivilgesellschaft ergibt sich aus der Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung durch ausländische Geber. Die politischen, sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Montenegro erfahren eine als ungünstig bewertete Beurteilung in Bezug auf die Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft. Ein Mangel an Vertrauen zwischen Staat und Zivilgesellschaft sowie eine als hoch wahrgenommene Korruption im öffentlichen Sektor prägen dieses Bild. Auch die steuerliche Situation wird als hemmend für die Entwicklung der Zivilgesellschaft betrachtet. Die Analyse der Werte-Dimension zeigt hingegen, dass trotz dieser Herausforderungen die Zivilgesellschaft in Montenegro stark in der Förderung von Werten wie Demokratie, Toleranz, Gewaltlosigkeit, Frieden und Geschlechtergleichstellung engagiert ist. Jedoch gibt es Bedenken bezüglich der finanziellen Transparenz von zivilgesellschaftlichen Organisationen, was auf gelegentliche Korruption hinweisen könnte. Trotz begrenzter Ressourcen und einer generell wenig unterstützenden Umgebung konnte die Zivilgesellschaft in Montenegro einen gewissen Einfluss erzielen, insbesondere in den Bereichen Informations- und Bildungsarbeit sowie bei sozialen Dienstleistungen für marginalisierte Gruppen.

Die vorliegenden Werke stellen nur eine Auswahl dar, die jedoch exemplarisch für eine umfassende Analyse steht. Diese Analyse verdeutlicht, dass der Prozess des EU-Beitritts auf dem Westbalkan von zahlreichen Herausforderungen und komplexen Sachverhalten geprägt ist. Dieser Beitrittsprozess unterliegt einer komplizierten politischen, rechtlichen und sozialen Transformation, bei der lokale Dynamiken, historische Belastungen und externe Einflüsse eine maßgebliche Rolle spielen. Im Fokus steht die Schwierigkeit, eine effektive Umsetzung der politischen, rechtlichen und sozialen Veränderungen zu erreichen. Lokale Dynamiken, die historischen Belastungen der Region sowie externe Einflüsse beeinflussen maßgeblich die Fortschritte in Richtung EU-Integration. Die vielschichtige Natur dieser Herausforderungen

erfordert eine differenzierte Betrachtungsweise und die Berücksichtigung verschiedener Faktoren. Es wird betont, dass die Europäische Union möglicherweise ihre Bedingungen und Strategien im Rahmen des Beitrittsprozesses überdenken muss, um eine höhere Effektivität zu gewährleisten. Die bisherigen Ansätze könnten angesichts der komplexen Realitäten des Westbalkans angepasst werden, um eine nachhaltige positive Veränderung in der Region zu fördern. Hierbei spielt die Flexibilität seitens der EU eine entscheidende Rolle, um auf die spezifischen Gegebenheiten der einzelnen Länder einzugehen und gleichzeitig die langfristigen Ziele der Integration zu wahren.

1.3 Forschungsfragen und Hypothesen

Die vorliegende Untersuchung fokussiert auf die politische Lage in Montenegro im Zusammenhang mit dem Integrationsprozess des Landes in die Europäische Union. Besonderes Augenmerk wird auf die Analyse der Rolle und des Einflusses der Zivilgesellschaft gelegt, da sie potenziell einen bedeutenden Beitrag zu demokratischen Übergängen und den Konsolidierungsprozessen in postkommunistischen Gesellschaften leisten kann.

Während Montenegro seine Beziehungen zur EU vertieft, werden die Aktionen und Funktionen der Zivilgesellschaft zu einem Schlüsselfaktor für die Gestaltung der politischen Landschaft. Der Einfluss dieser Gruppen birgt das Potenzial, nicht nur den Integrationsprozess Montenegros zu gestalten, sondern auch die Entwicklung demokratischer Strukturen und Rechtsstaatlichkeit in der gesamten Region zu beeinflussen.

Die Untersuchung dieser Thematik ermöglicht nicht nur einen Einblick in die aktuelle Situation in Montenegro, sondern bietet auch die Gelegenheit, allgemeingültige Erkenntnisse über die Rolle der Zivilgesellschaft in politischen Transformationsprozessen zu gewinnen. Durch eine gezielte Analyse der Wechselwirkungen zwischen der montenegrinischen Zivilgesellschaft und den politischen Institutionen während des EU-Beitrittsprozesses wird diese Forschungsarbeit dazu beitragen, nicht nur die gegenwärtigen Entwicklungen zu verstehen, sondern auch Möglichkeiten aufzeigen, wie die Zivilgesellschaft effektiv in den demokratischen Wandel eingreifen kann. Das Ergründen dieser Zusammenhänge ist entscheidend, um die Herausforderungen anzugehen, vor denen Montenegro steht, und einen Beitrag zur theoretischen Fundierung der Rolle der Zivilgesellschaft in politischen Transformationsprozessen zu leisten.

Die Hauptfrage dieser Untersuchung lautet:

- Inwiefern trägt die montenegrinische Zivilgesellschaft effektiv zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit während des EU-Beitrittsprozesses bei und welche Faktoren beeinflussen ihre Wirksamkeit?

Um diese übergeordnete Fragestellung zu beantworten, wurden mehrere substantielle Subfragen formuliert:

- Welche demokratischen Merkmale werden in einem politischen System als bedeutend erachtet, und welche essenziellen Kriterien müssen erfüllt sein, damit ein politisches System als demokratisch betrachtet werden kann?
- Welche Schlüsselrolle spielen zivilgesellschaftliche Organisationen in einer demokratischen Gesellschaft, und welche fundamentalen Bedeutungen haben sie?
- Welche notwendigen Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit diese Organisationen effektiv und nachhaltig agieren können?
- Wie hat sich die montenegrinische Zivilgesellschaft im Verlauf des EU-Beitrittsverfahrens entwickelt?
- Welche spezifischen Funktionen hat die Zivilgesellschaft in den verschiedenen Phasen dieses Prozesses und wie tragen sie zur Gesamtdynamik bei?
- Wie gestaltet sich die angemessene Zusammenarbeit zwischen der montenegrinischen Zivilgesellschaft und der Regierung während des EU-Beitrittsverfahrens?
- Welche Erkenntnisse lassen sich hinsichtlich möglicher Synergien oder Spannungen gewinnen?
- Welchen Herausforderungen sieht sich die montenegrinische Zivilgesellschaft im Kontext des EU-Beitrittsverfahrens gegenüber?
- Wie können potenzielle Hürden identifiziert und analysiert werden, um ein umfassendes Verständnis der Rahmenbedingungen zu erlangen?
- Wie beeinflussen die Bedingungen und Standards der Europäischen Union die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Montenegro?
- Welche möglichen Auswirkungen ergeben sich aus der Integration in die EU, die die Zivilgesellschaft prägen können?

Es ist erforderlich, die nachstehenden Annahmen zu überprüfen:

- *Die Zivilgesellschaft Montenegros wirkt als Katalysator für demokratische Reformen im EU-Beitrittsprozess* - Diese Hypothese geht davon aus, dass die aktive Beteiligung der montenegrinischen Zivilgesellschaft an politischen Prozessen und die Forderung nach transparenten und demokratischen Reformen einen positiven Einfluss auf den Fortschritt im EU-Beitrittsverfahren haben.

- *Der neue Ansatz der Europäischen Kommission, die eine aktivere Einbindung der Zivilgesellschaft ermöglicht, einen signifikanten Einfluss auf die Dynamik des EU-Beitrittsprozesses für Montenegro hat.* Ohne die EU-Konditionalität wäre es schwierig gewesen, die notwendigen demokratischen Reformen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu initiieren und umzusetzen, da die Anreize und Überwachungsmechanismen der EU einen entscheidenden Beitrag zur Förderung demokratischer Prinzipien durch die Zivilgesellschaft leisten.

- *Die Zivilgesellschaft steht vor einer erheblichen Herausforderung, da sie lediglich formell in den EU-Beitrittsprozess eingebunden wird und daher kaum Möglichkeiten hat, einen wirkungsvollen Beitrag dazu zu leisten.* Diese Situation wirft Fragen zur tatsächlichen Einflussnahme und dem demokratischen Engagement der Zivilgesellschaft auf, und verdeutlicht die Diskrepanz zwischen der formalen Einbindung und den realen Herausforderungen, denen diese Gruppen gegenüberstehen.

- *Die Zivilgesellschaft Montenegros hat das Potenzial, eine europäische Identität zu formen und gesellschaftliche Tabus zu brechen.* Dies könnte sich als bedeutend für den EU-Beitrittsprozess erweisen, indem es einen Raum schafft, in dem unterschiedliche Gruppen gleichberechtigt agieren können. Durch die Anerkennung und Förderung der Rechte und Anliegen verschiedener Bevölkerungsgruppen könnte die Zivilgesellschaft einen positiven Einfluss auf den EU-Beitrittsprozess ausüben, indem sie dazu beiträgt, demokratische Werte und Gleichberechtigung zu stärken, was wiederum die Anpassung an die europäischen Standards und Werte fördert.

1.4 Aufbau der Arbeit und Methodisches Vorgehen

Die Arbeit ist in zwei annähernd gleichwertige Teile unterteilt:

Im ersten Hauptteil erfolgt zunächst die theoretische Einbettung, die für die gesamte Arbeit von Relevanz ist. Hierbei wird ein umfassendes Verständnis für demokratische Transition und

Konsolidierung als Schlüsselphasen im Prozess des Systemwechsels geschaffen (Abschnitt 1). Dabei werden die verschiedenen Phasen der Transition (Unterabschnitt 1.1) - von der prä-transitionären Phase (Unterabschnitt 1.1.1) über die Liberalisierung (Unterabschnitt 1.1.2) bis zur Demokratisierung (Unterabschnitt 1.1.3) und abschließenden Konsolidierung (Unterabschnitt 1.1.4) - eingehend durchleuchtet. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der evolutionären Entwicklung der Zivilgesellschaft (Unterabschnitt 3.1), ihrer Ambiguität (Unterabschnitt 3.2) und ihrer vielschichtigen Rolle in den unterschiedlichen Phasen des Übergangs (Unterabschnitt 3.5).

Der zweite Schwerpunkt vertieft die Begriffe und Theorien der Europäisierung. Nach einer umfassenden Definition und Darstellung der Auswirkungen der Europäisierung (Unterabschnitt 2.1) werden verschiedene theoretische Ansätze und Erklärungsmodelle untersucht. Hierbei stehen der rationalistische Institutionalismus sowie der konstruktivistische Institutionalismus im Kontext der Europäisierung im Fokus (Unterabschnitte 2.2.1, 2.2.2). Besonderes Augenmerk liegt hier auf der spezifischen Natur der EU-Konditionalität (Unterabschnitt 2.3) und ihrer komplexen Interaktion mit der Zivilgesellschaft während des EU-Beitrittsprozesses (Abschnitt 4.1).

Der dritte Abschnitt widmet sich eingehend dem Konzept der Zivilgesellschaft. Beginnend mit der evolutionären Entwicklung (Unterabschnitt 3.1) und einer multidimensionalen Analyse ihrer Ambiguität (Unterabschnitt 3.2) spannt die Untersuchung den Bogen von der terminologischen Vielfalt der Zivilgesellschaft über Bottom-up- und Top-down-Theorien bis hin zum Einfluss von kommunistischen Vermächtnissen auf die Zivilgesellschaft (Unterabschnitte 3.2.1, 3.3, 3.4). Besondere Aufmerksamkeit gilt auch der Rolle der Zivilgesellschaft in den verschiedenen Phasen der Transition und ihren Funktionen im demokratischen Prozess (Unterabschnitte 3.5, 3.6).

Der vierte Abschnitt rückt die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und dem EU-Beitrittsprozess in den Fokus. Hierbei werden nicht nur die Beziehung zur EU-Kommission, sondern auch die Europäisierung der Zivilgesellschaft und die Herausforderungen der Finanzierung im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses ausführlich analysiert (Unterabschnitte 4.1, 4.2, 4.3).

Ein Zwischenfazit zieht nicht nur eine Bilanz der bisherigen Erkenntnisse, sondern präsentiert auch ein Analysemodell, das als Orientierung für weitere Forschungsschritte dient (Abschnitt 5).

Der zweite Hauptabschnitt widmet sich dem Fallbeispiel - Montenegro. Hier wird die Gründung des Staates vor dem historischen Hintergrund betrachtet (Abschnitt 1), gefolgt von einer

eingehenden Analyse der Transition in Montenegro und der Evolution der Zivilgesellschaft in den verschiedenen Phasen des Übergangs (Unterabschnitte 1.1, 1.2). Da Montenegro durch zwei Transitionen gegangen ist - die erste 1991 mit der Einführung des Mehrparteiensystems und die zweite 1998 mit den ersten freien und fairen Wahlen in der Geschichte des Landes - analysiert diese Arbeit die Entwicklung und die Rolle der Zivilgesellschaft in der Politikformulierung, unterteilt in drei Phasen: die erste Phase von 1989-1996, die zweite Phase von 1997-2006 und die dritte Phase ab 2006, die als Europäisierungsphase bezeichnet wird. In allen drei Phasen werden die Etablierung sowie die Themenbereiche, die die zivilgesellschaftlichen Organisationen repräsentieren, vertieft.

Der politischen Neuordnung nach der Unabhängigkeit, insbesondere während der Europäisierungsphase, widmet sich der zweite Teil (Abschnitt 2). Hier werden das politische System (Unterabschnitt 2.1), die Verfassung und der rechtliche Rahmen (Unterabschnitt 2.1.1), die legislative (Unterabschnitt 2.1.2) und exekutive Gewalt (Unterabschnitt 2.1.3), das Staatsoberhaupt (Unterabschnitt 2.1.4), die Judikative (Unterabschnitt 2.1.5) und das Parteiensystem (Unterabschnitt 2.1.6) beleuchtet. Politische Kultur und politische Partizipation werden ebenfalls umfassend analysiert (Unterabschnitt 2.2).

Der dritte Teil des Fallbeispiels konzentriert sich auf die Europäische Integration, einschließlich der Verhandlungskapitel, des institutionellen Rahmens und der beteiligten Organisationen (Unterabschnitte 3.1, 3.2, 3.3).

Der vierte Abschnitt des Fallbeispiels beleuchtet die Zivilgesellschaft während der Europäisierungsphase in Montenegro und präsentiert somit die Ergebnisse der Forschung, wobei auch die empirischen Befunde berücksichtigt werden. Hier werden der gesetzliche Rahmen, Handlungsfelder (Unterabschnitte 4.1 - 4.2), Gesellschaftlicher Veränderungsbedarf, Zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Finanzierung (Unterabschnitte 4.2.1 - 4.2.4), Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft, Dynamik der Demokratie im Vergleich, Transparenz der Regierung, Kritik an die Regierung (Unterabschnitte 4.5 – 4.5.3), der Einfluss des EU-Beitrittsprozesses auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen (Unterabschnitt 4.6), Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Verhandlungsgruppen, Herausforderungen und Perspektiven der Zivilgesellschaft in den Verhandlungsgruppen und die Kooperation zwischen EU-Institutionen und montenegrinischen Zivilgesellschaft (Unterabschnitte 4.6.1 – 4.6.3).

Die Arbeit schließt mit einer umfassenden Zusammenfassung (Abschnitt 5) der wichtigsten Erkenntnisse und Schlussfolgerungen. Eine kritische Diskussion (Unterabschnitt 5.2) und

Anmerkungen (Unterabschnitt 5.3) runden die Arbeit ab, gefolgt von einem ausführlichen Literaturverzeichnis, dem Fragebogen, der als Orientierung für Interviews diente, sowie der Übersicht der Profile der Interviewpartner. Ebenso sind Verzeichnisse für Abbildungen, Tabellen und Abkürzungen enthalten.

Im ersten Teil dieser Arbeit steht eine normative Perspektive im Fokus. Der Schwerpunkt liegt auf einer detaillierten Erklärung und Diskussion relevanter Begriffe und Theorien, wobei besonderes Augenmerk auf ihrer kontextuellen Relevanz liegt. Das Ziel besteht darin, diese Termini klar zu definieren, ihre Anwendungsbereiche abzugrenzen und ihre potenziellen Wirkungsmöglichkeiten umfassend zu beschreiben. Durch eine gründliche Analyse des vorliegenden Materials werden bestimmte Aspekte identifiziert, die ausreichend Erkenntnisse liefern, um bestehende theoretische Modelle weiterentwickeln zu können. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den theoretischen Grundlagen gewidmet, indem versucht wird, sie zu integrieren und ein neues Analysemodell daraus zu entwickeln. Auf diese Weise wird versucht, alle Aspekte des theoretischen Teils im Kontext des Fallbeispiels ausführlich zu behandeln.

Der zweite Teil dieser Forschungsarbeit widmet sich einer empirischen Analyse, die auf qualitativen Interviews basiert. In enger Zusammenarbeit mit Expert:innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden persönliche Erzählungen und Erfahrungen der Akteure in der Zivilgesellschaft eingehend untersucht. Die qualitative Befragung ermöglichte einen direkten Einblick in individuelle Perspektiven und Erfahrungen im Kontext des EU-Beitrittsprozesses.

Die Interviews erstreckten sich über den Zeitraum von April 2023 bis Januar 2024 und umfassten insgesamt acht Vertreter:innen montenegrinischer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Von diesen wurden fünf Interviews, mit Vertreter:innen des *Institut Alternativa* (IA), des *Centar za Građansko Obrazovanje* (CGO - Zentrum für zivile Bildung), des *Centar za Razvoj NVO* (CRNVO - Zentrum für die Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen), *Multimedijal Montenegro* und *Politikon Mreža* (Politikon Netzwerk) über die Online-Plattform Zoom, in montenegrinischer Sprache geführt. Die verbleibenden drei Interviews, mit Vertreter:innen des *SOS Telefon za Žene i Djecu Žrtve nasilja* (SOS - SOS-Telefon für Frauen und Kinder Opfer von Gewalt) der *Monitoring Group Ulcinj* (MOGUL) und von *Novi Horizont* (Neuer Horizont), wurden persönlich in Ulcinj durchgeführt und in albanischer Sprache geführt. Die Dauer der durchgeführten Interviews variierte erheblich, wobei einige Gespräche eine umfassende Dauer von etwa 2,5 Stunden beanspruchten, während andere mit einer kürzeren Zeitspanne von rund 40 Minuten auskamen.

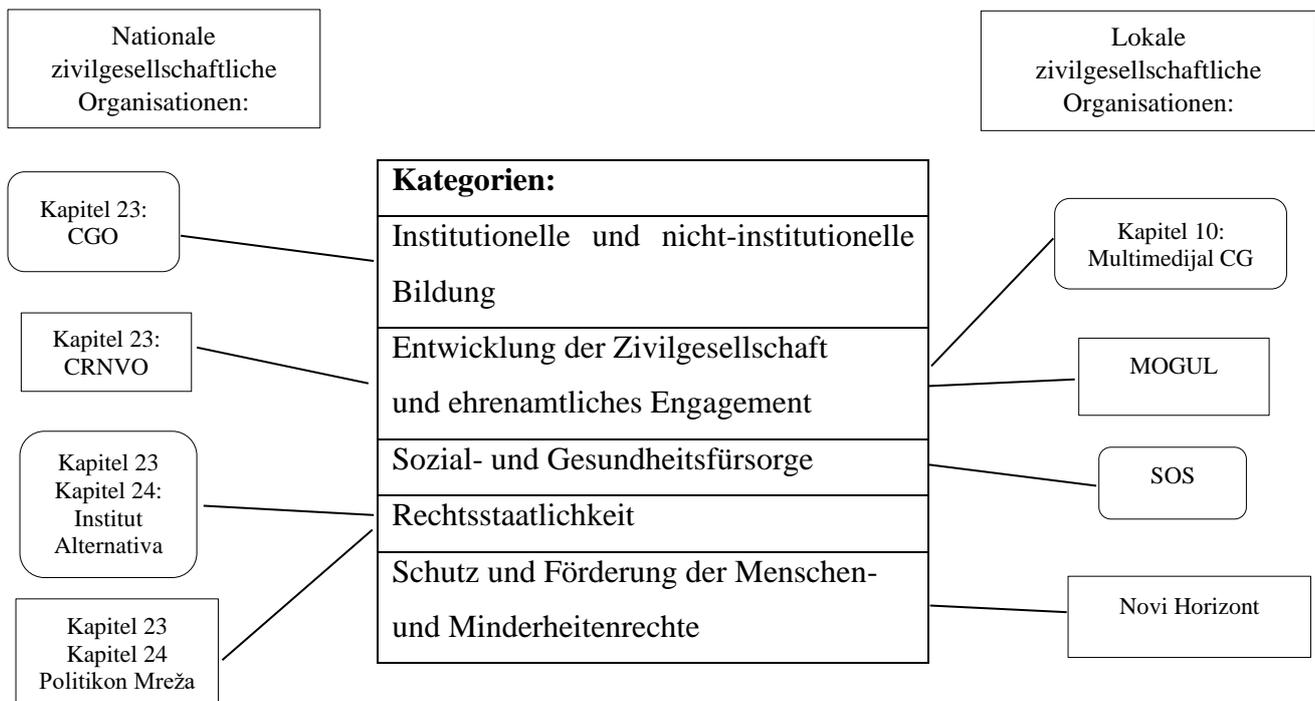
Die Auswahl der Interviewpartner:innen (Abbildung 1) erfolgte nach folgendem Verfahren: Von den 27 Kategorien zivilgesellschaftlicher Organisationen in Montenegro (siehe Tabelle 7) wurden die fünf relevantesten Kategorien für die vorliegende Forschung ausgewählt. Diese umfassen *institutionelle und nicht-institutionelle Bildung, Entwicklung der Zivilgesellschaft und ehrenamtliches Engagement, Sozial- und Gesundheitsfürsorge, Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz und Förderung der Menschen- und Minderheitenrechte*. Zunächst wurde untersucht, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen aus diesen Kategorien an Arbeitsgruppen für die Vorbereitung der Verhandlungskapitel teilnehmen, wobei nationale Organisationen als besonders relevant für die Arbeit identifiziert wurden. Dabei wurde Relevanz der Verhandlungskapitel berücksichtigt, und diejenigen Kapitel wurden ausgewählt, die besonders bedeutsam sind. Aufgrund der Begrenzungen konnten leider nicht alle Verhandlungskapitel berücksichtigt werden. Daher wurden die folgenden Kapitel ausgewählt:

1. Kapitel 23: Justiz und Grundrechte - Dieses Kapitel ist von entscheidender Bedeutung für die Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Grundrechte in Montenegro. Die Zivilgesellschaft kann hier eine bedeutende Rolle bei der Überwachung der Justizreform und der Einhaltung der Menschenrechte spielen.
2. Kapitel 24: Recht, Freiheit und Sicherheit - Dieses Kapitel befasst sich mit Fragen der Sicherheit, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption sowie der Zusammenarbeit in Strafsachen. Zivilgesellschaftliche Organisationen könnten dazu beitragen, die Reformen im Bereich Justiz und Sicherheit zu fördern.
3. Kapitel 10: Informationsgesellschaft und Medien - Die Medienfreiheit und der Zugang zu Informationen sind entscheidend für eine funktionierende Demokratie. Zivilgesellschaftliche Organisationen könnten in diesem Kapitel die Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Medien fördern.

Um die zivilgesellschaftlichen Organisationen zu identifizieren, die zwischen 2012 und 2020 an den Verhandlungsgruppen teilgenommen haben, wurden die offiziellen Webseiten des Europabüros in Montenegro sowie die Webseiten des Ministeriums für öffentliche Verwaltung durchgesehen. Diese Zeitspanne wurde gezielt ausgewählt, um einen umfassenden Einblick in die Arbeit der verschiedenen Organisationen während des Verhandlungsprozesses zu gewährleisten, da sich die Verhandlungsgruppen im Laufe der Zeit veränderten. Durch die gründliche Durchsicht der genannten Webseiten konnten nicht nur präzise Informationen über die Beteiligung der Organisationen erhalten werden, sondern

auch Einblicke in die zeitliche Entwicklung und die spezifischen Schwerpunkte ihrer Teilnahme an den Verhandlungen gewinnen.

Abbildung 1: Auswahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen



Quelle: Eigene Darstellung

Um einen aussagekräftigen Vergleich zu ermöglichen und zu untersuchen, welche Rolle kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen in der Gesellschaft spielen, wurden gezielt lokale Organisationen identifiziert und interviewt. Einbezogen wurde insbesondere eine Organisation in Bijelo Polje, eine Stadt im Norden von Montenegro, die nicht nur Mitglied der Verhandlungsgruppe des Kapitels 10: Informationsgesellschaft und Medien ist, sondern auch auf lokaler Ebene aktiv agiert. Im südlichen Teil Montenegros wurden hingegen drei Organisationen ausgewählt, die nicht in den Verhandlungskapiteln vertreten sind, sondern ausschließlich auf lokaler Ebene tätig sind. Die Auswahl dieser lokalen Organisationen ermöglicht die Betrachtung von zwei bedeutenden Aspekten. Erstens wird durch die Einbeziehung von Organisationen in Ulcinj, wo die Mehrheit der Bevölkerung albanischer Abstammung ist und die Sprache sich wesentlich von den südslawischen Sprachen unterscheidet, eine Analyse im Minderheitenumfeld durchgeführt. Dieser Ansatz eröffnet die

Möglichkeit, die Dynamiken und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in einer ethnisch und sprachlich vielfältigen Gemeinschaft zu verstehen. Zweitens trägt die Auswahl von Organisationen in verschiedenen Regionen Montenegros einen umfassenden Vergleich, der Einblicke in die vielfältigen Dynamiken und Herausforderungen der Zivilgesellschaft sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene liefert.

Die Auswahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den verschiedenen Kategorien war nicht gleichmäßig, und das hatte vor allem damit zu tun, dass diejenigen, die in den ausgewählten Kapiteln tätig sind, leichter für Interviews zugänglich waren. Es ist wichtig zu betonen, dass die ungleiche Auswahl nicht darauf hinweist, dass einige Organisationen wichtiger oder relevanter sind als andere. Es spiegelt eher die praktischen Erwägungen und die Verfügbarkeit wider.

Für die Interviews wurde ein Leitfaden entwickelt, der in drei Hauptkategorien unterteilt ist (siehe Tabelle 8), um die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in Montenegro zu beleuchten. In der ersten Kategorie steht die Zusammenarbeit zwischen diesen Organisationen und der Regierung im Fokus. Hier werden Fragen zur Einbindung in Entscheidungsprozesse, Forderungen an die Regierung, Transparenz und Erfahrungen bei der Zusammenarbeit gestellt. Die zweite Kategorie konzentriert sich auf den Einfluss der EU-Integration auf die Zivilgesellschaft und politische Arbeit. Hierbei werden die Auswirkungen des Integrationsprozesses, Zusammenarbeit mit EU-Institutionen, Überwachung der Integrationsresultate und Chancen für die Kapazitätsentwicklung der Organisationen erörtert. In der dritten Kategorie werden zivilgesellschaftliche Organisationen, die an Verhandlungen für den EU-Beitritt Montenegros beteiligt sind, näher betrachtet. Die Fragen hier zielen auf konkrete Einflussnahme, Informationsaustausch, Herausforderungen bei der Zusammenarbeit und die Anwendung strategischer Ansätze für nachhaltigen Einfluss ab.

Trotz nicht exakt planmäßigem Verlauf wurde darauf geachtet, den Gesprächsverlauf zu lenken und dabei der ursprünglichen Struktur der Themen treu zu bleiben. Es kam häufig zu unstrukturierten Momenten, bedingt durch die Notwendigkeit, zusätzliche Informationen zu erhalten und bestimmte Punkte zu klären. Aufgrund zahlreicher anfangs unbekannter Details musste die Verfasserin weitere Fragen stellen, um eine umfassende Klärung zu ermöglichen. Aus diesen Gründen entwickelte sich im Verlauf der Interviews eine semi-strukturierte Herangehensweise.

1.5 Eingrenzung der Arbeit

Nach einer gründlichen Untersuchung des Begriffs *zivilgesellschaftliche Organisationen* und seiner Definition wurden zahlreiche unterschiedliche Synonyme identifiziert. Die Frage, wie diese Organisationen in dieser Forschung bezeichnet werden sollen, wurde sorgfältig überlegt. Gemäß den Bestimmungen des montenegrinischen *Gesetzes über Nichtregierungsorganisationen* (Službeni list CG, 39/11) werden diese Organisationen als nichtstaatliche Vereinigungen (Nevladino udruženje) und Nichtregierungsstiftungen (Nevladina fondacija) definiert. Diejenigen Organisationen, die dieser Definition entsprechen, sind Teil der Verhandlungsgruppen für den EU-Beitritt. Daher wurde bewusst der Begriff *zivilgesellschaftliche Organisationen* verwendet. Dies weist auf ihre besondere Bedeutung und Rolle in Bezug auf staatliche und gesellschaftliche Angelegenheiten hin. Sie tragen zur Entwicklung der gesellschaftlichen Werte und des EU-Beitrittsprozesses bei, indem sie auch das Monitoring des EU-Beitrittsprozesses durchführen.

Es gibt jedoch auch andere Organisationen, die als zivilgesellschaftliche Organisationen gelten, jedoch nicht unbedingt zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beitragen und etwas anders definiert werden. Dazu gehören religiöse Organisationen, die auch als zivilgesellschaftliche Organisationen gelten, jedoch durch das *Gesetz über die Religionsfreiheit oder Überzeugung und den rechtlichen Status religiöser Gemeinschaften* (Službeni list Crne Gore, 074/19; 008/21) reguliert sind. Trotz bestehender Kooperationsbeziehungen und finanzieller Zuwendungen seitens der Regierung an diese religiösen Vereinigungen ist keine dieser Organisationen in den Arbeitsgruppen vertreten, die sich mit den 33 Verhandlungskapiteln Montenegros im Rahmen der Europäischen Union befassen. Infolgedessen bleiben diese Vereinigungen in den Verhandlungen unberücksichtigt.

Zusätzlich sind sogenannte GONGOs (governmental-organised nongovernmental organisations - von der Regierung organisierte nichtstaatliche Organisationen) aktiv und nehmen an den Arbeitsgruppen in den Verhandlungskapiteln teil. Während der Recherche wurde festgestellt, dass die Regierung diesen Organisationen Privilegien gewährt. Diese Privilegien dienen dazu, mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die für die Regierung von Interesse sind. Ein bedeutendes Anliegen dabei ist jedoch die mangelnde Transparenz in Bezug auf die Arbeit dieser Organisationen. Da sie auf dieser Weise keine Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern, wurden diese Organisationen nicht berücksichtigt.

In Montenegro sind auch ausländische zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv, wie aus Tabelle 7 ersichtlich wird. Diese Organisationen wurden von Montenegriner:innen gegründet,

die im Ausland leben, um die Bedürfnisse der montenegrinischen Bevölkerung zu adressieren. Obwohl sie in Montenegro registriert sind, haben sie ihren Hauptsitz im Ausland. Die Entscheidung, keine ausländischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Untersuchung einzubeziehen, basiert auf mehreren Überlegungen. Diese Organisationen sind in der Regel auf Gemeinschaftsorientierung, humanitäre Hilfe und religiöse Finanzhilfe in Montenegro ausgerichtet. Ihre Hauptaktivitäten liegen nicht auf politischem Gebiet im Sinne unserer Forschung. Die Fokussierung auf diese Organisationen könnte von der eigentlichen Fragestellung ablenken, die auf dem politischen Beitrag von zivilgesellschaftlichen Organisationen zum EU-Beitrittsprozess in Montenegro liegt. Des Weiteren werden keine Gewerkschaften in die Analyse einbezogen, obwohl sie in den Phasen der ersten und zweiten Transition Montenegros eine Rolle gespielt haben und Teil der Verhandlungsgruppen für den EU-Beitritt sind. Dies liegt daran, dass Gewerkschaften in erster Linie profitorientierte Organisationen sind, deren Hauptinteresse auf Arbeitsrechten und wirtschaftlichen Belangen liegt. Die Fokussierung auf Gewerkschaften könnte die Hauptthemen der Untersuchung verwässern und zu einer zu breiten Betrachtung führen.

Nach umfassenden Dialogen mit der Bevölkerung Montenegros im Rahmen dieser Forschungsarbeit wurde wiederholt auf eine etablierte zivilgesellschaftliche Organisation mit serbisch-nationalistischer Ausrichtung im Land hingewiesen. Nach den Erkenntnissen der Verfasserin ist diese Organisation unter der Kategorie *Euro-Atlantische und Europäische Integration* registriert. Leider gestaltete sich die Kontaktaufnahme zu dieser Organisation als nicht realisierbar, wodurch die Annahme nicht verifiziert werden konnte. Im Zuge der Recherche sind keine weiteren Organisationen mit vergleichbarer Ausrichtung bekannt geworden.

In dieser Untersuchung wurde bewusst darauf verzichtet, die exakte Höhe der jährlichen Finanzmittel und die Beteiligung der Freiwilligen bei den ausgewählten acht zivilgesellschaftlichen Organisationen zu analysieren. Eine Vertiefung in diese Aspekte könnte zu einer Informationsüberlastung führen, wodurch die Klarheit und Prägnanz der Ergebnisse beeinträchtigt werden könnten. Darüber hinaus wurde kein Vergleich darüber angestellt, in welchen Verhandlungskapiteln die Kooperation der Verhandlungsgruppen effektiver ist. Ebenso wurde keine Untersuchung zur Rolle externer Akteure wie Russland und China im Kontext der montenegrinischen Zivilgesellschaft und des EU-Beitrittsprozesses durchgeführt, da dies den Rahmen dieser Forschung erheblich erweitern würde.

Während der Forschung dieser Arbeit ist es von besonderer Bedeutung zu betonen, dass die Europäische Kommission im Februar 2020 eine neue Methodologie zur Annäherung der

Westbalkanstaaten an die Europäische Union eingeführt hat. Die neue Methodologie der Europäischen Kommission teilt die Verhandlungen mit Westbalkanstaaten in sechs thematische Cluster auf, um einen koordinierten und effizienteren Annäherungsprozess an die Europäische Union zu ermöglichen. Diese Cluster umfassen verschiedene Aspekte wie fundamentale Prinzipien, den Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltiges Wachstum, Ressourcen, Landwirtschaft und externe Beziehungen. Verhandlungen zu jedem Cluster starten, wenn das betreffende Land die Eröffnungsbenchmarks erfüllt. Fortschritte in den Grundlagen bestimmen das Gesamttempo der Verhandlungen, mit dem Ziel einer engeren Integration durch beschleunigte Prozesse und erhöhte Investitionen (ME4EU). Allerdings zeigt sich, dass diese Methode für Montenegro weniger relevant ist. Zum einen macht sie keinen signifikanten Unterschied, da Montenegro bereits vor ihrer Einführung alle Verhandlungskapitel geöffnet hatte. Zum anderen wurde die Methode trotz ihrer Annahme noch nicht vollständig in Montenegro umgesetzt. Aus diesem Grund wurde der erste Ansatz, der in der vorliegenden Arbeit als *neuer Ansatz* bezeichnet wird, zur Relevanz der Analyse genommen, mit einem zeitlichen Fokus auf die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen von 2012 bis 2020. In diesem Zeitraum begannen die Verhandlungen mit Montenegro, und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden Teil der Arbeitsgruppen. Im Jahr 2020 erlebte Montenegro nach 30 Jahren einen Regierungswechsel, gefolgt von weiteren Wechseln. Ob die neue Regierung effektiv mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeitet, ist derzeit schwer zu beurteilen, aber Interviewpartner:innen ziehen oft Vergleiche in ihren Gesprächen, was auch in der Bewertung der Arbeit berücksichtigt wird.

Aus diesen Gründen liegt der Fokus dieser Analyse auf der Zivilgesellschaft von 2006 bis heute, insbesondere während der Phase der Europäisierung. Dabei wird auch die Transition berücksichtigt, da der historische Hintergrund des Kommunismus einen prägenden Einfluss auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen hatte. In der montenegrinischen Gesellschaft lassen sich Phänomene wie Nepotismus, Korruption und die Beibehaltung von Traditionen beobachten. Diese Faktoren beeinflussen die Dynamik der Zivilgesellschaft und ihre Rolle in der Phase der Europäisierung.

In der gesamten Arbeit wurde darauf geachtet, eine genderpolitisch korrekte Sprache zu verwenden.

1.6 Quellen

Die vorliegende Untersuchung fußt auf einer eingehenden Literaturanalyse, die sowohl sekundäre Forschungsliteratur als auch Primärliteratur umfasst. Neben den wissenschaftlichen Arbeiten wurden auch Internetquellen herangezogen, um zeitnahe Informationen zu integrieren, die in der vorhandenen Literatur oder Forschungsliteratur nicht verfügbar waren. Insbesondere wurden präzise und zuverlässige Informationen von offiziellen Websites, darunter die Seiten der Regierung von Montenegro und des Europabüros in Montenegro, bezogen. Diese methodische Vorgehensweise ermöglichte eine gründliche Analyse des institutionellen Rahmens der Verhandlungskapitel sowie der beteiligten Institutionen und Organisationen.

Die Nutzung von Informationen von den Websites der Gerichte in Montenegro gewährte Einblicke in die Judikative und die Struktur des Gerichtssystems. Ebenso wurden Informationen vom Parlament von Montenegro über die legislative Gewalt, die Funktionsweise des Parlaments und dessen Aufgaben eingeholt. Dieser ganzheitliche Blick auf die politischen Institutionen Montenegros trug maßgeblich dazu bei, die Wechselwirkungen zwischen diesen Institutionen und dem Verhandlungsprozess zu verstehen.

Die offiziellen Online-Präsenzen europäischer Institutionen wie dem Europäischen Rat und der EU-Kommission wurden ebenfalls eingehend konsultiert, um die Perspektive der EU auf die Verhandlungen mit Montenegro zu erfassen. Diese Herangehensweise ermöglichte eine umfassende Vergleichsanalyse und trug zur ganzheitlichen Bewertung der Verhandlungen bei. Die Integration von Informationen von Websites zivilgesellschaftlicher Organisationen verlieh der Forschung eine breite und praxisnahe Perspektive. Dies stärkte die Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse und förderte ein holistisches Verständnis der Verhandlungsdynamik.

Ein weiteres zentrales Element der Forschung war die Durchführung von Interviews mit Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diese Gespräche lieferten nicht nur praxisnahe Einblicke in aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen, sondern förderten auch den Dialog zwischen theoretischem Wissen und praktischer Umsetzung.

Im Folgenden werden kurz die Profile von ausgewählten zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgestellt, deren Einblicke und Erfahrungen einen praxisnahen Beitrag zur Forschung leisten. *MOGUL (Monitoring Group Ulcinj)* wurde im Jahr 2005 unter der Leitung von Džemal Perović gegründet und fungiert als eine Organisation, die in Form einer Vereinigung strukturiert ist. Die Gründungsmitglieder von MOGUL umfassen verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen, die unter dem Dach von MOGUL agieren:

- *Novi Horizont* (Ulcinj): Diese Organisation widmet sich einer Vielzahl sozialer und gesellschaftlicher Themen und trägt zur Entwicklung sowie Unterstützung lokaler Initiativen bei.
- *Assoziation für Kultur „Aurora“ (Asocijacija za kulturu „Aurora“)* (Ulcinj): Diese Vereinigung setzt sich für die Förderung von Kultur und kulturellem Austausch in der Region Ulcinj ein.
- *SOS-Telefon für Frauen und Kinder Opfer von Gewalt* (Ulcinj): Diese Einrichtung bietet Unterstützung und Hilfe für Frauen und Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind.
- *Ulcinj Business Association-UBA* (Ulcinj): Diese Vereinigung konzentriert sich auf wirtschaftliche Angelegenheiten und unterstützt lokale Unternehmen sowie Unternehmertum in Ulcinj.
- *Zentrum für interethnische Beziehungen und Minderheitenrechte-PAX (Centar za interetničke odnose i manjinska prava – PAX)* (Ulcinj): Diese Organisation setzt sich für die Förderung von interethnischen Beziehungen und den Schutz der Rechte von Minderheiten ein.

Der zentrale Fokus von MOGUL liegt auf der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Förderung ehrenamtlichen Engagements. Die Aktivitäten der Organisation erstrecken sich über ein breites Themenspektrum mit dem Ziel, den nichtstaatlichen Sektor auf lokaler Ebene zu stärken, Bürger:innenaktivismus zu fördern und aktiv gegen Korruption vorzugehen (Registar nevladinih organizacija).

Novi Horizont wurde im Jahr 1999 von Nazif Velić ins Leben gerufen. Die Struktur der Organisation ist als Vereinigung gestaltet, und ihre Hauptaufgabe besteht in der Wahrung und Förderung von Menschen- und Minderheitsrechten. Eine detailliertere Betrachtung der Tätigkeiten enthüllt eine breit gefächerte Palette von Aktivitäten. Hierzu zählt das Vernetzen und Einbinden von Kindern und Jugendlichen in das soziale Leben der Gemeinschaft sowie das Steigern der aktiven Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben der Gemeinschaft. Zudem setzt sich *Novi Horizont* dafür ein, die Situation von Minderheiten und marginalisierten Gruppen nachhaltig zu verbessern (Registar nevladinih organizacija).

Die Organisation SOS Telefon za Žene i Djecu Žrtve Nasilja Ulcinj (SOS-Telefon für Frauen und Kinder Opfer von Gewalt Ulcinj) wurde im Jahr 2001 von Hatidža Neljaj gegründet. Diese zivilgesellschaftliche Organisation widmet sich vorrangig der sozialen und gesundheitlichen Unterstützung. In ihrem erweiterten Tätigkeitsbereich liegt der Fokus auf einem organisierten

Vorgehen gegen Gewalt an Frauen und Kindern sowie der systematischen Erfassung aller relevanten Fälle. Die Organisation setzt sich intensiv für Opfer von Gewalt ein, indem sie umfassende soziale und gesundheitliche Betreuung bereitstellt. Insbesondere betont sie die Bedeutung ihrer SOS-Telefon-Hotline, die dazu dient, Gewaltfälle zu melden, notwendige Unterstützung anzubieten und ein Bewusstsein für diese drängende Problematik zu schaffen. Das übergeordnete Ziel besteht darin, aktiv gegen Gewalt vorzugehen und gleichzeitig Schutzmechanismen im sozialen und gesundheitlichen Kontext zu stärken. Durch ihre engagierte Arbeit trägt die Organisation dazu bei, das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umfassenden Intervention gegen Gewalt zu schärfen und gleichzeitig die Lebensqualität der Betroffenen zu verbessern (Registar nevladinih organizacija).

Multimedijal Montenegro, gegründet im Jahr 2006 von Željko Đukić, ist eine nichtstaatliche Vereinigung, die sich der Entwicklung des zivilen Gesellschaftssektors und der Förderung des Ehrenamts verschrieben hat. Im Bestreben, die Lebensbedingungen der Bürger:innen zu verbessern, konzentriert sich die Organisation auf die Identifikation gesellschaftlicher Probleme in unterschiedlichen Bereichen. Die Tätigkeiten von Multimedijal Montenegro erstrecken sich über ein breites Spektrum, wobei der Schwerpunkt auf der Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen und der Förderung des ehrenamtlichen Engagements liegt. Die Organisation setzt sich dabei intensiv mit der Identifizierung und Lösung sozialer Probleme in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten auseinander. Durch ihre engagierte Arbeit strebt Multimedijal Montenegro eine nachhaltige Verbesserung der Lebensqualität der Bürger:innen an, indem sie aktiv zur Entwicklung des zivilen Sektors beiträgt und ehrenamtliche Initiativen fördert. Der erweiterte Fokus auf die Identifikation von gesellschaftlichen Herausforderungen in verschiedenen Bereichen unterstreicht das umfassende Engagement der Organisation für das Wohl der Gemeinschaft und die Schaffung positiver Veränderungen in der Gesellschaft (Registar nevladinih organizacija).

Das *Centar za Građansko Obrazovanje – CGO* (Zentrum für zivile Bildung) wurde im Jahr 2002 unter der Initiative von Daliborka Uljarević gegründet und hat sich seitdem zu einer maßgeblichen Organisation in Montenegro entwickelt. Der Fokus der Organisation liegt auf institutioneller und außerinstitutioneller Bildung mit dem übergeordneten Ziel, das Verständnis für Demokratie, Menschenrechte und europäische Integration in Montenegro zu vertiefen. Die Hauptziele des CGO sind vielschichtig. Ein zentraler Aspekt ist die kontinuierliche Verbesserung des Bildungsniveaus der Bürger:innen in den genannten Bereichen. Dies geschieht durch gezielte Bildungsprogramme, Schulungen und Informationsveranstaltungen, die darauf abzielen, die Zivilgesellschaft zu stärken und eine aktive Beteiligung der

Bürger:innen an politischen Prozessen zu fördern. Ein weiteres wichtiges Ziel des CGO ist die Steigerung der Transparenz von Institutionen. Durch die Überwachung von Antikorruptionspolitiken und die Förderung von Menschenrechten trägt die Organisation dazu bei, eine offene und verantwortungsbewusste Regierungsführung zu fördern. Der CGO setzt sich aktiv dafür ein, Missstände aufzudecken und Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. CGO hat sich als wichtiger Akteur auf nationaler und regionaler Ebene etabliert. Die Organisation arbeitet eng mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Regierungsstellen und internationalen Partner:innen zusammen, um ihre Ziele zu erreichen. Durch gezielte Programme und Projekte trägt das CGO dazu bei, die Demokratie und die Menschenrechte in Montenegro zu stärken und eine nachhaltige positive Veränderung in der Gesellschaft herbeizuführen (Registar nevladinih organizacija; CGO).

Das *Centar za Razvoj NVO – CRNVO* (Zentrum für die Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen) wurde 1999 von Zorana Marković ins Leben gerufen, mit dem Hauptaugenmerk auf der Förderung und Entwicklung des zivilen Engagements und des ehrenamtlichen Sektors. In erster Linie widmet sich die Organisation dem Angebot professioneller Unterstützung, Schulungen und Workshops. Zusätzlich engagiert sie sich intensiv in der Schaffung und Pflege einer umfassenden Datenbank. Die Organisation verfolgt das Ziel, Montenegro als demokratische und bürgerliche Gesellschaft zu fördern, in der eine entwickelte Rechtsstaatlichkeit existiert. Dabei sollen aktive Bürger:innen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen eine entscheidende Rolle in sozialen Entwicklungsfragen spielen. Ihre Mission liegt darin, die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro zu unterstützen. Hierbei strebt sie an, einen geeigneten Rahmen für die Beteiligung von Bürger:innen und zivilgesellschaftliche Organisationen an öffentlichen politischen Angelegenheiten und der Entwicklung der Zivilgesellschaft zu schaffen (Registar nevladinih organizacija; CRNVO)

Das *Institut Alternativa - IA*, im Jahr 2007 von Stevo Muk ins Leben gerufen, ist ein Think Tank und Forschungszentrum mit einem klaren Fokus auf den Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Die Hauptaktivitäten der Organisation zielen darauf ab, die Qualität öffentlicher Politiken und die Arbeitsweise öffentlicher Institutionen zu verbessern. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Steigerung der Arbeitsqualität, Verantwortlichkeit, Transparenz und Effizienz öffentlicher Institutionen sowie ihrer Amtsträger:innen. In fünf Hauptprogrammen – öffentliche Verwaltung, verantwortliche öffentliche Finanzen, parlamentarisches Programm, Sicherheit und Verteidigung sowie Sozialpolitik – engagiert sich das Institut Alternativa aktiv. Durch Forschung, die Analyse von Optionen öffentlicher Politik und die Überwachung der

öffentlichen Verwaltung strebt die Organisation danach, zu demokratischen Prozessen und guter Regierungsführung in Montenegro beizutragen. Die Werte des Instituts spiegeln sich in Hingabe an die Mission, Unabhängigkeit, kontinuierlichem Lernen, Vernetzung, Zusammenarbeit und Teamarbeit wider. Diese Werte bilden das Fundament für die Bemühungen des Instituts Alternativa, eine positiv gestaltete, transparente und verantwortungsbewusste öffentliche Verwaltung in Montenegro zu fördern (Registar nevladinih organizacija; Institut Alternativa).

Politikon Mreža (Politikon Netzwerk) wurde im Jahr 2016 gegründet und befindet sich derzeit unter der Leitung von Nikola Mumin. Die Organisation widmet sich vorrangig der Förderung der Rechtsstaatlichkeit sowie der Reform von öffentlichen Verwaltungen und Institutionen. Ihr Ziel besteht darin, einen offenen Dialog zu fördern und nachhaltige Lösungen zur Verbesserung öffentlicher Politiken zu entwickeln. Politikon setzt dabei auf innovative Methoden der Sozialwissenschaften, um konkrete Vorschläge zur Optimierung der Rechtsstaatlichkeit und guten Regierungsführung zu erarbeiten. Ein wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit liegt in der Forschung zu Prozessen und Veränderungen auf EU-Ebene, mit dem Fokus auf deren Auswirkungen auf den Westbalkan, insbesondere Montenegro (Registar nevladinih organizacija; Politikon Mreža).

I Begriffliche und Theoretische Grundlagen

1 Demokratische Transition und Konsolidierung als Phasen des Systemwechsels

Laut Samuel P. Huntington (1993b, S. 16–21) gibt es insgesamt drei Wellen der Demokratisierung in der Weltgeschichte, wobei die Dritte Welle als die umfassendste herausragt. Ihre Anfänge im Jahr 1974 wurden durch das Ende der portugiesischen Diktatur eingeleitet, und sie fand ihren Abschluss mit der Entstehung unabhängiger Staaten im ehemaligen sowjetischen Raum. Die Auseinandersetzung der Politikwissenschaft mit dem Thema der Demokratisierung hat in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen, insbesondere aufgrund der Dritten Welle (O'Donnell und Schmitter 1986; O'Donnell et al. 1991; Linz und Stepan 1996a; Przeworski 1991; Przeworski et al. 2000; Linz und Stepan 1996b), die zur Auflösung nichtdemokratischer Regime führte. Diese Welle erreichte Länder mit unterschiedlichen Kulturen und Entwicklungsstufen und führte zur Schaffung demokratischer Ordnungen, rechtsstaatlicher Institutionen und privatwirtschaftlicher Märkte (Beyme und Nohlen 1995; Merkel und Thiery 2010; Nohlen 2015; Plasser und Ulram 1993) in insgesamt achtundsiebzig Ländern (Huntington 1993b). Der demokratische Wechsel der Regierung in den postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas stellt ein beispielloses Experiment in der Geschichte dar, da diese Länder über Jahrzehnte hinweg totalitär unterdrückt und isoliert waren (Plasser und Ulram 1993, S. 9). Die politikwissenschaftliche Forschung sah sich vor der Aufgabe, die Bedingungen, den Verlauf und die Herausforderungen der Demokratisierungsprozesse zu analysieren und zu verstehen (Merkel und Thiery 2010, S. 186; Reiber 2009, S. 217).

In den 1990er Jahren etablierte sich die Forschung zu politischen Transformationen als eigenständiger Bereich innerhalb der Forschung zur Demokratisierung. Der Fokus dieser Forschung lag primär auf der Untersuchung von postkommunistischen Übergangssystemen. Die zeitgenössische Transformationsforschung fokussiert sich auf die Untersuchung von Elementen, Abläufen und Resultaten im Kontext komplexer Veränderungen in Richtung

Demokratisierung. Dabei werden auch zivilgesellschaftliche Akteure in Betracht gezogen (Akkaya 2012, S. 52). Die Weiterentwicklung der Transformationsforschung wird durch drei Hauptansätze angetrieben, nämlich systemorientierte, prozessorientierte und akteursorientierte Theorien (Merkel 1996a, S. 314–321, 2010, S. 84; Merkel und Thiery 2010, S. 190–192; Przeworski 1991, 1988; Lauth 2007, S. 146–148; Dahl 1971, S. 3–16; Diamond 1999, S. 65). Die Erforschung von politischen Übergängen hat diverse Begriffe eingeführt, um die vielfältigen Formen und Modalitäten des Übergangs von autokratischen Regimen hin zur Demokratie zu charakterisieren. Der Begriff *Systemwandel* bezeichnet dabei die Veränderung grundlegender Funktionsweisen und Strukturen einer Herrschaftsordnung im Verlauf eines evolutionären Prozesses. In diesem Prozess bleibt die endgültige Ausrichtung zunächst unklar, und es ist nicht eindeutig festgelegt, ob der Wandel letztendlich zu einem Regimewechsel führt (Merkel 2000, S. 65). Im Gegensatz dazu bezeichnet *Systemwechsel* den Übergang von einer Form politischer Herrschaft zu einer anderen, der sowohl evolutionär als auch durch eine schnelle und eindeutige Ersetzung eines autoritären Systems durch ein demokratisches Regime erfolgen kann (Hartmann 1999, S. 310). Die Begriffe *Transition* und *Transformation* werden auch in der Transitionsforschung differenziert. *Transformation* gilt als allgemeiner Begriff, der alle Formen und Aspekte des demokratischen Wandels auf verschiedenen Ebenen umfasst. Im Gegensatz dazu bezieht sich *Transition* spezifisch auf den Übergang von autokratischen zu demokratischen Systemen und analysiert die Prozesse der Demokratisierung. Der Terminus *Transition* wird ausschließlich im politischen Kontext verwendet, während *Transformation* als grundlegender Wandel „von politischen Regimes, gesellschaftlichen Ordnungen und wirtschaftlichen Systemen“ (Merkel 2010, S. 15) definiert wird.

In dem postkommunistischen Kontext gilt grundsätzlich eine Synonymität der Begriffe *Demokratisierung* und *demokratische Transformation* (Merkel 2000, S. 65). Seit 1989 beschreibt der Begriff der *demokratischen Transformation* komplexe sozioökonomische und politische Wandelprozesse in Mittel- und Osteuropa. Der Begriff *Systemwechsel* wird in der Transformationsforschung verwendet, wenn der Zeitraum zwischen dem Abbau des alten und dem Aufbau des neuen politischen Systems betont werden muss (Merkel 2010, S. 94–95). Der Begriff *Systemwechsel* unterstreicht somit stärker den Grad der Veränderung als der Begriff *demokratische Transformation*. Letzterer kann jedoch auch einen offenen Wandlungsprozess bezeichnen, der nicht unbedingt zur Etablierung einer funktionierenden Demokratie führen muss (Weingarz 2003, S. 28).

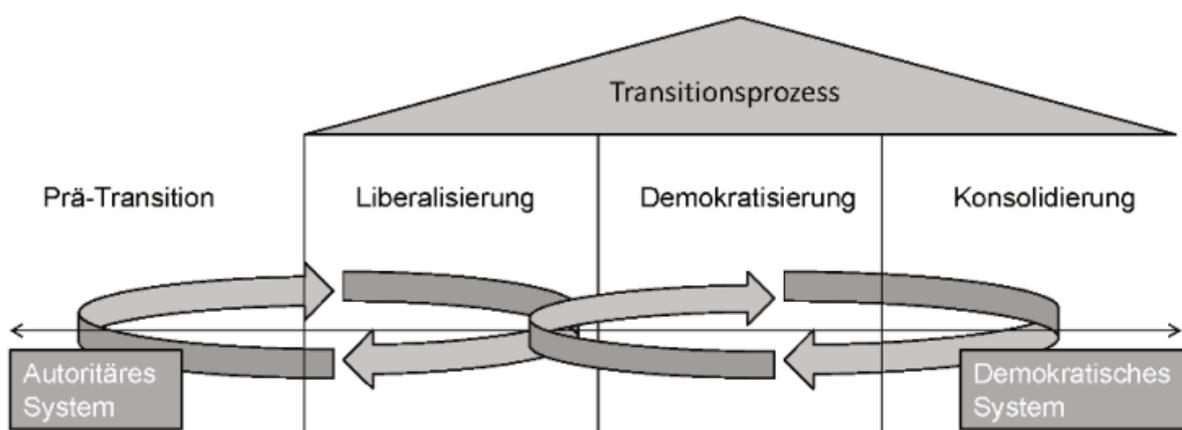
Neben den genannten Begriffen werden in der modernen Transformationsforschung auch andere Begriffe verwendet, um den Übergang zu einem neuen politischen System zu

beschreiben, wie zum Beispiel *Regimewandel* oder *Regimewechsel*. Es zeigt sich, dass es in der modernen Transformations- und Demokratieforschung keine einheitliche Terminologie gibt, um das Phänomen der Transformation begrifflich zu erfassen. Autor:innen und Wissenschaftler:innen verwenden die genannten Begriffe in unterschiedlichen Variationen, sowohl als Synonyme als auch als deutlich voneinander abgrenzbare Konzepte, je nach ihrer Perspektive. In dieser vorliegenden Studie wird der Begriff *Demokratisierung* als präferierter Oberbegriff verwendet, um den graduellen Wandel der postkommunistischen bzw. westbalkanischen Länder in Richtung konsolidierter Demokratien zu beschreiben. Hierbei soll insbesondere die Rolle der Zivilgesellschaft bei diesem Prozess berücksichtigt werden.

1.1 Transitionsphasen

In der Forschung zu Systemtransformationen ist die gängige Praxis die dreistufige Einteilung des Prozesses in *Liberalisierung*, *Demokratisierung* und *Konsolidierung* als anerkannter Standard. Das besagte Modell wurde Mitte der 1980er Jahre von Guillermo O'Donnell, Philippe Schmitter und Laurence Whitehead (1986, S. 7) entwickelt und später in den 1990er Jahren von Adam Przeworski (1991) sowie Dieter Nohlen und Bernhard Thibaut (1994, S. 195) weiterentwickelt. Die Phasen dienen der theoretischen Strukturierung des Übergangs von einem autoritären zu einem demokratischen System. Jedoch verläuft dieser Übergangsprozess

Abbildung 2: Der Transitionsprozess



Quelle: (Weissenbach 2016)

äußerst selten linear und die Geschwindigkeit des Prozesses variiert zudem von Land zu Land. Es ist nicht ungewöhnlich, dass sich die Phasen überlappen oder zeitgleich auftreten. Während die ersten beiden Phasen - Liberalisierung und Demokratisierung - in der Theorie als separate Phasen betrachtet werden, ist eine Liberalisierung des autokratischen Systems keineswegs zwingend erforderlich, bevor die Demokratisierungsphase beginnt (Merkel 2000, S. 105). Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der Phaseneinteilung des Transformationsprozesses nach O'Donnell und Schmitter. In Abbildung 2 wird die zirkuläre Verbindung zwischen den einzelnen Phasen anschaulich dargestellt.

1.1.1 Prä-Transition

Vor dem Übergang von einem autoritären Regime zu einem neuen politischen System gibt es eine Vorphase, die als *Prä-Transitionsphase* bezeichnet wird. In dieser Phase sind bestimmte Merkmale und Tendenzen erkennbar, die auf bevorstehende Veränderungen hinweisen. Das politische Geschehen von einem repressiven Regierungsstil der autokratischen Eliten geprägt. Merkmale dieser Periode sind die Einbindung des Militärs in den Staatsapparat, die Beschränkung von Freiheitsrechten und die Unterdrückung oppositioneller Kräfte. Häufig ist eine Einheitspartei tonangebend, die keinerlei Toleranz gegenüber Oppositionsparteien zeigt (Weissenbach 2016, S. 50).

Die Auflösung von autoritären oder totalitären Regimen führt zu einem Übergang in die Phase der Liberalisierung. Adam Przeworski (1986, S. 50) identifiziert vier interne und externe Ursachen, die das Überleben eines autoritären Regimes bedrohen können. Eine Ursache ist, dass das Regime seine funktionalen Bedürfnisse erfüllt hat, die zur Gründung des Regimes geführt haben, und somit nicht mehr notwendig oder lebensfähig ist und zusammenbricht. Die zweite Ursache ist, dass das Regime aus verschiedenen Gründen seine Legitimität verloren hat und ohne Legitimität nicht überlebensfähig ist und zerfällt. Eine weitere Ursache bezieht sich auf Konflikte innerhalb des Regierungsblocks, insbesondere mit dem Militär, die intern nicht gelöst werden können. In solchen Fällen entscheiden sich einige herrschende Fraktionen, Unterstützung von externen Gruppen zu suchen. Schließlich kann Druck von außen zu Kompromissen führen. Wolfgang Merkel (2000, S. 97) identifiziert ökonomische, soziale und politische Faktoren als interne Ursachen des Systemwandels, wobei aus ökonomischer Sicht sowohl Ineffizienz als auch wirtschaftlicher Erfolg und Entwicklung zur Erosion autoritärer

politischer Systeme beitragen können. Externe Faktoren wie Kriegsniederlagen, der Wegfall externer Unterstützung oder der sogenannte *Dominoeffekt* können als externe Ursachen des Systemwandels betrachtet werden (Härtel 2012, S. 47). Es ist jedoch nicht zwingend, dass der Übergang vom autoritären zum demokratischen Regime nur in eine Richtung verläuft, sondern es besteht auch die Möglichkeit eines umgekehrten Übergangs.

1.1.2 Liberalisierung

Durch verschiedene Einflüsse und Faktoren kann es in autoritären Regimen zu Liberalisierungsschritten und einer Öffnung des politischen Systems kommen. O'Donnell und Schmitter haben diesen Prozess als Liberalisierung bezeichnet, bei dem bestimmte Rechte durchgesetzt werden, die Einzelpersonen und soziale Gruppen vor willkürlichen oder illegalen Handlungen von staatlichen oder dritten Parteien schützen sollen. Diese Garantien umfassen klassische Elemente des liberalen Übergangs wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit für Einzelpersonen sowie die Freiheit von Bestrafung für kollektive Meinungsverschiedenheiten von der Regierungspolitik, Freiheit von Zensur der Kommunikationsmittel und Freiheit, sich freiwillig mit anderen Bürger:innen zu Gruppen, Organisationen oder Bewegungen zu verbinden (O'Donnell und Schmitter 1986, S. 7). Während dieser Liberalisierungsschritte ist jedoch noch keine Verankerung von politischen Institutionen der Demokratie vorgesehen, und das politische System bleibt für alternative Akteure verschlossen. Der Prozess der Liberalisierung bezieht sich hier vielmehr auf eine Ausweitung von Freiheitsrechten innerhalb eines autoritären Systems (Härtel 2012, S. 46).

Bei den Verlaufsformen der Liberalisierung stellt sich die Frage nach den treibenden Akteuren des Prozesses. Przeworski unterscheidet zwischen einer Liberalisierung von oben und einer Liberalisierung von unten. Eine Liberalisierung von oben geht dabei von der Regierung selbst aus, die den Prozess kontrolliert und die Liberalisierung zur Erhaltung der eigenen Macht durchführt. Eine Liberalisierung von unten hingegen geht von der Bevölkerung aus und wird durch kollektive Initiativen und unabhängige Organisationen getrieben, wobei diese Form der Liberalisierung in der Regel weniger kontrolliert und voraussehbar ist (Przeworski 1991, S. 10–11). Entscheidend für den Erfolg der Liberalisierung sind kollektive Initiativen und die Herausbildung unabhängiger Organisationen. Diese sind in der Lage, Veränderungen zu initiieren und Druck auf das Regime auszuüben, um Reformen durchzusetzen. Inwieweit die

Liberalisierung den Interessen des alten Regimes entspricht, ist hierbei ein entscheidender Faktor, da Reformen nur dann erfolgreich sind, wenn sie mit den Interessen der herrschenden Elite vereinbar sind (Härtel 2012, S. 47).

Während der Phase der Liberalisierung besteht in der Regel politische Instabilität und Unsicherheit. Es besteht immer die Gefahr, dass Hardliner in der Regierung ab einem bestimmten Zeitpunkt den Systemwechsel rückgängig machen und die Liberalisierung beenden (Härtel 2012, S. 48). Daher ist es wichtig, dass die Liberalisierung von unten getrieben wird und unabhängige Organisationen und Initiativen eine starke Rolle spielen, um den Prozess der Liberalisierung zu stabilisieren. Die politische Instabilität und die mögliche Gefahr eines Rückschritts in autoritäre Strukturen zeigen, dass die Phase der Liberalisierung lediglich ein erster Schritt in Richtung Demokratisierung ist und ein langfristiger, kontinuierlicher Prozess notwendig ist, um eine nachhaltige Demokratie zu etablieren.

1.1.3 Demokratisierung

Die zweite Phase, die Phase der Demokratisierung, muss nicht zwangsläufig auf eine Phase der Liberalisierung folgen. Bei einem Zusammenbruch, der zu einem Regimewechsel führt, besteht die Möglichkeit, dass Liberalisierung und Demokratisierung synchron ablaufen. Alternativ kann die Liberalisierung des politischen Lebens auch erst im Zuge der anfänglichen Demokratisierungsprozesse stattfinden (Merkel 2000, S. 105). Gemäß Przeworski (1991, S. 14) wird die Demokratisierungsphase eingeleitet, wenn eine soziale Gruppe oder Person, die zuvor uneingeschränkte, unkontrollierte und kompromisslose politische Macht ausgeübt hat, diese auf institutionalisierte Verfahren überträgt. Diese Verfahren zielen darauf ab, die Ausübung der exekutiven Macht zu begrenzen, zu überwachen, regelmäßige Rechenschaftspflicht sicherzustellen und die Möglichkeit für vielfältige Ergebnisse zu schaffen. Diese Phase wird erst abgeschlossen, wenn eine neue demokratische Verfassung verabschiedet wird, die die Normen für politischen Wettbewerb und Entscheidungsprozesse verbindlich festlegt (Merkel 2000, S. 105). Eine bedeutende Rolle in diesem Abschnitt wird der Einführung demokratischer Institutionen zugeschrieben. In einer Übergangsphase haben die früheren Normen und Institutionen entweder wenig oder keine Autorität mehr, während neue Regelungen und Institutionen noch nicht vollständig etabliert sind. Dies schafft einen erheblichen Handlungsspielraum für politische Akteure. Allerdings besteht die Herausforderung darin, dass

die angewendeten Regeln als allgemein anerkannte Verfahren für zukünftige politische Kräfte, Generationen und Konflikte bestehen sollten. Eine erfolgreiche Demokratisierung erfordert eine ausgewogene Berücksichtigung von mächtigen Teilinteressen und dem Gemeinwohl. Die Vernachlässigung spezifischer Interessen einflussreicher politischer Akteure könnte dazu führen, dass diese als Vetomächte gegen die Demokratisierung mobilisiert werden. Wenn die Belange der Allgemeinheit nicht angemessen berücksichtigt werden, besteht die Gefahr, dass die Legitimität der Demokratie in der breiten Bevölkerung gefährdet wird, was zu instabilen oder defekten Demokratien führen könnte. Obwohl die Demokratisierungsphase formal mit der Verabschiedung der Verfassung endet, ist zu beachten, dass die Demokratie zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig gefestigt ist. Nichtsdestotrotz markiert das Ende der Unsicherheitsphase einen wichtigen Wendepunkt (Merkel und Thiery 2002, S. 198–199).

1.1.4 Konsolidierung

Die Konsolidierung der Demokratie kann bereits in bestimmten Teilen des politischen Systems beginnen, bevor die Phase der Demokratisierung vollständig abgeschlossen ist. Dies könnte beispielsweise durch die Einführung neuer Verfassungen oder Gesetze geschehen. Dennoch ist der Begriff der demokratischen Konsolidierung in der Forschung zu politischen Übergängen umstritten. Es herrscht Uneinigkeit darüber, welche politischen und gesellschaftlichen Institutionen als stabil gelten müssen, damit von einer konsolidierten Demokratie gesprochen werden kann (Merkel und Thiery 2002, S. 199). Minimalistische Annahmen besagen, dass eine Konsolidierung der Demokratie dann vorliegt, wenn durch freie und faire Wahlen ein Machtwechsel herbeigeführt wurde. Eine etwas weitergehende Ansicht vertritt Samuel P. Huntington (Huntington 1993b), der Demokratien als konsolidiert ansieht, wenn es bereits zu zwei Regierungswechseln auf nationaler Ebene gekommen ist. Vertreter:innen der maximalistischen Konsolidierung gehen noch einen Schritt weiter. Geoffrey Pridham (1995) unterscheidet zwischen *negativer* und *positiver* Konsolidierung. *Negative* Konsolidierung tritt auf, wenn politische Eliten die neuen demokratischen Regeln annehmen und ausschließlich danach handeln, ohne dass zu diesem Zeitpunkt eine attraktive Systemalternative zur Demokratie existiert. *Positive* Konsolidierung hingegen ist erst dann gegeben, wenn nicht nur die politischen Eliten, sondern das gesamte System und die Bürger:innen das demokratische System und seine Institutionen legitimieren und unterstützen. Das letzte

Konsolidierungskonzept geht von einem zeitlich weitaus längeren Konsolidierungsrahmen aus als die *negative* demokratische Konsolidierung, um eine postautoritäre Demokratie zu stabilisieren. Letztlich ist es weiterhin unklar, welche genauen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um den Status einer konsolidierten Demokratie zu erreichen (Merkel 2010, S. 546).

Es wurden auch alternative Definitionen für eine vollständige Konsolidierung entwickelt, die zwischen *positiver* und *negativer* Konsolidierung unterscheiden. Richard Gunther, Nikiforos Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (1995) definieren ein demokratisches Regime als konsolidiert, wenn alle politischen Akteure die neu geschaffenen politischen Institutionen als legitim anerkennen und als den einzigen Ort für den Wettbewerb um politische Macht akzeptieren. Diese Definition fokussiert jedoch ausschließlich auf politische Institutionen und Verhaltensweisen, und vernachlässigt die politische Kultur der gesamten Bevölkerung. Im Gegensatz dazu betont Huntington (1991), dass die politische Kultur den zentralen Kern der politischen Konsolidierung bildet. Er argumentiert, dass die Bevölkerung verstehen muss, dass Demokratie nicht nur die Möglichkeit bedeutet, Regierungen abzuwählen, sondern eine Antwort auf das Problem der Tyrannei darstellt. Demokratische Stabilität gründet sich laut Huntington auf Enttäuschungen und gesenkte Erwartungen: „*Disillusionment and the lowered expectations it produces are the foundation of democratic stability. Democracies become consolidated when people learn that democracy is a solution to the problem of tyranny, but not necessarily something else.*” (Huntington 1991, S. 263).

Juan J. Linz und Alfred Stepan (Linz und Stepan 1996b, S. 6) haben einen umfassenden Konsolidierungsprozess definiert, der aus drei verschiedenen Dimensionen besteht: der Verhaltenskonsolidierung, der Einstellungskonsolidierung und der verfassungsmäßigen Konsolidierung. Ihrer Argumentation zufolge ist ein demokratisches Regime erst dann konsolidiert, wenn politische Entscheidungsträger:innen sowie bedeutende Vetospieler die demokratisch gewählten Institutionen anerkennen und ihre politischen Handlungen nicht mehr gegen diese durchsetzen. Die Verhaltenskonsolidierung beschreibt das Fehlen von Versuchen von bedeutenden Akteur:innen, ein nicht-demokratisches Regime zu schaffen oder sich vom Staat abzuspalten. Die Einstellungskonsolidierung bezieht sich auf die Überzeugungen der Bevölkerung, dass demokratische Verfahren und Institutionen der angemessene Weg sind, um das Zusammenleben zu regeln. Schließlich ist die verfassungsmäßige Konsolidierung erreicht, wenn Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen gleichermaßen den spezifischen Gesetzen, Verfahren und Institutionen des neuen demokratischen Prozesses unterworfen sind und diese akzeptieren. Wolfgang Merkel, ein prominenter Vertreter des maximalistischen Konsolidierungskonzepts, nutzt die Überlegungen von Linz und Stepan als Grundlage für ein

mehrebenen Modell der Konsolidierung (siehe Abbildung 3). In diesem Modell erweitert Merkel die von Linz und Stepan entwickelten Dimensionen um einen zusätzlichen Aspekt, der sich mit der Vermittlung von Interessen auf der Zwischenebene zwischen der Gesellschaft und staatlichen Entscheidungsträger:innen befasst. Merkel strukturiert sein Modell der demokratischen Konsolidierung in insgesamt vier Ebenen, die im weiteren Verlauf näher erläutert werden (Merkel 2010, S. 546–549).

Auf der ersten Ebene, der *institutionellen* bzw. *konstitutionellen Konsolidierung* auf der Makroebene, erfolgt die Etablierung grundlegender Verfassungsinstitutionen wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament, Judikative und Wahlsystem in der Regel vor anderen Konsolidierungsphasen (Merkel 2010, S. 548). Der Fokus liegt dabei darauf, politische Entscheidungsprozesse in Übereinstimmung mit der Verfassung zu gestalten, um übermäßiges Misstrauen und Unberechenbarkeit zu vermeiden. Diese Ebene spielt eine entscheidende Rolle bei der Demokratiekonsolidierung, indem sie Funktionen wie Konsensbildung, Mobilisierung und insbesondere die Legitimierung politischer Herrschaft erfüllt (Merkel et al. 1996, S. 18). Die Demokratiekonsolidierung erfordert, dass politische Akteure die festgelegten Regeln befolgen und der Verfassung der jungen demokratischen Ordnung Legitimität und Stabilität verleihen. Es ist von großer Bedeutung, dass die Verfassung nicht nur inklusiv und fair ist, sondern auch angemessene Lösungsmöglichkeiten für gesellschaftliche Probleme bietet (Merkel 2000, S. 148). Merkel hebt hervor, dass die *formale Legitimation*, die sich auf die Ausarbeitung und Verabschiedung der Verfassung bezieht, ein erster Schritt ist (Merkel 2010, S. 113). Jon Elster (1994, S. 43) identifiziert drei mögliche Varianten: *Legitimität von oben*, *Verfahrenslegitimität* und *Legitimität von unten*. Die Verfassungslegitimation kann durch verschiedene Typen erfolgen, von sehr demokratisch (Typ 1) bis demokratietheoretisch bedenklich (Typ 4) nach Wolfgang Merkel (2010, S. 2010). Der erste Typ bezieht sich auf einen vom Volk gewählten Konvent, der einen Verfassungsentwurf erarbeitet, ihn annimmt und dem Volk zur Abstimmung in einem Referendum vorlegt. Dies stellt eine sehr demokratische Form der Verfassungslegitimation dar. Der zweite Typ bezieht sich auf eine demokratisch gewählte verfassunggebende Versammlung, die die Verfassung selbst ausarbeitet, beschließt und verabschiedet. Auch dies wird als demokratische Form der Verfassungslegitimation betrachtet. Beim dritten Typ erstellt ein bestimmtes Staatsorgan einen Verfassungsentwurf, der vom Parlament verabschiedet wird. Obwohl ein Referendum über den Verfassungsentwurf stattfindet, wird dieser nicht direkt vom Volk ausgearbeitet, was als weniger demokratisch betrachtet wird. Beim vierten Typ erarbeitet ein spezifisches Staatsorgan einen

Verfassungsentwurf, der vom gegenwärtigen Parlament angenommen wird, ohne ein Referendum einzubeziehen, was demokratietheoretische Bedenken aufwirft (Merkel 2010).

Im Fokus der gegenwärtigen Analyse steht die essenzielle Bedeutung der empirischen Legitimation von Verfassungen. Diese Form der Legitimation bezieht sich auf den Glauben an die Rechtmäßigkeit einer Verfassung, welcher durch deren tatsächlichen Einfluss auf die politische Praxis und die sozialen Verhältnisse gestärkt wird. Eine entscheidende Voraussetzung für die Gewährleistung der Legitimität einer Verfassung ist deren Akzeptanz und Unterstützung durch die Bevölkerung. Hierbei ist zu beachten, dass legitime und effiziente Institutionen nicht einfach von oben nach unten aufgebaut werden können, sondern auf einem festen Fundament aus Alltagstraditionen und kulturellen Strukturen basieren müssen (Kraus 1999, S. 28). Um sicherzustellen, dass eine Verfassung eine breite Zustimmung in der Gesellschaft erfährt, schlägt Merkel vor, drei zentrale Prinzipien in der Verfassung zu verankern. Erstens sollte die soziale und politische Inklusion sichergestellt sein, was bedeutet, dass bedeutende strukturelle Minderheiten sowie politische und soziale Gruppen keinen erheblichen Nachteil beim Zugang zur politischen Macht erfahren dürfen. Zweitens sollten politische Institutionen effizient agieren, um schnelle Entscheidungsfindung und Umsetzung zu ermöglichen. Drittens sollten politische Entscheidungen darauf abzielen, gesellschaftliche Probleme zu lösen und somit politische Effektivität zu zeigen (Linz 1990; Sartori 1994).

Auf der zweiten Ebene der Demokratiekonsolidierung liegt die *repräsentative Konsolidierung* auf der Mesoebene, welche die territoriale und funktionale Repräsentation von Interessen betrifft, darunter Parteien und Interessenverbände. Die Signifikanz der repräsentativen Konsolidierung zeigt sich in ihrer doppelten Funktion. Einerseits beeinflusst die Konstellation und Handlung der Akteure auf dieser Ebene maßgeblich, wie die Normen und Strukturen auf der ersten Ebene konsolidiert werden. Andererseits beeinflusst die Interaktion zwischen den Ebenen 1 und 2 das Verhalten der Akteure auf Ebene 3 und kann somit förderliche oder hinderliche Auswirkungen auf die Konsolidierung der Demokratie haben (Merkel 2010, S. 112). Die bedeutende Rolle von Parteien in einer demokratischen Gesellschaft ist allgemein anerkannt. Sie agieren als zentrale Akteure in Wettbewerbsdemokratien und tragen wesentlich zur Gestaltung der institutionellen Systeme bei. Durch Wahlen mobilisieren sie die breite Unterstützung der Bürger:innen und sind somit im Wahlprozess von großer Bedeutung für die Verbindung zwischen Bevölkerung und politischer Elite (Kitschelt 1999, S. 44). Parteien fungieren als Repräsentanten im Parlament und in der Regierung auf allen politischen Ebenen, von der lokalen bis zur nationalen Ebene. Ihre Rolle erstreckt sich über das reibungslose Funktionieren der Parlamente bis zur Interaktion zwischen Regierung und Parlament.

Zusätzlich dazu bündeln sie gesellschaftliche Interessen, entwickeln politische Programme und gestalten verschiedene politische Optionen (Merkel 1997b, S. 10). Die Erfüllung dieser Funktionen durch Parteien ist von entscheidender Bedeutung für die Konsolidierung der Demokratie. Scott Mainwaring (1998, S. 80) hebt hervor, dass Demokratie zwar mit einem schwach institutionalisierten Parteiensystem überleben kann, jedoch eine schwache Institutionalisierung der Parteien die Qualität der Demokratie und die Aussichten auf eine demokratische Konsolidierung beeinträchtigt.

Die Beurteilung der erfolgreichen Stabilisierung der Parteien und ihres Beitrags zur Stärkung der Demokratie erfolgt anhand von sechs Konsolidierungskriterien. Es ist jedoch zu betonen, dass diese Kriterien nicht als unmittelbare und vollständige Erfüllung betrachtet werden sollten, da ein neu entstehendes Parteiensystem nicht sofort allen sechs Konsolidierungskriterien genügen kann. Die sechs Konsolidierungskriterien umfassen:

1. *Der Grad an Extremismus und Polarisierung*: Die Polarisierung innerhalb eines Parteiensystems bezieht sich auf die ideologische Distanz zwischen den relevanten linken und rechten Flügelparteien. Wenn der ideologische Abstand sehr groß ist, kann dies zu einem demokratiegefährdenden Wettbewerb führen, bei dem die Parteien um die Gunst der Wähler:innen konkurrieren und die Konsolidierungschancen verringert werden. Der Grad des Extremismus gibt dabei Auskunft über die Stärke nationalistischer, ethnischer und Antisystemparteien, die eine Bedrohung für die Demokratie darstellen können (Sartori 2005a).
2. *Die Bedeutung der Cleavage-Struktur für das Parteiensystem*: Die Cleavage-Struktur innerhalb eines Parteiensystems spielt eine entscheidende Rolle. Seymour Lipset und Stein Rokkan bezeichneten Parteien als Bündnisse im Konflikt um politische Maßnahmen und Werteverpflichtungen innerhalb der gesamten politischen Gemeinschaft. Eine deutlich erkennbare Cleavage-Struktur ist eine grundlegende Voraussetzung für ein stabiles und gefestigtes Parteiensystem. Es bedeutet jedoch nicht automatisch, dass ein konsolidiertes Parteiensystem die Demokratie stabilisiert. Tatsächlich kann ein Parteiensystem, das von ethnischen Konfliktlinien geprägt ist und dennoch als konsolidiert betrachtet wird, eine anhaltende Bedrohung für die demokratische Konsolidierung darstellen. (Lipset und Rokkan 1967).
3. *Der Einfluss des innerparteilichen Faktionismus*: Richard Rose (1974) definiert Faktionismus als eine Gruppe von Individuen, die durch ihre Vertreter:innen im Parlament bewusst organisierte politische Aktivitäten verfolgen, um eine breite

Palette von Politikzielen voranzutreiben. In Bezug auf die Konsolidierung der Demokratie spielt der Grad des innerparteilichen Faktionalismus eine bedeutende Rolle. Es ist wichtig, dass der Faktionalismus innerhalb einer Partei die Konsolidierung des Parteiensystems nicht behindert. Im Allgemeinen zeigt ein Rückgang des innerparteilichen Faktionalismus, der sich in einer stärkeren organisatorischen Einheitlichkeit der Partei manifestiert, dass das Parteiensystem immer mehr konsolidiert wird (Beyme 1997).

4. *Parteienfragmentierung*: Parteiensysteme, die stark fragmentiert sind, werden als potenzielle Bedrohung für die Stabilität des gesamten politischen Systems betrachtet. Dies wird insbesondere dann zum Problem, wenn die hohe Fragmentierung mit ideologischer Polarisierung, schwachen und heterogenen Koalitionsregierungen sowie häufigen Regierungswechseln einhergeht. In solchen Fällen besteht ein erhöhtes Risiko für politische Instabilität und eine erschwerte Regierungsbildung (Merkel 1997a).
5. *Das Ausmaß der Wähler:innen fluktuation* (auch bekannt als *Volatility*): Parteiensysteme mit einer geringen bis moderaten Fluktuation der Wähler:innen haben in der Regel stabilisierende Auswirkungen auf das gesamte politische System. Wenn die Wähler:innen ihre politischen Präferenzen über einen längeren Zeitraum hinweg weitgehend konstant halten, begünstigt dies die Konsolidierung des Parteiensystems und ermöglicht eine effektivere Regierungsbildung und -führung. Eine geringe Volatilität erleichtert auch die Bildung stabiler Regierungskoalitionen und fördert die Entwicklung einer politischen Kultur, die auf Kompromissen und langfristiger Zusammenarbeit basiert. Auf der anderen Seite können hohe Schwankungen in den Wähler:innenpräferenzen die politische Stabilität beeinträchtigen, da sie zu häufigen Regierungswechseln und einer erhöhten Unsicherheit führen können. Daher kann eine niedrigere und stabilere Wähler:innenfluktuation dazu beitragen, die Konsolidierung des Parteiensystems und die Stabilität des politischen Systems insgesamt zu fördern (Merkel 2010).
6. *Die Wahlbeteiligung* spiegelt nicht nur die Volatilitätsrate wider, sondern vor allem auch die gesellschaftliche Verankerung und Akzeptanz der politischen Parteien (Merkel 2010).

Parteien, die als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft fungieren, sind unverzichtbare Strukturen in der Gesellschaft. Dennoch können sie diese Rolle nicht allein erfüllen und sind

auf die Unterstützung von Verbänden angewiesen. Die funktionale Vermittlung von Interessen durch Verbände stellt somit eine notwendige Ergänzung zur territorialen Repräsentation dar. Auch wenn die Demokratiekonsolidierung in Systemen mit schwachen Verbänden möglich ist, spielen Verbände eine entscheidende Rolle im Konsolidierungsprozess. Ihre Bedeutung für die Konsolidierung der Demokratie lässt sich aus verschiedenen Gründen herausstellen (Croissant et al. 1999, S. 347): Ihre selbstorganisierte Struktur gewährleistet effektive autonome Handlungsfähigkeiten unabhängig vom Staat. Dadurch entlasten sie den Staat von der Aufgabe der umfassenden Steuerung, signalisieren einen Wandel weg von einem autokratischen Staatsverständnis und tragen durch die Aggregation, Repräsentation und Artikulation gesellschaftlicher Interessen zur Inklusivität des demokratischen Systems bei (Merkel 2010, S. 121).

Die dritte Ebene ist die *Verhaltenskonsolidierung* und betrifft die Mesoebene. Hier liegt der Fokus auf potenziellen politischen Akteuren und Vetomächten, die eine entscheidende Rolle spielen. Dazu zählen das Militär, paramilitärische Gruppen, Großgrundbesitzer, Vertreter:innen des Finanz- und Industriekapitals, organisierte Kriminalität, radikale Bewegungen und terroristische Gruppen. Ihr Handeln beeinflusst maßgeblich den Konsolidierungsprozess, insbesondere die Frage, ob sie ihre Interessen innerhalb oder außerhalb demokratischer Institutionen verfolgen und ob sie sich gegen demokratisch legitimierte repräsentative Akteure richten (Merkel 2010, S. 122). Wolfgang Merkel unterstreicht die Bedeutung der Konsolidierung auf den ersten beiden Ebenen, da sie dazu beiträgt, zu verhindern, dass gesellschaftliche oder militärische Elitegruppen ihre Fähigkeit zur Vetomacht und Intervention gegenüber neuen Demokratien beibehalten. Merkel hebt hervor: „*Je stärker die Konsolidierung der Ebenen 1 und 2 ist, desto mehr verlieren diese gesellschaftlichen oder militärischen Elitegruppen ihre Motivation und ihr Potenzial zur Intervention in neuen Demokratien*“ (Merkel 2010, S. 123). Wenn diese drei Ebenen auf der Mesoebene konsolidiert sind, kann sich eine bürger:innengesellschaftliche Struktur herausbilden, die zur Stabilisierung der Demokratie beiträgt.

Die vierte Ebene der demokratischen Konsolidierung manifestiert sich auf der Mikroebene durch die Bürger:innengesellschaft. Selbst wenn die vorangegangenen drei Ebenen der Demokratie erfolgreich konsolidiert sind und die Demokratie als dominantes System etabliert wurde, bleibt ihre vollständige Konsolidierung unvollständig, solange nicht die aktive Zustimmung und Unterstützung der breiten Bevölkerung gewonnen werden. Ziel dieser Ebene ist es, eine robuste sozio-politische Grundlage für die Demokratie zu schaffen, die immunisierende Effekte auf die anderen Ebenen entfaltet, um diese auch in Zeiten von Krisen

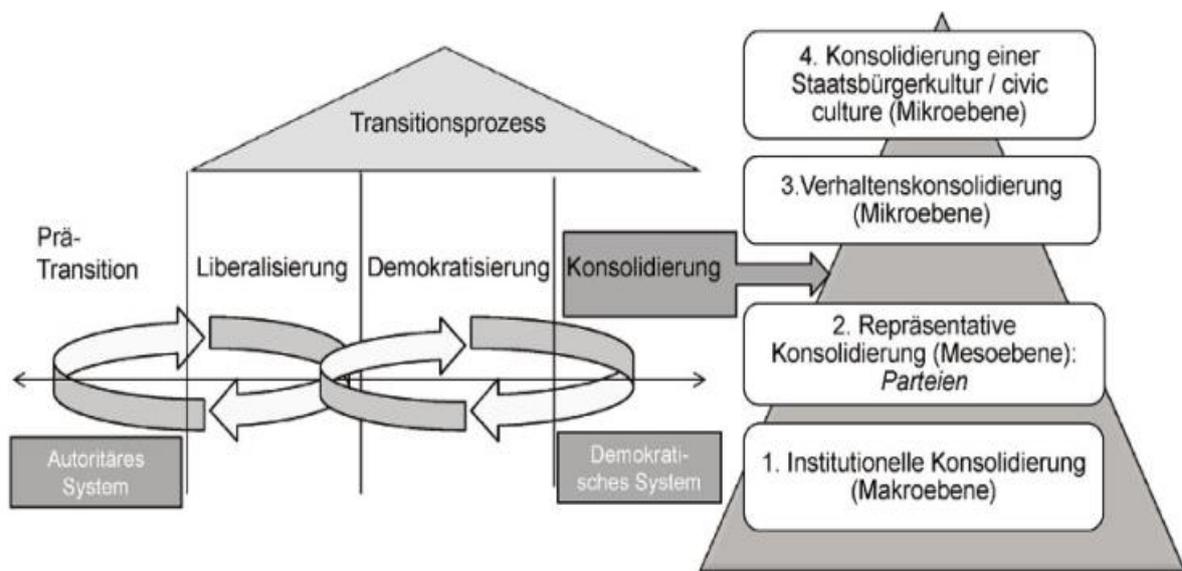
stabil zu halten. Dieses Ziel wird erreicht durch die Förderung und Entwicklung einer ausgeprägten Staatsbürger:innenkultur, die zwei wesentliche Dimensionen umfasst: die *civic culture* und die *civil society* (Merkel 2010, S. 112–124).

Die *civic culture* bezieht sich dabei auf die kognitiven und affektiven Einstellungen sowie die Werte der Bürger:innen und stellt ein zentrales Element der politischen Kultur dar. Diese Elemente sind von entscheidender Bedeutung für die Stabilisierung der Demokratie und prägen das Verhalten sowie die Haltung der Bürger:innen gegenüber dem demokratischen System (Plasser et al. 1997, S. 107). Gabriel Almond und Sidney Verba (Almond und Verba 1963) haben die *civic culture* Die vierte Ebene der demokratischen Konsolidierung manifestiert sich auf der Mikroebene durch die Bürger:innengesellschaft. Selbst wenn die vorangegangenen drei Ebenen der Demokratie erfolgreich konsolidiert sind und die Demokratie als dominantes System etabliert wurde, bleibt ihre vollständige Konsolidierung unvollständig, solange nicht die aktive Zustimmung und Unterstützung der breiten Bevölkerung gewonnen werden. Ziel dieser Ebene ist es, eine robuste sozio-politische Grundlage für die Demokratie zu schaffen, die immunisierende Effekte auf die anderen Ebenen entfaltet, um diese auch in Zeiten von Krisen stabil zu halten. Dieses Ziel wird erreicht durch die Förderung und Entwicklung einer ausgeprägten Staatsbürger:innenkultur, die zwei wesentliche Dimensionen umfasst: die *civic culture* und die *civil society* (Merkel 2010, S. 112–124). Die *civic culture* bezieht sich dabei auf die kognitiven und affektiven Einstellungen sowie die Werte der Bürger:innen und stellt ein zentrales Element der politischen Kultur dar. Diese Elemente sind von entscheidender Bedeutung für die Stabilisierung der Demokratie und prägen das Verhalten sowie die Haltung der Bürger:innen gegenüber dem demokratischen System (Plasser et al. 1997, S. 107). Gabriel Almond und Sidney Verba haben die *civic culture* in drei Ebenen unterteilt. Die erste Ebene umfasst die Institutionen des Regimes, wie Polizei, Militär, Parlament und Regierung. Die zweite Ebene bezieht sich auf die Prozesskultur, die als Vermittlungsebene zwischen Staat und Gesellschaft fungiert und Organisationen wie Parteien, Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen einschließt. Die dritte Ebene, als Politikfeldkultur bezeichnet, betrifft die Wahrnehmung der Regierungsbilanz in spezifischen Politikbereichen. Gemeinsam formen diese Ebenen die *civic culture* und gestalten die Beziehung zwischen den Bürger:innen und dem demokratischen System.

Die *civil society* oder die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Konsolidierung der Demokratie und hat eine lange Tradition, die von John Locke bis Jürgen Habermas reicht. Sie erfüllt verschiedene Funktionen, die zur Stärkung und Entwicklung des demokratischen Systems beitragen (Croissant et al. 2000). Die demokratische Konsolidierung

auf dieser Ebene ist zeitlich schwer abzugrenzen und kann manchmal nur durch einen Generationswechsel erreicht werden. Wenn alle vier Ebenen der demokratischen Konsolidierung erfolgreich durchlaufen wurden, ist die Errichtung einer widerstandsfähigen Demokratie erreicht worden. Obwohl dieser Zustand nicht unumkehrbar ist, stellt er ein stabiles Gleichgewicht dar. Systeme, die auf dieser Ebene konsolidiert sind, verfügen über eine höhere Widerstandsfähigkeit gegenüber exogenen Schocks wie Wirtschaftskrisen oder außenpolitischen Herausforderungen als solche, die nur minimal konsolidiert wurden. Sollte es zu einem Dekonsolidierungsprozess kommen, so würde dies eine längere Zeitperiode in Anspruch nehmen und eine Erosion sämtlicher vier Ebenen erfordern (Croissant et al. 2000; Merkel 2010). Diese Dimension, wird im folgenden Kapitel 3 ausführlich erläutert.

Abbildung 3: Das Mehrebenenmodell der Konsolidierung im Transitionsprozess



Quelle: (Weissenbach 2016, S. 50)

Die vorliegende Arbeit nimmt eine umfassende Perspektive auf die Konsolidierung der Demokratie ein und betrachtet sie als einen fortlaufenden Prozess. Ein Illustrationsfall dafür ist der Beitritt zur Europäischen Union, der Fortschritte in sechs verschiedenen institutionellen und rechtlichen Bereichen erfordert, darunter Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen, Menschenrechte, Rechtsordnung, wirtschaftliche Integration und Verwaltungskapazitäten. Das

obere Modell bzw. Abbildung 3 bietet eine Grundlage für die Analyse der Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und deren Einfluss in politische Entscheidungen.

1.2 Konzept der Demokratie

Die Transformation hin zur Demokratie in den postsozialistischen Ländern ist ein wesentlicher Bestandteil ihres demokratischen Wandels (Schneider 1997, S. 18). In diesem Zusammenhang stellt sich die bedeutende Frage nach den Kriterien, anhand derer eine Definition von Demokratie möglich ist. Die Demokratie ist zweifellos ein zentrales Merkmal moderner Gesellschaften und hat sich als bevorzugtes Regierungssystem in vielen Teilen der Welt etabliert. Trotz unterschiedlicher Definitionen und Ansätze besteht ein allgemeiner Konsens darüber, dass Demokratie auf freien Wahlen, Bürger:innenrechten und der Möglichkeit der politischen Partizipation basiert. Diese grundlegenden Prinzipien wurden sowohl von antiken Philosophen wie Platon und Aristoteles als auch von Denkern der Aufklärung wie Locke, Montesquieu und Tocqueville hervorgehoben. In der Renaissance der Diskussionen über Demokratie haben sie an Bedeutung gewonnen und sind zu Eckpfeilern des Verständnisses und der Entwicklung der Demokratie geworden (Lauth 2010, S. 98; Munck 2011, S. 333). So bilden die Konzepte der Gewaltenteilung und des Spannungsverhältnisses von Freiheit und Gleichheit eine solide Grundlage für die Definition und Ausgestaltung demokratischer Systeme in den postsozialistischen Ländern im Rahmen ihrer Transformation hin zur Demokratie.

Verschiedene Vorschläge von Autor:innen zur Demokratie reichen von minimalistischen Konzepten, die sich auf freie Wahlen konzentrieren, bis hin zu umfassenden Definitionen, die soziale und kulturelle Teilhaberechte einschließen. Joseph Schumpeter, einer der bedeutendsten Nationalökonomien seiner Zeit, hat den Grundstein für eine *realistische* Demokratielehre gelegt. Seine einzigartige Perspektive auf die Demokratie besteht darin, sie mit einem ökonomischen Markt in Verbindung zu bringen. In seiner Theorie sah er die politische Sphäre als ein Spielfeld, auf dem politische Eliten ähnlich wie Unternehmer:innen im Markt miteinander konkurrieren, um politische Macht und Einfluss zu erlangen. Diese Analogie zwischen Demokratie und Markt fußt auf Schumpeters zentralen ökonomischen Konzepten, wie dem kreativen Unternehmer:innen und dem Wettbewerb. In der politischen Arena sieht er die politischen Eliten als *kreative Unternehmer:innen*, die innovative politische Ideen und Programme entwickeln, um die Wähler:innen für sich zu gewinnen. Der Wettbewerb zwischen diesen

politischen Eliten ähnelt dem Marktmechanismus, bei dem verschiedene Unternehmen um die Gunst der Kund:innen konkurrieren. In der Demokratie bedeutet dies, dass politische Parteien und politische Führung durch Wahlen und Abstimmungen von den Bürger:innen unterstützt oder abgelehnt werden. Für Schumpeter ist Demokratie daher nicht als ein Selbstzweck zu sehen, sondern als ein Instrument zur Auswahl und Kontrolle politischer Führungspersonen. Sie ermöglicht den Bürger:innen, durch freie Wahlen ihre Vertreter:innen zu bestimmen und die politischen Eliten bei Bedarf abzuwählen, ähnlich wie Konsument:innen Unternehmen durch ihre Kaufentscheidungen auf dem Markt beeinflussen können (Schumpeter 1942). Giuseppe di Palma (1990) präsentiert eine prägnante Definition von Demokratie und unterstreicht ihre Verankerung im traditionellen Schumpeter'schen oder repräsentativen Sinne. Dies impliziert, dass Demokratie als ein politisches System konzipiert wird, in dem die Bürger:innen ihre Vertreter:innen wählen, die befugt sind, in ihrem Namen Entscheidungen zu treffen und politische Prozesse zu gestalten. Przeworski hingegen definiert Demokratie als ein System organisierter Unsicherheit (Przeworski 1991, S. 131), ohne jedoch weitere normative Elemente der Demokratie zu erörtern.

Einige Autor:innen argumentieren jedoch, dass solche minimalistischen Ansätze nicht ausreichen, um Demokratie angemessen zu repräsentieren. Sie beschränken die Klassifizierung der Demokratie lediglich oberflächlich als „elektoral“ oder „formal“ (Diamond 1996, S. 21).

In der Transitions- und Demokratisierungsforschung sowie bei der Demokratiemessung hat sich Robert Dahl's Konzept der Polyarchie als zentraler Bezugspunkt etabliert. Dahl betont die Bedeutung einer umfassenden Definition von Demokratie, die über bloße Wahlen hinausgeht. Für ihn kennzeichnet Demokratie nicht nur das Abhalten von Wahlen, sondern auch das Recht der Bürger:innen, ihre Präferenzen auszudrücken und aktiv am politischen Prozess teilzunehmen, sei es durch individuelle Handlungen oder kollektive Bemühungen. Im liberaldemokratischen Demokratiemodell, das von Dahl präsentiert wurde, sind drei grundlegende Rechte entscheidend: Erstens sollten Bürger:innen in der Lage sein, ihre politischen Präferenzen und Meinungen frei zu äußern. Zweitens sollten sie die Möglichkeit haben, diese Präferenzen anderen Mitbürger:innen und der Regierung zu vermitteln, sei es durch individuelle Aktionen oder kollektive Beteiligung. Und drittens ist es wichtig, dass sie über die gleichberechtigte Diskussion ihrer Interessen bei politischen Entscheidungen informiert sind (Dahl 1971, S. 2–9). Damit die Bürger:innen ihre demokratischen Rechte effektiv ausüben können, sind acht institutionelle Grundvoraussetzungen von zentraler Bedeutung: Die Freiheit zur Organisation und Assoziation, Meinungsfreiheit, das aktive und passive Wahlrecht, das Recht auf Wettbewerb um Unterstützung und Wähler:innenstimmen,

Informationsfreiheit sowie die Gewährleistung freier und fairer Wahlen. Zusätzlich müssen Institutionen etabliert sein, die die Regierungspolitik auf der Grundlage des Wahlergebnisses und der Einstellungen der Bürger:innen gestalten (Dahl 1971, S. 3). Die acht Grundvoraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft reflektieren die beiden Hauptdimensionen der politischen Demokratie, wie Dahl in seinem Konzept der *Polyarchie* benannt. Diese Dimensionen sind zum einen *contestation* (öffentlicher Wettbewerb, politischer Wettbewerb) und zum anderen *participation* (Partizipation). Larry Diamond und Leonardo Morlino haben das ursprüngliche Modell von Dahl zur Demokratie deutlich erweitert und präzisiert, indem sie von „acht Dimensionen der Demokratiequalität“ (Diamond und Morlino 2004, S. 22–23) sprechen und zusätzliche Bedingungen in der Demokratie hervorheben. Zu diesen Bedingungen zählen Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Wettbewerb, vertikale Verantwortlichkeit, horizontale Verantwortlichkeit, Freiheit, Gleichheit und Ansprechbarkeit. Die *vertikale Verantwortlichkeit* bezieht sich darauf, dass Politiker:innen von den Wähler:innen zur Verantwortung gezogen und gegebenenfalls wieder gewählt oder abgewählt werden können. Die *horizontale Verantwortlichkeit* betrifft beispielsweise eine wechselseitige Machtbalance verschiedener Institutionen. Die acht Dimensionen der Demokratiequalität umfassen somit eine breite Palette von Aspekten, die eine echte und liberale Demokratie ausmachen. Nach ihrer Auffassung ist eine Demokratie nur dann als echt oder liberal anzuerkennen, wenn all diese Bedingungen erfüllt sind. Dieser umfassendere Ansatz ermöglicht es, die Qualität und Authentizität einer Demokratie besser zu beurteilen und ihre Stärken und Schwächen differenzierter zu analysieren. In der vorliegenden Arbeit steht die Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Fokus, insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsverfahren des Landes. Dabei wird eine umfassende Demokratiedefinition zugrunde gelegt, die die acht Dimensionen der Demokratiequalität von Larry Diamond und Leonardo Morlino einschließt: Rechtsstaatlichkeit, Partizipation, Wettbewerb, vertikale Verantwortlichkeit, horizontale Verantwortlichkeit, Freiheit, Gleichheit und Ansprechbarkeit. Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung und Stärkung dieser Dimensionen. Die Analyse der Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens wird somit die Bedeutung und die Herausforderungen ihrer Beiträge zur Demokratie in Montenegro untersuchen.

Die Demokratien in postkommunistischen Ländern, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, wurden in der modernen Demokratie- und Transformationsforschung ausführlich diskutiert und analysiert. Die Forschung hat verschiedene Bezeichnungen und Kategorien eingeführt, um die Vielfalt der demokratischen Transformationen in diesen Ländern zu beschreiben. Dazu gehören

Begriffe wie „defekte Demokratien“ (Merkel und Puhle 2003; Merkel und Croissant 2000), „illiberale Demokratien“ (Croissant 2010), „elektorale Demokratien“ (Kubicek 2001), „hybride Regime“ (Rüb 2002), und „Autoritarismen mit Attributen“ (Maćków und Wiest 2005). Diese vielfältigen Bezeichnungen spiegeln die unterschiedlichen Herausforderungen und Schwachstellen wider, denen diese Demokratien während ihrer Transformationsprozesse ausgesetzt waren. Die unterschiedliche Qualifizierung der Demokratien in diesen Ländern resultiert aus den vielschichtigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, denen sie gegenüberstanden.

1.3 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Das Ende des postkommunistischen Übergangs wurde durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für die ehemaligen kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas sowie Kroatien im Jahr 2013 markiert. Dieser historische Schritt begann mit der vierten Integrationswelle im Jahr 2004, als fünf mittel- und osteuropäische Länder: die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, die Slowakei und Slowenien, sowie drei ehemalige Sowjetrepubliken aus der Baltikum-Region: Estland, Lettland und Litauen, der EU beitraten. Die fünfte Integrationswelle folgte im Jahr 2007 und fügte Bulgarien und Rumänien hinzu, während Kroatien der EU 2013 beitrug. Für diese Länder war die EU-Mitgliedschaft das ersehnte Ziel eines langwierigen Prozesses des Übergangs von einer kommunistischen zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung.

Mehr als ein Jahrzehnt lang hatten sie umfangreiche Reformen in den Bereichen staatlicher Institutionen und Wirtschaft durchgeführt, die von den Mechanismen der EU-Integration genau überwacht wurden. In diesem Prozess wurde von der EU erwartet, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und der Schutz von Minderheiten in den beitretenden Ländern institutionalisiert werden, wie es bereits 1993 auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen (siehe Kapitel 2.3) formuliert worden war. Die EU setzte klare Standards und Bedingungen, die die Beitrittskandidaten erfüllen mussten, um Teil der Union zu werden. Ab 1999 wurden detaillierte Länderberichte eingeführt, die den beitretenden Ländern den Weg zur Erfüllung der vollen EU-Beitrittskriterien aufzeigten und sie in ihrer demokratischen Entwicklung unterstützten (Pridham 2005, S. 40–41).

Der Rechtsstaat beruht in seinen grundlegendsten Formen auf den Prinzipien, dass die Gesellschaft offen und gerecht nach allgemein bekannten und akzeptierten Regeln regiert wird. Es gilt, dass niemand, einschließlich derer in Machtpositionen, über dem Gesetz steht, und dass Gerechtigkeit für alle zugänglich ist (Hogić 2020; Memeti 2014; Mavrikos-Adamou 2014). Ein Land kann als *Rechtsstaat* angesehen werden, wenn es über eine gesetzgebende Gewalt verfügt, die Gesetze gemäß der Verfassung und den Menschenrechten erlässt, eine unabhängige Justiz hat, effektive und zugängliche Rechtsdienstleistungen bietet und ein Rechtssystem gewährleistet, dass allen Menschen Gleichheit vor dem Gesetz garantiert (Gomes 2017). Für einen funktionsfähigen Rechtsstaat sind sowohl die Qualität der Gesetze - klar, allgemein, stabil, kohärent und durchsetzbar - als auch die Qualität des justiziellen Systems - kompetent, unabhängig, verantwortlich und unparteiisch - von hoher Bedeutung (Mendelski 2018). Im Rahmen des EU-Vertrags ist die Rechtsstaatlichkeit von hoher Bedeutung und wird neben den Grundsätzen der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Menschenrechten in Artikel 2 festgelegt. Auf praktischer Ebene erweist sich die Rechtsstaatlichkeit als essentielle Dimension in vier zentralen Kernbereichen der EU-Identität und -Aktivität, wie von Amichai Magen (2016) aufgezeigt:

1. *Es ist ein grundlegender Wert, auf dem die Union selbst gegründet ist;*
2. *Es ist eine Voraussetzung für Vertrauen, die für das Funktionieren des Binnenmarkts zusammen mit Freiheit, Sicherheit und Recht unerlässlich ist;*
3. *Es ist ein wesentliches Element der Art und Weise, wie die EU mit der Welt zusammenarbeitet und sich ihre Rolle als globaler Akteur vorstellt;*
4. *Es ist ein Schlüsselkriterium für die Eignung zur EU-Mitgliedschaft.*

Die Rechtsstaatlichkeit erfüllt funktional zwei essentielle Aufgaben. Erstens gewährleistet sie, dass Personen in Machtpositionen ihre Befugnisse innerhalb eines restriktiven Rahmens etablierter öffentlicher Normen ausüben und nicht auf willkürliche, *ad hoc* oder rein diskretionäre Weise handeln. Zweitens steuert und koordiniert die Rechtsstaatlichkeit das Verhalten und die Aktivitäten der Bürger:innen (Tamanaha 2012). Um eine effektive und nachhaltige Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, bedarf es nicht nur unabhängiger Institutionen von der Exekutive, sondern auch einer Internalisierung und Identifikation der gesamten Gesellschaft – aller Bürger:innen, einschließlich der Machteliten – mit dem Rechtsstaatsprinzip. Zu diesem Zweck sollten die Verfahren so transparent wie möglich sein, und die Gesetze müssen öffentlich und leicht zugänglich für die Bürger:innen sein. Des

Weiteren sollten die Gesetze explizit, klar und vorausschauend formuliert sein, ohne rückwirkende Effekte. Zudem sollte die Ausarbeitung von Gesetzen etablierten, klaren und stabilen Regeln folgen (Magen 2016).

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs gewinnt die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union zunehmend an Bedeutung, ebenso wie die Achtung der Grundrechte. Die politischen Führungspersonlichkeiten in den ehemaligen postkommunistischen Ländern haben sich von schützenden Eliten zu dienstleistenden Akteuren gewandelt. Die Bürger:innen dieser Länder erwarten nun von ihren Regierungen, dass sie ein sicheres und wohlhabendes Umfeld schaffen, in dem ihre Rechte nicht nur vor Kriminalität, sondern auch vor staatlichen Übergriffen geschützt sind. In den vergangenen zehn Jahren wurde die Rechtsstaatlichkeit als zentrales Instrument zur Bekämpfung von Korruption und Armut, zur Bewältigung von demokratischen Defiziten sowie zur Vermeidung oder Beendigung anhaltender Konflikte anerkannt. Für die Etablierung einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit sind drei zentrale Bedingungen zu erfüllen: Erstens muss das Justizsystem effektiv und unabhängig agieren. Zweitens dürfen organisiertes Verbrechen und Korruption keinen Raum erhalten. Und drittens müssen die Grundrechte der Bürger:innen geachtet und geschützt werden (Nozar 2012). Diese gesellschaftlichen Werte und Prinzipien nehmen in der Politik der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere im Hinblick auf die Integrationsprozesse, eine herausragende Bedeutung ein. Die Förderung und Sicherung der Rechtsstaatlichkeit in den postkommunistischen Ländern ist daher ein zentrales Anliegen der EU und ein wichtiger Bestandteil ihrer Demokratie- und Stabilisierungsagenda. Allerdings manifestiert sich ein grundlegender historischer Unterschied in der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit zwischen postkommunistischen und westeuropäischen Ländern. Während in den meisten etablierten europäischen Nationen die Idee der Rechtsstaatlichkeit bereits vor der Demokratie als Konzept präsent war (Fleiner und Basta 2009; Pech 2009), begann die Konstruktion der Rechtsstaatlichkeit in den postkommunistischen Ländern erst Mitte der 1990er Jahre. Dies geschah parallel zur Übernahme von demokratischen Strukturen und der Liberalisierung der Marktwirtschaft in diesen Staaten. In dieser Zeitspanne sahen sich einige dieser Länder mit einer schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Die Rechtsstaatlichkeit wurde durch historische Hinterlassenschaften, wie etwa die Überreste kommunistischer Justizkultur und die Auswirkungen vergangener Bürgerkriege, maßgeblich beeinflusst (Mendelski 2018; Čavalić und Gajić 2017). Insbesondere in den Ländern des westlichen Balkans fehlt es historisch an Erfahrungen mit politischen Strukturen, die eine hinreichende Rechtsstaatlichkeit sicherstellen (Čavalić und Gajić 2017). Das *europäische Modell* basiert auf Voraussetzungen und

Annahmen, die eine spezifische rechtliche und justizielle Kultur und Mentalität voraussetzen, die möglicherweise in dieser Region nicht adäquat ausgeprägt sind. Dies kann folglich den Erfolg der Implementierung von Reformen beeinträchtigen. Ein weiterer gravierender Stolperstein auf dem westlichen Balkan besteht in der wiederholten Nichtbeachtung der politischen Eliten, sich zur Umsetzung von Rechtsstaatlichkeitsstandards zu verpflichten (Milošević und Muk 2016). Die Politisierung und Instrumentalisierung neu verabschiedeter Gesetze, Reformen und öffentlicher Institutionen stellen gleichfalls herausfordernde Schwierigkeiten dar (Mendelski 2018, 2016). Forschungsergebnisse untermauern die These, dass einige von der EU geförderte Reformer sogar destruktive Neigungen zeigen (Mendelski 2016). Daher erlangt es fundamentale Bedeutung, die exzessive Politisierung in der Region einzudämmen, um somit eine dauerhafte Verankerung der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten (Milošević und Muk 2016) und die Erfolgchancen internationaler Kampagnen zu verbessern (Elbasani 2018). Nichtsdestotrotz bleibt festzustellen, dass der bisherige Fortschritt eher einen Fokus auf technische Aspekte legte, anstatt sich auf politisch heikle Themen zu konzentrieren (Elbasani 2018). Es empfehlen sich daher akademische Schritte in Richtung eines Fundamentals-First-Ansatzes, welcher eine besondere Betonung auf Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Gewaltenteilung legt (Milošević und Muk 2016; Elbasani 2018). Eine akribische Auseinandersetzung offenbart auch Kritik hinsichtlich der quantitativen Ausrichtung der EU-Rechtsstaatlichkeitsreformen, welche eher auf eine *mehr ist besser* Mentalität abzielt, anstatt hochqualitative Reformprozesse zu fokussieren. Dies bedeutet, dass die EU sich mehr auf die Anzahl der Reformen konzentriert, anstatt ihre Qualität und Wirksamkeit zu berücksichtigen (Mendelski 2016). Martin Mendelski (2016, 2018) stellt fest, dass von der EU vorangetriebene Rechtsstaatlichkeitsreformen oft wesentlich zu Verbesserungen in der justiziellen Kapazität und der Substanziellen Legalität beitragen, aber nachteilige Auswirkungen auf die justizielle Unparteilichkeit haben. Um folglich eine anhaltende Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit zu bewirken, ist eine stärkere Fokussierung auf die Qualität und Wirksamkeit von Reformmaßnahmen unabdingbar. Die justiziellen Systeme der westlichen Balkanländer sind nachteilig durch die Politisierung der Justiz, unangemessene Einflussnahme und Gerichtskorruption beeinflusst. Die begrenzte Effizienz der Justiz ist auf unzureichende Investitionen in digitale Fallmanagement-Systeme, einschließlich audiovisueller Aufzeichnungs- und Transkriptionstechnologien von Gerichtsverfahren, zurückzuführen, welche die Gerichte transparenter gestalten und den Zugang erleichtern könnten (Hoxhaj 2018). Trotz bedeutender Fortschritte bei der Stärkung der relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen und der Errichtung von Anti-Korruptions-Institutionen bleibt

zweifelloso ein ausgeprägtes Ausmaß an Korruption und organisierter Kriminalität fortbestehen (European Commission 2020). Die Anwendung von EU-Konditionalität kann in Ländern mit etablierten demokratischen Traditionen und unabhängigen Institutionen zu positiven Ergebnissen führen. Jedoch könnte sie in den Transformationsländern des Westbalkans möglicherweise nicht die gleiche Wirkung erzielen und aufgrund von spezifischen Herausforderungen mit Schwierigkeiten verbunden sein. In Anbetracht der vorliegenden Situation bedarf es einer akribischen Differenzierung und gezielter Anpassung der Konditionalität, um den spezifischen Herausforderungen dieser Länder gerecht zu werden und ihre demokratischen Institutionen und Prozesse auf wirkungsvolle Weise zu stärken. In diesem Zusammenhang spielen die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Etablierung eines Rechtsstaates von unten mit allen notwendigen *checks and balances* eine entscheidende Rolle. Dies könnte ein bedeutsamer Schritt sein, um die Legitimität und die nachhaltige Entwicklung in die gewünschte Richtung zu lenken.

2 Begriffe und Theorien der Europäisierung

Im Zuge der Analyse der Europäisierung rückt die Definition dieses komplexen Prozesses in den Vordergrund. Europäisierung kann als der Prozess verstanden werden, durch den politische und gesellschaftliche Akteure in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Handlungsweisen, Gesetze und Normen zunehmend an die europäische Ebene anpassen. Diese Angleichung erfolgt aufgrund der wachsenden Verflechtung und Zusammenarbeit innerhalb der EU sowie der Entwicklung gemeinsamer politischer Ziele. Die Auswirkungen der Europäisierung reichen über politische und gesellschaftliche Ebenen hinweg. Sie manifestieren sich in der Adaption europäischer Normen durch nationale Gesetzgebung, was zu einer Harmonisierung der Rechtsvorschriften in den Mitgliedsländern führt. Dieser Prozess beeinflusst auch die politischen Strukturen der Mitgliedsstaaten, indem er eine vertiefte Integration und Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen fördert.

Um die Komplexität der Europäisierung zu verstehen, ist es unabdingbar, verschiedene theoretische Ansätze und Erklärungsmodelle zu betrachten. Der rationalistische Institutionalismus, der auf die *logic of consequence* basiert, betont die Rolle von Anreizen und Interessen als treibende Kräfte hinter der Angleichung an europäische Normen. Im Gegensatz dazu legt der konstruktivistische Institutionalismus mit der *logic of appropriateness* den Fokus auf die Bedeutung von sozialen Normen, Werten und Identitäten, die das Verhalten der Akteure beeinflussen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt dieses Kapitels liegt auf dem Konzept der EU-Konditionalität. Die von der Europäischen Union festgelegten politischen Bedingungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der europäischen Integration, insbesondere im Hinblick auf potenzielle Kandidatenstaaten. Dabei wird die historische Entwicklung der sogenannten Kopenhagener Kriterien eingehend betrachtet. Diese Kriterien stellen politische, wirtschaftliche und rechtliche Anforderungen an Staaten, die Mitglieder der EU werden möchten. Die EU-Konditionalität fungiert als ein entscheidendes Instrument, um die Einhaltung gemeinschaftlicher Werte und Normen in der erweiterten Europäischen Union zu stärken.

2.1 Europäisierung: Definition und Auswirkungen

Der Begriff *Europäisierung* wurde ursprünglich eingeführt, um die Auswirkungen der europäischen Integration und *Governance* auf die EU-Mitgliedstaaten zu beschreiben (Goetz und Meyer-Sahling 2008; Treib 2014). Ab den 1990er Jahren begann die EU damit, allgemeine politische Ordnungsprinzipien wie Demokratie, Menschenrechte und funktionierende Rechtsstaatlichkeit in postkommunistischen Ländern zu fördern (Lavenex 2004, S. 695), was die Beliebtheit des Begriffs unter Europäisierungsforscher:innen zunehmend steigerte. Die Übertragung von EU-Grundsätzen führte zur Entstehung des Konzepts der *Europäisierung* in den Beitrittsländern und etablierte ein eigenes Teilgebiet der Europäisierungsforschung. Dieser neue Untersuchungsbereich zielt darauf ab, den Einfluss der EU auf die nationale Innenpolitik in Kandidatenländern (und potenziellen Kandidatenländern) zu untersuchen und die Instrumente zu analysieren, mit denen die EU die Regeleinhaltung dort fördern kann.

Ulrich Sedelmeier (2011) unterscheidet drei Arten von Europäisierungswirkungen, nämlich Wirkungen auf die Politik (*polity*), die Politikgestaltung (*politics*) und die Politikmaßnahmen (*policy*). Das Konzept der Europäisierung wurde verwendet, um den Einfluss der Europäischen Union auf die nationale Innenpolitik zu erfassen. Es untersucht politische Institutionen (*polity*) (Kassim 2005; Ladrech 2005), politische Prozesse (*politics*) (Mair 2000; Eising 2007; Schmidt und Radaelli 2004) sowie politische Inhalte (*policy*) (Radaelli 1997; Lavenex 2001) sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Kandidatenländern. In der wissenschaftlichen Literatur existieren verschiedene Definitionen des Begriffs. Eine der frühesten und am häufigsten zitierten Definitionen stammt von Robert Ladrech (1994). Er beschreibt Europäisierung als einen „*incremental process re-orienting the direction and shape of politics to the degree that EC [European Community] political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making*“ (Ladrech 1994, S. 69). Ladrechts Definition legt den Fokus auf interne Interessen, bei denen Akteure ihre Interessen und Verhaltensweisen an die Imperative, Normen und Logik der EU-Mitgliedschaft anpassen. Allerdings bleibt unklar, wie EU-Dynamiken zu einem integralen Bestandteil interner politischer Prozesse werden und wie der Grad der Europäisierung gemessen werden kann. Zudem wurden der Einfluss nichtstaatlicher Akteure und die interinstitutionelle Zusammenarbeit in Ladrechts Definition vernachlässigt. Claudio Radaelli hat diese Definition weiterentwickelt und beschreibt Europäisierung als „*processes of (a) construction (b) diffusion and (c) institutionalisation of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‘ways of doing things’ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and*

then incorporated in the logic of domestic (national and subnational) discourse, identities, political structures and public policies“ (Radaelli 2003, S. 30). Nach Radaellis Definition betrifft das Konzept auch die Interaktion zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, neue Verhaltensweisen sowie die Art und Weise der Politikgestaltung und -durchsetzung (Fagan 2010, S. 21). Cowles, Caporasso et al. definieren *Europäisierung* als „*the emergence and development at the European level of distinct structures of governance“* (Cowles et al. 2012, S. 3). Johan P. Olsen versuchte, *Europäisierung* für die vergleichende Politikwissenschaft zu erfassen, indem er sie in Beziehung zu früheren Perspektiven nationaler Integration und Differenzierung setzte und dafür die breiteste Definition lieferte, die fünf mögliche Verwendungen umfasst: *Europäisierung* als Veränderung äußerer territorialer Grenzen; die Entwicklung von *Governance*-Institutionen auf europäischer Ebene; das Eindringen von Institutionen auf europäischer Ebene in nationale und subnationale *Governance*-Systeme; der Export europäischer Formen politischer Organisation und *Governance* über Europa hinaus; und als politisches Projekt zur Unterstützung des Aufbaus eines geeinten und politisch starken Europas (Olsen 2002). Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005b, S. 7) definieren die *Europäisierung* als einen Prozess, bei dem ein Land die EU-Regeln übernimmt.

Es wurde mitunter angenommen, dass das Konzept der *Europäisierung* als eine Art Äquivalent zur Modernisierung (Hood 1998) verstanden werden kann. In diesem Sinne repräsentiert es das Ergebnis von Transformationsprozessen, das in der Politik oder den Institutionen eines bestimmten Landes gemessen werden kann. Zusätzlich beschreibt *Europäisierung* auch den Prozess der Anpassung von Regeln, der als Rahmen für die innerstaatlichen Interaktionen in den einzelnen Ländern fungiert hat. Im Einklang mit diesen Ansätzen versteht dieses Kapitel *Europäisierung* als einen politisch getriebenen Prozess, bei dem EU-Institutionen, -Regeln und -Politikprozesse die nationalen Rechtsordnungen, institutionellen Mechanismen und die Herausbildung einer kollektiven kulturellen Identität in den EU-Beitrittskandidaten beeinflussen.

2.2 Theoretische Ansätze und Erklärungsmodelle der Europäisierung

Die Spezifizierung von Europäisierungsmechanismen begann mit James G. March und Johan P. Olsens (1989) initiiert, als sie zwei institutionelle Logiken differenzierten: die *logic of*

consequence, auf der Grundlage des rationalistischen Institutionalismus und die *logic of appropriateness*, basierend auf dem konstruktivistischen Institutionalismus. Die theoretische Auseinandersetzung mit der Europäisierung der Beitrittskandidaten gründet sich auf diese beiden Ansätze innerhalb der neo-institutionalistischen Theorie. Im Rahmen des Neo-Institutionalismus wird die Europäische Union als ein System von Gegengewichtsinstitutionen verstanden, in denen rationale Akteure strategisch handeln, um ihre gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Die EU verfügt über einen einzigartigen institutionellen Rahmen, bestehend aus einem dauerhaften und kohärenten Satz formeller und informeller Regeln, die das Verhalten der Länder definieren, Standards setzen, Länder beschränken und Erwartungen prägen. Daraus folgt die These, dass die institutionelle Theorie auf die Europäisierung der Kandidatenländer anwendbar ist. Der Unterschied zwischen den beiden theoretischen Ansätzen, dem rationalistischen und dem konstruktivistischen Institutionalismus, liegt in der Verwendung unterschiedlicher Mechanismen zur Übernahme von EU-Normen und -Regeln. Konkret nutzt die EU verschiedene Strategien für die Europäisierung der Kandidaten- und potenziellen Kandidatenländer. Im Rationalismus basiert die EU-Konditionalität auf dem Modell *externer Anreize*, bei dem die Kandidatenländer die von der EU festgelegten Regeln und Bedingungen akzeptieren und erfüllen müssen, um Belohnungen zu erhalten. Im Konstruktivismus hingegen werden Überzeugungs- und Sozialisierungsstrategien eingesetzt, um die Länder positiv mit der EU zu identifizieren und ihre Regeln als legitim und angemessen anzuerkennen (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005b; Sedelmeier 2011). In beiden Ansätzen ist es von wesentlicher Bedeutung, die Vielfalt und den Kontrast im Kontext der Handlungslogiken zur Angleichung an die EU-Politik zu berücksichtigen, nämlich die *logic of consequences* und die *logic of appropriateness*. Europäisierungsmechanismen unterscheiden sich demnach darin, ob die EU eine aktive oder passive Rolle im Europäisierungsprozess spielt (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005b; Vachudova 2005).

Europäisierung ist an sich keine Theorie, sondern ein Phänomen, das von verschiedenen theoretischen Ansätzen zu erklären versucht wurde. Die in den Europäisierungsstudien verwendeten theoretischen Perspektiven haben verschiedene Mechanismen definiert, durch die die EU die Kandidatenländer beeinflusst und ihnen Bedingungen auferlegt, damit sie die EU-Anforderungen erfüllen. Diese Mechanismen der Europäisierung haben effektiv als Bausteine für Europäisierungstheorien gedient. Schimmelfennig und Sedelmeier (2004, 2005b) haben in ihrer Analyse des Beitrittsprozesses der mittel- und osteuropäischen Länder zwischen zwei Haupterklärungen für die Mechanismen der Europäisierung unterschieden. Die Europäisierung kann einerseits von der EU vorangetrieben werden, andererseits können auch innenpolitische

Faktoren eine Rolle spielen. Der Grund für die Anpassung der Beitrittskandidaten an EU-Normen basiert auf den beiden institutionellen Logiken: der *logic of consequences*, die sich aus dem rationalistischen Institutionalismus ableitet, und der *logic of appropriateness*, die vom konstruktivistischen Institutionalismus hervorgeht. Ersteres geht davon aus, dass rationale Akteure strategische Interaktionen eingehen, um ihre eigene Macht, ihren Nutzen und ihren Wohlstand unter gegebenen Umständen zu maximieren. Letzteres identifiziert seine Handlungslogik mit der Identität, den Werten und Normen der EU.

Die Kombination der beiden Logiken schafft wiederum drei unterschiedliche Erklärungsmodelle der Europäisierung von EU-Beitrittskandidaten: *external incentives*, *social learning*, und *lesson-drawing*.

Abbildung 4: Ansätze und Mechanismen der Europäisierung

<i>Institutionelle Ansätze</i>	<i>Rationalistisch</i>	<i>Konstruktivistisch</i>
<i>Logiken der Regelübernahme</i>	<i>logic of consequences</i>	<i>logic of appropriateness</i>
<i>Akteure im Regelannahme-/ Regelsetzungsprozess</i>		
<i>EU</i>	<i>external incentives Modell</i>	
	<i>Social learning Modell</i>	
<i>Beitrittskandidat</i>		<i>Lesson-drawing Model</i>

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Schimmelfennig und Sedelmeier (2005b)

Das *external incentives* Modell, das auf der *logic of consequences* basiert, verwendet die EU-Konditionalität als Hauptmechanismus für die Annahme von EU-Regeln und ändert die interne Politik eines Beitrittskandidaten gemäß der Strategie des Ausgleichs von Belohnung und Bedrohung. Das *social learning* Modell basiert auf der *logic of appropriateness* und konzentriert sich auf die Normsozialisierung, die sowohl die Regierung als auch die allgemeine Bevölkerung im Beitrittskandidatenland dazu bringt, sich positiv mit der EU zu identifizieren und die von der EU geförderten Regeln zu berücksichtigen, aber auch als legitim und angemessen zu halten. Das dritte Modell, das *lesson-drawing* Modell, basiert auf der Initiative

der Beitrittskandidaten, Regeln und Normen zu schaffen und anzunehmen (siehe Abbildung 4) (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005b).

2.2.1 Rationalistischer Institutionalismus – *logic of consequences*

Das *external incentives* Modell, das laut Schimmelfennig und Sedelmeier (2005b) ein Rational-Choice-Verhandlungsmodell darstellt, nutzt die *logic of consequences* im Handlungsablauf, um die Übernahme von EU-Standards, speziell die EU-Konditionalität, zu erklären. Dabei handelt es sich um ein akteurszentriertes Modell, in dem die rationalen Akteure ihre Entscheidungen und ihr Verhalten von materiellen und politischen Eigeninteressen sowie von Kosten-Nutzen-Kalkulationen steuern. Die Kosten-Nutzen-Kalkulationen der Kandidatenländer können dabei von der EU durch externe Anreize manipuliert werden. Dies bedeutet, dass die EU die Regeln und Normen festlegt, die von den Kandidatenländern übernommen werden müssen, und bei Erfüllung dieser Bedingungen eine technische, finanzielle oder institutionelle Belohnung gewährt, während bei Nichterfüllung die Belohnung zurückgehalten wird. Diese Belohnungen können von finanzieller Unterstützung wie den Instrumenten für Heranführungshilfe (IPA) bis hin zu verschiedenen Modalitäten institutioneller Bindungen wie Handels- und Kooperationsabkommen wie dem Europa-Abkommen und dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) reichen, bis hin zur Vollmitgliedschaft. Zusätzlich hängt die Wirksamkeit der Konditionalität von weiteren internen und externen Faktoren ab. Insbesondere die Kosten-Nutzen-Kalkulationen der inländischen Akteure unterliegen verschiedenen internationalen Faktoren, darunter die Bestimmtheit und Kohärenz der EU-Konditionalität, die Glaubwürdigkeit der Beitrittsperspektive, die Kapazität der Kandidatenländer und die inländischen Kosten (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004; Börzel und Risse 2012). Die Bestimmtheit und Kohärenz der EU-Konditionalität sind von entscheidender Bedeutung, wie Schimmelfennig und Sedelmeier betonen. Die EU muss die Bedingungen für die Belohnung klar und verbindlich festlegen, damit ein Beitrittsland sie erfüllen kann. Die Klarheit der Informationen erhöht auch die Glaubwürdigkeit der EU-Konditionalität. Zusammenfassend besagt die Bestimmtheitshypothese von Schimmelfennig und Sedelmeier: „*The likelihood of rule adoption increases when rules are set as conditions for rewards and the more determinate they are.*” (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004, S. 672).

Glaubwürdigkeit des Beitritts – Die Glaubwürdigkeit der Beitrittsperspektive hängt sowohl von der EU als auch von den Beitrittskandidaten ab. Die EU kann einem Kandidatenland die Mitgliedschaft verweigern oder gewähren, je nachdem, ob die Bedingungen des Kandidatenlandes erfüllt sind oder nicht. Da die gegenseitige Abhängigkeit hochgradig asymmetrisch ist, bei der die Kandidatenländer mehr an einer Mitgliedschaft als die EU an einer Erweiterung interessiert sind, kann sich die Glaubwürdigkeit verschieben. Wenn die EU nicht von der Erweiterung profitiert, ist es wahrscheinlicher, dass sie den Beitritt verweigert, wenn die Kandidaten die Bedingungen nicht erfüllen. Die Glaubwürdigkeit der Mitgliedschaft ist der stärkste Mechanismus für die innerstaatliche Angleichung, und je länger es dauert, bis ein Kandidatenland die Belohnung erhält, desto länger dauert es, bis das Kandidatenland die EU-Konditionalität annimmt und umsetzt. Laut Schimmelfennig und Sedelmeier: „*The likelihood of rule adoption increases with the credibility of conditional threats and promises*” (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004, S. 674) as well as “*with the size and speed of rewards*” (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004, S. 672).

Kapazität der Kandidatenländer und inländischen Kosten – beziehen sich auf die Kosten, die den inländischen Akteuren für die Übernahme der EU-Konditionalität entstehen. Die Übernahme von EU-Regeln und -Normen kann zu Opportunitätskosten, Wohlfahrtseinbußen sowie Machtverlusten für öffentliche und private Akteure führen. Darüber hinaus neigt die EU-Konditionalität dazu, nationale bürokratische Strukturen zu schaffen, die für ein postkommunistisches Land zuvor unbekannt sein können oder denen einfach die Verwaltungskapazitäten fehlen. Die Verpflichtung des Landes, über 80.000 Seiten EU-Konditionalität, nämlich EU-*Acquis*, in die nationale Gesetzgebung und Praxis zu übertragen, verändert das derzeitige Rechtssystem und kann von bestimmten Akteuren als negativ empfunden werden. Dies beeinflusst nicht nur die Regierung, sondern auch andere Vetospieler. Adoptionskosten sind im Allgemeinen politischer Natur in dem Sinne, dass sie von den Präferenzen der Regierungen oder anderer mächtiger nationaler Akteure abhängen, deren Zustimmung für die Umsetzung der EU-Vorschriften erforderlich ist. Wenn die Übertragung von Regeln die Wohlfahrtsbasis einheimischer Akteure und Gruppen oder die Machtbasis von Parteien und Regierungen in Bezug auf Wahlunterstützung bedroht, steigen nicht nur die Übernahmekosten, sondern es ist auch weniger wahrscheinlich, dass sich der Status quo ändert. Laut Schimmelfennig und Sedelmeier: „*The likelihood of rule adoption decreases with the number of veto players incurring net adoption costs (opportunity costs, welfare, and power losses)*” (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004, S. 675).

Die Europäisierungsliteratur identifiziert verschiedene innerstaatliche Faktoren, die die nationalen Regierungen dazu veranlassen, EU-Regeln zu übernehmen. Diese reichen von liberaldemokratischen Regierungen, einer geringen Zahl von Vetospielern, pluralistischen Gesellschaften, die von Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt werden, bis hin zu angemessenen Verwaltungskapazitäten (Schimmelfennig und Sedelmeier 2004; Elbasani 2013). Andererseits schwächen historische Hinterlassenschaften, Staatlichkeitsprobleme, langjährige autoritäre Machthaber, Klientelismus sowie andere Vetospieler laut bisheriger Forschung die funktionalistische Einführung der EU-Transformationskraft (Börzel 2011; Elbasani 2013).

2.2.2 Konstruktivistischer Institutionalismus – *logic of appropriateness*

Nach der Theorie von Frank Schimmelfennig und Ulrich Sedelmeier zur Europäisierung der mittel- und osteuropäischen Länder ist das *social learning* Modell ein sozialkonstruktivistisches Modell, das die *logic of appropriateness* betont (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005a, S. 18–20). Im Gegensatz zum *external incentives* Modell geht die *logic of appropriateness* davon aus, dass Akteure Regeln befolgen und *das Richtige tun*, um Teil einer bestimmten Gemeinschaft zu sein, und dass sie durch Sozialisierung in dieser Gemeinschaft institutionelle Modelle übernehmen können. Sie können auch einfach ein institutionelles Modell *herunterladen*, um es an die Handlungsweise in einer bestimmten Gemeinschaft anzupassen, der sie angehören möchten. Länder, die beispielsweise Teil einer internationalen Gemeinschaft sind und glaubwürdig und angesehen sein wollen, müssen Korruption bekämpfen, ihre Menschenrechtsstandards verbessern oder Rechtsstaatlichkeit etablieren. Sie schauen sich Beispiele aus anderen Ländern an, in denen diese Werte funktionieren, und suchen nach institutionellen Lösungen, die sie dann nachahmen. In diesem Fall ist die treibende Kraft der Wunsch, ein legitimes Mitglied einer Gemeinschaft zu sein. Um der EU beizutreten, identifiziert sich das Kandidatenland mit der Identität, den Werten und Normen der EU und wird von der EU überzeugt, die Legitimität und den Nutzen der Übernahme der EU-Regeln und -Normen anzuerkennen. Ob ein Kandidatenland die Regeln annimmt oder nicht, hängt hauptsächlich davon ab, inwieweit die Regierung den EU-Anforderungen zustimmt und sie im Kontext der kollektiven Identität, Werte und Normen für angemessen hält. Wie Schimmelfennig und Sedelmeier definieren, ist das *social learning* Modell wirksam wenn: „a

government adopts EU rules if it is persuaded of the appropriateness of the EU rules” (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005a, S. 18).

Schimmelfennig und Sedelmeier (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005a) stellen fest, dass die EU ihre Forderungen an ein beitriftswilliges Kandidatenland durch Überzeugungsarbeit und Sozialisierung der Kandidatenregierung sowie anderer nationaler sozialer Akteure, Gruppen und Organisationen durchsetzen kann. Beim *social learning* Modell gibt es, ähnlich wie beim *external incentives* Modell, auch externe Faktoren, die auf die innerstaatlichen Überzeugungs- und Sozialisierungsprozesse einwirken. Daraus folgt, dass die Legitimität der EU-Bedingungen und die Legitimität des EU-Prozesses, durch den die EU Forderungen formuliert und Regeln als solche fördert, sowie die innerstaatliche Identifikation mit der EU und die innerstaatliche Regelresonanz von Bedeutung sind.

Der Grad der Identifikation des Kandidatenlandes mit den EU-Anforderungen hängt von der Qualität der aufgestellten Regeln und dem Prozess ab, durch den die Regeln aufgestellt und auf das Kandidatenland übertragen wurden. Ähnlich wie beim rationalen Institutionalismus muss auch hier die EU die Bedingungen für einen bestimmten Politikbereich festlegen, und diese Bedingungen müssen Veränderungen bewirken und der Entscheidungsfindung müssen den EU-Standards entsprechen, bevor sie angenommen werden. Wenn jedoch das jeweilige Kandidatenland die spezifischen Regeln für die Innenpolitik des Landes als legitim empfindet, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass diese Regeln übernommen werden. Zu diesem Schluss kommen Schimmelfennig und Sedelmeier, in dem sie zusammenfassen: „*The likelihood of rule adoption increases as the legitimacy of rules increases*“ (Schimmelfennig und Sedelmeier 2005a, S. 19).

Im Vergleich zu interner Faktoren zeichnet sich der konstruktivistische Institutionalismus durch eine etwas komplexere Lehre aus als der rationale Institutionalismus und beinhaltet eine Änderung grundlegender Ziele und einen Paradigmenwechsel in der Politik. Die Mechanismen des konstruktivistischen Institutionalismus sind *Soft Skills* orientiert und nicht von der EU unter Druck gesetzt, wie es beim rationalistischen Institutionalismus der Fall ist. Auf nationaler Ebene gibt es verschiedene Gruppen, die durch ihre Identifikation mit der Union und eine positive normative Resonanz der geforderten Regeln mit den nationalen Regeln die politischen Veränderungen gegenüber der EU-Politik beeinflussen (Sedelmeier 2011, S. 15).

Die Identifikation eines Kandidatenlandes, einschließlich der lokalen Regierung, privater Akteure und der Gesellschaft, mit der Identität, den Werten und Normen der EU ist ein sehr wichtiger Faktor für die Annahme von EU-Vorschriften. Je stärker sich die politischen und gesellschaftlichen Akteure eines Beitrittslandes mit der Kultur, den Normen, Regeln und

Überzeugungen der EU identifizieren, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie die EU-Regeln übernehmen. In diesem Fall sind die Akteure davon überzeugt, dass die EU-Politik gut ist. Daher kann dieses Modell möglicherweise tiefgreifendere und transformativere Wirkungen haben als das rationale Modell, da einheimische Akteure im Wesentlichen ihre Mentalität, ihren Ansatz, ihr Denken, ihre Identität und ihre langfristigen Präferenzen ändern. Dies kann nachhaltigere Auswirkungen haben als eine Kosten-Nutzen-Analyse, die ein gewisses Zwangselement enthält (Checkel 2005; Elbasani 2013; Keil 2013). Gleichzeitig können sich diese Modelle aber auch gegenseitig ergänzen und verstärken, und die Kombination beider kann zu einer ausgeprägten Transformation führen (Sepos 2008, S. 6).

2.3 Das Wesen der EU-Konditionalität

Das Wesen der EU-Konditionalität spiegelt sich in den Kopenhagener Kriterien wider. Diese politischen Bedingungen wurden von der Europäischen Union festgelegt und müssen von Ländern erfüllt werden, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben. Die Kriterien wurden erstmals beim Europäischen Ratstreffen in Kopenhagen 1993 definiert und später vom Europäischen Rat in Madrid 1995 weiter gestärkt. Die EU-Konditionalität umfasst politische, wirtschaftliche und rechtliche Anforderungen, die potenzielle Kandidatenstaaten erfüllen müssen, um Teil der Europäischen Union zu werden (Schimmelfennig und Sedelmeier 2007, S. 89; Grabbe 2001; Featherstone und Radaelli 2003).

Die Kopenhagener Kriterien bestehen aus drei Hauptkriterien:

- 1) Die *politischen Kriterien* betreffen die Stabilität der demokratischen Institutionen, die Achtung der Menschenrechte, den Schutz von Minderheiten und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit.
- 2) Die *wirtschaftlichen Kriterien* beinhalten die Notwendigkeit einer funktionierenden Marktwirtschaft und die Fähigkeit, den Wettbewerbsdruck innerhalb der EU zu bewältigen.
- 3) Zusätzlich ist die Übernahme des EU-Rechts (*Acquis Communautaire*) von entscheidender Bedeutung, was eine umfassende Anpassung der nationalen

Gesetzgebung und die Schaffung effektiver Institutionen erfordert. (European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR) 2023a)

Die Kopenhagener Kriterien dienen als klare und objektive Leitlinien für politische, rechtliche und wirtschaftliche Reformen in den Kandidatenländern, um die Grundprinzipien und Werte der EU zu teilen und die Verpflichtungen und Standards der EU zu erfüllen. Obwohl diese Kriterien als objektive Maßstäbe erscheinen, bleibt ihre Anwendung letztendlich eine politische Entscheidung, die Interpretationsspielraum zulässt. Die Europäische Union behält sich das Recht vor, eigenständig zu entscheiden, wann sie für die Aufnahme neuer Mitglieder bereit ist. Dabei wird darauf geachtet, dass die Erweiterung schrittweise und koordiniert erfolgt, um die Stabilität und Effizienz der Union sicherzustellen (Matlak et al. 2018; Grabbe 2001; Featherstone und Radaelli 2003). Die EU-Konditionalität fungiert somit als Anreiz für Transformationsprozesse in den potenziellen Mitgliedsstaaten und trägt dazu bei, die Gemeinschaftswerte und -normen in der erweiterten Europäischen Union zu stärken. Die Kopenhagener Kriterien stellen einen essentiellen Bestandteil des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) der Europäischen Union dar. Der SAP, als Instrumentarium der EU für die Länder des westlichen Balkans, verfolgt das Ziel, die Beziehungen zu diesen Staaten zu festigen und sie schrittweise an die EU heranzuführen. Dabei dienen die Kopenhagener Kriterien als entscheidender Referenzrahmen für politische, wirtschaftliche und rechtliche Reformen, welche die EU-Konditionalität erfüllen und eine Annäherung an die EU ermöglichen sollen (Schimmelfennig und Sedelmeier 2007). Innerhalb des SAP sind die Kopenhagener Kriterien von grundlegender Bedeutung, denn sie fungieren als unabdingbare Voraussetzung für den weiteren Fortschritt der Kandidatenländer auf ihrem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Anforderungen der Kopenhagener Kriterien bilden das Fundament für den politischen Dialog und die Kooperation zwischen der EU und den westlichen Balkanländern (Đorđević und Vučković 2017).

Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien ermöglicht den Kandidatenländern eine graduale Heranführung an die EU durch den Abschluss von Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA). In diesen Abkommen wird eine enge Partnerschaft zwischen der EU und den Kandidatenländern etabliert und ein institutionelles Rahmenwerk für politische, wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen geschaffen. Die SAAs fungieren als Katalysator für politische und wirtschaftliche Reformen und fördern die Umsetzung der EU-Konditionalität in den Kandidatenländern. Zudem besitzen die Kopenhagener Kriterien im Rahmen des SAP eine bedeutende normative Dimension. Indem sie die Achtung der

Menschenrechte, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und die Förderung der Demokratie betonen, tragen die Kriterien zur Stärkung der regionalen Stabilität und des Friedens auf dem westlichen Balkan bei. Sie setzen sich für die Verankerung demokratischer Prinzipien und Werte in den Kandidatenländern ein und unterstützen die Entwicklung rechtsstaatlicher Institutionen und demokratischer Strukturen (Grabbe 2008).

Die Übernahme des *Acquis Communautaire* ein wichtiger Aspekt der Kopenhagener Kriterien und des SAP, der sicherstellt, dass die Kandidatenländer die EU-Standards, Regeln und Gesetze übernehmen und in ihre nationalen Rechtsordnungen integrieren, um eine erfolgreiche Integration in die Europäische Union zu ermöglichen. *Acquis* umfasst alle für alle EU-Mitgliedsstaaten verbindlichen Rechte und Pflichten, bestehend aus dem Primärrecht der EU-Verträge, dem Sekundärrecht – allen Rechtsakten wie Verordnungen und Richtlinien – sowie den Urteilen des Gerichtshofs wie alle internationalen Verträge zu EU-Angelegenheiten (EUR-Lex - *acquis* - EN - EUR-Lex 2023). Der *Acquis* ist ein zentraler Bestandteil der Beitrittsverhandlungen, der den Kandidatenländern hilft, sich auf die Erfüllung der Verpflichtungen der EU-Mitgliedschaft vorzubereiten und gleichzeitig der EU ermöglicht, sich in Bezug auf Integrationskapazität auf die Erweiterung vorzubereiten (European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR) 2023b; Grabbe 2002), indem er die Beziehungen zwischen der EU und dem Kandidatenland in 35 verschiedene *Kapitel* unterteilt (Wunsch 2018, S. 23). Der Fortschritt des Beitrittsprozesses wird an der Zahl der eröffneten und vorläufig abgeschlossenen Kapitel gemessen. Ein Kapitel wird „eröffnet“, wenn die Europäische Kommission zusammen mit einem Beitrittskandidaten jedes Politikfeld im Hinblick auf die Bedingungen dieses bestimmten Kapitels prüft. Wenn die Europäische Kommission feststellt, dass alle Voraussetzungen erfüllt sind, besteht die Möglichkeit, das Kapitel zu "schließen". Dies wird von Regierungsbeamten im betreffenden Kandidatenland als ein positives Zeichen für ihren Erfolg betrachtet (Grabbe 2002; Pejović 2021). EU-Beamte in der Generaldirektion Erweiterung und Länderreferenten, die in den EU-Delegationen in den Beitrittsländern tätig sind, überwachen den Umsetzungsfortschritt in jedem Verhandlungskapitel das ganze Jahr über. Ihre Bewertungen werden von der Kommission als Jahresbericht veröffentlicht, um sowohl Verbesserungen als auch verbleibende Mängel in jedem Bewerberland aufzuzeigen (Wunsch 2018, S. 23). Darüber hinaus ist die Mitgliedschaft selbst bei vollständig geschlossenen Kapiteln nicht unbedingt garantiert, da geschlossene Kapitel im Laufe der Verhandlungen wiedereröffnet werden können. Die Inhalte des *Acquis* zielen streng genommen auf die „Kernziele“ der Europäisierung, wie die Stärkung von

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Letzteres stellt insbesondere eine wichtige Bedingung dar, die den Kandidatenländern auferlegt wird (Grabbe 2002, S. 252).

Bei den vorangegangenen Erweiterungen von 2004 und 2007 brachten die EU-Konditionalitäten große Fortschritte bei der Effektivität der Regierungsführung in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Dennoch traten Probleme wie Korruption und organisierte Kriminalität zutage, nachdem einige Länder Mitglied geworden waren, beispielsweise in Rumänien und Bulgarien (Wunsch 2018, S. 43). Damals begann der Begriff der Rechtsstaatlichkeit in der gesamten Union eine andere Bedeutung anzunehmen. Diese Entwicklung hat damit zu tun, dass der Begriff der Rechtsstaatlichkeit auf unterschiedliche Rechtssysteme in verschiedenen Mitgliedstaaten angewendet werden musste, in denen sich demokratische Werte unterschiedlich entwickelt haben. Krisen entstanden rund um die Idee der Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Union selbst. Tatsächlich ist die EU in Bezug auf Grundwerte gespalten. Beispielsweise hat die Situation in Ungarn und Polen die EU-Erweiterung in der Westbalkan stark beeinflusst. Der Begriff „Erweiterungsmüdigkeit“ (Schimmelfennig 2008; Szolucha 2010) hat sich unter Europäer:innen verbreitet, um zu erklären, dass die EU weder bereit noch in der Lage war, neue Mitglieder aufzunehmen, was ihre Prozesse und Institutionen überfordern und ihre eigenen wirtschaftlichen Aussichten untergraben könnte.

Viele Mitgliedstaaten zeigen auch allmählich Unzufriedenheit mit der Wirksamkeit des *Acquis*. Darüber hinaus hat die Tatsache, dass die Westbalkanländer die Rechtsstaatlichkeit historisch nicht hochgehalten haben, die Erwartung behindert, dass die Bedingungen des früheren *Acquis* den Europäisierungsprozess in diesen Ländern effektiv verändern könnten. Daher betrachtete der EU-Rat die Rechtsstaatlichkeit zum ersten Mal als grundlegend für den Beitrittsprozess der Westbalkanländer, eine Abkehr von seinen Strategien bei früheren Erweiterungen (Economides 2020).

Um diese Entwicklungen weiterzuführen, verabschiedete die EU-Kommission 2011 den sogenannten *neuen Ansatz*, der vorsieht, dass Kapitel 23 mit dem Schwerpunkt *Justiz und Grundrechte* und Kapitel 24 mit dem Schwerpunkt *Recht, Freiheit, und Sicherheit*, frühzeitig in Beitrittsgesprächen eröffnet werden. Der *neue Ansatz* beauftragt die EU-Kommission auch, die übernommenen Verpflichtungen und Erfolgsbilanzen in diesen beiden Bereichen während des gesamten Verhandlungsprozesses zu überwachen, und schreibt auch vor, dass die Verhandlungen erst beendet werden können, wenn die Kapitel 23 und 24 abgeschlossen sind (Wunsch 2018). Das Gesamttempo der Gespräche wird somit durch den Fortschritt dieser beiden Kapitel bestimmt (Nozar 2012). Es wird davon ausgegangen, dass die in diesen beiden Kapiteln behandelten Themen „im Beitrittsprozess angegangen und die entsprechenden Kapitel

entsprechend auf der Grundlage von Aktionsplänen eröffnet werden sollten, da sie den Nachweis einer überzeugenden Erfolgsbilanz erfordern“ (European Commission 2011b, S. 5). Der *neue Ansatz* erweitert den Verhandlungsprozess zu den Kapiteln 23 und 24 und führt erstmals zusätzlich zu den bestehenden Eröffnungs- und Abschluss-*Benchmarks* vorläufige *Benchmarks* ein. Die vorläufigen *Benchmarks* sind mit Schlüsselementen der *Acquis*-Kapitel verknüpft und werden somit gemessen. Im Allgemeinen beinhalten Eröffnungs-*Benchmarks* wichtige vorbereitende Schritte für die künftige Angleichung, wie Strategien und Aktionspläne, und die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen, die die Anforderungen des *Acquis* widerspiegeln, während Abschluss-*Benchmarks* sich auf Gesetzgebungsmaßnahmen, Verwaltungs- oder Justizbehörden und die Umsetzung des *Acquis* konzentrieren. Die für das Westbalkan hinzugefügten vorläufigen *Benchmarks* zielen darauf ab, den Reformprozess weiter zu lenken und auf Kurs zu halten. Darüber hinaus sieht der Prozess erstmals auch die Einbindung lokaler Akteure und zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Verhandlungen und deren Begleitung vor (Gateva 2015).

Als die neue Methodologie, die 2011 angenommen wurde, war Kroatien bereits dabei, die Verhandlungen abzuschließen und die Unterzeichnung seines Beitrittsvertrags vorzubereiten. Daher war es zu spät, den neuen Ansatz umzusetzen und den Rechtsstaat dort fest zu verankern. Da sich Montenegro zu diesem Zeitpunkt erst im Prozess der Aufnahme von Verhandlungen befand, war es faktisch das erste Kandidatenland, das mit der EU nach dem neuen Ansatz verhandelte (Pejović 2018a, S. 76).

3 Konzept der Zivilgesellschaft

Dieses Kapitel widmet sich einer umfassenden Analyse der Zivilgesellschaft und ihrer herausragenden Bedeutung in zeitgenössischen Gesellschaften. Die Zivilgesellschaft gilt als ein komplexes, multidimensionales Phänomen, das sowohl historisch als auch in gegenwärtigen sozio-politischen Kontexten eine zentrale Rolle spielt. Ziel dieses Kapitels ist es, eine kritische und vertiefte Untersuchung verschiedener Facetten der Zivilgesellschaft vorzunehmen, um ein umfassendes Verständnis ihrer Funktionen, Dynamiken und Auswirkungen auf soziale, politische und demokratische Prozesse zu erlangen.

Den Ausgangspunkt bildet eine eingehende Analyse der evolutiven Entwicklung der Zivilgesellschaft. Durch einen historisch-genetischen Zugang werden die Wurzeln der Zivilgesellschaft und ihre transformativen Entwicklungsstadien dargestellt. Die Untersuchung umfasst die wechselseitige Beziehung zwischen sozio-ökonomischen Faktoren, politischen Strukturen und dem Aufkommen zivilgesellschaftlicher Institutionen, die es ermöglichten, dass sich die Zivilgesellschaft zu einem essentiellen Element des modernen Gesellschaftsgefüges entwickelte. Im Anschluss wird die Ambiguität der Zivilgesellschaft mittels einer tiefgreifenden multidimensionalen Analyse beleuchtet. Unterschiedliche theoretische Perspektiven, Paradigmen und empirische Zugänge werden sorgfältig ausgewertet, um die Vielschichtigkeit des Zivilgesellschaftskonzepts zu durchdringen. Dabei wird der Fokus auch auf terminologische Vielfalt gelegt, um semantische Unklarheiten zu klären und zur Kohärenz des Diskurses beizutragen. Ein bedeutender Teil des Kapitels widmet sich der Untersuchung von Bottom-up- und Top-down-Theorien der Zivilgesellschaft. Mit einer umfassenden Meta-Analyse und systematischen Literaturübersicht werden verschiedene theoretische Ansätze zu Mechanismen der Zivilgesellschaftsentwicklung und -funktionalität untersucht. Dies ermöglicht eine kritische Würdigung der Wechselwirkungen zwischen zivilgesellschaftlichem Handeln und staatlichen Institutionen, die für die kollektive Mobilisierung und die Gestaltung des politischen Umfelds von Relevanz sind. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Einfluss kommunistischer Vermächtnisse auf die Zivilgesellschaft. Hier werden spezifische Charakteristika und postkommunistische Transformationen beleuchtet, die das Verständnis von Zivilgesellschaft in solchen Kontexten bereichern und erweitern. Eine weitere wichtige Dimension, die in diesem Kapitel berücksichtigt wird, ist die Rolle der Zivilgesellschaft während gesellschaftlicher Übergangsphasen. Die Analyse fokussiert sich auf die komplexen Interdependenzen zwischen der Zivilgesellschaft und den Phasen der Transition hin zu Demokratie und deren Auswirkungen auf institutionelle Gestaltungsprozesse und

Partizipationsmöglichkeiten. Das Kapitel behandelt ebenfalls die vielfältigen Funktionen der Zivilgesellschaft in etablierten Demokratien. Durch eine systematische Aufarbeitung einschlägiger Studien und empirischer Befunde wird eine umfassende Taxonomie der Funktionen erstellt, die von Überwachung und Kritik bis hin zu partizipativen Mechanismen und sozialem Kapital reicht.

Die Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft bildet eine weitere wichtige Untersuchungsdimension. Mithilfe einer transdisziplinären Herangehensweise werden die Muster, Wechselwirkungen und Auswirkungen der Zusammenarbeit, Koordination und Konfliktualität zwischen diesen beiden Akteursbereichen analysiert, um ihre Bedeutung für soziale Kohäsion und demokratische *Governance* zu beleuchten. Abschließend rückt das Kapitel die *Policy-Cycle-Prozesse* in den Fokus, die maßgeblich von der Zivilgesellschaft beeinflusst werden. Durch eine eingehende Analyse der Wechselwirkungen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und politischen Entscheidungsprozessen werden die Implikationen für die Politikgestaltung und Implementierung von Maßnahmen erörtert.

3.1 Die evolutive Entwicklung der Zivilgesellschaft

Die Idee der Zivilgesellschaft hat eine lange Geschichte, die bis zur griechischen Philosophie von Aristoteles zurückreicht. Aristoteles verwendete den Begriff *koinonia politiké* für die politisch engagierte Arena von Bürger:innen und charakterisierte sie als eine entstehende, herrschaftsfreie Assoziation von Gleichgesinnten innerhalb der *Polis* (Arenhövel 2000). In der *Polis*, einer politischen Gemeinschaft von Bürger:innen, vereinigten sich Menschen, um das gute, tugendhafte und glückliche Leben zu verwirklichen. Dabei waren sie sowohl Regierte als auch Regierende und verbanden Staat und bürgerliche Gesellschaft miteinander. Aristoteles betrachtete Staat und Zivilgesellschaft als identisch und trennte die Ökonomie streng vom Politischen. Im Mittelalter und bis zum 18. Jahrhundert wurde der Begriff *koinonia politiké* ohne klare Unterscheidung zwischen ziviler und politischer Gesellschaft verwendet (Heintel und Baumfeld 2022). Mit den Vertragstheoretikern wie Thomas Hobbes und John Locke entwickelte sich jedoch die Vorstellung einer eigenständigen staatlichen Sphäre. Hobbes sah den Staat als einzige politische Macht und Hüter des Gemeinwohls, während Locke die Ökonomie in den Vordergrund rückte und die Regierung als treuhänderische Beziehung zur Gesellschaft betrachtete. Im 18. Jahrhundert gewann der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft

an Bedeutung, wobei das Privateigentum zur entscheidenden Kategorie der Zugehörigkeit zur bürgerlichen Gesellschaft wurde (Powell 2013; Heintel und Baumfeld 2022). Parallel dazu gewann die Organisation wirtschaftlicher Prozesse immer mehr an Bedeutung für die Erklärung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge, wodurch das aristotelische Dogma von der Trennung von Ökonomie und Politik an Relevanz verlor. Montesquieu unterschied zwischen politischem und zivilem Recht und strebte eine Re-Politisierung einer privilegierten Zivilgesellschaft an. Während der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert wurden die Begriffe *Zivilgesellschaft*, *Bürgergesellschaft* und *bürgerliche Gesellschaft* synonym verwendet (Cohen und Arato 1994). Im 19. Jahrhundert erfuhr der Begriff der Zivil- bzw. *Bürgergesellschaft* eine Neudefinition. Georg Wilhelm Friedrich Hegel präsentierte seine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft als Differenz zwischen Familie und Staat. Hegel betonte, dass die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zeitlich nach der des Staates erfolgt, sie aber dennoch den Staat als selbstständige Einheit voraussetzt, ohne den sie nicht existieren kann. Die bürgerliche Gesellschaft steht somit in einer scharfen Abgrenzung zum und gleichzeitig in Abhängigkeit vom Staat (Riedel 1962). Gleichzeitig sah Alexis de Tocqueville die Zivilgesellschaft als *Schule der Demokratie*, während Antonio Gramsci die zivile Gesellschaft als Sphäre des Kampfes um die Hegemonie betrachtete (Cohen und Arato 1994; Powell 2013).

Im 20. Jahrhundert wurde die Zivilgesellschaft durch die Auswirkungen der Weltkriege und Diktaturen in Europa geschwächt. Allerdings erlebte sie in den 1980er Jahren eine Wiederbelebung, insbesondere in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und Lateinamerikas. Die Menschen setzten sich verstärkt für Freiheit und Demokratie ein, wobei die Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle bei politischen Veränderungen spielte (Cohen und Arato 1994; Howard 2003).

Heute wird die Zivilgesellschaft oft als dritter Sektor verstanden, in dem sich gemeinnützige Organisationen, Vereine, NGOs und andere zivilgesellschaftliche Gruppen engagieren, um ihre Interessen und Anliegen zu vertreten. Die Zivilgesellschaft fungiert als wichtige Stimme und Kontrollinstanz gegenüber dem Staat und der Wirtschaft und hat das Potenzial, gesellschaftliche und politische Veränderungen anzustoßen und voranzutreiben (Shils 1991; Howard 2003).

3.2 Die Ambiguität der Zivilgesellschaft: Eine multidimensionale Analyse

In Bezug auf den Begriff *Zivilgesellschaft* besteht eine bemerkenswerte Unbestimmtheit und Präzisionsmangel. Seine Verwendung ist derart weitreichend und umfasst eine Vielzahl historischer, theoretischer und praktischer Auslegungen und Kontexte, dass gegenwärtige Versuche, ihn in demokratischen Gesellschaften einzusetzen und zu analysieren, oftmals mehr Verwirrung als Erkenntnis stiften. Das Konzept offenbart eine beträchtliche Unschärfe und beherbergt unterschiedliche Bedeutungen für verschiedene Gesellschaften. So weist Gerhard Lehbruch zurecht darauf hin, dass *„quite often, when ‘civil society’ is used in the political literature or the media, it is no longer clear what exactly the respective author has in mind. The denotations of ‘civil society’ have undergone significant changes over time and in different national contexts. As a consequence, the meaning of the concept in the contemporary discourse is fraught with considerable ambiguity”* (Lehbruch 2001, S. 230). Die Ambivalenz des Begriffs *Zivilgesellschaft* ergibt sich aus seiner Dynamik und seiner damit einhergehenden vielfältigen semantischen Modifikation. Diese Ambiguität manifestiert sich in einer Dichotomie zwischen normativen und deskriptiven Betrachtungsweisen sowie zwischen idealistischen und empirischen Elementen. Zudem verweist sie auf subjektive und objektive Implikationen, die das Konzept prägen. Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal der *Zivilgesellschaft* ist die relative Betonung des Privaten im Gegensatz zum Öffentlichen oder des Individuums im Gegensatz zum Sozialen (Kaldor 2003). Nichtsdestotrotz wird der Begriff *Zivilgesellschaft* als eine treibende Kraft positiver Veränderung innerhalb eines Staates oder mit positiver Wirkung auf die Entwicklungsergebnisse interpretiert. Er fußt auf engagierten und wohlgesinnten Initiativen innerhalb der Gesellschaft als Ganzes und wird als eine potenzielle Quelle für positive Veränderungen in der Gesellschaft betrachtet.

In der Literatur finden sich zahlreiche Definitionen zur *Zivilgesellschaft*. Larry Diamond beschreibt die *Zivilgesellschaft* als die Sphäre des organisierten sozialen Lebens, die freiwillig, selbstgenerierend, weitgehend unabhängig vom Staat und durch eine Rechtsordnung oder einen gemeinsamen Regelungssatz begrenzt ist (Diamond 1994, S. 5). Guillermo O'Donnell und Philippe Schmitter (O'Donnell und Schmitter 1986) bezeichneten mit dem Begriff der *Zivilgesellschaft* eine von Verbänden und Organisationen geprägte Sphäre zwischen Wirtschaft und Staat. In heutigem Kontext umfasst die *Zivilgesellschaft* NGOs, soziale Bewegungen, Familien und individuelle Aktivitäten, bei denen die Bürger:innen unabhängig von staatlicher Einflussnahme agieren, wobei der Markt ebenfalls als Teil der *Zivilgesellschaft* betrachtet wird. Jean L. Cohen und Andrew Arato (1994) definieren die *Zivilgesellschaft* ebenfalls *„as a sphere*

of social interaction between economy and state, composed above all of the intimate sphere (especially the family), the sphere of associations (especially voluntary associations), social movements, and forms of public communication. Modern civil society is created through forms of self-constitution and self-mobilization. It is institutionalized and generalized through laws, and especially subjective rights, that stabilize social differentiation” (Cohen und Arato 1994, S. 9). Daher unterscheiden sie die Zivilgesellschaft sowohl von politischen als auch von wirtschaftlichen Handlungsfeldern. Für sie setzt sich die Zivilgesellschaft aus folgenden unterschiedlichen Komponenten zusammen:

- 1) Pluralität: Familien, informelle Gruppen und freiwillige Vereine, deren Pluralität und Autonomie vielfältige Lebensformen ermöglichen,
- 2) Öffentlichkeitsarbeit: Kultur- und Kommunikationsinstitutionen,
- 3) Privatsphäre: ein Bereich individueller Selbstentfaltung und moralischer Entscheidungen,
- 4) Legalität: Strukturen allgemeiner Gesetze und Grundrechte, die notwendig sind, um Pluralität, Privatheit und Öffentlichkeit zumindest gegenüber dem Staat und tendenziell der Wirtschaft abzugrenzen (Cohen und Arato 1994, S. 346)

Ernest Gellner stellt fest, dass: *„civil society is that set of non-governmental institutions, which is strong enough to counterbalance the state, and, whilst not preventing the state from fulfilling its role of keeper of peace and arbitrator between major interests, can, nevertheless, prevent the state from dominating and atomising the rest of society“* (Gellner 1994, S. 5). Allerdings besteht das Problem darin, dass viele Definitionen auch Organisationen der Zivilgesellschaft einschließen können, in denen normale Bürger:innen zusammenkommen, um ihre gemeinsamen Interessen und Anliegen zu verteidigen, selbst wenn diese Interessen anti-liberal oder anti-demokratisch sind. Die Abgrenzung zwischen den *guten* und *schlechten* zivilgesellschaftlichen Organisationen oder welche Gruppen zur Zivilgesellschaft gehören und welche nicht, gestaltet sich äußerst subtil. Sogar nicht-liberale und liberale Gruppen können in ihrer internen Struktur und Dynamik ähnlich sein. Dennoch kann eine Gruppe oder Organisation, die die Legitimität anderer Gruppen nicht anerkennt, nicht als Teil der Zivilgesellschaft betrachtet werden. Rechtsorientierte Organisationen, die anti-demokratische oder autoritäre Ideologien befürworten, untergraben im Allgemeinen demokratische Werte, Menschenrechte und soziale Normen und werden oft als Bedrohung für die Zivilgesellschaft angesehen. Solche Organisationen könnten versuchen, individuelle Rechte und Freiheiten

einzu­schränken, Diskriminierung und Ausgrenzung zu fördern und demokratische Institutionen zu untergraben. Auch wenn sie möglicherweise technisch gesehen Teil der Zivilgesellschaft sind, stehen ihre Ziele und Handlungen oft im Widerspruch zu den übergeordneten Zielen und Prinzipien der Zivilgesellschaft. Als solche werden sie in der Regel nicht als legitime oder konstruktive Mitglieder der Zivilgesellschaft betrachtet. Die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch Pluralismus und Vielfalt aus, während anti-liberale und anti-demokratische Gruppen danach streben können, einen funktionalen oder politischen Raum in der Gesellschaft zu monopolisieren. Keine einzelne Gruppe in der Zivilgesellschaft sollte die Gesamtheit der Interessen einer Person oder Gemeinschaft repräsentieren. Vielmehr vertreten verschiedene Gruppen unterschiedliche Interessen. Zivilgesellschaftliche Gruppen müssen einander im öffentlichen Raum anerkennen, die Rechtsstaatlichkeit, individuelle Freiheit, Kapitalismus, Demokratie und andere Errungenschaften westeuropäischer Gesellschafts- und Politikmodelle respektieren. Die Zivilgesellschaft bildet ein zentrales Mittel, durch das Bürger:innen freiheitlich-demokratische Tugenden, Prinzipien und Praktiken kultivieren, ihre wichtigsten moralischen Ziele und Interessen verfolgen, Forderungen an den Staat stellen und Staatsbedienstete zur Rechenschaft ziehen können (Diamond 1994, S. 5). Folglich fungiert die Zivilgesellschaft als eine Art *Schule der Demokratie*, in der die Bürger:innen demokratische Kompetenzen erlernen und erwerben, sowie demokratische Normen, Praktiken und Regeln, die mit der Staatsbürgerschaft in der modernen Demokratie verbunden sind, leben und stabilere Identitäten formen können (Rosenblum und Post 2002, S. 4).

Die Zivilgesellschaft setzt sich aus einer Vielzahl von Organisationen zusammen, darunter sowohl formelle als auch informelle, wie:

- 1) *Wirtschaftliche: produktive und kommerzielle Vereinigungen und Netzwerke;*
- 2) *Kulturelle: religiöse, ethnische, kommunale und andere Institutionen und Vereinigungen, die kollektive Rechte, Werte, Überzeugungen, sowie kulturelle Symbole verteidigen;*
- 3) *Informative und bildende: Organisationen, die sich der Produktion und Verbreitung – ob gewinnorientiert oder nicht – von öffentlichem Wissen, Ideen, Nachrichten und Informationen widmen;*
- 4) *Interessenbasierte: zur Förderung oder Verteidigung der gemeinsamen funktionalen oder materiellen Interessen ihrer Mitglieder, seien es Arbeiter, Veteranen, Rentner, Berufstätige oder ähnliche Gruppen;*

- 5) *Entwicklungsorientierte: Organisationen, die individuelle Ressourcen kombinieren, um die Infrastruktur, Institutionen und Lebensqualität der Gemeinschaft zu verbessern;*
- 6) *Themenorientierte: Bewegungen für Umweltschutz, Frauenrechte, Landreform oder Verbraucherschutz;*
- 7) *"Civic" (oder Staatsbürgerliche): unparteiisches Streben nach Verbesserung und Demokratisierung des politischen Systems durch Überwachung der Menschenrechte, Wählerbildung und -mobilisierung, Wahlbeobachtung, Antikorruptionsbemühungen und ähnliche Aktivitäten (Diamond 1994, S. 6)*

Zusätzlich zur bereits diskutierten Vielfalt beinhaltet die Zivilgesellschaft auch unabhängige Medien sowie Institutionen, die dem breiteren Spektrum autonomer kultureller und intellektueller Aktivitäten angehören, wie Universitäten, sogenannte Think-Tanks, Verlage, Theater, Filmproduktionsfirmen und künstlerische Netzwerke. In einer zusammenfassenden Betrachtung lässt sich feststellen, dass die Zivilgesellschaft durch Freiwilligkeit geprägt ist, was bedeutet, dass die Mitgliedschaft auf gegenseitigem Einverständnis beruht und der Austritt ohne Verlust des Status oder öffentlicher Rechte und Vorteile möglich ist. Sie ist selbstgenerierend, autonom und regeltreu und widmet sich primär öffentlichen Anliegen anstatt rein privaten Interessen. Organisationen innerhalb der Zivilgesellschaft fordern vom Staat Zugeständnisse, Vorteile, politische Veränderungen, Erleichterungen, Wiedergutmachung oder Rechenschaftspflicht. Die Akteure der Zivilgesellschaft sind darauf angewiesen, dass eine institutionalisierte Rechtsordnung ihre Autonomie und Handlungsfreiheit schützt (Rosenblum und Post 2002).

Es ist von essentieller Bedeutung zu betonen, dass die Zivilgesellschaft nicht nur autonom vom Staat, sondern auch von der politischen Gesellschaft, insbesondere vom Parteiensystem, agiert. Obwohl Zivilgesellschaft und Parteiensystem miteinander interagieren und sich gegenseitig beeinflussen können, handelt es sich hierbei um zwei unterschiedliche Sphären der Aktivität. Die Zivilgesellschaft ist unabhängig vom Parteiensystem, da sie losgelöst von politischen Parteien und ihren formalen Strukturen operiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind in der Regel nicht an eine spezifische Partei gebunden und verfolgen ihre eigenen Ziele und Interessen jenseits von politischen Wahlprozessen. Die Zivilgesellschaft kann eine entscheidende Funktion in der Rechenschaftspflicht politischer Parteien übernehmen und die Vertretung von politischen Positionen fördern, die den Bedürfnissen und Interessen der Bürger:innen entsprechen. Durch ihre Tätigkeit außerhalb des Parteiensystems können

zivilgesellschaftliche Organisationen als Kontrollinstanz für die Macht der politischen Parteien fungieren und sicherstellen, dass die Stimmen marginalisierter Gruppen gehört werden. Darüber hinaus kann die Zivilgesellschaft als Quelle für Innovationen und neue Ideen dienen, die frische Perspektiven und Ansätze für soziale und politische Herausforderungen bieten. Obwohl Organisationen und Netzwerke in der Zivilgesellschaft in der Lage sein können, Allianzen mit Parteien einzugehen, können sie nicht von den Parteien vereinnahmt oder von ihnen dominiert werden. Sobald dies geschieht, verlagern sie ihren Fokus auf die politische Gesellschaft und verlieren einen erheblichen Teil ihrer Fähigkeit, einzigartige vermittelnde und demokratiebildende Funktionen auszuüben. Die Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit und Autonomie ist daher unerlässlich, um die Stärke und Effektivität der Zivilgesellschaft in ihrer Rolle als wichtige Säule der demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten (Diamond 1994, S. 7).

3.2.1 Terminologische Vielfalt der Zivilgesellschaft

In der wissenschaftlichen Literatur sowie im alltäglichen Sprachgebrauch sind verschiedene Synonyme für den Begriff *Zivilgesellschaft* zu finden. Diese Vielfalt verdeutlicht, dass das Konzept in unterschiedlichen Kontexten und Forschungstraditionen facettenreich betrachtet wird (Salamon und Anheier 1992). Unter den synonymen Bezeichnungen für Zivilgesellschaft sind beispielsweise *Nichtregierungsorganisationen* (NGOs), *Freiwilligensektor*, *Dritter Sektor*, *Zivilsektor*, *Sozialsektor*, *Bürger:innensektor*, *Gemeinschaftsbereich*, *Non-Profit-Sektor*, *Advocacy-Gruppen*, *Graswurzelorganisationen* (Roginsky und Shortall 2009) und vieles mehr. Jede dieser Terminologien weist subtile Unterschiede in den zugeschriebenen Bedeutungen und Betonungen auf, die von der Herkunft und den kulturellen Hintergründen der Diskurse geprägt sind (Salamon und Anheier 1992; Salamon 1994). Besonders hervorzuheben ist die Unterscheidung zwischen den amerikanischen und europäischen Ansätzen bezüglich der Zivilgesellschaft. Die zeitgenössischen politischen Theorien in den USA basieren vorwiegend auf einem wirtschaftlichen Verständnis der Zivilgesellschaft, wobei der "Non-Profit-Sektor" als vorherrschende Bezeichnung verwendet wird. Diese Perspektive betont die Rolle von Organisationen und Institutionen, die unabhängig von staatlichen Einflüssen agieren und gemeinnützige Ziele verfolgen. Im Gegensatz dazu sind europäische Ansätze in der Regel stärker in sozial-politische Dimensionen eingebettet. Hierbei spielt die Zivilgesellschaft eine

Rolle in Verbindung mit Staatsbürgerschaft und dem Wohlfahrtsstaat. Europäische Theorien erfassen somit neben den wirtschaftlichen Aspekten auch soziale und politische Facetten der Zivilgesellschaft, die sich auf die Wahrnehmung und Ausgestaltung von Bürgerrechten und sozialen Sicherungen beziehen (Muukkonen 2009). Es ist wichtig anzuerkennen, dass jede der verwendeten Terminologien gewisse Einschränkungen aufweist und eine weniger umfassende Vorstellung von Zivilgesellschaft vermittelt, als es ursprünglich von den Gründungsvätern dieses Konzepts vorgeschlagen wurde. Um über kulturspezifische Verständnisse von Zivilgesellschaft hinauszugehen, ist es von entscheidender Bedeutung, die verwendeten Begrifflichkeiten genauer zu untersuchen und zu verstehen, wie sie aus spezifischen kulturellen und politischen Kontexten heraus entstanden sind. In dieser Arbeit liegt der Fokus auf dem europäischen Kontext der Zivilgesellschaft. Im nachfolgenden Abschnitt werden verschiedene Synonyme wie *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*, *Freiwilliger Sektor*, *Dritter Sektor*, *Zivilsektor*, *Bürger:innensektor* und *Non-Profit-Sektor* aufgeführt und eingehend erläutert. Die Erwähnung dieser Synonyme erfolgt mit dem Ziel, die facettenreiche Begriffslandschaft im europäischen Kontext zu verdeutlichen. Es wird dabei betont, dass das Konzept der Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Forschungstraditionen und kulturellen Hintergründen vielschichtig betrachtet wird und keineswegs auf eine einzige Bezeichnung reduziert werden kann. Die Auflistung der Synonyme ermöglicht es, die vielfältigen Perspektiven und Betonungen des Konzepts zu erkennen und ermöglicht eine vergleichende Analyse der verschiedenen Verständnisse von Zivilgesellschaft in verschiedenen Ländern und Forschungsansätzen. In ihrer Gesamtheit trägt die Berücksichtigung dieser Synonyme dazu bei, das Verständnis von Zivilgesellschaft als dynamisches und facettenreiches soziales Phänomen zu vertiefen.

- *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)* kommt aus dem englischen "Non-Governmental Organization", auf Deutsch "Nichtregierungsorganisation". Eine NGO ist eine Organisation, die unabhängig von staatlichen Institutionen und Parteien agiert und sich für bestimmte gesellschaftliche, politische oder ökologische Ziele einsetzt. NGOs können auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene tätig sein und arbeiten in der Regel auf ehrenamtlicher Basis. NGOs können auch gemeinnützige Organisationen sein und arbeiten oft mit anderen Organisationen und Regierungsbehörden zusammen, um ihre Ziele zu erreichen (Kopecký und Mudde 2012; Akkaya 2012).

- Der *freiwillige Sektor* bezieht sich auf Organisationen, die ohne staatliche Intervention arbeiten, gemeinnützig sind und von Freiwilligen geleitet werden (Dekker und van den Broek 1998).
- Der *dritte Sektor* bezieht sich auf alle Organisationen, die weder staatlich noch gewinnorientiert sind (Muukkonen 2009).
- Der *zivile Sektor* bezieht sich auf Organisationen, die sich für die Verbesserung der Gesellschaft als Ganzes einsetzen, oft durch Beteiligung und Fürsprache der Gemeinschaft (Alexander 2008).
- Der *Bürger:innensektor* bezieht sich auf Organisationen, die Bürger:Innen in ihre Arbeit einbeziehen, sei es durch Freiwilligenarbeit oder durch aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen (Welzel 1999a).
- *Non-profit-Sektor* bezieht sich auf Organisationen, die gemeinnützig sind und keine Gewinne an die Aktionäre ausschütten, sondern stattdessen ihre Ressourcen zur Förderung ihrer Mission einsetzen (Tanner 1996).

Es scheint evident, dass die zeitgenössische Verwendung des Begriffs "Zivilgesellschaft" äußerst flexibel ist. Obwohl diese Bezeichnungen partiell miteinander verschmelzen, betonen sie jeweils verschiedene Facetten der Organisationen und Bewegungen, die die Zivilgesellschaft ausmachen. Diese Entitäten operieren außerhalb des staatlichen Einflusses und des profitorientierten Sektors, fokussieren sich jedoch auf das umfassende Wohl der Gesellschaft. In der Regel werden sie durch ein Gefühl der Gemeinschaft, bürgerschaftliches Engagement und den Wunsch nach positiven Veränderungen angetrieben. Oftmals sind diese Gruppen um spezifische Anliegen oder Themen organisiert, wie beispielsweise Menschenrechte, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit oder Gemeinschaftsentwicklung. Sie agieren auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene und können vielfältige Formen annehmen, darunter gemeinnützige Organisationen, Advocacy-Gruppen, Gemeindeverbände und Graswurzelbewegungen. Obwohl jeder dieser Begriffe unterschiedliche Aspekte der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen hervorhebt und sie verschiedene Ziele, Strukturen und Arbeitsmethoden aufweisen, verbindet sie insgesamt die Betonung der Bedeutung der Zivilgesellschaft sowie die Rolle, die Einzelpersonen und Organisationen bei der Förderung des sozialen Wohlergehens und einer aktiveren und partizipativeren Gesellschaft spielen können.

3.3 *Bottom-up-* und *Top-down-*Theorien der Zivilgesellschaft

Trotz der allumfassenden Relevanz und Bedeutung der Zivilgesellschaft herrscht weiterhin kein Konsens bezüglich einer einheitlichen Theorie zu diesem Thema. Stattdessen existieren divergierende Ansätze, die aus unterschiedlichen Perspektiven die Zivilgesellschaft beschreiben und miteinander konkurrieren. Diese Pluralität an Ansätzen trägt zur Entstehung von Theorien und Konzepten bei, die sich auf verschiedene Facetten der Zivilgesellschaft fokussieren und dadurch ein verbessertes Verständnis ihrer Funktionsweise ermöglichen. Bisher wurden jedoch noch keine umfassenden empirischen Untersuchungen durchgeführt, um die konkurrierenden Theorien - *Top-down* und *Bottom-up* - (Jensen 2011) auf den Prüfstand zu stellen und ihre Gültigkeit zu testen. In jüngster Zeit ist eine hitzige Debatte zwischen den Ansätzen entbrannt, die gesellschaftliche Faktoren in den Vordergrund stellen, und jenen, die den Einfluss politischer Institutionen auf die Zivilgesellschaft hervorheben. Im folgenden Abschnitt werden die maßgeblichen theoretischen Ansätze und ihre dazugehörigen Hypothesen prägnant zusammengefasst.

1. *Die sozioökonomische Entwicklung* beschreibt den Prozess, durch den ein Land wirtschaftlich, sozial und kulturell voranschreitet. Die klassische Modernisierungstheorie postuliert, dass ein höheres Maß an sozioökonomischer Entwicklung eines Landes zu einer gestärkten Zivilgesellschaft führt. Dies resultiert aus der Entstehung einer wachsenden Mittelschicht und der Etablierung moderner sozialer Integrationsmechanismen, die wiederum als zentrale Triebkräfte einer lebendigen Zivilgesellschaft fungieren (Lipset 1959). Aktuellere Ausarbeitungen der Modernisierungstheorie, insbesondere die Theorie der menschlichen Entwicklung, präsentieren umfassendere Modelle, die wirtschaftliche, institutionelle und kulturelle Faktoren miteinbeziehen, um die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschen zu steigern, frei zu handeln (Inglehart und Welzel 2005). Diese gesteigerten Fähigkeiten und Möglichkeiten werden als fruchtbarer Boden angesehen, der die Entwicklung einer robusten Zivilgesellschaft begünstigt (Welzel 1999b). Durch diese Erklärungen wird deutlich, dass die Wechselwirkungen zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Zivilgesellschaft von hoher Komplexität sind und von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden.
2. *Politische Kultur* - beschreibt eine Perspektive, die sich von einem Fokus auf sozioökonomische Prozesse unterscheidet und sich auf die Auswirkungen der kulturellen Traditionen und Vermächtnisse eines Landes konzentriert. Diese Aspekte umfassen die

vorherrschende Art der sozialen Interaktion in der Gesellschaft, ihre ethnische und religiöse Zusammensetzung sowie soziopolitische Traditionen, wie zum Beispiel koloniale Erfahrungen oder Erfahrungen mit dem Kommunismus. Die bedeutendsten Vertreter dieser Perspektive sind Robert Putnam und Samuel Huntington. Putnam (1994; 2000) betont in seiner *Bottom-up-Perspektive*, dass historische Muster von bürgerschaftlichem Engagement und der Verbreitung von sozialem Vertrauen in einer Gesellschaft die Chance beeinflussen, eine lebendige Zivilgesellschaft zu entwickeln. Huntington hingegen argumentiert, dass der *zivilisatorische* Hintergrund eines Landes, insbesondere seine religiöse Weltanschauung, wichtige Auswirkungen auf die Chance hat, eine Demokratie aufrechtzuerhalten und damit auch eine lebendige Zivilgesellschaft zu fördern (Huntington 1993a). Andere Forscher:innen haben darauf hingewiesen, dass soziale Heterogenität negative Auswirkungen auf die Aussichten einer starken Zivilgesellschaft haben kann (Costa und Kahn 2003; Lauth 2003b), obwohl es auch Studien gibt, die eine positive Beziehung zwischen diesen beiden Faktoren zeigen. Schließlich haben jüngste Studien, die die Stärke postkommunistischer Zivilgesellschaften mit denen in postautoritären und westlichen Ländern verglichen haben, die Bedeutung der Erfahrungen eines Landes mit dem Kommunismus für seine politische Kultur und die Aussichten der Zivilgesellschaft hervorgehoben (Howard 2003). Diese Erfahrungen werden als relevant angesehen, da sie die politische Kultur eines Landes über die langfristige Erfahrung mit einem spezifischen politischen Regime prägen. Im Falle des Kommunismus wird argumentiert, dass er zu einem allgemeinen Misstrauen gegenüber bürgerschaftlichem Engagement und assoziativem Leben sowie zu einem Wachstum privater Netzwerke auf Kosten einer Beteiligung am öffentlichen Leben geführt hat (Howard 2003).

3. *Politische Institutionen* - Im Unterschied zu *bottom-up-Ansätzen*, die den Schwerpunkt auf kulturelle und gesellschaftliche Faktoren legen, nehmen institutionalistische Forscher eine *top-down* Perspektive ein und argumentieren, dass die zentralen Merkmale des politischen Kontextes eines Landes maßgeblich zur Gestaltung der Zivilgesellschaft beitragen. Hierbei lassen sich zwei Herangehensweisen unterscheiden. Ein Ansatz beruht auf dem historischen Institutionalismus und betont die Wechselwirkungen zwischen bedeutenden historischen Prozessen und Strukturen eines Landes. Dabei spielen Faktoren wie die Konstellation sozialer Kräfte, insbesondere organisierte Religion, oder die Entstehung verschiedener Wohlfahrtsregime eine entscheidende Rolle bei der Größe und Form der heutigen Zivilgesellschaft (Salamon und Anheier 1998). Ein anderer Ansatz weist auf die Bedeutung der aktuellen politischen Umgebung hin, wie zum Beispiel die Qualität der Demokratie, die

Effektivität des Staates und der Grad der Rechtsstaatlichkeit sowie andere Faktoren eines demokratischen Regierungssystems. Diese Faktoren schaffen wichtige Voraussetzungen für das Wachstum der Zivilgesellschaft (Hadenius und Ugglå 1996).

4. *Internationale Einflüsse* – Wissenschaftler:innen, die sich mit den Auswirkungen der Globalisierung und des Weltsystems befassen, erörtern die These, dass gegenwärtige globale Prozesse zur Verbreitung dominanter kultureller Paradigmen, Werte und Ressourcen in Nationalstaaten führen, welche wiederum die Entwicklung der Zivilgesellschaft fördern (Boli und Thomas 1999; Schofer und Longhofer 2011). Ein bedeutender Indikator in diesem Zusammenhang ist die Einbindung der inländischen Zivilgesellschaft in die globale Gesellschaft, gemessen an der Anzahl der internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs) im Land. Ein weiterer Ansatz untersucht die Wirkungen von Hilfsprogrammen und analysiert inwieweit internationale Entwicklungshilfe die Zivilgesellschaft stärken kann (Biekart 2003; Howell und Pearce 2002). Internationale Einflüsse können sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die Entstehung und Stärkung der Zivilgesellschaft haben, abhängig von der Art der Intervention und den politischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Landes.

In der amerikanischen akademischen Gemeinschaft wird derzeit eine lebhafte Debatte geführt, insbesondere zwischen den Vertreter:innen von Robert Putnams *bottom-up-Ansatz*, der auf politische Kultur basiert (Putnam 2000; Gamm und Putnam 2010), und Theda Skocpols *top-down-Perspektive*, die den Fokus auf politische Institutionen legt. Es geht dabei um die Frage, welche Faktoren das Wachstum der Zivilgesellschaft in den USA vorantreiben (Skocpol und Fiorina 1999; Skocpol 2003). Bislang sind jedoch vergleichende Studien, die die konkurrierenden Theorien und ihre Hypothesen miteinander vergleichen, eher selten. Die wenigen existierenden Studien liefern keine eindeutigen Ergebnisse und führen mitunter sogar zu widersprüchlichen Schlussfolgerungen. Dabei wird betont, dass der Einfluss des vorherigen Regimetyps und anderer historischer Faktoren (Putnam 1994; Salamon und Anheier 1998; Howard 2003), das Weltsystem (Schofer und Longhofer 2011), die aktuellen institutionellen Rahmenbedingungen (Schofer und Fourcade-Gourinchas 2001) sowie gesellschaftliche Merkmale (Anderson und Paskeviciute 2006) von Bedeutung sein könnten. Ein Hauptgrund für die Uneinheitlichkeit der Ergebnisse liegt in den unterschiedlichen Konzeptualisierungen der Zivilgesellschaft. Diese reichen von individuellen Einstellungen wie dem allgemeinen Vertrauen oder individuellem Verhalten wie der Teilnahme an Referenden und der Mitgliedschaft in freiwilligen Organisationen bis hin zu organisationsbezogenen Daten wie der

Anzahl der Organisationen in einem Land und sektoralen Merkmalen auf der makroökonomischen Ebene, wie zum Beispiel der Anteil der Mitarbeiter:innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen eines Landes. In dieser Analyse werden die *Bottom-up-* und *Top-down-Theorien* verwendet, um die Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens in Montenegro zu untersuchen. Der *Bottom-up-Ansatz* fokussiert sich auf die eigenständigen Bemühungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, die unabhängig von politischen Institutionen agieren, um gemeinsame Interessen zu verfolgen und demokratische Veränderungen voranzutreiben. Der *Top-down-Ansatz* hingegen betrachtet die politischen Institutionen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Montenegro. Dabei werden politische Strukturen, Gesetze und Entscheidungsprozesse analysiert, um zu verstehen, wie sie das Wachstum einer aktiven Zivilgesellschaft beeinflusst haben. Die Kombination dieser beiden Perspektiven ermöglicht eine umfassende Untersuchung der komplexen Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und politischen Institutionen während des EU-Beitrittsverfahrens in Montenegro. Die Ergebnisse tragen dazu bei, die Herausforderungen und Chancen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft besser zu verstehen und neue Erkenntnisse für den wissenschaftlichen Diskurs zu liefern.

3.4 Die Auswirkungen von kommunistischen Vermächtnissen auf die Zivilgesellschaft

Um den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die moderne Demokratie und Europäisierung adäquat zu verstehen, ist eine umfassende historische Analyse notwendig, die auch die Vermächtnisse des Kommunismus berücksichtigt. Insbesondere in den postkommunistischen Gesellschaften Europas, den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie den Westbalkanstaaten wird die Zivilgesellschaft oft als defizitär angesehen. Diese Wahrnehmung findet Unterstützung in den bahnbrechenden Forschungen von Marc Maroje Howard (2002; 2003), der in seiner grundlegenden Studie zwei entscheidende Gründe für diese vermeintliche Schwäche identifiziert hat: das kulturelle Erbe und die tief verwurzelte kollektivistische Prägung aus der kommunistischen Vergangenheit. Die Bezeichnung *kommunistische Regime* wird in diesem Zusammenhang auf illiberale politische Systeme mit totalisierender Logik angewendet. Diese Regime unterdrückten die Möglichkeit autonomer sozialer Organisationen und verhinderten damit die Entstehung von Strukturen, die der Staatsmacht Beschränkungen auferlegen und über

die Legitimität des Staates entscheiden könnten. Infolgedessen konnte sich die Zivilgesellschaft nicht in dem Maße entwickeln, wie es für eine lebendige und gestaltende Rolle in der Demokratie notwendig wäre (Kumar 1993). Die Erforschung der Zivilgesellschaft im Kontext kommunistischer Vermächtnisse eröffnet somit einen tieferen Einblick in die Struktur und Dynamik politischer Systeme in postkommunistischen Gesellschaften. Die Aufarbeitung dieser historischen Einflüsse ist unerlässlich, um die gegenwärtigen Herausforderungen und Potenziale der Zivilgesellschaft in der Region zu verstehen und gezielte Maßnahmen zur Stärkung ihrer Rolle in den politischen Prozessen und der Europäisierung einzuleiten. Dabei erweisen sich die Forschungsergebnisse von Marc Maroje Howard als wegweisend, da sie uns wertvolle Erkenntnisse über die Wechselwirkungen zwischen vergangenen politischen Strukturen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen liefern. Diese Erkenntnisse sind von hoher Relevanz für die Gestaltung zukunftsgerichteter Demokratien und einer tieferen Integration der postkommunistischen Länder in den europäischen Kontext. Trotz des scheinbaren zeitlichen Abstands seit dem Zusammenbruch des Kommunismus und einer vermeintlichen Abschwächung des kommunistischen Erbes bleibt in den betroffenen Ländern ein zentralstes Anliegen bestehen, nämlich die Erhaltung und Konsolidierung der Demokratie. Die Transformation des kommunistischen Erbes gestaltet sich keinesfalls abrupt, sondern bedarf einer langwierigen, generationsübergreifenden Auseinandersetzung mit den festgefühten Gewohnheiten und der kulturellen Prägung der Menschen, um nachhaltige gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Im einstigen kommunistischen System fungierte die Partei als quasi-Staat (Bunce 1999, S. 23), wobei ihre allgegenwärtige Präsenz die vielfältige Bevölkerung umformte und homogenisierte, während sie die Kontrolle über die öffentliche Sphäre übernahm.

In den kommunistischen Ländern Europas war eine unabhängige, vertragliche Ausübung öffentlicher Aktivitäten keine Option, und ein revolutionärer Umsturz oder eine radikale Umgestaltung des Staates oder seiner gesellschaftlichen Machtbasis war, zumindest über einen langen Zeitraum, ausgeschlossen. Die Bevölkerung hatte keine Möglichkeit, ihre Vertreter:innen im Staat frei zu wählen und somit die politische Gestaltung zu beeinflussen oder private Interessen in einer rechtlich geschützten Öffentlichkeit zu verfolgen. Unter solchen Regimen war politische Partizipation und gesellschaftlicher Aufstieg auf eine kleine, privilegierte Gruppe von Bürger:innen beschränkt, wobei willkürliche Kriterien wie Familiengeschichte oder gar Stammeszugehörigkeit eine entscheidende Rolle spielten. Die Präsenz der kommunistischen Partei mit ihrer allumfassenden Ideologie und ihren Mechanismen zur Kontrolle der Öffentlichkeit erzwang in den gesamten kommunistischen

Ländern Europas adaptive Verhaltensmechanismen bei den Bürger:innen. Jene, die die Hegemonie des Regimes über öffentliche Vereinigung und Partizipation nicht akzeptierten, zogen sich in die Privatsphäre der Familie zurück und entwickelten alternative, nämlich private Netzwerke (Weigle und Butterfield 1992, S. 4). In der Gesellschaft gewannen private Verbindungen an Bedeutung, und das Vertrauen in persönliche Beziehungen überwog das Vertrauen in die Partei, sei es in wirtschaftlichen Krisenzeiten oder in persönlichen Angelegenheiten (Wedel 1986). Aufgrund der starken Kontrolle durch bürokratische Institutionen und der begrenzten Ressourcen waren die Menschen dazu motiviert, private Bekanntschaften zu pflegen. Es sei jedoch hervorgehoben, dass es in den mittel- und osteuropäischen Ländern und dem ehemaligen Jugoslawien keineswegs an zivilgesellschaftlichen Organisationen mangelte. Damals gab es eine Vielzahl mächtiger Gewerkschaften und Berufsverbände. Es existierten Organisationen, die diverse Gruppen und Interessen vertraten, darunter Jugendliche, Bauer:innen, Veteranen, Verbraucher:innen, Frauen und Umweltschützer:innen. Ebenso gab es Sportvereine sowie Freizeit-, Kultur-, Unterhaltungs- und vergleichbare Einrichtungen. Das Problem lag darin, dass diese Organisationen politisiert waren und von der Zustimmung des Staates und der Partei abhängig gemacht wurden (Ekiert und Kubik 2014, S. 46). Valerie Bunce (1999) beschreibt die ähnlichen Erfahrungen kommunistischer Bürger:innen wie folgt:

„Whether citizens engaged in political, economic, social, or cultural activities, they were controlled in what they could do by the party. Thus, the party did not just orchestrate elite recruitment, voting, attendance at rallies, and the content of the mass media. It also functioned in the economy as the only employer, the only defender of workers’ rights (through party controlled unions), the only setter of production norms, and the only allocator of vacation time (while being the only builder and maintainer of vacation retreats). At the same time, the party allocated all goods and set all prices. Finally, it was the party (sometimes through enterprises) that was the sole distributor of housing, education, health care, transportation, and opportunities for leisure-time activities”
(Bunce 1999, S. 28).

Obgleich der Kommunismus in Jugoslawien bekanntermaßen eine gewisse Liberalität zeigte, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Kultur im Vergleich zur ehemaligen Sowjetunion und ihren Satelliten in Mittel- und Osteuropa, waren auch hier die Grenzen der Freiheit deutlich spürbar. Auch im ehemaligen Jugoslawien gab es weder Autonomie der

Zivilgesellschaft noch einen wohlwollenden Staat zur Unterstützung der Zivilgesellschaft. Die Autonomie der Zivilgesellschaft sowie eine wohlwollende staatliche Unterstützung für deren Entwicklung waren im ehemaligen Jugoslawien nicht gegeben. Die omnipräsente kommunistische Partei ließ keinen Raum für die Entstehung einer funktionsfähigen und selbstbewussten Gesellschaft (Sokolić et al. 2020). In der Arbeit von Ivor Sokolić, Denisa Kostovicova und Adam Fagan (Sokolić et al. 2020) werden zwei Beispiele beschrieben, in denen das jugoslawische kommunistische Regime durch Massenbewegungen herausgefordert wurde. Dabei wird aufgezeigt, dass die kommunistische Partei in beiden Fällen kompromisslos abweichende Meinungen unterdrückte und nicht nur staatliche Universitäten, sondern auch illoyale Parteimitglieder sowie die Bevölkerung im Allgemeinen ins Visier nahm. Die Resilienz und Unnachgiebigkeit der kommunistischen Ideologie und des kommunistischen Regimes werden durch diese beiden Bewegungen, die in einem Zeitraum von zehn Jahren stattfanden, verdeutlicht. Das erste Beispiel war der sogenannte „*Hrvatsko proljeće*“ (Kroatischer Frühling), auch als MASPOK (*masovni pokret* - Massenbewegung) bekannt, der von 1967 bis 1971 stattfand. Diese Demonstrationen brachten den Konflikt zwischen Reformist:innen, die eine stärkere Kontrolle über die republikanischen Gelder forderten, und Konservativen in der kroatischen Kommunistischen Partei ans Licht. Sie zeigten zugleich eine breite Unterstützung der Bevölkerung für Reformen, einschließlich der Wiederaneignung der kroatischen Sprache durch Intellektuelle und Studenten. Das zweite Beispiel ereignete sich 1981 im Kosovo. Die Demonstrationen in dieser Region zielten darauf ab, die Unzufriedenheit mit dem kommunistischen Regime im Kosovo zum Ausdruck zu bringen. Die Kosovaren hatten eine Reihe sozioökonomischer Bedenken und Forderungen sowie die Forderung, den Status des Kosovo von einer autonomen Provinz zu einer vollständigen Republik zu erheben. Diese Bewegungen verdeutlichen eindringlich, dass das kommunistische Regime in Jugoslawien widerstandsfähig war und nicht bereit war, von der konformen Linie abzuweichen.

Kommunistische politische Systeme wiesen trotz kleinerer Unterschiede zwischen den Ländern eine grundsätzliche Ablehnung zentraler Elemente der politischen Moderne auf, insbesondere des liberalen demokratischen Staates, der durch die Trennung staatlicher Gewalten, gegenseitige Kontrolle und Marktwirtschaft gekennzeichnet ist. Ihre Autorität war von transzendenter, unbestreitbarer und charismatischer Natur (Hanson 1997). In den postkommunistischen Gesellschaften, insbesondere den EU-Kandidatenländern, die das Erbe kommunistischer Regime tragen und von der EU-Integration geprägt werden, ist in der politikwissenschaftlichen Literatur der Aspekt charismatischer Eliten durchaus präsent (Passarelli 2019; Anđelić 2020; Lavrič und Bieber 2021; Mazzoni et al. 2022).

Zusammenfassend beschreibt Howard (2003) drei wesentliche Gründe, warum das kommunistische institutionelle System in der Lage war, Gesellschaften in allen kommunistischen Ländern Europas zu beeinflussen:

- “(1) The institutions were designed and enforced authoritatively,*
- (2) The institutions built on and reinforced the pre-communist, non-democratic traditions that already existed in many societies*
- (3) The communist system lasted for several generations [...]” (Howard 2003, S. 25).*

Darüber hinaus identifiziert Howard drei wesentliche Faktoren, die zur geringen Organisationsmitgliedschaft im heutigen postkommunistischen Europa beitragen:

- “ (1) The prior experiences that people have with organizations, and particularly the legacy of mistrust of all formal organizations caused by forced participation in communist organizations*
- (2) The persistence of informal private networks, which function as a substitute for, or alternative to, formal and public organizations*
- (3) The disappointment with the new democratic and capitalist systems of today, which has led many people to avoid the public sphere” (Howard 2003, S. 30)*

Seit dem Zerfall des Kommunismus bis in die heutige Zeit haben bedeutende Veränderungen stattgefunden, doch der Fortschritt der Zivilgesellschaft gestaltet sich in verschiedenen Ländern unterschiedlich. Dies ist maßgeblich von der Behandlung der zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die ehemaligen kommunistischen Behörden abhängig, von den Kapazitäten, die diese Organisationen derzeit besitzen, um neue Initiativen zu gründen, sowie von den historischen Traditionen und den aktuellen politischen Verhältnissen (Howard 2003; Sokolić et al. 2020; Ekiert und Kubik 2014).

Die kommunistische Erfahrung in Jugoslawien ließ der Zivilgesellschaft nur sehr begrenzte Möglichkeiten. Infolge des Zerfalls Jugoslawiens mussten Organisationen nahezu von Grund auf neu aufgebaut werden (Sokolić et al. 2020, S. 43). Der Aktivismus nach dem Zerfall Jugoslawiens war in hohem Maße geprägt von ethnischen Nationalismus und den Auflösungskriegen Jugoslawiens, anstatt von liberaler Demokratiepoltik. Die spezifische Entwicklung und Ausprägung der Zivilgesellschaft in Montenegro wird im ersten Kapitel des Teil II dieser Arbeit genauer erläutert.

3.5 Zivilgesellschaft und Transition

Die aktuelle Forschung zur Transformations- und Demokratisierungstheorie betrachtet die Zivilgesellschaft als einen eminenten und prägenden Faktor für den Prozess der Demokratisierung eines Landes. Indes bleibt die konkrete Ausgestaltung dieses Einflusses ein kontroverses Thema innerhalb des akademischen Diskurses. Diverse Perspektiven positionieren die Rolle der Zivilgesellschaft entweder als förderlich oder hinderlich für die Entwicklung einer funktionierenden Demokratie. Hieraus entspringt eine zentrale Debatte darüber, ob die Zivilgesellschaft den Demokratisierungsprozess aktiv vorantreibt oder ob ihre Stärkung erst in Folge einer fortgeschrittenen Demokratisierung erfolgt (Lauth und Merkel 1997c; Freise 2004; Arato und Cohen 1992).

Ein bedeutender Konsens innerhalb der gegenwärtigen Demokratie- und Demokratisierungsforschung beruht auf der Annahme, dass die Zivilgesellschaft eine herausragende Rolle in demokratischen Entwicklungsprozessen spielt, wobei diese Debatte insbesondere seit der späten 20. Jahrhundert intensiv geführt wird (Diamond 1999; Putnam 1994; Linz und Stepan 1996b; Baker 1998). Die politikwissenschaftliche Forschung hat mittlerweile eine weitgehende Einigung erzielt, dass das Gedeihen einer funktionsfähigen Demokratie eng mit einer starken und widerstandsfähigen Zivilgesellschaft verknüpft ist. Die Zivilgesellschaft agiert hierbei als stabilisierende Kraft, die die demokratischen Institutionen aufrechterhält und die Legitimität politischer Machtquellen gewährleistet. Hierzu greift die Zivilgesellschaft auf essentielle Prinzipien wie Freiwilligkeit, Interessenvielfalt und Toleranz zurück (Gawrich und Lapins 2006; Freise 2004; Lauth und Merkel 1997b, 1997c). Die zeitgenössische Perspektive betrachtet die Zivilgesellschaft als eine Synthese bedeutender Theorietraditionen des politischen Denkens, die von den Werken John Lockes bis zu den Beiträgen von Jürgen Habermas reicht (Zimmer 2002; Lauth 2003b). Aus dieser Sichtweise ergibt sich die Vorstellung, dass die Zivilgesellschaft naturgemäß demokratische Ziele verfolgt, da nur durch die Gewährleistung demokratischer Freiheitsrechte die grundlegenden Prinzipien eines offenen zivilgesellschaftlichen Raums wie Toleranz, Gerechtigkeit und die Ablehnung physischer Gewalt gesichert werden können (Arenhövel 2000). In dieser Betrachtung erscheint die Zivilgesellschaft daher als eine unverzichtbare treibende Kraft zur Förderung und Konsolidierung von Demokratie.

Die Forschung zum Übergang von postkommunistischen Gesellschaften bekräftigt einhellig die unerlässliche Rolle einer lebendigen Zivilgesellschaft als entscheidenden Faktor für die Umwandlung von nichtdemokratischen in demokratische Systeme. Verschiedene

Wissenschaftler:innen, darunter Claire Mercer (2002), Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle (1999), Juan J. Linz und Alfred Stepan (1996b), Hans-Joachim Lauth (2003a) und Annette Zimmer (2010), betonen, dass eine aktive Zivilgesellschaft in schwachen postkommunistischen Ländern dazu beiträgt, die demokratische Partizipation zu stärken, eine Vielfalt von Interessen zu vermitteln und den schwachen Staatsapparat durch Übernahme sozialer Aufgaben zu entlasten. Die transformationstheoretische Perspektive erkennt die Zivilgesellschaft als einen der fünf grundlegenden Pfeiler der Demokratisierung neben der politischen Gesellschaft, der Marktwirtschaft, der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Staatsbürokratie an (Reinhard 2010). Dies unterstreicht die essenzielle Rolle der Zivilgesellschaft bei der Etablierung und Festigung demokratischer Strukturen. Die überaus hohen Erwartungen an die Zivilgesellschaften in aufstrebenden postkommunistischen Demokratien haben ihren Ursprung hauptsächlich in der kollektiven Erinnerung Europas. Diese Erinnerung würdigt die Zivilgesellschaften in Mittel- und Osteuropa als entscheidende Akteure, die eine Schlüsselrolle bei der Förderung des demokratischen Wandels einnehmen. Historisch gesehen haben diese Zivilgesellschaften aktiv am Transformationsprozess teilgenommen und sich in verschiedenen Bereichen engagiert. Ihre Aktivitäten reichten von der Mitgestaltung demokratischer Regierungen bis hin zum Schutz von Bürger:innen- und Menschenrechten sowie der Organisation und Durchführung demokratischer Wahlen (Lauth 2003a).

In der Diskussion über die Rolle der Zivilgesellschaft in jungen postkommunistischen Demokratien zeigen sich vielfältige Standpunkte. Ein optimistischer Ansatz betrachtet eine vitale Zivilgesellschaft als förderlich für die Demokratisierung. Demgegenüber existieren demokratiskeptische Konzepte, die diese Verbindung relativieren oder gar ablehnen (Lauth und Merkel 1997c; Uhlin 2009). Die Befürworter:innen einer engen Perspektive betrachten die Zivilgesellschaft als ausschließlich demokratieförderlichen Akteur. Jedoch wird von Kritikern argumentiert, dass diese Sichtweise unzulässig ist, da sie potenziell problematische Aspekte der zivilgesellschaftlichen Realität außer Acht lässt, die mittlerweile offensichtlich geworden sind (Croissant et al. 2000; Lauth und Merkel 1997c). Besonders differenzierte Zivilgesellschaften können eigene Machthierarchien entwickeln, die sich mit dem kommerziellen Sektor oder informellen Netzwerken verflechten und dadurch der demokratischen Kontrolle entgehen. Hierbei sind extremistische Gruppierungen wie terroristische Organisationen oder rechtsradikale Netzwerke zu nennen, die trotz ihrer Eingliederung in die Zivilgesellschaft demokratische Werte nicht unterstützen (Croissant et al. 2000; Reichardt 2004).

Die Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozess ist innerhalb der Transformationsforschung nach wie vor umstritten. Jedoch besteht Einigkeit darüber, dass eine

schwache Zivilgesellschaft nicht zwangsläufig zu besseren Chancen für die Demokratisierung führt (Howard 2003, S. 44). Eine differenzierte Analyse dieser verschiedenen Perspektiven ist von essentieller Bedeutung, um ein umfassendes Verständnis für die komplexe Rolle der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung postkommunistischer Demokratien zu erlangen.

Im nachfolgenden Abschnitt werden die vielfältigen Ausprägungen und Aufgaben von Zivilgesellschaften in Bezug zu unterschiedlichen Transformationsphasen und politischen Systemebenen gesetzt, mit dem Ziel, das förderliche Potenzial der Zivilgesellschaft für demokratische Entwicklungen in Transformationsprozessen zu erörtern. Dieser Ansatz integriert die Diskussionen über Transformation und Zivilgesellschaft miteinander, um eine umfassende und analytisch tiefgehende Erkenntnis zu erlangen.

3.5.1 Zivilgesellschaft in den Phasen der Transition

In Zeiten der Liberalisierung eröffnen sich für die Zivilgesellschaft neue Möglichkeiten zur Ausübung ihrer Funktionen. Diese Phase wird als blühende Ära für die Zivilgesellschaft betrachtet, da die Beschränkungen des staatlichen Repressionsapparats zu einer gesteigerten Bereitschaft der Bürger:innen führen, sich zu mobilisieren. Dies führt zu einem bemerkenswerten Anstieg zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, die darauf abzielen, den politischen Druck für einen Systemwechsel zu erhöhen (Croissant et al. 2000, S. 33). Allerdings betonen Linz und Stephan (1996b), dass die Zivilgesellschaft in dieser Phase darauf angewiesen ist, interne Konflikte und Partikularinteressen zu überwinden, um als handlungsfähige Masse auftreten zu können. Erst wenn die gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sogenannten *cleavages*, überbrückt sind, kann die Zivilgesellschaft Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse nehmen (Lauth 1999, S. 105). Trotz der unbestreitbaren Rolle, die die Zivilgesellschaft während der Liberalisierungsphase spielt, sollte ihre Bedeutung nicht übermäßig hervorgehoben werden. Die Erfahrungen aus dem demokratischen Transformationsprozess verdeutlichen, dass die Zivilgesellschaft weder als alleinige noch als unbedingt notwendige Voraussetzung für den Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime betrachtet werden kann (Schmitter 1993, S. 6; Fein und Matzke 1997, S. 37). Des Weiteren lässt sich erkennen, dass die Beeinflussung des Systemwandels durch zivilgesellschaftliche Akteure von verschiedenen Elementen abhängig ist. Hierzu zählen beispielsweise die vorautoritären Prägungen einer demokratischen Gesellschaft, das Ausmaß

der Repressionen innerhalb des totalitären Apparats sowie der Einfluss externer Akteure zu Beginn des Liberalisierungsprozesses (Fein und Matzke 1997, S. 36–38). Zivilgesellschaftliche Akteure tendieren dazu, sich konfrontativ gegenüber autoritären Regimen zu positionieren und agieren als Unterstützer von Bürger- und Menschenrechten. Ihr Ziel besteht darin, öffentliche Interessen zu vertreten und den Herrschaftsanspruch des autoritären Systems zu hinterfragen und zu bekämpfen (Lauth und Merkel 1997a).

Während der Demokratisierungsphase muss die Zivilgesellschaft eine schwierige Gratwanderung bewältigen. Auf der einen Seite ist es von Bedeutung, dass die handelnden Personen als einheitliche Opposition gegenüber der politischen Führung des Staates auftreten, um eine kooperative Zusammenarbeit mit der Regierung bei der Einführung neuer demokratischer Institutionen zu ermöglichen. Andererseits müssen zivilgesellschaftliche Organisationen pluralisiert sein, um die demokratischen Funktionen zu erfüllen, die für den Aufbau einer stabilen und nachhaltigen demokratischen Ordnung erforderlich sind (Lauth 1999, S. 106). In solchen ambivalenten Situationen kommt der Fähigkeit zur Konfliktbewältigung eine herausragende Rolle zu. Die Zivilgesellschaft steht vor der Herausforderung, interne Differenzen zu überwinden und sich auf demokratische Prinzipien wie Anerkennung, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltfreiheit zu stützen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Zivilgesellschaft lernt, diese Werte zu leben, um erfolgreich mit den vorhandenen Spannungen umzugehen. Nur so kann sie als gemeinsame Stimme auftreten und ihre Rolle als aktiver Gestalter des Demokratisierungsprozesses wahrnehmen (Lauth und Merkel 1997a, S. 35). In der darauffolgenden Institutionalisierungsphase nimmt die Bedeutung der Zivilgesellschaft zunächst ab, da die neu etablierten politischen Institutionen die Führung bei weiteren Transformationsprozessen übernehmen (Lauth und Merkel 1997c, S. 24–26). Dennoch bietet diese Phase auch Chancen für die Zivilgesellschaft, sich als positive Kraft in der neuen demokratischen Ordnung zu etablieren und aktiv an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft mitzuwirken (Fein und Matzke 1997, S. 38; Beichelt und Merkel 2014, S. 45).

In der Konsolidierungsphase wird die Zivilgesellschaft als Ergänzungssphäre zum Staat betrachtet. In dieser Konstellation fungiert die Zivilgesellschaft als intermediäre Instanz und Integrator von diversen Interessen. Ihre Kompetenz, staatliche Machtexzesse zu überwachen und verschiedene gesellschaftliche Belange zu artikulieren, verleiht ihr eine einzigartige Position als harmonisierender Akteur in der sozialen Koordination (Merkel 1996b). Die Zivilgesellschaft kann somit als wichtiges Instrument zur Gewährleistung und Erhaltung der Demokratie dienen. Die Phase der Konsolidierung bezieht die Zivilgesellschaft als einen entscheidenden Faktor ein, um die demokratische Ordnung zu stabilisieren, effektiv zu sichern

und aufrechtzuerhalten (Schmitter 1993; Putnam 1994). In der Phase der Konsolidierung nimmt eine Gesellschaft, die die Demokratie befürwortet und ein ausgeprägtes Maß an bürgerschaftlichem Engagement und sozialem Vertrauen zeigt, eine entscheidende Position ein. Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle, indem sie essenzielle Aufgaben übernimmt, darunter die Förderung demokratischer Standards im zivilen Verhalten, die Schaffung von Plattformen für politische Beteiligung, die Artikulation der Interessen verschiedener sozialer Gruppen, die Überwachung gesellschaftlicher Politik und die Sicherstellung demokratischer Bürger:innenrechte. Durch die Erfüllung dieser Funktionen kann die Zivilgesellschaft dazu beitragen, das Legitimationsdefizit der repräsentativen Demokratie zu mindern und einer potenziellen Rückkehr zum Autoritarismus entgegenzuwirken (Schmitter 1993; Freise 2004). Deshalb spielt die Rolle einer aktiven und engagierten Zivilgesellschaft in der modernen Transformationsforschung eine noch wichtigere Rolle als bei der Initiierung des Systemwechsels (Schmitter 1993, S. 7–8). Wenn politische Entscheidungsträger:innen nicht in der Lage sind, Institutionen effektiv zu etablieren, steigt während der Phase der demokratischen Konsolidierung der Druck auf die Zivilgesellschaft, eine größere Rolle zu spielen (Lauth 2003a). Allerdings kann der spezifische Beitrag, den die Zivilgesellschaft leisten kann, aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen von dem, was Konsolidierung bedeutet, den bestehenden sozialen Konfliktlinien und den Eigenschaften und Funktionen der Zivilgesellschaft stark schwanken (Croissant et al. 2000).

In den frühen Stadien der Entwicklung von Demokratien könnte es passieren, dass die Bedeutung der Zivilgesellschaft abnimmt, wenn sie bereits erfolgreich dazu beigetragen hat, autoritäre Regime zu überwinden. Dies liegt daran, dass, sobald demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit fest etabliert sind und demokratische Wahlen stattfinden, die Handlungsspielräume der Akteure der Zivilgesellschaft vorübergehend eingeschränkt werden können (Lauth und Merkel 1997c; Croissant et al. 2000; Fein und Matzke 1997; Schmitter 1993). Aktuelle Erkenntnisse aus der Transformationsforschung verdeutlichen, dass die Wirkung der Zivilgesellschaft auf die Konsolidierung der Demokratie nicht zwangsläufig ausschließlich positiv ist. Anstatt einen eindeutig förderlichen Einfluss auszuüben, besteht die Möglichkeit, dass sie bestehende gesellschaftliche Spannungen verstärkt. Strukturell könnte die Zivilgesellschaft eventuell nicht in der Lage sein, eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung und Stärkung der demokratischen Dynamik zu übernehmen (Croissant et al. 2000). Nach der Einführung demokratischer Institutionen in bestimmten post-sowjetischen Ländern wie der Ukraine, der Republik Moldau, Armenien oder Georgien hat sich eine Periode der demokratischen Stagnation abgezeichnet. In dieser Phase gewinnen halb-autoritäre

Elemente in der Regierung an Bedeutung, während die Rolle der Zivilgesellschaft allmählich an Randständigkeit verliert (Beichelt und Merkel 2014, S. 49–52). In derartigen Situationen bleibt die Konzeption der (De-)Demokratisierung der post-sowjetischen Regionen aktuell, um auf potenzielle Bedrohungen für die Integrität freiheitlicher demokratischer Strukturen in Osteuropa hinzuweisen (Gasimov 2011).

Es ist wichtig zu betonen, dass die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Konsolidierung der Demokratie von verschiedenen Faktoren abhängt, darunter das Verständnis von Konsolidierung, die Struktur der Gesellschaft und die spezifische Situation des Landes. Daher sollten Politiker:innen und politische Akteure in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft arbeiten, um langfristig eine erfolgreiche Konsolidierung von Demokratien zu gewährleisten.

3.6 Funktionen der Zivilgesellschaft zur Demokratisierung

Die Zivilgesellschaft nimmt eine essenzielle Rolle in Demokratisierungsprozessen ein und wird als bedeutender Akteur bei der Förderung demokratischer Transformationen vor Ort betrachtet. Diese Präferenz zugunsten der Zivilgesellschaft gründet sich auf ihre bemerkenswerte funktionale Flexibilität und ihre nachweisliche Wirksamkeit in der Gestaltung einer liberal geprägten, demokratischen und zeitgemäßen Gesellschaft (Frantz und Martens 2006, S. 17; Akkaya 2012, S. 69; Willetts 1996, S. 10). Insbesondere die politisch aktive Zivilgesellschaft wird in Transformationsländern als Protagonistin angesehen, der effizient politische Veränderungen hin zu einer demokratischen Ordnung anstoßen kann. In diesem Zusammenhang erfüllt die Zivilgesellschaft eine Vielzahl demokratiefördernder Funktionen. Hierzu zählen die Diversifizierung der institutionellen politischen Bühne durch eine breite Vielfalt, die Anregung des bürgerschaftlichen Engagements, die Festigung der gesellschaftlichen Legitimation politischer Autorität, die präzise Identifizierung akuter Herausforderungen, tiefgehende politische Forschung und präzise Politikformulierung, die Bereitstellung qualifizierter Fachkenntnisse sowie die Entwicklung geeigneter politischer Lösungsansätze zur Bewältigung gesellschaftspolitischer Konfliktlinien (Martens 2002, S. 26; Weyrauch 2008, S. 4–5).

Die Zivilgesellschaft, vor allem politisch aktive Akteure, spielen somit eine wesentliche Rolle in den Demokratisierungsprozessen. Ihre herausragenden fachlichen Kapazitäten befähigen sie dazu, gezielt die institutionellen Aspekte einzelner Bereiche der Demokratisierung zu

beeinflussen und dadurch einen substantiellen Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie zu leisten (Uhlin 2009, S. 277). Jedoch ist hervorzuheben, dass nur jene Akteure als demokratieförderlich angesehen werden sollten, die intern gleichermaßen von demokratischen Prinzipien geleitet werden, um eine nachhaltige und authentische demokratische Entwicklung zu gewährleisten (Dicklitch 2001, S. 30).

Unter Verwendung einer funktionalistisch-strukturalistischen Perspektive auf die Zivilgesellschaft identifizierten Wolfgang Merkel und Hans-Joachim Lauth (1998) fünf Funktionen, die den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Kontext der Demokratisierung zugeschrieben werden: *Schutzfunktion*, *Vermittlungsfunktion*, *Sozialisierungsfunktion*, *Integrationsfunktion* und *Kommunikationsfunktion*. Es besteht eine enge Verbindung zwischen den Funktionen der Zivilgesellschaft, die im Allgemeinen auf alle Zivilgesellschaften zutreffen und nicht nur auf solche in Transformationsprozessen begrenzt sind. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Wirksamkeit der demokratiefördernden Funktionen der Zivilgesellschaft von mehreren Faktoren abhängt. In postkommunistischen Gesellschaften werden häufig nachfolgende Hürden identifiziert, die das Wirken zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Förderung der Demokratie behindern: das unzureichende Zusammenspiel gesellschaftlicher Gruppen mit politischen Parteien, historische Traditionen einer Zivilgesellschaft, die als *anti-staatlich* wahrgenommen wird, sowie die ethnisch-religiöse Fragmentierung (Croissant et al. 2000).

Im nachfolgenden Abschnitt wird eine eingehende Erklärung der fünf Funktionen der Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit dem Prozess der Demokratisierung gegeben:

1. *Die Schutzfunktion* der Zivilgesellschaft kann gemäß den Ideen von John Locke als die Verteidigung der Bürger:innen vor staatlichen Eingriffen in ihre Privatsphäre interpretiert werden. Dabei wird die Zivilgesellschaft als soziale Sphäre betrachtet, die jenseits des Staates existiert und die Autonomie des Individuums schützt sowie individuelle Rechte und den Besitz jedes Einzelnen entwickelt und bewahrt (Croissant et al. 2000). Darüber hinaus sieht die Schutzfunktion zivilgesellschaftliche Strukturen als integralen Bestandteil des *Checks and Balances*-Systems, das darauf abzielt, politische Abläufe und das Verhalten staatlicher Institutionen eingehend zu beobachten. Außerdem spielen sie eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit und motivieren diese dazu, Standpunkte sowohl für als auch gegen aktuelle Beschlüsse zu vertreten (Hahn-Fuhr und Worschech 2014, S. 21). Gemäß Ernest Gellner (Gellner

1994, S. 5) stellt die Zivilgesellschaft eine Kollektivität von Organisationen dar, welche unabhängig vom Staat agieren und genug Macht besitzen, um ein Gleichgewicht zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat zu gewährleisten. Dadurch wird verhindert, dass der Staat eine übermäßige Dominanz in der Gesellschaft ausübt. Die Schutzfunktion, welche von der Zivilgesellschaft ausgeübt wird, hat das Ziel, die Regierung in ihren Entscheidungen vorhersehbarer zu machen. Gleichzeitig mobilisiert sie die Bevölkerung und beeinflusst somit die öffentliche Meinung, um undemokratische Entscheidungen abzuwehren und die Rückkehr zum Autoritarismus zu verhindern (Diamond 1999, S. 239–243; Uhlin 2009, S. 275–277).

2. *Die Vermittlungsfunktion* der Zivilgesellschaft bezieht sich darauf, wie sie als Brücke zwischen den Bürger:innen und den Staat oder anderen Akteuren in der Gesellschaft fungiert. Diese Funktion wird allgemein als eine der bedeutsamsten demokratischen Rollen der Zivilgesellschaft betrachtet. Montesquieu beschreibt die Vermittlungsfunktion als den Prozess der Vermittlung zwischen den nicht-politischen und politischen Bereichen, auch bekannt als *corps intermédiaires*. In diesem Zusammenhang sorgt die Zivilgesellschaft für ein Gleichgewicht zwischen staatlicher Autorität und sozialen Gemeinschaften. Es ist jedoch erforderlich, dass unabhängige und rechtlich geschützte Organisationen existieren, um diese Rolle zu erfüllen (Croissant et al. 2000, S. 39; Merkel 2004, S. 46). Die Bedeutung dieser Funktion für die Förderung der Demokratie liegt vor allem darin, dass die Zivilgesellschaft in der Lage ist, gesellschaftliche Interessen zu aggregieren, zu artikulieren und zu vertreten. Dies eröffnet neue Möglichkeiten für die gesellschaftspolitische Partizipation und den Dialog mit staatlichen Institutionen (Schmitter 1993, S. 9–12; Fein und Matzke 1997, S. 40–43; Uhlin 2009, S. 271–275). In diesem Kontext fungiert die Zivilgesellschaft als Brückenbauer zwischen den sozialen Netzwerken und den zentralen politischen Institutionen, die üblicherweise getrennt voneinander agieren. Wenn alles optimal verläuft, entsteht dadurch eine stabile institutionelle Verbindung zwischen politischen Entscheidungen und der Meinungsbildung innerhalb der Zivilgesellschaft. Langfristig ermöglicht dies eine adäquate Integration verschiedener sozial relevanter Interessen und Forderungen in politische Entscheidungsprozesse (Beichelt und Merkel 2014, S. 46–47; Diamond 1999, S. 242–243).
3. *Die Sozialisierungsfunktion* der Zivilgesellschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung und Förderung sozialer und demokratischer Normen und Werte in einer Gesellschaft. Insbesondere die *freien Assoziationen*, wie sie von Alexis de Tocqueville

beschrieben wurden, spielen dabei eine Entscheidende Rolle. Durch die Unterstützung, Integration und Verankerung von bürgerlichen Werten wie Toleranz, Vertrauen und Bereitschaft zu Kompromissen entwickeln sie ein normatives und politisch partizipatives Potential. Dieses Potenzial schützt die Gesellschaft vor den Verlockungen autoritärer Bestrebungen seitens des Staates und beschränkt tyrannische Ambitionen von gesellschaftlichen Mehrheiten. Tocqueville bezeichnete das freie Assoziationswesen daher als eine *Schule der Demokratie*, welche die Bürger:innen in demokratischen Werten und Handlungsweisen sozialisiert (Merkel und Lauth 1998, S. 5). Innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen können die wichtigsten Werte einer demokratischen politischen Kultur, wie Toleranz, Kompromissbereitschaft und Verzicht auf Gewalt, erlernt werden (Forbirg 2013, S. 7; Diamond 1994, S. 8; Diamond 1999, S. 239–243). Die Sozialisierungsfunktion wird in den alltäglichen Aktivitäten dieser Organisationen deutlich sichtbar, da sie demokratische Normen und Werte an die Bürger:innen vermitteln. Das Bestreben liegt darin, die Bildung demokratisch ausgerichteter politischer Führungskräfte in der Gesellschaft zu unterstützen, während demokratisches Denken und Verhalten gefördert und tief verankert sowie weitgehend akzeptiert werden sollen (Akkaya 2012, S. 50; Merkel 2004, S. 47).

4. beinhaltet das kooperative Zusammenspiel von staatlichen Einrichtungen (*politische Gesellschaft*) mit einer aktiv engagierten Bürgerschaft (*Zivilgesellschaft*). Ein entscheidendes Element dieser Funktion besteht darin, dass die Zivilgesellschaft die Fähigkeit besitzt, diverse soziale Gruppierungen zu vereinen und dadurch unterschiedliche gesellschaftliche Interessen in Einklang zu bringen. Durch eine aktive Beteiligung der Bürger:innen in sozialen Organisationen können gesellschaftliche Unterschiede überbrückt und staatsbürgerliche Werte gefördert werden. Gleichzeitig werden in zeitgenössischen Gesellschaften die Bedürfnisse nach Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und nach zwischenmenschlichen Bindungen erfüllt. Eine solche gemeinschaftliche Bindung durch die Zivilgesellschaft ist notwendig, um demokratische Entscheidungsprozesse zu fördern. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, dass die selbstorganisierte Struktur der Zivilgesellschaft nicht auf ausschließlichen Grundlagen von Rasse, Ethnizität oder Religion beruht. In einer solchen Situation könnten ethnisch ausgerichtete Vereinigungen erhebliches Konfliktpotenzial schaffen, wie es beispielsweise beim Zerfall Jugoslawiens deutlich wurde (Akkaya 2012, S. 52). Demnach kann die Integrationsfunktion von besonderer Bedeutung sein, insbesondere in postkommunistischen Ländern, in denen verschiedene Teile der Gesellschaft entlang

unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Konfliktlinien strukturiert sind (Croissant et al. 2000). Robert Putnam betont die Wichtigkeit der gesellschaftsintegrierenden Funktion der Zivilgesellschaft, insbesondere im Zusammenhang mit seinem Konzept des *sozialen Kapitals* (Putnam 1994; Putnam 2000; Gamm und Putnam 2010). Dieses Konzept bezieht sich auf die Fähigkeit zur Bildung informeller sozialer Netzwerke. Im Kontrast dazu betrachtet Bourdieu *Sozialkapital* als die Gesamtheit förderlicher Beziehungen zwischen Individuen. Dabei richtet er seinen Fokus auf Formen der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit und Mechanismen, die zur Festigung von Macht- und Herrschaftsstrukturen beitragen (Braun 2001, S. 349).

5. Die *Kommunikationsfunktion* hat in der Zivilgesellschaft eine wesentliche Bedeutung. Die Zivilgesellschaft übernimmt eine bedeutende Funktion bei der Abschwächung gesellschaftlicher Konflikte und der Etablierung einer institutionalisierten öffentlichen Sphäre, wie es in den Prinzipien der deliberativen Politik gemäß Jürgen Habermas deutlich wird (Arenhövel 2000, S. 62; Merkel und Puhle 1999, S. 166). Durch die offene öffentliche Sphäre, die der Zivilgesellschaft als Plattform für freie Diskussionen, Beratungen und die Beteiligung am demokratischen Entscheidungsprozess dient, können soziale Anliegen aus dem Privaten in den öffentlichen und politischen Raum überführt werden (Croissant et al. 2000, S. 14). In diesem Kontext sind spontane Organisationen, Gruppierungen und Bewegungen von essentieller Bedeutung für die Formulierung gesellschaftlicher Meinungen und die Bildung von Willensbekundungen. Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Entstehung einer demokratischen Öffentlichkeit und agiert als Gestalter der politischen Agenda in Bezug auf gesellschaftliche Konflikte, was einen maßgeblichen Einfluss auf die Einbringung in das politische System hat (Freise 2004, S. 48).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Zivilgesellschaft unabhängig vom Staat agiert und einen Raum für die Artikulation eigener Interessen der Bürger:innen bildet. In dieser Hinsicht wirken formelle sowie informelle Netzwerke in Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen und Interessengruppen. Diese Teilnehmer sind auf die Gewährleistung rechtsstaatlicher Sicherheit und die Einhaltung institutioneller Normen angewiesen. Die Zivilgesellschaft bildet einen Raum, in dem Interessen, Werte und Identitäten formuliert werden und somit aktiv am gesellschaftlichen Diskurs teilhaben. Dies umfasst kontroverse Diskussionen über gesellschaftliche Werte, Normen und kollektive Identitäten, die sich über ethnische, religiöse und weltanschauliche Grenzen hinweg erstrecken. Die

Handlungsgrundlage der Zivilgesellschaft gründet dabei auf zivilen Verhaltensweisen sowie dem grundlegenden Prinzip des Verzichts auf Gewalt.

Wenn die Ziele und Praktiken einer zivilgesellschaftlichen Organisation nicht übereinstimmen oder deutlich voneinander abweichen, kann dies zu einem Vertrauensverlust führen. Vertrauen ist jedoch für zivilgesellschaftliche Organisationen überlebenswichtig, da sie das Vertrauen der Medien benötigen, um in der Öffentlichkeit gehört zu werden, das Vertrauen ihrer lokalen Partner, um Legitimität zu erlangen, das Vertrauen der politischen Entscheidungsträger:innen, um politischen Einfluss zu nehmen, und das Vertrauen ihrer Geldgeber, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Da viele zivilgesellschaftliche Organisationen ähnliche Ziele verfolgen, gibt es einen gewissen Wettbewerb, der Anreize für gegenseitige Überwachung und damit faktisch gegenseitige Rechenschaftspflicht schafft. Dies kann als versteckte Stärke des Sektors der zivilgesellschaftlichen Organisationen betrachtet werden. Obwohl Wettbewerb dazu führen kann, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Transparenz vernachlässigen, kann er auch dazu führen, dass sie höhere Standards durch ihre eigenen Praktiken setzen (Fox 2007).

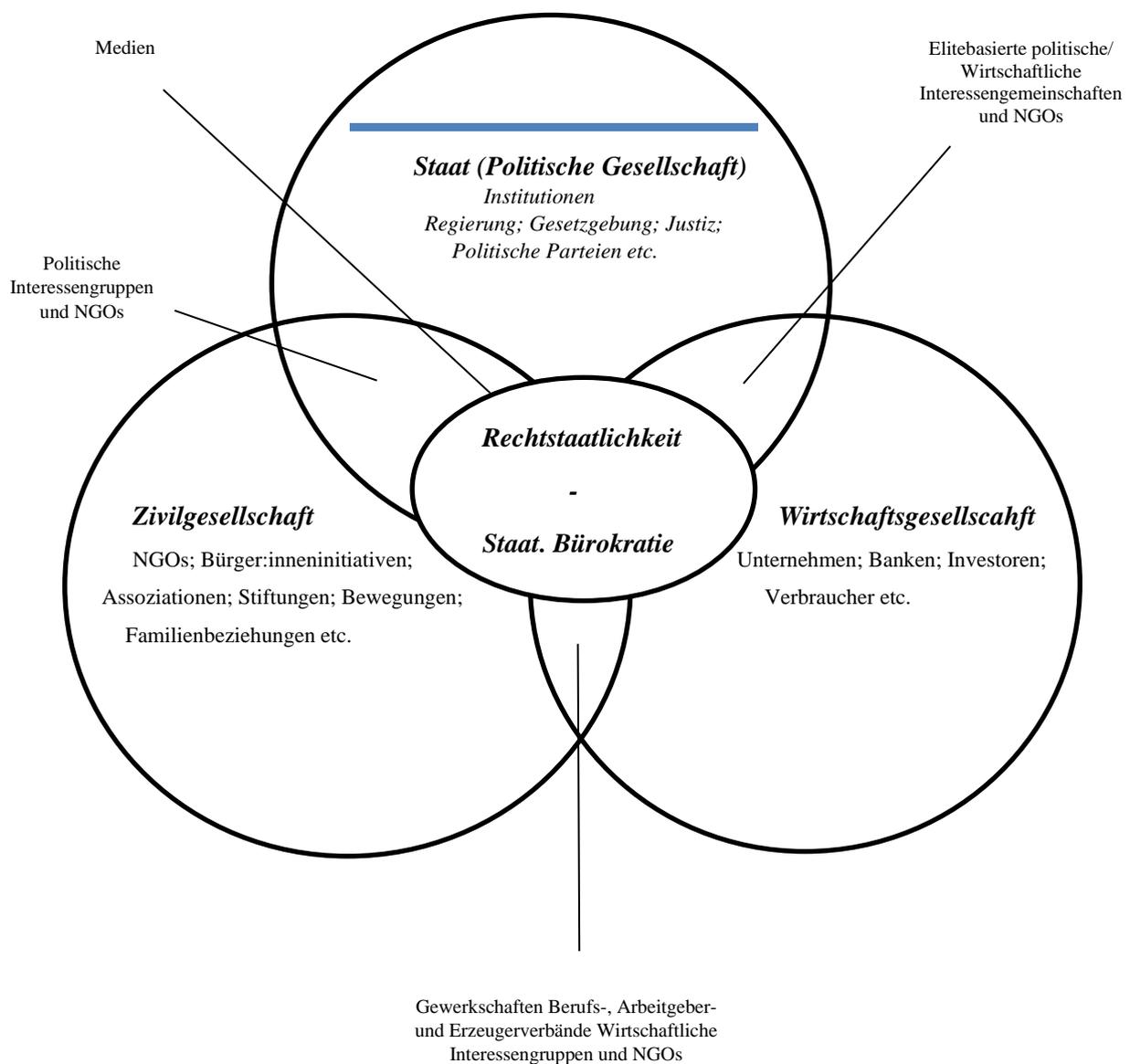
Um eine effektive Rolle bei der Umsetzung von Zielen zu spielen, benötigen zivilgesellschaftliche Akteure ein unterstützendes Umfeld. Ein solches Umfeld sollte die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bereitstellung von Dienstleistungen, humanitärer Hilfe, Forschung, öffentlicher Beteiligung an der Entwicklung von politischen Maßnahmen, Rechenschaftspflicht und Überwachung anerkennen und fördern, sowie die Stimmen der Verwundbaren verstärken. Die Legitimität der Rolle der Zivilgesellschaft, die auf Gesetz und Praxis beruht, bildet eine solide Grundlage für die aktive Beteiligung von Gruppen an Entwicklungsprozessen auf gleicher Ebene mit anderen Sektoren. Die Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft wird eingehend betrachtet.

3.7 Interaktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Um das Verständnis für die Stellung und Rolle der Zivilgesellschaft zu vertiefen, kann es hilfreich sein, mit einer umfassenden Untersuchung der sozialen Beziehungen innerhalb eines demokratischen oder sich im Transition befindlichen Systems zu beginnen. Juan J. Linz und Alfred Stepan (1996b) bieten einen grundlegenden Rahmen für diese umfassende Perspektive. Sie unterscheiden dabei fünf ineinandergreifende und sich gegenseitig unterstützende "Arenen"

der Demokratisierung: 1) die Zivilgesellschaft, 2) die politische Gesellschaft, 3) die Wirtschaftsgesellschaft, 4) die Rechtsstaatlichkeit und 5) die staatliche Bürokratie, dargestellt in Abbildung 5. Die dargestellte Grafik veranschaulicht die Wechselwirkungen und Strukturen der Gesellschaft durch drei überlappende Kreise. Der erste Kreis repräsentiert den Staat oder die politische Gesellschaft. Er umfasst Institutionen wie die Regierung, Gesetzgebung, Justiz

Abbildung 5: Interaktion zwischen den drei Bereichen der Gesellschaft



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an (Howard 2003, S. 36)

und politische Parteien. Diese Institutionen haben die Aufgabe, das Gemeinwohl im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und für Ordnung in der Gesellschaft zu sorgen. Der zweite Kreis repräsentiert die Zivilgesellschaft. In diesem Bereich agieren Gruppen wie gemeinnützige Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Bürger:inneninitiativen und Familienbeziehungen unabhängig von staatlicher oder kommerzieller Kontrolle, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Die Zivilgesellschaft stellt einen separaten Bereich zwischen dem Staat und dem Markt dar, wo das Bürger:innenengagement für das Gemeinwohl im Fokus steht. Der dritte Kreis repräsentiert die Wirtschaftsgesellschaft. Hier sind Unternehmen, Banken, Investoren und Märkte aktiv, die sich auf die Produktion, Verteilung und den Handel von Gütern und Dienstleistungen konzentrieren. In der Mitte der Grafik befindet sich ein kleiner Kreis, der die Überlappung der drei Bereiche kennzeichnet. Dies betont die Bedeutung der Zusammenarbeit und Interaktion zwischen den drei Bereichen der Gesellschaft, um gemeinsame Ziele zu erreichen und die Gesellschaft als Ganzes zu fördern. Die Rechtsstaatlichkeit ist als Prinzip des Staates dargestellt und durchdringt alle drei Bereiche. Sie stellt sicher, dass faire und gerechte Regeln und Gesetze angewendet werden, um die Bürger:innen zu schützen und eine gerechte Gesellschaft zu gewährleisten.

Laut Linz und Stepan (1996b) müssen diese fünf miteinander verbundenen und sich gegenseitig verstärkenden Bedingungen, die oben erwähnt wurden, geschaffen werden, damit eine Demokratie konsolidiert werden kann. Zunächst muss eine lebendige und freie Zivilgesellschaft existieren, in der Bürger:innen sich selbstständig organisieren können. Zweitens benötigt es eine politische Gesellschaft, die relativ autonom ist und von den Menschen respektiert wird. Drittens ist es wichtig, dass ein Rechtsstaat etabliert wird, der die Freiheiten und unabhängigen Verbindungen der Bürger:innen gesetzlich absichert. Viertens ist eine funktionierende staatliche Bürokratie notwendig, die der demokratischen Regierung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen kann. Schließlich muss eine institutionalisierte Wirtschaftsgesellschaft existieren, die Wachstum und Wohlstand für alle Bürger fördert. Es ist von großer Bedeutung, zu verstehen, welche Konsequenzen es hat, diese miteinander verbundenen Bereiche zu entwickeln und zu fördern, um eine stabile und erfolgreiche Demokratie zu schaffen.

Hegel hat zwar eine Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Staat eingeführt, aber das bedeutet nicht, dass sie vollständig voneinander getrennt sind. Stattdessen beschreibt Edwards ihre Beziehung als interdependent: Der Staat bietet den Rahmen für die demokratische Zivilgesellschaft, während die Zivilgesellschaft den Staat für sein Handeln zur Rechenschaft zieht. Mit anderen Worten sind beide miteinander verbunden und haben Pflichten und Rechte. Obwohl die Grenze zwischen der Autonomie des Staates und der Zivilgesellschaft umstritten

bleibt (wie beispielsweise die Frage, ob politische Parteien oder Unternehmen Teil der Zivilgesellschaft sind), und von historischen, kulturellen und politischen Faktoren abhängt, gibt es Einschränkungen für beide Seiten, um die Macht des Staates zu begrenzen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Zivilgesellschaft nicht geschwächt wird. Post und Rosenblum haben es so formuliert: „*Push the boundary too far in the direction of government, and civil society will wither away. Push the boundary too far in the direction of civil society, and the government can collapse into anarchic disorder*” (Kostovicova und Bojicic-Dzelilovic 2013, S. 5). Jonah D. Levy (1999, S. 7) vertritt die Ansicht, dass die Beziehung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft wechselseitig und potenziell symbiotisch ist. Das bedeutet, dass der Staat nicht immer der Feind der Zivilgesellschaft ist und dass auch das Fehlen des Staates allein nicht ausreicht, um eine gute Zivilgesellschaft zu fördern. Im Gegenteil, der Staat kann eine aktive Rolle bei der Schaffung und Aufrechterhaltung lebendiger und effektiver gesellschaftlicher und lokaler Institutionen spielen. Es ist wichtig, dass der Staat und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um eine funktionierende und lebendige Gemeinschaft zu schaffen.

Policymaking ist ein zentraler Aspekt der verschiedenen Dimensionen einer Gesellschaft, da es sich auf politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Bereiche sowie auf die Rechtsstaatlichkeit bezieht. In der politischen Dimension werden Politikentscheidungen getroffen, die auf bestimmten Werten und Interessen basieren und Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. In der wirtschaftlichen Dimension werden politische Entscheidungen getroffen, um die Wirtschaft zu fördern und die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. In der zivilgesellschaftlichen Dimension spielen politische Entscheidungen eine wichtige Rolle bei der Förderung von Bürger:innenbeteiligung und der Stärkung der Gemeinschaft. Zudem muss *Policymaking* auf rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen und Verfahren basieren, um legitime Entscheidungen zu treffen. Eine bedeutende Komponente im *Policymaking*-Prozess ist der *Policy-Cycle*, welcher verschiedene Phasen umfasst, wie beispielsweise die Identifikation von Problemen, die Formulierung von Politikoptionen, die Entscheidungsfindung, die Umsetzung und die Evaluierung mit Beteiligung von Akteuren (wie in Abbildung 4 dargestellt). Im folgenden Abschnitt wird der *Policy-Cycle-Prozess* im Detail beschrieben und analysiert, um ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wie *Policymaking* in der Praxis umgesetzt wird. Dabei wird insbesondere darauf eingegangen, wie der Prozess dazu beitragen kann, die Interessen und Bedürfnisse der Gesellschaft zu berücksichtigen und umzusetzen, indem die verschiedenen Akteure in den Entscheidungsprozess integriert werden.

3.8 Policy-Cycle-Prozesse

Die Gestaltung von politischen Prozessen erfordert die Zusammenarbeit vieler beteiligter Akteure, von denen nicht alle zwingend der Regierung angehören. Es ist auch möglich, dass die Regierung in unterschiedliche Richtungen lenkt. Diese Tatsache wird von Hal K. Colebatch (2005) betont. Es ist wichtig anzumerken, dass nicht alle politischen Entscheidungen ausschließlich auf technisch-rationalen Überlegungen beruhen. Stattdessen ist das Ziel, Wissen zu entwickeln, das praktisch anwendbar ist und den Anforderungen der Realität gerecht wird, wie von Catherine Durose und Liz Richardson (2015) sowie Herbert A. Simon (1996) betont wird.

Der Policy-Cycle ist ein Konzept, das die Schritte der politischen Entscheidungsfindung in einem logischen und sequentiellen Prozess darstellt, der auf die Lösung eines bestimmten Problems abzielt (Lasswell 1956; Bridgman und Davis 1998). Es gibt verschiedene Ansätze zur Erklärung des Policy-Cycle, aber das vorherrschende Modell ist das rationalistische *Stufenmodell* (Bridgman und Davis 1998; Cairney 2020; Howlett et al. 2009; Sabatier und Jenkins-Smith 1993). Das rationalistische Modell wurde erstmals von Harold D. Lasswell (1956) entwickelt und geht davon aus, dass die Entwicklung und Umsetzung einer öffentlichen Politik auf einer Reihe von miteinander verknüpften Schritten basiert, die auf Logik und rationalem Problemlösungsansatz beruhen. Das Modell strebt danach, einen geordneten Prozess für politische Entscheidungsfindung zu etablieren, mit dem Ziel, die Effizienz und Wirksamkeit bei der Gestaltung von Politik zu steigern. Harold D. Lasswell (1956) hat in einem frühen Versuch zur Unterteilung des Policy-Prozesses sieben aufeinanderfolgende Phasen identifiziert. Er beabsichtigte nicht nur zu erläutern, wie öffentliche Politik entsteht, sondern auch zu verdeutlichen, wie sie idealerweise konzipiert werden sollte (Howlett et al. 2009, S. 11).

Die sieben Stufen des Policy-Cycles, die von Lasswell (1956) identifiziert wurden, sind:

- 1) *Intelligence* (Informationsbeschaffung): Um eine angemessene politische Reaktion auf ein Problem oder eine Fragestellung zu gewährleisten, ist es erforderlich, Informationen zu sammeln und zu analysieren. Dabei ist es wichtig, verschiedene Arten von Informationen zu berücksichtigen und sorgfältig zu prüfen, ob sie vertrauenswürdig und relevant sind. Anhand der verfügbaren Informationen müssen dann weitere Schritte und Planungsmaßnahmen eingeleitet werden, um eine effektive politische Reaktion zu gewährleisten. Es ist auch wichtig zu überlegen, welche Stellen diese Informationen benötigen, um die politische Entscheidungsfindung zu unterstützen.

- 2) *Promotion* (Förderung): Um eine fundierte Entscheidung bei der Empfehlung von politischen Maßnahmen zu treffen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass nicht nur auf Daten zurückgegriffen wird, sondern auch überzeugende Argumente gefunden werden. Dazu sollten spezialisierte Institutionen verschiedene politische Alternativen untersuchen und auf ihre Vor- und Nachteile hin bewerten. Durch eine Förderung und Unterstützung ausgewählter Alternativen kann somit eine solide Basis für eine fundierte Entscheidung geschaffen werden, die auf umfassenden Erkenntnissen basiert.
- 3) *Prescription* (Entwicklung von Optionen): Wenn es darum geht, eine Entscheidung für eine Politik zu treffen, ist es nach der vorangegangenen Arbeit wichtig, klare Regeln und Ziele zu definieren, um die identifizierten Probleme zu lösen. Allerdings kann es schwierig sein, Entscheidungen zu treffen, da Empfehlungen und Argumente unsicher sein können und es Konflikte zwischen verschiedenen Interessengruppen geben kann. Es ist auch von großer Bedeutung, dass die Regeln so formuliert werden, dass sie von verschiedenen Zielgruppen akzeptiert und als legitim angesehen werden können. Dies erfordert oft eine sorgfältige Abwägung der verschiedenen Interessen und eine Einhaltung formaler Verfahren, um eine breite Unterstützung für die Politikentscheidung zu erreichen.
- 4) *Invocation* (Entscheidung): Wenn eine Entscheidung getroffen wurde, eine bestimmte politische Option anzunehmen und Ressourcen für deren Umsetzung zuzuweisen, gibt es bestimmte Erwartungen hinsichtlich der Einhaltung der festgelegten Regeln. Es ist daher wichtig, dass die Regelungsgremien klar formulieren, welche Verhaltensweisen von den Regulierten erwartet werden oder anderweitig gewünscht sind. Allerdings sollte beachtet werden, dass diese Aufforderung einen vorläufigen Charakter hat und darauf abzielt, auf die später folgende und strengere Anwendung der Regeln vorzubereiten. Eine klare Kommunikation der Erwartungen kann dazu beitragen, dass die Regulierten die Regeln besser verstehen und dass die Regelungsgremien die Einhaltung der Regeln effektiver überwachen können.
- 5) *Application* (Umsetzung): In der Umsetzungsphase der Politik durch Behörden und Programme müssen die Akteure ihr Verhalten an den formalen oder informellen Vorschriften ausrichten, um sicherzustellen, dass die Politik wie beabsichtigt umgesetzt wird. Sowohl die Überwachung der Einhaltung der Regeln als auch die Compliance der Regulierten sind in dieser Phase von großer Bedeutung. Es ist daher wichtig, die Akteure zu untersuchen, die an der Umsetzung beteiligt sind, um sicherzustellen, dass die Politik wirksam umgesetzt wird und die gewünschten Ergebnisse erzielt werden.

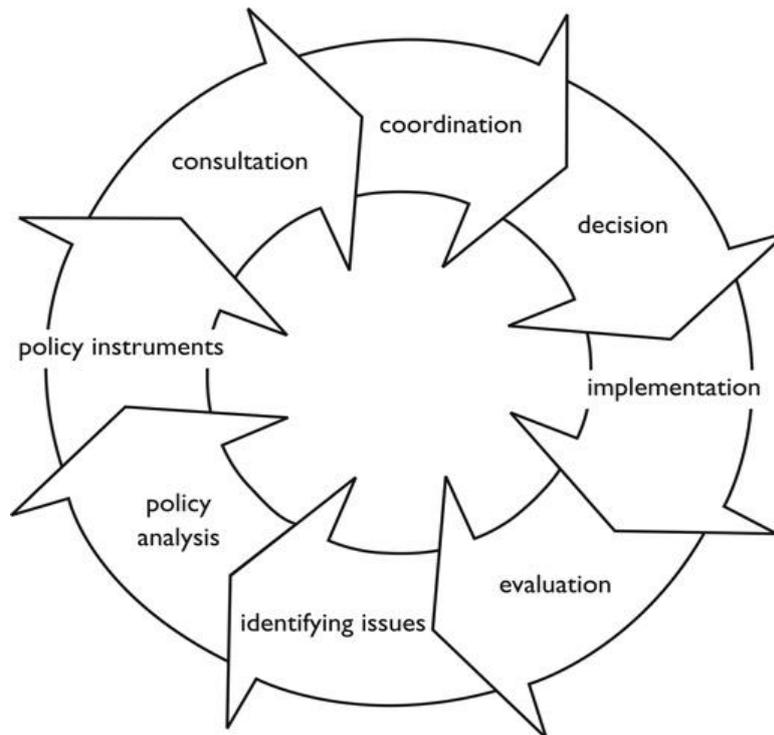
- 6) *Appraisal* (Bewertung): Sobald Regeln aufgestellt und umgesetzt wurden, müssen ihre Auswirkungen bewertet werden, um zu entscheiden, ob sie weiterhin gelten sollen oder nicht. Dabei ist es wichtig zu klären, wer für die Bewertung zuständig ist und wie die Arbeit der Behörden, die diese Regeln anwenden, überprüft wird. Meistens wird dabei gemessen, ob die Regeln eingehalten wurden, und es wird untersucht, warum bestimmte Dinge gut oder schlecht funktioniert haben.
- 7) *Termination* (Auswertung): Nach der Evaluation einer politischen Maßnahme kann man Änderungen vornehmen oder sie ganz beenden, falls notwendig. Eine Möglichkeit zur Evaluation ist die Bewertungsfunktion, die auch dazu führen kann, dass Programme beendet werden. Es gibt jedoch auch Fälle, in denen Schwierigkeiten oder unerwartete Hindernisse auftreten, aber gute Gründe dafürsprechen, die Regeln beizubehalten oder anzupassen. Wenn die Entscheidung getroffen wird, die Maßnahme zu beenden, können Informationen gesammelt werden, um einen neuen politischen Zyklus mit neuen Regeln vorzubereiten.

Das Modell von Harold Lasswell hatte nicht nur den Zweck, den Prozess der öffentlichen Politikherstellung (*Policymaking*) zu erklären, sondern auch aufzuzeigen, wie dieser Prozess verbessert werden kann, um optimalere Ergebnisse in der Politik zu erzielen (Howlett et al. 2009, S. 11). Lasswells Stufenmodell des Policy-Cycles wird sowohl in der akademischen Forschung als auch in der Praxis als praktischer Leitfaden für politische Entscheidungsträger:innen verwendet, um evidenzbasierte Politikergebnisse zu erzielen. Gleichzeitig wird es von vielen Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen als heuristisches Werkzeug angesehen, das eine vereinfachte Darstellung eines komplexen Prozesses bietet (Mayntz 1982). Im Laufe der Zeit haben andere Wissenschaftler:innen das Modell aktualisiert und angepasst. Obwohl Lasswell betonte, dass sein Modell nicht die ultimative Antwort auf den Politikherstellungsprozess darstellt, wurde es aus verschiedenen Perspektiven diskutiert und debattiert (Ronit und Porter 2015, S. 58).

Trotz seiner großen Bedeutung weist Lasswells Phasenmodell des Policy-Cycles aus heutiger Sicht einige Schwächen auf. Insbesondere die Einordnung der Politikevaluierung am Ende des Prozesses widerspricht Lasswells eigener Zielsetzung, Politikgestaltung und -beratung zu verbessern. Darüber hinaus ist das Modell nicht zyklisch angelegt und berücksichtigt den Übergang von der Evaluierung zu anderen Stufen nicht. Jedoch hat Lasswells Modell den Weg für alle weiteren Politikzyklus-Modelle geebnet und bleibt bis heute von großer Bedeutung in der politischen Theorie (Jann und Wegrich 2009).

Obwohl es viele Möglichkeiten gibt, den Prozess der Politikgestaltung darzustellen, ist es für diese Studie angemessener, ein zeitgemäßes Modell des Policy-Cycles zu wählen, das von Wissenschaftler:innen in diesem Bereich weiterentwickelt wurde. Insbesondere haben Peter Bridgman und Glyn Davis (1998) ein aktualisiertes Policy-Cycle-Modell entwickelt, das

Abbildung 6: Der Policy-Cycle Prozess



Quelle: (Althaus et al. 2013, S. 38)

später von Catherine Althaus et al. (2013) überarbeitet wurde und die folgenden acht Phasen umfasst: Problemerkennung, Politikanalyse, Auswahl politischer Instrumente, Konsultation der Stakeholder, Koordination, Entscheidungsfindung, Implementierung und Evaluierung (Abbildung 6). Es ist wichtig zu beachten, dass der Policy-Cycle nicht immer linear verläuft und dass politische Akteure und Interessen den Verlauf des Policy-Cycles beeinflussen können. Das Modell betont auch den Einfluss von externen Faktoren wie der öffentlichen Meinung, der Medien und der globalen Zusammenarbeit auf den Policy-Cycle.

Die acht Phasen des Policy-Cycles nach Althaus et.al (2013):

- 1) **Die Identifikation von Problemen und die Agenda-Setting** bilden den Auftakt zur politischen Entscheidungsfindung. Ein Problem wird identifiziert, das die Aufmerksamkeit der Regierung und der breiteren Öffentlichkeit auf sich zieht und eine staatliche Intervention erfordert. Die Identifizierung von Problemen erfolgt auf zwei Arten: durch die Vertretung von Interessengruppen und/oder durch die Notwendigkeit einer Überarbeitung ineffektiver bestehender Politik.
- 2) **Die Politikanalyse** ist ein entscheidender Schritt in der politischen Entscheidungsfindung. Hier wird ein Thema intensiv untersucht und analysiert, um eine fundierte Entscheidung zu treffen. Oftmals wird dieser Prozess von der Exekutive durchgeführt. Dabei sind Informationen, Forschungsergebnisse, Analyse und Reflexion von großer Bedeutung, um geeignete Politikoptionen zu formulieren. In diesem Zusammenhang spielt die Politikanalyse eine wichtige Rolle, um die Auswirkungen der verschiedenen politischen Entscheidungen abzuschätzen und die Folgen der Entscheidungen auf die Gesellschaft im Vorfeld zu prüfen.
- 3) Nachdem eine fundierte Analyse des Themas durchgeführt wurde, erfolgt die **Entwicklung der Politikinstrumente**, die als die rationalsten Mittel zur Erreichung eines angestrebten Ergebnisses ausgewählt oder entworfen werden. Hierbei ist es wichtig, eine Vielzahl von Möglichkeiten in Betracht zu ziehen, um auf das Problem zu reagieren. Müssen beispielsweise neue Gesetze erlassen, neue Programme aufgesetzt oder interne Regierungsvorgänge angepasst werden? Die Auswahl geeigneter Politikinstrumente ist daher von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die angestrebten politischen Ziele effektiv erreicht werden können. Hierbei sollten auch die Auswirkungen der Instrumente auf die betroffenen Interessengruppen berücksichtigt werden, um unerwünschte Nebeneffekte zu vermeiden.
- 4) Um die Akzeptanz einer Politik zu testen, werden **Konsultationen** mit verschiedenen Akteuren durchgeführt, einschließlich der breiteren Gemeinschaft. Hierbei handelt es sich um Diskussionen und proaktive Interaktionen, um sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Politikinstrumente von den betroffenen Parteien akzeptiert werden. Die Konsultation dient auch dazu, die Stärke der Analyse zu testen, und findet heute in der Regel sowohl innerhalb als auch außerhalb der Regierung statt, unter Einbeziehung von sowohl öffentlichen als auch fachlichen Beiträgen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um

sicherzustellen, dass eine Politik auf einer breiten Basis legitimiert wird und somit eine höhere Chance hat, erfolgreich umgesetzt zu werden.

- 5) Sobald eine Politik ausgearbeitet wurde, wird sie innerhalb der Regierung **koordiniert**, um Finanzierung zu sichern und Konsistenz mit anderen bestehenden Politiken zu gewährleisten. Die Koordination zwischen den Behörden dient auch dazu, die Kohärenz der Politik sicherzustellen, insbesondere die Verbindung zwischen Finanzierung und den weiteren politischen Einstellungen der Regierung zu berücksichtigen. Es ist wichtig, dass Probleme zwischen Behörden und Institutionen mit gemeinsamen Interessen gelöst werden, damit die Politik erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Koordination ist ein wesentlicher Schritt, um sicherzustellen, dass eine Politik nicht isoliert existiert, sondern in ein breiteres Rahmenwerk integriert ist.
- 6) **Die Entscheidung** für eine oder mehrere Optionen, die diskutiert und untersucht wurden, wird letztendlich von einem Minister, dem Kabinett oder einem anderen Akteur innerhalb der Regierung getroffen. Die Entscheidungsfindung erfolgt in der Regel durch die Exekutive und/oder das Kabinett. Die gewählte Option wird daraufhin offiziell verabschiedet und zur Umsetzung freigegeben. Die Entscheidungsfindung ist ein kritischer Schritt im politischen Prozess, da sie den Kurs für die Umsetzung der Politik vorgibt und den Erfolg oder Misserfolg der Maßnahmen beeinflussen kann.
- 7) Nachdem die Entscheidung für eine Option gefällt wurde, wird die Politik durch öffentliche oder externe Institutionen und Organisationen umgesetzt. Hierbei erfolgt **die Umsetzung** der Politik entweder durch die öffentliche Verwaltung oder durch andere externe Einrichtungen. Die Umsetzung erfolgt meist durch die Schaffung von Gesetzen oder durch die Einführung von spezifischen Programmen. Die Implementierung ist ein kritischer Schritt in der Umsetzung der Politik, da die konkreten Maßnahmen nun tatsächlich in die Tat umgesetzt werden müssen. Oft sind hierbei verschiedene Akteure beteiligt und es kann zu Schwierigkeiten kommen, die es zu überwinden gilt.
- 8) Nach der Umsetzung der Politik erfolgt die **Evaluation**, um die Wirksamkeit der Politik zu beurteilen und zu entscheiden, welche Maßnahmen folgen sollten. Die Evaluation ist ein wichtiger Schritt, um die Auswirkungen der Politik zu messen und bei Bedarf das Design anzupassen oder zu überdenken. Durch die Evaluation können Schwachstellen in der Umsetzung identifiziert werden, die dann gezielt behoben werden können, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Die Ergebnisse der Evaluation können auch dazu genutzt werden, um zukünftige Politikentscheidungen zu informieren und zu verbessern.

Die Politikgestaltung ist ein komplexer Prozess, der nicht einfach in einzelne Stufen unterteilt werden kann. Das Stufenmodell wird von Wissenschaftler:innen kritisiert, da es davon ausgeht, dass Entscheidungsfindung rational und sequenziell abläuft. In der Praxis sind jedoch viele Entscheidungen von politischen Faktoren und organisatorischen Kulturen beeinflusst. Auch Techniken wie die Kosten-Nutzen-Analyse haben ihre Grenzen und erfordern oft Werturteile von Politiker:innen (John 2012). Außerdem wird bemängelt, dass das Stufenmodell die komplexe politische Umgebung, in der die Politikgestaltung stattfindet, nicht angemessen berücksichtigt. Tatsächlich sind Politikprozesse oft unübersichtlich und haben selten klare Anfangs- und Endpunkte (Hill und Varone 2021; Howlett et al. 2009; Sabatier und Jenkins-Smith 1993; Knill und Tosun 2012). Die Stufen im Policy-Cycle-Prozess können sich überschneiden, untrennbar sein oder in einigen Fällen ganz fehlen (Hallsworth et al. 2011), oder sie können in einer anderen Reihenfolge auftreten - beispielsweise können Lösungen vor Problemen auftreten (Cohen et al. 1972).

Es gibt verschiedene alternative Modelle zur Stufen- oder Zyklus-Modell-Theorie, die eine genauere Abbildung der komplexen Realität des politischen Entscheidungsprozesses anstreben. Zum Beispiel folgt das *inkrementelle Modell* der Annahme, dass die Entscheidungsfindung kein vollständig rationaler Prozess ist und dass nur eine begrenzte Anzahl von Optionen berücksichtigt wird, wodurch inkrementelle Veränderungen erzielt werden (Lindblom 1959). Das *Garbage-Can-Modell* hingegen geht davon aus, dass politische Entscheidungen chaotischer ablaufen und dass es keine klare Beziehung zwischen politischen Problemen, Analysen und Lösungen gibt (Howlett et al. 2009; Zahariadis 2009). Das *Multiple-Streams-Framework* und das *Advocacy-Coalition-Framework* erweitern diese Modelle, um die Prozesse zu erklären, durch die politische Probleme identifiziert und auf die politische Agenda gesetzt werden (Zahariadis 2009; Tiernan und Burke 2002), sowie um die Rolle von Interessenvertreter:innen und politischen Institutionen bei der Gestaltung des politischen Wandels (Sabatier und Jenkins-Smith 1993; Sabatier und Weible 2015).

Die Politikgestaltung ist ein komplexer Prozess, der von einer Vielzahl von Akteuren im Policy-Cycle-Prozess beeinflusst wird. Dabei können die beteiligten Akteure je nach politischem System, Art des Problems und Kontext variieren. Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, die Komplexität der Politikgestaltung anzuerkennen und zu akzeptieren, dass die Rolle und Einflussnahme der Akteure je nach spezifischem Thema oder Politikfeld unterschiedlich sein können. Diese Realität betont die Vielschichtigkeit und Variation in der Politikgestaltung und unterstreicht die Notwendigkeit eines differenzierten und kontextualisierten Ansatzes zur Analyse politischer Prozesse. Zu den wichtigsten Akteuren gehören die Regierung, politische

Parteien, Interessenvertreter:innen wie Gewerkschaften und NGOs, Medien, die Öffentlichkeit und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die Europäische Union (Colebatch 2005). Die Regierung koordiniert und leitet den gesamten Policy-Prozess, während politische Parteien politische Vorschläge entwickeln und unterstützen oder kritisieren. Interessenvertreter:innen versuchen, politische Entscheidungsträger:innen zu beeinflussen, indem sie ihre Interessen und Standpunkte öffentlich machen. Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Informationsbeschaffung und -verbreitung sowie bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und politischer Entscheidungen. Die Öffentlichkeit formuliert politische Vorschläge und bewertet politische Entscheidungen. Internationale Organisationen spielen eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung von internationalen Standards und Empfehlungen, die sich auf nationale Politiken auswirken können. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie NGOs setzen bestimmte politische Themen auf die Agenda, informieren die Regierung und die Öffentlichkeit und schaffen öffentliches Bewusstsein für spezifische Probleme. Sie können auch politische Entscheidungen beeinflussen, indem sie öffentlichen Druck ausüben und politische Entscheidungsträger:innen direkt ansprechen (Colebatch 2005; Althaus et al. 2021). In den letzten Jahren haben zivilgesellschaftliche Organisationen im Prozess der europäischen Integration an Bedeutung gewonnen und spielen eine wichtige Rolle in der öffentlichen Politik. Zivilgesellschaftliche Organisationen fungieren als signifikante politische Akteure, doch findet ihre essenzielle Rolle für politische Prozesse in wissenschaftlichen Abhandlungen oft marginale Beachtung oder wird lediglich unvollständig gewürdigt (Bridgman und Davis 1998; Colebatch 2005). Stattdessen liegt der Fokus häufig einseitig auf der Regierungsperspektive, während die Rolle der Zivilgesellschaft vernachlässigt wird. Daher ist es wichtig, bei der Analyse von politischen Prozessen auch die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen angemessen zu berücksichtigen.

In den Kandidatenländern des Westbalkans kommt der Policy-Cycle-Prozess als Instrument der politischen Steuerung eine bedeutende Rolle zu, insbesondere in Hinblick auf den Beitrittsprozess zur Europäischen Union. Die EU stellt dabei einen wichtigen Akteur dar, der die Implementierung von Policy-Cycle-Prozessen in den Kandidatenländern durch verschiedene Maßnahmen unterstützt. Durch die Übernahme und Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und -Standards tragen die Kandidatenländer dazu bei, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kriterien für den EU-Beitritt zu erfüllen. In diesem Kontext kann der Policy-Cycle-Prozess als Mittel dienen, um die notwendigen Reformen und Maßnahmen umzusetzen und somit den Beitrittsprozess voranzutreiben. Die EU unterstützt diese Länder

durch finanzielle Mittel, technische Hilfe und Expertise, um die Umsetzung von Policy-Cycle-Prozessen zu erleichtern.

4 Zivilgesellschaft und der EU-Beitrittsprozess

Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Bestandteil des EU-Beitrittsprozesses und zeigt sich durch eine vielfältige Palette gezielter Kooperationsformen, die sowohl von der Europäischen Union als auch von externen Akteuren initiiert werden. Besondere Aufmerksamkeit erfährt hierbei der Zugang der Kommission zur Erweiterung und zum SAP, welcher als essenzielles Element der *Europäisierungsstrategie* der EU für Kandidatenländer in den Fokus gerückt wird. Ziel dieses Ansatzes besteht in der grundlegenden Transformation des labilsten Teils Europas durch Modernisierung, Demokratisierung und Pluralisierung, mit dem progressiven Bestreben, ihn sukzessive in die Hauptströmung der EU-Politik zu integrieren. Obwohl die Europäische Union oft als elitäre Machstruktur betrachtet wird, hat sich die wissenschaftliche Forschung zunehmend auf transnationale *Advocacy*-Netzwerke konzentriert, die sich auf die EU beziehen. Dabei wurden sowohl horizontale als auch vertikale Interaktionen untersucht, die durch Aktivitäten der Zivilgesellschaft ausgelöst werden. Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die EU-Governance wurde vergleichsweise spät in die Debatte eingebracht. Dies geschah vor allem als Reaktion auf die erweiterte Legitimitätskrise der EU, die in den frühen 1990er Jahren begann (Finke 2007, S. 4). Die Europäische Union wird als politische Plattform betrachtet, die die Art und Weise beeinflusst, wie die Zivilgesellschaft sich organisiert und Zugang zu Entscheidungsträger:innen erlangt (Cullen 2010, S. 320). Die essentielle Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen ist von großer Bedeutung, da sie sowohl eine performative als auch eine repräsentative Funktion innehaben (Kohler-Koch 2010, S. 106). Durch Diskussionen und Interaktionen im öffentlichen Raum fördern sie aktiv die Bildung und Neubildung der Zivilgesellschaft. Gleichzeitig machen sie die Zivilgesellschaft sichtbar und vertreten gesellschaftliche Interessen. Als Vermittler zwischen lokalen und supranationalen Zentren tragen sie dazu bei, die Input- und Output-Legitimität zu stärken (Kohler-Koch 2010). Allerdings stehen diese zivilgesellschaftlichen Organisationen vor erheblichen Herausforderungen, wenn es darum geht, die EU-Politik zu beeinflussen. Die Notwendigkeit erheblicher Ressourcen, um Beziehungen zu pflegen, politische Vorschläge vorzubereiten und an relevanten Treffen teilzunehmen, kann ihre Handlungsfähigkeit einschränken. Obwohl die Europäische Kommission ein pluralistisches Verständnis von Zivilgesellschaft verfolgt, das sowohl freiwillige und gemeinnützige Organisationen einschließt, die den Anliegen der Bürger:innen eine Stimme verleihen, als auch marktorientierte Akteure, ist dieser Pluralismus in der Praxis sehr qualifiziert und eng ausgelegt. Die tatsächliche Konsultation der Bürger:innen

und ihrer Vertreter:innen weicht oft von der offiziellen EU-Diskussion über ihre Beziehung zur Zivilgesellschaft ab (Cullen 2010, S. 322).

Die Präferenz der Europäischen Kommission, mit etablierten Eliten innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen zu interagieren und zu kooperieren, wurde in umfangreichen Untersuchungen bereits erörtert. Infolgedessen wurden zivilgesellschaftliche Organisationen auf EU-Ebene, trotz ihrer offensichtlichen Sichtbarkeit und prominenter Rolle bei der Ausübung performativer und repräsentativer Funktionen, auch kritisch betrachtet. Es wurde bemängelt, dass diese Organisationen nicht über die notwendige kritische Distanz verfügen, um einen tiefgreifenden politischen Wandel in der Europäischen Union anzustoßen. Ebenso wurden Bedenken bezüglich ihrer Teilnahme an konsensbasierten Konsultationsprozessen geäußert, bei denen die Möglichkeiten für substantielle und fundierte Diskussionen äußerst begrenzt sind. Insbesondere EU-zivilgesellschaftliche Organisationen mit sozialem Fokus wurden als auf elitäre Interessen ausgerichtet charakterisiert und ihre Verbindungen zu Graswurzelbasis-Klientelen als schwach eingestuft. Wissenschaftliche Forschung hat ferner aufgezeigt, dass die von der EU gewährte finanzielle Förderung und Projektunterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen häufig mit Bedingungen verknüpft war, die ihre Handlungsfreiheit einschränkten, und in erheblichem Maße selektiv in Bezug auf die geförderten Projekte erfolgte (Cullen 2010, S. 320–323). Die präsentierten Befunde erbringen argumentative Untermauerungen für die Kooptation der Zivilgesellschaft und deren eingeschränkte Handlungsfähigkeit in Bezug auf die Wahrung einer autonomen Position gegenüber den politischen Imperativen der Europäischen Union. Erik O Eriksen (2002) und Paul Magnette (2002) veranschaulichen gleichermaßen die Defizite bezüglich der Output-Legitimität innerhalb der EU-Institutionen und heben die zwingende Notwendigkeit einer substantiellen gesellschaftlichen Autonomie gegenüber den Entscheidungsträgern der EU hervor. Die aufgezeigten Erkenntnisse lassen deutlich erkennen, dass eine Notwendigkeit für authentischere Formen der Beteiligung besteht, die über die von der Kommission geförderten Maßnahmen hinausgehen. Dies stellt einen bedeutenden Schritt hin zu einer Regierungsform dar, in der das Volk aktiv in die Entscheidungsprozesse eingebunden ist (Finke 2007, S. 14). Pauline Cullen argumentiert überdies, dass eine beträchtliche Anzahl von Beamt:innen innerhalb der Kommission skeptisch gegenüber den Ansprüchen zivilgesellschaftlicher Organisationen ist, die öffentliche Interessen vertreten sollen. Vielmehr werden diese Organisationen eher als Lobbyisten betrachtet, die engen Interessengruppen dienen und primär als Quelle für Experten- oder technische Informationen fungieren, welche in den politischen Prozess der EU eingespeist werden. In der Terminologie der Output-Legitimität agieren sie als

Mittel, um EU-Politik an die Bürger:innen zu vermitteln. Umfangreichere Forschungsergebnisse unterstützen zudem diese Interpretation, die die Kommission als die Zivilgesellschaft betrachtet, die als Instrument zur Kommunikation der Europäischen Union fungiert. Gemäß Eriksens (2002) Standpunkt stellt dies eine problematische Situation dar, da die demokratische Arbeitsteilung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft gefährdet wird, wenn freiwillige Vereinigungen lediglich als Instrumente zur Umsetzung der EU-Politik dienen. Die Einbindung von Interessenträgern durch die Kommission erfolgt demnach nicht auf sinnvolle oder robuste Weise. Vielmehr wird die Zivilgesellschaft als gelegentlicher Berater und Befürworter der europäischen Integration oder als Dienstleister, wie Kenneth A. Armstrong (2002) es ausdrückt, konzeptualisiert. Zivilgesellschaftliche Akteure werden somit zu Mitteln für die Verbreitung positiver Projekte, die von Brüssel überwacht werden. Die Vorgehensweise der Kommission in Bezug auf die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch eine ambivalente Ausprägung aus, indem sie einerseits einen offenen und pluralistischen Charakter aufweist, jedoch andererseits gezielt begrenzt und utilitaristisch gestaltet ist. Dennoch lässt sich nicht argumentieren, dass die Zivilgesellschaft unfähig wäre, Druck zur Veränderung von Politik innerhalb des Integrationsprozesses auszuüben. Vielmehr wird sie in einem Umfeld aktiv, das in erheblichem Maße die strukturellen Präferenzen von insider-institutionellen Akteuren wie der Kommission bevorzugt. Derzeit wird intensiv über den politischen Einfluss der Europäischen Union diskutiert. Dieser Aspekt ist ein wesentlicher Bestandteil der Analyse der Außenbeziehungen der EU, wobei die Behauptungen über Art und Ausmaß dieses Einflusses umstritten sind. Forscher:innen richten ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die Soft Power, die zivile Macht und die Anziehungskraft der EU, um die Auswirkungen des normativen Inhalts ihrer Politik und ihres Handelns zu erklären. Besonders im Erweiterungsprozess bieten die asymmetrischen Merkmale des Regimes reichhaltige Gelegenheiten für soziales Lernen und Sozialisation sowie für die Effektivität der EU bei der Übertragung von Normen und Praktiken durch Konditionalität (Grabbe 2005).

Die Implementierung der Erweiterungsbestrebungen der Europäischen Union auf den Westbalkan erfordert eine ausgesprochen anspruchsvolle Arbeitsteilung innerhalb der verschiedenen EU-Institutionen. Insbesondere nimmt die Europäische Kommission eine eminent zentrale Position mit bürokratischer Prägung im Rahmen des Erweiterungsprozesses ein. Jedoch wird diese spezifische Rolle durch die räumlichen Beiträge des Rates sowie die repräsentativen Funktionen des Europäischen Parlaments ergänzt. Der maßgebliche Einfluss der Europäischen Kommission auf die Erweiterungspolitik entspringt hauptsächlich zwei primären Quellen. Zunächst obliegt ihr die formalrechtliche Vollmacht, politische Vorschläge

zu initiieren, wodurch sie in der Lage ist, die Agenda für die Erweiterungspolitik zu formen und zu lenken. In diesem Kontext strebt sie beharrlich danach, die individuellen Interessen der Mitgliedstaaten sowie zunehmend auch die des Europäischen Parlaments zu antizipieren, einzubeziehen und entsprechend zu berücksichtigen. Dessen ungeachtet etablierte sich die Kommission wiederholt als die führende politische Akteurin und gilt somit als die besser positionierte Institution im Erweiterungsprozess. Wesentlich zu betonen ist dabei, dass ein erheblicher Teil ihrer aktuellen Machtfülle auf ihre ungewissen Reaktionsweisen bezüglich der Ereignisse in Mittel- und Osteuropa in den 1990er Jahren zurückzuführen ist (O'Brennan 2013, S. 33).

Die Europäische Kommission nimmt eine essenzielle und autonome Funktion wahr, indem sie die anspruchsvolle Aufgabe der Bewältigung der EU-Beziehungen mit den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa innehält. In diesem Zusammenhang fungiert sie als zentraler Akteur, der die Gestaltung der Beziehungen zu Kandidaten- und potenziellen Kandidatenstaaten maßgeblich beeinflusst, indem sie formale Politikvorschläge unterbreitet und die Agenda setzt. Gleichsam greift sie auf etablierte Praktiken im Erweiterungsprozess und politisches Unternehmertum zurück, um Hindernisse zu überwinden und den Konsens zu fördern. Ungeachtet der Kritik seitens Kandidatenstaaten und Mitgliedstaaten bleibt unbestreitbar, dass die Kommission als zentraler *Treibstoff* die Triebkraft hinter dem Erweiterungsprozess darstellt. Ihre Bedeutung manifestiert sich deutlich im Kontext der ursprünglichen Herausforderung nach dem Fall der Berliner Mauer, welche die Kommission dazu befähigte, ihre Rolle in eine funktionale, normative und agenda-setzende Position zu transformieren, die das Geschehen im Erweiterungsprozess auf dem Westbalkan dominiert. Die unauffällige, aber vitale Tätigkeit im Hintergrund ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg der gesamten EU-Erweiterung (O'Brennan 2013, S. 33–34).

In der östlichen Erweiterung stellte sich erstmals ein Beitrittsprozess dar, der die formale Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen einschloss. Dieser Integrationsprozess verlief jedoch graduell und wies gewisse Ambivalenzen auf. Nach den Umwälzungen von 1989 in Mittel- und Osteuropa spielte die Zivilgesellschaft eine bedeutende, doch häufig übersehene Rolle, indem sie bereits frühzeitig eine Legitimationsgrundlage für die östliche Erweiterung der EU schuf. Die prägnante Rolle, die zivilgesellschaftliche Organisationen beim Sturz der kommunistischen Regime Ende der 1980er Jahre einnahmen, mag möglicherweise zu übersteigerten Erwartungen hinsichtlich ihres Einflusses bei der Konsolidierung demokratischer Institutionen in postkommunistischen Europa geführt haben (Vachudova 2005; Dimitrova 2004).

Im Rahmen des Erweiterungsprozesses bot das EU-Hilfsprogramm PHARE („*Poland and Hungary: Assistance for Restructuring Economies*“) erstmalig eine Möglichkeit zur politischen Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen. Hierbei erwuchs insbesondere die Interaktion dieser Organisationen mit der Europäischen Kommission, welche in ihrer Funktion als Leitungsinstanz den Erweiterungsprozess im Auftrag der EU verwaltete (Fagan 2010). Im Jahr 1991 wurde in Bezug auf die PHARE-Hilfe für Polen und Ungarn erstmals die grundsätzliche Verpflichtung festgehalten, den Wert zivilgesellschaftlicher Organisationen im Rahmen der PHARE-Projekte anzuerkennen. Ein Jahr später initiierte das Europäische Parlament ein spezielles PHARE-Demokratieprogramm, um die bis dato einseitige Fokussierung auf marktbasierende Reformen zu korrigieren. Das Programm zielte darauf ab, politische und zivile Institutionen zu unterstützen, welche für die Erreichung politischen Konsenses und Stabilität von essentieller Bedeutung waren. Eine beträchtliche Unterstützung floss in die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Hierbei sei erwähnt, dass die Europäische Kommission als bedeutende Akteurin maßgeblich dazu beitrug, Schwerpunkte und Prioritäten zu setzen, während die lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen reaktiv agierten und sich an die EU-Normen anpassten (Fagan 2010). Dieses beschriebene Muster der Einbindung der Zivilgesellschaft prägte das Paradigma der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen an den EU-Erweiterungsprogrammen, welches bis heute im Westbalkan und der Türkei fortbesteht.

Die vorliegende Untersuchung fokussiert sich auf die Auswirkungen dieser Bedingungen auf die montenegrinische Zivilgesellschaft sowie die Wechselwirkungen mit dem Prozess der europäischen Integration. Dabei liegt besonderes Augenmerk auf der Rolle der Europäischen Kommission, die entscheidend daran beteiligt ist, eine substantielle Einbindung der Zivilgesellschaft in die politischen Angelegenheiten und Entscheidungsprozesse im Rahmen des Beitrittsverfahrens zu fördern.

4.1 Die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und EU-Kommission

Die Zivilgesellschaft übernimmt eine substantielle Rolle bei der Verstärkung der Legitimität der EU-Governance in den Beziehungen zu den Ländern des Westbalkans. Innerhalb dieses Kontextes fungieren zivilgesellschaftliche Akteure als entscheidende Beobachter und Einflussnehmer, die dazu beitragen, die Transparenz, Rechenschaftspflicht und Authentizität

der Entscheidungsfindung der EU in diesem Zusammenhang zu sichern. Die Europäische Kommission, als zentrales Exekutivorgan der EU, hat eine strategische Zielsetzung formuliert. Diese zielt darauf ab, sowohl staatliche Institutionen als auch Vertreter:innen der Zivilgesellschaft in politische Reformprozesse einzubeziehen. Diese Reformprozesse sind grundiert auf den essenziellen Prinzipien der guten Regierungsführung. Durch diese Prinzipien sollen Regierungshandlungen durchlässig, partizipativ und effizient gestaltet werden. Ein weiterer Fokus liegt darauf, die lokalen Kapazitäten zur Bewältigung des EU-*Acquis* zu stärken. Es ist von enormer Bedeutung, zu begreifen, wie die Europäische Kommission mit der Zivilgesellschaft in Wechselwirkung tritt – nicht als eine einfache Informationsaufnahme, sondern als eine Art von *Output-Legitimität*. Das bedeutet, dass dieser Dialog eher dazu dient, ihre Entscheidungen zu legitimieren, anstatt nur *Inputs* von außen zu sammeln. Dabei geht es um den Austausch mit Expert:innen und Spezialist:innen. Diese Expert:innenmeinungen fließen in politische Beratungen ein, um fundierte Entscheidungen zu treffen (Eriksen 2002). Während dieses Prozesses werden politische Konsultationen zu regelrechten Gesprächen, in denen die Europäische Kommission Informationen von Interessenvertreter:innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen sammelt. Diese Konsultationen sind institutionalisiert, das heißt, sie folgen einem bestimmten Muster und werden gezielt durchgeführt. So möchte die Kommission nicht nur wissen, worum es geht, sondern auch die Sichtweisen zu den vorgeschlagenen Gesetzen von den Interessengruppen und der Zivilgesellschaft erfahren (García 2009). Die Zivilgesellschaft spielt hierbei eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen den Bürger:innen sowie dem Staat. Dies trägt zumindest teilweise dazu bei, das Gefühl einer demokratischen Lücke im Kontext der EU-Erweiterung zu mildern. Dennoch ist die Position der Zivilgesellschaft eher untergeordnet im Vergleich zu den staatlichen Akteuren. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben in den letzten zehn Jahren verstärkt Einfluss auf die EU genommen. Doch selbst wenn sie Erfolge erzielen, erreichen sie oft nicht das gleiche Maß an Einfluss wie private Interessenvertreter:innen (Warleigh 2006). Die EU hat zudem in der Vergangenheit kritische Stimmen in Bezug auf ihren Umgang mit zivilgesellschaftlichen Organisationen gehört. Besonders die Europäische Kommission wurde kritisiert, da sie nur mit ausgewählten Organisationen zu kommunizieren versuchte, die im Wesentlichen ihre eigenen politischen Präferenzen unterstützen. Manchmal ging sie sogar so weit, ihre Rolle im institutionellen Prozess zu verteidigen (Fagan 2011). Dies hat zu einer gewissen Vereinigung der demokratischen Zivilgesellschaft mit von externen Quellen finanzierten professionellen zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt.

Die Herangehensweise der Kommission gegenüber der Zivilgesellschaft im Westbalkan lässt sich als widersprüchliche Mischung aus rhetorischer Unterstützung und guten Absichten beschreiben, die jedoch durch eine Neigung zur utilitaristischen Verwendung der Zivilgesellschaft als Mittel zur effizienteren Umsetzung der Erweiterungspolitik abgeschwächt wird. Die Wertschätzung der Zivilgesellschaft durch die Kommission liegt in ihrer Fähigkeit, lokale Verantwortung für EU-Hilfsprojekte zu übernehmen, Anpassungen an EU-Normen auf lokaler Ebene zu fördern und als Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft auf individueller und regionaler Ebene zu agieren. Dies dient auch als Legitimationsgrundlage für die EU-Politik (Fagan 2010; O'Brennan 2013). Die Konzeption der Rolle der Zivilgesellschaft in den Ländern des Westbalkans ist im Strategiepapier zur Erweiterung von 2010 festgelegt. Es betont, dass Aktivitäten der Zivilgesellschaft für eine reife Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit von entscheidender Bedeutung sind (European Commission 2010). Allerdings wird durch diese Betonung der Werte klar ersichtlich, dass die politischen Bemühungen der Europäischen Union in der Region bisher nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt haben, um ein harmonisches und kooperatives zwischenstaatliches Umfeld zu schaffen, wie es nach dem Dayton-Abkommen von 1995 angestrebt wurde. Diese Feststellung trifft insbesondere auf die Länder Kosovo und Bosnien-Herzegowina zu, in denen verschiedene Akteure uneinig über Fragen der Grenzen, des Status und der Souveränität sind (O'Brennan 2013, S. 37–38). Die Europäische Union erkennt zwar an, dass sie über erheblichen Einfluss verfügt, um die lokalen Entwicklungen zu lenken, stellt jedoch gleichzeitig fest, dass dies oft einer unterschiedlichen lokalen Interpretation und Kontroversen unterliegt (European Commission 2010). Im praktischen Sinne schlägt die Kommission vor, dass eine Kultur der Akzeptanz und Wertschätzung der Rolle der Zivilgesellschaft vorhanden sein muss, um einen effektiven politischen Dialog zu ermöglichen. Dazu gehört als allgemeines Prinzip die Durchführung öffentlicher Konsultationen zu politischen Initiativen und Gesetzesentwürfen. Jedoch wird der Zugang der Zivilgesellschaft zu staatlicher Unterstützung oft durch mangelnde Transparenz und unklare Kriterien für die Zuteilung beeinträchtigt. Die Kommission unterstreicht erneut die Schwächen der Zivilgesellschaft in der Region und hebt hervor, dass ein vorrangiges Ziel der EU darin besteht, ihre Kapazitäten und Professionalität zu stärken. Dies soll einen effektiven Dialog mit öffentlichen und privaten Akteuren ermöglichen und die Entwicklungen im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Achtung grundlegender Rechte überwachen (European Commission 2020). Es ist jedoch offensichtlich, dass das Hauptziel der Kommission weiterhin darin besteht, die Erweiterung voranzutreiben, während die Unterstützung der Zivilgesellschaft als Nebeneffekt betrachtet wird. Auch wenn die Förderung der

Zivilgesellschaft als wichtig erachtet wird, bleibt die Anpassung der Westbalkanstaaten an den gemeinschaftlichen Besitzstand vorrangig. Im Einklang mit diesen Zielen hat die Kommission finanzielle Unterstützung in Form von Erweiterungsbeihilfenprogrammen bereitgestellt, wie das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) sowie das Instrument für die Heranführungshilfe (IPA), um die Fähigkeiten des Staates durch Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft zu stärken (Fagan 2011).

Die Rolle der Zivilgesellschaft im Erweiterungsprozess hat sich im Laufe der Zeit verändert, wobei die Kommission zunehmend auf die Bedeutung von regionaler Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen setzt. Diese Zusammenarbeit wurde zwar von den Staaten in der Erweiterungsregion oft abgelehnt, die Kommission hält sie jedoch für ein positives Instrument zur Unterstützung der grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit (European Commission 2010, 2011b, 2020). Besonders hervorzuheben ist die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich auf Menschenrechte im Westbalkan konzentrieren. Diese Organisationen haben oft einen universellen und nach außen gerichteten Ansatz, der im Vergleich zu anderen Gruppen weniger auf bestimmte lokale oder chauvinistische Forderungen ausgerichtet ist. Sie können somit als Gegenpol zu lokalen Akteuren wirken, die auf bestimmte, eng begrenzte Interessen fokussieren (Fagan 2011). Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bieten unabhängige, moderate und kooperative Ideen in einer Umgebung, in der staatliche Eliten oft auf nationalistische Ansätze zurückgreifen.

4.2 Europäisierung der Zivilgesellschaft

Die Einflussnahme internationaler Akteure auf die Innenpolitik postkommunistischer Länder und der Kandidaten- sowie potenziellen Kandidatenländer des Westbalkans hat seit dem Übergang von Kommunismus zur Demokratie erheblich zugenommen. Besonders die zivilgesellschaftlichen Organisationen erfahren maßgeblichen Einfluss von internationalen Geldgebern und Organisationen. In den 1990er Jahren begannen internationale Geldgeber eine entscheidende Rolle bei der Finanzierung von nichtstaatlichen Organisationen von Bürger:innen zu spielen, insbesondere von liberalen Gruppen. Dies führte zu einem Anstieg von Organisationen mit professioneller Ausrichtung (Uhlin 2006; Carmin 2010; Cekik 2017). Gleichzeitig agierten internationale Institutionen wie die Internationale Arbeitsorganisation und die Weltbank im Bereich wirtschaftlicher Interessengruppen. Neue Organisationen orientierten

sich an westlichen Praktiken, insbesondere im Bereich der Arbeitgeber:innenverbände, und trugen zur Diversifizierung der Interessenvertretungssysteme bei (Cekik 2017). Mit dem Beginn des EU-Beitrittsprozesses hat die Europäische Union eine immer bedeutendere Rolle in diesen Abläufen übernommen. Dies schließt die Einflussnahme auf zivilgesellschaftliche Organisationen, die Integration lokaler zivilgesellschaftlicher Gruppen in westliche Praktiken und die Förderung des EU-Beitrittsprozesses ein. Die Anforderungen im Rahmen dieses Prozesses ähneln grundsätzlich den Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Allerdings gehen die Anforderungen im Rahmen dieses Prozesses noch einen Schritt weiter. Sie beeinflussen nicht nur Interessengruppen, sondern gestalten auch aktiv die Beziehung dieser Gruppen zu politischen Institutionen mit. Im Kontext der gegenwärtigen EU-Bedingungen haben die EU-Institutionen eine verstärkte Betonung auf die Integration von zivilgesellschaftlichen Organisationen im Prozess des EU-Beitritts und in der nationalen Politik im Allgemeinen gelegt. Diese Fokussierung ist im Vergleich zur Erweiterungswelle von 2004 und 2007 ausgeprägter. Als Folge davon bemühen sich nationale Regierungen verstärkt darum, zivilgesellschaftliche Organisationen in verschiedenen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung des EU-*Acquis* zu konsultieren. Diese Einbindung wird auch durch Anhörungen in parlamentarischen Ausschüssen verstärkt. Es wurden sogar Änderungen in nationalen Gesetzen vorgenommen, um die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Ausarbeitung öffentlicher Richtlinien zu regeln (Hristova und Cekik 2015). Dennoch wird die Qualität dieser Einbindung als unzureichend bewertet (Fagan 2010). In diesem Kontext wurde der strukturierte Dialog der Zivilgesellschaft mit den Regierungen der Beitrittskandidaten gefördert, die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Mitgestaltung und Überwachung öffentlicher Politik betont und die finanziellen Mittel zur Stärkung dieser Akteure erhöht. Diese Maßnahmen stehen im Zentrum der neuen Reformstrategie (European Commission 2011a). Ziel dieser Entwicklungen ist es, die Zivilgesellschaft zu einem direkten Mitgestalter der demokratischen Reformprozesse zu machen.

Die Unterscheidung zwischen *Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen* und *Unterstützung über zivilgesellschaftliche Organisationen* wird hier deutlich herausgestellt. Diese Unterscheidung spielt eine entscheidende Rolle dabei, das Verständnis dafür zu vertiefen, wie die EU aktiv in den Prozessen der zivilgesellschaftlichen Unterstützung agiert. Durch die Hervorhebung dieser Unterscheidung wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, um sicherzustellen, dass die verschiedenen Wege und Mechanismen, durch die zivilgesellschaftliche Akteure unterstützt werden, angemessen erfasst und interpretiert werden.

Diese Nuance ist von großer Wichtigkeit und trägt dazu bei, das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den zivilgesellschaftlichen Organisationen in präziserer Weise zu beleuchten.

Der erste Aspekt konzentriert sich darauf, zivilgesellschaftliche Organisationen als interne Akteure im Demokratisierungsprozess zu stärken oder sie potenziell in diese Rolle einzubringen (Börzel et al. 2008). In diesem Kontext wird die unverzichtbare Rolle einer aktiven Zivilgesellschaft für eine erfolgreiche Demokratisierung besonders betont. Diese Rolle manifestiert sich durch essenzielle Funktionen wie Kontroll- und Schutzfunktion, Vermittlungsfunktion, Sozialisationsfunktion und Kommunikationsfunktion (siehe Kapitel 3.6). Um diese Funktionen zu erfüllen, ist es funktional notwendig, die Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure auszubauen. Im Verlauf dieses Prozesses definieren diese Akteure ihre Reichweite und Grenzen in Bezug auf ihre demokratischen Funktionen (Börzel 2010; Shapovalova und Youngs 2014; Hahn-Fuhr und Worschech 2014). Eine solche Stärkung kann positiven externen Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse ausüben. Timm Beichelt und Wolfgang Merkel (Beichelt und Merkel 2014) weisen darauf hin, dass die Unterstützung der demokratischen Funktionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen beispielsweise die Verstärkung bestimmter Aspekte einer *eingebetteten* Demokratie begünstigen kann. *Eingebettete* Demokratie, wie von Merkel (2004) beschrieben, bezieht sich auf eine Demokratieform, bei der demokratische Prinzipien nicht nur in politischen Institutionen existieren, sondern tief in die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Struktur einer Gesellschaft eingewoben sind. Ebenso kann die externe Förderung spezifischer Aspekte einer *eingebetteten* Demokratie die Stärkung präziser Funktionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Folge haben. Diese Verbindung verdeutlichen Beichelt und Merkel (2014) auf folgende Weise:

Abbildung 7: Auswirkungen der Förderung spezifischer Funktionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf verschiedene Aspekte der Demokratisierung

Kontroll- und Schutzfunktion	Vermittlungsfunktion	Sozialisationsfunktion	Kommunikationsfunktion
-Bürgerliche und politische Rechte	-Demokratisches Wahlsystem	-Bürgerliche Rechte	-Politische Partizipationsrechte
-Horizontale Berechenbarkeit	-Politische Partizipationsrechte	-Politische Partizipationsrechte	-Effektive Regierungsgewalt
-Bürgerliche Rechte	-Horizontale Rechenschaftspflicht		

Quelle: (Beichelt und Merkel 2014, S. 59)

Die zweite Ausrichtung der externen Unterstützung der Zivilgesellschaft durch die Europäische Union zielt darauf ab, zivilgesellschaftliche Akteure verstärkt in die Prozesse der Demokratisierung vor Ort einzubeziehen. Hierbei steht die Förderung der Demokratie durch die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft im Vordergrund. Die EU erkennt in dieser Perspektive die schrittweise Einbindung der Zivilgesellschaft in demokratische Reformen an und betrachtet sie als wertvolle Partner und Berater bei der Verwirklichung ihrer Demokratisierungsziele in den Kandidatenländern. Diese Unterstützung fokussiert sich auf die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die einen Einfluss auf die lokalen Demokratisierungsprozesse ausüben können. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Förderung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und nationalen bzw. lokalen politischen Akteuren in verschiedenen Politikfeldern der Demokratisierung (Börzel et al. 2008; Shapovalova und Youngs 2014; Rabynovych 2016).

Die Beziehungen zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft in demokratischen Ländern zeigen eine breite Vielfalt in ihrer Gestaltung. Innerhalb der Europäischen Union hat sich jedoch ein spezifisches Modell entwickelt, wie es im White Paper on European Governance von 2001 (European Commission 2001) dargelegt ist. Dieses Modell legt einen starken Fokus auf die Berücksichtigung der Anliegen der Bürger:innen sowie die Bereitstellung von maßgeschneiderten Dienstleistungen. Diese Aspekte werden als essenziell für die Rolle der Zivilgesellschaft betrachtet (Gawin 2006). Allerdings wurden postkommunistische Länder nicht einheitlich von diesem europäischen Modell der Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft beeinflusst. Stattdessen zeichnete sich in vielen dieser Ländern oft ein korporatistisches Modell ab. In diesem Modell spielte eine professionalisierte Zivilgesellschaft eine herausragende Rolle, agierte als Beschäftigungsbereich und war in formale Strukturen der sozialen Partnerschaft eingebunden. Diese Strukturen wurden weitgehend vom Staat finanziert und konzentrierten sich auf die Bereitstellung von Dienstleistungen (Osborne 2012). Mit dem Bestreben, sowohl Kandidatenländer als auch spätere Mitglieder der Europäischen Union zu werden, haben diese Nationen Schritte hin zum europäischen Modell unternommen. Die Zivilgesellschaftsorganisationen in diesen Ländern begannen vermehrt, Ressourcen aus dem Europäischen Sozialfonds zu nutzen und an von Strukturfonds finanzierten Projekten teilzunehmen. Diese Ressourcen und Projekte ermöglichten eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure und markierten einen entscheidenden Wendepunkt in den Transformationsprozessen der Zivilgesellschaft (Gasior-Niemiec und Glinski 2007). Insbesondere der EU-Beitritt von zehn postkommunistischen Ländern im Jahr 2004 und 2007

hatte einen erheblichen Einfluss auf die Transformation der Zivilgesellschaft in diesen Regionen. Dies geschah auf drei verschiedene Arten: Erstens eröffnete der Integrationsprozess den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, sich transnationalen Netzwerken anzuschließen, die von der EU unterstützt wurden. Zweitens führte der Zugang zu neuen Ressourcen durch die EU-Struktur- und Gemeinschaftsfonds zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Stärkung der Infrastruktur der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Drittens erhöhte die Partnerrolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die von der EU mandatiert wurde, ihre politische Rolle auf lokaler und nationaler Ebene (Gasior-Niemiec und Glinski 2007).

Die Europäische Union hat in den Kandidatenländern des Westbalkans ebenfalls einen bedeutsamen Einfluss auf die Zivilgesellschaft ausgeübt. Dieser Einfluss ist vor allem im Kontext der Erweiterungspolitik der EU zu sehen, die dazu beigetragen hat, dass sich die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zunehmend professionalisiert und institutionalisiert hat. Dies geschah mit dem Ziel, den EU-Standards und -Anforderungen gerecht zu werden und eine effektivere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dieser Transformationsprozess wird häufig als *Europäisierung der Zivilgesellschaft* (Sanchez Salgado 2014; Gasior-Niemiec und Glinski 2007; Warleigh 2001; Beyers und Kerremans 2007) bezeichnet. Er umfasst die Anpassung an EU-Richtlinien, die aktive Teilnahme an Projekten, die von der EU finanziert werden, sowie die enge Zusammenarbeit mit anderen Zivilgesellschaftsorganisationen in Europa. In den jüngsten Jahren hat die Europäisierung der Zivilgesellschaft in den Kandidatenländern des Westbalkans einen bemerkenswerten Aufschwung erfahren. Dieser Schub wurde wesentlich durch die in Aussicht gestellte EU-Integration angetrieben. Viele Zivilgesellschaftsorganisationen wurden dazu ermutigt, sich den europäischen Standards anzupassen, um ihre Chancen auf eine erfolgreiche Integration zu erhöhen. Parallel dazu hat die Europäische Union die Bemühungen zur Stärkung der Zivilgesellschaft in der Region tatkräftig unterstützt. Sie hat Finanzmittel für Projekte bereitgestellt, die von lokalen Zivilgesellschaftsorganisationen umgesetzt werden (Fagan 2010)– eine Partnerschaft, die im folgenden Kapitel 4.3 ausführlicher betrachtet wird. Ein weiterer maßgeblicher Faktor bei der Europäisierung der Zivilgesellschaft in den Kandidatenländern des Westbalkans war die Einführung von EU-Strukturen und -Mechanismen, die eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Prozessen fördern. Zivilgesellschaftliche Organisationen wurden vermehrt in die Gestaltung und Umsetzung von EU-Programmen und -Projekten einbezogen. Besondere Bedeutung erlangte die Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der SAA mit der EU. Diese Abkommen zwischen der EU und den Kandidatenländern des Westbalkans

legen den Rahmen für politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit fest. Die SAAs sehen explizit vor, dass die Zivilgesellschaft in politische Dialoge einbezogen wird und an der Umsetzung von Reformen aktiv beteiligt ist (European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR) 2023c).

4.3 Finanzierung der Zivilgesellschaft

Die finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle, wenn es um die Kontinuität und Weiterentwicklung von gemeinnützigen Organisationen, NGOs und sozialen Initiativen geht. Diese Gruppen tragen maßgeblich dazu bei, gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen und positive soziale Veränderungen zu fördern. In diesem Abschnitt steht die vielschichtige Finanzierung der Zivilgesellschaft im Fokus.

Die Finanzierung der Zivilgesellschaft stützt sich auf verschiedene Quellen. Diese umfassen Mitgliedsbeiträge (Emrich et al. 2001; Horch 1992), Spenden (Priemer et al. 2019; Braun et al. 2013; Freise 2017), selbst erwirtschaftete Mittel aus wirtschaftlichen Aktivitäten (Priemer et al. 2019) sowie Zuwendungen und Förderungen aus öffentlichen Mitteln (Priemer 2015; Anheiner et al. 2000). Zudem fließen auch finanzielle Mittel von europäischen Instanzen und anderen internationalen Akteuren in diese Mixtur ein.

Mitgliedsbeiträge: Hierzu zählen herkömmliche Mitgliedsbeiträge in Organisationen, einschließlich möglicher Aufnahmegebühren. Beiträge für Fördermitgliedschaften werden unter Spenden eingereiht. Es kommt vereinzelt vor, dass Fördermitgliedschaften in rechtlichen Strukturen existieren, die üblicherweise keine Mitgliedsbeiträge verlangen, wie zum Beispiel Stiftungen oder gemeinnützige GmbHs.

Spenden: Dazu gehören eigenständige Zahlungen von Einzelpersonen, Stiftungen, Fonds, Unternehmen und diversen Organisationen. Hierbei sind auch Fördermittel von Dachorganisationen, Verbänden, Stiftungen und vergleichbaren Institutionen eingeschlossen. Sogar in Rechtsformen, die üblicherweise keine Mitgliedsbeiträge erheben, wie beispielsweise Stiftungen oder gemeinnützige GmbHs, können Fördermitgliedschaften vorhanden sein.

Erwirtschaftete Mittel (Markterträge): Hierzu zählen sämtliche Formen von Entgelten und Pauschalen für erbrachte Leistungen, einschließlich solcher, die aus öffentlichen

Mitteln stammen. Eingeschlossen sind ebenfalls Gebühren, Eintrittsgelder, Einnahmen aus Lotterien und ähnlichen Quellen. Auch Mittel aus gesetzlichen Sozialversicherungen gehören hierzu.

Öffentliche Fördermittel: Hierzu gehören finanzielle Zuwendungen von staatlichen Einrichtungen, sowohl auf institutioneller als auch auf projektbezogener Ebene.

Sponsorengelder: Im Unterschied zu Spenden handelt es sich hierbei um Zahlungen, für die eine konkrete Leistung erbracht wird.

Vermögenserträge: Dazu gehören Erträge aus Kapitalanlagen wie Zinsen und Dividenden sowie Einnahmen aus der Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz und Immobilien, das heißt, Mieten und Pachten.

Sonstige Mittel: Hierzu gehören spezielle Einnahmen wie Bußgelder, Vermächtnisse oder Rückbuchungen aus Vorjahren (Priemer, Jana, & Mohr, Veronika 2018).

Aufgrund dieser Gegebenheiten ergibt sich ein vielschichtiges Abbild der Ressourcenbereitstellung für zivilgesellschaftliches Handeln. Diese Komplexität erstreckt sich oft auch auf Organisationsebene, wo diverse zivilgesellschaftliche Einheiten unterschiedliche Einnahmequellen und Aktivitäten geschickt kombinieren. Dieses Zusammenspiel ermöglicht es ihnen, ihre Missionen effektiv zu verfolgen und ihre Ziele zu erreichen.

In den postsozialistischen Ländern, die bislang keine EU-Mitgliedschaft erreicht haben, steht die Intensivierung der Professionalisierungsprozesse innerhalb der Zivilgesellschaft im Fokus der Diskussion. Diese Entwicklung wird durch empirische Studien seit etwa dem Jahr 2000 dokumentiert, die einen Anstieg zivilgesellschaftlicher Organisationen in Verbindung mit externer Unterstützung nachzeichnen. Zahlreiche dieser Untersuchungen interpretieren diesen quantitativen Trend als die Herausbildung einer eigenständigen und professionell agierenden Zivilgesellschaft im postsozialistischen Raum außerhalb der EU. Ein veranschaulichendes Beispiel hierfür stellt die Untersuchung von USAID's Förderung von zivilgesellschaftlichen Experten in Kasachstan dar, wie von Mandel (Mandel 2002) analysiert. Im Zuge dieser Bemühungen wurde eine externe Sichtweise auf die Zivilgesellschaft aufgezwungen und NGOs wurden gefördert, um parallel zum Staat agierende Strukturen zu schaffen. Nichtsdestotrotz wird die These vertreten, dass diese Professionalisierung nicht ausschließlich aufgrund externer Unterstützung zustande kam, sondern vielmehr bestehende Spaltungen in der Zivilgesellschaft aufgriff und verstärkte. Dies wird in Beispielen aus Tadschikistan, Usbekistan (Freizer 2005) und Bosnien-Herzegowina (Sejfija 2007) deutlich demonstriert.

In dem Buch „*The Power and Limits of NGOs: A Critical Look at Building Democracy in Eastern Europe and Eurasia*“ herausgegeben von Sarah E. Mendelson und John K. Glenn (2002), werden Fallstudien präsentiert, die sich mit der Entwicklung eines Dritten Sektors befassen. Allerdings unterscheidet sich dieser Ansatz wesentlich von der westlichen Vorstellung einer eigenständigen Zivilgesellschaft, die auf Selbstorganisation und freiwilligem Engagement basiert. Die einzelnen Fallstudien in diesem Buch untersuchen die Entwicklung eines Dritten Sektors in neun postsozialistischen Ländern und analysieren dabei die Strategien sowie Auswirkungen internationaler NGOs als Finanzierungsquellen. Dabei wird betont, dass die NGOs in der Rolle der Geldgeber eine klare Agenda setzen. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Verbreitung neuer Ideen und Werte im Kontext der Demokratieförderung maßgeblich von der Unterstützung durch lokale Akteure abhängt. Diese dienen als Bindeglied zwischen den externen Geldgebern und der Gesellschaft. Zusammenfassend kommen die Herausgeber zu dem Schluss, dass die Einbindung lokaler Akteure von entscheidender Bedeutung ist, um neue Ideen und Werte im Rahmen der Demokratieentwicklung zu verbreiten.

Armine Ishkanians Werk „*Democracy Promotion and Civil Society*“ (2007) beleuchtet die Entwicklung eines bemerkenswerten Modells der Zivilgesellschaft durch externe Förderung. Hierbei wird ein Vergleich mit der Züchtung genetisch veränderter Pflanzen herangezogen, um diese spezielle Dynamik zu verdeutlichen. Die entstandenen Zivilgesellschaften, gefördert auf eine Art und Weise, die als *genetisch modifiziert* (Ishkanian 2007, S. 72) beschrieben wird, verzeichnen eine außerordentlich rasche Expansion, die auf herkömmliche Weise nicht in dieser Geschwindigkeit erfolgt wäre. Ähnlich genetisch modifizierter Pflanzen verdrängen diese Zivilgesellschaftsmodelle einheimische Konkurrenten und etablieren sich als dominante Kraft in ihrer Umgebung. Dies hat zur Folge, dass die Vielfalt innerhalb der bereits existierenden Zivilgesellschaft abnimmt, und sie schrumpft auf professionelle NGOs zusammen, die zumindest theoretisch westliche liberale Werte unterstützen. Ishkanian führt die Entstehung dieser *genetisch modifizierten* Zivilgesellschaft auf verschiedene Ursachen zurück. Hierzu zählen die Interpretationen und Umsetzungen von Demokratie und Zivilgesellschaft seitens der Geberländer, die maßgeblich von westlichen Diskursen und Normen beeinflusst sind und durch finanzielle Unterstützung direkt übertragen werden. Praktische Gründe spielen ebenfalls eine Rolle, da die Geberländer häufig dazu angehalten sind, kurzfristige Erfolge ihrer Projekte vorzuweisen, um ihre Finanzierung vor ihren eigenen Bürger:innen zu rechtfertigen. Dies führt dazu, dass sie risikoarme Förderstrategien verfolgen und Projekte an Organisationen vergeben, die ähnliche Strukturen wie westliche NGOs aufweisen. Alternativ setzen sie Vermittler:innen ein, sogenannte Re-Granter, die die Gelder verteilen und ebenfalls rechenschaftspflichtig sind.

Diese Herangehensweise begünstigt jedoch eher bürokratische, zentralisierte Organisationen anstelle von lokal verankerten Basisinitiativen (Henderson 2002). Sarah L. Henderson prägt den Begriff „prinzipiengeleiteter Klientelismus“ (Henderson 2003, S. 211), um die resultierende Dynamik zu beschreiben. Dieser Ausdruck verweist auf ungleiche vertikale Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft und den externen Förderagenturen, die auf lange Sicht die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft beeinträchtigen. Eine ähnliche Perspektive wird von Sundstrom in seiner empirischen Studie zur externen Förderung von russischen NGOs vertreten. Er verdeutlicht, dass der Versuch, den Erwartungen der Geber zu entsprechen, zu einer Trennungsstrategie führt. Diese Strategie beinhaltet die unterschiedliche Kommunikation von Informationen gegenüber den Gebern und den lokalen Zielgruppen (Sundstrom 2005).

In den westlichen Balkanländern spielt die Unterstützung, Stärkung und Entwicklung von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen seit den frühen 1990er Jahren eine zentrale Rolle im Interventionsansatz der Europäischen Union in Staaten, die dem EU-Beitritt oder der Kandidatur zustreben (Đurić 2004). Die Bereitstellung von Fördermitteln für Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die EU ist zu einem markanten Ausdruck der EU-Hilfe geworden. Eine beträchtliche Anzahl, wenn nicht gar sämtliche Hauptziele der EU für die Region setzen darauf, lokale zivilgesellschaftliche Organisationen finanziell zu unterstützen und in ihrer Kapazität auszubauen. Diese zivilgesellschaftliche Organisationen sollen an einer Vielzahl von Anliegen arbeiten, angefangen von Umweltschutz über Minderheitenrechte bis hin zur Rückkehr von Flüchtlingen. Es ist essentiell, auch in Erinnerung zu behalten, dass die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen schon lange ein vorrangiges Ziel der Europäischen Kommission ist. Dies war bereits Teil des PHARE-Programms in den 1990er Jahren und ist auch neuerdings ein Bestandteil der EIDHR (Fagan 2010). Die Kommission arbeitet daran, leistungsfähige zivilgesellschaftliche Organisationen zu schaffen, um die Demokratie und Menschenrechte in der post-sozialistischen Region zu stärken. Dies gilt insbesondere für die Staaten des westlichen Balkans, die aus Konflikten hervorgegangen sind. Das Ziel der Kommission besteht darin, professionelle zivilgesellschaftliche Organisationen aufzubauen, die über fortgeschrittene Fähigkeiten und Fachkenntnisse verfügen. Diese Organisationen sollen auf hohem Niveau agieren und sich in den nationalen politischen Prozessen bewegen, die von der EU beeinflusst werden. Die zugrundeliegende Logik besagt, dass das Wissen, das von der EU finanzierten zivilgesellschaftlichen Organisationen erzeugt wird, anschließend auf kleinere, lokale sowie auf Gemeinschaftsebene tätige Vereinigungen und Kampagnennetzwerke übertragen wird. Anders ausgedrückt stellt die Entwicklung von

zivilgesellschaftlichen Organisationen den ersten Schritt in einem längerfristigen Prozess zur Etablierung einer vielschichtigen Zivilgesellschaft dar (Fagan 2010).

In Anbetracht dieser Aspekte erweist sich die facettenreiche Finanzierung der Zivilgesellschaft als entscheidender Faktor für die Stärkung von Organisationen und die Förderung positiver sozialer Veränderungen. Dabei spielt externe Unterstützung eine bedeutende Rolle bei der Professionalisierung und Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Sektors in unterschiedlichen Regionen.

5 Zwischenfazit und Untersuchungsansatz

5.1 Rückblick und Reflexion

Die chronikale Abfolge der historischen Ereignisse hat drei aufeinanderfolgende Wellen der Demokratisierung aufgezeigt, wobei die dritte Welle seit dem Jahre 1974 die Eminenteste unter ihnen darstellt. Diese Welle führte zur Destabilisierung nichtdemokratischer Regime und begünstigte das Etablieren von demokratischen Ordnungen, insbesondere in den Staaten des Mittel- und Osteuropas nach der Dekadenz des Sozialismus. Die Thematik der politischen Transitionsforschung, speziell im Kontext des postkommunistischen Gefüges, hat in eingehender Manier diese Umwandlungen analysiert. Die Konzepte des *Systemwandels* und des *Systemwechsels* werden herangezogen, um verschiedene Etappen politischer Transformationen zu definieren. Die Transition des Systems umfasst Phasen der Liberalisierung, der Demokratisierung sowie der Konsolidierung. Hervorzuheben ist, dass diese Phasen sich in keiner linearen Progression befinden. Unmittelbar vor dem Übergang findet eine Episode der repressiven Dominanz statt. Der Übergang hin zur Phase der Liberalisierung ist von einer Symbiose interner und externer Einflussfaktoren geprägt. Die Phase der Konsolidierung verlangt nach etablierten Institutionen, partizipativer Beteiligung sowie einer gedeihlichen politischen Kultur. Die postsozialistische Sphäre unterliegt einem fundamentalen Wandel des demokratischen Gefüges. Unter der Kategorie der postkommunistischen Staaten werden Termini wie *defekte Demokratien* kategorisiert.

Die Einverleibung ehemals kommunistischer Länder in die Europäische Union verzeichnet das Ende des postkommunistischen Übergangs. Die EU legt definitive Maßstäbe für das Fundament der Demokratie und die Prinzipien des Rechtsstaats. In Anbetracht sämtlicher Fortschritte manifestieren sich unvermeidbare Herausforderungen in Gestalt von Justizpolitik und den unablässigen Auswüchsen der Korruption. Die Stärkung des Rechtsstaats und die Ermächtigung der Zivilgesellschaft fungieren als essentielle Ankerpunkte für das Gelingen der Legitimation und des soziopolitischen Fortschritts. Die Europäisierung fungiert als transpositionale Verbindung von EU-Normen auf das Gefüge der nationalen Systeme. Ein bemerkenswerter Aspekt der 1990er Jahre besteht darin, dass die Europäische Union eine aktive

Rolle in der Förderung von Demokratie und rechtsstaatlichen Strukturen in den postkommunistischen Ländern einnahm. In der Tat wurden intensivierende Studien hinsichtlich des Einflusses der EU in Bewerberländern durchgeführt. Die europäische Transformation macht sich auf politischer Ebene bemerkbar, wie auch in den Anbahnungen politischer Strategien. Theoretische Ansätze setzen auf externe Anreize und kollektives soziales Lernen, die gemeinsam das Potential zur Initiierung von substantiellen politischen Transformationen aufweisen. Nicht zu übersehen ist, dass der konstruktivistische Zugang eine möglicherweise effektivere Methode darstellen könnte, wenn es um die Einleitung gravierender politischer Verschiebungen geht. Ein entscheidender Faktor in diesem Zusammenhang sind die Kopenhagener Kriterien, die politische Stabilität, die uneingeschränkte Wahrung der Menschenrechte, den Schutz von Minderheiten, die Etablierung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft, die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Integration des EU-Rechts als grundlegende Richtlinien betrachten. Diese Normen fungieren als Wegweiser für Reformen innerhalb der Bewerberländer. Indessen ist anzumerken, dass die Interpretation und Applikation dieser Kriterien stets von politischen Einflüssen geprägt sind. Für die Staaten des Westbalkans dienen die Kopenhagener Kriterien als Kompass im Rahmen ihres Annäherungsprozesses, wobei diese Annäherung durch *Acquis* vorangetrieben wird. Es ist unumstritten, dass nach dem Beitritt zur EU auftretende Problematiken wie die grassierende Korruption neue Ansatzpunkte erforderlich machten.

Die Genealogie der Zivilgesellschaft reicht bis in die Schriften des Aristoteles zurück. In seiner philosophischen Abhandlung eruiert Aristoteles die politische Gesellschaft als ein Gefüge, das die Bürger:innen in der Form einer *koinonia politike* miteinander verbindet. Während des 18. Jahrhunderts erlangte die Konzeption der *bürgerlichen Gesellschaft* zunehmend an Bedeutung. Hegel und Tocqueville vermittelten im 19. Jahrhundert divergente Auffassungen dieses Begriffs. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts erfuhr die Zivilgesellschaft eine Revitalisierung, die heutzutage gemeinnützige Organisationen zur Umsetzung gesellschaftlicher Veränderungen einschließt. Die Bezeichnung selbst ist von ausnehmender Facettenreichtum: NGOs, der dritte Sektor, der Zivildsektor, um nur einige zu nennen. Jede dieser Bezeichnungen fokussiert spezifische Aspekte unabhängiger Organisationen. Der Konsens betont die Funktion der Zivilgesellschaft bei der Verinnerlichung demokratischer Werte, ihrer Agilität jenseits des Staatsapparates, ihrer Funktion als Kontrolleurin und Innovatorin. Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Autonomie dieser Akteure für ihre immanente Rolle von grundlegender Wichtigkeit ist. Die Vielzahl der Bezeichnungen spiegelt eindrucksvoll die reiche Diversität der Zivilgesellschaft im europäischen Gefüge wider.

Betrachtet man die wissenschaftliche Landschaft, so wird deutlich, dass es keineswegs eine homogene Theorie der Zivilgesellschaft gibt, sondern vielmehr divergente Ansätze. Die Debatte über die Vorherrschaft von gesellschaftlichen Faktoren gegenüber politischen Institutionen erreicht eine geradezu dominante Intensität. Innerhalb des postkommunistischen Paradigmas mag die Zivilgesellschaft zwar unterdrückt worden sein, nichtsdestotrotz leistet sie einen beträchtlichen Beitrag zur Demokratisierung und zur Beharrlichkeit demokratischer Institutionen. Dies erweist sich besonders in jenen postkommunistischen Gemeinwesen, die auf dem Weg zur Demokratie und Konsolidierung verweilen. Im Zuge der Phase der Liberalisierung aktiviert sie die Bürgerschaft und beschleunigt Veränderungen. Während der Etappen der Demokratisierung und Konsolidierung avanciert die Zivilgesellschaft zur Schlüsselakteurin, die nicht nur schützend, vermittelnd, sozialisierend, integrativ und kommunikativ agiert, sondern durch ihr multifunktionales Wirken auch den demokratischen Gestaltungsprozess nährt. Im Kontext der Klassifikation von Linz und Stepan (1996b) avancieren fünf Demokratisierungsbereiche, die eine wechselseitige Stützfunktion innehaben. Die Interaktion zwischen dem Staatswesen und der Zivilgesellschaft entfaltet einen entscheidenden Einfluss auf den komplexen Prozess der politischen Gestaltung, welcher die Prinzipien der Demokratie und ihre Protagonisten abwägt.

Der Themenkomplex der politischen Entscheidungsfindung postuliert die Notwendigkeit der kollektiven Zusammenarbeit diverser Akteure, die keinesfalls ausschließlich der Regierung zuzuordnen sind. Die Eloquenz dieser Dynamik wird von Hal K. Colebatch (2005) auf äußerst sachkundige Weise herausgearbeitet. Es zeigt sich, dass politische Entschlüsse keineswegs nur auf technisch-rationalen Überlegungen fußen, sondern vielmehr auf praktisch-orientiertem, praxisnahem Wissen abzielen, wie es von Durose, Richardson und Simon (2015) akzentuiert wird. Der Policy-Zyklus, der den Verlauf der politischen Entscheidungsfindung zu konzipieren trachtet, verkörpert eine Sequenz verschiedener Phasen. Während das rationalistische Stufenmodell den Schwerpunkt auf die Phasen von Informationsakquisition bis hin zur Evaluation legt, offenbaren sich Politikprozesse als viel komplexer, unvorhersehbarer und durch vielschichtige Akteursinteraktionen geprägt. Alternativmodelle wie das inkrementelle Modell, das Konzept des *Garbage-Can* oder das *Multiple-Streams-Framework* präsentieren unterschiedliche Perspektiven auf den Prozess politischer Entscheidungsfindung. Akteure wie die Regierung, politische Parteien, Interessenvertretungen, Medien, die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen treten als wegweisende Wegbereiter im politischen Transformationsprozess in Erscheinung. Innerhalb der Bewerberländer des Westbalkans erlangt der Prozess des Policy-Zyklus eine markante Relevanz im Kontext des EU-Beitritts, da

er Reformen und die Integration von EU-Normen konzipiert. Die Europäische Union begleitet diesen Prozess mit Ressourcen und Expertise. Die Stärkung der Zivilgesellschaft bildet eine integrale Facette des EU-Beitrittsprozesses, getragen durch die wechselseitige Zusammenarbeit zwischen der EU und externen Akteuren. Die Europäische Kommission fungiert in dieser Hinsicht als eine zentrale Institution, wiewohl begrenzte Interaktions- und Unterstützungsmöglichkeiten für eine authentische zivilgesellschaftliche Autonomie hervortreten. Indes bewirkt die Zivilgesellschaft trotzdem substantielle Einflüsse auf den Integrationsprozess, wenn auch innerhalb eines Gefüges, das im Einklang mit den Prioritäten der Kommission steht. Diese Konstellation gibt signifikante Anstöße zur Reflexion über die Dimensionen der Demokratie und Autonomie. Die Rolle der Zivilgesellschaft in der EU-Governance im Kontext des Westbalkan-Beitrittsprozesses ist von essentieller Bedeutung. Ihre Funktion besteht darin, die Transparenz, Verantwortlichkeit und Authentizität des Entscheidungsprozesses der EU zu stärken. Die Europäische Kommission setzt auf eine engere Kooperation mit der Zivilgesellschaft, um politische Reformen voranzutreiben und lokale Kompetenzen zu fördern. Jedoch ist die Zivilgesellschaft oftmals auf eine unterstützende Position begrenzt, während die Prioritäten der Erweiterung im Mittelpunkt stehen. Die Kommission betont zwar die Relevanz der Zivilgesellschaft, konzentriert ihre Bemühungen jedoch hauptsächlich auf die Angleichung der Staaten an den bestehenden EU-Bestand. Die Zusammenarbeit regional kooperierender zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere Menschenrechtsgruppen, trägt dazu bei, grenzüberschreitende Kooperationen zu fördern und nationale Interessen zu überwinden.

Die Einflussnahme internationaler Akteure auf die Innenpolitik der postkommunistischen Länder sowie der Westbalkanstaaten hat unaufhaltsam zugenommen. Die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen unterliegen signifikantem Einfluss durch internationale Geldgeber. Internationale Institutionen, wie etwa die Europäische Union, gewinnen kontinuierlich an Einfluss im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses, wobei sie die Integration von Zivilgesellschaften in demokratische Reformen befördern. Die Dynamik der Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft erfährt in den postkommunistischen Ländern eine Paradigmenverschiebung hin zu EU-geleiteten Modellen. Die Europäische Union nimmt eine signifikante Rolle in der Europäisierung der Zivilgesellschaft in den Ländern des Westbalkans ein, um den europäischen Standards gerecht zu werden. Die EU-Institutionen und -Mechanismen befähigen die Zivilgesellschaft zu aktivem Handeln im politischen Prozess, insbesondere im Rahmen von Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Die finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft erweist sich als zentral für ihre Kontinuität und

Entwicklung. Diese Organisationen tragen auf nachdrückliche Weise zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bei. Ihre Finanzierung basiert auf Mitgliedsbeiträgen, Spenden, selbst erwirtschafteten Einkünften, öffentlichen Mitteln und internationalen Quellen. Diese vielfältige finanzielle Grundlage ermöglicht es den Akteuren der Zivilgesellschaft, ihre Missionen auf effiziente Weise voranzutreiben. In den postsozialistischen Ländern trug die externe Unterstützung in signifikantem Maße zur Professionalisierung der Zivilgesellschaft bei, wobei die Entwicklung lokaler Kapazitäten als vorrangiges Ziel gesetzt wurde. In der Region des Westbalkans nimmt die Europäische Union eine maßgebliche Position ein, um die Stärkung und Professionalisierung der zivilgesellschaftlichen Akteure zu fördern.

Die Zivilgesellschaft nimmt im EU-Beitrittsprozess eine wesentliche Rolle ein, wie bereits in den vorherigen Kapiteln erwähnt wurde. Ihre Bedeutung liegt darin, als Wächter für Transparenz, Rechenschaftspflicht und gute Regierungsführung zu agieren. Durch Überwachung der Fortschritte der Regierungen und Erleichterung öffentlicher Debatten tragen zivilgesellschaftliche Organisationen dazu bei. Ebenso wirken sie bei der Entwicklung von Politiken und Programmen mit, die das Leben der Bürger:innen verbessern und demokratische Institutionen stärken. Die Zivilgesellschaft ist unverzichtbar für einen inklusiven, transparenten und partizipativen EU-Beitrittsprozess. Innerhalb des Kontexts des EU-Beitritts werden die Akteure der Zivilgesellschaft als Triebkräfte des innerstaatlichen Wandels betrachtet. Sie unterstützen die Bemühungen der EU bei der Einführung demokratischer und marktorientierter Reformen sowie bei der koordinierten Umsetzung dieser Maßnahmen. Sie agieren dabei als alternative Informationsquellen für die EU und erfüllen die Rolle lokaler Wächter, indem sie die Annahme und Umsetzung von Reformen überwachen. Diese Akteure dienen zudem als Verbindungsglied zwischen den politischen Entscheidungsträgern, die die Beitrittsverhandlungen führen, und der breiteren Bevölkerung. Hierbei vermitteln sie den Bürger:innen die Vorzüge und Konditionen einer EU-Mitgliedschaft. Diese hohen Erwartungen haben zu einer schrittweisen Zunahme politischer und materieller Unterstützung geführt, die von den EU-Institutionen den Akteuren der Zivilgesellschaft in den Kandidatenländern gewährt wird.

5.2 Methodik und Analysemodell

Nachdem im ersten Abschnitt klare Definitionen festgelegt wurden, fokussiert sich der zweite Teil auf eine empirische Analyse. Hierbei kommt die qualitative Interviewmethode zum Einsatz, um Einblicke in die Perspektiven und Erfahrungen der Akteure in der montenegrinischen Zivilgesellschaft im Kontext des EU-Beitrittsprozesses zu gewinnen. Der Forschungszeitraum erstreckte sich von April 2023 bis Januar 2024, und es wurden acht Vertreter:innen von montenegrinischen Organisationen interviewt. Die Auswahl erfolgte anhand relevanter Kategorien wie institutionelle und nicht-institutionelle Bildung, Entwicklung der Zivilgesellschaft, ehrenamtliches Engagement, Sozial- und Gesundheitsfürsorge, Rechtsstaatlichkeit sowie Schutz und Förderung der Menschen- und Minderheitenrechte (siehe Abbildung 1). Die Interviews wurden strukturiert durchgeführt, wobei fünf Online-Interviews auf Zoom in montenegrinischer Sprache und drei persönliche Interviews in Ulcinj auf Albanisch stattfanden. Die Dauer der Interviews variierte. Die Auswahl der Befragten basierte auf ihrer Teilnahme an Verhandlungsgruppen zu den Kapiteln 23, 24 und 10, wobei lokale Organisationen für einen umfassenden Vergleich einbezogen wurden. Ein Leitfaden, unterteilt in drei Kategorien, wurde für die Interviews entwickelt, um die Zusammenarbeit mit der Regierung, den Einfluss der EU-Integration und die Beteiligung an den Verhandlungen zu beleuchten. Die Auswahl war nicht gleichmäßig, bedingt durch die Zugänglichkeit der Organisationen. Die Interviews verliefen teilweise semi-strukturiert, um auf unvorhergesehene Details einzugehen (siehe Unterkapitel 1.4 Aufbau der Arbeit und Methodisches Vorgehen).

Die vorliegende Forschungsarbeit wählt die Critical Discourse Analysis (CDA) als methodologischen Ansatz, um eine gründliche Bewertung der durchgeführten Interviews vorzunehmen. Ziel ist es, soziale Dynamiken, Machtverhältnisse und ideologische Einflüsse in den Aussagen der Befragten zu identifizieren. Die Bewertung der Interviews erfolgt in drei aufeinander aufbauenden Schritten, die den Prinzipien der CDA folgen. Im ersten Schritt erfolgt eine deskriptive Analyse der sprachlichen Eigenschaften und Elemente. Dies ermöglicht eine umfassende Darstellung der sprachlichen Strukturen, um deren spezifische Merkmale zu erfassen. Im zweiten Schritt erfolgt die Interpretation der Texte im Kontext von Interaktion und sozialem Verständnis. Dabei wird die Bedeutung der sprachlichen Elemente angemessen berücksichtigt, um eine tiefere Einsicht in die zugrunde liegenden sozialen Dynamiken zu gewinnen. Der abschließende Schritt beinhaltet die Erklärung, die die Verbindung zwischen sprachlicher Interaktion und sozialem Kontext herstellt, insbesondere im Hinblick auf die Zivilgesellschaft in Montenegro und deren Beziehung zur EU-Integration. Dieser Schritt zielt

darauf ab, die Wechselwirkungen zwischen den sprachlichen Äußerungen der Befragten und den gesellschaftlichen Herausforderungen im Rahmen der EU-Integration in Montenegro zu verdeutlichen. Durch diese strukturierte Vorgehensweise ermöglicht die CDA eine systematische Analyse der Interviews, um nicht nur die sprachlichen Aspekte, sondern auch deren eingebettete soziale Bedeutung zu erfassen. Dieser Ansatz trägt dazu bei, ein umfassendes Verständnis der diskursiven Dynamiken in Bezug auf die untersuchten Themen zu gewinnen.

Die Konzeption von Abbildung 8 veranschaulicht das Analysemodell, welches auf zwei theoretischen Rahmen basiert: dem rationalistischen Institutionalismus als Top-down-Ansatz und dem konstruktivistischen Institutionalismus als Bottom-up-Ansatz. Gemäß dem rationalistischen Institutionalismus erfolgt die Übernahme von EU-Standards durch Montenegro aufgrund externer Anreize seitens der EU. Die EU legt klare Bedingungen wie die Konditionalität fest, die Montenegro erfüllen muss, um den Beitrittsprozess voranzutreiben. Diese Bedingungen werden von der EU gesetzt und basieren auf Rational-Choice-Überlegungen von Akteuren, die ihre Entscheidungen auf Eigeninteressen und Kosten-Nutzen-Kalkulationen stützen. In diesem Kontext wurde der *Neue Ansatz* von der Europäischen Kommission als Methodologie eingeführt, der vorsieht, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in den Verhandlungsgruppen des Beitrittsprozesses aktiv beteiligt sind. Montenegro wird hier als rationaler Akteur betrachtet, der bestrebt ist, die festgelegten Bedingungen zu erfüllen, um die begehrten EU-Vorteile zu erlangen. Die Kosten-Nutzen-Kalkulationen spielen dabei eine entscheidende Rolle für Montenegro. Die EU-Konditionalität beeinflusst die Entscheidungen des Landes, da es abwägen muss, welche politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kosten mit der Übernahme von EU-Standards verbunden sind und welchen Nutzen es durch den EU-Beitritt erhält. Die EU setzt externe Anreize wie finanzielle Unterstützung, institutionelle Integration und politische Unterstützung als Belohnungen für die Erfüllung der Bedingungen ein. Gleichzeitig dienen Sanktionen in Form der Zurückhaltung dieser Anreize als Druckmittel, um Montenegro zur Einhaltung der vereinbarten Standards zu bewegen. Die kontinuierliche Überwachung und Kontrolle seitens der EU stellt sicher, dass Montenegro seine Verpflichtungen erfüllt und die Anreize gerechtfertigt sind. Die Glaubwürdigkeit der EU-Konditionalität ist für Montenegro entscheidend, um die Akzeptanz und Umsetzung der geforderten Reformen zu gewährleisten. Klare definierte Bedingungen und die Einhaltung von Versprechen erhöhen die Glaubwürdigkeit und fördern die Zusammenarbeit Montenegros im Rahmen des Beitrittsverfahrens.

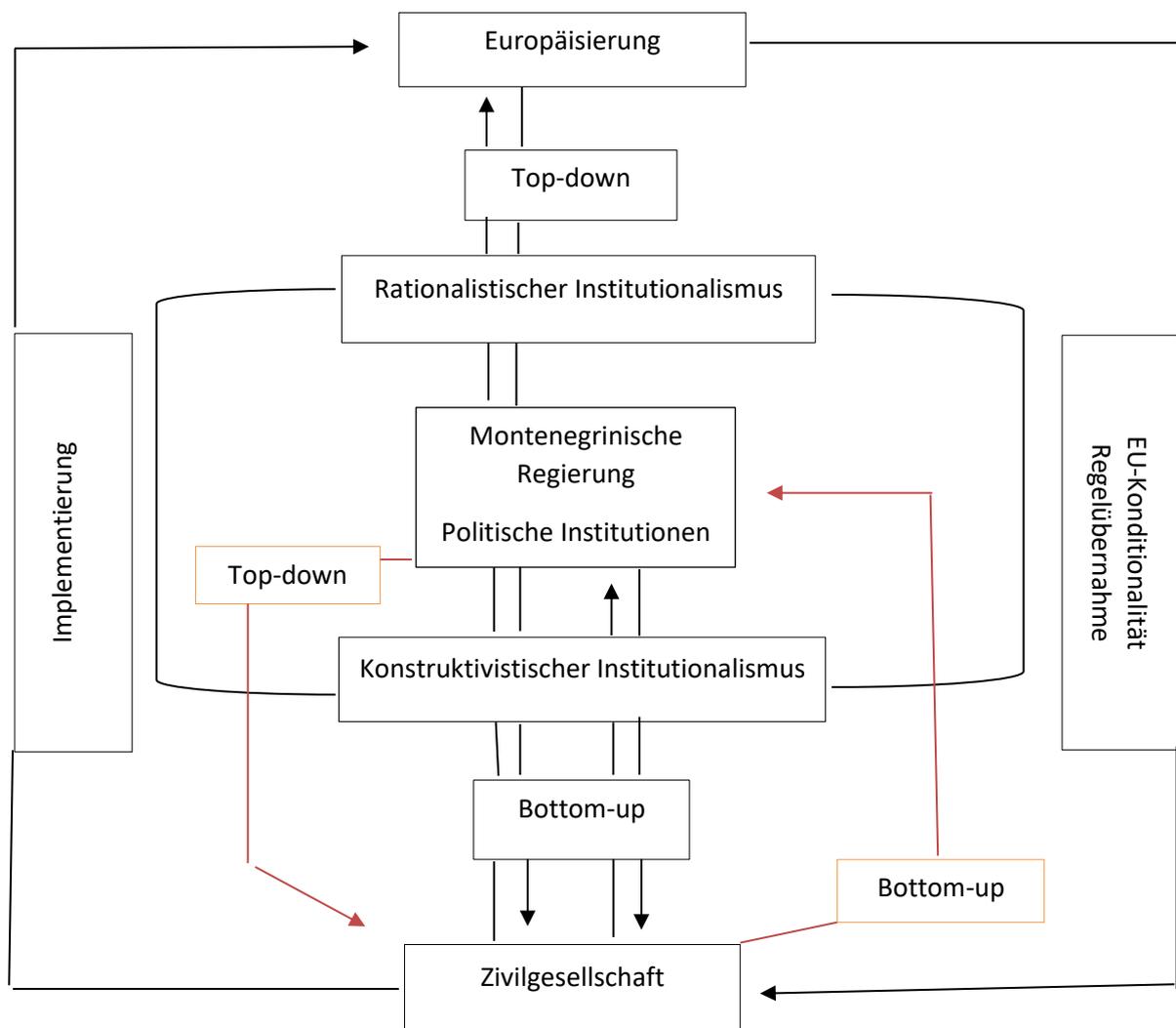
Der konstruktivistische Institutionalismus betont hingegen die Eigeninitiative Montenegros in den Europäisierungsprozessen und berücksichtigt dabei soziale und kulturelle Aspekte der Integration. Die aktive Beteiligung der montenegrinischen Zivilgesellschaft im EU-Beitrittsprozess ist entscheidend und wird durch den konstruktivistischen Institutionalismus beleuchtet. Innerhalb dieses Rahmens identifizieren sich Akteure, insbesondere die Zivilgesellschaft, mit den Werten und Normen der EU, was zu einer Übernahme von EU-Regeln führt. Dieser Identifikationsprozess basiert auf der als legitim empfundenen Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen europäischen Gemeinschaft. Soziales Lernen spielt dabei eine zentrale Rolle. Die montenegrinische Zivilgesellschaft orientiert sich an anderen EU-Ländern und adaptiert deren Erfahrungen, um ihre Einstellungen und Handlungen zu formen. Die Akzeptanz von EU-Standards durch die Zivilgesellschaft hängt wesentlich von der innerstaatlichen Identifikation mit der EU und der wahrgenommenen Legitimität dieser Standards ab. Die EU-Sozialisierung beeinflusst diesen Prozess maßgeblich. Durch Kommunikation von Forderungen und Regeln seitens der EU werden Akteure, darunter die Zivilgesellschaft, beeinflusst und zur Übernahme europäischer Standards motiviert. Dabei sind die Legitimität der EU-Bedingungen und die Identifikation mit den EU-Werten entscheidend. Wechselwirkungen mit anderen Akteuren, darunter die montenegrinische Regierung, politische Parteien und Unternehmen, spielen eine wichtige Rolle. Interne und externe Faktoren beeinflussen die Dynamik dieses Wechselspiels und prägen die Übernahme von EU-Regeln durch die Zivilgesellschaft.

Das Analysemodell unterteilt sich in politische Institutionen (Top-down) und die Zivilgesellschaft (Bottom-up). Auf der Ebene der politischen Institutionen stehen Strukturen, Gesetze, Entscheidungsprozesse, politische Kultur und Führung in Montenegro im Fokus. Es werden auch Fragen zur Unterstützung von Vereinigungsrechten und zur Qualität der Demokratie analysiert. In Bezug auf die Zivilgesellschaft liegt der Fokus auf unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, ihren Interessen, Aktivitäten, gemeinsamen Zielen und ihrer Rolle bei sozialen und politischen Reformen.

Die Wechselwirkungen zwischen Top-down (politische Institutionen) und Bottom-up (Zivilgesellschaft) werden eingehend untersucht, insbesondere im Hinblick auf die Beeinflussung zwischen politischen Institutionen und Zivilgesellschaft im EU-Beitrittskontext. Es wird auch betrachtet, wie politische Institutionen die Entwicklung der Zivilgesellschaft beeinflussen und umgekehrt. Ein zentraler Aspekt ist die Untersuchung, inwieweit Montenegro die von der EU festgelegten Standards und Normen verinnerlicht und umsetzt. Dabei wird auch

die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung von Veränderungen für die EU-Mitgliedschaft berücksichtigt.

Abbildung 8: Analysemodell



Quelle: Eigene Darstellung

Das übergeordnete Ziel dieses Analysemodells ist das umfassende Verständnis der Dynamiken zwischen politischen Institutionen und der Zivilgesellschaft in Montenegro während des EU-Beitrittsprozesses.

II Fallbeispiel: Montenegro

1 Die Gründung eines States: Geschichtlicher Hintergrund

„A person who was born in the Montenegro’s town of Cetinje in 1908, who had lived and eventually died there in 2008, would have lived through several wars, witnessed huge social upheavals and lived in six different states without leaving his or her place of birth. Yet, that individual would still have been born and died in an independent Montenegro.” (Morrison 2009, S. 10)

Kenneth Morrison veranschaulicht Montenegros komplexe politische und soziokulturelle Übergänge durch ein anschauliches Beispiel. Er beschreibt eine Person, die im Jahr 1908 in der Stadt Cetinje in Montenegro geboren wurde und dort im Jahr 2008 verstarb. Diese Person wäre Zeuge mehrerer Kriege gewesen, hätte bedeutende gesellschaftliche Umwälzungen erlebt und hätte in sechs verschiedenen Staaten gelebt, ohne jemals ihren Geburtsort zu verlassen. Trotz dieser Erfahrungen wäre sie in einem unabhängigen Montenegro geboren und gestorben. Morrison betont damit die faszinierende Forschungsdynamik, die Montenegros politische und soziokulturelle Geschichte ausmacht. Die Geschichte des Landes wird durch eine Vielzahl historischer Ereignisse, politischer Entwicklungen und soziokultureller Transformationen geprägt. Dieses Beispiel verdeutlicht, wie die Lebensgeschichte dieser Person Montenegros facettenreiche Vergangenheit widerspiegelt, die von einer bewegten Historie und sich verändernden politischen Kontexten gezeichnet ist. Diese lebendige Darstellung zeigt, wie Montenegro im Laufe der Zeit unterschiedliche Phasen durchlaufen hat und wie diese Vielfalt an Erfahrungen die heutige Gestalt des Landes geformt hat.

Die Legende besagt, dass im Jahr 1766 ein Fremder in die Stadt Maina kam. Ein Jahr nach seiner Ankunft wurde er als Šćepan Mali (Stefan der Kleine) bekannt - der erste und einzige Zar von Montenegro. Seine unerwartete Erhebung auf den Thron und seine Fähigkeit, die Liebe des einfachen Volkes sowie die Autorität der Führer zu gewinnen, beruhten lediglich auf einem Gerücht: Es hieß, er sei in Wirklichkeit der russische Zar Peter III. In den sieben Jahren seiner

Regentschaft erreichten die montenegrinischen Stämme eine Einheit und Ruhe, wie sie zuvor nie existiert hatten. Die Montenegrinischen Gebiete wurden maßgeblich von ihrer einzigartigen geopolitischen Lage geprägt, was sich in ihrer historischen Entwicklung widerspiegelt. Zeta entstand als erste organisierte politische Einheit in diesen Territorien, konnte jedoch nur für eine begrenzte Zeit Bestand haben. Nach 173 Jahren als unabhängige Entität wurde Zeta im Jahr 1189 Teil eines halbautonomen Staates, der von der Nemanjić-Dynastie regiert wurde (Jovanović 1948). Dieser politische Übergang markierte einen bedeutenden Wendepunkt in der Montenegrinischen Geschichte. Der Niedergang der Nemanjić-Dynastie im Jahr 1360 legte den

Abbildung 9: Zeta im 13. Jahrhundert



1. Zeta and Serbia, mid-13th century

Quelle: (Roberts 2007, S. 10)

Weg frei für den Vorstoß des Osmanischen Reiches auf dem Balkan. Über einen Zeitraum von vier Jahrhunderten war Montenegro sowohl vom Einfluss der Osmanen als auch von Venedig

geprägt, wodurch es in einer Art Zwischenposition zwischen diesen beiden mächtigen Akteuren stand. Die Osmanen konnten zwar die Kontrolle über wichtige Städte erlangen, jedoch gelang es ihnen nicht, die bergigen Dörfer, in denen die orthodoxe Bevölkerung Schutz suchte, völlig zu beherrschen. Diese Gegebenheit legte den Grundstein für die Entwicklung einer ganz eigenen sozialen Struktur und Kultur in den betroffenen Gebieten (Roberts 2007). Der Soziologe Christopher Boehm (Boehm 1983) hat Montenegro als segmentäre Gesellschaft bezeichnet, in der die grundlegende Einheit die „kuća“ (das Haus) war. Diese patrilinearen erweiterten Familien bildeten häufig *Clans*, die ein relativ homogenes Gebiet bewohnten und eine starke Solidarität und Gruppenidentität aufwiesen. Mehrere *Clans* bildeten wiederum einen Stamm. Die Allmontenegrinische Versammlung, bei der interstammespolitische Angelegenheiten diskutiert wurden, hatte jedoch lediglich eine moralische Autorität und keine exekutiven Befugnisse. An ihrer Spitze stand der *Vladika*, der sowohl religiöser als auch weltlicher Führer der montenegrinischen Stämme war. Diese theokratische Regierungsform dauerte bis 1852 an, als der *Vladika* Danilo I Petrović sich zum Fürsten erklärte und eine strikt weltliche Rolle annahm. Zur dieser Zeit, die Identität und das Eigeninteresse des individuellen Montenegriner:inn waren viel enger an seinen Stamm und seine und der sorgsam behüteten Autonomie gebunden als an irgendeine Vorstellung von Montenegro als Ganzes (Boehm 1983). Das Ende des 18. Jahrhunderts brachte mit der Episode von Šćepan Mali einen bedeutenden Wendepunkt. Die darauf folgenden *Vladikas*, Petar I. und Petar II. Petrović Njegoš, hatten den klaren Entschluss gefasst, die innere Einheit sowohl im Alten Montenegro als auch bei den Brda-Stämmen zu festigen. Im Jahr 1798 wurde von der *Versammlung der Allgemeine Montenegrinische und Hügel-Code* (Zakonik opšti crnogorski i brdski) entwickelt, der als rechtliche Grundlage diente und durch *das Montenegrinische und Hügel-Gericht* (Crnogorski i Brdski Sud) sowie *die Nationalkanzlei* (Narodna Kancelarija) mit Sitz in der Hauptstadt Cetinje (Rastoder 2003, S. 118) umgesetzt wurde. Als 1833 das erste Steuersystem eingeführt wurde, erfolgte dies im Zusammenspiel mit der Einführung der Institution der ersten zentralen Polizei. Ein Jahr darauf wurden die erste Grundschule und ein monatlich erscheinendes Magazin in Montenegro etabliert. Schließlich schuf Petar IIs Neffe Danilo im Jahr 1852 eine formelle Trennung zwischen weltlicher und religiöser Autorität und proklamierte die Entstehung Montenegros als Fürstentum. 1853 stellte er die erste montenegrinische Armee auf und erließ zwei Jahre später den sogenannten Danilo'schen Rechtskodex, Montenegros ersten Gesetzeskodex (Morrison 2009, S. 18).

Im Jahr 1878 erhielt Montenegro offizielle Anerkennung als unabhängiger Staat während des Berliner Kongresses. Unter der Führung von Fürst Nikola I Petrović lag der Fokus auf der

weiteren Festigung der Zentralregierung. Im Jahr 1905 führte er die erste montenegrinische Verfassung ein, die Montenegro als konstitutionelle Monarchie definierte. In dieser Zeit entstanden die ersten politischen Parteien in Montenegro: Die *Narodna stranka* (Volkspartei), die auch als *Klubaška* oder „Klub-Partei“ bekannt war, und die *Prava narodna stranka* (Echte Volkspartei), die als *Pravaši* bezeichnet wurde. Während die letztere Partei hauptsächlich Unterstützung für den montenegrinischen Hof fand, setzte sich die erstere für engere Beziehungen zu Serbien und den Serb:innen ein (Treadway 1983, S. 18–29). Die Gegensätzlichkeit zwischen diesen beiden Parteien verschärfte sich nach 1910, als Fürst Nikola I Petrović Montenegro zum Königreich erklärte (Morrison 2009).

Die Balkankriege von 1912-1913 hatten eine besonders bedeutsame Folge: Sie führten zu einer erheblichen Erweiterung des montenegrinischen Territoriums. Nach dem Ersten Weltkrieg erlangte Montenegro Gebiete, die zuvor niemals Teil des Landes waren, und somit entstand eine Bevölkerung mit gespaltenen Loyalitäten. Anfängliche Erfolge wurden getrübt, als Österreich-Ungarn Ende 1915 Montenegro besetzte. Der König und seine Regierung verließen das Land, und die montenegrinische Armee ergab sich offiziell. Schließlich war es die serbische Armee, die Montenegro von der Besatzung befreite und damit effektive Kontrolle über das Gebiet erlangte. Das Ende des Krieges leitete die Entstehung eines vereinten südslawischen Staates ein. Bei der Aufnahme der montenegrinischen Gebiete in diesen neuen Staat hörte Montenegro als eigenständige politische Einheit auf zu existieren. Eine Wahl für die sogenannte Große Nationalversammlung wurde abgehalten, und am 26. November 1918 entthronte dieses Gremium den König und stimmte bedingungslos einer Vereinigung mit dem Königreich Serbien zu (Morrison 2009, S. 41).

Die inneren gespaltenen Loyalitäten innerhalb der politischen und kulturellen Elite von Montenegro fanden ihre bildliche Entsprechung in den Farben des Papiers, auf dem die Listen der Kandidat:innen für die Versammlungswahlen abgebildet waren. Die Verfechter:innen der Einigung wurden als *Bjelaši* oder Weiße bezeichnet, während die Gegenseite als *Zelenaši* oder Grüne bekannt war. Die Anhänger:innen der Weißen argumentierten dafür, dass Serb:innen und Montenegriner:innen ein gemeinsames Volk bildeten und daher in einem einzigen Land zusammenleben sollten. Die Grünen hingegen betonten das Prinzip der Gleichheit und legten großen Wert auf eine eigenständige montenegrinische Identität. Es wird angenommen, dass die Mehrheit der Unterstützer:innen der Grünen aus der traditionellen Region des *Alten Montenegros* stammte, während die Befürworter der Einigung größtenteils aus den Gebieten der Brda sowie den nach den Balkankriegen erworbenen Gebieten kamen. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (später in Königreich Jugoslawien umbenannt) verfolgte eine

Politik der Angleichung. Die Montenegriner:innen wurden als ethnische Serb:innen angesehen, und Montenegro wurde als Hüter der serbischen Staatlichkeit während der osmanischen Herrschaft betrachtet (Pavlović 2003a).

Trotzdem blieb die Kluft innerhalb der montenegrinischen Bevölkerung, insbesondere innerhalb der politischen und kulturellen Eliten, bestehen. Während der Besatzung durch Italien im Jahr 1941 führten dieselben territorialen und ideologischen Spaltungen zu einer Zersplitterung der Menschen in Montenegro in verschiedene Lager. Die Anhänger:innen eines unabhängigen Montenegros, die *Zelenaši* genannt wurden, schlossen sich rasch den kommunistischen Partisanen an. Auf der anderen Seite unterstützten die *Bjelaši* die serbisch-nationalistischen Kräfte, die als *Četniks* bekannt waren. Bis 1945 wurden die *Četniks* besiegt und der neu gegründete sozialistische Staat führte eine Politik der *Bratsvo i jedinstvo* (Brüderlichkeit und Einheit) zwischen den verschiedenen jugoslawischen Nationen ein (Morrison 2009). Die Bundesrepublik Jugoslawien, die im Jahr 1945 ins Leben gerufen wurde, bestand aus sechs föderalen Einheiten (Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien) und Montenegro war eine von ihnen.

Obwohl der Nationalismus in Montenegro bereits lange vor dem Aufkommen des Kommunismus existierte, übte der Kommunismus dennoch einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung und Ausprägung des Nationalismus in der Region aus. Vor der kommunistischen Revolution war Montenegro eine traditionelle, agrarisch geprägte Gesellschaft mit starken Stammesbindungen und ausgeprägten regionalen Unterschieden (Rastoder 2003). Die institutionellen Voraussetzungen für die Entstehung von nationalistischen Bewegungen im modernen soziologischen Kontext waren nur begrenzt vorhanden. Die Alphabetisierungsrate war niedrig, die Infrastruktur kaum entwickelt, es gab keine standardisierte Sprache und nur wenige ausgebaute kulturelle Institutionen (Pavlović 2003b; Rastoder 2003). Mit dem Aufstieg des Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte Montenegro jedoch eine dramatische Transformation. Der Kommunismus führte zu intensiver Modernisierung und schuf die strukturellen Voraussetzungen für die Nationalisierung der Massen. Es wurden umfassende Bildungs- und Kultureinrichtungen geschaffen, die Alphabetisierung erreichte nahezu universelle Ausmaße, und es entstand eine lebendige *hochkulturelle* Szene. Die Industrialisierung und Urbanisierung Schritten voran, und die Infrastruktur wurde ausgebaut. Der Kommunismus schuf somit die notwendigen Bedingungen, um die ländlichen Bevölkerungsschichten in Montenegro in die moderne Gesellschaft zu integrieren. Allerdings nahmen die nationale Identitätsbildung und der Nationalismus unter dem kommunistischen Regime eine eigenständige Entwicklung an. Statt einer einheitlichen nationalen Identität

entstanden in Montenegro zwei konkurrierende Formen von Nation-Sein: die montenegrinische und die serbische Identität. Die politische Instrumentalisierung der Kultur durch den Staat spielte dabei eine entscheidende Rolle. Der Kommunismus ermöglichte die aktive Politisierung der Kultur und schuf somit die Grundlage für die Entstehung und Ausprägung des Nationalismus als Massenphänomen. Diese Dynamik führte dazu, dass sich sowohl der montenegrinische als auch der serbische Nationalismus im Laufe der Zeit weiterentwickelten und politisch relevant wurden (Rastoder 2003; Pavlović 2003b; Morrison 2009).

Es ist wichtig anzumerken, dass der Kommunismus nicht ausschließlich für die Entstehung des Nationalismus verantwortlich ist. Der Nationalismus existierte bereits vor dem kommunistischen Regime, insbesondere aufgrund historischer und kultureller Faktoren. Der Kommunismus verstärkte und transformierte jedoch die nationalistischen Tendenzen in Montenegro und schuf die Grundlage für die spätere politische Auseinandersetzung zwischen montenegrinischer und serbischer Identität.

Die Ideologie der Selbstverwaltung, auch als sozialistische Selbstverwaltung bekannt, war ein zentrales Element in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ). In diesem System gab es kein traditionelles Mehrparteiensystem (Darmanović 2007a, S. 25–28). Obwohl in SFRJ regelmäßig alle vier Jahre Wahlen stattfanden, dienten diese hauptsächlich dazu, die regierende Kommunistische Liga Jugoslawiens (Savez komunista Jugoslavije – SKJ) / Kommunistische Liga Montenegros (Savez komunista Crne Gore – SKCG) und deren Listen der Volksfront, später umbenannt in Sozialistische Arbeitergewerkschaft (Socijalistički sindikat radničke klase - SSRN), zu unterstützen. Die Kandidaten waren ausschließlich Mitglieder der Regierungspartei. Im sozialistischen Jugoslawien gab es im Gegensatz zu den sowjetisch dominierten osteuropäischen kommunistischen Nationen kein kollektives Landeigentum. Das Land, auf dem die Menschen arbeiteten, gehörte ihnen selbst, während die Unternehmen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens gehörten. Eine Besonderheit des jugoslawischen Systems war, dass die Beschäftigten in den Fabriken Betriebsräte bilden durften. Diese Betriebsräte hatten das Recht, Manager einzustellen, mit denen sie bevorzugt zusammenarbeiten wollten, und sie konnten an der Unternehmenspolitik teilhaben (Schuman 2004, S. 39).

Die Doktrin der Selbstverwaltung beinhaltete eine dezentrale Entscheidungsfindung auf betrieblicher Ebene und gewährte den Arbeiter:innen gewisse Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Dieses System sollte eine direkte Beteiligung der Arbeitnehmer:innen an der Verwaltung und Organisation der Wirtschaft ermöglichen und eine gewisse Autonomie auf lokaler Ebene gewährleisten. Diese sozialistische Selbstverwaltung und

die daraus resultierenden Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten hatten Auswirkungen auf die politische Landschaft in Jugoslawien. Es gab zwar eine formale Einparteienherrschaft der Kommunistischen Liga, aber auf lokaler Ebene konnten die Betriebsräte eine gewisse Autonomie und Einflussnahme ausüben. Dies führte zu einer gewissen Pluralität und Vielfalt in den politischen Entscheidungsprozessen auf lokaler Ebene, auch wenn die dominierende politische Kraft weiterhin die Kommunistische Liga war (Schuman 2004; Morrison 2009; Rastoder 2003).

Im nächsten Kapitel wird der Fokus auf der Transition in Montenegro liegen, wo die Geschichte des Landes eine entscheidende Wendung nahm. Nach den politischen und soziokulturellen Entwicklungen im vorherigen Kapitel wird nun der Übergang von einem sozialistischen System zur Unabhängigkeit und modernen Staatsbildung Montenegros untersucht. Dabei werden die Herausforderungen und Schwierigkeiten, die mit dem Übergang zur Demokratie einhergingen, beleuchtet. Insbesondere wird auf die politische Umgestaltung, die Auswirkungen der Jugoslawienkriege und die ethno-politische Heterogenität des Landes eingegangen, die die Konsolidierung der Demokratie beeinflussen.

1.1 Die Transition in Montenegro

Zum ersten Mal in der Geschichte hat Montenegro nach dem Sturz des Wettbewerbsautoritarismus, wie von Steven Levitsky und Lucan Way (2010) beschrieben, eine demokratische Regierung etabliert. Ende der 1990er Jahre wurde das Land dem minimalistischen Ansatz zur Demokratisierung entsprechend, der sich auf freie und faire Wahlen konzentriert (Huntington 1991; Linz und Stepan 1996b), zu einem späten Demokratisierer. Es handelt sich nicht um eine Re-Demokratisierung oder eine Rückkehr zur liberalen Demokratie, die das Land vor langer Zeit durch den Kommunismus verpasst hat. Vor den Wahlen von 1990 verliefen politische Liberalisierung und Demokratisierung praktisch nicht über einen längeren Zeitraum, und es fehlten ebenso jegliche pluralistischen oder libertären Traditionen, die als förderliche Voraussetzungen für den Prozess der Demokratisierung angesehen werden könnten (Milačić 2017, S. 23). Der Aufbau eines neuen politischen Systems in Montenegro gestaltet sich herausfordernder, da vorautoritäre soziale Bewegungen, organisierte Interessen, autonom agierende Organisationen, eine demokratisch-parlamentarische Kultur und ein Repertoire an politisch-institutionellem Orientierungswissen

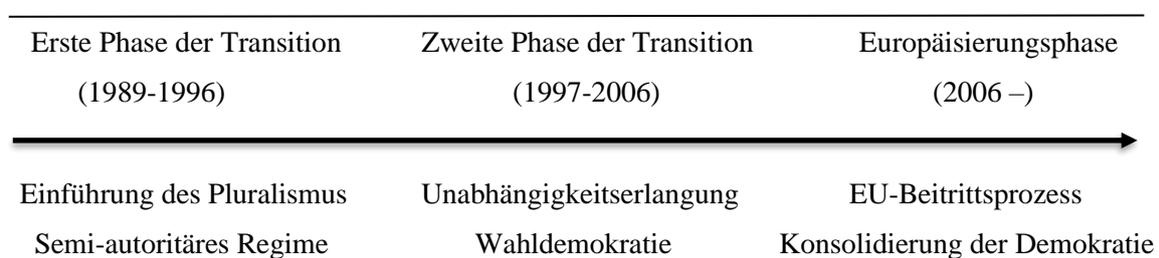
in seiner historischen Entwicklung fehlen. Im Vergleich zu Ländern, in denen diese fundamentalen Elemente bereits etabliert waren, befindet sich Montenegro somit in einer einzigartigen Situation, die den Prozess der politischen Neugestaltung mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert. Viele Autor:innen betrachten dies als einen wichtigen Nachteil im Konsolidierungsprozess (O'Donnell 1992; Offe 1997). Zusätzlich hat der Kommunismus nicht nur eine wenig ausgeprägte Zivilgesellschaft und ein begrenztes Niveau an eigenständiger Artikulation sozialer Interessen hinterlassen. In den vergangenen Jahren hat er auch einen förderlichen Nährboden für die Entfaltung der Zivilgesellschaft auf religiöser und ethnischer Grundlage bereitet. Die Ausprägung dieser Form der Zivilgesellschaft unterscheidet sich erheblich von der Vorstellung der Zivilgesellschaft im Sinne von Putnam oder Tocqueville, die als *Eckpfeiler der Demokratie* gelten. Diese Differenzierung stellte somit ein bedeutendes Hindernis für die Festigung der Demokratie dar (Fagan 2010, S. 53).

Der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Montenegro wurde nicht durch einen Druck von unten ausgelöst. Wie Darmanović aufzeigt, geschah dies vielmehr im „Rahmen der Jänner-Revolution“ (Darmanović 2007a, S. 15), die im folgenden Kapitel näher analysiert wird, und weniger im Streben nach Demokratie. Eine neue Partei wurde gegründet, die nach und nach die Rhetorik der Transition akzeptierte, einschließlich Demokratie, Mehrparteiensystem, Menschenrechte und Freiheiten. Jedoch erfolgte ein Wechsel der Übergangsleitung zu jungen Eliten, die unter dem Einfluss von Slobodan Milošević standen (Morrison 2018, S. 431), einem serbischen Politiker, der in den 1980er und 1990er Jahren Bekanntheit erlangte und mit Konflikten sowie ethnischen Spannungen im ehemaligen Jugoslawien in Verbindung gebracht wird.

Der Zusammenbruch der Sozialistischen Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) hatte fatale Folgen für die montenegrinische Gesellschaft, einschließlich Kriegen in Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Wirtschaftssanktionen des UN-Sicherheitsrates gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und militärischen Interventionen der NATO gegen Miloševićs Regime (Muk et al. 2006, S. 18). Die genannten Ereignisse haben zu weiteren Herausforderungen geführt, die den Pfad der Konsolidierung maßgeblich beeinflusst haben, insbesondere in Bezug auf die Problematik der Bildung von Nationalstaaten. Klaus von Beyme (1994) und Wolfgang Merkel (1999) beschreiben den Systemwechsel als eine Mischung aus Top-Down-Steuerung, Zerfall und Neugründung des Staates. Die Lage in Montenegro unterstreicht die Sorgen, dass ein Umbruch des Systems, der von ehemaligen Eliten des vorherigen Regimes gesteuert wird und durch die Gründung neuer Staaten geprägt ist, erhebliche Hürden für die Festigung der Demokratie aufwerfen kann (Merkel et al. 2003). Das

andere Problem ist die ethnische Heterogenität in Montenegro. Jede:r fünfte Bürger:inn gehört einer Minderheit an. Bereits im 19. Jahrhundert betonte John Stuart Mill (1873, S. 242), dass die Etablierung freier Institutionen in einem Land mit mehreren Nationalitäten nahezu unmöglich sei. Vielen Autor:innen stützen diese Annahme und argumentieren generell, dass die Wahrscheinlichkeit für eine demokratische Ausrichtung in einem ethnisch homogenen Staat größer ist im Vergleich zu einem ethnisch heterogenen Staat. Ihrer Ansicht nach nimmt die Bedeutung ethnischer und religiöser Spaltungen, die sich nachteilig auf die Konsolidierung auswirken können, in einer Gesellschaft mit ethnischen und religiösen Segmentierungen zu (Horowitz 1995; Linz und Stepan 1996b). In Montenegro wurde die Frage der ethnischen Zugehörigkeit politisiert, was zu einer Ethnifizierung des gesamten politischen Systems führte (Bieber 2003). Dieser Umstand erwies sich als Hemmnis für den anhaltenden Konsolidierungsprozess. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen, dass die Konsolidierung der Demokratie in Montenegro durch komplexe politische und gesellschaftliche Herausforderungen beeinträchtigt wird.

Abbildung 10: Chronologie des montenegrinischen Transitionsprozesses



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an (Darmanović 2007a)

Die Abbildung 10 zeigt, wie sich der Wandelprozess in einem spezifischen Kontext in unterschiedlichen Phasen abgespielt hat. In der ersten Phase, die von 1989 bis 1996 andauerte, wurde der politische Pluralismus eingeführt, nachdem zuvor ein eher autoritäres Regime vorherrschte. In dieser Zeitperiode ebnete sich der Weg zu einer offeneren politischen Landschaft.

Die zweite Phase, die von 1997 bis 2006 reichte, war geprägt von der Erringung der Unabhängigkeit sowie dem Übergang von einer halb-autoritären Regierungsform hin zu einer

Wahldemokratie. In dieser Ära spielten Wahlen und demokratische Prozesse eine immer größere Rolle im politischen System.

Die dritte Phase, die seit 2006 anhält, wird als Europäisierungsphase bezeichnet. In dieser Zeitspanne wurde der Prozess für einen möglichen EU-Beitritt in Gang gesetzt, was eine weitreichende Anpassung an europäische Standards und Werte einschließt. Gleichzeitig wurde die Demokratie weiter gefestigt, indem demokratische Institutionen und Prozesse gestärkt wurden.

Die Abbildung 10 illustriert somit anschaulich den zeitlichen Verlauf dieser Phasen – angefangen von der Einführung des politischen Pluralismus über die Gewinnung der Unabhängigkeit und den Wandel zur Demokratie bis hin zur Integration in die Europäische Union. Im folgenden Abschnitt wird genauer auf jede dieser Phasen eingegangen, um ein besseres Verständnis für die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie ihre Auswirkungen zu erhalten.

1.1.1 Die Erste Transition

Die erste Transition in Montenegro, die als die *antibürokratische Revolution* bekannt ist, markiert einen bedeutsamen Wendepunkt in der Geschichte des Landes. Sie erstreckte sich von August 1988 bis Januar 1989 und war geprägt von Massenkundgebungen und Demonstrationen, an denen Industriearbeiter:innen, Student:innen und andere Bürger:innengruppen teilnahmen (Ribić 2012, S. 1079). Der Begriff *antibürokratische Revolution* mag zunächst sarkastisch klingen, da diese Ereignisse eine dramatische Entwicklung nahmen und tatsächlich zu bedeutenden politischen Veränderungen führten (Vladisavljević 2008, S. 1). Ursprünglich waren diese Proteste als Ausdruck der Solidarität mit der serbischen und montenegrinischen Bevölkerung im Kosovo gedacht, die behauptete, von den Kosovo-Albaner:innen unterdrückt zu werden. Diese Demonstrationen waren stark nationalistisch geprägt und erhielten erwartungsgemäß Unterstützung von nationalistischen Eliten in Belgrad. Letztendlich kulminierten sie in der besagten Revolution (Rastoder 2013, S. 8). Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass der aufstrebende Nationalismus, der zu dieser Zeit eine bedeutende Rolle in der Politik Montenegros spielte, nicht der Hauptfaktor für die größten Herausforderungen des Landes war. Die Gründe für die *antibürokratische Revolution* in

Montenegro, wie von Florian Bieber (Bieber 2003, S. 14) dargelegt, lassen sich auf vier entscheidende Faktoren zurückführen:

- a) *Breite gesellschaftliche Unzufriedenheit mit dem bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Status quo.*
- b) *Einfluss nationalistischer Intellektueller.*
- c) *Aktivitäten ethnischer Unternehmer:innen innerhalb des Bundes der Kommunisten Serbiens.*
- d) *Ein institutionelles System im späten kommunistischen Jugoslawien, das die Betonung ethnischer Zugehörigkeit begünstigte.*

Die SFRY befand sich seit den frühen 1980er Jahren inmitten einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise. Da die kommunistische Führung Montenegros keine wirksamen Lösungen für diese Krise fand, war die Republik im Jahr 1987 gezwungen, gemeinsam mit dem Kosovo und Mazedonien Insolvenz anzumelden (Bieber 2003, S. 13). Zu dieser Zeit lebten über 20 Prozent der Montenegr:inerinnen in Armut und waren auf Sozialleistungen angewiesen, was zu einem Konflikt zwischen einer unzufriedenen Bürgerschaft und politischen Führungskräften innerhalb des Sozialistischen Bundes der Kommunisten Montenegros führte, die keine Lösungen für diese Krise anbieten konnten (Morrison 2012, S. 429–430).

Das Wiederaufleben der sogenannten serbischen Frage zwang die Montenegriner:innen erneut dazu, ihre nationale Identität zu überdenken. Das Argument, dass die Montenegriner:innen Teil der serbischen Nation seien und ihre Identität lediglich von jugoslawischen Kommunisten geschaffen worden sei, die Montenegro von seinen serbischen Wurzeln abkoppeln wollten, gewann unter intellektuellen und nationalistischen Gruppen in Serbien an Bedeutung. Die montenegrinische Führung erkannte die Gefahren eines aufkommenden Nationalismus. Vidoje Žarković, der zu dieser Zeit Präsident des montenegrinischen Kommunistenbundes war, warnte eindringlich davor, dass die Prinzipien der *Brüderlichkeit und Einheit* (Bratstvo i jedinstvo) in der gesamten SFRY gegen aufkeimende nationalistische Kräfte verteidigt werden müssten (Morrison 2012, S. 428).

In diesem komplexen historischen Kontext wurden die Grundlagen für die antibürokratische Revolution in Montenegro gelegt, die letztendlich zu tiefgreifenden politischen Veränderungen führte. Die sozioökonomische Krise, die nationalistischen Strömungen und die Debatte um die nationale Identität waren allesamt entscheidende Faktoren, die das politische Geschehen in dieser Zeit geprägt haben. Aufgrund dieser Reihe von Ereignissen weiteten sich die Proteste

zunehmend aus und entwickelten sich von lokalisierten Demonstrationen mit geringer Intensität zu einer beliebten regierungsfeindlichen Bewegung (Morrison 2012, S. 429–430).

Der Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Montenegro wies im Vergleich zu den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern eine bemerkenswerte Besonderheit auf. Anders als in diesen Ländern, wo der soziale Druck von der Basis ausging und das politische System von unten nach oben verändert wurde, war der Umsturz in Montenegro ein Ergebnis innerhalb der kommunistischen Elite, begleitet von Bürger:innenaufständen (Vuković 2011, S. 61). Interessanterweise waren alle führenden Figuren dieser Bewegung Mitglieder:innen oder Funktionär:innen des Bundes der Kommunisten Montenegros und Jugoslawiens, sowie von sogenannten sozialpolitischen Organisationen wie der Sozialistischen Arbeiter:innengewerkschaft (Socijalistički savez radnog naroda - SSRN) oder der Sozialistischen Jugendgewerkschaft (Savez socijalističke Omladine – SSO) (Darmanović 2007a, S. 13). Die Sozialistische Arbeiter:innengewerkschaft wurde ursprünglich als eine Organisation geschaffen, in der unterschiedlichste Interessen gesammelt werden konnten, solange sie nicht gegen den sozialistischen Charakter von Staat und Gesellschaft gerichtet waren. In ähnlicher Weise diente die Sozialistische Jugendgewerkschaft als eine Art Personalreservoir der Liga der Kommunisten und war eine stark bürokratisierte Jugendorganisation. Obwohl diese Organisationen theoretisch als politische Gruppen gegründet wurden, die ihre eigenen Interessen vertreten konnten, war es kaum vorstellbar, dass ihre hochrangigen Funktionär:innen nicht gleichzeitig Mitglieder:innen des Bundes der Kommunisten waren. In den 1980er Jahren gewannen jedoch einige von ihnen, insbesondere die SSO, eine gewisse Autonomie und spielten im Kontext des Kommunismus eine fast unabhängige Rolle. Dieser Bewegung schlossen sich auch Arbeiter:innen von Unternehmen wie Radoje Dakić, das damals vor dem Scheitern stand, sowie Arbeiter:innen Stahlwerks Boris Kidić in Nikšić an (Morrison 2009, S. 98).

Die antibürokratische Revolution schien die Ziele der Demonstrant:innen zu erreichen, obwohl keine neue Partei gegründet wurde. Stattdessen wurde die Interimsführung von jungen Eliten unter dem Einfluss von Slobodan Milošević ersetzt. Interessanterweise stammte diese neue Gegenelite nicht aus antisystemischen Kreisen, was darauf hinweist, dass der Umsturz nicht aus einer grundsätzlichen Opposition gegen das System resultierte. Vielmehr war das Ziel der Revolution der Austausch der spezifischen kommunistischen Führung, nicht jedoch die Abschaffung des Kommunismus an sich. Die Regierung akzeptierte schrittweise die Rhetorik des Übergangs - Demokratie, Mehrparteiensystem, Menschenrechte und Freiheiten. Der

Übergang vollzog sich vorrangig unter dem Banner der Jännerrevolution und nicht primär im Zeichen der Demokratie selbst (Darmanović 2007a, S. 14–15).

Im Oktober 1990 trat die montenegrinische Versammlung ein bedeutendes Gesetz zur Einführung von Mehrparteienwahlen in Kraft. Dies führte zur Entstehung kleinerer Parteien, die jedoch nicht über ausreichende politische Durchschlagskraft verfügten, um der *Sozialistischen Liga der Kommunisten Montenegros* ernsthaft Konkurrenz zu bieten. Die ersten Mehrparteienwahlen in Montenegro fanden am 9. Januar 1990 statt. Interessanterweise hatte sich die SKCG vor diesen Wahlen nicht umbenannt und auch keine wesentlichen Veränderungen in ihrem politischen Programm vorgenommen. Dennoch beherrschte die SKCG die Wahlen und sicherte sich 83 der 125 Sitze im Parlament. Dieser Sieg festigte die Machtbasis der SKCG in der aufstrebenden demokratischen Umgebung Montenegros (Morrison 2012, S. 431).

Der Triumph der Liga der Kommunisten wurde von drei Hauptfaktoren beeinflusst, wie von Bieber (Bieber 2003, S. 16) festgestellt:

„Firstly, the ‘anti-bureaucratic revolution’ in the Republic had happened less than two years prior to the elections and the Serbian nationalist movement in Montenegro, represented by the new leadership of SKCG, Momir Bulatović and Milo Djukanović, continued to be genuinely popular within the Republic, as was the case in Serbia in elections which took place at the same time. Secondly, the Communist system, despite being discredited, was still more popular than elsewhere. Thirdly, the conditions for the elections were hardly free and fair; information about the political alternatives were limited and – where available – usually aimed at discrediting the opposition.“

Diese Faktoren verdeutlichen die komplexe Dynamik der politischen Veränderungen in Montenegro zu dieser Zeit. Obwohl die SKCG im Wesentlichen unverändert blieb und das kommunistische System nicht in Frage gestellt wurde, konnte sie ihren Einfluss und ihre Popularität bei den Wahlen aufrechterhalten. Dies unterstreicht die Herausforderungen, mit denen die entstehende demokratische Ordnung konfrontiert war, und wie verschiedene Faktoren die politische Landschaft Montenegros gestalteten.

Nach den Wahlen änderte die *Sozialistische Liga der Kommunisten Montenegros* ihren Namen in die Demokratische Partei der Sozialisten (DPS). Bis zum Jahr 1997 blieb die DPS eine dominierende politische Kraft in Montenegro, und sie nutzte ererbte Machtmonopole aus dem

vorherigen politischen System geschickt aus. Darmanović (Darmanović 2007a, S. 147) beschreibt die Art und Weise, wie die DPS die politische Landschaft Montenegros beeinflusste:

“The DPS held the system together by assiduously using its complete control over state organs and resources in order to squelch critics and rivals and win elections. The usual range of methods was employed, including party domination of the state-owned media; the packing of offices with party favourites; the maintenance of slush funds; occasional intimidation of adversaries; the abuse of police authority to influence the electoral process; and manipulations of electoral system. Backed by these kinds of tactics, the DPS easily bested its dispirited opponents and retained an absolute majority of seats in Montenegrin parliament.”

Bis Ende 1990 waren in Montenegro zwanzig politische Parteien registriert; bis Ende 1992 waren es bereits 27, bis Ende 1996 stieg die Anzahl auf 58, bis 2015 auf 45 und bis 2018 auf 49 politische Parteien. Allerdings, wie Kenneth Morrison (2012, S. 431) treffend bemerkt, bedeutet eine größere Anzahl von Parteien nicht zwangsläufig eine bessere Demokratie. Obwohl das Mehrparteiensystem offiziell akzeptiert und legalisiert wurde, schien die DPS dennoch eine hegemoniale Stellung einzunehmen. Dieses politische System kann als semi-autoritär oder autoritär-demokratisch betrachtet werden, wie Srdjan Darmanović (2007a) es beschreibt. Der Übergang aus dem kommunistischen Einparteienregime, der mit dem Putsch im Jänner 1989 begann, führte zu einer festgefahrenen Transition innerhalb eines politischen Systems, das als Halbautoritarismus bezeichnet werden kann. Dieser Begriff kann auch in den Kontext von Diamonds Klassifikationen als *wettbewerbsfähige Halbdemokratie* oder *wettbewerbsfähiger Halbautoritarismus* nach Levitski-Way eingeordnet werden.

1.1.2 Die zweite Transition

Die zweite politische Transformation in Montenegro begann unerwartet mit einem internen Konflikt innerhalb der herrschenden Elite. Im Gegensatz zum Jännerputsch 1989, der eine breitere Opposition gegen das Regime auslöste, entstand dieser Konflikt diesmal innerhalb des engsten Machtkreises. Die Ironie lag darin, dass dieser Streit unmittelbar nach einem

überzeugenden Wahlsieg der regierenden *Demokratischen Partei der Sozialisten* bei den Parlamentswahlen im November 1996 ausbrach. Dieses Ereignis versetzte sowohl die Öffentlichkeit als auch die Opposition in Erstaunen. Vor den Wahlen im Jahr 1996 bildeten zwei höchst unterschiedliche politische Parteien eine ungewöhnliche Allianz gegen das bestehende Regime. Auf der einen Seite stand die *Liberale Allianz* (*Liberalni Savez Crne Gore*), die sich für die Unabhängigkeit Montenegros einsetzte, während auf der anderen Seite die *Volkspartei* (*Narodna Stranka*) pro-serbisch ausgerichtet war und die Idee eines föderalen Staates befürwortete. Gemeinsam traten sie unter dem Namen *Einheit des Volkes* (*Narodna Sloga*) zur Wahl an. Obwohl es anfangs so aussah, als könnte die regierende DPS erstmals ernsthaft herausgefordert werden, gelang es ihr, durch geschickte Neugestaltung der Wahlbezirke und die geschickte Nutzung ihrer etablierten Vorteile im Wahlsystem, eine überzeugende Mehrheit zu erzielen. Die DPS erhielt 51,2 % der Stimmen und eroberte 45 der 71 Sitze im Parlament der Republik (Darmanović 2007a, S. 18). Obwohl der Konflikt in seiner Form typisch postkommunistische Merkmale aufwies und sich zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten, den beiden Exekutivzweigen, abspielte, war seine inhaltliche Dimension von einer anderen Natur geprägt. Um das wahre Wesen dieses Konflikts zu erfassen, ist es notwendig, einen genaueren Blick auf die zentrale Partei im zeitgenössischen politischen System Montenegros zu werfen - die *Demokratische Partei der Sozialisten*. Es reicht nicht aus, die DPS einfach als eine neo-kommunistische ideologische Partei zu betrachten, da dies keine umfassende Erklärung bietet. Tatsächlich war die DPS vor ihrer Spaltung im Jahr 1997 eine facettenreiche Partei, die aus einem komplexen Geflecht persönlicher Interessen und heterogener, oft widersprüchlicher politischer Strömungen bestand. Die Existenz unterschiedlicher Interessen und politischer Strömungen wurde in der Regel unter der Oberfläche gehalten. Dies geschah zum Teil, weil diese Unterschiede nie so gravierend waren, dass sie die Funktionsweise der Partei gefährdet hätten, und zum Teil aufgrund des Bewusstseins für gemeinsame Interessen, die über allem standen - nämlich die Erhaltung der absoluten Macht. Die DPS war demnach weniger eine ideologische Partei als vielmehr eine Partei der Macht. Die Partei wurde in oligarchischer Manier geführt, wobei das herrschende Triumvirat, sei es spontan oder auf andere Weise, die Verteilung der durch monopolistischen Staatsbesitz geschaffenen Beute kontrollierte. Dies bedeutet, dass die Partei die Regierungsgewalt nutzte, um ihre eigenen Interessen voranzutreiben und sich selbst zu bereichern. Dieser Umstand war ein wesentlicher Auslöser für den innerparteilichen Konflikt, der während der zweiten Übergangsperiode ausbrach (Darmanović 1998). Zur besseren Verständnis dieser Regierungsform empfiehlt sich ein Blick auf die klassische Philosophie.

Aristoteles bezeichnete die oligarchische Regierung als *die Herrschaft der Wenigen* und wies gleichzeitig darauf hin, dass diese Form der Regierung aufgrund ihrer Anfälligkeit für Machtkämpfe zwischen den Oligarchen zu den instabilsten Regierungsformen gehört (Aristoteles 2013). Diese These wurde bereits zuvor als eine der Ursachen für die Spaltung innerhalb der DPS erläutert (Darmanović 1998). Eine kollektive Führung ohne klare Hierarchie ist selbst in den demokratischsten Systemen eine Herausforderung und umso mehr in einem System absoluter und nahezu uneingeschränkter Macht, wie es die DPS bis 1997 in Montenegro innehatte. In einer solchen Umgebung häufen einige wenige Hände Autorität, Macht und erhebliche Gewinne an. Dies wiederum führt zu Rivalitäten zwischen Führer:innen und Clans, da jeder Clan seine Anhänger:innen an Schlüsselpositionen platzieren möchte. Neben diesen internen Machtverhältnissen führen auch konzeptionelle Unterschiede in der politischen Ausrichtung zwangsläufig zu Konflikten unter den Oligarchen. Oligarchische Interessenkonflikte innerhalb einer einzigen herrschenden Struktur führen normalerweise, wenn sie unüberbrückbare Ausmaße erreichen, zu persönlichen Konflikten zwischen rivalisierenden Führer:innen, was die Situation zusätzlich anheizt und kompliziert. Im Fall des innerparteilichen Konflikts innerhalb der DPS trafen all diese Faktoren zusammen - die angesammelte und weitgehend unkontrollierte Macht und Autorität, die Privatisierung des Staates und die Förderung sehr konkreter materieller Interessen, gruppen- und persönlichkeitsbezogen auf der Grundlage politischer Macht, die Bildung von Cliquen und Interessengruppen, das Auftreten von konzeptionellen und politischen Meinungsverschiedenheiten sowie persönliche Eitelkeiten und Intoleranzen, die schließlich zu offenen Konflikten eskalierten. Es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, wann und welchen Auslöser diese Konflikte letztendlich aus der Deckung hervorbringen würden. Es stellt sich die Frage, was der Auslöser für den Konflikt unter den Oligarchen war, der durch die Spaltung der Demokratischen Partei der Sozialisten in Montenegro im Jahr 1997 führte (Darmanović 1998). In der wissenschaftlichen Diskussion gibt es verschiedene Ansichten darüber, was den Konflikt innerhalb der DPS ausgelöst hat und welches Motiv hinter diesem Konflikt stand. Einige Theorien besagen, dass der damalige serbische Präsident Slobodan Milošević den Konflikt initiieren könnte, möglicherweise, um die Unterstützung Montenegros für seine eigenen Ambitionen auf das Amt des Bundespräsidenten zu gewinnen. Es besteht auch die Vermutung, dass er versuchte, Unruhe innerhalb der DPS zu schüren, um politische Gegner auszuschalten (Morrison 2018). Eine andere Hypothese besagt, dass die Spaltung der DPS durch die dreimonatigen Demonstrationen in Belgrad und Serbien (Vladisavljević 2008) ausgelöst wurde. Diese Demonstrationen richteten sich gegen die mutmaßliche Manipulation der lokalen Wahlen

und erschütterten das Regime von Milošević. Die Führer:innen der DPS hatten unterschiedliche Ansichten darüber, wie sie sich zu diesen Demonstrationen positionieren sollten, was zu Spannungen innerhalb der Partei führte (Morrison 2018; Darmanović 2007a). Es ist auch möglich, dass die ideologischen Unterschiede innerhalb der Partei, insbesondere in Bezug auf die Frage der staatlichen Souveränität, zu groß geworden waren. Dies könnte dazu geführt haben, dass eine Gruppe innerhalb der DPS sich ideologisch von Milošević entfernte, während die andere Gruppe ihm treu blieb. Was auch immer den Konflikt ausgelöst hat, er führte schließlich zur Spaltung der Partei in zwei Lager. Die eine Partei wurde unter der Führung des damaligen Premierministers Milo Djukanović als Anti-Milošević-Partei bekannt, während die andere Partei unter der Führung des damaligen Präsidenten Momir Bulatović als pro-Milošević galt (Mišković 2011, S. 145; Morrison 2012, S. 443). Diese Spaltung hatte erhebliche Auswirkungen auf die politische Landschaft Montenegros und hinterließ tiefe Spuren in der Geschichte des Landes.

Ab diesem Zeitpunkt begann in Montenegro ein völlig neues politisches Spiel, das von einer veränderten Machtbalance und anderen Regeln geprägt war. Die Spaltung innerhalb der DPS kann als eine Art Übergangsmodell für den politischen Wandel im Regime betrachtet werden, bei dem die Reformist:innen, angeführt von Djukanovićs DPS, die Oberhand über die Konservativen, unter Bulatovićs SNP (*Socijalistička Narodna Partija / Sozialistische Volkspartei*), gewannen. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass dies kein typisches Übergangsmodell war, da es weder eine formelle Vereinbarung zwischen den beiden Flügeln des Regimes gab, noch überzeugte einer von ihnen den anderen durch Zugeständnisse, die zurücktreten sollten. Es handelte sich vielmehr um eine Spaltung innerhalb der politischen Elite und einen politischen Konflikt, den die Reformist:innen für sich entschieden. Dennoch mussten die Reformist:innen, die nun das Ende der bisherigen herrschenden Partei markierten, Unterstützung von Oppositionsparteien suchen. Diese politische Veränderung in Montenegro wurde durch den Sieg der Reformist:innen innerhalb der DPS eingeleitet und führte schließlich zur Beendigung der Vorherrschaft der konservativen Regime-Eliten. Obwohl die Reformist:innen erfolgreich waren, bedeutete der Zusammenbruch der bisherigen Partei, dass sie sich mit der Opposition zusammenschließen mussten, um ihre Ziele zu erreichen (Darmanović 2007a). Dies führte zu Verhandlungen zwischen den Reformist:innen innerhalb des Regimes und den Oppositionsführer:innen. Diese Verhandlungen mündeten schließlich in die Unterzeichnung eines *Abkommens über die Mindestprinzipien für den Aufbau einer demokratischen Infrastruktur in Montenegro* (Sporazum o minimalnim principima za izgradnju demokratske infrastrukture u Crnoj Gori) am 1. September 1997, kurz vor den anstehenden

Präsidentenwahlen im Oktober 1997. Bei diesen Wahlen traten die Hauptkontrahenten Momir Bulatović und Milo Djukanović gegeneinander an. Das Abkommen hatte zwei wesentliche Funktionen. Einerseits sicherte es der Opposition Garantien für die Organisation freier und fairer Wahlen ab diesem Zeitpunkt zu. Andererseits fungierte das Abkommen als eine Art Anti-SNP, das heißt, es war eine Allianz gegen die Politik von Slobodan Milošević, kurz vor den entscheidenden Präsidentenwahlen. In gewisser Weise könnte man dieses Abkommen auch als eine Art verspäteten *Runden Tisch* bezeichnen, der Elemente einer vereinbarten Übergangsphase beinhaltet (Orlović 2012; Mišković 2011).

Die Spaltung innerhalb der DPS, die als Modell eines Konflikttransfers (Darmanović 2007a) betrachtet werden kann, führte zusammen mit der Vereinbarung der Regimereformist:innen mit den Oppositionsführer:innen, die nach der Spaltung notwendig wurde, zu einer Phase von tatsächlich wettbewerbsorientierten und unsicheren Wahlen. Bei diesen Wahlen gingen die Reformist:innen innerhalb des Regimes in Zusammenarbeit mit ehemaligen Oppositionsparteien als Sieger:innen hervor. Die Wahlen wurden als frei und fair angesehen und erhielten die Bestätigung von allen Beobachtungsmissionen der OSZE (OSCE/ODHIR 1997). Mit diesen Wahlen trat Montenegro auch während der Herrschaft von Slobodan Milošević in eine Phase der Wahl-Demokratie (Darmanović 2007a) ein, die sich in den Wahlen nach seiner Absetzung weiter fortsetzte.

Die eigentliche Transition in Montenegro begann im Jahr 1997 und nicht bereits 1989. Der Übergang des Präsidentenamtes im Januar 1998 war von einer schweren Krise begleitet, die erst mit dem Sturz von Slobodan Milošević in Belgrad endete. Trotz der Abhaltung freier und fairer Wahlen in Montenegro im Mai 1998, bei denen die Reformist:innen überzeugend gewannen, und ähnlicher lokaler Wahlen in der Hauptstadt Podgorica und der Küstenstadt Herceg Novi, endete der Übergang nicht während des politischen Konflikts zwischen Milošević und der demokratisch gewählten Regierung in Podgorica. Dies war zum Teil darauf zurückzuführen, dass das Regime von Slobodan Milošević die Ergebnisse der Parlamentswahlen auf föderaler Ebene in Montenegro nicht anerkannte und zum anderen aufgrund des NATO-Einsatzes gegen Jugoslawien, der Montenegro an den Rand eines internen Konflikts brachte. Schließlich wurde die föderale Verfassung am 6. Juli 2000 illegal geändert (Bieber 2003, S. 35).

Im Zeitraum von 1997 bis 2000 gab es in Montenegro ein ausreichendes Maß an Konsens über politische Verfahrensweisen zur Bildung einer frei gewählten Regierung, wie es in der Definition von Linz-Stepan (Linz und Stepan 1996b) für eine vollständige Transition beschrieben wird. Dies wurde durch das Abkommen vom 1. September 1997 erreicht. Die

Regierung wurde direkt durch freie und faire Wahlen, Präsidentschaftswahlen 1997 und Parlamentswahlen 1998, legitimiert und hatte die tatsächliche Autorität, neue Politiken zu entwickeln (Bieber 2003). Allerdings mussten die Exekutive, Legislative und Judikative, die durch die neue Demokratie geschaffen wurden, ihre Macht mit föderalen Institutionen teilen, die auf nicht konstitutionelle Weise entstanden waren. Ein föderaler Präsident versuchte, seine Dominanz über andere Bereiche und die Gesellschaft außerhalb der Grenzen der Verfassung und der gängigen Praxis der Gewaltenteilung auszuüben, jedoch ohne vollständigen Erfolg (Darmanović 2007a). Angesichts dieser Faktoren kann festgestellt werden, dass der Übergang in Montenegro im Oktober 2000 mit dem Sturz von Milošević und dem Verschwinden direkter und gefährlicher Bedrohungen für diesen Prozess abgeschlossen wurde. Obwohl Montenegro immer noch als Wahl-Demokratie fungierte und sich noch weit von westlichen liberalen Demokratien entfernt befand, etablierten sich freie und faire Wahlen als die vorherrschende Methode zur politischen Legitimation. Nach dem Sturz von Milošević gab es dennoch Herausforderungen bei der demokratischen Konsolidierung in Montenegro, hauptsächlich aufgrund eines spezifischen politischen Konflikts, der sich nicht entlang der üblichen ideologischen Linien entwickelte. Dieser Konflikt drehte sich um die Frage der Staatlichkeit und spaltete sich in Unabhängigkeitsbefürworter und Integralisten auf (Dzankić 2013). Die Möglichkeit, dass dieser spezielle politische Konflikt die Demokratie gefährdete und in Gewalt umschlagen könnte, wurde nach dem Sturz des Milošević-Regimes erheblich reduziert. Dies wurde deutlich, als der politische Prozess zur Lösung der Unabhängigkeits-Integralismus-Spaltung innerhalb demokratischer Regeln stattfand. Externe Faktoren, insbesondere die Rolle der EU als Vermittlerin und das Fehlen gewalttätiger Bedrohungen aus Serbien nach Miloševićs Sturz, trugen dazu bei. Sowohl die Unabhängigkeitsbefürworter:innen als auch die Föderalist:innen zeigten eine demokratische Bereitschaft, politische Kompromisse zu akzeptieren und Politik als ein Geben-und-Nehmen-Spiel zu betrachten (Darmanović 2007a, 1998).

Die Parlamentswahlen von 2001 endeten jedoch nicht überzeugend für die regierende Koalition, und es kam zu Spaltungen unter den Unabhängigkeitsbefürworter:innen. Dies führte zur Unterzeichnung des Belgrader Abkommens am 14. März 2002, anstelle einer föderalen Republik schuf es eine lockere Konföderation zwischen Serbien und Montenegro (Morrison 2018, S. 106). Diese Entscheidung war ein bedeutender Kompromiss für die pro-unabhängigen Kräfte in Montenegro, die vorerst von ihren Unabhängigkeitsambitionen Abstand nahmen und stattdessen Kompromisse eingingen. Das Belgrader Abkommen ermöglichte eine Verringerung der Befugnisse gemeinsamer staatlicher Institutionen und das Recht auf ein Referendum nach

drei Jahren. Die Unionisten erkannten schließlich die Unvermeidlichkeit eines Referendums und die Rolle der EU als Vermittlerin. Eine politische Auseinandersetzung über die Hauptstadt und das Ergebnis des Referendums wurde durch Kompromisse auf beiden Seiten geprägt. Das Hauptreferendum erforderte eine qualifizierte Mehrheit von mehr als 55% der abgegebenen Stimmen, um Montenegro in einen unabhängigen Staat zu verwandeln (Centar za Demokrasku Tranziciju 2006). Die EU-Funktionär:innen sahen, dass die Unabhängigkeitsbefürworter:innen diese Hürde knapp erreichten, was jedoch nicht unmöglich war, während die Unionist:innen einen Anreiz hatten, den Prozess nicht zu boykottieren. Schließlich wurde die Unabhängigkeit Montenegros mit einer Mehrheit von 55,5% der abgegebenen Stimmen am 21. Mai 2006 beschlossen, was knapp über der erforderlichen Mehrheit lag (Centar za Demokrasku Tranziciju 2006).

Das Referendum in Montenegro markierte nicht nur einen Triumph der europäischen Vermittlung, sondern auch einen Sieg für die politische Reife und Verantwortlichkeit beider konkurrierenden Parteien. Dieser Erfolg verdeutlichte, dass politische Konflikte in einer Weise gelöst werden können, die auf Kompromissen und gegenseitigem Respekt basiert, selbst in einem Land, das im Verlauf des 20. Jahrhunderts oft von tiefen Spaltungen gezeichnet war. Gemäß der Definition von Linz und Stepan (1996b), in der eine konsolidierte Demokratie als politische Situation beschrieben wird, in der die Demokratie zur vorherrschenden politischen Praxis geworden ist und in Verhaltensweisen, Einstellungen und Verfassungsnormen verankert ist, lässt sich schlussfolgern, dass das Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro einen entscheidenden Wendepunkt darstellte und die Konsolidierung der Demokratie im Land markierte. Das Referendum hatte zur Folge, dass die Frage der Staatlichkeit von der politischen Agenda verschwand. Nach dieser Definition förderte dies den Prozess der demokratischen Konsolidierung. Solange die Frage der Staatlichkeit im Mittelpunkt stand, waren die politischen Akteure ständig mit der Grundfrage konfrontiert, nämlich dem Rahmen, in dem der politische Prozess selbst stattfindet. Dies lenkte die Aufmerksamkeit weg von der Verbesserung eines bereits etablierten Rahmens. Es kann jedoch argumentiert werden, dass die liberale Demokratie in Montenegro erst dann wirklich konsolidiert sein wird, wenn das Land Vollmitglied der Europäischen Union wird. Die EU-Mitgliedschaft könnte weitere demokratische Reformen und Standards fördern, die zur Festigung der Demokratie beitragen. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass es selbst unter den EU-Mitgliedstaaten Unterschiede in der Funktionsweise von Demokratien gibt. Einige von ihnen kämpfen mit Problemen, die mit der demokratischen Konsolidierung zusammenhängen können.

Es ist von Bedeutung anzumerken, dass die Festigung der Demokratie ein vielschichtiger und langwieriger Prozess ist, der durch zahlreiche Faktoren beeinflusst wird. Dazu zählen die politische Kultur, institutionelle Strukturen sowie internationale Einflüsse. Das Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro mag ein bedeutender Meilenstein gewesen sein, aber die dauerhafte Konsolidierung der Demokratie erfordert weiterhin engagierte Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft und Politik.

1.2 Die Evolution der Zivilgesellschaft

Nach der ersten Unabhängigkeit Montenegros im Jahr 1878 auf dem Berliner Kongress befand sich das Land in äußerst prekären wirtschaftlichen Verhältnissen. Diese historische Zäsur leitete jedoch eine Periode des erheblichen wirtschaftlichen Fortschritts ein, der auf die Erweiterung des Staatsgebietes im Zuge des Berliner Kongresses zurückzuführen war. Montenegro verdoppelte faktisch sein Territorium durch die Eingliederung mehrerer zusätzlicher Städte. Bedauerlicherweise wurde dieser Fortschritt durch den Verlust der Unabhängigkeit im Jahr 1918 gestoppt, was den Beginn einer Ära großer Armut und sozialer Verschlechterung markierte. In dieser historischen Periode manifestierten sich die ersten Anzeichen für die Entstehung einer Zivilgesellschaft. Dies deutete darauf hin, dass sich allmählich eine organisierte Gemeinschaft außerhalb staatlicher Strukturen und Institutionen formierte, in der Menschen sich vermehrt in sozialen und gesellschaftlichen Angelegenheiten engagierten. Eine besonders bedeutende Entwicklung in dieser Ära war das Aufkommen verschiedener Formen philanthropischer Tätigkeiten. Philanthropie bezieht sich auf uneigennützig angelegte Anstrengungen von Einzelpersonen oder Organisationen, die darauf abzielten, das Wohl anderer zu fördern, sei es durch finanzielle Unterstützung, soziale Dienstleistungen oder andere Formen von Hilfeleistungen (Papović 2009). Es ist jedoch von Bedeutung zu betonen, dass diese Form des Engagements hauptsächlich auf königliche Familien beschränkt war (Muk et al. 2006, S. 17). Dies bedeutet, dass die meisten philanthropischen Aktivitäten von Mitglieder:innen der königlichen Familie oder engen Vertrauten dieser Familie durchgeführt wurden. Diese privilegierten Gruppen verfügten oft über die Ressourcen und den Einfluss, um derartige Unternehmungen anzustoßen und umzusetzen. Die Tatsache, dass philanthropische Bemühungen vorwiegend von königlichen Familien initiiert wurden, kann auf verschiedene Faktoren zurückgeführt werden. Dazu zählen historische Traditionen, soziale Hierarchien und

die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen (Papović 2009). Es ist auch denkbar, dass die breitere Bevölkerung zu jener Zeit möglicherweise nicht über die Mittel oder die Motivation verfügte, sich in philanthropischen Aktivitäten zu engagieren, da sie mit anderen grundlegenden Überlebensfragen konfrontiert war. Insbesondere in der Region Boka Kotorska, die zu jener Zeit Teil der Republik Venedig war, war philanthropisches Engagement weit verbreitet. Die erste philanthropische Vereinigung, die als eine Vorläuferform dessen betrachtet werden kann, was heute als gemeinnützige Organisationen verstanden wird, war die *Bruderschaft der Kotorer Seeleute (Bratovština kotorskih pomoraca)*. Diese Organisation existiert bis heute unter dem Namen „*Bokeljska mornarica*“. Ihre Satzung wurde bereits im Jahr 1463 verabschiedet und 1491 in Venedig registriert. Die Hauptaufgabe dieser Vereinigung bestand darin, sich um Seeleute und ihre Familien zu kümmern, insbesondere dann, wenn diese aufgrund sozioökonomischer Notlagen Unterstützung benötigten (Bokeljska Mornarica).

Es ist wichtig zu betonen, dass die Entwicklung der Philanthropie in Montenegro nicht in gleichem Maße im Landesinneren, abseits der Küstenregion, voranschritt. Obwohl sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts eine wohlhabende Oberschicht herausgebildet hatte, war das Bewusstsein für die Notwendigkeit, den Bedürftigen zu helfen, in dieser Gruppe nicht allgegenwärtig. Eine herausragende Ausnahme bildeten jedoch König Nikola und seine Frau, Königin Milena, die erhebliche Unterstützung für das Rote Kreuz von Montenegro bereitstellten und somit einen bedeutenden Beitrag zur Förderung humanitärer Anliegen in dieser Region leisteten (Papović 2009, S. 20). Nach der Gründung des Roten Kreuzes und anderer humanitärer Organisationen, wie dem *Schwesternkreis der Serb:innen (Sestrinski Krug Srba)*, begann sich in dieser historischen Ära das Bewusstsein für bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Aktivitäten zu entwickeln. Ein weiteres bahnbrechendes Ereignis war die Gründung des ersten freiwilligen Feuerwehrverbandes im Jahr 1867 in Kotor. Diese Freiwilligen, die sich der Brandbekämpfung und der Rettung von Menschenleben widmeten, zeigten ein bemerkenswertes Maß an Engagement und Solidarität in der Gemeinschaft. Eine weitere eindrucksvolle gemeinnützige Initiative dieser Zeit war der Bau des Nationaltheaters (*Zetski Dom*) zwischen 1884 und 1896. Dieses Projekt wurde durch großzügige Spenden der Bürger:innen ermöglicht und verdeutlichte das wachsende Interesse und den Einsatz der Bevölkerung für die Förderung von Kunst und Kultur (Muk et al. 2006, S. 17). Der Bau des Nationaltheaters zeugte von einem starken Gemeinschaftsgeist und einem Verständnis für die Bedeutung kultureller Einrichtungen.

In der Ära der kurzen parlamentarischen Monarchie gab es eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden, die das soziale und politische Leben prägten. Gewerkschaften und

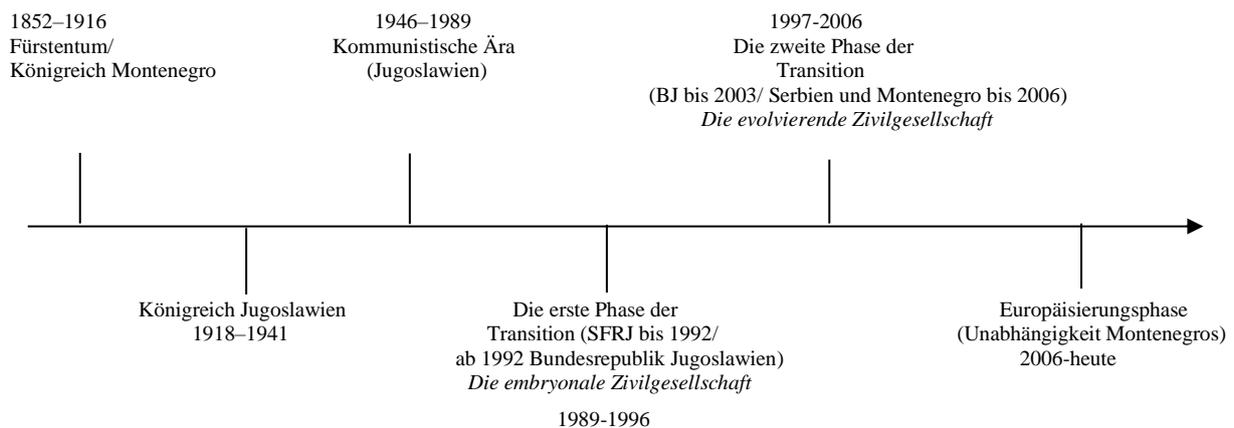
Arbeitnehmer:innenverbände nahmen eine herausragende Stellung ein und setzten sich für die Rechte der Arbeiter:innen ein. Die ersten organisierten Streiks, wie der Schuhmacher:innenstreik von 1907, führten zur Verabschiedung des Gesetzes über Vereine und Versammlungen im selben Jahr. Dieses Gesetz schuf einen rechtlichen Rahmen für die Bildung und Aktivitäten von Vereinen, was die Organisierung und das Engagement der Bürger:innen weiter vorantrieb. Darüber hinaus entstanden zahlreiche Vereine und Verbände, die sich der Unterstützung hilfloser Bürger:innen, humanitärer Zwecke und kultureller Aktivitäten verschrieben. Dies zeigte, dass die Zivilgesellschaft in dieser Zeit vielfältige Formen des Engagements und der Solidarität entwickelte und so zur sozialen und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft beitrug. Insgesamt spiegelt diese Periode die wachsende Bereitschaft der Bürger:innen wider, sich aktiv an gemeinnützigen Aktivitäten und der Gestaltung ihrer Gemeinschaft zu beteiligen (Muk et al. 2006).

Während der kommunistischen Ära von 1945 bis 1990 erlebte Jugoslawien eine strikte Verstaatlichung und Konfiszierung aller privaten Organisationen, Stiftungen, Vermächtnisse und Fonds. Dies hatte erhebliche Einschränkungen für die Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen zur Folge. Das politische System gestattete weder die Gründung noch das Funktionieren unabhängiger zivilgesellschaftlicher Gruppen und Organisationen. Die einzigen Handlungen, die im Rahmen des sozialistischen Systems möglich waren, mussten sich innerhalb dessen Grenzen bewegen. Das bedeutete, dass die Gründung von Bürger:innenvereinigungen oder anderen sozialen Organisationen entweder im Einklang mit der kommunistischen Ideologie erfolgen musste oder außerhalb dieser Ideologie agierte. Beispielsweise war die Gründung von Sportvereinen, Freizeit-, Berufs- oder Unterhaltungsgruppen vergleichsweise unkompliziert, da diese keiner politischen Ausrichtung folgten und keine Absicht hatten, gesellschaftliche Veränderungen anzustreben (Muk et al. 2006, S. 17–18). In diesem Kontext wurden bis in die 1970er Jahre in ganz Jugoslawien einheitliche gesetzliche Regelungen zur Vereinigungsfreiheit auf föderaler Ebene erlassen, die von allen Republiken bindend waren. Später legte jedes der Republiken spezielle Gesetze fest, die den Prozess zur Registrierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Organisationen regelten (Bežovan und Ivanović 2006, S. 12). Diese gesetzlichen Bestimmungen ebneten den Weg für eine allmähliche Erholung des zivilgesellschaftlichen Lebens in Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg und führten zu einer Zunahme sowohl in der Anzahl als auch in der Vielfalt gemeinnütziger Organisationen und Bürger:innengruppen. Trotz der beschränkten Freiheiten und der staatlichen Kontrolle gab es zahlreiche engagierte Bürger:innen, die sich für Veränderungen in der Gesellschaft einsetzten.

Die Abbildung 11 illustriert die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro über verschiedene Zeiträume hinweg:

Von 1852 bis 1916 erstreckte sich das Fürstentum und später das Königreich Montenegro. In dieser Periode verzeichnete das Land wirtschaftlichen Fortschritt nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1878. Dies markierte die Anfänge einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft. Das Königreich Jugoslawien zwischen 1918 und 1941 sah eine weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft, insbesondere im Bereich humanitärer und sozialer Organisationen. In der kommunistischen Ära von 1946 bis 1989 war die Zivilgesellschaft stark eingeschränkt und konnte nur innerhalb der kommunistischen Ideologie oder ohne politische Ausrichtung existieren.

Abbildung 11: Entwicklungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro



Quelle: Eigene Darstellung

Die erste Phase der Transition begann nach dem Zerfall Jugoslawiens im Jahr 1989 und dauerte bis 1996 an. Allerdings wurde die Bundesrepublik Jugoslawien bereits im Jahr 1992 gegründet. In dieser Zeit erholte sich die Zivilgesellschaft allmählich, und Bürger:innenvereinigungen wurden wieder aktiver.

Als die zweite Phase der Transition in Montenegro begann, entwickelte sich die Zivilgesellschaft weiter, und es entstanden vermehrt gemeinnützige Organisationen und Bürger:innengruppen, die sich sozialen und kulturellen Aktivitäten widmeten. Nach der

Unabhängigkeit Montenegros im Jahr 2006 begann die Europäisierungsphase, in der die Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten spielt.

Die kommenden Unterkapitel 1.2.1 und 1.2.2 werden sich auf die erste und zweite Phase der Transition konzentrieren und die Entwicklung der Zivilgesellschaft in diesen Perioden behandeln.

1.2.1 Zivilgesellschaft in der ersten Phase der Transition

In den Jahren 1989 und 1990 erlebte Montenegro, das einst Teil des sozialistischen Jugoslawiens war, tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen. Diese Veränderungen wurden maßgeblich durch eine interne Differenzierung innerhalb der herrschenden Kommunistischen Partei initiiert, die zuvor das politische Geschehen in der Region dominiert hatte. Die früheren Führungskräfte der Kommunistischen Partei wurden dazu gezwungen, ihre langjährige Macht an eine neue Generation von Parteipolitiker:innen abzugeben. Dieser Übergang war ein entscheidender Schritt auf dem Weg von einem Einparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem (Muk et al. 2006, S. 18). Allerdings neigte die neue Generation von Parteipolitiker:innen nicht unbedingt dazu, demokratische Prinzipien anzunehmen. Stattdessen unterstützten einige von ihnen die nationalistische Kriegsmaschinerie von Slobodan Milošević, was zu Spannungen und Konflikten in der Region führte. Dies hatte zur Folge, dass trotz des nominellen Übergangs zu einem Mehrparteiensystem in einigen Teilen der Region ein undemokratisches Regime aufrechterhalten wurde. Die politische Landschaft war von politischer Instabilität und Konflikten geprägt, die die Aussicht auf demokratische Reformen in Frage stellten (Vujović et al. 2005). Der Zerfall der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien brachte eine Vielzahl von Herausforderungen mit sich, die Montenegro in den frühen 1990er Jahren heftig trafen. Internationale Sanktionen isolierten das Land weiter und verschärften die wirtschaftliche Notlage. Die extrem hohe Inflation dezimierte die Ersparnisse der Bürger:innen, während die wachsende soziale Ungleichheit und die weit verbreitete Armut die gesellschaftlichen Spannungen verstärkten. In dieser Zeit wuchsen auch kriminelle Aktivitäten, da einige Teile der Gesellschaft nach alternativen Einkommensquellen suchten. Dies trug zu einer Verschärfung der Sicherheitslage bei und untergrub das Vertrauen in staatliche Institutionen. Die moralische Krise, die diese Entwicklungen begleitete, hatte

verheerende Auswirkungen auf den Zustand der montenegrinischen Gesellschaft. Traditionelle Werte und soziale Bindungen wurden auf die Probe gestellt, und es kam zu einem Verlust des sozialen Zusammenhalts (Muk et al. 2006, S. 18).

Dennoch bot die Einführung eines Mehrparteiensystems einen wichtigen Raum für die freie Assoziation der Bürger:innen, was zuvor unter dem Einparteiensystem nicht möglich war. Die Bürger:innen hatten nun die Möglichkeit, sich außerhalb der bisherigen Restriktionen politisch zu organisieren und aktiv an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Dieses bedeutende politische Ereignis eröffnete die Tür zur Bildung von Bürger:inneninitiativen, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vujović et al. 2005, S. 27), die eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Demokratie und politischem Wandel spielten.

Nach 1990 beteiligten sich in Montenegro verschiedene Vereinigungen verstärkt am öffentlichen politischen Leben. Dies geschah vor allem vor dem Hintergrund der anhaltenden Krise in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Ihr gemeinsames Ziel war die Demokratisierung und Pluralisierung des politischen Lebens in der Region. Während des verheerenden Krieges in der ehemaligen SFRY setzte sich eine beträchtliche Anzahl von Vereinigungen, Medien und Einzelpersonen vehement dafür ein, den Krieg, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Hassrede zu bekämpfen. Sie verurteilten die politischen und militärischen Maßnahmen der montenegrinischen Behörden und setzten sich stattdessen für eine friedliche Lösung des Konflikts ein. Diese Bemühungen führten zur Entstehung einer Zivilgesellschaft mit antikriegs- und antiregime-orientiertem Charakter in Montenegro (Vujadinović 2009, S. 33). In dieser sich neu formierenden politischen Landschaft entstanden die ersten politischen Vereinigungen, die eine bedeutende Rolle in der politischen Entwicklung des Landes spielten. So wurde die *Vereinigung für die Verbesserung demokratischer Prozesse (Udruženje za unapređenje demokratskih procesa)* gegründet, deren Hauptaugenmerk auf der Gestaltung und Förderung demokratischer Mechanismen lag. Diese Vereinigung trug dazu bei, die Grundlagen für eine partizipative Demokratie in Montenegro zu schaffen. Danach folgte die *Vereinigung für demokratische Initiative in Jugoslawien (Udruženje za demokratsku inicijativu u Jugoslaviji)*, die sich aktiv für demokratische Veränderungen in der gesamten Region einsetzte. Ihre Bemühungen zielten darauf ab, den Dialog zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Regionen zu fördern und zur Lösung der bestehenden Konflikte beizutragen. Schließlich wurde die *Demokratische Alternative (Demokratska alternativa)* ins Leben gerufen, eine politische Kraft von großer Bedeutung. Diese Gruppierung unterstützte eine Vielzahl von demokratischen Initiativen und trug maßgeblich dazu bei, die politische Landschaft in Montenegro zu diversifizieren und zu demokratisieren. Die *Demokratische Alternative* war ein

Symbol für die wachsende Unterstützung der Bürger:innen für demokratische Werte und Reformen.

Diese ersten Organisationen, darunter auch das *PEN-Zentrum* (gegründet im Jahr 1990), der *Montenegrinische Verband unabhängiger Schriftsteller:innen* (*Crnogorski savez nezavisnih pisaca*) (gegründet im Jahr 1990), der *Verband der Berufsjournalisten Montenegros* (*Udruženje novinara Crne Gore*) (gegründet im Jahr 1990), der Kulturverein *Matica Crnogorska* (gegründet im Jahr 1993) sowie die Wochenzeitungen *Monitor* (gegründet im Jahr 1990) und *Krug* (gegründet im Jahr 1990) (Rastoder 2013, S. 15), legten in den frühen neunziger Jahren den Grundstein für die demokratische Zivilgesellschaft in Montenegro. In jener Zeit prägte eine konträre Haltung gegenüber der montenegrinischen Regierung ihre Arbeit. Während dieser Periode kennzeichnete eine oppositionelle Einstellung gegenüber der Regierung in Montenegro ihre Tätigkeit. Die Regierung wurde als politischer Unterstützer des Milošević-Regimes wahrgenommen und vertrat somit Prinzipien, die im Widerspruch zu den Werten standen, die von diesen Gruppen befürwortet wurden. Um ihre Ziele zu erreichen, arbeiteten sie eng mit zwei pro-demokratischen Oppositionsparteien, der *Liberalen Allianz Montenegros* (*Liberalni Savez Crne Gore* - LSCG) und der Sozialdemokratischen Partei (*Socijaldemokratska Partija* - SDP), zusammen und bildeten die montenegrinische pro-demokratische Bewegung. Aufgrund ihrer Opposition zur Regierung wurden sie jedoch massiv unterdrückt (Milačić 2017, S. 179). Dennoch gelang es diesen Organisationen, ihre Botschaft zu verbreiten, indem sie Kundgebungen gegen den Krieg, Proteste, schriftliche Aufrufe und andere Aktivitäten organisierten. Sie gaben jenen eine Stimme, die gegen Nationalismus und Krieg waren und sich für die Rechte der Minderheiten einsetzten (Rastoder 2013, S. 15). Während dieser Zeit wurden auch die ersten modernen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet, darunter das *Zentrum für Demokratie und Menschenrechte* (*Centar za demokratiju i ljudska Prava* - CEDEM) im Jahr 1995, *Juventas* im Jahr 1996 und der *Verein für demokratischen Wohlstand* (ZID) im Jahr 1996. Obwohl diese Organisationen eine wichtige Rolle bei der Förderung von Demokratie und Menschenrechten spielten, waren sie beim Zusammenbruch des Regimes im Jahr 1997 nicht maßgeblich beteiligt (Milačić 2017, S. 179). Es liegt keine dokumentierte oder bekannte Verbindung zu ausländischen Geldgebern vor. Obwohl ihre Schwäche und Unorganisiertheit offensichtlich waren, drückten sie dennoch ehrlich die Interessen einer Minderheit der Bevölkerung aus, die sich gegen Krieg und Fremdenfeindlichkeit aussprach. In dieser Zeit der politischen Turbulenzen und des Kampfes für demokratische Werte trugen diese Organisationen und ihre Gründungen dazu bei, das Bewusstsein für die Bedeutung der

Zivilgesellschaft in Montenegro zu stärken und die Grundlagen für eine engagierte und aktive Bürger:innenbeteiligung an politischen Prozessen zu legen.

1.2.2 Zivilgesellschaft in der zweiten Phase der Transition

In den späten 1990er Jahren erlebte Montenegro eine entscheidende politische Umgestaltung als Reaktion auf verschiedene komplexe Faktoren. Eine bedeutende Triebkraft für diese Veränderungen war die innerparteiliche Spaltung im Jahr 1996 und der knappe Sieg von Milo Djukanović bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1997. Doch ähnlich wie in der ersten Übergangsphase war auch die zweite Phase eng mit internationalen Sanktionen verknüpft, die von der UN, der EU und den USA während des Kosovo-Krieges in den Jahren 1998-1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, einschließlich Montenegro, verhängt wurden (Huszka 2003, S. 55). Diese Sanktionen spielten eine erhebliche Rolle im Transitionsprozess. Einerseits zwangen diese Sanktionen Montenegro, sich von Belgrad zu lösen und sich stattdessen dem Westen zuzuwenden. Andererseits hatte diese politische Verschiebung erhebliche soziale Auswirkungen. Der rapide Verfall des Lebensstandards der Bevölkerung und der Zusammenbruch der regulären Wirtschaft zwangen viele Menschen in Montenegro dazu, ihren Lebensunterhalt im informellen Sektor und in nicht regulierten Tätigkeiten zu verdienen. Im Vergleich zu anderen Ländern im Übergangsbereich florierte dieser informelle Sektor in Montenegro besonders, da Regierungsinstitutionen gezwungen waren, Import- und Exportgeschäfte in den Bereich des legalisierten Schmuggels zu verlagern (Djurić 1999). So manifestierte sich der Schattenwirtschaftssektor als ein komplexes Gefüge, das unterschiedliche Akteure anzog und eine facettenreiche Dynamik aufwies. Es ist von essenzieller Bedeutung, hervorzuheben, dass die Beteiligung an dieser informellen Wirtschaft für einen Teil der Bevölkerung aus schierer existenzieller Notwendigkeit erfolgte, während andere, insbesondere die politische und wirtschaftliche Elite, diese Gelegenheit nutzten, um ihren Reichtum zu mehren. Diese Entwicklung kulminierte in einer dualen Struktur innerhalb des informellen Sektors, in welcher einige Menschen lediglich darum bemüht waren, in diesem Schattenreich zu überleben, während andere es als Mittel zur Förderung organisierter krimineller Aktivitäten einsetzten. Die enge Verschränkung des autoritären Regimes unter der Herrschaft von Milošević mit der weitverbreiteten Korruption und Kriminalität führte zur alltäglichen Kriminalisierung des Lebens der Bevölkerung. In einem Bemühen, das neue

Regierungssystem zu konsolidieren, bildete die politische und wirtschaftliche Elite eine ungewöhnliche Allianz mit denjenigen, die im informellen Sektor tätig waren. Diese ungewöhnliche Allianz schuf eine paradoxe Situation, in der finanziell benachteiligte Arbeitnehmer:innen gezwungen waren, informelle Einkommensquellen zu verfolgen, während gleichzeitig die Elite von dieser Konstellation in erheblichem Maße profitierte (Djurić 1999). Es kann festgestellt werden, dass die innerparteiliche Spaltung, internationale Sanktionen und die Verlagerung der Bevölkerung in den informellen Sektor entscheidende Faktoren waren, die Montenegro in den späten 1990er Jahren grundlegend veränderten. Diese Periode war geprägt von einer starken Kriminalisierung des Lebens, einer florierenden Schattenwirtschaft und einem komplexen Zusammenspiel zwischen verschiedenen Akteuren im informellen Sektor. In diesem Kontext spielte die DPS unter der Führung von Djukanović eine wichtige Rolle im Widerstand gegen Milošević, was internationale Unterstützung erhielt. Dennoch war diese Unterstützung nicht bedingungslos, da die internationale Gemeinschaft den Zeitpunkt für die Unabhängigkeit Montenegros noch nicht für gekommen hielt und die schrittweise Transformation des Landes in Richtung administrativer Unabhängigkeit bevorzugte.

Während der zweiten Transition von Montenegro übernahmen Djukanović und die DPS den zivilen Diskurs von der Zivilgesellschaft sowie den pro-montenegrinischen Diskurs von der *Liberalen Allianz von Montenegro*. Das Regime, das bis 1996 direkt an Miloševićs Politik teilnahm, wurde zu seinem Hauptgegner. In dieser Zeit erhielt Montenegro bedeutende internationale Unterstützung, diente als Zufluchtsort für die serbische Opposition und spielte eine führende Rolle in regionalen Veränderungen (Bieber 2003). Später, in dieser Phase, wurde die internationale Gemeinschaft realistischer und zögerte, ein Unabhängigkeitsreferendum zu befürworten. Mit dem Regimewechsel in Serbien verlor Montenegro an regionaler Bedeutung. In der zweiten Phase der Transition in Montenegro erlebte die Zivilgesellschaft einen beeindruckenden Aufschwung. Dieser Aufschwung wurde maßgeblich durch eine erhebliche Flut ausländischer Spenden ermöglicht, die es ermöglichte, die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen signifikant zu erhöhen. Diese großzügigen Zuwendungen kamen von ausländischen Botschaften, internationalen Organisationen und renommierten Förderorganisationen wie der Open Society Foundation (FOSI) und USAID (Vujović 2017, S. 251; Komar 2015, S. 151). Ihr Hauptziel war es, die Entwicklung freier Wahlen, eine unabhängige Medienlandschaft und die Stärkung des Rechtsstaats in Montenegro zu unterstützen. Viele dieser Zuwendungen hatten einen institutionellen Charakter. Sie zielten darauf ab, die Zivilgesellschaft als Ganzes zu stärken, anstatt nur bestimmte Projekte zu unterstützen. Die internationalen und ausländischen Geldgeber:innen verfolgten das Ziel, die

Zivilgesellschaft als einen entscheidenden Akteur im Demokratisierungsprozess zu etablieren. In dieser Zeit erhielten Mitglieder:innen der Zivilgesellschaft Schulungen zur Verbesserung ihrer internen Organisationsstrukturen, zur Gründung von Denkfabriken und zur effektiven Überwachung und Kontrolle von öffentlichen Angelegenheiten. Zudem wurden sie darin geschult, öffentliche Politik zu entwickeln und zu bewerten (Komar 2015, S. 151). Diese umfassende Unterstützung führte dazu, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen zu rechtlichen Einheiten von beachtlicher Größe und Stärke heranwuchsen und zahlreiche Menschen beschäftigten. Bedauerlicherweise gibt es keine genauen Daten darüber, wie viel Geld in dieser Phase in das Land floss.

Zu Beginn dieser Phase unterstützten einige bedeutende zivilgesellschaftliche Organisationen den Widerstand gegen das Milošević-Regime und engagierten sich aktiv in der Anti-Milošević-Kampagne. Doch als die direkte Bedrohung durch Belgrad nachließ, entschieden sich die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen für eine neutrale Position, wenn auch inoffiziell zugunsten der Unabhängigkeit (Komar 2015, S. 151). Der Sturz des Milošević-Regimes eröffnete neue Möglichkeiten für das Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro. Dies führte zur Entstehung zahlreicher Fonds und spezialisierter zivilgesellschaftlicher Organisationen, die zuvor als nicht notwendig erachtet wurden. Diese Organisationen konzentrierten sich auf die Stärkung der Ressourcen der Zivilgesellschaft, darunter solche, die sich auf die Stärkung der Zivilgesellschaft insgesamt, Wahlbeobachtungsdienste und andere Aspekte des Rechtsstaats konzentrierten. Es gab auch Organisationen, die spezifische Zielgruppen ansprachen, wie den *Verband der Jugend mit Behinderungen in Montenegro*, CAZAS oder das *SOS-Telefon für Frauen Opfer von Gewalt* (Vujović 2017, S. 251).

In dieser Phase lag der Schwerpunkt der Aktivitäten vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen zunächst auf verschiedenen Aspekten des Rechtsstaats. Später wurde jedoch verstärkt Wert auf gute Regierungsführung gelegt. Die meisten von internationalen Geldgebern finanzierten Projekte hatten das Ziel, eine liberal-demokratische Transformation des Landes zu unterstützen und einen neuen rechtlichen und institutionellen Rahmen einzuführen. In dieser Hinsicht fungierten zivilgesellschaftliche Organisationen als wichtige Überträger:innen westlicher Ideen und als Partner:innen sowie Wächter:innen des Übergangs (Komar 2015, S. 151–152).

Die Regierung war in dieser Zeit sehr offen für Zusammenarbeit, insbesondere vor dem Referendum über die Unabhängigkeit Montenegros, als oppositionelle Parteien die Arbeit des Parlaments boykottierten. Der Entscheidungsprozess wurde weitgehend simuliert, und der

soziale Dialog fand hauptsächlich zwischen der Regierung und den zivilgesellschaftlichen Organisationen statt, da die meisten Oppositionsparteien sich von diesem Prozess ausgeschlossen hatten (Komar 2015; Vujović 2017).

Im Jahr 1999 wurde das neue *Gesetz über Nichtregierungsorganisationen* (Zakon o nevladinim organizacijama) (Official Gazette No. 27 1999) verabschiedet, das zwei Haupttypen von zivilgesellschaftlichen Organisationen definierte: Nichtregierungsvereinigungen und Stiftungen. Dieses Gesetz basierte größtenteils auf einheimischen Erfahrungen und orientierte sich an internationalen Vergleichen. Innerhalb dieses Gesetzes und des allgemein gebräuchlichen Begriffs *Zivilgesellschaftlicher Sektor* waren vielfältige Organisationen aktiv, die sich mit Kultur, Umwelt, Bildung, Beruf, sozialen Angelegenheiten, Humanitärem, Menschenrechten, Frauenrechten, Kinderrechten und Wirtschaft beschäftigten. Dieser zivilgesellschaftliche Sektor galt als treibende Kraft der montenegrinischen Zivilgesellschaft (Komar 2015). Im Gegensatz dazu gab es keine nennenswerte Tradition religiöser Organisationen oder Gewerkschaften, die als stark kontrolliert und beeinflusst wahrgenommen wurden (Muk et al. 2006, S. 19).

In der zweiten Phase der montenegrinischen Transition spielten insbesondere Gewerkschaften eine eher periphere Rolle in den politischen Entscheidungsprozessen und hielten sich während der Privatisierungsmaßnahmen sowie der Reformen im Gesundheits- und Sozialsystem zurück (Komar 2015, S. 152). Dies galt ebenso für Basisbewegungen. Die montenegrinische Gesellschaft war tief gespalten zwischen Gewerkschaften, die die Beibehaltung der Union mit Serbien unterstützten, und pro-unabhängigen Kräften, die sich für ein unabhängiges Montenegro einsetzten. Aufgrund der dringenden Notwendigkeit, die zentrale Frage der staatlichen Zugehörigkeit zu klären, gerieten alle anderen Anliegen und Interessen in den Hintergrund (Muk et al. 2006, S. 19). Dies führte dazu, dass der nichtstaatliche Sektor, finanziert durch ausländische Spenden, an Bedeutung gewann. Sein Hauptaugenmerk lag auf institutionellen demokratischen Transformationen. Obwohl seine strukturelle Position gestärkt wurde, kämpfte er weiterhin darum, einen Platz am Verhandlungstisch in einem äußerst anspruchsvollen Umfeld zu finden, in dem jede Kritik an der Regierungsführung als anti-montenegrinisch gebrandmarkt wurde.

Tabelle 1 stellt die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Montenegro in zwei verschiedenen Phasen der politischen Transition dar:

In der ersten Transition, die als *embryonale Zivilgesellschaft* bezeichnet wird, begann sich die Zivilgesellschaft gerade erst zu entwickeln. In dieser Zeit gab es einen Übergang von einem

Einparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem. Es bildeten sich Bürger:inneninitiativen und politische Parteien, aber die Zivilgesellschaft war noch relativ schwach und begrenzt.

Tabelle 1: Zivilgesellschaft in der ersten und zweiten Phase der Transition

Aspekt	Erste Transition (1989-1996) <i>Die embryonale Zivilgesellschaft</i>	Zweite Transition (1997-2006) <i>Die evolvierende Zivilgesellschaft</i>
Politischer Wandel	Übergang von Einparteiensystem zu Mehrparteiensystem	Veränderungen nach innerparteilicher Spaltung und internationalen Sanktionen
Soziale Auswirkungen	Inflation, soziale Ungleichheit, Armut, steigende Kriminalität	Kriminalisierung des Lebens, informeller Sektor, Elite profitiert von informeller Wirtschaft
Zivilgesellschaft	Bildung von Bürger:inneninitiativen, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen	Beeindruckender Aufschwung der Zivilgesellschaft, Unterstützung durch ausländische Geldgeber:innen
Schlüsselorganisationen	Vereinigung für die Verbesserung demokratischer Prozesse, Vereinigung für demokratische Initiative in Jugoslawien, Demokratische Alternative	Vielfältige zivilgesellschaftliche Organisationen, Unterstützung für Rechtsstaat und demokratische Transformation
Internationale Einflüsse	Internationale Isolation und Sanktionen, begrenzte Unterstützung	Unterstützung durch ausländische Spenden, Schwerpunkt auf institutionellen demokratischen Transformationen
Rolle der Gewerkschaften	Eher periphere Rolle, politische Spaltung	Zurückhaltung während politischer Konflikte.

Quelle: Eigene Darstellung

In der zweiten Transition, gekennzeichnet als *evolvierende Zivilgesellschaft*, erlebte die Zivilgesellschaft in Montenegro einen beeindruckenden Aufschwung. Unterstützt durch ausländische Geldgeber florierten viele zivilgesellschaftliche Organisationen. Diese Phase war geprägt von einer breiten Vielfalt zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich auf die Stärkung des Rechtsstaats und die Förderung demokratischer Transformationen konzentrierten.

Die Begriffe *embryonale Zivilgesellschaft* und *evolvierende Zivilgesellschaft* werden verwendet, um die unterschiedlichen Entwicklungsstufen und das Wachstum der Zivilgesellschaft in den beiden Transitionsphasen zu betonen. Während in der ersten Phase die Zivilgesellschaft noch in den Anfängen steckte, entwickelte sie sich in der zweiten Phase weiter und gewann an Stärke und Einfluss.

2 Politische Neuordnung nach der Unabhängigkeit - Europäisierungsphase

Europäisierung ist ein weitreichender Begriff, der aufgrund verschiedener Definitionen vielfältig interpretiert wird. Wenn jedoch von Nicht-Mitgliedsstaaten die Rede ist, die gleichzeitig Kandidatenländer für die EU sind, wird Europäisierung als ein spezifischer Aspekt dieses Konzepts betrachtet. Hierbei gibt es Unterschiede, die speziell auf die Europäisierung von Kandidatenländern zutreffen. Ulrich Sedelmeier (2011) weist darauf hin, dass europäische Institutionen in diesem Kontext nicht die gleichen Instrumente verwenden können wie bei vertragsbasierten Strafmaßnahmen. Stattdessen sind sie auf weichere Instrumente wie bedingte positive Initiativen, normativen Druck und Überzeugung angewiesen. Des Weiteren sind Kandidatenländer dazu verpflichtet, Veränderungen auf nationaler Ebene umzusetzen, ohne dabei direkten Einfluss auf europäische Institutionen ausüben zu können. Die EU hat den Versuch unternommen, die nationale Anpassung vor dem Beitritt zu beeinflussen, indem sie bestimmte Anforderungen und Bedingungen festlegt, die die Kandidatenländer erfüllen müssen. (Sedelmeier 2011). Dies geschieht, um sicherzustellen, dass diese Länder die EU-Normen und -Standards akzeptieren und umsetzen, bevor sie Vollmitglieder werden.

Zusätzlich zu den bereits genannten Kopenhagener Kriterien sind die Länder des westlichen Balkans dazu angehalten, weitere Anforderungen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zu erfüllen. Dies schließt ein, dass diese Länder sicherstellen müssen, sämtliche Standards und Regeln der EU zu übernehmen und zu respektieren. Eine solche Übernahme erfordert die Zustimmung sowohl der EU-Institutionen und Mitgliedstaaten als auch die Bestätigung durch ihre Bürger:innen. Dies kann entweder durch eine parlamentarische Abstimmung auf nationaler Ebene oder durch ein Referendum erfolgen (European Commission).

In den Jahren nach seiner Unabhängigkeitserklärung im Jahr 2006 erlebte Montenegro eine Phase intensiver politischer Neuordnung und Ausrichtung auf Europa. Diese Phase, als die *Europäisierungsphase Montenegros* bezeichnet, war geprägt von bedeutenden politischen Entwicklungen, institutionellen Reformen und einem klaren Bekenntnis des Landes zur Integration in die Europäische Union. Im Jahr 2007 wurde eine neue Verfassung eingeführt, die darauf abzielte, eine moderne demokratische Gesellschaft zu ermöglichen (Bieber 2010, S. 945). Diese Verfassung stärkte die Gewaltenteilung, den Schutz der Menschenrechte und die Unabhängigkeit der Justiz. Es gab umfangreiche Reformen in den Bereichen Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Umwelt, wobei ein besonderer Fokus auf der Bekämpfung von Korruption und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit lag (Vučković 2021).

2.1 Das politische System

Im vorliegenden Kapitel wird eine umfassende Untersuchung des politischen Systems Montenegros präsentiert, das von einer Vielzahl von Institutionen und Akteuren geprägt ist und die Grundlage für die Regierungsführung in diesem Balkanstaat bildet. In diesem Kontext werden verschiedene Aspekte des politischen Systems Montenegros detailliert betrachtet.

Der rechtliche Rahmen und die Verfassung Montenegros bilden das Grundgerüst für die politische Ordnung des Landes. Eine gründliche Analyse dieser rechtlichen Grundlagen ermöglicht ein besseres Verständnis der Funktionsweise des politischen Systems Montenegros. Das montenegrinische Parlament, auch bekannt als *Skupština Crne Gore*, stellt ein zentrales Organ der Legislative dar. Eine vertiefte Analyse seiner Zusammensetzung, Befugnisse und seiner Rolle bei der Gesetzgebung ist unerlässlich, um die legislative Gewalt in Montenegro zu verstehen.

Die Exekutive in Montenegro wird von der Regierung geführt, die für die Implementierung von Gesetzen und die Verwaltung des Landes verantwortlich ist. Eine umfassende Untersuchung der Struktur und Funktionen der montenegrinischen Regierung bietet wertvolle Einblicke in die Exekutivgewalt des Landes.

Das Staatsoberhaupt Montenegros, repräsentiert durch die Präsident:in, spielt eine Schlüsselrolle in der politischen Landschaft des Landes. Eine detaillierte Analyse der Aufgaben und Befugnisse des Präsidentenamtes ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis der politischen Führung in Montenegro.

Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein Eckpfeiler eines jeden rechtsstaatlichen Systems. Daher wird in diesem Kapitel die montenegrinische Justizstruktur und ihre Rolle bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit ausführlich beleuchtet.

Das Parteiensystem Montenegros spielt eine entscheidende Rolle in der politischen Arena. Eine Untersuchung der wichtigsten politischen Parteien und ihres Einflusses auf die nationale Politik ermöglicht eine tiefgehende Analyse des politischen Wettbewerbs im Land.

Abseits der institutionellen Aspekte wird auch die politische Kultur Montenegros in den Blick genommen. Dies beinhaltet die Untersuchung der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Analyse der Werte und Überzeugungen, die die politische Landschaft dieses Landes prägen.

Das vorliegende Kapitel bietet somit einen umfassenden Einblick in das politische System und die politische Kultur Montenegros. Dies dient als Grundlage für eine eingehende Analyse der

politischen Realität in diesem Land und trägt zur wissenschaftlichen Untersuchung der montenegrinischen Politik bei.

2.1.1 Verfassung und rechtlicher Rahmen

Am 12. Oktober 1992 verabschiedete das montenegrinische Parlament die erste Verfassung nach der kommunistischen Ära, ohne jedoch eine Zustimmung durch ein Referendum zu erhalten (Vuković und Milačić 2016, S. 340). Ihr formaler Zweck bestand darin, den Übergang zu einer demokratischen Staatsform zu gewährleisten und den Schutz der Menschenrechte zu sichern (Bieber 2010, S. 944). Diese Verfassung orientierte sich am Modell der Verfassung der Bundesrepublik Jugoslawien, die gemeinsam mit Serbien im April 1992 beschlossen wurde. Es ist wichtig anzumerken, dass die Verfassungsentwicklung in Montenegro nicht das Ergebnis einer breiten verfassungsrechtlichen Diskussion war, sondern von der vorherrschenden Partei, der Demokratischen Partei der Sozialisten, ehemals bekannt als Bund der Kommunisten (SKCG), erarbeitet wurde. Mit ihrer absoluten Mehrheit im Parlament konnte die DPS die vollständige Kontrolle über den Verfassungsprozess und die Institutionenbildung ausüben. Dies führte zu einem Mangel an Konsens zwischen den Eliten bezüglich der Spielregeln in Montenegro. Im Vergleich zu anderen ehemaligen Republiken Jugoslawiens war die ethno-nationalistische Mobilisierung in Montenegro weniger ausgeprägt. In der neu verabschiedeten Verfassung erfolgte keine Definition Montenegros als ethnisch geprägter Nationalstaat. Stattdessen betonte die Präambel der Verfassung die Existenz der *Bürger:innen Montenegros*, was auf eine breitere Auffassung der nationalen Identität hinweist. Dennoch manifestierte sich der Verfassungsnationalismus an einer Stelle: In der Präambel wurde das historische Recht des montenegrinischen Volkes auf einen eigenen Staat betont, welches durch einen langen Kampf für die Freiheit erworben wurde. Die Verfassung von 1992 sicherte den Minderheiten den Schutz ihrer nationalen, ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität zu. Zudem wurde ihnen das Recht zugesichert, nationale Symbole, ihre Sprache und ihr Alphabet zu verwenden. Obwohl die Verfassung auf undemokratische Weise entstand und die DPS die Kontrolle über den Prozess hatte, enthielt sie dennoch einige demokratische Prinzipien. Die erste Verfassung von 1992 in Montenegro wies informelle Herrschaftsmechanismen auf, wobei die Dominanz der DPS eine größere Bedeutung hatte als der formale verfassungsrechtliche Rahmen (Bieber 2010; Vuković und Milačić 2016).

Mit dem Sturz des autoritären Milošević-Regimes im Oktober 2000 ergaben sich Neuerungen für den gemeinsamen Staat mit Serbien. Im Jahr 2003 wurde die Verfassungscharta von Serbien und Montenegro verabschiedet, die einen lockeren Staatenbund zwischen den beiden Ländern mit einer schwachen Regierung und fünf Ministerien schuf. Die Charta sah zudem das Recht der Mitgliedstaaten vor, nach Ablauf einer Frist von drei Jahren ein Unabhängigkeitsreferendum abzuhalten. Während der kurzen Dauer des Staatenbundes wurden sowohl die Verfassungscharta als auch die zeitgleich verabschiedete Menschenrechtscharta häufig von Montenegro und Serbien verletzt. In Montenegro fand die Verfassungscharta kaum Anwendung (Bieber 2004, S. 322–324). Die Nichtachtung der Verfassungscharta und der Menschenrechtscharta ist ein Indiz für die Schwäche und Instabilität des Staatenbundes zwischen Montenegro und Serbien. Sie verdeutlicht ebenfalls die angespannte politische Situation und das mangelnde Vertrauen zwischen den beiden Ländern. Die Unterlassung der Anwendung der Verfassungscharta in Montenegro deutet darauf hin, dass die politischen Akteure in Montenegro ihre eigene politische Agenda verfolgten. Die Frage der Staatlichkeit hatte für die Akteure in Montenegro eine vorrangige Bedeutung und führte zu einer Behinderung der Konsolidierung der Institutionen und erheblichen Verzögerungen bei Reformvorhaben. Befürworter:innen der Unabhängigkeit führten an, dass aufgrund erheblicher Unterschiede in Bezug auf Bevölkerungszahl – 600.000 in Montenegro im Vergleich zu 10.000.000 in Serbien – und Staatsgebiet, wobei Serbien 17 Mal größer als Montenegro sei, ein gleichberechtigter Status Montenegros in einer föderalen Struktur unpraktikabel wäre (Vuković und Milačić 2016, S. 345–346). Des Weiteren wurde hervorgehoben, dass ein souveräner Staat Montenegro eine zügigere Umsetzung von Reformen, wirtschaftlichen Wohlstand, den Zugang zu euro-atlantischen Organisationen und die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft fördern würde (Darmanović 2007b, S. 156). Diese Standpunkte reflektieren die Vorstellung, dass politische Autonomie und Souveränität Montenegros bessere Chancen für eine gezielte Entwicklung und Integration in internationale Institutionen bieten könnten. Es bestand die Hoffnung, dass eine unabhängige Montenegrinische Republik eine beschleunigte Reformagenda vorantreiben könnte, um wirtschaftlichen Fortschritt zu erzielen und eine offene, vielfältige Gesellschaft zu etablieren.

Im Oktober 2007 beschloss das montenegrinische Parlament die Annahme einer neuen Verfassung, die als Abschluss des Staatsbildungsprozesses fungierte. Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Montenegro war nicht nur eine Reaktion auf die Unabhängigkeit des Landes, sondern auch eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Europarat. Dies wurde notwendig, da die alte Verfassung unzureichenden Schutz in den Bereichen rechtsstaatlicher

Institutionen, Menschenrechte und Demokratie bot (Parliamentary Assembly of the Council of Europe 2007). Während der Verfassungsdebatte im Jahr 2007 lag der Fokus hauptsächlich auf der Symbolik des neuen Staates, während die Gestaltung der Institutionen und andere Aspekte weniger Beachtung fanden. Besonders kontrovers waren der Name der Staatssprache, die Symbole des Staates, die Position der Religionsgemeinschaften sowie die Frage, ob Montenegro als Staat der montenegrinischen Nation oder als Bürger:innenstaat definiert werden sollte (Vuković und Milačić 2016, S. 348).

Die Verfassung von 2007 wurde mit der Zustimmung von 55 der insgesamt 81 Abgeordneten im Parlament verabschiedet. Die Befürworter:innen der Verfassung setzten sich aus verschiedenen politischen Parteien zusammen, darunter die Regierungspartei DPS, die SDP und die oppositionelle *Bewegung für Wandel (Pokret za Promjene - PzP)*, sowie die *Liberalen Partei (Liberalna Stranka - LS)* und die *Bosniakische Partei (Bošnjačka stranka)*. Es gab jedoch auch Gegenstimmen, insbesondere von der oppositionellen *Serbischen Liste (Srpska Lista - SL)*, der *Sozialistischen Volkspartei (Socijalistička Narodna Partija - SNP)* und die *Volkspartei (Narodna Stranka – NS)*, die gegen die Verfassung stimmten. Die Abgeordneten der albanischen Minderheit enthielten sich der Stimme. Die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit im Parlament ermöglichte es, ein Referendum über die Verfassung zu vermeiden, das bei einer einfachen Mehrheit im Parlament erforderlich gewesen wäre (Bieber 2010, S. 945).

Die aktuelle Verfassung von Montenegro, die im Jahr 2007 vom Parlament verabschiedet wurde, führt Montenegrinisch als offizielle Sprache des Landes ein (Ustav Crne Gore 2007). Dies stellt eine Veränderung gegenüber der vorherigen Verfassung von 1992 dar, in der Serbisch in der gebräuchlichen ijekavischen Variante als Staatssprache festgelegt war. Diese sprachliche Anpassung spiegelt den fortschreitenden Prozess der Nationsbildung in Montenegro wider. Die Verfassung von 2007 legt den Fokus nicht auf eine spezifische ethnische Gruppe, sondern definiert die Bürger:innen von Montenegro als das Staatsvolk. In der Präambel werden die verschiedenen Nationen und Minderheiten des Landes, einschließlich Montenegriner:innen, Serb:innen, Bosniak:innen, Albaner:innen, Muslim:innen, Kroat:innen und anderen, aufgeführt. Die grundlegenden Strukturen der Verfassung von 1992 wurden in der aktuellen Verfassung weitgehend beibehalten. Das parlamentarische System mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Parlament, Regierung und Präsident:in wurde beibehalten. Allerdings wurden einige Änderungen eingeführt, insbesondere im Bereich des Schutzes der Menschenrechte und der Gewaltenteilung. Diese Änderungen basierten auf Empfehlungen der Venedig-Kommission des Europarates und zielen darauf ab, die Unabhängigkeit der Justiz zu

stärken und den Schutz der Menschenrechte und Minderheitenrechte zu erweitern (European Commission for Democracy Through Law (Venice Commission) 2007).

Die Verfassung von 2007 konsolidiert das bereits etablierte parlamentarische Regierungssystem in Montenegro, das seit 1992 Bestand hat. Sie verleiht dabei der direkt gewählten Präsident:in eine bedeutende Rolle. Neben der Strukturierung der Regierungsinstitutionen legt die Verfassung auch die grundlegenden Staatsziele des Landes fest. In der Präambel und im ersten Artikel wird besonderes Augenmerk auf die Förderung von Multikulturalismus, Frieden und Toleranz gelegt. Montenegro bekennt sich ebenfalls zur Verfolgung einer nachhaltigen Entwicklung und zum Schutz der Umwelt, indem es den Status eines *ökologischen Staates* annimmt. Darüber hinaus wird die Wahrung sozialer Gerechtigkeit als ein fundamentales Prinzip anerkannt (Ustav Crne Gore 2007). Diese Staatsziele dienen als Richtlinien für die politische und gesellschaftliche Ausrichtung des Landes, um Vielfalt zu fördern, Frieden zu wahren und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Sie spiegeln das Streben nach einer gerechten und ausgewogenen Gesellschaft wider, die sowohl den aktuellen Bedürfnissen als auch den zukünftigen Herausforderungen gerecht wird.

2.1.2 Legislative Gewalt – Parlament

In Montenegro wird die gesetzgebende Autorität durch das Einkammerparlament, das als Parlament (Skupština) von Montenegro bekannt ist, verkörpert. Die Bestimmungen der Verfassung von 1992 haben im Laufe der Zeit zu einer stetigen Veränderung der Anzahl der Abgeordneten geführt. Anfangs waren etwa 6.000 Bürger:innen einem Abgeordneten zugeordnet, was in den 1990er Jahren zu etwa 80 Mitglieder:innen im Parlament führte. Interessanterweise bestand das erste freigewählte Parlament, das von 1990 bis 1992 amtierte, aus 125 Abgeordneten (Bieber 2010, S. 945; Darmanović 2007a). Schließlich wurde im Jahr 2007 die Anzahl der Abgeordneten auf 81 in der Verfassung festgelegt (Ustav Crne Gore 2007), um die Stabilität und Effizienz des gesetzgebenden Prozesses zu gewährleisten.

Das Parlament von Montenegro nimmt eine zentrale Rolle als repräsentatives Gremium ein, das die Interessen und Ansichten der Bürger:innen vertritt. Eine seiner Hauptaufgaben besteht in der Gesetzgebung, um Gesetze zu erlassen, die den Bedürfnissen und Interessen der Bürger:innen gerecht werden. Sowohl die Abgeordneten als auch die Regierung haben das Recht, Gesetzesvorschläge und andere rechtliche Maßnahmen einzubringen. Zusätzlich haben

die Bürger:innen das Recht, über einen bevollmächtigten Abgeordneten Gesetzesvorschläge vorzulegen. Der Verabschiedungsprozess eines Gesetzes erfolgt in drei Stufen, den sogenannten *Lesungen* (ćitanja) (Skupština Crne Gore 2023a). Nach der Annahme eines Gesetzes wird es der Präsident:in von Montenegro zur Verkündung übergeben. Die Präsident:in hat die Möglichkeit, das Gesetz zur erneuten Abstimmung an das Parlament zurückzuschicken, ist jedoch verpflichtet, ein erneut angenommenes Gesetz zu verkünden. Nach der Verkündung wird das Gesetz im Amtsblatt von Montenegro veröffentlicht (Skupština Crne Gore 2023a).

Das Parlament führt gewöhnliche und außerordentliche Sitzungen durch, wobei die gewöhnlichen Sitzungen zweimal im Jahr abgehalten werden und sich durch ihre periodische Regelmäßigkeit auszeichnen. Die erste Sitzung beginnt im aufbruchsstimmenden Monat März und dauert bis zum sommerlichen Ausklang im Juli. Die zweite Sitzungsperiode beginnt hingegen im Monat Oktober und endet im Dezember (Ustav Crne Gore 2007). Außerordentliche Sitzungen werden nur in seltenen Fällen einberufen, wenn mindestens ein Drittel aller Parlamentsmitglieder:innen oder der Präsident:in und der Premierminister:in dies fordern. Diese außerordentlichen Sitzungen dienen der Behandlung dringender Angelegenheiten von nationaler Bedeutung, die eine sofortige Aufmerksamkeit erfordern. Entscheidungen im Parlament werden durch eine Mehrheitsabstimmung der anwesenden Abgeordneten getroffen, vorausgesetzt, dass mehr als die Hälfte aller Abgeordneten an der Sitzung teilnimmt. Sofern die Verfassung keine abweichenden Bestimmungen vorsieht, bildet diese Zustimmung die Grundlage für die Verabschiedung von Gesetzen und die Umsetzung politischer Maßnahmen. Die Amtszeit des Parlaments beträgt normalerweise vier Jahre, während der es seine repräsentative Funktion und legislative Aufgaben wahrnimmt. Es besteht jedoch die Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung oder einer verkürzten Mandatsdauer, falls besondere Umstände dies erfordern. Das Parlament agiert somit als dynamisches Organ, das auf die Bedürfnisse und Anforderungen der Gesellschaft reagiert und sich dem Wandel anpasst. Zu den Aufgaben des Parlaments gehört auch die Überwachung der Regierungsarbeit. Dies beinhaltet das Recht, den Haushalt zu verabschieden und die Ausgaben zu überwachen. Zur Erfüllung dieser Überwachungsfunktion stehen dem Parlament verschiedene Instrumente zur Verfügung, darunter Misstrauensvoten gegen die Regierung, Anfragen, Anhörungen und parlamentarische Fragen. In Bezug auf seine Zuständigkeiten besitzt das Parlament die Befugnis, die Verfassung und Verfassungsänderungen zu verabschieden, andere Gesetze und allgemeine Rechtsakte zu erlassen, über das Vertrauen in die Regierung zu entscheiden, internationale Abkommen zu ratifizieren, Führungspersonal in verschiedenen Bereichen zu ernennen und abuberufen (wie die Ministerpräsident:in, Richter:in, Mitglieder:innen von

Aufsichtsbehörden und Kommissionen), Haushaltsfragen zu entscheiden und den Haushalt zu verabschieden sowie Berichte und andere Dokumente von öffentlichen Institutionen zu prüfen (wie die Zentralbank, den Obersten öffentlichen Ankläger und die Energieaufsichtsbehörde) (Skupština Crne Gore 2023a; Darmanović 2007a; Goati et al. 2007; Bieber 2010).

Das Parlament von Montenegro betont die Bedeutung der Prinzipien der Offenheit und Zugänglichkeit. Diese Grundsätze werden durch eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt, darunter die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Teilnahme von Vertreter:innen dieser Organisationen an den Sitzungen der parlamentarischen Arbeitsgruppen, die Veröffentlichung relevanter Informationen und Dokumente auf der offiziellen Website des Parlaments sowie die Live-Übertragung parlamentarischer Sitzungen im Fernsehen. Darüber hinaus wird den Bürger:innen die Möglichkeit geboten, das Parlament persönlich zu besuchen (Skupština Crne Gore 2023a). Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den parlamentarischen Prozess trägt zur Stärkung der Offenheit bei, indem unterschiedliche Perspektiven und Expertise in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Durch diese Zusammenarbeit könnte ein breiterer Dialog ermöglicht und eine vielfältige Beteiligung an den politischen Diskussionen gefördert werden. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass die tatsächliche Wirksamkeit dieses Ansatzes in der Praxis variieren kann und weiterer Forschungsbedarf besteht, um seine Auswirkungen umfassend zu beurteilen.

Die Veröffentlichung von relevanten Informationen und Dokumenten auf der Website des Parlaments stellt sicher, dass Bürger:innen Zugang zu den während der parlamentarischen Arbeit entstehenden Materialien haben. Dies schafft Transparenz und ermöglicht es den Bürger:innen, die Fortschritte und Diskussionen im Parlament nachzuvollziehen. Die Live-Übertragung parlamentarischer Sitzungen im Fernsehen erweitert die Reichweite der parlamentarischen Debatten und Entscheidungsprozesse, indem sie Bürger:innen ermöglicht, die Diskussionen in Echtzeit zu verfolgen, fördert sie die politische Teilhabe und das Vertrauen in das Parlament. Die Live-Übertragungen dienen auch als Instrument zur Rechenschaftspflicht, da die gewählten Vertreter:innen in der Öffentlichkeit für ihre Handlungen und Entscheidungen verantwortlich gemacht werden können. Darüber hinaus bietet das Parlament den Bürger:innen die Möglichkeit, es persönlich zu besuchen (Skupština Crne Gore 2023b). Diese physische Zugänglichkeit schafft eine direkte Verbindung zwischen den gewählten Vertreter:innen und den Bürger:innen und stärkt das Gefühl der demokratischen Teilhabe.

Die Amtszeit des Parlaments beträgt vier Jahre (Ustav Crne Gore 2007), kann aber durch Auflösung des Parlaments oder Verkürzung der Amtszeit vorzeitig beendet werden.

Die Entwicklung der Geschlechterrepräsentation im Parlament von Montenegro seit der Unabhängigkeit im Jahr 2006 bis zu den letzten Wahlen im Jahr 2020 zeigt eine signifikante Zunahme des Anteils weiblicher Abgeordneter. Im Jahr 2006 waren lediglich 10 von insgesamt 81 Abgeordneten Frauen, was einem Anteil von 12,3% entsprach. Im Jahr 2020 stieg die Zahl der weiblichen Abgeordneten auf 23, was einen Anteil von 28,4% der insgesamt 81 Sitze im Parlament ausmachte (Skupština Crne Gore 2023c). Diese Entwicklung lässt auf eine positive Veränderung in Bezug auf die Geschlechterrepräsentation schließen und deutet auf eine allmähliche Verbesserung des politischen Klimas hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter im Parlament von Montenegro hin. Zusätzlich zur Zunahme der weiblichen Abgeordneten wurde im März 2021 die Frauenparlamentsgruppe (Ženski Klub), als Teil der Arbeitsgruppe im Parlament, gegründet. Diese Gruppe besteht aus weiblichen Mitglieder:innen und verfolgt verschiedene Ziele und Grundsätze. Dazu gehören die Förderung der Geschlechtergleichstellung auf allen Entscheidungsebenen, die Ermutigung von Frauen zur aktiven Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben, die Verbesserung der Position von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft sowie die Förderung von Solidarität, Menschlichkeit, Freiwilligenarbeit und gegenseitiger Unterstützung. Um diese Ziele zu erreichen, hat die Frauenparlamentsgruppe verschiedene Aufgaben übernommen. Dazu gehört die Verbesserung des gesetzlichen Rahmens zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und des Kampfs gegen geschlechtsbezogene Gewalt. Des Weiteren strebt die Gruppe die Schaffung eines günstigen rechtlichen und sozialen Umfelds an, um die sozioökonomische Position von Frauen zu stärken. Die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Frauen, insbesondere in ländlichen Gebieten, sind ebenfalls Teil ihrer Aufgaben (Skupština Crne Gore 2023d).

In der Legislaturperiode von 2006 bis 2009 waren nationale Minderheiten im Parlament von Montenegro repräsentiert. Während dieser Periode gab es drei Abgeordnete der albanischen Minderheitsparteien sowie zwei Mitglieder:innen der bosnischen Partei im Parlament. Zusätzlich wurde ein Abgeordneter der kroatischen Minderheit auf der Wahlliste der Demokratischen Partei der Sozialisten gewählt. Des Weiteren fanden sich bosniakische und muslimische Abgeordnete in den Reihen der DPS, der Sozialdemokratischen Partei und der Partei Bewegung für Wandel. Die Interessen der serbischen Gruppen wurden durch die Serbische Liste im Parlament vertreten (Bieber 2010, S. 949).

Ein Vergleich zur aktuellen Situation zeigt, dass auch in den Wahlen von 2020 nationale Minderheiten im Parlament vertreten sind. Die Bosniakische Partei (Bošnjačka stranka - BS) gewann beispielsweise drei Sitze, während die Albanische Liste (Albanska Lista - AL) und die

Albanische Koalition *Einstimmig (Jednoglasno)* je eine Stimme erhielten. Die Kroatische Zivil Initiative (Hrvatska građanska inicijativa - HGI) und die Kroatische Reformpartei (Hrvatska reformska stranka - HRS) konnten hingegen keine Sitze im Parlament gewinnen (Konrad Adenauer Stiftung 2020, S. 3). Dieser Vergleich deutet darauf hin, dass die Repräsentation nationaler Minderheiten im Parlament von Montenegro in den vergangenen Jahren weiterhin bestand. Es zeigt eine gewisse Kontinuität in Bezug auf politische Inklusion und die Berücksichtigung der Interessen der Minderheiten.

2.1.3 Exekutive Gewalt – Regierung

Die exekutive Gewalt liegt ausschließlich bei der Regierung von Montenegro, gemäß der Verfassung des Landes (Ustav Crne Gore 2007). Als zentrale Institution ist die Regierung für die Leitung sowohl der internen als auch der externen politischen Angelegenheiten des Landes verantwortlich. In dieser Hinsicht ist sie die alleinige Inhaber:in der exekutiven Gewalt, ohne diese mit anderen, einschließlich der Präsident:in des Staates, teilen zu müssen. Die Verfassung von Montenegro definiert die Präsident:in nicht als Teil der exekutiven Gewalt. Obwohl die Präsident:in direkt von den Bürger:innen gewählt wird, liegt ihre primäre Rolle eher in symbolischer Hinsicht. Sie fungiert als Repräsentant:in und Koordinator:in (Ustav Crne Gore 2007), wobei ihre Aufgaben darauf abzielen, das Land nach außen hin zu repräsentieren und die verschiedenen politischen Akteure zu koordinieren. Die Präsident:in hat jedoch keine direkte exekutive Befugnis und ist nicht in die alltägliche Verwaltung und das Management des Landes involviert. Diese klare Trennung der exekutiven Gewalt zwischen der Regierung und der Präsident:in spiegelt die verfassungsmäßigen Bestimmungen wider und stellt sicher, dass die Machtbefugnisse angemessen verteilt sind. Während die Regierung die Hauptverantwortung für die Durchführung und Umsetzung von politischen Entscheidungen und Maßnahmen trägt (Ustav Crne Gore 2007), liegt es in der Verantwortung der Präsident:in, das Land in repräsentativer und koordinierender Funktion zu vertreten. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Struktur nicht darauf abzielt, die Bedeutung des Präsident:innenamtes herabzusetzen, sondern vielmehr eine klare institutionelle Aufteilung der Macht schafft, um die Effizienz und Stabilität der Regierungsführung zu gewährleisten (Vujović und Tomović 2019). Durch diese Aufteilung können die Aufgaben und Verantwortlichkeiten klar definiert werden, wodurch die Regierung in der Lage ist, ihre Funktionen als Zentrum der exekutiven Gewalt

effektiv wahrzunehmen, während die Präsident:in eine repräsentative Rolle spielt und als Bindeglied zwischen verschiedenen politischen Akteuren fungiert.

Nachdem die Präsident:in von Montenegro eine Kandidat:in für das Amt der Premierminister:in vorgeschlagen hat, wird die Regierung durch das Parlament gewählt. Die vorgeschlagene Kandidat:in stellt dem Parlament ihr Regierungsprogramm und die Zusammensetzung der Regierung vor. Das Parlament muss dann in einer öffentlichen Abstimmung mit der Mehrheit aller Abgeordneten ihr Vertrauen in die neue Regierung aussprechen. Falls nach der Ernennung der ersten Kandidat:in für das Amt der Premierminister:in durch die Präsident:in 90 Tage vergehen (Ustav Crne Gore 2007), ohne dass das Parlament einer neuen Regierung zustimmt, wird das Parlament aufgelöst und es werden Neuwahlen ausgeschrieben. Die Auflösung des Parlaments und die Neuwahl erfolgen formell durch die Präsident:in. In anderen Fällen kann das Parlament nur in Absprache mit der Parlamentspräsident:in und den Fraktionsvorsitzenden aufgelöst werden, wenn es zu langer Untätigkeit kommt. Diese Entscheidung liegt jedoch in der Zuständigkeit des Parlaments (Ustav Crne Gore 2007).

Die Regierung von Montenegro setzt sich aus der Premierminister:in, ein oder mehreren stellvertretenden Premierminister:innen und der Minister:innen zusammen (Ustav Crne Gore 2007). Die Premierminister:in fungiert als Repräsentant:in der Regierung und leitet ihre Arbeit (Ustav Crne Gore 2007). Die Verfassung, Gesetze und sekundäre Rechtsvorschriften von Montenegro regeln den Aufgabenbereich, die Organisation, die Arbeitsweise und die Entscheidungsfindung der Regierung. Die Minister:innen in der Regierung von Montenegro werden vom Parlament des Landes gewählt. Die Regierung ist dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig und hat die Aufgabe, die Verpflichtungen gemäß der Verfassung und den Gesetzen von Montenegro zu erfüllen. Das Parlament spielt somit eine wichtige Rolle bei der Bestimmung und Überprüfung der Arbeit der Regierung (Bieber 2010, S. 950–952).

Ein Misstrauensvotum gegen die gesamte Regierung kann von einer Gruppe von 27 Abgeordneten eingereicht werden. Um erfolgreich zu sein, muss das Misstrauensvotum von einer Mehrheit aller Abgeordneten unterstützt werden. Sollte das Misstrauensvotum scheitern, ist es den gleichen Abgeordneten nicht gestattet, innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen erneut ein Misstrauensvotum einzubringen (Ustav Crne Gore 2007). Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass die Regierung selbst dem Parlament die Vertrauensfrage stellt (Ustav Crne Gore 2007). Dies bedeutet, dass die Regierung die Unterstützung des Parlaments für ihre Arbeit und politischen Entscheidungen erneut bestätigen lassen kann.

2.1.4 Staatsoberhaupt – Präsident:in

Gemäß der Verfassung von Montenegro erfolgt die Wahl der Staatspräsident:in durch direkte Bürger:innenwahlen (Ustav Crne Gore 2007), wobei eine Amtszeit von fünf Jahren vorgesehen ist (Ustav Crne Gore 2007). Eine einzige Wiederwahl für denselben Zeitraum ist gestattet. Es ist jedoch von großer Bedeutung zu betonen, dass Montenegro kein exekutives Präsidialsystem gemäß seiner Verfassung aufweist, was Auswirkungen auf die Rolle und Befugnisse der Staatspräsident:in hat. Gemäß Artikel 95 der Verfassung (Ustav Crne Gore 2007) hat die Staatspräsident:in die Befugnis, die Streitkräfte zu kommandieren. Diese Befugnis ist jedoch eng an die Entscheidungen des Verteidigungs- und Sicherheitsrates geknüpft, dem kollektiven obersten Kommando. Das bedeutet, dass das Kommando über die Streitkräfte ausschließlich auf Grundlage der Beschlüsse dieses Gremiums ausgeübt werden kann. Diese Begrenzung und Relativierung der Rolle der Staatspräsident:in ist von großer Bedeutung für das Verständnis der Machtausübung in Montenegro. Es ist der Staatspräsident:in nicht gestattet, die Regierung oder einzelne Minister:innen zu entlassen oder das Parlament aufzulösen. Stattdessen liegt die Hauptaufgabe der Staatspräsident:in darin, die Aktivitäten des kollektiven obersten Kommandos zu koordinieren. Dieses Gremium besteht aus dem Staatsoberhaupt, der Premierminister:in und der Parlamentssprecher:in. Die Entscheidungen bezüglich des Kommandos über die Streitkräfte werden einzig und allein von diesem Gremium getroffen. Zudem ist es das alleinige Recht dieses Gremiums, den Ausnahmezustand auszurufen (Ustav Crne Gore 2007). In begrenztem Umfang und in einem spezifischen Bereich nehmen das Staatsoberhaupt und die Parlamentspräsident:in an der Ausübung der exekutiven Macht teil (Vujović und Tomović 2019, S. 121). Dies bedeutet, dass sie gewisse Befugnisse und Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Ausführung von Gesetzen und die Wahrnehmung von exekutiven Funktionen haben, jedoch in einem begrenzten Umfang und unter klar definierten Bedingungen. Die Rolle der Staatspräsident:in in Montenegro ist besonders bedeutsam in Situationen, in denen bei Wahlen keine eindeutige Gewinner:in erkennbar ist. In solchen Fällen hat die Staatspräsident:in die Befugnis, eine Kandidat:in für das Amt der Premierminister:in vorzuschlagen. Bei der Wahl muss die Kandidat:in eine Mehrheit von mindestens 50% der Stimmen auf sich vereinen, um erfolgreich zu sein. Falls im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit nicht erreicht wird, erfolgt zwei Wochen später eine zweite Abstimmungsrunde, bei der die beiden führenden Kandidat:innen gegeneinander antreten. Zusätzlich zur Unterstützung im Parlament ist es von entscheidender Bedeutung, dass die vorgeschlagene Kandidat:in auch eine Mehrheitsunterstützung für ihr Kabinett erhält. Diese Mehrheitsunterstützung sowohl im

Parlament als auch für das Kabinett ist essentiell für die effektive Ausübung der Regierungsgewalt und die Umsetzung von politischen Entscheidungen (Bieber 2010, S. 946–947).

Zusätzlich zu den in der Verfassung festgelegten Befugnissen nimmt die Präsident:in auch bestimmte Funktionen wahr, die durch Gesetze oder Dekrete etabliert wurden. Ein Beispiel hierfür ist der Vorsitz des Rats zum Schutz der Rechte von nationalen und ethnischen Gruppen. Diese Institutionen haben hauptsächlich beratende Funktionen und verleihen der Präsident:in nur begrenzten zusätzlichen Einfluss. Der Ratsvorsitz ermöglicht es der Präsident:in, Fragen im Zusammenhang mit den Rechten von nationalen und ethnischen Gruppen zu behandeln und sich mit deren Anliegen auseinanderzusetzen. Allerdings sollte beachtet werden, dass diese Funktion in erster Linie beratend ist und der Präsident:in nur begrenzte zusätzliche Macht verleiht. Die Präsident:in kann die Empfehlungen und Ratschläge des Gremiums berücksichtigen, hat jedoch keine direkte Entscheidungsgewalt über deren Umsetzung (Ustav Crne Gore 2007; Vujović und Tomović 2019; Bieber 2010).

Tabelle 2: Premierminister und Präsidenten, und ihre Parteizugehörigkeit seit 1990

Table 1 Prime Ministers and Presidents in Montenegro and their party affiliations since 1990

<i>Elections</i>	<i>Premier</i>	<i>Party</i>	<i>Position in the party</i>	<i>President of the Republic</i>	<i>Party</i>	<i>Position in the party</i>
1990, 1992, 1996	Milo Đukanović	DPS	Vice-President	Momir Bulatović	DPS	President
1998, 2001	Filip Vujanović	DPS	Vice-President	Milo Đukanović	DPS	President
2002	Milo Đukanović	DPS	President		DPS	
2003				Filip Vujanović	DPS	Vice-President
2006	Željko Šturanović (2006–2008) Milo Đukanović (2008–2009)	DPS	Vice-President President			
2008				Filip Vujanović	DPS	Vice-President
2009	Milo Đukanović (2009–2010) Igor Lukšić (2010–2012)	DPS	President Vice-President			
2012	Milo Đukanović	DPS	President			
2013				Filip Vujanović	DPS	Vice-President
2016	Duško Marković	DPS	Vice-President			
2018				Milo Đukanović	DPS	President

Quelle: (Vujović und Tomović 2019, S. 123)

Gemäß der montenegrinischen Verfassung besteht keine Verpflichtung für die Präsident:in, politisch neutral zu bleiben. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass alle drei postkommunistischen Präsidenten in Montenegro ihre Parteifunktionen (als Präsident oder Vizepräsident) beibehalten und aktiv am politischen Geschehen teilgenommen haben (Vujović und Tomović 2019, S. 121). Der langjährige Präsident Milo Đukanović war gleichzeitig auch der Vorsitzende der Demokratischen Partei der Sozialisten (Siehe Tabelle 2).

Während des ersten demokratischen Übergangs von 1989 bis 1996 hatte die DPS eine einzigartige Machtposition inne, und der Parteivorsitzende bekleidete gleichzeitig das Amt der Staatspräsident:in. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen im Jahr 1997 konkurrierten der damalige Präsident von Montenegro, Momir Bulatović, ein ehemaliger DPS-Präsident, der gerade seine Mehrheit innerhalb der Partei verloren hatte, und der Premierminister, der die Kontrolle über die DPS übernommen hatte, obwohl er nicht ihr Vorsitzender war. Der charismatischere Premierminister Milo Đukanović gewann schließlich diese Präsidentschaftswahl. Đukanović war für eine Amtszeit von 1998 bis 2002 Präsident und kehrte anschließend 2002 in das Amt des Premierministers zurück. Von 2003 bis 2017 bekleidete Filip Vujanović, damals Vizepräsident der DPS, das Amt des Präsidenten von Montenegro, während Đukanović als Parteivorsitzender das Amt des Premierministers innehatte, außer in Zeiten, in denen er keine Rolle in der Regierung spielte. Tabelle 2 zeigt eine chronologische Liste der Präsidenten und Premierminister in Montenegro seit Einführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1990.

2.1.5 Judikative

Die judikative Gewalt bildet eine fundamentale Säule der staatlichen Macht in Montenegro. In einer zeitgemäßen Gesellschaft, die von den Werten der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit geprägt ist, erfüllt die judikative Gewalt eine unverzichtbare Rolle als essentieller Bestandteil des Gewaltenteilungssystems. Die Gerichtsorganisation in Montenegro wird durch das Gesetz über Gerichte (*Zakon o sudovima*) geregelt, das die Ausübung der justiziellen Gewalt durch Gerichte mit allgemeiner und besonderer Zuständigkeit festlegt. Zu den Gerichten mit allgemeiner Zuständigkeit gehören die Grundgerichte, die Obergerichte, das Berufungsgericht und der Oberste Gerichtshof, der als höchstes Gericht des Landes fungiert. Die Gerichte mit besonderer Zuständigkeit umfassen die Handelsgerichte und

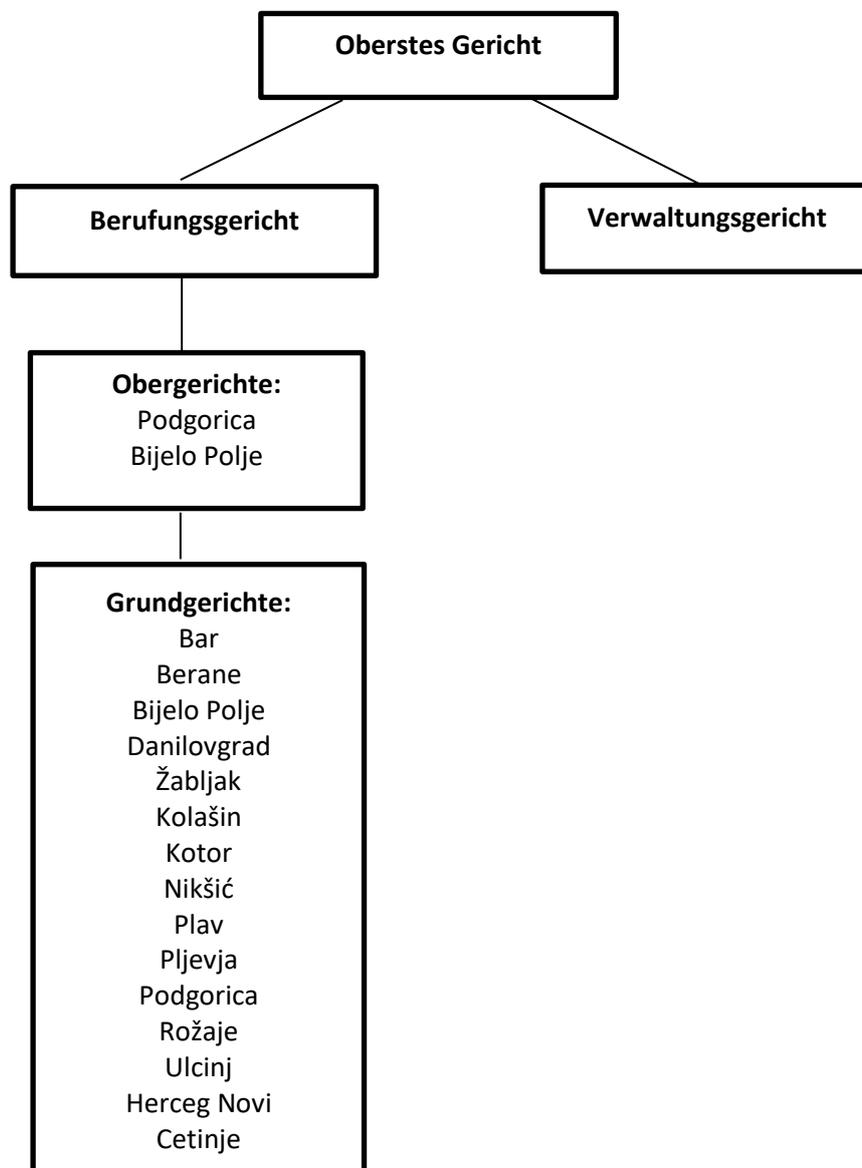
Verwaltungsgerichte, die speziell für die Erfüllung ihrer spezifischen Aufgaben und Zuständigkeiten ausgerichtet sind (Zakon o sudovima).

In Montenegro gibt es insgesamt 15 Grundgerichte, zwei Obergerichte, ein Berufungsgericht und ein Oberstes Gericht (siehe Abbildung 12) (Sudovi 2022). Die 15 Grundgerichte sind für die Bearbeitung von Fällen auf lokaler Ebene zuständig. Sie behandeln eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten, mit Ausnahme von Straftaten, bei denen eine Freiheitsstrafe von mehr als zehn Jahren droht. Die Obergerichte haben eine übergeordnete Rolle und eine breitere Zuständigkeit. Sie entscheiden über Berufungen gegen Urteile der Grundgerichte und behandeln bestimmte Straftaten, die im Gesetz über Gerichte aufgeführt sind. Das Berufungsgericht fungiert als zweite Instanz und überprüft Entscheidungen der Grundgerichte. Es behandelt Berufungen gegen Urteile der Obergerichte sowie der Handelsgerichte (Sudovi 2022). Das Oberste Gericht ist das höchste Gericht des Landes und hat die endgültige Entscheidungsgewalt über Rechtsangelegenheiten. Es prüft außerordentliche Rechtsmittel gegen Urteile aller anderen Gerichte. Darüber hinaus erlässt das Oberste Gericht in seiner Plenarsitzung allgemeine Rechtsprechung und gibt Rechtsauffassungen heraus, um die Rechtsprechung im Land zu harmonisieren. Das Verwaltungsgericht ist für Verwaltungsstreitigkeiten zuständig und entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsentscheidungen (Vukčević und Bošković 2016, S. 9; Rakitić 2015, S. 226–227). Seit April 2013 werden alle Gerichtsverfahren elektronisch über das Justizinformationssystem zugewiesen (JIS) (Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations 2013, S. 36). Gemäß dem Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission für das Jahr 2022 ist die zufällige Fallverteilung durch das Gerichtsgesetz vorgesehen und wird mithilfe des JIS automatisch umgesetzt. Allerdings bestehen weiterhin Einschränkungen in kleinen Gerichten, da das System dort noch nicht implementiert wurde (Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations 2022, S. 22).

Die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Justiz trägt eine immens hohe Verantwortung und geht mit enormen Erwartungen einher im aktuellen Verhandlungsprozess für den Beitritt Montenegros zur Europäischen Union, gemäß den strengen Vorgaben und Anforderungen der EU. In dieser herausfordernden Situation spielt die Justiz eine maßgebliche Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung der EU-Rechtsnormen, während Montenegro bestrebt ist, seine Rechtsordnung und das Justizsystem auf die hohen Standards der Europäischen Union anzupassen. Im speziellen Kontext des Beitrittsprozesses ist es unumgänglich, dass nicht nur Montenegro, sondern auch sämtliche Kandidatenstaaten ihre Verfassungen anpassen, um den Verhandlungsforderungen der EU gerecht zu werden (Pejović 2018b, S. 75). Montenegro steht

dabei vor spezifischen Herausforderungen, die von grundlegenden institutionellen Reformen bis hin zur Stärkung der Rechtssicherheit reichen. Es ist eine gängige Praxis, dass Verfassungsänderungen im Rahmen der Beitrittsverhandlungen erst in späten Phasen erfolgen. Diese Vorgehensweise fußt auf der Erkenntnis, dass die Mehrheit der Kandidatenstaaten die erforderlichen Anpassungen des primären legislativen Instruments bis zu den letzten Jahren vor

Abbildung 12: Struktur des montenegrinischen Gerichtssystems



Quelle: Eigene Darstellung

ihrem EU-Beitritt verzögert. Dies geschieht vorwiegend mit dem Ziel, die Suprematie des EU-Rechts über das nationale Recht zu gewährleisten (Pejović 2018b). Ein illustratives Beispiel hierfür bietet Kroatien, welches im Jahr 2010, ein Jahr vor Abschluss der Beitrittsverhandlungen, umfassende Verfassungsänderungen vornahm. Dabei wurden insbesondere Themen von den einzelnen Verhandlungskapiteln zwischen der Republik Kroatien und der Europäischen Union in die Verfassung aufgenommen. Diese Änderungen betrafen Facetten wie die Autonomie der Kroatischen Nationalbank und des Staatsrechnungshofs, das Wahlrecht für in Kroatien ansässige EU-Bürger:innen sowie die Stärkung der Eigenständigkeit, Unvoreingenommenheit und Fachkompetenz des Justizwesens. Es sei angemerkt, dass gegenwärtige Kandidatenstaaten diese Anpassungen im Allgemeinen wesentlich früher vornehmen (Pejović, S. 120).

Basierend auf umfangreichen Erfahrungen aus vorherigen Erweiterungen hat die Europäische Union im Jahr 2012 einen innovativen und bahnbrechenden Ansatz für die Verhandlungen angenommen, der als *Neuer Ansatz* bezeichnet wird. Dieser neue Ansatz wurde eingeführt, um den Prozess der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten in die EU zu verbessern und sicherzustellen, dass sie die gemeinsamen Werte und Standards der Union erfüllen. Ein zentraler Aspekt dieses neuen Ansatzes ist die Konditionalität, die auf dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit beruht (Dzankić und Keil 2019; Wunsch 2018). Die EU erwartet von potenziellen Mitgliedsstaaten, dass sie sich zu einer starken und unabhängigen Justiz verpflichten, die die Grundrechte schützt und für Recht und Ordnung sorgt. Dies spiegelt sich insbesondere in den Verpflichtungen aus Kapitel 23 *Justiz und Grundrechte* und Kapitel 24 *Recht, Freiheit und Sicherheit* wider, die für den Verhandlungsprozess zwischen Montenegro und der EU von entscheidender Bedeutung sind. Diese beiden Kapitel bilden den Ausgangs- und Endpunkt der Verhandlungen (Wunsch 2018, S. 23) und sind von enormer Bedeutung für den Reformprozess im Land. Durch die Erfüllung der Kriterien und Verpflichtungen dieser Kapitel demonstriert Montenegro seine Fähigkeit, die Standards der EU in Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz, den Schutz der Grundrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit zu erfüllen. Der Reformprozess in Montenegro umfasst weitreichende Maßnahmen zur Stärkung des Rechtssystems, zur Förderung der Unabhängigkeit der Justiz, zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie zur Gewährleistung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die Umsetzung dieser Reformen ist von entscheidender Bedeutung, um die erforderlichen Standards zu erfüllen und letztendlich die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu erreichen (Communication from the Commission to the European Parliament and the Council 2012).

Nachdem Montenegro im Jahr 2006 seine Unabhängigkeit proklamierte, wurden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um tiefgreifende Reformen in verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens, insbesondere im Justizwesen, umzusetzen. Ein bedeutender Meilenstein war die Verabschiedung einer neuen Verfassung im Jahr 2007, die eine umfassende Reform des Justizsystems mit sich brachte. Um Montenegro auf seinem Weg zur Angleichung an europäische Standards zu unterstützen, zog die Europäische Kommission die Expertise der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht, besser bekannt als Venedig-Kommission, des Europarats heran (Coman 2016). Die Venedig-Kommission hat eine langjährige Erfahrung und Expertise bei der Beratung von Verfassungsreformprozessen, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, und konnte somit wertvolle Empfehlungen zur justiziellen Reform in Montenegro geben. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission, der Venedig-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) spielt dabei eine herausragende Rolle. Die Venedig-Kommission orientiert sich an den Entscheidungen und der Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch den EGMR, während der EGMR wiederum von den Stellungnahmen der Venedig-Kommission profitierte (van Dijk 2007). Der Prozess der justiziellen Reform in Montenegro wird maßgeblich von einer soliden Zusammenarbeit verschiedener europäischer Institutionen geprägt. Insbesondere die intensive Kooperation mit der Venedig-Kommission des Europarats für Demokratie durch Recht sowie dem EGMR hat wesentlich zur Stärkung der rechtsstaatlichen Prinzipien und zum Schutz der Grundrechte beigetragen. Seit der Einführung des sogenannten *Neuen Ansatzes* im Jahr 2012 hat Montenegro die Venedig-Kommission um ihre Stellungnahmen zu Vorschlägen zur Änderung ihrer Verfassung gebeten, um sie vor allem mit den Anforderungen des Kapitels 23 *Justiz und Grundrechte* in Einklang zu bringen. Montenegro hat diese Verpflichtung als integralen und essenziellen Bestandteil seiner Aktionspläne für Kapitel 23 im Bereich der Justiz übernommen (Pejović, S. 121). Die Empfehlungen der Venedig-Kommission konzentrieren sich auf verschiedene Schlüsselemente. Insbesondere wurde betont, dass die Präsident:in des Obersten Gerichtshofs ausschließlich vom Justizrat gewählt werden sollte. Zudem sollten sowohl die Zusammensetzung des Justizrates als auch die Ernennung und Abberufung der Staatsanwält:innen auf Verfassungsebene geregelt werden. Ferner wurde vorgeschlagen, dass für die Wahl bedeutender Positionen in der Justiz, wie beispielsweise der Richter:innen des Verfassungsgerichts, der Obersten Staatsanwalt:in und der Mitglieder:innen des Justizrates aus renommierten Anwält:innen, eine qualifizierte Mehrheit in der Versammlung erforderlich sein sollte (CDL(2012)051-e 2023). Die Empfehlung, eine Zweidrittelmehrheit in der Versammlung

mit einem Entriegelungsmechanismus von drei Fünfteln in der zweiten Runde einzuführen, fand Unterstützung sowohl bei der Venedig-Kommission als auch bei der Europäischen Kommission (Vučković et al. 2020). Obwohl diese Regelung theoretisch das Potenzial hat, das Ernennungssystem für wichtige Positionen zu blockieren, wurde dennoch darauf beharrt. Der Grund dafür liegt in der Notwendigkeit eines breiteren politischen Kompromisses mit der Opposition, um in einem stark polarisierten parlamentarischen System wie in Montenegro eine Zweidrittel- oder Dreifünftelmehrheit zu erreichen (Pejović, S. 123).

Trotz der umfangreichen Bemühungen und Empfehlungen der Venedig-Kommission sind im Zusammenhang mit der justiziellen Reform in Montenegro spezifische Herausforderungen aufgetreten. Insbesondere im Jahr 2019 und 2020 stieß man auf ein Problem, als das Mandat des Obersten Staatsanwalts ablief und aufgrund der Schwierigkeit, eine Zweidrittel- oder Dreifünftelmehrheit im Parlament zu erreichen, keine Aussicht auf die Ernennung einer neuen Obersten Staatsanwält:in bestand (BTI Montenegro 2020). Das gleiche gilt für den Prozess der Ernennung der vier nicht-juristischen Mitglieder:innen des Justizrates und der zwei Richter:innen des Verfassungsgerichts. Als Folge davon wurden wichtige Positionen im Justizsystem vorübergehend mit Interimpersonen besetzt (Milačić 2022). Diese Situation führte zu Verzögerungen und Unsicherheiten im Reformprozess und verdeutlichte die Notwendigkeit weiterer politischer Konsensbildung und intensiver Zusammenarbeit, um die justizielle Reform in Montenegro voranzutreiben.

Eine starke und unabhängige Justiz ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der EU-Beitrittsverhandlungen, sondern auch ein wichtiger Pfeiler für das Vertrauen der Bürger:innen in den Rechtsstaat und die demokratische Entwicklung des Landes.

2.1.6 Parteiensystem

Die gegenwärtige politische Landschaft ist von der Abwesenheit einer spezifischen Verankerung politischer Parteien in der Verfassung geprägt. Vielmehr finden sich in der Verfassung lediglich zwei diskrete Erwähnungen von Parteien. Weder die Verfassung selbst noch das Parteiengesetz erlauben die Möglichkeit, Parteiverbote auszusprechen. Für die rechtliche Anerkennung und Registrierung einer Partei sind lediglich 200 Gründungsmitglieder erforderlich (Ministarstvo unutrašnjih poslova 2004). In diesem Prozess bestehen keinerlei

Hürden für die Bildung von Parteien, die den Interessen nationaler Minderheiten dienen. Darüber hinaus sieht das Parteiengesetz explizit die Verwendung von Parteinamen in Minderheitensprachen vor (Ministarstvo unutrašnjih poslova 2004).

Unter Anwendung der Klassifizierung von Giovanni Sartori (1976) kann das Parteiensystem in Montenegro als ein System mit einer vorherrschenden Partei eingeordnet werden. Diese Einordnung wird gestützt durch die Tatsache, dass Montenegro das einzige europäische Land ist, in dem die transformierte Kommunistische Partei, bekannt als die Liga der Kommunisten Montenegros, seit der Einführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1989 kontinuierlich entweder allein oder in Koalitionen regiert hat. Dieser Zustand endete erst bei den Wahlen im Oktober 2020. Es ist wichtig, zwischen herrschenden Parteiensystemen und dem Konzept des hegemonialen Parteiensystems zu unterscheiden. In herrschenden Parteiensystemen fehlt im Wesentlichen der Wettbewerb. Unabhängig davon, ob die hegemoniale Partei gemocht wird oder nicht, bleibt sie an der Macht (Sartori 2005b, S. 30). Andere Parteien dürfen zwar existieren, sind jedoch lizenzierte Parteien zweiter Klasse, da ihnen der Wettbewerb verwehrt bleibt (Sartori 2005b, S. 204). Darüber hinaus ist eine hegemoniale Partei im Parlament stärker vertreten als eine dominierende Partei. Die regierende DPS in Montenegro kann allein keine absolute Mehrheit erringen und war seit der Spaltung im Jahr 1997 gezwungen, Regierungsmehrheiten durch Koalitionen zu bilden. Bei den Wahlen von 2016 trat die DPS erstmals seit 1996 unabhängig an und gewann 36 Sitze, fünf weniger als für eine Regierungsbildung erforderlich. Es wäre daher unangebracht, das Parteiensystem in Montenegro als nicht wettbewerbsfähig zu klassifizieren, obwohl Faktoren existieren, die die volle Freiheit des Wählerausdrucks untergraben und zahlreiche Beispiele für den Missbrauch staatlicher Ressourcen aufzeigen, die einer dominanten Partei eine privilegierte Position gegenüber anderen Parteien ermöglichen. Trotz der Vielzahl an Parteien, die im montenegrinischen Parlament vertreten sind, nur eine begrenzte Anzahl von ihnen als relevant betrachtet werden kann. Die DPS hat wiederholt die Macht erlangt, während die Wahlen in Montenegro vergleichsweise frei ablaufen und Möglichkeiten für Wandel und Oppositionstätigkeit bestehen. Diese Bedingungen haben zu glaubwürdigen Spaltungen innerhalb des politischen Systems geführt. Angesichts dieser Umstände kann das Parteiensystem Montenegros bis zum Jahr 2020 als ein Mehrparteiensystem mit einer führenden Partei identifiziert werden (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Parteiensystem in Montenegro

Wahljahr	Anzahl der Parteien im Parlament	Stimmanteil in % für DPS	Sartori`s Klassifikation
1990	11	56.16	Vorherrschendes Parteiensystem
1992	4	43.78	Vorherrschendes Parteiensystem
1996	6	51.2	Vorherrschendes Parteiensystem
1998	7	49.5	Zweiparteiensystem
2001	8	42.0	Polarisierter Pluralismus
2002	9	47.7	Polarisierter Pluralismus
2006	16	47.6	Polarisierter Pluralismus
2009	12	51.0	Vorherrschendes Parteiensystem
2012	12	45.6	Vorherrschendes Parteiensystem
2016	15	41.4	Polarisierter Pluralismus
2020	9	35.1	Polarisierter Pluralismus

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an (Vujović und Tomović 2019, S. 127; Laštro et al. 2023, S. 213)

Allerdings ist zu betonen, dass die Machtstruktur der DPS während dieses 30-jährigen Zeitraums herausgefordert wurde. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass diese langjährige Vorherrschaft der DPS nicht unangefochten blieb. Während der ersten Übergangsphase von 1989 bis 1996 wurde Montenegro als autoritäres Regime angesehen (siehe Kapitel 1.1.1 Die Ertse Transition), das Teil der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien war. In dieser Zeit waren häufige Änderungen der Wahlregeln zu beobachten, die wahrscheinlich dazu dienten, die Macht unter der Bedrohung eines möglichen Wahlverlustes zu konsolidieren. Trotz des Vorhandenseins bedeutender Demokratisierungsprozesse und eines gewissen Maßes an Pluralismus in Montenegro lassen sich diese Entwicklungen eher auf interne Spaltungen innerhalb der DPS zurückführen als auf externen politischen Druck (Vuković 2015). Von besonderem Interesse ist der Zeitraum von 1989 bis 1996, der als erste Phase des Transitionsprozesses betrachtet wird. Während dieser Periode beherrschte die DPS die politische Szene nahezu vollständig, und es gab kaum wettbewerbsorientierte Einschränkungen für ihre politische Vorherrschaft. Dennoch markierte das Jahr 1997 einen entscheidenden Wendepunkt in der politischen Entwicklung des Landes (Dzankić 2013). In diesem Jahr wurde

ein politischer Kurswechsel eingeleitet, der auf einer kritischen Überprüfung der 1990 getroffenen Entscheidung beruhte, in einem Bundesstaat mit Serbien zu verbleiben (Roberts 2007). Diese Entscheidung gründete sich wahrscheinlich auf der Erwartung, dass das kommunistische System, von dem Montenegro im Vergleich zu anderen jugoslawischen Republiken überproportional profitiert hatte, auch weiterhin Vorteile bieten würde. Allerdings scheiterte Montenegro in den folgenden Jahren daran, eine privilegierte Position zu sichern, was letztendlich zu einer Abkehr vom Regime von Milošević in Belgrad führte (Dzankić 2013; Vuković und Milačić 2016). Die Spaltung der DPS in Befürworter:innen und Gegner:innen des Regimes von Milošević markierte den Anfang eines politischen Umbruchs. Zunächst waren politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten die hauptsächlichen Gründe für diese Spaltung (siehe Kapitel 1.1.2 Die zweite Transition). Im Laufe der Zeit kristallisierte sich jedoch eine konfliktreiche Linie entlang ethnischer Unterschiede zwischen Montenegriner:innen und Serb:innen heraus. Diese ethnisch-strukturelle Kluft prägte fortan die politische Landschaft Montenegros und beeinflusste den politischen Wettbewerb maßgeblich (Dzankić 2013).

In den Jahren von 1997 bis 2002 wurde die politische Landschaft Montenegros von einer anhaltenden ethnischen Spaltung geprägt. Während dieser Zeit bildeten sich jedoch auch instabile politische Partnerschaften, insbesondere durch die Demokratische Partei der Sozialisten, die eine Koalition bildete und ihre dominante Position in der Politik beibehielt. Die Bildung dauerhafter politischer Partnerschaften stellte jedoch eine Herausforderung dar, wie sich beispielsweise bei den Parlamentswahlen im Jahr 2001 zeigte, als die DPS lediglich 42% der Stimmen erhielt und 36 von 77 Sitzen im Parlament gewann (Vuković 2011, S. 67). Dies führte zur Bildung einer Minderheitsregierung, was jedoch zu Spannungen innerhalb der Koalition führte, insbesondere in Bezug auf die Frage der Unabhängigkeit. In dieser Phase war die Bildung politischer Allianzen von Unsicherheiten geprägt.

Die Koalition, die im Jahr 2002 gebildet wurde, prägte die politische Landschaft Montenegros über ein Jahrzehnt hinweg bis 2012 maßgeblich. Obwohl die ethnische Spaltung weiterhin eine wichtige Rolle spielte, wurde das Potenzial für Koalitionen deutlicher erkennbar. Die DPS fand politische Verbündete in verschiedenen Minderheitsparteien, einschließlich albanischer, bosniakischer und kroatischer Parteien, sowie in der kleineren Sozialdemokratischen Partei Montenegros (Vuković 2011; Laštro et al. 2023).

In den Jahren zwischen 2012 und 2016 bildeten sich neue Parteien, die aus Spaltungen bestehender Parteien entstanden waren und versuchten, die etablierten Wettbewerbsmuster zu verändern. Parteien wie Positives Montenegro (*Pozitivna*) oder Demokratisches Montenegro (*Demokrate*) versuchten, den Fokus des politischen Wettbewerbs von der ethnischen Spaltung

auf wirtschaftliche Fragen und nachhaltige Entwicklung zu verlagern. Obwohl einige dieser neuen Parteien eine gewisse Vertretung auf nationaler Ebene erreichen konnten, gelang es ihnen nicht, die ethnische Spaltung zu überwinden und die dominante Position der DPS ernsthaft herauszufordern. Wirtschaftliche Fragen wurden von den Wähler:innen nicht als politisch relevant wahrgenommen (Stankov 2019). Das Parteiensystem in Montenegro ist nach wie vor von einer anhaltenden ethnischen Spaltung geprägt und von der langjährigen Dominanz der DPS auf nationaler Ebene.

Tabelle 4: Sitzverteilung im nationalen Parlament Montenegros

<i>Party</i>	<i>2006</i>		<i>2009</i>		<i>2012</i>		<i>2016</i>	
	<i>Seats</i>	<i>(%)</i>	<i>Broj</i>	<i>(%)</i>	<i>Broj</i>	<i>(%)</i>	<i>Broj</i>	<i>(%)</i>
DPS	32	39.5	35	43.2	31	38.3	35	46.9
SD	–	–	–	–	–	–	2	2.5
BS	2	2.5	3	3.7	3	3.7	2	2.5
LP	1	1.2	0	0	1	1.2	1	1.2
HGI	1	1.2	1	1.2	1	1.2	1	1.2
FORCA			1	1.2	1	1.2	1	1.2
DUA	1	1.2	1	1.2	0	0	0	0
DCG							8	9.9
DEMOS	–	–	–	–	–	–	4	4.9
SNP	8	9.1	16	19.8	9	11.1	3	3.7
URA	–	–	–	–	–	–	2	2/5
SDP	8	9.1	9	11.1	7	8.6	4	4.9
DF (coalition)	–	–	–	–	20	24.7	18	22.2
DF (non-party affiliated MP)	–	–	–	–	7	8.6	–	–
SNS—NOVA ⁱ	9	11.1	8	9.9	8	9.9	8	9.9
PzP	11	13.6	5	6.2	5	6.2	5	6.2
DNP	–	–	–	–	–	–	4	4.9
RP	–	–	–	–	–	–	1	1.2
DSJ	1	1.2	0	0	1	1.2	–	–
Pozitivna CG	–	–	–	–	7	8.6	0	0
DP	–	–	–	–	1	1.2	0	0
DSCG	1	1.2	1	1.2	0	0	0	0
NS	2	2.5	0	0	0	0	–	–
SRS	1	1.2	0	0	0	0	0	0
AA	1	1.2	1	1.2	0	0	0	0
DSS	1	1.2	0	0	0	0	0	0
NSS	1	1.2	0	0	0	0	–	–
AP			1	1.2	0	0	–	–
Montenegro	81		81		81		81	

ⁱSerbian National Party (SNS) change its name into New Serbian Democracy (NOVA)

Quelle: (Vujović und Tomović 2019, S. 126)

Die politische Landschaft des Landes wurde von der ethno-kulturellen Kluft zwischen montenegrinischen und serbischen Parteien geformt. Diese Spaltung beeinflusst nicht nur den Parteienwettbewerb, sondern spiegelt sich auch in politischen Auseinandersetzungen über Fragen der Außenpolitik, der Sprache, der Kirche und der Rechte sexueller Minderheiten wider (Nacevska und Stankov 2020). Trotz des Unabhängigkeitsreferendums von 2006 und der formalen Klärung der Frage nach dem Status des Staates bleibt die ethnische Identitätsspaltung in Montenegro weiterhin präsent. Die zukünftige Entwicklung des Parteiensystems nach dem Regierungswechsel von 2020 ist Gegenstand weiterer Untersuchungen.

2.2 Politische Kultur und politische Partizipation

Die Länder des Westbalkans werden schon seit langer Zeit als „*Demokratien mit Adjektiven*“ (Collier und Levitsky 1997) betrachtet. Obwohl theoretisch jede demokratische Nation auf der Welt diese Bezeichnung tragen könnte, bezieht sie sich auf die post-jugoslawischen Staaten und Albanien, einschließlich Montenegro, und ihre fragilen institutionellen Gleichgewichte, die Macht der ethnischen und politischen Eliten sowie eine schwache partizipatorische Kultur. Montenegro, als eines dieser Länder auf dem Westbalkan, spiegelt diese Merkmale wider und steht vor ähnlichen Herausforderungen in Bezug auf seine politische Kultur und politische Partizipation. Die politische Landschaft Montenegros wird von historischen, sozialen und kulturellen Faktoren geprägt, die die Entwicklung der politischen Kultur und die Beteiligung der Bürger:innen beeinflussen.

Seit der späten 1990er Jahren hat die Zivilgesellschaft in Montenegro erhebliche externe Unterstützung erfahren, wobei zahlreiche Organisationen eine entscheidende Rolle bei der Förderung des demokratischen Wandels im Land gespielt haben. Das Register verzeichnet eine bedeutende Anzahl von registrierten Vereinen und Stiftungen in Montenegro. Bis zum Jahr 2021 wurden insgesamt 6732 solcher Organisationen erfasst (siehe Tabelle 7: Kategorien und Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Jahr 2021). Es ist jedoch bedauerlich, dass die genaue Anzahl der tatsächlich aktiven Organisationen unbekannt bleibt. Trotz der weitgehenden Unabhängigkeit der meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen werden jene, die Korruption untersuchen oder die Regierung kritisieren, einem erheblichen Druck ausgesetzt. Im Rahmen seines Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2018 äußerte der damalige Präsident Djukanović eine Reihe kontroverser Aussagen gegenüber der Zivilgesellschaft.

Insbesondere bezeichnete er bestimmte zivilgesellschaftliche Organisationen und Medienvertreter:innen in einer Fernsehansprache als „unscrupulous fighters for power“ (Freedomhouse 2019), die angeblich bereit seien, die Regierung im Streben nach ausländischer Finanzierung zu untergraben. Solche Äußerungen wurden von führenden Vertreter:innen der Zivilgesellschaft verurteilt, da sie ein feindseliges Umfeld für zivilgesellschaftliche Organisationen schaffen und ihre Glaubwürdigkeit sowie ihre legitime Rolle in Frage stellen. Auch im September 2019 lud Ministerpräsident Duško Marković während einer Rede des angesehenen Zentrums für die Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen (*Centar za Razvoj Nevladinih Organizacija – CRNVO*) zivilgesellschaftliche Organisationen ein, mit der Regierung zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, sie hielten sich von politischen Aktivitäten fern. Dieses Angebot sollte eine gewisse Kooperation zwischen der Regierung und den zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern, allerdings mit der Einschränkung, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre politische Neutralität wahren und ihre Tätigkeiten auf Bereiche fokussieren sollten, in denen sie ihre Fachkenntnisse am besten einbringen können (Freedomhouse 2020).

Die politische Kultur Montenegros befindet sich in einem kontinuierlichen Wandel, da das Land bestrebt ist, seine politischen Institutionen und Prozesse zu modernisieren und eine offene und demokratische Gesellschaft anzustreben. Neben den formellen politischen Strukturen spielen informelle Netzwerke eine signifikante Rolle und gewinnen oft eine größere Bedeutung (Bieber 2010, S. 958). In der Vergangenheit war Montenegro von einem tief verwurzelten Stammesbewusstsein geprägt, das das Land maßgeblich beeinflusste. Unter der kommunistischen Herrschaft hat dieses Netzwerk jedoch an Einfluss verloren. Die Versuche der pro-serbischen Opposition in den Jahren 1999 und 2000, Stammesräte zur Mobilisierung gegen die Regierung einzusetzen, waren daher erfolglos (Bieber 2010, S. 958–959). Stattdessen gewinnen moderne informelle Netzwerke zunehmend an Relevanz. Eine bedeutende Herausforderung für die demokratische Entwicklung Montenegros besteht in Klientelismus und kriminellen Netzwerken, die das wirtschaftliche Leben des Landes dominieren. Solche Netzwerke konnten in den frühen 1990er Jahren infolge von Kriegen und Sanktionen entstehen und erhielten teilweise Unterstützung seitens des Staates (Djurić 1999; Morrison 2018). Insbesondere der Schmuggel von Zigaretten und Öl diente dazu, die Auswirkungen umfangreicher Sanktionen der Vereinten Nationen abzumildern (Mappes-Niediek 2003). Diese illegale Aktivität begünstigte jedoch auch die Bereicherung einer neuen einflussreichen Elite, die sowohl wirtschaftlich als auch politisch bedeutend wurde. Die geringe Größe des Landes erleichterte den Einfluss dieser Elite, erschwerte jedoch gleichzeitig die Kontrollfunktion der

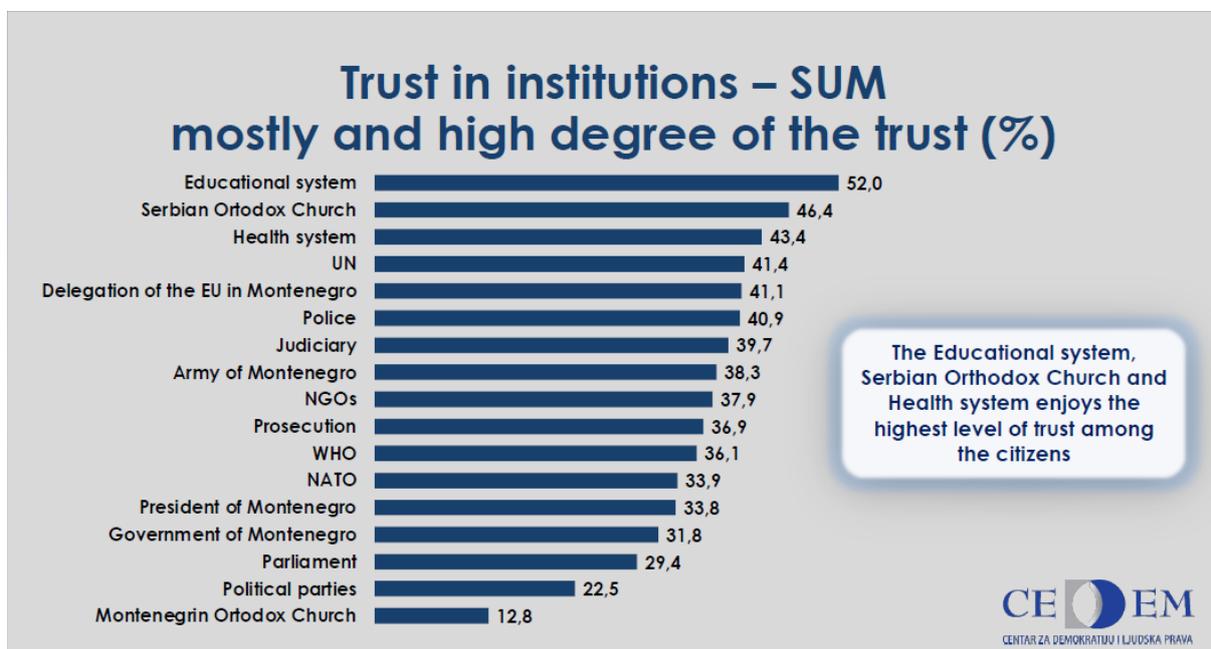
Medien. Die politische Landschaft Montenegros wurde über einen Zeitraum von dreißig Jahren, bis 2020, von der kontinuierlichen Herrschaft der DPS geprägt. Diese Partei, die seit 1945 als Nachfolger des Bundes der Kommunisten fungierte, war oft nicht in der Lage, eine klare Trennung zwischen Staat und Partei zu gewährleisten. Parallel dazu verstärkte sich der Einfluss von klientelistischen Netzwerken innerhalb der Partei. Diese Entwicklung hat das demokratische Gleichgewicht in Montenegro gestört und stellt eine erhebliche Herausforderung für die Schaffung einer transparenten und rechenschaftspflichtigen politischen Landschaft dar. Korruption und Klientelismus sind in Montenegro weit verbreitete Probleme (European Commission 2020), die das politische System erheblich beeinflussen. In jüngster Zeit hat die Regierung umfangreiche Bemühungen unternommen, um Korruption zu bekämpfen und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken (European Commission 2020).

Die montenegrinische Gesellschaft weist eine komplexe und vielschichtige politische Kultur auf, in der nationale Identität, politisches Engagement und religiöse Institutionen eng miteinander verknüpft sind. Eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang spielt die Serbisch-Orthodoxe Kirche (SOK), die als dominierende orthodoxe Kirche in Montenegro einen maßgeblichen Einfluss auf die religiöse Landschaft des Landes hat. Aufgrund ihrer starken serbisch-nationalistischen Ausrichtung besteht jedoch von Natur aus eine feindselige Beziehung zwischen der SOK und dem montenegrinischen Prozess der Staatsbildung (Morrison 2009, 2018; Bechev 2017; Conley und Melino 2019). Interessanterweise gibt es in Montenegro auch die Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche (MOK), die seit den 1990er Jahren aktiv ist, jedoch bis 2019 lediglich als zivilgesellschaftliche Organisation anerkannt war. Die MOK hat sich bemüht, eine eigenständige Identität zu entwickeln und sich von der SOK abzugrenzen. Diese Bemühungen stießen jedoch auf erheblichen Widerstand, da die SOK aufgrund ihres Einflusses auf die Mehrheitsbevölkerung Montenegros von der politischen Partei DPS wiederholt unterstützt wurde, um eine engere Verbindung zum herrschenden Regime herzustellen. Die Beziehung zwischen der SOK und der montenegrinischen Regierung wurde weiter durch das im Jahr 2019 verabschiedete Gesetz über die Religionsfreiheit belastet (Paleviq 2020). Dieses Gesetz wurde von vielen als Versuch interpretiert, die Unabhängigkeit der SOK einzuschränken. Insbesondere enthielt das Gesetz Klauseln, die potenziell die Besitztümer der SOK beeinträchtigen könnten. Die Kirche und viele ihrer Anhänger:innen sahen darin einen Versuch, der SOK Macht zu entziehen und ihre Stellung zu schwächen. Besonders interessant ist der ideologische Konflikt zwischen der politischen Partei DPS und der SOK (Paleviq 2020). Auf ihrem 8. Parteikongress im Jahr 2019 sprach sich die DPS erstmals öffentlich für die Gründung einer montenegrinischen orthodoxen Kirche aus. Dies

verdeutlicht den politischen Machtkampf und die unterschiedlichen Interessen, die zwischen politischen Akteuren und religiösen Institutionen in Montenegro bestehen. Diese komplexen Interaktionen zwischen Politik und Kirche reflektieren die tief verwurzelte politische Kultur Montenegros (Petersen 2011; Dzankić 2013). Die Spannungen und Konflikte in diesem Bereich haben einen erheblichen Einfluss auf die politische Landschaft und den demokratischen Wandel des Landes. Die politischen Parteien und die politischen Eliten spielen eine bedeutende Rolle in der politischen Kultur Montenegros und sind oft eng mit den traditionellen Identitäten und Interessen verbunden. Es ist zu beobachten, dass die politischen Parteien häufig entlang ethnischer oder regionaler Linien organisiert sind, was zu einem politischen System führt, das stark von Identitätspolitik geprägt ist.

Das Vertrauen in das politische System ist nach wie vor von einer gewissen Skepsis gegenüber den staatlichen Institutionen geprägt, insbesondere bei jüngeren Generationen. Die politische Elite wird häufig als unaufrichtig und korrupt wahrgenommen, wodurch das Vertrauen der Öffentlichkeit in politische Institutionen und das Rechtssystem weiterhin gering ist.

Abbildung 13: Das Vertrauen in politische Institutionen 2020



Quelle: (CEDEM 2020)

Die SOK hat eine lange Geschichte des Vertrauens in der montenegrinischen Bevölkerung. Gemäß einer Umfrage von CEDEM im August 2020 (Abbildung 13) gaben 46,4 Prozent der Befragten an, der Serbischen Orthodoxen Kirche zu vertrauen. Auf der anderen Seite wurde der

Montenegrinisch Orthodoxen Kirche das geringste Vertrauen entgegengebracht, nur 12,8 Prozent der Befragten äußerten Vertrauen in diese Institution. Diese Ergebnisse verdeutlichen die herausragende Stellung der serbisch-orthodoxen Kirche im Vertrauensgefüge der montenegrinischen Bevölkerung und legen nahe, dass das Vertrauen in politische Institutionen insgesamt eine Herausforderung darstellt. Die Judikative erhielt das Vertrauen von 39,7 Prozent der Befragten, gefolgt von der Staatsanwaltschaft mit 36,9 Prozent. Das Vertrauen in den Präsidenten von Montenegro wurde von 33,8 Prozent der Befragten ausgesprochen, während die Regierung das Vertrauen von 31,8 Prozent genoss. Das Parlament erhielt das Vertrauen von 29,4 Prozent der Befragten, während politische Parteien nur 22,5 Prozent Vertrauen erhielten. Es ist ermutigend zu sehen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen von 37,9 Prozent der Befragten als vertrauenswürdig angesehen wurden.

3 Europäische Integration

Im Jahr 2006 wurde ein bedeutender Schritt in der Geschichte Montenegros unternommen, als die Unabhängigkeitserklärung ausgerufen wurde. Dieses Ereignis markierte den Beginn einer neuen Ära für das Land. Montenegro erhielt rasch Anerkennung und wurde Mitglied in verschiedenen internationalen Institutionen, darunter die Vereinten Nationen (Lukšić und Katnić 2016, S. 689). Die außenpolitische Agenda Montenegros konzentrierte sich seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit darauf, sich in die europäische und euroatlantische Gemeinschaft zu integrieren (Bojinović Fenko und Stahl 2019). Dieses Bestreben spiegelte den Wunsch wider, in einer globalisierten Welt fest verankert zu sein und an den Errungenschaften und Werten der westlichen Welt teilzuhaben. Bemerkenswert war der hohe Konsens innerhalb des Landes, insbesondere hinsichtlich des Beitritts zur Europäischen Union (Keil 2013, S. 350; Vučković 2016). Dieser Konsens zeigte die Einigkeit und Entschlossenheit des montenegrinischen Volkes, den Weg der Integration fortzusetzen.

Der Integrationsprozess gestaltet sich als langwieriger und anspruchsvoller Weg. Montenegro hat bedeutende Reformen durchgeführt, um den europäischen Standards gerecht zu werden, und dabei Fortschritte auf seinem Weg zur EU-Mitgliedschaft erzielt (Vučković 2021). Diese Entwicklungen spiegeln das Bemühen Montenegros um eine gemeinsame europäische Zukunft wider und verdeutlichen die Entschlossenheit und den Zusammenhalt des Landes bei seinem Streben nach Wohlstand und Stabilität.

Montenegro zeigt eine enge Verbindung zu Europa, sowohl geografisch als auch durch seine reiche Geschichte und Kultur. Als ein multiethnischer und multireligiöser Staat mit einer jahrhundertalten Existenz reflektiert Montenegro einen zentralen Wert der europäischen Integration: das harmonische Zusammenleben in kultureller Vielfalt. Trotz bedeutender ungelöster Fragen pflegt Montenegro gute Beziehungen zu seinen Nachbarländern. Die Förderung regionaler Kooperationen ist entscheidend für eine erfolgreiche Integration in die Europäische Union (European Commission 2005). Unmittelbar nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit wurde die Europäische Partnerschaft für Montenegro überarbeitet und ein neuer Aktionsplan verabschiedet. Durch die Einführung neuer Koordinationsmechanismen mit den Institutionen der Europäischen Union sowie die Stärkung der eigenen administrativen Kapazitäten im Hinblick auf den Integrationsprozess kam es zu einer Steigerung der Dynamik und Diversität neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen Montenegro und der Europäischen Union. Im Jahr 2007 erreichte das montenegrinische Parlament einen bedeutsamen Meilenstein in der Geschichte des Landes, indem es die *Resolution zur Erfüllung der Verpflichtungen*

Montenegros im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (Rezolucija o ispunjavanju obaveza Crne Gore u okviru Sporazuma o stabilizaciji i pridruživanju) verabschiedete (Marović und Sošić 2011, S. 26). Dieses Dokument hatte das erklärte Ziel, die Verpflichtungen Montenegros im Kontext des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu erfüllen. In einer Zeit, in der Montenegro seine europäische Ausrichtung festigte, unterstrich diese Resolution vehement die unerschütterliche Unterstützung des Landes für die europäische Integration. Neben der klaren Bekenntnis zur europäischen Integration legte die Resolution Montenegros Engagement für die weitere Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung der Menschen- und Bürger:innenrechte, die Förderung der Rechte von Minderheiten, die Verbesserung wirtschaftlicher Freiheiten und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit aller Bürger:innen fest. Dieses Dokument diente als Grundlage für einen umfassenden Wandel in Montenegro, der darauf abzielte, die Normen und Werte der Europäischen Union zu übernehmen. Ein weiterer bedeutender Schritt auf dem Weg zur Integration war die Ankündigung der Einrichtung des Nationalen Rates für Europäische Integration. Dieser strategische Think-Tank bestand aus Vertreter:innen aller politischen Parteien und der Zivilgesellschaft und sollte sicherstellen, dass die Integration in die EU auf breiter Ebene diskutiert und geplant wird. Ebenso wurde die Schaffung des Nationalen Programms für Integration bekannt gegeben, das als *Blaupause* für die Anpassung Montenegros an die EU-Richtlinien dienen sollte (Djurović 2012, S. 412). Dieses Programm wurde im Jahr 2008 umgesetzt, das jedoch später größtenteils in Zwischenmaßnahmen integriert wurde, um den Integrationsprozess effizienter zu gestalten. Im Jahr 2010 wurde ein neues Programm für den Zeitraum von 2011 bis 2015 entwickelt, das die Ambitionen Montenegros auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft weiter vorantrieb. Zu diesem Zeitpunkt rückte die Erstellung eines Aktionsplans in den Mittelpunkt, der den Zeitpunkt für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen bestimmen und Montenegro auf den Weg in die Europäische Union führen sollte. Im Laufe des Jahres 2010 wurde eine umfassende Bewertung der Anpassung der montenegrinischen Gesetzgebung an die strengen EU-Richtlinien durchgeführt. Dieser Prozess war äußerst akribisch und umfasste die Analyse von 32.813 Vorschriften in verschiedenen Phasen (Djurović 2012, S. 475). Dabei wurden die Vorschriften nach Themenbereichen kategorisiert, Zuständigkeiten geprüft und die Relevanz überdacht. Die Europäische Kommission veröffentlichte im November 2010 ihre Bewertung nach Auswertung der eingereichten Fragebögen und Berichte von Expert:innenmissionen. In dieser Bewertung kam sie zu dem Schluss, dass Montenegro die notwendigen Schritte für demokratische und wirtschaftliche Reformen erfolgreich umgesetzt hatte. Montenegro wurde empfohlen, den

Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erhalten, was es als einziges Land in der Region in dieser Hinsicht auszeichnete (Djurović 2012, S. 540). Das Erweiterungspaket von 2010 würdigte Montenegros Fortschritt in der EU-Integration und verlieh dem Land den Status eines Beitrittskandidaten. Für den weiteren Erfolg in diesem Prozess waren die Erfüllung von sieben politischen Kriterien von entscheidender Bedeutung, darunter die Stärkung von Institutionen und Rechtsstaatlichkeit, der konsequente Kampf gegen Korruption und organisierte Kriminalität sowie die Förderung der Medienfreiheit und der Schutz vor jeglicher Form der Diskriminierung (Marović und Sošić 2011, S. 10).

Im Jahr 2011 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Fortschrittsbericht, in dem sie empfahl, Verhandlungen über einen Beitritt Montenegros zur Europäischen Union aufzunehmen. Diese Empfehlung wurde im Oktober desselben Jahres ausgesprochen. Am 9. Dezember 2011 traf der EU-Rat die Entscheidung, Verhandlungen mit Montenegro unter bestimmten Bedingungen zu beginnen. Einige dieser Bedingungen betreffen organisatorische Aspekte, während die wichtigsten Bedingungen zusätzliche Fortschritte im Reformprozess und bei der Umsetzung von Gesetzen betreffen, insbesondere in den Bereichen Grundrechte und Justizreform. Dieser Schritt markierte einen bedeutsamen Meilenstein auf dem Weg Montenegros zur EU-Mitgliedschaft (Djurović 2012, S. 544).

Montenegro hat offiziell im Juni 2012 Verhandlungen mit der Europäischen Union aufgenommen. Bis 2020 waren alle 33 Kapitel des *Acquis* in Montenegro geöffnet, drei davon sogar vorläufig abgeschlossen (siehe Tabelle 5). Das Verhandlungstempo war jedoch seit 2017 langsam, und es wurden keine weiteren Kapitel abgeschlossen.

3.1 Verhandlungskapitel

Das Konzept des *Acquis Communautaire* nimmt eine Schlüsselposition im Rahmen der EU-Erweiterung ein und ist von entscheidender Bedeutung für die Integration neuer Mitgliedstaaten in die Europäische Union. Er ist in insgesamt 35 Kapitel unterteilt, die gleichzeitig als Verhandlungskapitel betrachtet werden. Jedes dieser Kapitel behandelt verschiedene politische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte. Bevor ein Land der EU beitreten kann, muss es alle Aspekte des *Acquis* übernehmen und in der Lage sein, sie effektiv umzusetzen (Grabbe 2002). Dies stellt sicher, dass neue Mitglieder die EU-Standards und -Regelungen einhalten.

Die Prozesse zur Verhandlung des EU-Beitritts eines Landes umfassen zwei Hauptebenen. Anfänglich erfolgt die Festlegung des Verhandlungsrahmens durch die EU-Mitgliedsstaaten im Rat der Europäischen Union. Dieser Rahmen bildet die Grundlage für die Verhandlungen und definiert die Bedingungen und Anforderungen, die der Kandidatenstaat erfüllen muss. Die tatsächlichen Verhandlungen finden zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung des betreffenden Kandidatenlandes statt. Diese Verhandlungen sind anspruchsvoll und zielen darauf ab, sicherzustellen, dass das Kandidatenland alle erforderlichen Reformen und Anpassungen vornimmt, um den Acquis zu übernehmen. Während des Verhandlungsprozesses werden sogenannte *Beitrittskonferenzen* (European Council und Council of the European Union) abgehalten. In diesen Konferenzen wird über die Öffnung und den Abschluss einzelner Verhandlungskapitel entschieden. Dies erfolgt nach einstimmiger Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten. Zu Beginn der Verhandlungen ist für jedes Kapitel eine Entscheidung zur Öffnung erforderlich, während am Ende eine Entscheidung zum erfolgreichen Abschluss getroffen werden muss. Dieser Schließungsbeschluss zeigt an, dass das Kandidatenland die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um das jeweilige Kapitel erfolgreich abzuschließen.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass der Prozess nicht nur vorwärtsgerichtet ist. Falls unzureichender Fortschritt erzielt wird oder sogar Rückschritte auftreten, besteht die Möglichkeit, einzelne Verhandlungskapitel auszusetzen. Eine wichtige rechtliche Grundlage für die Aussetzung der Beitrittsverhandlungen ist die seit 2004 existierende *Suspensions-Klausel* (Börzel und Risse 2004, S. 9–16). Diese Klausel erlaubt die Unterbrechung der Verhandlungen im Falle schwerwiegender und anhaltender Verletzungen der Grundwerte der EU. Hierzu zählen Freiheit, Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit. Dies zeigt die Bedeutung, die die EU auf die Einhaltung ihrer grundlegenden Werte und Prinzipien legt und unterstreicht die Anforderungen an Kandidatenländer, diese Werte zu respektieren und umzusetzen. Für Montenegro sind Kapitel 34 *Institutionen* und Kapitel 35 *Andere Fragen* entfallen. Die 33 Verhandlungskapitel (Siehe Tabelle 5) für Montenegro werden im Folgenden kurz erläutert.

Kapitel 1: Freier Warenverkehr - Montenegro muss seine Gesetze und Verfahren anpassen, um Handelshemmnisse zu beseitigen und die EU-Richtlinien umzusetzen. Dieses Kapitel wurde im Juni 2017 eröffnet und umfasst vier Abschlusskriterien, zu denen die Umsetzung der EU-Richtlinien und die Stärkung der administrativen Kapazitäten gehören. Diese Bemühungen werden Montenegro den Vorteil eines einfacheren Exports in die EU, den

Zugang zum EU-Binnenmarkt und verbesserte Exportmöglichkeiten für Unternehmen bieten (ME4EU 2020a).

Kapitel 2: Freizügigkeit der Arbeitnehmer - Die Grundprinzipien der EU ermöglichen Arbeitnehmer:innen die Freizügigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten und verlangen eine gleichberechtigte Behandlung in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Steuervergünstigungen im Vergleich zu den Inländern. Dieses Recht erstreckt sich auch auf Sozialversicherungsbereiche wie Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung und Familienleistungen. Montenegro eröffnete dieses Kapitel am 11. Dezember 2017 und muss nun angemessene Fähigkeiten zur Umsetzung dieser Prinzipien nachweisen (ME4EU 2020l).

Kapitel 3: Niederlassungsrecht und Dienstleistungsfreiheit - Die Grundfreiheit im EU-Binnenmarkt ermöglicht es Unternehmen, Dienstleistungen in der gesamten EU anzubieten, ohne sich dort niederzulassen. Die EU verfolgt auch das Ziel eines gemeinsamen Postmarktes und erleichtert die Anerkennung beruflicher Qualifikationen. Dieses Kapitel wurde am 11. Dezember 2017 eröffnet und bringt für Montenegro zahlreiche Vorteile mit sich, darunter die Freiheit für Montenegriner:innen, Dienstleistungen in der EU anzubieten. Es vereinfacht die Unternehmensregistrierung, fördert Investitionen und Arbeitsplätze, steigert die Wettbewerbsfähigkeit und ermöglicht es Unternehmen, Dienstleistungen in anderen EU-Ländern anzubieten (ME4EU 2020w).

Kapitel 4: Freier Kapitalverkehr - betrifft verschiedene Aspekte wie Investitionen, Immobilien, Wertpapiergeschäfte, Kreditgeschäfte und mehr. Es wurde am 24. Juni 2014 eröffnet. Die Schließungskriterien für dieses Kapitel umfassen die Anpassung an EU-Recht, die Beseitigung von Beschränkungen der Kapitalbewegung und die Konformität mit Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsgesetzen. Zukünftige Aktivitäten in diesem Bereich beinhalten die weitere Anpassung an EU-Recht in verschiedenen Bereichen, die Stärkung institutioneller Kapazitäten und die Minimierung von Risiken im Zusammenhang mit Geldwäsche (ME4EU 2020ab).

Kapitel 5: Öffentliches Auftragswesen - wurde am 18. Dezember 2013 eröffnet. Die Abschlusskriterien für dieses Kapitel umfassen die Anpassung an EU-Beschaffungsgesetze, den Aufbau von Verwaltungskapazitäten sowie die Gewährleistung einer fairen und transparenten Beschaffung. Zukünftige Aktivitäten in diesem Bereich umfassen die weitere Anpassung an EU-Recht, die Schaffung von Gesetzen für öffentlich-private Partnerschaften, die Einführung elektronischer Beschaffungsverfahren, die Stärkung des Rechtsschutzsystems und den Ausbau von Verwaltungskapazitäten. Vorurteile im

Zusammenhang mit öffentlicher Beschaffung in der EU werden durch die Anwendung von EU-Prinzipien und -Standards begrenzt, die für alle Beschaffungsverfahren gelten und sorgfältig überwacht werden (ME4EU 2020ac).

Kapitel 6: Wirtschaftsrecht - wurde am 18. Dezember 2013 eröffnet. Die Schließungskriterien für dieses Kapitel umfassen die Anpassung der Gesetze im Bereich Kapitalmarkt, Unternehmen, Übernahmerichtlinien und Rechnungswesen. Zukünftige Aktivitäten beinhalten die Verabschiedung des Unternehmensgesetzes sowie die Stärkung der administrativen Kapazitäten im Bereich Rechnungswesen und Revision (ME4EU 2020ad).

Kapitel 7: Geistiges Eigentum - wurde am 31. März 2014 eröffnet. Die Schließungskriterien umfassen die Erschöpfung von Rechten in der EU, die Anpassung des Urheberrechts an EU-Gesetze, die Einführung eines neuen Patentrechts sowie die Stärkung der Verwaltung und der Durchsetzung. Zukünftige Aktivitäten in diesem Bereich umfassen die Entwicklung einer neuen nationalen Strategie für geistiges Eigentum, die Förderung von Bürger:innenaufklärung, sowie die Umsetzung einer Verwaltungsreform im Hinblick auf die europäische Perspektive (ME4EU 2020ae).

Kapitel 8: Wettbewerb - wurde im Juni 2020 eröffnet. Die Anfangskriterien umfassten gesetzliche Anpassungen und den Aufbau von Kapazitäten. Die Abschlusskriterien verlangen eine vollständige Anpassung an die EU-Rechtsvorschriften sowie die Stärkung der Kapazitäten im Bereich Wettbewerbspolitik. Zukünftige Aktivitäten in diesem Kapitel zielen darauf ab, die Wettbewerbspolitik weiter zu verbessern und die Kontrolle staatlicher Beihilfen zu verstärken (ME4EU 2020af).

Kapitel 9: Finanzdienstleistungen - Dieses Kapitel, von entscheidender Bedeutung für den EU-Binnenmarkt, betrifft Banken, Versicherungen, Finanzmärkte und Verbraucherschutz. Es umfasst spezifische Themen wie Bankwesen, Versicherungen, Finanzmarktinfrastruktur sowie Wertpapier- und Anlagegeschäfte. Es wurde im Juni 2015 eröffnet, und die Abschlusskriterien beinhalten eine fortgeschrittene Einhaltung des EU-Rechts sowie stabile Regulatoren. Zukünftige Schritte werden die Gesetzgebung in den Bereichen Banken, Versicherer und Kapitalmärkte betreffen (ME4EU 2020ag).

Kapitel 10: Informationsgesellschaft und Medien - umfasst digitale Kommunikation, Informationsdienste und die Politik für audiovisuelle Medien. Seine Ziele sind die Förderung von Breitbandinternetzugang, die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Umfelds und die Wahrung der Meinungsfreiheit. Es wurde im März 2014 eröffnet. Die Abschlusskriterien erfordern die Anpassung an EU-Rechtsvorschriften sowie die Unabhän-

Tabelle 5: Verhandlungskapitel für Montenegro

Kapitel	Eröffnungsdatum	Vorläufiger Abschluss
Kapitel 1: Freier Warenverkehr	20. Juni 2017	-
Kapitel 2: Freizügigkeit der Arbeitnehmer	11. Dezember 2017	-
Kapitel 3: Niederlassungsrecht und Dienstleistungsfreiheit	11. Dezember 2017	-
Kapitel 4 : Freier Kapitalverkehr	24. Juni 2014	-
Kapitel 5: Öffentliches Auftragswesen	18. Dezember 2013	-
Kapitel 6: Wirtschaftsrecht	18. Dezember 2013	-
Kapitel 7: Geistiges Eigentum	1. April 2014	-
Kapitel 8: Wettbewerb	30. Juni 2020	-
Kapitel 9: Finanzdienstleistungen	22. Juni 2015	-
Kapitel 10: Informationsgesellschaft und Medien	1. April 2014	-
Kapitel 11: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	12. Dezember 2016	-
Kapitel 12: Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz	30. Juni 2016	-
Kapitel 13: Fischerei	30. Juni 2016	-
Kapitel 14: Verkehrspolitik	21. Dezember 2015	-
Kapitel 15: Energie	21. Dezember 2015	-
Kapitel 16: Steuern	30. März 2015	-
Kapitel 17: Wirtschafts- und Währungsunion	26. Juni 2018	-
Kapitel 18: Statistik	16. Dezember 2014	-
Kapitel 19: Sozialpolitik und Beschäftigung	13. Dezember 2016	-
Kapitel 20: Unternehmens- und Industriepolitik	18. Dezember 2013	-
Kapitel 21: Transeuropäisches Verkehrsnetz	22. Juni 2015	-
Kapitel 22: Regionalpolitik und Koordination der strukturpolitischen Instrumente	20. Juni 2017	-
Kapitel 23: Justiz und Grundrechte	18. Dezember 2013	-
Kapitel 24: Recht, Freiheit und Sicherheit	18. Dezember 2013	-
Kapitel 25: Wissenschaft und Forschung	18. Dezember 2012	18. Dezember 2012
Kapitel 26: Bildung und Kultur	15. April 2013	15. April 2013
Kapitel 27: Umwelt	10. Dezember 2018	-
Kapitel 28: Verbraucher- und Gesundheitsschutz	16. Dezember 2014	-
Kapitel 29: Zollunion	16. Dezember 2014	-
Kapitel 30: Beziehungen nach Außen	30. März 2015	20. Juni 2017
Kapitel 31: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	24. Juni 2014	-
Kapitel 32: Finanzkontrolle	24. Juni 2014	-
Kapitel 33: Finanz- und Haushaltsbestimmungen	16. Dezember 2014	-

Quelle: Eigene Darstellung

gigkeit der Regulierungsbehörden. Zukünftige Aktivitäten werden die Verabschiedung von Gesetzen zur digitalen Kommunikation und den Medienbetrieb einschließen (ME4EU 2020b).

Kapitel 11: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung - In diesem Kapitel geht es um die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP), die einen erheblichen Anteil am EU-Haushalt ausmacht (ca. 40%). Sie besteht aus zwei Säulen: Direktzahlungen und Marktorganisation (1. Säule) sowie ländliche Entwicklung (2. Säule). Direktzahlungen unterstützen landwirtschaftliche Betriebe und den EU-Markt. Die Umsetzung erfordert Infrastruktur und Verwaltungsstärkung, inklusive einer Zahlungsagentur und Identifizierungssystemen. Montenegro hat bereits eine nationale Strategie entwickelt. Die Abschlusskriterien beinhalten die Einrichtung eines Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (IVK) und einer funktionsfähigen Zahlungsagentur bis zum Beitrittsdatum. Geplante Aktivitäten umfassen die Annahme eines Aktionsplans für das IVK und die Zahlungsagentur sowie den Ausbau der Infrastruktur und die Stärkung der Verwaltungskapazitäten (ME4EU 2020c).

Kapitel 12: Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz - wurde am 30. Juni 2016 eröffnet, und Montenegro hatte zu Beginn einige Anfangsmaßnahmen zu erfüllen, darunter die Einführung neuer Gesetze zur Klärung von Zuständigkeiten, die Erstellung einer nationalen Strategie sowie eines Aktionsplans und die Klassifizierung von Einrichtungen für Lebensmittel und Nebenprodukte tierischen Ursprungs. Um das Kapitel erfolgreich abzuschließen, muss Montenegro einen genehmigten Plan zur Verbesserung von Einrichtungen für tierische Erzeugnisse vorlegen, ein EU-kompatibles Kontrollsystem garantieren und die Entwicklung von Verwaltungsstrukturen und Infrastruktur sicherstellen. Die geplanten Aktivitäten sehen vor, diese Kriterien kontinuierlich umzusetzen, wobei sowohl Ressourcen als auch Zeit erforderlich sind, um diese anspruchsvollen Ziele zu erreichen (ME4EU 2020d).

Kapitel 13: Fischerei - geht es um die Anpassung Montenegros an die Gemeinsame Fischereipolitik der EU, was den Schutz von Ressourcen, die Modernisierung des Sektors und die Umsetzung von EU-Standards einschließt. Das Kapitel wurde am 30. Juni 2016 eröffnet, und Montenegro hat bereits Maßnahmen ergriffen, einschließlich der Einführung einer nationalen Fischereistrategie. Um das Kapitel erfolgreich abzuschließen, muss Montenegro EU-konforme Gesetze einführen und seine Kontrollkapazitäten stärken. Dies erfordert geplante Gesetzgebungsmaßnahmen im Rahmen des Beitrittsprogramms 2019-2020. Die Gründung der Direktion für Fischerei war ein bedeutender Schritt zur

Verbesserung der Infrastruktur und der administrativen Kapazitäten im Fischereisektor (ME4EU 2020e).

Kapitel 14: Verkehrspolitik - Montenegro hat dieses Kapitel am 21. Dezember 2015 eröffnet und muss bestimmte Abschlusskriterien erfüllen, darunter die Einhaltung von EU-Rechtsvorschriften für verschiedene Verkehrsbereiche und die Schaffung unabhängiger Regulierungs- und Sicherheitsbehörden. Geplante Maßnahmen zielen darauf ab, die Anpassung an EU-Vorschriften zur Verbesserung der Verkehrsdienstleistungen, Sicherheit, Infrastrukturqualität und Fahrgastrechte weiter voranzutreiben (ME4EU 2020f).

Kapitel 15: Energie - Die EU betont die essenzielle Rolle der Energiepolitik, da sie wirtschaftliche, ökologische und gesundheitliche Auswirkungen hat. Montenegro, das auf Energieimporte angewiesen ist, hat die Energiepolitik als eine seiner Hauptprioritäten in der Entwicklung identifiziert. Die Anpassung an die EU-Energieregeln wird durch die Mitgliedschaft in der Energiegemeinschaft unterstützt. Dieses Kapitel umfasst verschiedene Bereiche wie Elektrizität, Kohlenwasserstoffe, Gas, erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie nukleare Sicherheit und Strahlenschutz. Die Eröffnung dieses Kapitels erfolgte auf der Zwischenstaatlichen Konferenz in Brüssel am 21. Dezember 2015. Montenegro hat bereits den ersten Schritt unternommen, indem es einen Aktionsplan zur Anpassung der nationalen Gesetzgebung an EU-Vorschriften für Erdölreserven vorgelegt hat. Die Abschlusskriterien beinhalten die Umsetzung von EU-Vorschriften für Erdölreserven, den Binnenenergiemarkt und Energieeffizienz. Zukünftige Aktivitäten sind darauf ausgerichtet, diese Kriterien zu erfüllen und die EU-Ziele im Bereich Energiepolitik zu erreichen (ME4EU 2020g).

Kapitel 16: Steuern - In diesem Kapitel betonen EU-Steuerrichtlinien die Koordinierung der Steuersysteme der Mitgliedstaaten, ohne sie vollständig anzugleichen, um die nationale Autonomie zu wahren. Dabei werden sowohl direkte als auch indirekte Steuern behandelt. Die Hauptziele sind die Verhinderung schädlichen Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten und die Förderung der Kapitalfreizügigkeit, obwohl Unterschiede in den Steuersätzen bestehen. Die EU hat Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung erlassen, und die Entwicklung betrieblicher Kapazitäten und IT-Systeme ist von entscheidender Bedeutung. Die Eröffnung dieses Kapitels erfolgte am 30. März 2015. Die Abschlusskriterien umfassen die Anpassung an EU-Recht, die Sicherstellung ausreichender administrativer Kapazitäten und Infrastruktur sowie die Entwicklung von IT-Systemen. Die nächsten Schritte beinhalten die Verabschiedung von

Gesetzen, die Umsetzung eines Aktionsplans und die Unterzeichnung eines Abkommens zur gegenseitigen Amtshilfe in Steuerangelegenheiten (ME4EU 2020h).

Kapitel 17: Wirtschafts- und Währungsunion - Montenegro richtet seine Geld- und Haushaltspolitik an die EU-Standards aus, obwohl es den Euro als Währung verwendet. Derzeit laufen Verhandlungen über Kriterien und Anpassungen. Die Eröffnung dieses Kapitels erfolgte am 25. Juni 2018, und die anfänglichen Maßnahmen wurden bereits erfüllt. Die Abschlusskriterien beinhalten die Anpassung des rechtlichen Rahmens und Verfassungsänderungen. Die nächsten Schritte umfassen weitere Gesetzesanpassungen, die Umsetzung von Vorschriften und die Stärkung administrativer Kapazitäten (ME4EU 2020i).

Kapitel 18: Statistik – In diesem Kapitel geht es um die Verhandlungen zur Anpassung der montenegrinischen Statistikgesetze an EU-Standards. Dieses Kapitel wurde am 16. Dezember 2014 eröffnet. Die Eröffnung erforderte die Bereitschaft zur Datenübertragung gemäß dem *Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG)* 2010. Die Schließkriterien umfassen die Übertragung wesentlicher Daten und eine methodische Beschreibung. In der Zukunft wird sich Montenegro auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen konzentrieren (ME4EU 2020j).

Kapitel 19: Sozialpolitik und Beschäftigung - Dieses Kapitel beinhaltet Verhandlungen zur Anpassung an EU-Standards im Bereich Sozialpolitik und Beschäftigung. Es wurde am 13. Dezember 2016 eröffnet. Die Hauptziele dieses Kapitels sind die Förderung von Sozialdiensten, Beschäftigungsmöglichkeiten und Gleichstellung. Dies erfordert Gesetzesanpassungen und den Aufbau von Kapazitäten. In Zukunft wird Montenegro weiterhin Anpassungen vornehmen, um soziale Kohäsion zu fördern, Bildung zu unterstützen und Inklusion zu gewährleisten (ME4EU 2020k).

Kapitel 20: Unternehmens- und Industriepolitik - In diesem Kapitel werden Verhandlungen geführt, um die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und günstige Geschäftsumgebungen zu schaffen. Es wurde am 18. Dezember 2013 eröffnet. Das Abschlusskriterium für dieses Kapitel umfasst die Entwicklung einer umfassenden Industriestrategie und deren erfolgreiche Umsetzung. Zukünftige Aktivitäten werden sich auf die fortlaufende Umsetzung der Industriepolitik und die Überwachung der jährlichen Aktionspläne konzentrieren (ME4EU 2020m).

Kapitel 21: Transeuropäisches Verkehrsnetz - In diesem Kapitel finden Verhandlungen zur Schaffung vernetzter Infrastrukturen im Verkehr und Energiebereich statt. Die Eröffnung erfolgte am 22. Juni 2015. Die Abschlusskriterien umfassen die Vereinbarungen über das

transeuropäische Verkehrsnetz und die Prioritätenliste im Verkehrssektor gemäß EU-Richtlinien. Zusätzlich dazu muss Montenegro seine institutionellen und administrativen Kapazitäten nachweisen. Zukünftige Arbeiten werden sich auf die Stärkung der Nachbarschaftskooperation und den Aufbau administrativer Fähigkeiten zur Umsetzung der Trans-Europa-Netzwerke konzentrieren (ME4EU 2020n).

Kapitel 22: Regionalpolitik und Koordination der strukturpolitischen Instrumente - In diesem Kapitel werden Verhandlungen zur Nutzung der *Europäischen Struktur- und Investitionsfonds* (ESI-Fonds) geführt, insbesondere des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung und des Europäischen Sozialfonds. Die Themen umfassen den rechtlichen Rahmen, institutionelle Strukturen, administratives Potenzial, Programmierung, Überwachung, Bewertung, Finanzmanagement und Kontrolle. Dieses Kapitel wurde am 20. Juni 2017 eröffnet. Die Abschlusskriterien umfassen die erfolgreiche Umsetzung der EU-Vorbeitragsmittel und die Vorlage eines Partnerschaftsabkommens mit der EU zur strategischen Ausrichtung und Finanzierung der ESI-Fonds. Zukünftige Aktivitäten werden den Aufbau der institutionellen Struktur und die Vorbereitung auf die Nutzung der Fonds nach dem EU-Beitritt einschließen. Es wird erwartet, dass neue EU-Regelungen die Nutzung der Fonds ab 2021 genauer definieren werden (ME4EU 2020o).

Kapitel 23: Justiz und Grundrechte - wurde im Dezember 2013 geöffnet. Voraussetzungen für die Eröffnung waren die Erstellung eines Aktionsplans. Fortschritt erfordert die Erfüllung vorläufiger Kriterien und Reformen, insbesondere in Bezug auf unabhängige Justiz, Korruptionsbekämpfung und Grundrechte. Zukünftige Arbeit konzentriert sich auf die Umsetzung dieser Maßnahmen für den Abschluss des Kapitels (ME4EU 2020p).

Kapitel 24: Recht, Freiheit und Sicherheit - wurde im Dezember 2013 eröffnet und erforderte zu Beginn die Erstellung eines Aktionsplans. Fortschritte in diesem Kapitel erfordern die Erfüllung vorläufiger Kriterien und Reformen, insbesondere in den Bereichen Migration, Asyl, Grenzkontrolle, Polizeiarbeit, Verbrechensbekämpfung und Justizkooperation. Die zukünftigen Bemühungen werden darauf ausgerichtet sein, diese Maßnahmen zum erfolgreichen Abschluss dieses Kapitels umzusetzen (ME4EU 2020q).

Kapitel 25: Wissenschaft und Forschung - wurde vorläufig am 18. Dezember 2012 geöffnet und geschlossen, ohne spezifische Kriterien. In Zukunft wird die Stärkung von Forschung und Innovation in Montenegro fortgesetzt (ME4EU 2020r).

Kapitel 26: Bildung und Kultur - wurde am 15. April 2013 vorläufig eröffnet und geschlossen, ohne spezifische Kriterien. Es umfasst Bildung, Jugend und Sport, Kultur sowie den Zugang zu Bildung und andere EU-Instrumente. Dies sind Bereiche, die von den

EU-Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung von Empfehlungen verwaltet werden. Das Hauptziel ist die Förderung lebenslangen Lernens und der Mobilität durch Programme wie Erasmus+. Es gibt auch Initiativen zur Jugendpolitik und zur Unterstützung kultureller Vielfalt und kreativer Industrien durch das *Creative Europe-Programm* (ME4EU 2020s).

Kapitel 27: Umwelt - wurde am 10. Dezember 2018 eröffnet. Eröffnungskriterium wurde durch Annahme der Nationalen Strategie für Umwelt und Klima 2016-2020 erfüllt. Acht Abschlusskriterien müssen erfüllt werden, einschließlich Anpassung an EU-Richtlinien und Luftqualitätsstandards. Zukünftige Arbeit umfasst die Umsetzung von Umweltvorschriften, Kapazitätsaufbau und Umweltprojekte zur Erfüllung der EU-Standards (ME4EU 2020t).

Kapitel 28: Verbraucher- und Gesundheitsschutz - wurde am 16. Dezember 2014 eröffnet. Die Eröffnung dieses Kapitels erforderte, dass Montenegro bestimmte Schritte unternimmt, um seine Gesetzgebung und administrativen Strukturen in den Bereichen Verbraucherschutz und Gesundheit zu harmonisieren. Dies beinhaltet die Anpassung von Gesetzen, die Einrichtung angemessener administrativer Strukturen und Kapazitäten und die Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften. Die Abschlusskriterien beinhalten Änderungen im Verbraucherschutzrecht und die Anpassung an EU-Vorschriften im Gesundheitsschutz. Zukünftige Arbeit konzentriert sich auf die Umsetzung und Stärkung der Kapazitäten in diesen Bereichen (ME4EU 2020u).

Kapitel 29: Zollunion - wurde offiziell am 16. Dezember 2014 eröffnet. Um diese Eröffnung zu ermöglichen, musste Montenegro seine Gesetzgebung anpassen und IT-Systeme entwickeln. Für den Abschluss des Kapitels sind weitere Anpassungen der Gesetzgebung, die effiziente Umsetzung von Zollvorschriften und die Entwicklung von IT-Systemen erforderlich. In Zukunft liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung der europäischen Gesetzgebung und der Einführung von IT-Systemen (ME4EU 2020v).

Kapitel 30: Beziehungen nach Außen - betrifft die Anpassung Montenegros an EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Handel, bilaterale Abkommen mit Drittstaaten, sowie Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe. Dieses Kapitel wurde am 16. Dezember 2014 eröffnet und vorläufig am 20. Juni 2017 geschlossen, nachdem Montenegro seine nationale Gesetzgebung an die EU-Standards angepasst und IT-Systeme entwickelt hatte (ME4EU 2020x).

Kapitel 31: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik - wurde am 24. Juni 2014 eröffnet. Es gab keine spezifischen Anfangsvoraussetzungen für dieses Kapitel. Das Abschlusskriterium ist, dass Montenegro seine Position im Zusammenhang mit dem

Internationalen Strafgerichtshof gemäß den EU-Leitprinzipien vollständig anpassen muss. In Zukunft wird in diesem Kapitel weiter an der Anpassung an die EU-Außen- und Sicherheitspolitik gearbeitet und die Verteidigungsfähigkeiten gestärkt (ME4EU 2020y).

Kapitel 32: Finanzkontrolle - wurde am 24. Juni 2014 eröffnet. Dieses Kapitel behandelt die Annahme internationaler Finanzkontrollstandards, EU-Bewährte Praktiken sowie den Schutz der EU-Finanzinteressen und des Euros vor Fälschungen. Die Eröffnung war an die Erfüllung von Gesetzgebungs- und Kapazitätsanforderungen für die Finanzkontrolle im öffentlichen Sektor gebunden. Um das Kapitel abzuschließen, müssen internationale Prüfstandards erfüllt und die Sicherheit der EU-Finanzinteressen und des Euros gewährleistet werden. In Zukunft wird weiter an rechtlichen Anpassungen, der Umsetzung von Vorschriften und der Stärkung administrativer Kapazitäten gearbeitet (ME4EU 2020z).

Kapitel 33: Finanz- und Haushaltsbestimmungen - wurde am 16. Dezember 2014 eröffnet. Die Eröffnung erforderte die Schaffung von administrativen Kapazitäten und einen Aktionsplan zur Sicherstellung der korrekten Handhabung von EU-Eigenmitteln. Die Zukunft liegt in der Umsetzung eines Aktionsplans zur Einführung eines EU-Eigenmittelsystems in Montenegro (ME4EU 2020aa).

Im kommenden Kapitel wird eine eingehende Analyse des institutionellen Rahmens und der Verhandlungsstruktur vorgenommen, die den Integrationsprozess von Montenegro in die Europäische Union lenken. Diese Untersuchung wird dazu beitragen, ein umfassenderes Verständnis dafür zu entwickeln, wie die verschiedenen Kapitel dieses Prozesses koordiniert und gesteuert werden.

3.2 Institutioneller Rahmen der Verhandlungskapitel - Verhandlungsstruktur

Im Februar 2012 verabschiedete die Regierung die Verhandlungsstruktur für die Beitrittsverhandlungen Montenegros zur Europäischen Union (Vlada Crne Gore 2012). Diese Struktur umfasst verschiedene Gremien und Akteure, die eng zusammenarbeiten, um den Prozess der Beitrittsverhandlungen voranzutreiben. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Struktur im Jahr 2012 eingeführt wurde und seitdem kontinuierlich verändert und angepasst wurde.

Zu den Elementen dieser Verhandlungsstruktur gehören:

- 1) *Kollegium für Verhandlungen*
- 2) *Staatsdelegation*
- 3) *Rat für Rechtsstaatlichkeit*
- 4) *Verhandlungsgruppe*
- 5) *Arbeitsgruppen*
- 6) *Hauptverhandler:in*
- 7) *Büro zur Unterstützung der Hauptverhandler:in*
- 8) *Sekretariat der Verhandlungsgruppe*
- 9) *Ausschuss für europäische Integration* (Vlada Crne Gore 2012)

1) *Das Verhandlungskollegium*, als entscheidendes Arbeitsorgan der Regierung Montenegros, spielt eine zentrale Rolle im gesamten Verhandlungsprozess mit der Europäischen Union. Dieses Gremium setzt sich aus hochrangigen Regierungsmitglieder:innen zusammen, darunter die Premierminister:in, die stellvertretenden Premierminister:innen, Minister:in für Europäische Angelegenheiten und Außenminister:in. Je nach Bedarf können auch andere Minister:innen an den Sitzungen des Verhandlungskollegiums teilnehmen. Die Hauptaufgabe des Verhandlungskollegiums besteht darin, alle bedeutenden Fragen zu erörtern, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen stehen. Dies schließt insbesondere die Überprüfung und Diskussion der Verhandlungspositionen ein, die Montenegro in den Beitrittsverhandlungen einnehmen wird. Diese Positionen werden sorgfältig ausgearbeitet und müssen den Anforderungen und Standards der Europäischen Union entsprechen. Ein wesentlicher Schritt im Prozess ist die Prüfung der Verhandlungspositionen im Ausschuss für europäische Integration des montenegrinischen Parlaments. Dieser Ausschuss spielt eine wichtige Rolle bei der demokratischen Überwachung und Genehmigung des Verhandlungsprozesses. Nachdem der Ausschuss das Verfahren abgeschlossen hat, werden die Verhandlungspositionen zur Genehmigung an die Regierung weitergeleitet. Das Verhandlungskollegium sorgt dafür, dass diese Verhandlungspositionen effizient geprüft und gegebenenfalls angepasst werden, um die bestmöglichen Ergebnisse für Montenegro zu erzielen (Vučković 2019, S. 5–6; Vujošević, S. 12).

2) *Die Staatsdelegation* nimmt auf politischer Ebene direkten Kontakt zu den Mitgliedstaaten und Institutionen der EU auf und trägt die Verantwortung für den reibungslosen Verlauf der Verhandlungen in sämtlichen Verhandlungskapiteln sowie für die Übernahme der

EU-Rechtsvorschriften. Sie steht unter der Aufsicht der Regierung und handelt gemäß den Verhandlungsrichtlinien, die von der Regierung verabschiedet wurden. Zusätzlich dazu obliegt es der Staatsdelegation, der Regierung nach jedem Treffen der Regierungskommission zwischen Montenegro und der EU Berichte über den Stand der Verhandlungen vorzulegen und auf Anfrage der Regierung spezielle Berichte zu erstellen, die weitere Erläuterungen zu spezifischen Verhandlungsfragen bieten. Die Staatsdelegation setzt sich aus verschiedenen Mitgliedern:innen zusammen, die entscheidende Rollen bei den Verhandlungen spielen. An der Spitze der Delegation steht die Minister:in für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration, der die Leitung innehat. Ihr zur Seite steht die stellvertretende Leiter:in der Staatsdelegation, der gleichzeitig die Hauptverhandler:in für die EU-Beitrittsverhandlungen Montenegros ist. Diese Hauptverhandler:in wird wiederum von einer stellvertretenden Hauptverhandler:in unterstützt, die für das Kapitel der rechtlichen Bestimmungen der EU verantwortlich ist. Abgerundet wird die Delegation durch die Leiter:in der Mission von Montenegro bei der EU sowie die Sekretär:in der Verhandlungsgruppe, die beide wichtige Funktionen im Verhandlungsprozess wahrnehmen. Die Staatsdelegation ist somit das zentrale Gremium, das die Beziehungen zwischen Montenegro und der EU auf politischer Ebene gestaltet und den Fortschritt bei den Beitrittsverhandlungen sicherstellt. Sie berichtet regelmäßig an die Regierung über den Stand der Verhandlungen und sorgt dafür, dass Montenegro seinen Verpflichtungen auf dem Weg zum EU-Beitritt nachkommt (Vujošević, S. 12–13; Vučković 2019, S. 6).

3) *Der Rat für Rechtsstaatlichkeit* - Die Hauptaufgabe dieses Gremiums besteht darin, den Verhandlungsprozess in den Kapiteln 23 und 24 zu überwachen und die Hauptgründe für Verzögerungen bei der Umsetzung von Verpflichtungen in diesen Bereichen zu analysieren. Zusätzlich dazu hat der Rat die wichtige Aufgabe, Empfehlungen für dringende Maßnahmen in denjenigen Bereichen zu geben, die von diesen Kapiteln erfasst sind und in diesen Rahmen angenommene Verpflichtungen betreffen. Der *Rat für Rechtsstaatlichkeit* nimmt somit eine Schlüsselrolle bei der Bewertung und Überwachung der Fortschritte Montenegros auf dem Weg zum EU-Beitritt ein. Dies umfasst die Prüfung von Verhandlungsdokumenten im Bereich Rechtsstaatlichkeit sowie die Bewertung der Umsetzung dieser Verpflichtungen. Insbesondere überwacht er die Erfüllung der Verpflichtungen, die in den Kapiteln 23 und 24 festgelegt sind. Dabei orientiert er sich an den Empfehlungen der Hauptverhandler:in und des Mitglieds der Verhandlungsgruppe, das speziell für diese Kapitel verantwortlich ist. Hierbei werden nicht nur die langfristigen Verpflichtungen, sondern auch die Erfüllung vorläufiger und abschließender Kriterien sorgfältig beurteilt. Der *Rat für Rechtsstaatlichkeit* setzt sich aus hochrangigen

Vertreter:innen zusammen, darunter die Präsident:in, die gleichzeitig Vizepräsident:in der Regierung für das politische System, Innen- und Außenpolitik ist, die Hauptverhandler:in, die stellvertretende Hauptverhandler:in für die Kapitel der rechtlichen Bestimmungen der EU und andere wichtige Akteure wie die Präsident:in des Obersten Gerichtshofs, die Präsident:in des Gerichtsrats, die Generalstaatsanwalt:in und die leitende Sonderstaatsanwalt:in. Ebenfalls vertreten sind Ministerien und Behörden, die für die Umsetzung von Gesetzen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit verantwortlich sind, wie das Ministerium für Menschenrechte und Minderheiten, das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, das Innenministerium, die Polizeiverwaltung und die Agentur zur Verhinderung von Korruption. Die Bildung dieses Gremiums führte zu gemischten Reaktionen in der montenegrinischen Öffentlichkeit. Sie er-

Abbildung 14: Verhandlungsstruktur für die Durchführung der Beitrittsverhandlungen Montenegros zur EU



Quelle: (Vujošević, S. 12)

folgte vor Hintergrund bescheidener Fortschritte in den anspruchsvollsten Kapiteln des EU-Beitrittsprozesses sowie die Rolle des Verhandlungskollegiums. Insbesondere wurde die Idee des *politischen Drucks* diskutiert, der von den Leiter:innen der Einrichtungen ausgehen sollte, deren Vertreter:innen Mitglieder:innen der Arbeitsgruppen 23 und 24 sind (Vučković 2019, S. 6; Vujošević, S. 13).

4) *Die Verhandlungsgruppe* spielt eine entscheidende Rolle im Verhandlungsprozess von Montenegro mit den Institutionen und Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie übernimmt den fachlichen und technischen Teil der Verhandlungen in Bezug auf jeden einzelnen Verhandlungsbereich oder den EU-Besitzstand. Die Arbeit der Verhandlungsgruppe erfolgt in strikter Übereinstimmung mit den Richtlinien der Regierung. Die Hauptaufgaben der Verhandlungsgruppe sind die Prüfung und Erstellung von Vorschlägen für Verhandlungspositionen sowie die Berichterstattung über den Status der Verhandlungen. Nach jedem Treffen der zwischenstaatlichen Konferenz zwischen Montenegro und den EU-Mitgliedstaaten übermittelt die Verhandlungsgruppe Berichte sowohl an die Leiter:in der Staatsdelegation als auch an die Regierung. Bei Bedarf erstellt sie auch spezielle Berichte, um auf Anfragen der Regierung einzugehen. Die Verhandlungsgruppe setzt sich aus mehreren Mitglieder:innen zusammen, darunter die Hauptverhandler:in, stellvertretende Hauptverhandler:in und zehn Verhandler:innen, von denen jede für bestimmte Verhandlungskapitel verantwortlich ist. Die Hauptverhandler:in hat die Aufgabe, die Verhandlungsgruppe zu leiten und sicherzustellen, dass die Verhandlungen effektiv durchgeführt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, dass die Hauptverhandler:in der Regierung vorschlägt, Expert:innen in beratender Funktion in die Arbeit der Verhandlungsgruppe einzubeziehen, wenn dies als notwendig erachtet wird. Die endgültige Entscheidung über die Einbeziehung von Expert:innen liegt jedoch bei der Regierung. Die Mitglieder:innen der Verhandlungsgruppe, die für bestimmte Verhandlungsbereiche zuständig sind, bieten der Hauptverhandler:in fachliche Unterstützung und nehmen an den Verhandlungen teil. Sie koordinieren auch die Arbeit der Arbeitsgruppen, die die Verhandlungen in den einzelnen Kapiteln vorbereiten, und entwickeln Vorschläge für Verhandlungspositionen. Die Verhandlungsgruppe wurde im Zeitraum von Februar 2012 bis April 2013 parallel zur Bildung der Arbeitsgruppe für die Durchführung der Verhandlungen ernannt. Insgesamt wurden zehn Verhandler:innen für die 33 Kapitel des EU-Besitzstands ernannt, um die Verhandlungsgruppe zu bilden. Jede der zehn Verhandler:innen ist für mindestens zwei Verhandlungsbereiche oder Kapitel verantwortlich, während die Hauptverhandler:in die Verhandlungsgruppe leitet (Vučković 2019, S. 6–7; Vujošević, S. 13).

5) *Die Arbeitsgruppen* spielen eine entscheidende Rolle in den Beitrittsverhandlungen Montenegros zur Europäischen Union. Ihre Aufgaben sind äußerst vielfältig und reichen von der Überprüfung und Bewertung der Montenegrinischen Gesetzgebung im Hinblick auf die Konformität mit dem EU-Recht bis hin zur Erarbeitung von Vorschlägen für Verhandlungspositionen. Zudem sind sie maßgeblich an der Entwicklung, Umsetzung und Berichterstattung über Aktionspläne und andere relevante Dokumente beteiligt, die für Montenegros EU-Beitritt von Bedeutung sind. Diese Arbeitsgruppen sind auch dafür verantwortlich, den Fortschritt bei der Erfüllung der Öffnungskriterien, der vorläufigen und endgültigen Kriterien sowie des EU-Beitrittsprogramms Montenegros zu überwachen und darüber zu berichten. Darüber hinaus nehmen sie an Sitzungen der Unterausschüsse für Stabilisierung und Assoziierung teil und unterstützen Expertenmissionen im Zusammenhang mit den Verhandlungen. Sie leisten außerdem einen wichtigen Beitrag zu verschiedenen anderen Aufgaben im Rahmen der Beitrittsverhandlungen und arbeiten eng mit staatlichen Verwaltungsorganen und anderen Institutionen zusammen. Die Einrichtung dieser Arbeitsgruppen erfolgte aufgrund einer Entscheidung der Regierung und erstreckt sich auf insgesamt 33 Verhandlungskapitel. Jede Arbeitsgruppe hat eine Leiter:in, die von der Regierung ernannt wird, und die Anzahl der Mitglieder:innen kann je nach Bedarf variieren. Die Leiter:in einer Arbeitsgruppe koordiniert die Arbeit in Absprache mit dem Mitglied der Verhandlungsgruppe, das für ein bestimmtes Kapitel zuständig ist, und berichtet direkt an dieses Mitglied. Die Ernennung der Mitglieder:innen in den Arbeitsgruppen erfolgt auf Vorschlag der Hauptverhandler:in, nach Konsultationen mit der Leiter:in staatlicher Verwaltungsorgane und anderen relevanten Institutionen. In einigen Fällen kann die Regierung, auf Empfehlung der Arbeitsgruppenleiter:in und mit Zustimmung der Verhandlungsgruppe, auch Untergruppen für spezifische Fragen einrichten (Vujošević, S. 13–14; Vučković 2019, S. 7).

6) *Hauptverhandler:in* ist verantwortlich für die direkte Leitung der Verhandlungen zur Anpassung an den rechtlichen Bestand der EU und vertritt Montenegro auf der zwischenstaatlichen Konferenz. Die Ernennung und Abberufung der Hauptverhandler:in obliegt der Regierung, und seine Position entspricht der der Leiter:in der Verhandlungsgruppe. Die stellvertretenden Hauptverhandler:innen werden von der Regierung ernannt und abberufen, nachdem die Leiter:in der Staatsdelegation ihren Vorschlag mit Zustimmung der Hauptverhandler:in vorgelegt hat. Diese stellvertretenden Hauptverhandler:innen führen direkte Verhandlungen in spezifischen Verhandlungsbereichen und übernehmen die Verantwortung für die Aufgaben der nationalen Koordinator:in für die dezentrale und indirekte

Verwaltung des Instruments für die Heranführungshilfe der Europäischen Union (IPA). Im Falle der Verhinderung der Hauptverhandler:innen können die stellvertretenden Hauptverhandler:innen dessen Aufgaben übernehmen, sofern sie die erforderliche Zustimmung erhalten (Vučković 2019, S. 7–8).

7) *Das Büro zur Unterstützung der Hauptverhandler:in* spielt eine entscheidende Rolle im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses von Montenegro mit der Europäischen Union. Unter der Leitung der Hauptverhandler:in übernimmt dieses Büro eine Vielzahl wichtiger Aufgaben, die für die erfolgreiche Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und den Beitrittsprozess von Montenegro zur EU von entscheidender Bedeutung sind. Eine der Hauptverantwortlichkeiten des Büros besteht darin, die Umsetzung des SAP zu überwachen. Dies beinhaltet die Gewährleistung, dass Montenegro seine Verpflichtungen gemäß dem Abkommen erfüllt. Das Büro spielt auch eine entscheidende Rolle bei der Koordination der Beitrittsverhandlungen von Montenegro mit der EU. Es koordiniert die Anpassung der nationalen Gesetzgebung an den EU-Besitzstand. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Teilnahme an zwischenstaatlichen Konferenzen über den Beitritt von Montenegro zur EU. Das Büro ist maßgeblich daran beteiligt, Montenegros Standpunkt in diesen Konferenzen zu vertreten und die notwendigen Strategiedokumente im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess vorzubereiten. Darüber hinaus spielt das Büro eine Schlüsselrolle bei der zwischeninstitutionellen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit der montenegrinischen Institutionen mit den EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, Beitrittskandidaten und potenziellen Kandidaten. Es stellt sicher, dass Montenegro in seinen Bemühungen auf dem Weg zur EU die erforderliche fachliche, technische und administrative Unterstützung erhält. Die Übersetzung und Entwicklung der nationalen Version des EU-Rechts sowie die Koordinierung des Programmierungsprozesses und der Umsetzung von EU-finanzierten Programmen und Projekten sind weitere wichtige Aufgaben des Büros. Es spielt eine entscheidende Rolle bei der Durchführung von EU-Technische-Hilfe-Projekten und der Beteiligung Montenegros an grenzüberschreitenden und transnationalen Kooperationsprogrammen.

Das Büro zur Unterstützung der Hauptunterhandler:in hat neun Mitglieder:innen, von denen sieben in Podgorica und zwei in Brüssel tätig sind. Unter der Leiter:in des Büros arbeitet das Team eng zusammen, um technische und administrative Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Verhandlungen und dem Beitrittsprozess zu erledigen. Die Koordination mit der Verhandlungsstruktur und anderen relevanten Akteuren im Beitrittsprozess ist von

entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Montenegro seinen Weg zur EU erfolgreich fortsetzen kann (Vučković 2019, S. 8; Vujošević, S. 13).

8) *Das Sekretariat der Verhandlungsgruppe* spielt eine entscheidende Rolle bei der Koordination und Durchführung der Beitrittsverhandlungen zwischen Montenegro und der Europäischen Union. Seine Aufgaben sind vielfältig und dienen dazu, die reibungslose Abwicklung dieser Verhandlungen sicherzustellen. Eine der Hauptaufgaben des Sekretariats besteht darin, analytische Überprüfungen und Bewertungen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die montenegrinische Gesetzgebung mit dem EU-Recht in Übereinstimmung steht. Dieser Prozess, auch als *Screening* bezeichnet, erfordert eine gründliche Prüfung und Analyse der nationalen Gesetzgebung, um festzustellen, ob sie den EU-Normen entspricht. Das Sekretariat erstellt während dieser Überprüfung Berichte und bewertet die Übereinstimmung zwischen den montenegrinischen und EU-Gesetzen. Zusätzlich hat das Sekretariat eine Schlüsselfunktion in der technischen Vorbereitung der Verhandlungen. Es bereitet die Grundlagen für die Arbeit von Arbeitsgruppen vor, die sich mit verschiedenen Verhandlungskapiteln befassen, und leistet technische Vorarbeiten zur Formulierung von Verhandlungspositionen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Montenegro während der Verhandlungen gut vorbereitet ist.

Das Sekretariat hat auch die wichtige Aufgabe, die Treffen der Staatsdelegation und der Verhandlungsgruppe vorzubereiten und zu koordinieren. Dies erfordert eine effiziente Organisation und Kommunikation, um sicherzustellen, dass die Verhandlungen reibungslos ablaufen. Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, eine Datenbank zur Verfolgung der Verhandlungen zu nutzen und zu koordinieren. Diese Datenbank ermöglicht eine umfassende Überwachung des Fortschritts der Verhandlungen und erleichtert die Verwaltung von Informationen und Dokumenten im Zusammenhang mit den Verhandlungen (Vučković 2019, S. 8; Vujošević, S. 13).

9) *Der Ausschuss für europäische Integration* übernimmt die Verantwortung für die Umsetzung der Schritte im Zuge des EU-Beitrittsprozesses von Montenegro im Namen des montenegrinischen Parlaments. Dies basiert auf einer Resolution, die am 27. Dezember 2013 von der Parlamentsversammlung verabschiedet wurde. Diese Resolution legt die Art und Weise, die Qualität und den zeitlichen Ablauf des Integrationsprozesses von Montenegro in die Europäische Union fest. In dieser Rolle beobachtet der Ausschuss die Verhandlungen, die Montenegro mit der Europäischen Union führt. Er überwacht den Verlauf dieser Verhandlungen und bewertet sie. Darüber hinaus gibt der Ausschuss sein Feedback zu den vorbereiteten Verhandlungspositionen ab. Der Ausschuss prüft Informationen im

Zusammenhang mit dem Verhandlungsprozess sowie Fragen, die während der Verhandlungen aufkommen, und bewertet die Arbeit des Verhandlungsteams. Die Resolution befähigt den Ausschuss dazu, proaktiv Maßnahmen vorzuschlagen und Initiativen zu ergreifen, um den Prozess der europäischen Integration zu beschleunigen. Quartalsweise werden Berichte zum Fortschritt der europäischen Integration auf Sitzungen diskutiert, an denen der Hauptverhandlungsführer teilnimmt (Vučković 2019, S. 8–9).

Während der Erstellung dieser Forschungsarbeit ergaben sich einige Änderungen in der Struktur der Verhandlungen. Das Büro der Hauptverhandler:in wurde in das Kabinett der Premierminister:in integriert und neu positioniert, während das Team, das die Verhandlungen für die EU führt, weiterhin durch das Büro der Hauptverhandler:in unverändert blieb (McCluney et al. 2019). Darüber hinaus wurde das Sekretariat für Verhandlungskapitel aufgelöst.

Das Kollegium der Kommissare der Europäischen Union hat im Februar 2020 eine neue Methodik für den EU-Beitrittsprozess verabschiedet, die in dem Dokument *Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan* (Europäische Kommission 2020) beschrieben wird, um den Erweiterungsprozess glaubwürdiger zu gestalten. Die Methodologie beinhaltet die Bildung von thematischen *Clustern*, die mehrere Verhandlungskapitel zusammenfassen, um den Fokus auf Schlüsselsektoren zu lenken. Obwohl die neue Methodik technisch betrachtet der bestehenden Methodik nicht wesentlich verschieden ist, hat sie sowohl für die EU als auch für die Länder des Westbalkans einen bedeutsamen politischen Impuls gesetzt. Sie legt verstärkten Fokus auf entscheidende Reformprozesse innerhalb der betreffenden Länder. In Bezug auf Montenegro, das sich bereits weit fortgeschritten im Verhandlungsprozess befindet, könnten die vorgeschlagenen Änderungen in den bestehenden Verhandlungsrahmen integriert werden. Dies ist besonders relevant, da die neue Methodik die Koordinierung der thematischen Cluster mit den Untergruppen im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses vorsieht. Der Schwerpunkt bleibt auf dem Bemühen, die Dynamik und Qualität der Verhandlungen aufrechtzuerhalten.

Um die Effektivität und Qualität der Reformen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses von Montenegro zu erhöhen, erließ die Regierung im August 2020 einen neuen Beschluss. Dieser Beschluss hatte zum Ziel, eine umfassende Verhandlungsstruktur zu etablieren. Die neu geschaffene Struktur setzt sich aus verschiedenen Gremien zusammen, die zusammenarbeiten, um den Verhandlungsprozess auf politischer, fachlicher und technischer Ebene zu leiten. Diese

Gremien werden das EU-Recht und die überarbeitete EU-Methodik berücksichtigen, die verwandte Kapitel in sogenannten *Clustern* zusammenfasst. Zu diesen Gremien gehören:

- 1) *Kollegium für Verhandlungen*
- 2) *Rat für Rechtsstaatlichkeit*
- 3) *Verhandlungsgruppe*
- 4) *Arbeitsgruppe für die Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen*
- 5) *Ministerium für europäische Angelegenheiten* (Vlada Crne Gore 2022b)

Ihre Kooperation soll dazu beitragen, die Dynamik und Qualität der Reformen im Kontext des EU-Beitrittsprozesses zu verbessern.

3.3 Institutionen und Organisationen in den Verhandlungsgruppen:

Die Verhandlungen zur EU-Integration sind für Montenegro ein komplexer und bedeutsamer Prozess. Um diesen Weg erfolgreich zu beschreiten, sind vielfältige Institutionen und Organisationen entscheidend, die engagiert zusammenarbeiten. In diesem Kapitel wird ein genauerer Blick auf die Institutionen und Organisationen geworfen, die in den Verhandlungsgruppen für die 33 Verhandlungskapitel in Montenegro involviert sind. Jedes Kapitel bringt seine eigenen Verantwortlichkeiten und Herausforderungen mit sich, und diese Akteure sind maßgeblich daran beteiligt, Montenegros Fortschritt auf dem Weg zur europäischen Integration sicherzustellen.

Kapitel 1: Freier Warenverkehr - Die Auswahl der Verhandlungsführer:in und der Leiter:in der Arbeitsgruppe erfolgt durch das Ministerium für Wirtschaft, welches die maßgebliche Institution in diesem Kapitel ist. Die Kontaktperson für die Arbeitsgruppe wird von der Behörde für europäische Integration ernannt. Neben dem Wirtschaftsministerium sind auch Vertreter:innen verschiedener anderer Organisationen und Behörden Mitglieder:innen dieser Arbeitsgruppe. Hierzu zählen die Agentur für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Metrologische Institut, die Maschinenbau fakultät der Universität von Montenegro, das Gesundheitsministerium, das Innenministerium, die Wirtschaftsfakultät der Universität von Montenegro, die Inspektionsbehörde, die Handelskammer, das Ministerium für Verkehr und

Schifffahrt, die Zollverwaltung, das montenegrinische Parlament, das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit, die Ingenieur:innenkammer, das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, das Institut für Standardisierung von Montenegro, das Institut für Normung von Montenegro GmbH, die Akkreditierungsstelle, das Ministerium für Kultur, der Arbeitgeber:innenverband und die zivilgesellschaftliche Organisation *Ökologische Bewegung Ozon* (Ekološki pokret Ozon) sind ebenfalls Teil dieser Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe für Kapitel 1 wurde im Dezember 2012 ins Leben gerufen und ist seit September 2021 in ihrer aktualisierten Konstellation aktiv (ME4EU 2020a).

Kapitel 2: Freizügigkeit der Arbeitnehmer - Die Verhandlungsführer:in und die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe werden vom Ministerium für Arbeit und Soziales ernannt, während die Ansprechperson für die Arbeitsgruppe durch das Büro für europäische Integration bestimmt wird. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Ministeriums für Arbeit und Soziales gehören der Arbeitsgruppe Vertreter:innen folgender Behörden und Organisationen an: Ministerium für Finanzen, Ministerium für Bildung, Ministerium für öffentliche Verwaltung, Polizeibehörde, Inspektionsbehörde, Büro für europäische Integration, Arbeitsvermittlungsamt, Gesundheitsversicherungsfonds, Renten- und Invalidenversicherungsfonds, Kapitalmarktbehörde, Gewerkschaftsbund, Union der freien Gewerkschaften, Union der Arbeitgeber:innen, Handelskammer und Montenegro Business Alliance. Diese Arbeitsgruppe wurde im April 2013 ins Leben gerufen und operiert nun in ihrer aktualisierten Besetzung seit Juli 2021. (ME4EU 2020l).

Kapitel 3: Niederlassungsrecht und Dienstleistungsfreiheit - Die Verhandler:in und die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen aus dem Wirtschaftsministerium, während die Kontaktperson vom Büro für europäische Integration gestellt wird. Institutionen und Organisationen, die an dieser Arbeitsgruppe teilnehmen, sind: Wirtschaftsministerium, Ministerium für öffentliche Verwaltung, Gesundheitsministerium, Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, Bildungsministerium, Verkehrsministerium, Ministerium für Arbeit und Soziales, Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Inspektionsbehörde, Agentur für elektronische Kommunikation und Postdienste, Büro für europäische Integration, Arbeitgeber:innenverband, Wirtschaftskammer, Handwerkskammer, Ingenieur:innenkammer, Ärzt:innenkammer, Apotheker:innenkammer, Universität Donja Gorica, Universität Mediterran, Universität von Montenegro und das nationale Verband der Krankenschwestern und Hebammen

Montenegros. Diese Arbeitsgruppe wurde im September 2012 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit September 2021 (ME4EU 2020w).

Kapitel 4: Freier Kapitalverkehr - Die Verhandler:in und die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen aus der Zentralbank von Montenegro, während die Kontaktperson vom Büro für Europäische Integration ernannt wird. Zusätzlich zu den Vertreter:innen der Zentralbank von Montenegro gehören zur Arbeitsgruppe Vertreter:innen des Ministeriums für Finanzen, der Polizeibehörde (Abteilung für Geldwäschebekämpfung und Terrorismusfinanzierung), der Kapitalmarktbehörde und der Versicherungsaufsichtsbehörde. Diese Arbeitsgruppe wurde im Dezember 2012 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit September 2021 (ME4EU 2020ab).

Kapitel 5: Öffentliches Auftragswesen - Die Verhandlungsführer:in und die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe werden vom Finanzministerium gestellt, die Kontaktperson für die Arbeitsgruppe wird von dem Büro für Europäische Integration ernannt. Weitere Mitglieder:innen sind Vertreter:innen folgender Institutionen und Organisationen: Behörde für öffentliche Beschaffungen, Ministerium für Verkehr und Seewesen, Staatsrevisionsinstitution, Gemeindeverband, Montenegro Business Alliance, Behörde für Inspektionsangelegenheiten, Agentur zur Verhinderung von Korruption, Vertreter:innen der Regierung von Montenegro, Arbeitgeber:innenverband, zivilgesellschaftliche Organisation *Vereinigung junger Menschen mit Behinderungen von Montenegro* (Udruženje mladih sa hendikepom), zivilgesellschaftliche Organisation *Institut Alternativa*, und Staatskommission für die Kontrolle öffentlicher Beschaffungen. Diese Arbeitsgruppe wurde im Juli 2012 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit September 2021 (ME4EU 2020ac; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 6: Wirtschaftsrecht - Die Verhandler:in und die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen aus dem Ministerium für Wirtschaft als Hauptinstitution in diesem Kapitel. Die Ansprechpartner:in für die Arbeitsgruppe stammt aus dem Büro für europäische Integration, der koordinierenden Stelle in diesem Prozess. Neben dem Wirtschaftsministerium gehören der Arbeitsgruppe Vertreter:innen folgender Institutionen an: Handelskammer, Handelsgericht, Finanzministerium, Kapitalmarktbehörde, Steuerbehörde, Versicherungsaufsichtsbehörde, Institut der Buchhalter und Wirtschaftsprüfer Montenegros, Fakultät für Rechtswissenschaften (Universität Donja Gorica), Rechtswissenschaftliche Fakultät (Universität Montenegro), Wirtschaftsfakultät (Universität Montenegro), Arbeitgeber:innenverband und zivilgesellschaftliche Organisation *Europabewegung* (Evropski Pokret). Die Gründung dieser Arbeitsgruppe

erfolgte im September 2012, und sie arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit Juli 2021 (ME4EU 2020ad).

Kapitel 7: Geistiges Eigentum - Die Arbeitsgruppe für dieses Kapitel setzt sich aus Vertreter:innen verschiedener Institutionen zusammen, darunter das Ministerium für Wirtschaft, das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, das Ministerium für Wissenschaft, das Büro für europäische Integration, die Polizeiverwaltung, die Zollverwaltung, die Inspektionsbehörde, die Agentur für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Wirtschaftsgericht, die Staatsanwaltschaft von Montenegro, der Bildungs-, Wissenschafts-, Kultur- und Sportausschuss des Parlaments, die Handelskammer, die Anwaltskammer, die zivilgesellschaftliche Organisation *Forum für Wohlstand* (Forum prosperiteta) und Organisationen für den Schutz der Urheberrechte in Montenegro (Organisationen zum Schutz der Rechte von Musikautoren). Diese Arbeitsgruppe wurde im September 2012 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit Juli 2021 (ME4EU 2020ae).

Kapitel 8: Wettbewerb - Die Verhandler:in für dieses Kapitel kommt aus dem Ministerium für Wirtschaft, während die Leiter:in der Arbeitsgruppe von der Agentur für Wettbewerbschutz gestellt wird. Die Kontaktperson für dieses Kapitel ist die Vertreter:in des Büros für europäische Integration. In dieser Arbeitsgruppe sind verschiedene Institutionen und Organisationen vertreten, darunter das Ministerium für Wirtschaft, das Ministerium für Wissenschaft, das Ministerium für Kultur, das Ministerium für Verkehr und Seeschifffahrt, das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, der Verwaltungsgerichtshof von Montenegro, das Wirtschaftsgericht von Montenegro, das Ordnungswidrigkeitengericht von Montenegro, die Agentur für Wettbewerbschutz, der Investitions- und Entwicklungs-Fonds von Montenegro, die Handelskammer, der Arbeitgeber:innenverband, die Universität Mediteran, die Universität von Montenegro, die zivilgesellschaftliche Organisation *Evropski pokret* und die Gewerkschaft der Banken. Diese Arbeitsgruppe wurde im September 2012 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit Juli 2021 (ME4EU 2020af).

Kapitel 9: Finanzdienstleistungen - Die Verantwortlichkeit für die Umsetzung der rechtlichen Standards in diesem Bereich liegt beim Ministerium für Finanzen, der Zentralbank von Montenegro, der Kommission für den Kapitalmarkt, der Versicherungsaufsichtsbehörde und dem Einlagensicherungsfonds. Diese Arbeitsgruppe wurde im März 2013 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit September 2021 (ME4EU 2020ag).

Kapitel 10: Informationsgesellschaft und Medien - Die Institutionen und Organisationen, die in diesen Kapitel vertreten sind, gehören das Büro für europäische Integration, das Ministerium für öffentliche Verwaltung, das Ministerium für Wirtschaft, das Ministerium für Kultur, das Innenministerium, das Finanzministerium, das Bildungsministerium, die Agentur für elektronische Medien, die Agentur für elektronische Kommunikation und Postdienste, die Agentur für Datenschutz und den freien Zugang zu Informationen, das Radio und Fernsehen Montenegros, die Inspektionsbehörde, der Gesundheitsversicherungsfonds, das Rundfunkzentrum, der Arbeitgeber:innenverband, der Gewerkschaftsbund, die Universität von Montenegro, die Universität Mediteran, die zivilgesellschaftlichen Organisationen *Multimedijal Montenegro*, *Mladiinfo Montenegro* und *das Zentrum für Monitoring und Forschung* (Centar za monitoring i istraživanje - CEMI). Diese Arbeitsgruppe wurde im September 2012 gegründet (ME4EU 2020b; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 11: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung - Die Verhandler:in und die Leiter:in der Arbeitsgruppe 11 stammen beide aus dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in Montenegro. Die Ansprechperson für die Arbeitsgruppe 11 kommt hingegen aus dem Büro für europäische Integration. Neben Vertreter:innenn des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gehören auch Mitglieder:innen anderer Institutionen und Organisationen zur dieser Arbeitsgruppe. Diese beinhalten das montenegrinische Parlament, das Finanzministerium, das Bildungsministerium, das Ministerium für öffentliche Verwaltung, das Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten, die Behörde für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz, die Zollbehörde, die Handelskammer, der Investitions- und Entwicklungsfonds, das Statistikamt *Monstat*, die Biotechnische Fakultät der Universität Montenegro, die Fakultät für Lebensmitteltechnologie, Lebensmittelsicherheit und Umwelt der Universität Donja Gorica, der Arbeiterver:innenband von, *Monteorganica GmbH*, die Viehzüchtervereinigung Nordmontenegros, die zivilgesellschaftliche Organisation *Zentrum für Agrarentwicklung* (Centar za razvoj agrara), die zivilgesellschaftliche Organisation *Zentrum für ländliche Entwicklung* (Centar za ruralni razvoj), die zivilgesellschaftliche Organisation *Olivenbauvereinigung Boka* (Maslinarsko društvo Boka), die zivilgesellschaftliche Organisation *Montenegrinischer Himbeerverband* (Crnogorski savez malinara) und *Entwicklung von Vranj* (Razvoj Vranj), das Nationale Vereinigung *Organic Montenegro*, die Nationale Vereinigung *der Weinbauern und Winzer von Montenegro*, die Gemeinschaft der Gemeinden von Montenegro, der Verband der Imkerorganisationen, die

Vereinigung der Ziegen- und Schafzüchter *Montecapra*, die Vereinigung der Tabakproduzenten und die Gesellschaft der Olivenbauern von Bar. Diese Arbeitsgruppe wurde im Oktober 2012 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit November 2021 (ME4EU 2020c; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 12: Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz - Die Verhandler:in und die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen beide aus dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, genauer gesagt aus der Abteilung für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz. Die Kontaktperson für die Arbeitsgruppe kommt aus dem Büro für europäische Integration. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der Abteilung für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz gehören folgende Institutionen und Organisationen: das montenegrinische Parlament, das Finanzministerium, das Statistikamt *Monstat*, die Wirtschaftskammer, die Spezialveterinärlaboratorien der staatlichen Einrichtung, das Institut für öffentliche Gesundheit, der Biotechnische Fakultät der Universität Montenegro, die Fakultät für Pharmazie der Universität Montenegro, die Fakultät für Lebensmitteltechnologie, Lebensmittelsicherheit und Umwelt der Universität Donja Gorica, die Agentur für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Zentrum für ökotoxikologische Forschung LLC, das Labor für Meereschemie und Ozeanografie am Institut für Meeresbiologie, die Veterinär:innenkammer, PVU *Popović*, PVU *Animavet*, *Fru Monte* LLC, *Mljekara Lazine Šimšić Montmilk*, *IM Goranović* LLC, *Meso-promet* LLC, *Montenegro eggs* LLC, zivilgesellschaftliche Organisation *Netzwerk zum Schutz von Hunden und Katzen*, *13 Jul Plantaže AG*, *Water group* LLC, *Ekoplant* LLC und *Višnjić komerc* LLC. Die Arbeitsgruppe wurde im September 2012 etabliert und agiert in ihrer aktualisierten Konstellation seit November 2021 (ME4EU 2020d).

Kapitel 13: Fischerei - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen beide aus dem Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, während die Kontaktperson aus dem Büro für europäische Integration ist. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gehören folgende Institutionen und Organisationen zur Arbeitsgruppe: das montenegrinische Parlament, das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, das Ministerium für Verkehr und Seefahrt, die Polizeibehörde, die Behörde für maritime Sicherheit, die Behörde für Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit und Pflanzenschutz, das Statistikamt von Montenegro *Monstat*, das Institut für Meeresbiologie, die Juristische Fakultät der Universität von Montenegro, die staatliche Einrichtung für die Verwaltung der

Meeresressourcen, der Investitions- und Entwicklungsfonds, die *Montenegro Business Alliance*, die Gemeinschaft der Gemeinden von Montenegro, die zivilgesellschaftlichen Organisationen *Vereinigung der professionellen Fischer - Bar*, *Vereinigung der professionellen Fischer Südlicher Jadran*, *Nationale Vereinigung der Fischproduzenten von Montenegro*, *Vereinigung der Fischer - Ulcinj*, *Vereinigung der Taucher von Montenegro*, *Vereinigung der Fischer Sidro Bar* und *Vereinigung der professionellen Meeresfischer von Montenegro – Škver*. Diese Arbeitsgruppe wurde im Februar 2013 gegründet und agiert in ihrer aktualisierten Konstellation seit November 2021 (ME4EU 2020e).

Kapitel 14: Verkehrspolitik - Der Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in der Arbeitsgruppe sind beide aus dem Ministerium für Verkehr und Seefahrt, während die Kontaktperson für die Arbeitsgruppe von dem Büro für europäische Integration entsandt wird. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Ministeriums für Verkehr und Seefahrt gehören folgende Institutionen und Organisationen zur Arbeitsgruppe: die Union der freien Gewerkschaften, die Agentur für Zivilluftfahrt, der Arbeitgeber:innenverband, die zivilgesellschaftliche Organisation *Auto-Schulen von Montenegro*, die *Montenegro Business Alliance*, die Wirtschaftskammer von Montenegro, das Innenministerium, die zivilgesellschaftliche Organisation *Union der Seefahrende von Montenegro* und die Fakultät für Maschinenbau von Montenegro. Diese Arbeitsgruppe wurde im April 2013 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit Juli 2021 (ME4EU 2020f).

Kapitel 15: Energie - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe skommen beide aus dem Ministerium für Wirtschaft, während die Kontaktperson für die Arbeitsgruppe von dem Büro für europäische Integration ausgewählt wird. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Ministeriums für Wirtschaft gehören folgende Institutionen und Organisationen zur Arbeitsgruppe: *Montenegrinischer Stromnetzbetreiber* (Crnogorski elektroprenosni sistem AG), der Arbeitgeber:innenverband, die Strombörse GmbH, das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, Montenegro Bonus GmbH, die Elektrotechnische Fakultät, die zivilgesellschaftliche Organisation *PRONA* - Stiftung zur Förderung der Wissenschaft, Montenegrinischer Energieversorger (Elektroprivreda Crne Gore AG), die zivilgesellschaftlichen Organisationen *Grünes Herz* (Zeleno srce) und *Eko-tim*, die Aufsichtsbehörde für Inspektionsangelegenheiten, Montenegrinischer Verteilnetzbetreiber GmbH, Montenegrinischer Betreiber des Elektrizitätsmarktes GmbH, *Montenegro Business Alliance* und die Regulierungsbehörde für Energie. Diese

Arbeitsgruppe wurde im Februar 2013 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit Juli 2021 (ME4EU 2020g; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 16: Steuern - Die Verantwortung für die Entwicklung der Steuerpolitik in Montenegro liegt bei der Regierung und dem Finanzministerium, während die Steuerverwaltung für deren praktische Umsetzung verantwortlich ist. Darüber hinaus sind auch Vertreter:innen der Zentralbank, der Zollbehörde und des zivilen Sektors Mitglieder:innen der Arbeitsgruppe für dieses Verhandlungskapitel. Das *Institut für Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung* (Institut za preduzetništvo i ekonomski razvoj - IPER) ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten. Die Arbeitsgruppe wurde im März 2013 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit September 2021 (ME4EU 2020h; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 17: Wirtschafts- und Währungsunion - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen von der Zentralbank, während die Kontaktperson aus dem Büro für europäische Integration ausgewählt wird. Neben den Vertreter:innen der Zentralbank von Montenegro gehören der Arbeitsgruppe auch Vertreter:innen der folgenden Behörden und Organisationen an: das Finanzministerium, das Büro für europäische Integration, das Amt für Statistik, der Arbeitgeber:innenverband, die Handelskammer, die Kommission für den Kapitalmarkt, die Aufsichtsbehörde für Versicherungen und die Universität Mediteran (ME4EU 2020i; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 18: Statistik - Das Amt für Statistik ist der Hauptträger und Koordinator der Aktivitäten im Rahmen des Verhandlungskapitels 18. Zu dieser Arbeitsgruppe gehören neben dieser Institution auch Vertreter:innen des Finanzministeriums, der Zentralbank, des Zollamts, des Innenministeriums, des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, des Instituts für öffentliche Gesundheit sowie Vertreter:innen des zivilen Sektors und anderer zuständiger staatlicher Institutionen. In dieser Arbeitsgruppe sind Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen *LGBTIQ Soziales Zentrum* (LGBTIQ Socijalni Centar), *LGBT Forum Fortschritt* (LGBT Forum Progres) und *Juventas* vertreten. Die Arbeitsgruppe wurde im April 2013 gegründet und arbeitet in ihrer neuen Zusammensetzung seit Februar 2022 (ME4EU 2020j; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 19: Sozialpolitik und Beschäftigung - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales, während die Kontaktperson aus dem Büro für europäische Integration ausgewählt wird. Neben den Vertreter:innen des Ministeriums für Arbeit und Soziales gehören der Arbeitsgruppe auch

Vertreter:innen des montenegrinischen Parlaments, des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, des Bildungsministeriums, des Verkehrs- und Seefahrtsministeriums, des Ministeriums für Menschen- und Minderheitenrechte, der Agentur für die friedliche Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten, der Inspektionsbehörde, des Büros für europäische Integration, des Arbeitsamts, des Statistikamts, des Arbeitsfonds, des Sozialrats, des Gewerkschaftsbunds, des Verbands der freien Gewerkschaften, des Arbeitgeber:innenverbands, der Handelskammer, sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen wie die *Vereinigung für demokratischen Wohlstand* (Asocijacija za demokratski prosperitet - ZID), *Juventas*, *Eltern* (Roditelji) und die *Vereinigung der jungen Menschen mit Behinderungen* (Udruženja mladih sa hendikepom) angehören. Diese Arbeitsgruppe wurde in Dezember 2012 gegründet (ME4EU 2020k; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 20: Unternehmens- und Industriepolitik - Die Verhandlungsführer:in und die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen aus dem Wirtschaftsministerium als der maßgeblichen Institution in diesem Kapitel. Die Kontaktperson für diese Arbeitsgruppe wird von dem Büro für europäische Integration benannt. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Wirtschaftsministeriums gehören der Arbeitsgruppe auch Vertreter:innen folgender Institutionen, Verbände und des zivilen Sektors an: das Ministerium für Wissenschaft, das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, das Finanzministerium, der Gewerkschaftsbund von Montenegro, der Investitions- und Entwicklungs-Fonds, die Wirtschaftskammer, die Wirtschaftsfakultät der Universität von Montenegro, das Landwirtschafts- und ländliche Entwicklungsministerium, der Gewerkschaftsdachverband, das Verkehrs- und Seefahrtsministerium, die Ingenieur:innenkammer, der Arbeitgeber:innenverband, das Ministerium für Arbeit und Soziales, das Institut für Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung, das Verteidigungsministerium, das Statistikamt, die Zentralbank von Montenegro, das montenegrinische Parlament, die Montenegro Business Alliance und das Gesundheitsministerium, sowie die zivilgesellschaftliche Organisation *Institut für Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung* (Institut za preduzetništvo i ekonomski razvoj – IPER). Diese Arbeitsgruppe wurde im Jahr 2012 gegründet (ME4EU 2020m; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 21: Transeuropäisches Verkehrsnetz - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe kommen aus dem Ministerium für Verkehr und Seefahrt, während die Kontaktperson für dieses Kapitel von dem Büro für europäische Integration benannt wird. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Ministeriums für Verkehr und Seefahrt

gehören der Arbeitsgruppe auch Vertreter:innen des Wirtschaftsministeriums, die zivilgesellschaftliche Organisation *Zentrum für europäische Bildung* (Centar za evropsko obrazovanje), der Eisenbahndirektion und des Unternehmens Monteput an. Die Arbeitsgruppe für dieses Kapitel wurde im April 2013 gegründet und arbeitet seit Juli 2021 in neuer Besetzung (ME4EU 2020n).

Kapitel 22: Regionalpolitik und Koordination der strukturpolitischen Instrumente - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in der Arbeitsgruppe kommen aus dem Büro für europäische Integration, aus dem auch die Kontaktperson für diese Arbeitsgruppe ausgewählt wird. Zusätzlich zu den Vertreter:innenn des Büros für europäische Integration gehören der Arbeitsgruppe auch Vertreter:innen des Finanzministeriums, des Ministeriums für Verkehr und Seefahrt, des Gemeindeverbandes, des Arbeitgeber:innenverbandes, des Büros der Vizepräsident:inn der Regierung für regionale Entwicklung, die zivilgesellschaftlichen Organisationen *Europäische Entwicklungsgruppe* (Evropska razvojna grupa), und *Vereinigung für demokratischen Wohlstand* (Asocijacija za demokratski prosperitet - ZID), des Investitions- und Entwicklungs-Fonds, des Wirtschaftsministeriums, des Landwirtschafts- und ländlichen Entwicklungsministeriums, des Statistikamts, des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, des Arbeitsamts, des Sekretariats für Entwicklungsprojekte, der Revisionsbehörde, des Ministeriums für Arbeit und Soziales sowie der Behörde für öffentliche Arbeiten an. Diese Arbeitsgruppe wurde im Juli 2012 gegründet (ME4EU 2020o; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 23: Justiz und Grundrechte - Die Regierung hat am 26. Juli 2018 einen Beschluss zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen über den Beitritt Montenegros zur Europäischen Union im Bereich des EU-Rechtskapitels 23 - Justiz und Grundrechte gefasst. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe wurde später durch einen Beschluss zur Änderung und Ergänzung des Beschlusses zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen über den Beitritt Montenegros zur Europäischen Union im Bereich des EU-Rechtskapitels 23 - Justiz und Grundrecht geändert, der in der Sitzung der Regierung vom 25. Oktober 2018 verabschiedet wurde. Die Arbeitsgruppe für Kapitel 23 besteht aus 47 Mitglieder:innen, 39 aus staatlichen Institutionen und acht aus dem breiteren zivilen Sektor. Die staatlichen Institutionen, die an der Arbeitsgruppe teilnehmen, sind: das Justizministerium, die Agentur zur Bekämpfung der Korruption, der Justizrat, das Kulturministerium, das Büro des stellvertretenden Ministerpräsident:in von Montenegro für das politische System, die innen- und außenpolitische Politik, das Ausbildungszentrum für

Richter und Staatsanwälte, der Oberste Gerichtshof, das Finanzministerium, der Ombudsmann für Menschenrechte und Freiheiten, das Gesundheitsministerium, das Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte, das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, die Datenschutz- und Informationsfreiheitsagentur, das Ministerium für Arbeit und Soziales, das Ministerium für öffentliche Verwaltung, das Bildungsministerium, das montenegrinische Parlament, das Innenministerium, die Polizeibehörde, die Behörde für öffentliche Beschaffung, der Staatsanwaltsrat, das Büro für europäische Integration, die Staatsanwaltschaft, die Sonderstaatsanwaltschaft und die Richter:innenverband. Die Mitglieder:innen der Arbeitsgruppe vertreten folgende zivilgesellschaftliche Organisationen: das *Zentrum für die Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen* (Centar za razvoj nevladinih organizacija - CRNVO), das *Zentrum für zivile Bildung* (Centar za gradjansko obrazovanje - CGO), das Institut Alternativa, das *Zentrum für Monitoring und Forschung* (Centar za monitoring istraživanje - CEMI), das Zentrum für Frauenrechte, das *Politikon Netzwerk* (Politikon Mreža), das Netzwerk zur Förderung des Nichtregierungssektors (Mreža za afirmaciju nevladinog sektora - MANS), *Zentrum für Demokratie und Menschenrechte* (Centar za demokratiju i ljudska prava - CEDEM) und Bürger:innenvereinigung (Gradjanska alijansa) und Aktion für Menschenrechte (Akcija za ljudska prava). Diese Arbeitsgruppe wurde im Jahr 2012 gegründet und arbeitet seit Juli 2021 in neuer Besetzung (ME4EU 2020p; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 24: Recht, Freiheit und Sicherheit - Die Regierung hat am 26. Juli 2018 einen Beschluss zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen über den Beitritt Montenegros zur Europäischen Union im Bereich des EU-Rechtskapitels 24 - Justiz, Freiheit und Sicherheit gefasst. Aufgrund organisatorischer und personeller Veränderungen wurde die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe geändert. Am 19. September 2019 hat die Regierung einen Beschluss zur Änderung des Beschlusses zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen über den Beitritt Montenegros zur Europäischen Union im Bereich des EU-Rechtskapitels 24 - Justiz, Freiheit und Sicherheit gefasst. Aktuell besteht die Arbeitsgruppe aus 32 Mitglieder:innen, darunter 28 Mitglieder:innen aus dem staatlichen Sektor und vier Vertreter:innen des zivilen Sektors. Die staatlichen Institutionen, die an der Arbeitsgruppe teilnehmen, sind: das Innenministerium, das Justizministerium, die Polizeibehörde, die Sonderstaatsanwaltschaft, die Oberstaatsanwaltschaft, das Berufungsgericht, das Gesundheitsministerium, das Außenministerium, der Sektor zur Bekämpfung von

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, das Büro für europäische Integration, die Zollbehörde, die Behörde für Eigentum und die öffentliche Hochschule *Polizeiakademie*. Die Vertreter:innen des zivilen Sektors kommen von den folgenden zivilgesellschaftlichen Organisationen: *Soziologisches Zentrum von Montenegro* (Sociološki centar Crne Gore - SOCen), Institut Alternativa, Juventas und Bürger:innenvereinigung (Gradjanska alijansa). Diese Arbeitsgruppe wurde im Jahr 2012 gegründet und arbeitet seit September 2022 in neuer Besetzung (ME4EU 2020q; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 25: Wissenschaft und Forschung - Die Institutionen und Organisationen, die an der Arbeit dieser Arbeitsgruppe teilnehmen, sind das Ministerium für Wissenschaft, das Büro für europäische Integration, das Statistikamt von Montenegro, der parlamentarische Ausschuss für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport, die Universität von Montenegro, die Universität Donja Gorica, die Universität Mediteran, der Arbeitgeber:innenverband, das Klinische Zentrum, das Zentrum für ökotoxikologische Forschung, die Handelskammer, die zivilgesellschaftliche Organisation *Zentrum für Hellenische Studien*, die zivilgesellschaftliche Organisation PRONA - Stiftung zur Förderung der Wissenschaft, die zivilgesellschaftliche Organisation *Zentrum für bürgerliche Bildung und Entwicklung von Vranj*. Diese Arbeitsgruppe wurde im Juli 2012 gegründet und arbeitet seit 2021 in neuer Besetzung (Razvoj Vranj) (ME4EU 2020r; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 26: Bildung und Kultur - Das Bildungsministerium in Montenegro plant, setzt um und überprüft Bildungspolitik in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren wie Ministerien, NGOs und anderen Institutionen, einschließlich Hochschulbildungskontrollagentur, Nationalem Bildungsrat, Rat für Hochschulbildung, Qualifikationsrat, Ausschuss für allgemeine Bildung, Ausschuss für berufliche Bildung, Ausschuss für Erwachsenenbildung, Zentrum für berufliche Bildung, Prüfungszentrum für Verlagswesen und Lehrmittel sowie die Verwaltung für Jugendliche. Das Kulturministerium gestaltet und setzt Kulturpolitik um, basierend auf dem nationalen Entwicklungsprogramm für Kultur 2016-2020, das EU-, UN-, UNESCO- und Europaratsrichtlinien berücksichtigt. Ein Nationaler Kulturrat überwacht spezifische Kulturbereiche und unterstützt die Entwicklung und Umsetzung von Kulturgesetzen. Zusätzlich zu den bereits genannten Ministerien gehören zur Arbeitsgruppe auch Vertreter:innen des Büros für europäische Integration, des Prüfungszentrums von Montenegro, des Arbeitsamts, des Schulamts, des Ausschusses für europäische Integration im montenegrinischen Parlament, des Arbeitgeber:innenverbandes, der Handelskammer, des Bildungsgewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsbundes, der Universität von Montenegro, der Universität Donja Gorica, der Universität Mediteran, des

Studierendenparlaments der Universität von Montenegro, des Nationalmuseums, der Zentralen Nationalbibliothek *Djurdje Crnojević*, des Zentrums für zeitgenössische Kunst, des montenegrinischen Filmarchivs, der zivilgesellschaftlichen Organisationen *Zentrum für demokratischen Übergang* (Centar za demokratsku transiciju – CDT), Rotes Kreuz Cetinje, Montenegrinische Literarische Gesellschaft, Zentrum für zivile Bildung (Centar za gradjansko obrazovanje – CGO), Toleranz (Tolerancija) und Eltern (Roditelji). Diese Arbeitsgruppe wurde im Juli 2012 gegründet und arbeitet seit 2021 in neuer Besetzung (ME4EU 2020s; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 27: Umwelt - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in der Arbeitsgruppe kommen aus dem Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, während die Kontaktperson für die Arbeitsgruppe 27 aus dem Büro für europäische Integration ausgewählt wird. Zusätzlich zu den Vertreter:innen des Ministeriums für nachhaltige Entwicklung und Tourismus gehören zu den Mitglieder:innen der Arbeitsgruppe Vertreter:innen der folgenden Behörden und Organisationen: Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Ministerium für Gesundheit, Ministerium für Finanzen, Ministerium für innere Angelegenheiten, Agentur für Naturschutz und Umwelt, Inspektionsbehörde, Gemeindeverbände, Zentrum für ökotoxikologische Studien LLC, Arbeitgeber:innenverband, Montenegro Business Alliance, Free Trade Union Confederation of Montenegro, Universität von Montenegro, Universität Mediteran, Universität Donja Gorica, die zivilgesellschaftlichen Organisationen *Nordland* (Sjeverna zemlja), *Grünes Zuhause* (Zeleni dom), *Grünes Herz* (Zeleno srce), *Dinarische Parks - Netzwerk geschützter Gebiete der Dinariden* (Parkovi Dinarida - mreža zaštićenih područja Dinarida) und Tauchclub *Team Haie* (Tim Ajkula). Diese Arbeitsgruppe wurde im Januar 2013 gegründet und arbeitet seit 2021 in neuer Besetzung (ME4EU 2020t; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 28: Verbraucher- und Gesundheitsschutz - In der Arbeit der Arbeitsgruppe für dieses Kapitel nehmen folgende Institutionen teil: das Amt für europäische Integration, das Ministerium für Wirtschaft, das Ministerium für Gesundheit, das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, das Ministerium für Verkehr und Seeschifffahrt, das Ministerium für öffentliche Verwaltung, die Inspektionsbehörde, das Institut für öffentliche Gesundheit, der Gesundheitsversicherungsfonds, die Zentralbank von Montenegro, die Aufsichtsbehörde für Versicherungen, die Agentur für elektronische Kommunikation und Postdienste, die Regulierungsbehörde für Energie, der Arbeitgeber:innenverband, der Gewerkschaftsbund,

die Wirtschaftskammer, die Universität von Montenegro, die Gemeindevereinigung, die zivilgesellschaftlichen Organisationen *Zentrum für Verbraucherschutz* (Centar za zaštitu potrošača - CEZAP), PRONA, *Zentrum für bürgerliche Bildung* (Centar za gradjansko obrazovanje CGO) und Juventas. Diese Arbeitsgruppe wurde im Jänner 2013 gegründet und arbeitet seit September 2021 in neuer Besetzung (ME4EU 2020u; Vlada Crne Gore 2022a).

Kapitel 29: Zollunion - Das Zollamt ist der Hauptträger und Koordinator der Aktivitäten im Rahmen dieses Verhandlungskapitels. Neben dieser Institution gehören der Arbeitsgruppe 29 auch Vertreter:innen des Finanzministeriums, des Gesundheitsministeriums, des Landwirtschafts- und ländlichen Entwicklungsministeriums, des Kulturministeriums sowie Vertreter:innen des zivilen Sektors und anderer zuständiger staatlicher Institutionen an. Diese Arbeitsgruppe wurde im April 2013 gegründet und arbeitet seit Februar 2022 in neuer Besetzung (ME4EU 2020v).

Kapitel 30: Beziehungen nach Außen – Die Institutionen, die an den Aktivitäten innerhalb dieser Arbeitsgruppe teilnehmen, sind das Ministerium für Wirtschaft, das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, das Innenministerium, das Ministerium für Verkehr und Seeschifffahrt, das Finanzministerium, das Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, das Ministerium für Arbeit und Soziales, das Amt für europäische Integration, die Zollverwaltung, der Investitions- und Entwicklungs-Fonds, das Statistikamt, die Zentralbank von Montenegro, die Universität Donja Gorica und die Wirtschaftskammer. Diese Arbeitsgruppe wurde im April 2013 gegründet (ME4EU 2020x).

Kapitel 31: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe wurden vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ernannt, während die Kontaktperson in der Stabsstelle für europäische Integration tätig ist. Neben den Vertreter:innen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten gehören der Arbeitsgruppe Vertreter:innen folgender Behörden und Organisationen an: dem Büro der Premierminister:in, dem Büro der Präsident:in, dem Amt für europäische Integration, dem Verteidigungsministerium, dem Justizministerium, dem Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Tourismus, dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Finanzministerium, dem Parlament von Montenegro, der Direktion für den Schutz geheimer Daten, der Agentur für nationale Sicherheit, der Polizeibehörde, der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (innerhalb der Polizeibehörde seit 2019), der Universität von Montenegro, der Universität Mediteran und der Universität Donja Gorica. Außerdem sind

zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten, darunter der *Atlantische Rat von Montenegro* (Atlanski savez Crne Gore), das *Zentrum für Europabildung* (Centar za evropsko obrazovanje), das *Zentrum für Demokratie und Menschenrechte* (Centar za demokratiju i ljudska prava) sowie die *Europäische Bewegung in Montenegro* (Evropski pokret u Crnoj Gori - EMIM). Diese Arbeitsgruppe wurde im April 2013 gegründet (ME4EU 2020y).

Kapitel 32: Finanzkontrolle – Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe werden vom Finanzministerium ernannt, während die Kontaktperson für die aus dem Büro für europäische Integration ausgewählt wird. Neben den Vertreter:innen des Finanzministeriums gehören der Arbeitsgruppe auch Vertreter:innen folgender Behörden und Organisationen an: der Zentralbank, der staatlichen Rechnungsprüfungsinstitution, dem Parlament von Montenegro, dem Büro für europäische Integration sowie dem zivilgesellschaftlichen Organisation *Institut Alternativa*, dem Arbeitgeber:innenverband, der Universität Donja Gorica und der Universität von Montenegro sowie der Universität Mediteran. Diese Arbeitsgruppe wurde im April 2013 gegründet und arbeitet seit März 2022 in neuer Besetzung (ME4EU 2020z).

Kapitel 33: Finanz- und Haushaltsbestimmungen - Die Verhandlungsführer:in sowie die Leiter:in dieser Arbeitsgruppe werden vom Finanzministerium ernannt, während die Kontaktperson aus dem Büro für europäische Integration ausgewählt wird. Neben den Vertreter:innen des Finanzministeriums gehören der Arbeitsgruppe auch Vertreter:innen folgender Behörden und Organisationen an: der Zollverwaltung, der Steuerverwaltung, dem Zollamt Kotor, der Wirtschaftsfakultät der Universität von Montenegro, der Universität Mediteran, der Universität Donja Gorica, der Zentralbank, der Statistikbehörde, dem Büro für europäische Integration sowie dem Gewerkschaftsbund. Diese Gruppe wurde im April 2013 gegründet und arbeitet seit September 2021 in neuer Besetzung (ME4EU 2020aa).

Die Voraussetzungen für die Auswahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Arbeitsgruppen werden in einer Reihe von Dokumenten (*Uputstvo o kriterijumima i postupku izbora predstavnika nevladinih organizacija u radna i druga tijela Ministarstva[...] - Anleitung zu den Kriterien und Verfahren für die Auswahl von Vertreter:innen nichtstaatlicher Organisationen in Arbeits- und andere Gremien des Ministeriums [...]*) ausführlich geregelt, die von der Regierung von Montenegro herausgegeben werden (Vlada Crne Gore). Im Rahmen dieser Dokumente sind bestimmte grundlegende Voraussetzungen festgelegt worden, die für die Auswahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen gelten. Erstens sollten

zivilgesellschaftliche Organisationen, die in den Arbeitsgruppen vertreten sein möchten, von anerkannten zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgeschlagen werden. Dies gewährleistet, dass sie die Interessen und Fachkenntnisse dieser Organisationen effektiv repräsentieren können. Zweitens ist der Wohnsitz in Montenegro eine unabdingbare Voraussetzung für die Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Drittens müssen die ausgewählten Vertreter:innen nachweisbare Expertise im relevanten Bereich vorweisen können. Schließlich dürfen die Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen keine aktive Mitgliedschaft in politischen Parteien haben und dürfen auch nicht als Beamte oder Staatsangestellte tätig sein, um Unabhängigkeit und Neutralität sicherzustellen.

Der obige Abschnitt betont die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung in den Verhandlungskapiteln, da er sich darauf konzentriert, zu überprüfen, ob diese Kooperation in der Praxis wie geplant funktioniert. Die Analyse zielt insbesondere darauf ab, die tatsächliche Effektivität dieser partnerschaftlichen Bemühungen zu bewerten und wie sie zur Erreichung gemeinsamer Ziele beitragen.

4 Zivilgesellschaft in der Europäisierungsphase

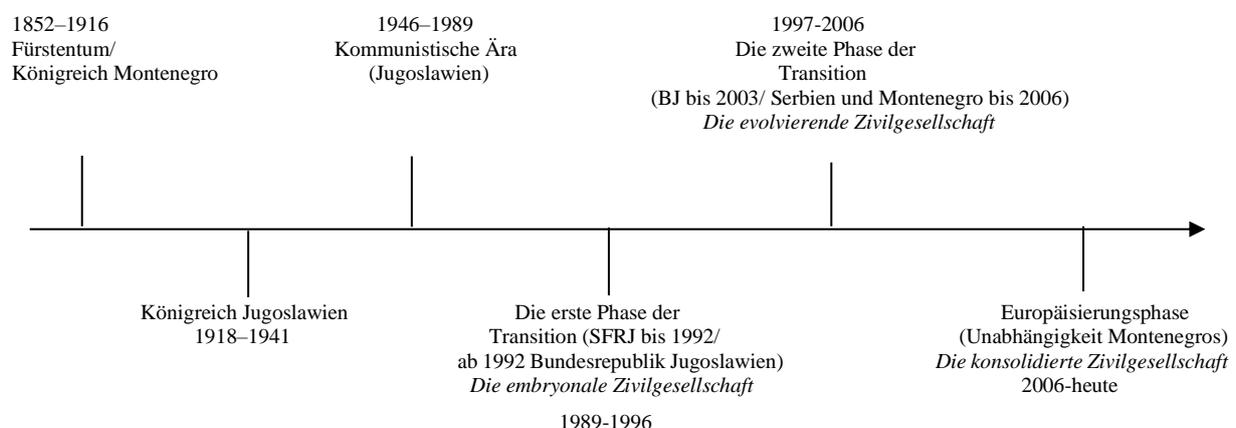
Mit dem Beginn der Europäisierung hat der Weg Montenegros zur EU-Mitgliedschaft eine Entwicklung erfahren, die maßgeblich von kontinuierlicher Überwachung und Unterstützung seitens des montenegrinischen Zivilektors geprägt war. Dieser Prozess begann vor der offiziellen Einladung zur Mitgliedschaft und umfasste verschiedene Phasen der europäischen Integration und allgemeinen Reformen. Eine entscheidende Phase in dieser Entwicklung war die Stärkung der Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung. Hierbei spielte die Gründung des *Nationalen Konvents für Europäische Integration* (NCEI) eine wichtige Rolle. Dieser Konvent war von den Erfahrungen anderer Länder inspiriert, insbesondere von der Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Slowakei während der frühen Phasen ihrer EU-Mitgliedschaft. Das ursprüngliche Konzept des NCEI bestand darin, ein institutionalisiertes Forum zu schaffen, in dem Vertreter:innen der Regierung, des Parlaments, nichtstaatlicher Organisationen und der Wirtschaft zusammenkamen, um Empfehlungen zu diskutieren und zu verabschieden, die in die nationalen Standpunkte bezüglich EU-relevanter Angelegenheiten einfließen (Wunsch 2018, S. 80-81).

Die zivilgesellschaftliche Organisation *Europäische Bewegung in Montenegro* (Evropski pokret u Crnoj Gori - EMIM) spielte eine führende Rolle bei der Integration des Zivilektors in die offiziellen Arbeitsgruppen, die für den Verhandlungsprozess eingerichtet wurden. Dies führte dazu, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in sämtlichen relevanten Regierungsdokumenten im Zusammenhang mit den Verhandlungen offiziell anerkannt wurden. Dies war ein bedeutender Schritt, da es das erste Mal war, dass ein EU-Beitrittskandidat zivilgesellschaftliche Vertreter:innen in die Verhandlungsgremien einbezog. Durch die Beteiligung von mehr als 300 Vertreter:innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Regierungsgruppen für Verhandlungen konnte Montenegro von deren Fachwissen und Erfahrungen profitieren, was die Gesamtleistung des Landes in den Verhandlungen verbesserte (Marjanović Rudan et.al 2016, S. 58-59). Parallel dazu initiierte EMIM im Jahr 2011 die Schaffung der Plattform namens *Nationale Konvention zur europäischen Integration Montenegros*, die auf Erfahrungen aus der Slowakei zurückgriff und Unterstützung von verschiedenen Partnern erhielt. Diese Plattform brachte Expert:innen und Aktivist:innen aus dem öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich zusammen, um Fragen zur europäischen Integration und Reformen zu diskutieren und Empfehlungen für öffentliche Institutionen zu erarbeiten.

Aufgrund des Erfolgs auf nationaler Ebene entwickelte sich die Nationale Konvention zu einer regionalen Plattform, die die Grenzen Montenegros überstieg. Zusammen mit anderen europäischen Bewegungen und Partner:innen in der Region schuf EMIM im Jahr 2014 die Regionale Konvention zur europäischen Integration des Westbalkans. Diese Plattform hatte das Ziel, Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen in der gesamten Region zusammenzubringen und förderte die regionale Zusammenarbeit (Wunsch 2018, S.81; Marjanović Rudan et.al 2016, S.58-59). Die regionale Plattform gewann an Bedeutung und hat alle Länder des Westbalkans einbezogen. Eine der herausragenden Errungenschaften dieser Plattform war die Teilnahme aller sechs Außenminister:innen des Westbalkans an Seminaren und einer regionalen Konferenz. Diese Beispiele unterstreichen den Willen zur regionalen Zusammenarbeit und die Bedeutung der Beteiligung sowohl von Regierungsvertreter:innen als auch von Vertreter:innen der Zivilgesellschaft (Marjanović Rudan et.al 2016, S.58-59). Es bleibt jedoch eine Herausforderung, die genaue Anzahl der beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Arbeitsgruppen zu ermitteln, da sich diese kontinuierlich verändern und anpassen.

Basierend auf der Entwicklung und Bedeutung der Zivilgesellschaft in der ersten und zweiten Phase der Transition lässt sich mit Sicherheit sagen, dass in der Phase der Europäisierung eine konsolidierte Zivilgesellschaft im Fokus steht. Der Begriff *konsolidierte Zivilgesellschaft* wird verwendet, da er die Entwicklung und den Beitrag der Zivilgesellschaft zur europäischen Integration in einem kohärenten Kontext betrachtet. In diesem Zusammenhang ist zu erkennen,

Abbildung 15: Von der Entwicklung zur der konsolidierten Zivilgesellschaft



Quelle: Eigene Darstellung

wie die Zivilgesellschaft während der Phase der Europäisierung eine zentrale Rolle spielt und sich zu einer stabilen und einflussreichen Kraft entwickelt hat.

Um die gezielten Ergebnisse zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, die folgenden Punkte systematisch zu analysieren und zu behandeln. Das Ziel dieses Kapitels besteht darin, einen umfassenden Überblick über den gesetzlichen Rahmen der Zivilgesellschaft, die Handlungsfelder, die Finanzierung, die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung, die Transparenz, die Funktion sowie deren Beziehung zu EU-Institutionen zu bieten.

4.1 Gesetzlicher Rahmen der Zivilgesellschaft

In Montenegro hat sich im Verlauf der Geschichte die Entwicklung der Zivilgesellschaft und philanthropischer Aktivitäten verändert, beeinflusst durch verschiedene rechtliche Rahmenbedingungen. Bis zum 19. Jahrhundert war Philanthropie in dieser Region sehr ungewöhnlich und wurde hauptsächlich von persönlichen und religiösen Motiven getrieben (Papović 2009, S. 67). Das zeigt sich in den Bestimmungen des *Allgemeinen Eigentumsgesetzbuchs für das Fürstentum Montenegro* aus dem Jahr 1888 wider, das sich im elften Abschnitt mit Stiftungen (*zadužbina*) beschäftigte. Zu dieser Zeit hatten viele Stiftungen in Montenegro eine religiöse Ausrichtung, was bedeutet, dass sie häufig für religiöse Zwecke oder Ziele gegründet wurden. Dies war ein gemeinsames Merkmal unter den verschiedenen Stiftungen, die in dieser Periode entstanden sind (Miković 2003, S.6). Dieses Gesetzbuch enthielt klare Regelungen für eine Vielzahl von Fragen, von der Erlaubnis zur Gründung von Stiftungen bis hin zur Umstrukturierung und Auflösung dieser Organisationen. Es führte auch ein Konzessionssystem ein, das die Genehmigung der Gründung von Stiftungen durch staatliche Behörden und die Fürst:in vorsah (Miladinović 1998/1999, S. 178). Trotz dieser umfangreichen Regelungen fehlte im Allgemeinen Eigentumsgesetzbuch eine genaue Definition von Stiftungen, was Raum für Interpretationen und Diskussionen ließ. Darüber hinaus enthielt die Verfassung des Fürstentums Montenegro von 1905 spezielle Bestimmungen für Stiftungen, die insbesondere die obligatorische Zustimmung staatlicher Behörden für die Gründung von Stiftungen mit kirchlichen und Bildungszielen vorsah (Miladinović 1998/1999, S. 179).

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen im Königreich Jugoslawien wurden Stiftungen durch Gesetze und Verordnungen einheitlich reguliert (Miladinović 2002, S. 99; Bežovan 2003). Dies änderte sich jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg, als viele Stiftungen aufgrund von Enteignungen und Verstaatlichungen an Einfluss und Vermögen verloren. Trotz dieser Herausforderungen enthielt das Erbrechtsgesetz von 1955 Bestimmungen zur Gründung von Stiftungen, die den Willen des Erblassers und die Genehmigung staatlicher Behörden betrafen (Službeni list FNRJ, 20/55; Službeni list SFRJ, 12/65). Im Jahr 1971 wurde in Montenegro das Gesetz über Bürger:innenvereine eingeführt, welches die Gründung einer spezifischen Art von Bürger:innenvereinen ermöglichte und von mindestens 10 erwachsene Bürger:innen initiiert werden konnte. Die Weiterentwicklung erfolgte 1984 mit der Einführung des Gesetzes über *Bürger:innenvereine und soziale Organisationen*. Dieses brachte eine neue Kategorie von Bürger:innenorganisationen hervor, nämlich die sozialen Organisationen. Obwohl diese zivilgesellschaftlichen Gruppen finanzielle Unterstützung vom Staat erhielten und organisatorische Autonomie genossen, waren sie zugleich bestimmten Beschränkungen unterworfen, wenn es um die freie Äußerung ihrer politischen Ansichten ging. Im Jahr 1990 trat das *Gesetz über die Vereinigung von Bürger:innen* in Kraft, welches ein drittes Modell für die politische Organisation von Bürger:innen einführt und die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung politischer Parteien schuf (Vujović 2017, S. 249).

Ein bedeutender Meilenstein war das Jahr 1999, als das erste *Gesetz über Nichtregierungsorganisationen* verabschiedet wurde, welches die rechtliche Grundlage für diese Organisationen etablierte. Bis zum Jahr 2004 wurde auch ein Gesetz über politische Parteien eingeführt, das die Regulierung politischer Aktivitäten im Allgemeinen umfasste (Vujović 2017, S. 249). Das aktuelle *Gesetz über Nichtregierungsorganisationen* (Službeni list CG, 39/11), welches 2011 angenommen wurde, differenziert zwischen zwei Arten von Organisationen: nichtstaatliche Vereinigungen (Nevladino udruženje) und Nichtregierungsstiftungen (Nevladina fondacija). Nichtstaatliche Vereinigungen repräsentieren freiwillige, gemeinnützige Organisationen mit einer festen Mitgliedschaft. Diese werden auf Initiative von inländischen und/oder ausländischen Einzelpersonen und/oder Unternehmen ins Leben gerufen, um spezifische gemeinsame oder allgemeine Ziele und Interessen zu verfolgen. Im Gegensatz dazu stellt eine Nichtregierungsstiftung eine freiwillige gemeinnützige Organisation dar, die bewusst ohne festgelegte Mitgliederstruktur konzipiert ist. Diese wird von inländischen oder ausländischen Einzelpersonen oder juristischen Personen, mit oder ohne anfängliches Vermögen, ins Leben gerufen. Ihr Zweck besteht ebenfalls darin, allgemeine Ziele und Interessen zu verfolgen. Zusätzlich dazu haben auch ausländische

Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit, gemäß dem Gesetz über Nichtregierungsorganisationen auf dem Territorium von Montenegro aktiv zu werden. Dabei können sie Ziele und Interessen verfolgen, die weder durch die Verfassung noch durch lokale Gesetze untersagt sind. Die Gesetzgebung definiert eine ausländische Organisation als Nichtregierungsorganisation mit Rechtspersönlichkeit, die ihren Hauptsitz in einem anderen Land hat und gemäß den Vorschriften von Montenegro gegründet wurde, um gemeinsame oder allgemeine Ziele und Interessen zu realisieren (Službeni list CG, 39/11).

Die Gründung einer zivilgesellschaftlichen Organisation wird gemäß dem Gesetz über Nichtregierungsorganisationen (Službeni list CG, 39/11) vorgeschrieben. Nichtstaatliche Vereinigungen können von mindestens drei Personen ins Leben gerufen werden, wobei eine dieser Personen ihren Wohnsitz und Aufenthalt in Montenegro haben muss. Interessanterweise gestattet das Gesetz auch die Gründung durch eine minderjährige Person ab einem Alter von 14 Jahren, sofern die Zustimmung des gesetzlichen Vertreter:in vorliegt. Die Gründungsurkunde einer nichtstaatlichen Vereinigung ist mit spezifischen Informationen zu versehen. Hierzu gehören Angaben über die Gründer:in, darunter der Vor- und Nachname, die eindeutige Identifikationsnummer sowie im Falle eine:r ausländischen Gründer:in die Passnummer und der Ausstellungsstaat des Reisepasses. Sofern die Gründer:in eine juristische Person ist, sind auch die Steueridentifikationsnummer und das Siegel dieser juristischen Person anzugeben. Ebenso sind die Unterschriften der Gründer:in beziehungsweise des bevollmächtigten Vertreter:in in der juristischen Person erforderlich. Des Weiteren müssen Informationen über die Nichtregierungsorganisation selbst in der Gründungsurkunde vermerkt werden. Hierzu zählen der Name der Organisation, ihre Adresse und der Sitz, sowie ihre definierten Ziele und Tätigkeiten. Darüber hinaus sind die persönlichen Daten, die eindeutige Identifikationsnummer, die Adresse und die Unterschrift der Person, die zur Vertretung der Organisation bevollmächtigt ist, anzugeben. Im Falle einer ausländischen Staatsbürgerschaft dieser Person sind auch der Vor- und Nachname, die Passnummer und der Ausstellungsstaat des Reisepasses, einschließlich ihrer Unterschrift, zu dokumentieren.

Auch die Gründung einer Nichtregierungsstiftung ist gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über Nichtregierungsorganisationen (Službeni list CG, 39/11) möglich. Dabei kann eine Nichtregierungsstiftung von einer oder mehreren Personen unabhängig von deren Wohnsitz oder Aufenthalt in Montenegro ins Leben gerufen werden. Bei Gründung durch mehrere Personen werden die Rechte gemeinschaftlich ausgeübt, es sei denn, die Satzung sieht eine abweichende Regelung vor. Alternativ kann eine Nichtregierungsstiftung auch mittels eines Testaments gegründet werden. Der Gründungsakt einer Nichtregierungsstiftung umfasst

Informationen über die Gründer:inn sowie Angaben zu Präsident:in und Mitglieder:innen des Verwaltungsrats. Zusätzlich werden Informationen über das Anfangsvermögen der Nichtregierungsstiftung aufgeführt, sofern vorhanden. Im Falle einer testamentarischen Gründung müssen im Testament Details zu den Gründer:innen, den Zielen und Aktivitäten der Stiftung sowie Angaben zur autorisierten Person für alle erforderlichen Maßnahmen zur Gründung und Eintragung in das Register enthalten sein. Die Satzung einer Nichtregierungsstiftung regelt ähnliche Fragen wie die Satzung eines Vereins. Die Organe der Stiftung umfassen den Verwaltungsrat als Leitungsorgan und die bevollmächtigte Person zur Vertretung (Direktor:in, Präsident:in usw.). Es besteht die Möglichkeit, in der Satzung weitere Organe der Stiftung vorzusehen. Ein Mitglied des Verwaltungsrats kann nicht gleichzeitig Mitglied anderer Stiftungsorgane sein. Die Satzung kann auch eine alternative Bezeichnung für das Leitungsorgan der Stiftung festlegen sowie besondere Rechte der Gründer:in und Fragen zum Anfangsvermögen der Stiftung regeln, sofern vorhanden. Für die Eintragung in das Register ist neben der Anmeldung die Vorlage des Gründungsakts bzw. des Testaments (bei testamentarischer Gründung), des Protokolls der Gründungssitzung des Verwaltungsrats und der Satzung erforderlich. Das Ministerium für öffentliche Verwaltung hat binnen 20 Tagen nach Einreichung einer vollständigen Anmeldung die Eintragung vorzunehmen und einen entsprechenden Beschluss zu erlassen. Bei Mängeln in der Anmeldung erfolgt eine Mitteilung an den Antragsteller mit angemessener Frist zur Korrektur gemäß den Regeln des Verwaltungsverfahrens.

Ausländische Organisationen müssen ihre Niederlassung beim Ministerium registrieren lassen. Es ist zu beachten, dass die Niederlassung einer ausländischen Organisation keine eigenständige Rechtspersönlichkeit besitzt. Die Registrierung erfolgt durch die Einreichung einer Anmeldung, die die folgenden Informationen enthalten muss: einen Nachweis über die rechtliche Existenz der Organisation im Land ihres Hauptsitzes, einen Auszug aus der Gründungsurkunde oder Satzung, der die formulierten Ziele der ausländischen Organisation dokumentiert, Angaben zum Namen und zur Adresse der bevollmächtigten Person, die die Niederlassung der ausländischen Organisation in Montenegro repräsentiert, sowie Informationen über den Standort der Niederlassung auf dem Territorium von Montenegro (Službeni list CG, 39/11).

Das Gesetz über Nichtregierungsorganisationen regelt auch den Prozess der Löschung aus dem Register. Die Löschung kann erfolgen aufgrund des Ablaufs des Gründungszeitraums, der Entscheidung zur Einstellung der Tätigkeit, eines Verbots, des Abschlusses des Insolvenzverfahrens oder der freiwilligen Liquidation. Die Organisation muss dabei bestimmte

Unterlagen vorlegen, darunter Protokolle, Abschlüsse und Nachweise über beglichene Verbindlichkeiten. Das Gesetz sieht ebenfalls vor, dass eine Organisation auf Antrag eines Mitglieds gelöscht wird, wenn die Mitgliederzahl unter das gesetzliche Minimum fällt und innerhalb eines Jahres keine neuen Mitglieder:innen aufgenommen werden. Für ausländische Organisationen erfolgt die Löschung durch einen Beschluss der zuständigen Behörde oder durch Ablauf des Gründungszeitraums, wobei auch hier bestimmte Dokumente eingereicht werden müssen (Službeni list CG, 39/11).

Die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind öffentlich einsehbar, wobei die Transparenz durch die Bestimmungen der individuellen Satzung der jeweiligen Organisation geregelt wird. Es ist zu betonen, dass die Transparenz nicht explizit durch das Gesetz über Nichtregierungsorganisationen vorgeschrieben ist, sondern vielmehr durch die internen Regelungen und Prinzipien, die in der Satzung der jeweiligen Organisation festgelegt sind.

Im Jahr 2017 wurden erhebliche Änderungen am Gesetz über Nichtregierungsorganisationen eingeführt, um in erster Linie die Finanzierung des rechtlichen Rahmens durch staatliche Mittel zu optimieren und die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung zu stärken. Diese Modifikationen traten im Januar 2018 in Kraft. Mit der Einsetzung des Rates für die Kooperation zwischen staatlichen Verwaltungsorganen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, der sowohl Vertreter:innen der Regierung als auch des nichtstaatlichen Sektors umfasst, soll die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Akteuren verbessert werden. Die Hauptverantwortlichkeiten des Rates umfassen die Abgabe von Meinungen zu Gesetzesentwürfen, strategischen Plänen und anderen Dokumenten, die die Aktivitäten und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen beeinflussen. Der Fokus liegt darauf, ein förderliches Umfeld für die Tätigkeiten von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu schaffen. Darüber hinaus werden Bewertungen zur Anwendung von Gesetzen sowie zu strategischen und anderen Dokumenten bezüglich der Arbeit und Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen abgegeben. Die Regierung bestimmt auf Vorschlag der relevanten Ministerien jedes Jahr die vorrangigen Bereiche für die Finanzierung von Projekten und Programmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen, wodurch gleichzeitig der Umfang der Projekte im Einklang mit der öffentlichen Politik festgelegt wird. Durch diese Gesetzesänderungen wurde erstmals ein Mindestprozentsatz von 0,5% des laufenden Haushalts festgelegt, der jährlich für diese Zwecke aufgebracht wird. Mindestens 0,3% davon werden für Bereiche von öffentlichem Interesse, 0,1% für den Schutz von Personen mit Behinderungen und mindestens 0,1% für die Kofinanzierung von EU-Projekten bereitgestellt (Vlada Crne Gore, Nevladine organizacije). Dies soll sicherstellen, dass

staatliche Ressourcen gezielt und effizient genutzt werden, um einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft und die Zielpopulation zu erzielen.

Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, religiöse Vereine, Wirtschaftsverbände sowie staatlich gegründete Organisationen oder Stiftungen. Ebenso sind andere Zusammenschlüsse, die durch spezielle Gesetze oder aufgrund besonderer Gesetzgebungen entstehen, von diesem Gesetz ausgenommen. Es ist von besonderer Bedeutung zu unterstreichen, dass religiöse Vereine, obwohl sie als freiwillige und gemeinnützige Vereine eingestuft werden, einem speziellen Gesetz (*Službeni list Crne Gore*, 074/19; 008/21) unterliegen, das ihre Anerkennung und ihre Beziehung zum Staat umfassend regelt und definiert. Bis zur Zeit dieser Forschungsarbeit müssen sich religiöse Gruppen also bei den örtlichen Polizeibehörden registrieren lassen, um den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen.

Bis im Jahr 2022 gab es 22 registrierte religiöse Vereine: Jehovas Zeugen – christliche Glaubensgemeinschaft (*Jehovini svjedoci – hrišćanska vjerska zajednica*), Montenegrinisch-orthodoxe Kirche (*Crnogorska pravoslavna crkva*), Erzbischöfliches Ordinariat von Bar (*Nadbiskupski Ordinarijat Bar*), Bischöfliches Ordinariat von Kotor (*Biskupski Ordinarijat Kotor*), Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage in Montenegro (*Crkva Isusa Hrista Svetaca poslednjih dana u Crnoj Gori*), Jüdische Gemeinde von Montenegro (*Jevrejska zajednica Crne Gore*), Kirche des Evangeliums Jesu Christi (*Crkva Hristovog Jevandelja*), Eparchie Podgorica-Duklja der montenegrinisch-orthodoxen Kirche (*Eparhija Podgoričko-Dukljnska Pravoslavne Crkve Crne Gore*), Christliche adventistische Kirche (*Hrišćanska adventistička crkva*), Christliches Zentrum „Leuchtturm“ (*Hrišćanski centar „Svetionik“*), Evangelische Kirche „Wort Gottes“ (*Jevandeoska Crkva „Riječ božja“*), Christliche Gemeinschaft „Mosaik“ (*Hrišćanska zajednica „Mozaik“*), Biblische Christliche Gemeinschaft (*Biblijska Hrišćanska Zajednica*), Gemeinschaft des Evangeliums von Jesus Christus (*Zajednica Jevandelja Isusa Hrista*), Islamische Gemeinschaft in Montenegro (*Islamska zajednica u Crnoj Gori*), Baha'i-Glaube (*Baha'i Vjera*), Metropole Montenegro-Primorje der Serbisch-orthodoxen Kirche (*Mitropolija crnogorsko-primorska Srpske pravoslavne crkve*), Eparchie Budimlja-Nikšić der Serbisch-orthodoxen Kirche (*Eparhija budimljansko-nikšićka Srpske pravoslavne crkve*), Eparchie Zahumlje-Herzegowina und Primorje der Serbisch-orthodoxen Kirche (*Eparhija zahumsko-hercegovačka i primorska Srpske pravoslavne crkve*), Eparchie Mileševa der Serbisch-orthodoxen Kirche (*Eparhija Mileševska Srpske Pravoslavne Crkve*), Evangelische Kirche Crossroads (*Jevandeoska crkva*

Crossroads) und Religiöse Gemeinschaft der Juden (*Vjerska zajednica Jevreja*) (Ministarstvo pravde).

4.2 Handlungsfelder

Die Verabschiedung des *Gesetzes über Nichtregierungsorganisationen* im Jahr 2011 schuf nicht nur die rechtliche Grundlage für derartige Organisationen, sondern führte auch zu einer signifikanten Erweiterung der Kategorien bzw. Handlungsfelder zivilgesellschaftlicher Organisationen. Infolgedessen stieg die Gesamtanzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich an. Die nachfolgenden Tabellen veranschaulichen die verschiedenen Kategorien sowie die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Jahren 2006 und

Tabelle 6: Kategorien und Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisation im Jahr 2006

Aktivität		Gesamt
1	Kultur und Kunst	198
2	Bildung und Forschung	113
3	Umweltfragen	120
4	Humanitäre Arbeit	39
5	Sozio-humanitäre Probleme	147
6	Jugendliche und Studenten	58
7	Aufbau und Entwicklung der lokalen Gemeinschaft	99
8	Entwicklung und Schutz von Geschäfts- und Berufsinteressen	102
9	Förderung, Schutz und Entwicklung der Menschenrechte und Freiheiten	77
10	Gesetzgebung, Lobbyarbeit und öffentliche Politik	18
11	Förderung einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit	16
12	Förderung und Schutz der Frauenrechte	35
13	Fragen von Flüchtlingen und Vertriebenen	17
14	Internationale Aktivitäten	21
15	Andere	42
	Gesamt	1102

(Muk, Uljarevic, and Brajovic 2006, 19)

2020, um den Anstieg genauer zu verdeutlichen. Im Jahr 2006 waren 1102 Organisationen registriert, und bis 2020 erhöhte sich diese Zahl weiter auf 6732.

Im Jahr 2016 zeichneten sich die primären Einsatzfelder zivilgesellschaftlicher Organisationen durch Vielfältigkeit aus, wobei ein besonderes Augenmerk auf den Bereichen Kultur, Kunst, sozio-humanitäre Probleme, Umweltfragen und Bildung lag. Diese Diversität deutet auf eine breit angelegte und vielseitige Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure hin, die sich mit verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen auseinandersetzten, darunter Umweltbelange, soziale Anliegen und Bildungsthemen. Im Gegensatz dazu verdeutlichen die Daten aus dem Jahr 2020 eine Verschiebung der Schwerpunkte. Besonders hervorstechend ist die verstärkte Präsenz in den Bereichen soziale Fürsorge für Kinder und Jugendliche, Kultur, Bildung, Landwirtschaft und Umweltschutz. Diese Veränderungen deuten möglicherweise auf eine dynamische Anpassung der zivilgesellschaftlichen Organisationen an aktuelle gesellschaftliche Bedürfnisse hin.

Des Weiteren lassen die Daten darauf schließen, dass zivilgesellschaftliche Akteure im Jahr 2020 vermehrt in Schlüsselbereichen aktiv wurden, die direkten Einfluss auf die Lebensqualität und nachhaltige Entwicklung haben. Die verstärkte Präsenz in den genannten Bereichen könnte als Reaktion auf spezifische gesellschaftliche Herausforderungen und Prioritäten interpretiert werden, was wiederum auf die Fähigkeit der Zivilgesellschaft hinweist, flexibel auf sich verändernde Kontexte zu reagieren.

Es gestaltet sich schwierig, die exakte Anzahl aktiv agierender zivilgesellschaftlicher Organisationen zu quantifizieren. Dennoch herrscht weitgehender Konsens unter Interessengruppen, dass nur ein Bruchteil der offiziell registrierten Organisationen tatsächlich regelmäßig Aktivitäten durchführt und maßgebliche berufliche Projekte leitet. Dies deutet darauf hin, dass die formelle Registrierung allein nicht hinreichend ist, um die dynamische und effektive Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen am gesellschaftlichen Leben zu erfassen. Es besteht die Erkenntnis, dass viele der registrierten zivilgesellschaftlichen Organisationen zwar formal existieren, jedoch nicht in einem Maße aktiv sind, das einen spürbaren Einfluss auf soziale, wirtschaftliche oder ökologische Belange ausübt. Diese Diskrepanz zwischen offizieller Registrierung und praktischer Aktivität wirft Fragen hinsichtlich der Effektivität und Relevanz bestimmter zivilgesellschaftlicher Organisationen auf. Mögliche Ursachen für diese Diskrepanz könnten in bürokratischen Hindernissen, begrenzten Ressourcen oder einer potenziellen Unklarheit bezüglich der Ausrichtung und Zielsetzungen einiger Organisationen liegen.

Tabelle 7: Kategorien und Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Jahr 2020

	Aktivität	Stiftungen	Vereinigungen	Gesamt
1	Bekämpfung von Suchterkrankungen	5	70	75
2	Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität	0	12	12
3	Soziale Fürsorge für Kinder und Jugendliche	24	487	511
4	Euro-Atlantische und europäische Integration	1	40	41
5	Institutionelle und nicht-institutionelle Bildung	12	342	354
6	Kultur	39	1021	1060
7	Wissenschaft	3	153	156
8	Nachhaltige Entwicklung	3	46	49
9	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	4	398	402
10	Hilfe für ältere Menschen	1	35	36
11	Wirtschaft und Unternehmertum	3	89	92
12	Entwicklung der Zivilgesellschaft und ehrenamtliches Engagement	27	464	491
13	Geschlechtergleichstellung	1	81	82
14	Armutsbekämpfung	27	96	123
15	Sozial- und Gesundheitsfürsorge	13	348	361
16	Sport	5	387	392
17	Berufliche Hilfe	6	191	197
18	Technische Kultur/Bildung	3	257	260
19	Handel und Tourismus	3	143	146
20	Kunst	15	342	357
21	Rechtsstaatlichkeit	5	139	144
22	Handwerk	0	14	14
23	Schutz und Förderung der Menschen- und Minderheitenrechte	8	398	406
24	Schutz von Personen mit Behinderungen	1	55	56
25	Verbraucherschutz	0	9	9
26	Umweltschutz	12	449	461
27	Sonstige	23	422	445
	GESAMT	244	6488	6732

Quelle: Eigene Darstellung und Übersetzung auf Grundlage der Daten durch Überprüfung und Berechnung einzeln: Registar Nevladinih Organizacija 2020

4.2.1 Gesellschaftlicher Veränderungsbedarf und die Gründung einer Organisation

Von den ursprünglich acht befragten zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden fünf, wie Novi Horizont, SOS Telefon, MOGUL, Multimedijal, CGO und CRNVO, vor der Unabhängigkeit Montenegros oder in der zweiten Transitionsphase ins Leben gerufen. Das Institut Alternativa und Politikon entstanden hingegen in der Phase der Europäisierung, nach der Unabhängigkeit. Alle diese Organisationen entstanden als Reaktion auf drängende gesellschaftliche Herausforderungen, mit dem Ziel, konkrete Probleme anzugehen und positive Veränderungen auf lokaler Ebene herbeizuführen. In vielen Fällen reagierten sie auf bestehende Schwierigkeiten in der Gemeinschaft, sei es im Zusammenhang mit dem öffentlichen Sektor, lokalen Machtstrukturen oder anderen sozialen Anliegen. Durch ihre Gründung signalisierten sie das Bedürfnis nach aktiver Beteiligung und Intervention, um Missstände zu bekämpfen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Diese Initiativen zeugen von dem Bestreben, einen positiven Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu leisten und die Zivilgesellschaft zu stärken.

MOGUL wurde als Reaktion auf spezifische Probleme in der Gemeinde Ulcinj gegründet, insbesondere in Bezug auf das öffentliche Unternehmen *Meeresgüter* (*morsko dobro*) und die damals maßgebliche lokale Machtstruktur. In den Jahren 2000-2001, während des politischen Wandels (siehe Kapitel 1.1 Die Transition in Montenegro) und der Zersplitterung der politischen albanischen Parteien in Montenegro, entstand die dringende Notwendigkeit, Institutionen und die lokale Regierung in der Gemeinde Ulcinj zu überwachen. Als Antwort auf diese Herausforderungen wurde die Monitoring Group Ulcinj, kurz MOGUL, gegründet (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj). Somit spielt MOGUL eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Zivilgesellschaft, der Förderung von Bürger:innenaktivismus und dem aktiven Einsatz gegen Korruption auf lokaler Ebene in Ulcinj.

Im Jahr der Gründung von Novi Horizont, 1999, stand die Gemeinde Ulcinj vor einer erheblichen Herausforderung: der Ankunft einer großen Anzahl von Flüchtlingen. Über 100.000 Menschen flohen sowohl aus dem Kosovo als auch zuvor aus dem Bosnienkrieg. Gleichzeitig etablierten sich mehr als 20 ausländische humanitäre Organisationen, darunter Ärzte ohne Grenzen, das Rote Kreuz und UNICEF, in Ulcinj, um den Bedürfnissen der Flüchtlinge gerecht zu werden. Während der Rückführung der Flüchtlinge aus Montenegro in ihre Heimat wurde offensichtlich, dass die von humanitären Organisationen bereitgestellte Unterstützung nicht nur für die Flüchtlinge von großer Relevanz war, sondern auch für die

einheimische Bevölkerung, da zahlreiche unerfüllte Bedürfnisse bestanden. Im Jahr 1999 wurde in Montenegro erstmals das *Gesetz über Nichtregierungsorganisationen* verabschiedet und im Juli offiziell genehmigt. Novi Horizont handelte umgehend und registrierte sich im September desselben Jahres, gleich nachdem das Gesetz in Kraft getreten war. Die Organisation begann sofort, psychosoziale Dienste für vulnerable Bevölkerungsgruppen anzubieten, da die Notwendigkeit für solche Dienste, einschließlich Beratung und Unterstützung, ersichtlich war. Im Laufe der Zeit, insbesondere als das reformierte Gesetz für die lokale Regierung in Montenegro erstmals genehmigt wurde, erweiterte Novi Horizont ihre Tätigkeitsbereiche. Dabei fokussierten sie sich verstärkt auf Konzepte wie gute Regierungsführung und die Reform der lokalen Regierung. Des Weiteren engagierten sie sich in Themen wie Jugendbildung, nicht-formale Bildung für Jugendliche und Interkulturalismus. Die Organisation nahm auch an Projekten teil, die sich mit der Bekämpfung von Korruption beschäftigten. Ein bemerkenswertes Beispiel war ihre Zusammenarbeit mit einem UNDP-Programm, das über einen Zeitraum von etwa vier Jahren ein Projekt für alleinerziehende Mütter und alleinerziehende Eltern umfasste (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Die SOS Organisation wurde gegründet, um auf die drängenden Bedürfnisse im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt in der Gemeinde Ulcinj zu reagieren. Diese Bedürfnisse entstanden aufgrund der tief verwurzelten Vorurteile innerhalb der Gemeinschaft und der Tabuisierung von häuslicher Gewalt, die oft hinter den Familienmauern verborgen blieb. Eine Gruppe von Frauen aus Podgorica, die bereits eine ähnliche Organisation gegründet hatten, erkannte diese Bedürfnisse und regte die Gründung einer entsprechenden Organisation in Ulcinj an. Die Herausforderungen bestanden darin, die Vorurteile in der Gemeinschaft zu überwinden, die oft Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt waren, beschuldigten, die Familien zu zerstören. Darüber hinaus gab es Widerstand von institutioneller Seite, insbesondere seitens des Zentrums für soziale Arbeit, das die neu gegründete Organisation eher als Rivalen denn als Partner betrachtete. Die Organisation entstand, um durch Projekte, Veröffentlichungen, Medienpräsenz und Schulungen in verschiedenen Bereichen eine Sensibilisierung zu schaffen und konkrete Maßnahmen gegen häusliche Gewalt zu ergreifen. Das erste Jahrzehnt der Organisation war geprägt von Überwindung dieser Hindernisse und der Etablierung als wichtige Anlaufstelle im Kampf gegen häusliche Gewalt (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Alle diese Initiativen der drei zivilgesellschaftlichen Organisationen signalisieren das Bedürfnis nach aktiver Beteiligung, um lokale Missstände zu bekämpfen und die Lebensqualität zu verbessern. Dies verdeutlicht die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Bewältigung gesellschaftlicher Probleme.

4.2.2 Zivilgesellschaftliche Aktivitäten - Herausforderungen und Initiativen

Der vorliegende Abschnitt basiert auf eingehenden Gesprächen mit Vertreter:innen von fünf lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro sowie auf Informationen von drei weiteren ausgewählten Organisationen auf nationaler Ebene, die von offiziellen Webseiten extrahiert wurden. Diese kombinierte Herangehensweise ermöglicht eine umfassende Perspektive, wenngleich nicht sämtliche Organisationen aus zeitlichen Gründen im Detail befragt werden konnten. In den Gesprächen mit nationalen Organisationen lag der Fokus auf Fragen zur EU und zur Zusammenarbeit mit der Regierung, da diese Institutionen aktiv an Regierungs- und EU-Beitrittsverhandlungen beteiligt sind. Im Kontrast dazu fokussierten die Diskussionen mit lokalen Organisationen, insbesondere in Ulcinj, auf die Auswirkungen und Fortschritte lokaler Projekte auf die Gesellschaft.

Der Vertreter von MOGUL schildert eine komplexe Situation bezüglich der Informationsverbreitung und politischen Beteiligung in Ulcinj. MOGUL hat keine offizielle Webseite und informiert die Bevölkerung hauptsächlich über Medien sowie direkte Aktionen, wie Unterschriftensammlungen und gelegentlich auch Stände vor dem Kulturzentrum in Ulcinj. Die einst aktive Teilnahme der Bevölkerung im zivilgesellschaftlichen Sektor ist rückläufig, was auf Enttäuschungen über politische Versprechen und den Machtwechsel zurückzuführen ist. MOGUL hat Projekte initiiert, um politische Probleme anzugehen, doch der politische Wandel beeinflusste die Organisation nicht immer positiv. Die Bevölkerung Ulcinjs zeigt Skepsis gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgrund vergangener Enttäuschungen und politischer Realitäten. Perović betont die Bedeutung von Protesten und deren langfristige Auswirkungen auf politische Entscheidungsträger:innen. Die Proteste erzielen keine sofortigen Ergebnisse in Montenegro, sondern repräsentieren vielmehr den Willen der Bevölkerung und können langfristigen Einfluss ausüben. Die Organisation identifiziert Probleme durch präzise Beobachtungen, insbesondere im Hinblick auf die unangemessene Nutzung von Küstenland und die Enteignungen von Olivenhainen in Ulcinj. Infolgedessen engagiert sich MOGUL aktiv mit Freiwilligen und setzt auf Advocacy, um die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu fördern und politischen Druck auszuüben (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj).

Trotz des Fehlens einer offiziellen Webseite ist die Organisation SOS aktiv auf sozialen Medien, insbesondere auf Facebook, präsent. Sie ist aktuell die einzige Organisation im Süden Montenegros, die sich speziell auf die soziale Betreuung konzentriert. Während der COVID-19-Pandemie betrieb SOS erfolgreich für einen Zeitraum von 9 Monaten ein Frauenhaus, das

durch finanzielle Mittel von der UNDP und der Europäischen Union unterstützt wurde. Diese Initiative unterstreicht die dringende Notwendigkeit eines Frauenhauses in der Gemeinde Ulcinj, da innerhalb dieses kurzen Zeitraums 22 obdachlose Frauen registriert wurden – eine bedeutsame Zahl für die Gemeinde. Alle platzierten Frauen erhielten Begleitung durch die Polizei, und bei Vorhandensein von Kindern wurden diese von Sozialarbeiter:innen unterstützt. Psycholog:innen führten Gespräche, und die Bewohnerinnen erhielten umfassende Betreuung. Während des Interviews gab Neljaj zu verstehen, dass die Suche nach weiterer finanzieller Unterstützung für das Frauenhaus nach Ablauf der 9 Monate herausfordernd war. Obwohl während der Pandemie eine temporäre Krisenzentrale eingerichtet wurde, erfüllte sie nicht sämtliche erforderlichen Standards für die Anerkennung als Frauenhaus. Zum Zeitpunkt dieses Interviews liefen Gespräche innerhalb der Organisation, und es wird auf eine Antwort gewartet, ob das Frauenhaus erneut eingerichtet werden kann. Darüber hinaus setzt die Organisation ein wichtiges Projekt zur Bekämpfung von *Online-Gewalt* mit Schüler:innen um, wobei ein besonderer Fokus auf steigende Gewalt unter Gleichaltrigen in der Region liegt. Die Organisation setzt ihr kulturelles Erbe-Engagement gemäß ihrer Satzung fort, indem sie jährlich einen Dokumentarfilm zu verschiedenen Aspekten erstellt (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Ähnlich wie MOGUL und SOS arbeitet auch Novi Horizont zweisprachig, und zwar in Montenegrinisch und Albanisch. Diese sprachliche Vielfalt ermöglicht es der Organisation, die Bevölkerung über staatliche Aktivitäten, Reformen und Bildungsprozesse zu informieren. Insbesondere die Ausbildung von Jugendlichen in der Muttersprache stellt einen bedeutenden Vorteil dar und erlaubt es, Bildungslücken zu schließen, die im herkömmlichen Schulunterricht bestehen. Die Organisation sieht sich allerdings mit Herausforderungen konfrontiert, vor allem durch die ausgeprägte Politisierung in den Ministerien. Diese politischen Einflüsse können gelegentlich die Durchführung oder den Fortgang von Prozessen behindern oder sogar vollständig stoppen. Diese politische Einflussnahme wird als ernste Bedrohung für die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft betrachtet. Novi Horizont hat sich intensiv damit beschäftigt, Informationslücken zu schließen, insbesondere im Hinblick auf den Integrationsprozess in Montenegro. Projekte wie spezielle Broschüren, Fernsehsendungen und Artikel in Zeitungen haben das Ziel, das Verständnis für europäische Integration zu fördern. Ein bemerkenswertes Unterfangen ist die Gründung der *Schule für europäische Integration* in Ulcinj, die verschiedene Module für Jugendliche anbietet. Trotz dieser Anstrengungen betrachtet Novi Horizont die Entwicklungen im Integrationsprozess kritisch. Herr Velić unterstreicht die Bedeutung einer kontinuierlichen Verfolgung des Integrationsprozesses und

äußert Bedenken über mögliche Verzögerungen und Rückschritte, die sich negativ auf die Bewertungen auswirken könnten (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Multimedijal konzentriert sich hauptsächlich auf die Lösung von Jugendproblemen, die Förderung des Beitritts Montenegros zur Europäischen Union sowie die regionale und ländliche Entwicklung. Diese Schwerpunktbereiche repräsentieren die Grundpfeiler ihrer Arbeit, wobei die Organisation auch zusätzliche Aktivitäten durchführt, die von Spendern abhängen. Ein Blick auf ihre laufenden Projekte zeigt die Vielfalt ihrer Bemühungen. Das *EU Kutak* (EU Ecke) -Projekt und drei bis vier neue Projekte geplant, darunter solche im Bereich Umwelt im Verkehrssektor, Menschen- und Minderheitenrechte sowie Roma-Rechte. Zusätzlich zu diesen Initiativen arbeitet Multimedijal an Fotoausstellungen zum Thema häusliche Gewalt und arbeitet intensiv mit dem Europäischen Haus in Podgorica zusammen (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Frau Uljarević betont die herausragende Rolle der CGO und hebt ihre Aktivitäten in Montenegro hervor. Sie erklärt, dass das Zentrum seit 20 Jahren aktiv ist und sich auf drei Schlüsselprogramme konzentriert: Demokratisierung und Europäisierung, Menschenrechte und aktive Bürgerschaft. Diese Programme haben einen breiten Anwendungsbereich, aber die Organisation setzt den Fokus auf bestimmte Schwerpunkte innerhalb dieser Bereiche. Der Gesamtansatz der Organisation besteht darin, in einem breiten Kontext zu agieren, um die Bürger:innen zu mobilisieren. Hierbei geht es darum, dass die Bürger:innen proaktiv für ihre Rechte eintreten und sich für die Rechte derjenigen einsetzen, die dazu nicht in der Lage sind. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Erhöhung des Verantwortlichkeitsniveaus der Entscheidungsträger:innen. Die Vision des Zentrums ist es, Montenegro als eine Gesellschaft von verantwortungsbewussten Bürger:innen zu sehen. Dies erfordert eine gemeinsame Anstrengung, die von oben nach unten und von unten nach oben aufgebaut werden muss (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Das Institut Alternativa ist in verschiedenen Projekten und Initiativen engagiert, die sich auf die Reform der öffentlichen Verwaltung, die Förderung von Transparenz in Staatsunternehmen, die Überwachung von Beschaffungsvorgängen, die Stärkung der Rechenschaftspflicht des Parlaments und die Auseinandersetzung mit organisierter Kriminalität im Westbalkan konzentrieren. Diese Aktivitäten spiegeln das breite Engagement der Organisation für Governance, Bürger:innenbeteiligung und politische Reformen in Montenegro wider (Institut Alternativa).

CRNVO führt ebenso eine Vielzahl von Projekten durch, die darauf abzielen, die Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Prozesse zu fördern. Einige der Projekte

umfassen soziale Dialoge für eine bessere Zukunft, die Stärkung des Frauenunternehmertums, die Bildung eines Netzwerks junge Unternehmer:innen und die Förderung der Beteiligung und Entscheidungsfindung der Zivilgesellschaft. Weitere Initiativen konzentrieren sich auf den Dialog für Minderheitenrechte, den Schutz des zivilen Raums, die Schaffung günstiger Umgebungen für Whistleblower sowie Programme für Anfänger:innen im Bereich der Zivilgesellschaft (CRNVO – Centar za razvoj NVO).

Politikon widmet sich verschiedenen Arbeitsbereichen, darunter die Stärkung des Rechtsstaats und die Förderung einer offenen Verwaltung. Die Organisation setzt sich aktiv für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten ein, die das Verständnis für die Bedeutung des Rechtsstaats in der westlichen Balkanregion vertiefen. Des Weiteren adressiert Politikon Herausforderungen im Bereich der gemeinsamen Sicherheit, indem sie sich mit Themen wie hybrider Kriegsführung, politischer Einflussnahme und Desinformation auseinandersetzt. Darüber hinaus engagiert sich Politikon in der Förderung der Rechtsstaatlichkeit auf dem Westbalkan, wobei sie bewährte Praktiken und innovative Ansätze nutzt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Schaffung partizipativer und informativer Strukturen in der öffentlichen Verwaltung durch Projekte wie „#PIO“ (Politikon Mreža).

Die ausgewählten zivilgesellschaftlichen Organisationen für diese Studie verdeutlichen die breite Palette ihrer Tätigkeiten. Diese reicht von lokalen Organisationen, die sich speziell mit konkreten sozialen Herausforderungen vor Ort auseinandersetzen, bis hin zu nationalen Initiativen, die sich auf den Integrationsprozess in die Europäische Union konzentrieren. Die Vielfalt der Bemühungen spiegelt sich in dieser Auswahl wider. Trotz ihrer erzielten Erfolge und positiven Veränderungen stehen sie gleichzeitig vor verschiedenen Herausforderungen, sei es durch politische Einflüsse oder finanzielle Unsicherheiten, die in den folgenden Abschnitten näher erörtert werden.

4.2.3 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen

Die selektierten zivilgesellschaftlichen Organisationen weisen unterschiedliche Ausprägungen hinsichtlich ihrer Kooperationsaktivitäten auf, sei es in Form von innerstaatlichen Partnerschaften oder grenzüberschreitenden Projekten. Die durchgeführten Interviews mit den Vertreter:innen dieser Organisationen haben offenbart, dass trotz diverser individueller Projektportfolios eine übergeordnete Vernetzung zwischen den zivilgesellschaftlichen

Akteuren besteht. Insbesondere manifestiert sich eine enge Zusammenarbeit zwischen lokalen Organisationen im südlichen und nördlichen Montenegro, welche sowohl regen Austausch als auch gemeinsame Projekte mit nationalen Institutionen in Podgorica sowie lokalen Organisationen in anderen Regionen des Landes einschließt. Des Weiteren wurden erfolgreich grenzüberschreitende Projekte mit anderen Westbalkanländern realisiert.

Herr Velić hebt hervor, dass Novi Horizont beispielhaft für derartige Initiativen steht. Das Engagement erstreckt sich über verschiedene Projekte im Bereich des interkulturellen Dialogs, der euro-atlantischen Integration sowie der Bekämpfung von Vorurteilen und der Verminderung ethnischer Distanz im nördlichen Montenegro. Diese Projekte sind das Resultat kollaborativer Bemühungen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Des Weiteren wurden erfolgreiche grenzüberschreitende Projekte in Zusammenarbeit mit Shkodra (eine Stadt im Norden Albaniens) in den vergangenen zwei Jahren realisiert, darunter ein besonders herausragendes Vorhaben zur Stärkung der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt. Die Erfolgsbewertung dieses Projekts ist durchaus positiv, da es den dringenden Bedarf an regionaler Zusammenarbeit in dieser Zeit effektiv adressiert hat. Es sei jedoch angemerkt, dass sämtliche Projekte aufgrund ihrer Umsetzung und Finanzierung durch öffentliche Ausschreibungen und Fördermittel abhängig sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind ohne die Unterstützung externer Geldgeber nicht in der Lage, Projekte eigenständig durchzuführen, wodurch die Rolle von Spenden und finanzieller Förderung als essenzielle Voraussetzung für die Umsetzung dieser Initiativen hervorgehoben wird (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

MOGUL spielte bisher eine äußerst proaktive Rolle in gemeinsamen Projekten mit MANS, einer zivilgesellschaftlichen Organisation mit Sitz in Podgorica, die sich gegen Korruption und organisierte Kriminalität in Montenegro engagiert. Dabei beschränkt sich die Zusammenarbeit von MOGUL nicht nur auf eine intensive Partnerschaft mit MANS, sondern erstreckt sich über anhaltende Kooperationen mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen in verschiedenen Regionen Montenegros. Durch diese strategische Vernetzung ist MOGUL in der Lage, auf breiter Ebene gegen Korruption und organisierte Kriminalität vorzugehen und gleichzeitig lokale Herausforderungen effektiv anzugehen. Darüber hinaus ist die Organisation in grenzüberschreitenden Projekten mit Albanien tätig (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj).

Frau Neljaj hebt hervor, dass SOS in enger Partnerschaft mit einer Schwesterorganisation aus Berane agiert. Gemeinsame Schulungen wurden durchgeführt, und die Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf die Umsetzung des IPA-Programms, wobei SOS Podgorica eine

führende Rolle übernahm. Trotz der gemeinsamen Ursprünge als Gründerorganisation arbeitet SOS in Ulcinj eigenständig, finanziert sich selbst und agiert unabhängig mit eigenem Namen und Ressourcen. Frau Neljaj betont die erfolgreiche Umsetzung eines Projekts namens *Nasilje i zdravlje* (Gewalt und Gesundheit), das die Schulung des medizinischen Personals in der Gemeinde Ulcinj beinhaltete. Dieses Projekt führte zu einem signifikanten Fortschritt, indem medizinisches Personal befähigt wurde, angemessen auf Fälle von Gewalt zu reagieren. Die Erzählung von Frau Neljaj (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj) verdeutlicht, dass SOS nicht nur auf die Notaufnahme beschränkt ist, sondern auch eine entscheidende Rolle im Bereich der Prävention spielt. Dies wird durch die Platzierung von Schildern in den Pavillons sowie die Bereitstellung von Broschüren und Formularen unterstrichen. Insbesondere im Bereich häuslicher Gewalt hat SOS effektive Maßnahmen ergriffen, um Frauen zu unterstützen, die oft in einer komplexen Lage gefangen sind und ihre Rechte nicht kennen. Frau Neljaj betont die steigende Anzahl von gemeldeten Fällen in den letzten fünf Jahren, was auf einen Wandel in den sozialen Normen und eine zunehmende Bereitschaft der jüngeren Generation hinweist, gegen Gewalt vorzugehen und für ihre Selbstbestimmung einzutreten (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Herr Djukić, Eigentümer eines Mediums in Bijelo Polje, gewährt Einblicke in das grenzüberschreitende Projekt *Kreativne industrije za zapošljavanje preko granica* (Kreative Industrien für Beschäftigung über Grenzen hinweg), ein europäisches Vorhaben zwischen Montenegro und Bosnien und Herzegowina. Des Weiteren betont seine Darstellung die Vielschichtigkeit der Zusammenarbeit des Multimedijals, die nicht nur Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, sondern auch lokale Institutionen und Ministerien umfasst. Djukić hebt hervor, dass die Effizienz der Zusammenarbeit stark von der individuellen Kooperationsbereitschaft abhängt. In der Kommunikation mit Medien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Institutionen zeigt sich eine breite Zusammenarbeit. Die Kooperation mit Kolleg:innen im zivilen Sektor verläuft am effektivsten, während die Zusammenarbeit mit lokalen Selbstverwaltungen als durchweg positiv beschrieben wird. Hingegen gestaltet sich die Interaktion mit Regierungsorganisationen in Podgorica als herausfordernder, bedingt durch die geografische Distanz und die mögliche Wahrnehmung von zivilgesellschaftlichen Organisationen als geringe Priorität. Djukić, als Präsident der Organisation, ist Mitglied mehrerer Arbeitsgruppen auf lokaler und nationaler Ebene, was trotz Herausforderungen eine gewisse Realisierung ermöglicht. Dennoch kritisiert Djukić die unzureichende Reaktionsbereitschaft seitens der Regierung. Hier wird die Schwierigkeit betont, auf nationaler Ebene direkte Antworten zu erhalten, während persönliche Beziehungen zu

bestimmten Mitarbeiter:innen innerhalb der Ministerien erfolgreicher sind. Djukić veranschaulicht die hierarchischen Kommunikationsbarrieren, bei denen Anfragen an höhere Positionen oft unbeantwortet bleiben, während Anfragen an untergeordnete Mitarbeiter:innen eher Gehör finden. Besonders im Norden von Montenegro, bleibt der Zugang zu Entscheidungsträger:innen aus dem nationalen Bereich begrenzt. Diese besuchen die Region selten, was zu einer geringen Verfügbarkeit für Bürger:innen, Jugendliche und Organisationen führt. Diese Situation wird als problematisch betrachtet, da eine effektive Interaktion mit den Verantwortlichen auf nationaler Ebene eine grundlegende Voraussetzung für eine positive Entwicklung darstellt (Željko Djukić, *Multimedijal Montenegro*, 28.11.2023, Zoom).

Herr Mumin gibt Einblicke in die Kooperationsdynamik von Politikern auf staatlicher Ebene, insbesondere mit Organisationen wie CGO. Auf einer persönlicheren Ebene betont er seine Einbindung in eine andere Organisation, CEGAS, und die damit verbundenen Netzwerke, die zu einer Interaktion mit Politikern führten. Diese Verflechtungen resultierten in einer symbiotischen Beziehung, die durch die Beteiligung an einem von der Botschaft des Königreichs der Niederlande finanzierten Kreis verstärkt wurde, der sich speziell den Kapiteln 23 und 24 widmete. Zusätzlich kam Politikern zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Serbien, insbesondere dem *Beogradski Centar za Bezbednosnu Politiku* (BCBP - Belgrader Zentrum für Sicherheitspolitik). In den letzten drei Jahren wurde das WB2EU-Projekt¹ umgesetzt. Eine weitere bedeutende Kooperation ergab sich durch die Finanzierung des Visegrád-Fonds, die zur Umsetzung des Projekts *Think Balkans* führte. Dieses Projekt brachte sechs Organisationen aus dem Westbalkan zusammen, um gemeinsam an Themen rund um den EU-Beitritt zu arbeiten (Nikola Mumin, Politiker, 08.01.2024, Zoom).

Frau Muk hebt hervor, dass zu Beginn der Verhandlungen in Montenegro, inspiriert durch die Erfahrungen der Beitrittsverhandlungen in Kroatien, ein Netzwerk von Organisationen gebildet wurde. Dieses Netzwerk überwachte die Situation und führte eine Art Schattenberichterstattung für Kapitel 23 durch. Im Verlauf entwickelte sich diese Zusammenarbeit mehr auf individueller

¹ Unter der Leitung von Projektkoordinatoren Vedran Džihić und Paul Schmidt wurde das WB2EU-Projekt durchgeführt. WB2EU steht für 'Westbalkan to EU', ein Projekt, bei dem 17 Organisationen aus 17 Ländern beteiligt waren. Diese Organisationen repräsentierten sowohl EU-Mitgliedsstaaten als auch Länder des Westbalkans, einschließlich Politikern. Vorwiegend handelte es sich dabei um Nichtregierungsorganisationen, Think-Tank-Institute, Forschungsinstitute und Universitäten.

Basis. Aktuell existiert keine konkrete Struktur oder Koalition in diesem Bereich, obwohl es Anzeichen für eine Koalition im Zusammenhang mit Kapitel 27 zum Umweltschutz gibt, die sich spezifisch mit den Herausforderungen in diesem Sektor befasst. Auf nationaler sowie regionaler Ebene ist das Institut Alternativa Teil des *Think for Europe*-Netzwerks. Der Name dieses Netzwerks spiegelt genau das Ziel wider, gemeinsame Projekte zu initiieren, um die Region der Europäischen Union näherzubringen. Diese Ausrichtung unterstreicht das Bestreben, durch koordinierte Anstrengungen auf verschiedenen Ebenen die europäische Integration voranzutreiben und eine Plattform für den Austausch von Ideen und Ressourcen zu schaffen (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen verdeutlicht, dass durch koordinierte Bemühungen unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen positive Veränderungen in der Gesellschaft herbeigeführt werden können. Die breite Palette der behandelten Themen, von interkulturellem Dialog bis zu Umweltschutz, zeigt, dass diese Zusammenarbeit dazu beiträgt, vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen anzugehen. Die Betonung der Bedeutung von Netzwerken und Partnerschaften verdeutlicht, dass gemeinsame Projekte und Kooperationen, sowohl innerhalb des Landes als auch grenzüberschreitend, einen umfassenderen Ansatz für die Lösung komplexer Probleme ermöglichen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass direkte Beziehungen und Kooperationen auf lokaler Ebene oft effektiver sind als auf nationaler Ebene, was die Wichtigkeit von Basisarbeit und direkter Interaktion mit den Gemeinschaften unterstreicht.

4.2.4 Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Montenegro ist geprägt von einer Vielzahl nationaler und internationaler Geldgeber. Insbesondere das Institut Alternativa hebt die Europäische Union als größten Spender hervor, gefolgt von bilateralen Spenden ausländischer Botschaften. Das *Gesetz über Nichtregierungsorganisationen* hat die Finanzierung dezentralisiert, wobei Ministerien Wettbewerbe für öffentliche Interessenbereiche ausschreiben, auf die zivilgesellschaftliche Organisationen dann antworten sollen. Leider steht die Umsetzung dieser Struktur in Montenegro vor Herausforderungen, da Ministerien häufig schlecht planen und die Bewertung der Projekte fragwürdig ist (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom). Politikon wiederum identifiziert die Botschaft des

Königreichs der Niederlande als Hauptspender, wobei auch Projekte von der Europäischen Kommission, dem Erasmus+ -Fonds und dem Visegrád-Fonds finanziert werden. Auch lokale Ressourcen, wie das Ministerium für öffentliche Verwaltung, waren in früheren Phasen involviert (Nikola Mumin, Politikon, 08.01.2024, Zoom). Jedoch haben in den letzten Jahren die finanziellen Beiträge der Regierung von Montenegro an lokale Organisationen, wie SOS, stark abgenommen. Stattdessen spielen EU-Fonds eine entscheidende Rolle, da sie ernsthaftere Projekte über einen längeren Zeitraum finanzieren (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Novi Horizont hingegen kooperiert mit verschiedenen Ministerien, der US-Botschaft, der Europäischen Union und privaten Spendern. Obwohl einige amerikanische Stiftungen in der Vergangenheit präsent waren, haben viele von ihnen Montenegro verlassen. Insgesamt sind Ministerien, darunter das Ministerium für Menschenrechte und Minderheiten, das Ministerium für Jugend und Sport sowie das Bildungsministerium, sowie die EU und die US-Botschaft als Hauptspender zu nennen (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

MOGUL legt großen Wert auf die Zusammenarbeit mit MANS und betont die Vielfalt der Geldgeber, die in den Anfangsjahren zur Verfügung standen. In dieser Periode erhielt die Organisation Unterstützung für sensible Überwachungsprojekte, insbesondere durch großzügige Mittel der US-Botschaft. Es ist jedoch wichtig zu erwähnen, dass die Finanzierung ihrer Projekte in den letzten Jahren hauptsächlich über IPA-Fonds, ein Finanzierungsinstrument der Europäischen Union, erfolgt (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj).

Multimedijal finanziert Projekte vorwiegend aus europäischen Fonds und von der Regierung Montenegros. Kritisch äußert sich die Organisation über projektbezogene Finanzierung, die zu geringen Geldmitteln und kurzen Projektlaufzeiten führt. Die fehlende programmatische Finanzierung erschwert langfristige Planung und schafft Unsicherheiten für Mitarbeiter:innen, die oft nach stabilen Perspektiven außerhalb des nichtstaatlichen Sektors suchen (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom). Frau Neljaj unterstreicht ebenfalls diese Herausforderung und fügt hinzu, dass das Engagement in ihrer Organisation, insbesondere wenn Projekte enden und keine finanzielle Entlohnung erfolgt, automatisch abnimmt. Dies resultiert daraus, dass Mitarbeiter:innen nicht mehr gewillt sind, in dieser Umgebung zu arbeiten oder ihre Existenzgrundlage zu gefährden. Gleichzeitig betont sie, dass die Mitarbeitenden in ihrer Organisation speziell geschult werden müssen, um in diesem Bereich tätig zu sein. Hierzu gehören Kenntnisse über relevante Gesetze und erforderliche Lizenzen. Diese Schulungen sind entscheidend, da die Organisation sicherstellen muss, dass alle Mitarbeitenden angemessen qualifiziert sind und die notwendigen Verhaltensrichtlinien

kennen. Das zentrale Problem, das Frau Neljaj anspricht, liegt jedoch in der Fluktuation des Personals. Die kurzfristige Natur der Projekte, die manchmal Lücken von drei bis vier Monaten aufweisen, führt zu einer Herausforderung bei der Mitarbeiter:innenbindung. Aufgrund der Unsicherheit in Bezug auf zukünftige Projekte suchen einige Mitarbeitende alternative Engagements an anderen Orten. Dies führt dazu, dass sie das zivile Sektor verlassen, da sie nicht bereit sind, für bestimmte Zeiträume inaktiv zu bleiben (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj). Die Herausforderung der Personalfuktuation stellt somit ein weiteres bedeutendes Problem dar. Hierbei spielt die unsichere Finanzierung und die kurzfristige Projektstruktur eine entscheidende Rolle, indem sie die Stabilität der Mitarbeiter:innenbindung beeinträchtigt.

Herr Djukić hebt ein weiteres Problem hervor, das lokale zivilgesellschaftliche Organisationen betrifft, insbesondere jene, die Mitglieder:innen von Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der EU-Verhandlungen sind. Eine herausfordernde Komponente besteht darin, dass diese Organisationen erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um Mitglieder:innen dieser Arbeitsgruppen zu sein. Herr Djukić verdeutlicht, dass diese Bemühungen mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden sind. Ein wesentliches Anliegen besteht darin, dass die Mitgliedschaft in diesen Arbeitsgruppen nicht finanziell vergütet wird. Die Tatsache, dass diese Arbeit unbezahlt ist, stellt für die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine erhebliche Belastung dar. Herr Djukić unterstreicht dies durch seine persönlichen Erfahrungen als Mitglied dieser Arbeitsgruppen. Die finanzielle Herausforderung zeigt sich konkret in den mit jeder Teilnahme verbundenen Kosten für Reisen von Bijelo Polje nach Podgorica. Dies umfasst Reisekosten sowie den Zeitaufwand für einen ganzen Tag. Die finanzielle Barriere beeinflusst nicht nur die persönlichen Ressourcen der Mitglieder:innen, sondern stellt auch eine erhebliche zeitliche und energetische Investition dar. Diese Herausforderung wirft die Frage nach der Nachhaltigkeit und der inklusiven Beteiligung von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die nicht in Podgorica sind, an den Arbeitsgruppen für EU-Verhandlungen auf. Die Thematik der finanziellen Entlohnung und der damit verbundenen Ressourcenkosten sollte in Betracht gezogen werden, um sicherzustellen, dass die Zivilgesellschaft effektiv an diesen entscheidenden Prozessen teilnehmen kann (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Eine ähnliche Problematik schildert auch Herr Velić, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen Schwierigkeiten haben, eine kohärente Umsetzung ihrer Ziele sicherzustellen, da ihre finanzielle Unterstützung maßgeblich von Spendern abhängt. Diese Abhängigkeit führt zu einem ungewissen und nicht kontinuierlichen Einkommen für die zivilgesellschaftlichen

Organisationen. Insbesondere wird auf die Problematik hingewiesen, dass die Prioritäten der Spender sich im Zeitverlauf ändern. Wenn ein Spender für einen bestimmten Zeitraum priorisiert wurde, verliert er im nächsten Jahr diese Priorität, was effektiv zur Beendigung des entsprechenden Programms führt. Dieser Wechsel in der Priorität stellt eine Herausforderung dar, da die zivilgesellschaftlichen Organisationen Schwierigkeiten haben, in einem solchen Umfeld konsistent zu agieren und die Bedürfnisse ihrer Zielgruppen zu erfüllen. Die Unsicherheit der finanziellen Unterstützung zwingt die zivilgesellschaftlichen Organisationen, sich ständig neuen Wettbewerbsbedingungen anzupassen, um Projekte zu gewinnen und somit ihre Existenz zu sichern. Die Tatsache, dass zivilgesellschaftlichen Organisationen kein kontinuierliches und garantiertes Einkommen haben und sich den wechselnden Prioritäten der Spender anpassen müssen, wird als fundamentale Schwäche des Systems betrachtet, da dies die Effektivität und Kohärenz der Programme der zivilgesellschaftlichen Organisationen beeinträchtigt (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Ein bedeutendes Anliegen wurde bezüglich lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen in Montenegro aufgezeigt: Korruption und Nepotismus. Es wird darauf hingewiesen, dass viele Projekte ohne klare Gründe abgelehnt werden (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Die Frage nach dem Einfluss persönlicher Beziehungen und Freundschaften bei der Projektmitelantragstellung wirft grundlegende Überlegungen zur Integrität und Transparenz in den Projektauswahlprozessen auf. Hierbei wird die essenzielle Bedeutung von Fairness und Chancengleichheit bei der Mittelzuweisung betont. Die gegenwärtigen Herausforderungen in der Finanzierung und Struktur zivilgesellschaftlicher Organisationen in Montenegro rufen dringend nach einer nachhaltigen und gerechten Förderpraxis sowie nach einer verstärkten Auseinandersetzung mit den genannten Problematiken.

Während der Pandemie im Jahr 2021 konnte die SOS Organisation in Ulcinj interessanterweise nicht nur auf staatliche Mittel zurückgreifen, sondern erfuhr auch erhebliche humanitäre Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen. Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür ist ein privates Haus, das großzügigerweise den oberen Stock für Frauen und Kinder, die Opfer:innen häuslicher Gewalt wurden, zur Verfügung stellte. Die aktive Beteiligung der Gemeinschaft an humanitärer Hilfe wird durch die Erwähnung von Freiwilligenarbeit und das Engagement von Aktivist:innen unterstrichen. Trotz begrenzter finanzieller Ressourcen wurden kreative Wege gefunden, um Bedürftigen zu helfen. Einige private Geschäfte leisteten finanzielle oder materielle Beiträge. Es wird darauf hingewiesen, dass die Notlage in Ulcinj dazu führt, dass Menschen verschiedene Formen von Missbrauch erleben, einschließlich nicht

nur traditioneller häuslicher Gewalt, sondern auch anderer Arten von Misshandlungen innerhalb der Familie (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj). Inmitten dieser herausfordernden Umstände zeugt die bemerkenswerte Solidarität in Ulcinj, die sich sowohl in staatlicher als auch in erheblicher humanitärer Unterstützung von Privatpersonen und Unternehmen manifestierte, von einer engagierten Gemeinschaft. Die gesellschaftliche Sensibilisierung für verschiedene Formen von Missbrauch, einschließlich häuslicher Gewalt und innerfamiliärer Misshandlungen, bleibt eine bedeutende Herausforderung. Dennoch trägt die aktive Beteiligung von Freiwilligen, Aktivist:innen und der lokalen Wirtschaft dazu bei, dass selbst inmitten dieser Schwierigkeiten positive Veränderungen und ein gestärktes Gemeinschaftsgefühl entstehen.

4.5 Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierung

Die aktuelle rechtliche Grundlage in Montenegro regelt die Integration zivilgesellschaftlicher Organisationen in den politischen Entscheidungsprozess. Seit etwa 2011 verpflichtet diese staatliche Verwaltungsorgane dazu, Vertreter:innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Entwicklung öffentlicher Politiken einzubeziehen. Dies etabliert einen klaren institutionellen Mechanismus für die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung. Trotz des gesetzlichen Rahmens kooperieren nicht alle Ministerien gleich intensiv mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Einige Ministerien halten sich regelmäßig an die vorgeschriebenen Verfahren und involvieren zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv, während andere offenbar weniger Engagement zeigen. Diese Beobachtung lässt darauf schließen, dass die Umsetzung der Verordnung unterschiedlich ausfällt und womöglich von individuellen Präferenzen innerhalb der Ministerien beeinflusst wird. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der menschliche Faktor, der eine bedeutende Rolle spielt. Dies zeigt sich insbesondere in der Art und Weise, wie individuelle Präferenzen und der politische Wille von Entscheidungsträger:innen die Gestaltung der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen beeinflussen. Die Haltung einer Minister:in kann als entscheidender Faktor betrachtet werden, der darüber bestimmt, ob und in welchem Umfang eine Kooperation zustande kommt. Es ist wichtig zu betonen, dass dieser Einfluss nicht ausschließlich auf den Druck von Personen unterhalb der Minister:in

zurückzuführen ist, sondern auch auf persönliche Neigungen und Einstellungen. Trotz der praktischen Herausforderungen bei der Umsetzung der Zusammenarbeit gibt es positive Entwicklungen zu verzeichnen. Besonders erwähnenswert ist der Erfolg der Organisation CRNVO, die erfolgreich Mittel für die Umsetzung der Strategie zur Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Organisationen sichern konnte. Dies markiert einen bedeutsamen Fortschritt, da in der Vergangenheit Strategien oft nur theoretisch existierten und keine finanzielle Unterstützung erhielten. Dieser Erfolg unterstreicht die Wirksamkeit von Bemühungen, konkrete finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, um die Umsetzung von strategischen Zielen in der Zivilgesellschaft zu fördern (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Frau Muk (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom) unterstreicht ebenfalls, dass die gesetzlichen Vorschriften im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung in Montenegro vorsehen, dass diese Organisationen aktiv in Arbeitsgruppen eingebunden werden sollen, insbesondere während des Prozesses der Gesetzes- und Strategieentwicklung. Ebenso schreiben diese Vorschriften vor, dass öffentliche Diskussionen verpflichtend sind und innerhalb eines Zeitraums von 20 bis 40 Tagen stattfinden müssen, um die Entwicklung sämtlicher Gesetze und Strategien zu gewährleisten. Im Kontext der europäischen Integration bezieht Montenegro zivilgesellschaftliche Organisationen in Arbeitsgruppen für Verhandlungen ein. Trotz vorangegangener Reformen, die die Anzahl der Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen reduzierten, behalten diese Organisationen die Möglichkeit, sich für spezifische Themen wie Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 zu melden. Diese Beteiligung ermöglicht den zivilgesellschaftlichen Organisationen, aktiv an den Diskussionen teilzunehmen, die für sie von Relevanz sind. Die praktische Realität der Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen variiert jedoch je nach Kapitel. Es treten gelegentlich Verzögerungen und informelle oder parallel verlaufende Strukturen auf, die die Beteiligung dieser Organisationen beeinträchtigen können. Daher ist es trotz formaler Prozesse, die eröffnet wurden, von Bedeutung, den Druck aufrechtzuerhalten, um sicherzustellen, dass informelle Entscheidungsprozesse nicht parallel verlaufen. Darüber hinaus gestaltet sich die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht immer eindeutig. Trotz der formalen Beteiligung seit 2012-2013 treten Situationen auf, insbesondere bei sensiblen Angelegenheiten, in denen informelle Entscheidungsprozesse in interministeriellen Konsultationen stattfinden. Die Effektivität dieser Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist maßgeblich von der politischen Willenskraft und der

proaktiven Haltung der Verantwortlichen abhängig (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro wird auch von Frau Uljarević reflektiert, wobei sie einige charakteristische Merkmale dieser Beziehung hervorhebt. Zunächst betont sie die ausgeprägte Präsenz und den Einfluss des zivilen Sektors in der montenegrinischen Gesellschaft. Die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen werden intensiv von den Medien verfolgt, und Persönlichkeiten aus dem zivilen Sektor sind allgemein bekannt. Ein interessanter Aspekt, den Frau Uljarević anspricht, ist das scheinbare Missverhältnis zwischen der öffentlichen Wahrnehmung der Zivilgesellschaft und der tatsächlichen Offenheit der Regierung gegenüber den Anliegen dieser Organisationen. Obwohl die Medien die Aktivitäten der Zivilgesellschaft aufmerksam verfolgen und darüber berichten, zeigt sich in der Praxis eine geringere Offenheit oder Akzeptanz seitens der Regierung. Frau Uljarević interpretiert dies als Ausdruck von Furcht seitens der Regierung, die darauf abzielt, möglichen Schaden in Form von Kritik zu kontrollieren, anstatt konstruktiv auf kritische Stimmen einzugehen (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Trotz des Regierungswechsels im August 2020 bleibt das Verhältnis zur Zivilgesellschaft offenbar unverändert. Die Zivilgesellschaft wird weiterhin als unerwünschter Akteur betrachtet, besonders im Fall von kritisch ausgerichteten Organisationen. Diese Ablehnung hat sich unter der neuen Regierung offenbar verstärkt, wobei die Demokratische Partei der Sozialisten als exemplarisches Beispiel für eine politische Gruppierung gilt, die historisch eine ablehnende Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft einnimmt. Ein besorgniserregender Aspekt besteht in der potenziellen Bedrohung der Meinungsfreiheit in Montenegro, die auf die Parteilichkeit sozialer Medien und eine erhebliche Reduzierung der Medienberichterstattung zurückzuführen ist. Diese Entwicklungen haben zu einem ungünstigen Klima und einer beeinträchtigten Arbeitsumgebung für zivilgesellschaftliche Organisationen geführt. Infolgedessen leidet auch die funktionale Zusammenarbeit, die eigentlich in Entscheidungsprozessen involviert sein sollte. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die kurzfristige Einladung der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einem Treffen mit der Regierung bezüglich der Volkszählung, die ohne ausreichende Vorbereitungszeit erfolgte. Dies lässt darauf schließen, dass die Regierung möglicherweise die zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht ernsthaft als gleichberechtigte Gesprächspartner betrachtet. Trotz solcher Herausforderungen ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Zivilgesellschaft ihre Integrität und Würde bewahrt. Dies reflektiert die

Überzeugung, dass eine konstruktive Zusammenarbeit auf Gegenseitigkeit und Achtung basieren sollte (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Frau Uljarević äußert Bedenken bezüglich der Behandlung des zivilgesellschaftlichen Sektors durch die aktuelle Regierung in Montenegro. Sie stellt fest, dass die Abgeordneten in Bezug auf Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eher selten aktiv waren. Trotzdem betont sie, dass es noch zu früh ist, um endgültige Schlussfolgerungen zu ziehen, da die Abgeordneten erst Ende Oktober gewählt wurden. Die Gespräche zwischen der Regierung und dem zivilen Sektor waren bisher thematisch begrenzt, sowohl unter der gegenwärtigen Regierung als auch unter der vorherigen von Dritan Abazović. Interessanterweise hebt sie hervor, dass der Präsident Jakov Milatović als einzige positive Ausnahme hervorsticht. Er hat relevante Organisationen zu spezifischen Themen eingeladen und ausführliche Diskussionen ermöglicht. Die Relevanz des zivilgesellschaftlichen Sektors in der aktuellen Regierung ist begrenzt, und es besteht kein vergleichbarer Zugang wie beim Präsidenten. Diese Tendenz zeigt sich auch in vorherigen Regierungen. Obwohl alle Premierminister in ihren Programmen die zivilgesellschaftliche Organisationen erwähnten, liegt bisher keine detaillierte Analyse dieser Erwähnungen vor. Ferner weist Frau Uljarević darauf hin, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei den letzten Parlamentswahlen im Vergleich zu politischen Parteien minimal repräsentiert waren. Dies lässt darauf schließen, dass die Zivilgesellschaft während der Wahlen nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit politischer Parteien steht. Die Beziehung zu politischen Entscheidungsträger:innen hängt stark von der Haltung der zivilgesellschaftlichen Organisationen ab. Organisationen mit einer unterstützenden Haltung könnten zu Meetings eingeladen werden, während kritisch ausgerichtete Organisationen möglicherweise begrenzten Zugang haben (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Die Zusammenarbeit zwischen dem Politikon und der Regierung erscheint eingeschränkt. Es lässt sich feststellen, dass die Organisation nicht fest in den Entscheidungsprozess der Regierung integriert ist und keine umfassende Zusammenarbeit besteht. Die Beziehung zwischen dem Politikon und der Regierung wird als weniger stabil wahrgenommen, als es wünschenswert wäre. Trotz finanzieller Unterstützung von Ministerien hat das Politikon keine direkte Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in dem Maße, wie es erforderlich oder erstrebenswert wäre. Die finanzielle Unterstützung von Ministerien für Projekte deutet darauf hin, dass die tatsächliche Einbindung der Organisation in den politischen Entscheidungsprozess begrenzt oder nicht direkt vorhanden ist. Diese Situation könnte möglicherweise auf Herausforderungen in der Interaktion zwischen dem Politikon und der Regierung hinweisen,

die zu einer weniger umfassenden Zusammenarbeit führen (Nikola Mumin, Politiker, 08.01.2024, Zoom).

Auch Herr Djukić hebt hervor, dass ein klar definiertes Gesetz existiert, das die Beteiligung der Bürger:innen an Entscheidungen auf lokaler und staatlicher Ebene regelt. Dieser partizipative Prozess beinhaltet eine öffentliche Ausschreibung, bei der zivilgesellschaftliche Organisationen aufgefordert werden, Kandidat:innen für Arbeitsgruppen zu nominieren, die an der Ausarbeitung von Strategien, Gesetzesvorlagen oder anderen Dokumenten beteiligt sind. Die Prozedur ist präzise und erfordert die Einreichung von Antragsformularen, die von den Organisationen und den nominierten Kandidat:innen ausgefüllt werden müssen. Es wird betont, dass, obwohl ein gewisser bürokratischer Aufwand besteht, dieser als überschaubar betrachtet wird. Trotz dieser formalen Struktur erzielt die tatsächliche Beteiligung des nichtstaatlichen Sektors in der Praxis nicht den gewünschten Effekt. Kritik wird insbesondere an der Tatsache geübt, dass die von zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgebrachten Vorschläge und Empfehlungen oft keinen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse haben. Es wird die Vermutung geäußert, dass die Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in erster Linie dazu dient, eine gewisse Legitimität zu verleihen, anstatt tatsächlich substantiellen Einfluss auf die Inhalte der erstellten Dokumente zu nehmen. Diese Einschätzung deutet darauf hin, dass die formale Partizipationsstruktur möglicherweise nicht in vollem Umfang die gewünschte Effektivität in der Einbindung des nichtstaatlichen Sektors in die Entscheidungsprozesse gewährleistet. Die Haltung, dass die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen an solchen Prozessen als Zeitverschwendung betrachtet wird, wird durch die Erfahrung gestützt, dass trotz der Teilnahme von Vertreter:innen der Zivilgesellschaft an Arbeitsgruppen wenig bis keine Ergebnisse erzielt werden. Dies wird darauf zurückgeführt, dass die endgültigen Positionen und Entscheidungen oft von genehmen staatlichen Organisationen beeinflusst werden, und die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen wird als ineffektiv wahrgenommen. Es zeigt sich eine abnehmende Bereitschaft von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Ressourcen und Energie darauf zu verwenden, Mitglieder:innen solcher Arbeitsgruppen zu sein. Dies lässt darauf schließen, dass die Einschätzung bezüglich der tatsächlichen Wirksamkeit der Teilnahme an Entscheidungsprozessen nachlässt und alternative Strategien für die Interessenvertretung in Betracht gezogen werden (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Trotz beschränkter Zusammenarbeit konnten einige Erfolge verzeichnet werden. Die Organisation Multimedijal hat erfolgreich mit der Regierung in verschiedenen Projekten zusammengearbeitet. Ein herausragendes Beispiel ist das sjever.me-Projekt in Bijelo Polje, das

Landwirten dabei geholfen hat, ihre Produkte erfolgreich zu vermarkten. Die Plattform ermöglicht die Implementierung effektiver Marketingstrategien zur wirksamen Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Dieses Projekt wurde in Kooperation mit dem montenegrinischen Ministerium für Landwirtschaft umgesetzt und hatte einen positiven Einfluss auf die landwirtschaftlichen Aktivitäten in der Region. In den vergangenen drei Jahren hat die Organisation auch mit dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung zusammengearbeitet, um ein Projekt im Bereich Verbraucherrechte zu realisieren. Dabei wurde eine Webseite erstellt, um Menschen über ihre Rechte zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, Unregelmäßigkeiten bei der Verletzung ihrer Verbraucherrechte zu melden. Ein weiteres erfolgreiches Engagement findet sich im Bereich Verkehr, wo die Organisation eine Plattform geschaffen hat, um Bürger:innen über Verkehrsunfälle, Straßenarbeiten und andere relevante Informationen zu informieren. Diese Initiative trägt zur Sicherheit und Transparenz im Verkehrsbereich bei. Die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Sport und Jugend hat ebenfalls Früchte getragen. Die Organisation bietet Schulungen für junge Menschen in modernen Berufen wie Fotografie, Grafikdesign, Videoproduktion und Social-Media-Management an. Neben der Vermittlung von Fachkenntnissen erhalten die Jugendlichen auch die notwendige Ausrüstung, wie Kameras und andere Geräte, um ihre eigenen Unternehmen zu gründen. Dieser Ansatz fördert nicht nur die berufliche Entwicklung junger Menschen, sondern stärkt auch ihre unternehmerischen Fähigkeiten (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Die Organisation Novi Horizont hat zwar keine direkte Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der Regierung, jedoch umfangreiche Erfahrungen auf lokaler Ebene, insbesondere mit der Gemeinde Ulcinj. Novi Horizont spielte eine maßgebliche Rolle bei der Erstellung mehrerer Aktionspläne in der Gemeinde Ulcinj. Als Träger übernahmen Novi Horizont den Hauptteil des Projekts zur Ausarbeitung des Aktionsplans für Kinder, was erstmalig in Ulcinj durchgeführt wurde. Novi Horizont wurde auch als Koordinatoren für die Erstellung von Aktionsplänen für Jugendliche sowie zur Bekämpfung von Drogenmissbrauch ausgewählt. In diesen Funktionen hat Novi Horizont den gesamten Prozess der Aktionsplanentwicklung erleichtert und war oft Mitglied verschiedener Arbeitsgruppen. Darüber hinaus war Novi Horizont aktiv an der Ausarbeitung der Gemeindestatuten, der Regelung des Gemeinderats, der Entwicklung der Strategie von Ulcinj sowie im Ausschuss zur Bewertung von Projekten von zivilgesellschaftlichen Organisationen und verschiedenen anderen Ausschüssen beteiligt. Die Organisation fungiert als Ressourcenzentrum und Informationsquelle für zivilgesellschaftliche Organisationen in der Gemeinde Ulcinj und Bar. Innerhalb dieses Dienstes bietet Novi Horizont

eine Vielzahl von Dienstleistungen für zivilgesellschaftliche Organisationen an. Das Spektrum reicht von Beratungen zur Organisationseintragung über das Verfassen von Projekten bis hin zur Unterstützung bei der Partner:innensuche und der Übernahme von Initiativen (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Novi Horizont stellt Organisationen einen Arbeitsraum zur Verfügung, insbesondere wenn diese über kein eigenes Büro verfügen oder eine Veranstaltung bzw. ein Treffen planen. Dieser Service, den Novi Horizont anbietet, ermöglicht es den Organisationen, ihre Aktivitäten durchzuführen und fördert die Zusammenarbeit innerhalb des nichtstaatlichen Sektors. Zusätzlich zu diesem Raumangebot übernimmt Novi Horizont die Rolle eines Anlaufpunkts und Vermittlers zwischen der lokalen Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bei lokalen Parlamentssitzungen sendet die Organisation die Tagesordnung an ihre Netzwerkorganisationen und verteilt sie an Kolleg:innen. Diese Praxis basiert auf der Tagesordnung, die sie erhalten. Falls ein Thema von besonderem Interesse ist und sich ein Engagement bei den Parlamentssitzungen lohnt, präsentiert sich Novi Horizont. Die Organisationen sind berechtigt, an den Sitzungen im lokalen Parlament in Ulcinj teilzunehmen, wobei dieses Recht als *slobodna stolica* (freier Stuhl) bezeichnet wird. Hierbei handelt es sich um ein spezielles Instrument, das eine Vertreter:in einer zivilgesellschaftlichen Organisation gestattet, anwesend zu sein und sich auf der Tribüne des Parlaments zu äußern. Es ist jedoch zu betonen, dass diese Vertreter:in nicht das Stimmrecht eines Ratsmitglieds ausüben kann. Die seit 20 Jahren von Novi Horizont wahrgenommene Vermittlungsrolle stellt eine bedeutende Schnittstelle im Kommunikationsprozess zwischen der lokalen Regierung und dem nichtstaatlichen Sektor dar. Das Hauptziel dieser Vermittlung besteht darin, die Partizipation von zivilgesellschaftlichen Organisationen an lokalen Entscheidungsprozessen zu erleichtern und gleichzeitig die Interessen des nichtstaatlichen Sektors angemessen zu vertreten (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Novi Horizont hat erfolgreiche Veränderungen im Parlament hervorgehoben, bei denen die zivilgesellschaftliche Organisation aktiv beteiligt war. Ein bemerkenswertes Beispiel ist die Mitwirkung an der Änderung des Gesetzes über die lokale Selbstverwaltung, insbesondere im Hinblick auf die Mechanismen zur Einbindung der Bürger:innen in Entscheidungsprozesse. Darüber hinaus setzte die Organisation erfolgreich die Bürger:inneninitiative als Instrument für Veränderungen ein. In der Vergangenheit erforderte eine Bürger:inneninitiative in der Gemeinde Ulcinj die Zusammenführung einer bedeutenden Anzahl von Unterschriften, was eine wesentliche Herausforderung darstellte. Durch ihre Initiativen und ihre direkte Beteiligung an der Ausarbeitung der Gemeindeordnung gelang es ihnen, die erforderliche

Unterschriftenquote zu reduzieren. Ursprünglich lag diese bei 5%, wurde dann auf 3% und schließlich auf 2% gesenkt. Diese Veränderung ermöglicht es Bürger:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Themen auf die Tagesordnung des Parlaments zu bringen, ohne eine übermäßige Anzahl von Unterschriften sammeln zu müssen. Die Organisation spielt eine aktive Rolle im Umweltausschuss sowie im Ausschuss für die Benennung von Plätzen und Straßen. Die Mitglieder:innen dieser und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen haben bedeutende Beiträge geleistet, indem sie an verschiedenen Foren innerhalb der lokalen Regierung teilgenommen haben. Einige der Entscheidungsträger:innen haben diese Beiträge widerwillig akzeptiert, während andere ihre Zustimmung verweigert haben. In Bereichen, in denen die politischen Interessen im Vordergrund stehen, sind Veränderungen begrenzt möglich. Trotzdem waren die Veränderungen, die durch die zivilgesellschaftliche Organisationen initiiert wurden, kosteneffizient, da der ausgeübte Druck erheblich war und zu Zugeständnissen geführt hat (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Die SOS Organisation spielte eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung des Aktionsplans für Frauen und Geschlechtergleichstellung in der Gemeinde Ulcinj von 2019 bis 2021. Frau Hatidža Neljaj, die Initiatorin des Plans, war die erste Person, die diesen entwickelte. Trotz der parlamentarischen Behandlung des Plans wurden keine der darin enthaltenen Punkte oder Anforderungen umgesetzt. Trotz dieser Herausforderungen wurde die Organisation Monate später erneut kontaktiert und erhielt finanzielle Mittel für ein 60-tägiges Aktivitätsprojekt. Im Rahmen dieses Projekts wurden runde Tische und Debatten organisiert, zu denen Vertreter:innen von Institutionen, insbesondere der Gemeinde, eingeladen waren. Dies markierte einen Fortschritt, da die Gemeinde erstmals aktiv um die Mitwirkung der Organisation bat (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Die SOS Organisation hat signifikante Fortschritte in der Zusammenarbeit mit der Polizei erzielt, insbesondere im Kontext von Gewalt gegen Frauen. In Situationen, in denen Frauen Anzeige erstatten möchten, begleitet die Organisation diese zur Polizei. Diese Partnerschaft wurde als äußerst erfolgreich beschrieben. Darüber hinaus agiert die Organisation als vertrauenswürdige Begleitperson für Frauen, die physische Gewalt erfahren haben, und unterstützt sie bei weiteren Schritten wie dem Besuch im Gesundheitszentrum und dem Gerichtsprozess, einschließlich Scheidungsverfahren. Die Polizei ruft die Organisation an, um Unterstützung in verschiedenen Fällen zu erhalten, wobei besonders positive Ergebnisse im Bereich häusliche Gewalt erzielt wurden. Die Organisation wird von der Polizei respektiert, und Fälle von häuslicher Gewalt, bei denen sie involviert ist und vor Gericht geht, enden in der

Regel positiv. Die Organisation wird als eine Institution wahrgenommen, die einen maßgeblichen Einfluss ausübt und Respekt für ihre Arbeit genießt, nicht zuletzt aufgrund der öffentlichen Bekanntheit und Medienpräsenz ihrer Sprecherin (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Die Organisation MOGUL hat bisher keine intensive Partnerschaft mit staatlichen Institutionen eingegangen, insbesondere im Zusammenhang mit öffentlichen Ausschreibungen. Eine einzige Ausnahme bildete die Bewerbung um die Erstellung eines Arbeitsdokuments für die Arbeit mit Kindern mit Entwicklungsstörungen, für die sie finanzielle Unterstützung erhielten. Die Projekte, an denen die Organisation teilnahm, konzentrierten sich hauptsächlich auf die Förderung der Zweisprachigkeit. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Aspekte oft nicht angemessen im Budget berücksichtigt wurden. Es gab jedoch einen Fall einer sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Unternehmen *Morsko Dobro* (Öffentliches Unternehmen für das Küstenzonenmanagement von Montenegro). Diese Kooperation erfolgte während der Phase, in der die Organisation die Überwachung ihrer Arbeit ankündigte. Das Unternehmen reagierte positiv, es wurden schriftliche Vereinbarungen über die Zusammenarbeit getroffen, und das Unternehmen zeigte sich offen für Überwachung und stellte Dokumente zur Verfügung. Diese Phase der guten Zusammenarbeit fand um das Jahr 2005 statt. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die Organisation seitdem eine gewisse Distanz zu diesem Unternehmen wahrt und Bedenken bezüglich möglicher Korruption äußert, indem es es als potenzielle Quelle von Unregelmäßigkeiten betrachtet. Die Möglichkeit, Einfluss auf Strategien und Pläne zu nehmen, wird ebenfalls angesprochen. Vor etwa 10-15 Jahren, als das Ministerium für Tourismus und Umwelt proeuropäische Rhetorik pflegte, gab es eine Phase, in der Mitglieder:innen der Zivilgesellschaft in Arbeitsgruppen zur Öffnung von Verhandlungskapiteln ausgewählt wurden. Trotz ihrer Aktivitäten waren diese Mitglieder:innen oft erfolglos, da viele ihrer Vorschläge nicht berücksichtigt wurden (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj).

4.5.1 Dynamik der Demokratie - Die Rolle der Zivilgesellschaft im Kontext politischer Veränderungen

Die Zivilgesellschaft in Montenegro hat während der beiden Transitionsphasen eine entscheidende Rolle bei der Förderung demokratischer Werte gespielt. Im Gegensatz dazu haben politische Parteien, die traditionell als Hauptakteure und Träger des demokratischen

Wandels gelten, in einigen Fällen Spaltungen auf nationaler und religiöser Ebene vorangetrieben. Montenegro befand sich lange Zeit in einem monistischen System, was die Zivilgesellschaft zu einer bedeutenden Gegenkraft machte. Diese Situation wird als einzigartig und im Vergleich zu anderen Ländern, die demokratische Übergänge durchlaufen haben, als besonders betrachtet. Die Kommunistische Partei Montenegros sowie deren Nachfolgepartei, die Demokratische Partei der Sozialisten, werden als einflussreiche Akteure beschrieben, die die politische Bühne und die Opposition auch nach ihrem offiziellen Machtverlust stark beeinflusst haben. In diesem Zusammenhang wird betont, dass die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle im Demokratisierungsprozess spielte. Ihre Aufgabe bestand darin, demokratische Werte zu fördern, die über Spaltungen hinausgehen, und auf die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung sowie Unabhängigkeit von Institutionen wie Justiz und Staatsanwaltschaft hinzuweisen. Die Zivilgesellschaft in Montenegro hat eine Schlüsselrolle gespielt, indem sie als Gegenkraft gegen als problematisch wahrgenommene Praktiken der politischen Parteien agierte und dadurch die demokratische Entwicklung unterstützte. Auch zu Beginn des EU-Beitrittsprozesses hatten die zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich mehr Möglichkeiten als in der gegenwärtigen Zeit. Die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten werden auf verschiedene Faktoren zurückgeführt. Hauptsächlich wird darauf hingewiesen, dass das Regime unter Milo Djukanović diese Organisationen als feindlich und böswillig betrachtet hat, insbesondere wenn sie eine oppositionelle Rolle einnehmen. Einige Organisationen sind Teil der Oppositionsparteien, während andere als erfolglose Kritiker:innen des Regimes gelten, die dennoch Kritik äußern. Es wird festgestellt, dass nur wenige zivilgesellschaftliche Organisationen, abgesehen von einigen, die seit 20 Jahren etabliert sind, einen nennenswerten Einfluss in der Bevölkerung haben (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj).

Eine erkennbare Verschlechterung der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung in Montenegro lässt sich im Vergleich zu den letzten zwei Jahren feststellen. Der politische Führungswechsel im Jahr 2020, der anfangs als potenziell positiv angesehen wurde, scheint sich für die zivilgesellschaftlichen Organisationen als enttäuschend herausgestellt zu haben. Vor dem Jahr 2020 erlebten zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Position als unzureichend geschätzt, und die Zusammenarbeit mit der Regierung wurde als formal und wenig effektiv wahrgenommen. Der Regierungswechsel im Jahr 2020 sollte eigentlich eine Neuausrichtung ermöglichen, führte jedoch nicht zu den erhofften Verbesserungen. Im Gegenteil wurden im Jahr 2021 etwa 70 Prozent der erlassenen Gesetze laut der Aussage ohne ordnungsgemäßes parlamentarisches Verfahren verabschiedet.

Diese Vorgehensweise schloss die Öffentlichkeit, einschließlich zivilgesellschaftlicher Organisationen, weitgehend von der Gesetzgebung aus. Besonders problematisch scheint die Zusammenarbeit mit bestimmten Ministerien zu sein, wie zum Beispiel dem Ministerium für Kultur (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom). Außerdem das Fehlen von Ausschreibungen oder Arbeitsgruppen für öffentliche Organe in Bezug auf Projekte von zivilgesellschaftlichen Organisationen weist darauf hin, dass diese Ministerien ihre Verpflichtungen gegenüber der Zivilgesellschaft nicht erfüllen. Das Ministerium für Kultur hat trotz seiner Verpflichtung, sich auf den Haushaltsbereich für Projekte und Programme von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu konzentrieren, in den letzten zwei Jahren keine Ausschreibungen oder Arbeitsgruppen für öffentliche Organe veröffentlicht. Dies betrifft spezifisch bestimmte Regierungssegmente, insbesondere im Bereich der Kultur. Die genauen Gründe für diese Nichtaktivität in diesem Zeitraum sind derzeit nicht klar. Diese Untätigkeit hat dazu geführt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen weniger geneigt sind, an Arbeitsgruppen teilzunehmen, die von staatlichen Verwaltungsorganen organisiert werden, und sich am partizipativen Prozess zu beteiligen, der auf die Vorbereitung von Gesetzen für öffentliche Diskussionen abzielt. Ein Beispiel dafür ist der Rat für die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung, dessen Bildung aufgrund mangelnder Beteiligung von Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen bisher nicht erfolgen konnte. In den letzten drei Jahren manifestieren sich Unzufriedenheit, Misstrauen und eine gewisse Revolte von zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber der Haltung der Regierung. Insgesamt zeichnet sich eine Atmosphäre der Unzufriedenheit und Skepsis ab, die auf tieferliegende Ursachen und Haltungen zurückzuführen sein könnte (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Die politische Situation in Montenegro war historisch gesehen nicht konstant und hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Vor rund 20 Jahren herrschte in Montenegro eine Atmosphäre, die als offener und förderlicher für die freie Äußerung von Kritik wahrgenommen wurde. Während dieser vergangenen Periode zeigte sich eine verstärkte Bereitschaft zum Austausch von Meinungen und konstruktiver Kritik, was zu einer lebendigeren politischen Diskussion führte. Die Veränderungen im politischen Klima im Laufe der Jahre deuten darauf hin, dass die aktuelle politische Landschaft in Montenegro im Vergleich zu früheren Zeiten möglicherweise weniger tolerant gegenüber unterschiedlichen Meinungen und Kritik ist. Die verbesserte politische Lage zu Beginn der Demokratie in Montenegro wird auf die mögliche Bestrebung der Regierung zurückgeführt, sich positiv zu profilieren und die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Im Gegensatz dazu wird die gegenwärtige Verschlechterung auf

Faktoren wie Nepotismus und Korruption zurückgeführt. Die Aussage hebt hervor, dass die gegenwärtigen Machthaber offenbar stärker an ihren eigenen Interessen als an demokratischen Prinzipien, Grundsätzen guter Regierungsführung und den Leitlinien der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) interessiert zu sein scheinen. Dies deutet darauf hin, dass sich der Fokus der Regierung von demokratischen Prinzipien auf den Erhalt und die Ausübung von Macht verschoben haben könnte (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Die aktuelle Regierung scheint die Zivilgesellschaft nicht als vorrangig zu betrachten. Frau Uljarević veranschaulicht dies in Kapitel 4.5 anhand konkreter Beispiele, insbesondere im Hinblick auf ihre Organisation. Trotz Einladungen zu bestimmten Ausschüssen des Parlaments erfährt die Organisation insgesamt eine begrenzte Wertschätzung und Einbindung des zivilgesellschaftlichen Sektors in politische Prozesse (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Die Dynamik der Demokratie in Montenegro betont die essentielle Rolle einer starken Konsolidierung für die Schaffung einer nachhaltigen demokratischen Ordnung. Angesichts der Herausforderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen wird die Wichtigkeit von verstärkter Anerkennung und verbesserten Möglichkeiten seitens der Regierung unterstrichen. Um die Konsolidierung der Demokratie zu festigen, bedarf es eines fortwährenden Dialogs für politische Stabilität und demokratische Entwicklung, bei dem Bürger:innen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv eingebunden sind. Der Erfolg Montenegros bei der Festigung einer demokratischen Konsolidierung wird maßgeblich davon abhängen, inwiefern diese Prinzipien im täglichen politischen Handeln verinnerlicht werden.

4.5.2 Transparenz der Regierung

Hinsichtlich der Transparenz der Regierung hebt Frau Uljarević hervor, dass während des Zeitraums von der Unabhängigkeit bis zum Jahr 2020 kritische Anmerkungen zu verzeichnen waren. Ein signifikanter Fortschritt manifestierte sich während der Amtszeit von Igor Lukšić (2010-2012), als die Entschlussfassung erfolgte, die Agenda der Regierung sowie die Unterlagen der Kabinettsitzungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Praxis besteht bis heute und wurde etwa 2011 oder 2012 eingeführt. Es wird darauf hingewiesen, dass es trotz dieser Transparenzpolitik einige interne Dokumente gibt, die nicht veröffentlicht

werden. Dennoch gibt es die Möglichkeit, regelmäßig vollständige Materialien und Protokolle auf der Regierungswebsite einzusehen. Eine andere Dimension der Transparenz bezieht sich auf die Öffentlichkeit der Arbeit und der einzelnen Ministerien. Einige Ministerien waren offen und ermöglichten einen einfachen Zugang zu Informationen gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz, während andere, wie das Finanzministerium und einige andere Ministerien, traditionell verschlossen waren. Bis im Jahr 2020 neigten einige Minister dazu, sich bevorzugt an Medien zu wenden, die als freundlich betrachtet wurden, um unangenehme Fragen zu vermeiden. Dies könnte zu einer selektiven Informationsfreigabe geführt haben, wobei bestimmte Medien bevorzugt wurden, um eine bestimmte Botschaft zu betonen, während kritische Fragen vermieden wurden (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Nach dem Jahr 2020 wird in dem Interview darauf hingewiesen, dass sich ein interessanter Trend in Bezug auf die Regierungstransparenz abzeichnet. Früher sei es leicht gewesen, Informationen über die Arbeit der vorherigen Regierungen zu erhalten. Jedoch wird festgestellt, dass das Maß an Offenheit oder Verschlossenheit nach 2020 gleich geblieben oder sogar schlimmer geworden ist. Frau Uljarević ist der Meinung, dass heute ein niedrigerer Grad an Transparenz besteht, insbesondere wenn es darum geht, Informationen über die aktuellen Regierungsaktivitäten zu erhalten. Die Anfragen nach Informationsfreiheit an die aktuelle Regierung möglicherweise weniger effektiv sind, insbesondere wenn sie sich auf die Arbeit der vorherigen Regierung beziehen. Die Vermutung besteht, dass die aktuelle Regierung dazu neigt, Informationen zu präsentieren, die als belastend für ihre eigene Agenda angesehen werden könnten. Ein weiterer Aspekt, der angesprochen wird, betrifft die öffentliche Zugänglichkeit der Regierungssitzungen während der Amtszeit von Dritan Abazović (2020-2023). Obwohl die Übertragung auf dem YouTube-Kanal der Regierung positive Aspekte hatte, wie die Möglichkeit, Einblicke in die Qualität der Regierungsarbeit zu gewinnen, gab es auch negative Seiten. Es wird festgestellt, dass die Sitzungen oft als Bühne genutzt wurden und weniger für ernsthafte, fundierte Diskussionen dienten. Besonders nach der Entlassung von zwei Ministern der DPS, die institutionelles Wissen und Erfahrung hatten, wurde bemerkt, dass die Dynamik und Arbeitsweise der Regierung sich verändert hatten. Es wurde beobachtet, dass neu eingetretene Mitglieder:innen, ohne vorherige Regierungserfahrung, in einer Weise diskutierten, die als unangemessen für Themen von öffentlichem Interesse betrachtet wurde. Der Raum wurde anscheinend mehr genutzt, um bestimmte parteipolitische Ansichten zu fördern, anstatt ernsthafte und sachliche Debatten zu führen. Die Sitzungen sind nun für die Öffentlichkeit geschlossen, und es wurde sogar eine zusätzliche Einschränkung eingeführt, indem Journalist:innen bei Pressekonferenzen auf eine einzelne Frage beschränkt sind und dies

auch nur im Rahmen des vorgegebenen Themas. Dies wird als nachteilig betrachtet, da es die Arbeitsweise der Medien einschränkt, jedoch wird darauf hingewiesen, dass die Medienlandschaft selbst stark gespalten und uneinig ist, was eine angemessene Reaktion erschwert. Des Weiteren wird auf Probleme im Zusammenhang mit dem freien Zugang zu Informationen hingewiesen. Es gibt Mängel im Gesetz, Überlastung des Systems und sogar Missbräuche des Rechts auf freien Zugang zu Informationen, bei denen einige Akteure einen Weg gefunden haben, davon finanziell zu profitieren. Es wird betont, dass es nicht ausreichendes Bewusstsein dafür gibt, dass Personen in institutionellen Positionen im öffentlichen Interesse arbeiten müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass einige Akteure dazu neigen, selbst zu entscheiden, welche Informationen sie preisgeben, unabhängig von den Interessen der Medien, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder anderen Akteuren. Ein weiteres Anliegen betrifft die Aktualisierung von Websites, die oft nicht ausreichend ist, und der Einsatz für die Wiedereinführung der öffentlichen Zugänglichkeit der Regierungssitzungen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass wichtige mündliche Informationen, wie der Fortschritt im EU-Beitrittsprozess, während geschlossener Sitzungen präsentiert werden und somit für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Dies wird als Verlust an Transparenz und Information für die Bürger:innen betrachtet (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

In Bezug auf die Regierungstransparenz betont Frau Muk aus dem Institut Alternativa, dass trotz vorhandener institutioneller Mechanismen und Bemühungen um Offenheit und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oft ein Mangel an Respekt für das Informationsfreiheitsgesetz in der Praxis festgestellt wird. Informationen werden aus Regierungssitzungen selektiv veröffentlicht, und es besteht Unklarheit darüber, welche Punkte als geheim eingestuft wurden. Ein kritisches Element ist das Fehlen von Informationen darüber, welche Materialien als geheim betrachtet werden. Dies wird als entscheidend für die Beurteilung der Transparenz der Regierungsarbeit betrachtet. Trotz des Wunsches nach Änderungen am Informationsfreiheitsgesetz und der Erwartung von überfälligen Änderungen, die seit einigen Jahren gefordert werden, sind die ergriffenen Maßnahmen als unzureichend empfunden worden. Insbesondere werden Einschränkungen beim Zugang zu Informationen, die 2017 eingeführt wurden, kritisiert, da sie beispielsweise Steuer- und Geschäftsgeheimnisse ohne ausreichende Erläuterungen eingeführt haben. Die fehlende Offenheit wird auch in Bezug auf die legislative Initiative von Abgeordneten im Parlament betont. Es wird darauf hingewiesen, dass es in dieser speziellen Situation, in der der Anteil der von Abgeordneten vorgeschlagenen Gesetze manchmal gleich hoch ist wie der von der Regierung, keine Garantie oder Verpflichtung zu einer gleichberechtigten Beteiligung gibt. Dies betrifft besonders die

fehlenden verpflichtenden öffentlichen Diskussionen im Gegensatz zu Gesetzesvorschlägen der Regierung. Die gesetzgeberische Initiative der Abgeordneten nimmt zu, ohne klare Regeln oder Verfahren, was das Gesamtbild der Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und allen interessierten Bürger:innen beeinträchtigt (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Herr Djukić (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom) bringt das gleiche Beispiel für den Wandel in der Regierungstransparenz ein wie Frau Uljarević (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom). Er hebt hervor, dass die vorherige Regierung bis vor einem Monat Live-Übertragungen der Regierungssitzungen ermöglichte, die direkt auf YouTube verfolgt werden konnten. Die neu gewählte Regierung hat diese Praxis abgeschafft, was als politische Entscheidung betrachtet wird. Trotz dieses Rückschritts betont er, dass die Transparenz auf höchster Ebene im Vergleich zu vor 10 Jahren zugenommen hat, aber es gibt immer noch Raum für Verbesserungen. Ein konkretes Beispiel wird angeführt, um den aktuellen Status der Transparenz zu illustrieren. Obwohl bekannt ist, dass eine Regierungssitzung stattfindet und dass eine Entscheidung getroffen wurde, fehlen Details darüber, wer für diese Entscheidung gestimmt hat und welche Kommentare während der Sitzung abgegeben wurden. Im Vergleich dazu wird Slowenien als Beispiel genannt, wo staatliche Dokumente live auf der Website verfolgt werden können, inklusive Zahlungen des Staates. Herr Djukić sieht dies als Defizit in Montenegro, insbesondere wenn es um intransparente Ausgaben aus den Haushaltsreserven geht. Trotzdem anerkennt er, dass im Vergleich zu früheren Jahren die Transparenz erheblich gestiegen ist. Viele Dokumente, öffentliche Ausschreibungen und Berichte zu Sitzungen werden nun veröffentlicht. Dennoch sieht er Raum für weitere Verbesserungen auf staatlicher und lokaler Ebene. Er betont, dass die Transparenz auf lokaler Ebene stark von Gemeinde zu Gemeinde variiert und sowohl von den Ressourcen als auch vom politischen Willen abhängt (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom). Diese Varianz zeigt sich auch bei den verschiedenen Ministerien, wobei einige transparenter sind als andere, während wiederum andere praktisch undurchsichtig erscheinen. Die Möglichkeit, allgemeine Bewertungen vorzunehmen, wird durch den erheblichen Einfluss politischer Entscheidungen auf die Transparenz erschwert. Oftmals erfolgt eine unzureichende Umsetzung von politischen Richtlinien und den damit verbundenen Verpflichtungen, besonders weil bestimmte Ministerien Schwierigkeiten haben, öffentlich zugängliche Dokumente angemessen zu veröffentlichen. Ein weiteres bedeutendes Hindernis für die Transparenz stellte ein schwerwiegender Cyberangriff dar, der im Jahr 2022 die Regierungsseiten, Ministerien und alle angeschlossenen Organisationen außer Betrieb

setzte. Seitdem sind die Bemühungen zur Wiederherstellung der Daten durch kontinuierliche Cyberangriffe beeinträchtigt. Beamt:innen mussten in dieser Zeit auf ihre privaten E-Mails ausweichen, da ihre Arbeitscomputer nicht betriebsbereit waren und der Zugriff auf das System verboten war. Die Dauer und der aktuelle Status der Behebung dieses technischen Problems bleiben unklar, da viele Dokumente durch die Angriffe nicht mehr verfügbar sind. Die Unsicherheit über die Ursache der Einschränkungen in der Transparenz erschwert eine klare Bewertung, insbesondere für Personen, die nicht mit technischen Angelegenheiten vertraut sind. Es lässt sich jedoch feststellen, dass die Transparenz in der vergangenen Periode bis zum Jahr 2020 bereits problematisch war und seither weiter abgenommen hat. Der Einfluss sowohl politischer Entscheidungen als auch technischer Herausforderungen trägt dazu bei, dass die Frage nach der Transparenz in der aktuellen Regierungskonstellation von großer Komplexität ist (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Herr Perović äußert Bedenken bezüglich der Transparenz, insbesondere auf lokaler Ebene. Er gibt an, dass es schwierig ist, Informationen zu erhalten, selbst wenn entsprechende Anfragen gestellt werden. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Klagen, die eingereicht werden, dazu dienen, den Zugang zu Informationen zu gewährleisten. Wenn Informationen von Institutionen zurückgehalten werden, ermöglichen Klagen den Bürger:innen oder Organisationen, gerichtlich den Zugang zu diesen Informationen zu erzwingen. Trotz dieser rechtlichen Möglichkeit scheint es jedoch Schwierigkeiten oder Hindernisse im Klageprozess zu geben, insbesondere wenn es darum geht, effektiv und reibungslos den gewünschten Informationszugang zu erreichen (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj).

4.5.3 Kritik an die Regierung als treibende Kraft für Veränderung?

Die Frage nach der Reaktion der Regierung auf Kritik gibt Anlass zu einer komplexen Dynamik, die maßgeblich von den individuellen Persönlichkeiten der Minister:innen und Premierminister:innen abhängt. Die Regierung wird nicht als homogene Einheit betrachtet, sondern vielmehr als eine Vielzahl von Individuen, von denen einige besser in der Lage sind, mit Kritik umzugehen als andere. Die Reaktion auf Kritik variiert erheblich in Abhängigkeit von der jeweiligen Situation. Einige Minister:innen können Kritik gut verarbeiten und antworten in offener, argumentativer Weise, während andere eine eher bedrohliche Haltung einnehmen. Historisch gesehen gab es einen Innenminister, der öffentlich Druck auf

zivilgesellschaftliche Organisationen ausübte, wenn diese Entscheidungen seines Ministeriums in Frage stellten. Gleichzeitig gab es Amtskolleg:innen, die sachlich darauf hinwiesen, dass Individuen, die in Folterpraktiken verwickelt waren, in ihren beruflichen Positionen vorankamen – eine Entwicklung, die schwer nachvollziehbar ist. Der betreffende Minister reagierte, indem er sich gegen diese Personen wandte, als wären sie Schützer bestimmter mafiöser Strukturen oder ähnlicher Gruppierungen. Ein weiteres negatives Beispiel ist der ehemalige Premierminister Dritan Abazović, der scheinbar eine konfrontative Haltung gegenüber Kritiker:innen einnahm. Diese Kritiker:innen wurden von ihm offenbar als Feinde betrachtet, und es wurde ihnen vorgeworfen, Mitglieder eines mafiösen Klans zu sein, der ihm feindlich gegenüberstand. Dies geschah offenbar als Reaktion auf Kritik, wobei Abazović grundsätzlich Kritiker:innen Eigeninteressen und fremde Motive zuschrieb. Fremde Motive, die er vermutete, bedeuteten, dass die Kritiker:innen von externen oder fremden Interessen geleitet wurden, die nicht im Einklang mit den Interessen oder Zielen seiner eigenen politischen oder persönlichen Agenda standen. Es gibt jedoch auch positive Beispiele. Ein ehemaliger Bildungsminister reagierte auf Kritik, indem er ein Treffen initiierte, um die Teilnahme an einem EU-Projekt zum Thema Mobbing zu besprechen. Der Minister reagierte gelassen auf die vorherige Kritik, gestand teilweise Fehler ein und zeigte Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Dies verdeutlicht, dass die Kommunikation mit einigen Regierungsvertreter:innen möglich ist, während andere persönliche Angriffe starten, wenn Kritik im Namen einer Organisation geäußert wird. Die geschilderten Fälle verdeutlichen somit die Vielschichtigkeit der Reaktionen der Regierung auf Kritik und die unterschiedlichen Herangehensweisen der einzelnen Minister:innen und Premierminister:innen (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Die Akzeptanz von Kritik durch Regierungen ist offensichtlich ein heikles Thema, wie Erfahrungen mit Regierungswechseln in Montenegro verdeutlichen. Weder die vorherige langjährige Regierung noch die aktuelle zeigen sich bereitwillig gegenüber Kritik. Auffällig ist, dass in der Vergangenheit sogar institutionelle Maßnahmen, wie beispielsweise Entlassungen, als Reaktion auf Kritik ergriffen wurden. Vor 2020 gab es umstrittene Entlassungen von Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus verschiedenen Gremien, darunter die Agentur zur Verhütung von Korruption sowie die Räte des öffentlichen Dienstes und des Rundfunks in Montenegro. Seit 2020 scheint die Ablehnung von Kritik eher auf der rhetorischen Ebene zu liegen, begleitet von negativen Kommentaren und einer bestimmten Darstellung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Öffentlichkeit. Im Gegensatz dazu sind institutionelle Reaktionen, wie Entlassungen von Vertreter:innen aus bestimmten Strukturen, seltener geworden. Bisher liegen keine umfassenden empirischen Daten zu diesem

Thema vor. Kritik sollte als treibende Kraft fungieren. Obwohl es für niemanden angenehm ist, kritisiert zu werden, könnte die provokative Natur von Kritik dazu dienen, Entscheidungsträger:innen zu bewegen und zu motivieren. Der Vergleich mit der vorherigen Regierung zeigt, dass übermäßiges Selbstvertrauen möglicherweise dazu führen kann, dass Kritik nicht ernst genommen wird. Bisher wurde nicht in dem Maße erkannt, dass Kritik eine entscheidende treibende Kraft für Veränderungen sein kann. Der zivilgesellschaftliche Sektor wird als eine maßgebliche Instanz in der Konfrontation mit kontroversen Entscheidungen oder Projekten betrachtet. Trotz einiger vorangegangener Erfolge hat der zivilgesellschaftliche Sektor bisher nicht das gewünschte Maß an Erfolg erzielt, das für eine angemessene Einwirkung notwendig wäre. Dies wirft fortwährend die Frage auf, in welchem Ausmaß Kritik als ein wirksames Instrument für Veränderungen genutzt werden kann (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Die Art und Weise, wie Kritik formuliert wird und ihre Urheberschaft spielen eine entscheidende Rolle in der Wahrnehmung der montenegrinischen Regierung. Leider besteht die Tendenz, Kritik selten als konstruktiven Beitrag anzuerkennen, der darauf abzielt, die Notwendigkeit zur Verbesserung bestimmter Systeme zu erkennen. Stattdessen wird oft eine defensive Haltung eingenommen, die dazu führen kann, dass Kritik als Bedrohung wahrgenommen wird. In den vergangenen Jahren hat sich eine beunruhigende Entwicklung gezeigt, insbesondere im Hinblick auf Organisationen, die aktiv in Politiken zur Korruptionsbekämpfung, Justiz und Menschenrechten involviert sind. Diese Organisationen, die eine bedeutende Rolle bei der Aufdeckung von Missständen spielen, werden nicht selten von höchsten Vertreter:innen des Staates angegriffen. Eine Organisation, die sich aktiv für die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzt, erfährt oft Ablehnung, insbesondere von Seiten, die von der Kritik betroffen sind. Dieser Trend steht im Widerspruch zum Ideal einer offenen und konstruktiven Diskussion, die notwendig ist, um gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben. Eine solche defensive Haltung gegenüber Kritik kann dazu führen, dass relevante Probleme und Missstände nicht angemessen angegangen werden. Es scheint, als würden diejenigen, die sich intensiv mit Angelegenheiten wie Korruptionsbekämpfung und Menschenrechten beschäftigen, als Bedrohung wahrgenommen werden, anstatt als Partner:innen im Bestreben, das System zu verbessern (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Die zivilgesellschaftliche Organisation Politikon setzt weniger den Fokus auf öffentliche Kritik an der Regierung, sondern vielmehr auf eine kritische Bewertung der Regierungsarbeit durch interne Analysen und Studien. Trotz dieser Ausrichtung bemerkt die Organisation, dass die

Reaktionen der Regierung in den letzten drei Jahren, die durch drei verschiedene Regierungen geprägt waren, vielfältig waren und je nach der spezifischen Amtsperiode unterschieden. Einige Amtsträger:innen zeigen eine etwas positivere Reaktion auf kollektive Initiativen des zivilen Sektors, insbesondere wenn mehrere Organisationen oder Gruppen mit spezifischen Forderungen an die Regierung herantreten. Diese Reaktionen führten gelegentlich zu Veränderungen im Prozess. Allerdings handelte es sich dabei meist um Entscheidungen, die im Vergleich zur europäischen Agenda als nicht besonders drastisch wahrgenommen wurden und nur begrenzten Einfluss auf die Substanz des Prozesses hatten. Die unterschiedlichen Reaktionen der verschiedenen Regierungen auf die Anliegen des zivilen Sektors sind jedoch facettenreich. Die Bewertung von Veränderungen im Prozess sowie deren Einfluss auf die substantielle Gestaltung im Vergleich zur europäischen Agenda bleibt Gegenstand weiterer Betrachtungen. Die Dynamik zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung wird von unterschiedlichen Herangehensweisen geprägt (Nikola Mumin, Politikon, 08.01.2024, Zoom). Auch die zivilgesellschaftliche Organisation Multimedijal beurteilt Kritik an der Regierung individuell und erkennt eine vielschichtige Dynamik im Umgang damit an. Die Reaktion auf Kritik an staatlichen Entscheidungen oder Politiken ist allgemein ungerne gesehen, jedoch variiert die Art und Weise, wie sie aufgenommen wird, erheblich von Amtsträger:in zu Amtsträger:in. Erfahrene Individuen, insbesondere solche mit einer längeren politischen Historie, neigen dazu, besser zu verstehen, dass Kritik aus dem nichtstaatlichen Sektor nicht zwangsläufig persönlich gemeint ist. Diese Einsicht zeigt, dass die Wahrnehmung von Kritik stark von individuellen Erfahrungen und dem Hintergrund der beteiligten Personen beeinflusst wird. Die Akzeptanz von Kritik unterliegt der individuellen Perspektive und Erfahrung jedes Einzelnen. Während einige Menschen Kritik als konstruktiven Beitrag zur Verbesserung von Systemen und Politiken betrachten, nehmen andere sie persönlich und äußern dies auf verschiedene Weisen. In einigen Situationen könnte dies dazu führen, dass Versuche unternommen werden, die Kritiker:in in ihrem Tätigkeitsfeld zu behindern oder zu beeinträchtigen. Die Reaktionen der Regierung auf Kritik sind facettenreich und zeigen Unterschiede zwischen verschiedenen Amtsperioden. Einige Regierungen reagieren positiver auf kollektive Initiativen des zivilen Sektors, während andere möglicherweise weniger geneigt sind, substantielle Veränderungen anzustoßen. Trotz der Vielfalt in der Reaktion bleibt die grundlegende Abneigung gegen Kritik bestehen, da es eine natürliche Reaktion ist, die jedoch von Einzelpersonen unterschiedlich interpretiert wird (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Die derzeit größten Herausforderungen für den zivilen Sektor resultieren aus dem äußerst starken Einfluss der Politik auf das öffentliche Leben. Dieser Einfluss reicht so weit, dass er nicht nur die Arbeit und das bürgerschaftliche Engagement beeinträchtigt, sondern auch den einst vorhandenen Enthusiasmus der Zivilgesellschaft nahezu blockiert hat. Die Politik hat es geschafft, Mitglieder:innen der Zivilgesellschaft auf unterschiedliche Weisen zu beeinflussen und zu verführen, was zu einem deutlichen Rückgang des kritischen Bewusstseins und der Freiheit geführt hat. Der kritische Sinn und die Freiheit, gemeinsam gegen Missstände vorzugehen, sind auf ein Minimum gesunken. Die Angst vor möglichen Konsequenzen seitens der Regierung hat dazu geführt, dass viele Menschen zögern, Kritik zu äußern oder Petitionen zu unterzeichnen. Es herrscht die Sorge, dass dies zu persönlichen Nachteilen führen könnte, sei es in Form von Fördermittelkürzungen oder einem Wechsel der Gunst der Regierung. Leider hat dies zu einem Verlust der Rolle der Zivilgesellschaft als Überwacher der Macht geführt. Die Politik hat die Gemeinschaft gespalten, neutralisiert und verführt, wodurch die Zivilgesellschaft ihren ursprünglichen Zweck verloren hat. Die Gemeinschaft, aufgrund ihrer geringen Größe, fühlt sich möglicherweise nicht in der Lage, sich effektiv gegen die Macht der Regierung zu wehren, die sie unterdrücken kann. Die Regierung reagiert auf Kritik und Petitionen, indem sie die Organisationen offen angreift. Dies äußert sich in Pressekonferenzen und in der Degradierung ihrer Arbeit. Eine solche offene Kritik kann dazu führen, dass die Kommissionen in Ministerien die Verteilung von Mitteln nicht mehr als Priorität behandeln, da die betreffende Organisation als Gegner:in der Macht betrachtet wird. Rache und Angriffe gegen abweichende Meinungen sind in der aktuellen Situation äußerst präsent, was dazu führt, dass der oppositionelle Charakter der Kritik stark nachgelassen hat. In einer normalen Demokratie sollte es Raum für Kritik in der Gesellschaft geben, jedoch wird in diesem Fall versucht, anders handelnde Stimmen zu disqualifizieren oder ihren Handlungsspielraum einzuschränken (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Die zivilgesellschaftliche Organisation MOGUL sah sich in ihrer Tätigkeit mit diversen Herausforderungen konfrontiert, welche trotz fehlender direkter Arbeitsunterbrechungen erhebliche Schwierigkeiten darstellten. Der Sprecher sah sich in drei Fällen rechtlichen Konsequenzen gegenüber, wobei die Anklagen auf vermeintlich unbedeutende Angelegenheiten zurückzuführen waren. Diese Vorkommnisse bezogen sich insbesondere auf Protestaktionen, darunter eine, die den Zugang zu Valdanos betraf, einem ökologisch bedeutenden Gebiet in der Bucht von Ulcinj. Der Zugang zu Valdanos wurde über einen längeren Zeitraum abrupt blockiert, und erst durch eine umfassende Protestaktion, an der mehr als tausend Menschen teilnahmen, konnte das Tor gewaltsam geöffnet werden. Eine weitere

Herausforderung ergab sich bei der Freiwilligenreinigung der Straßen, bei der keine Unterstützung erlangt wurde und stattdessen rechtliche Konsequenzen folgten. Sicherheitskräfte des Verteidigungsministeriums verhängten Geldstrafen gegen die Beteiligten, einschließlich des Sprechers, der eine Geldstrafe von etwa 200-300 Euro erhielt. Diese Sanktionen wurden ausgesprochen, da die Organisation in einem Bereich aktiv wurde, der nicht offiziell zugänglich war, und auf alte Straßen stieß, die mit Draht und Dornen abgesperrt waren. Ein weiterer Vorfall umfasste eine Strafe im Zusammenhang mit gesetzlichen Vorschriften für Protestaktionen. Obwohl die Organisation die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich der Nummerierung der Teilnehmer:innen, ergriff, wurde dennoch eine Bestrafung ausgesprochen. Dies deutet auf eine strikte Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen hin (Džemal Perović, MOGUL, 30.04.2023, Ulcinj).

4.6 Der Einfluss des EU-Beitrittsprozesses auf die zivilgesellschaftlichen Organisationen

Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Förderung der Zivilgesellschaft sind entscheidende politische Kriterien im Rahmen des EU-Verhandlungsprozesses. Insbesondere in Montenegro, wo dies einen integralen Bestandteil der Beziehungen und der Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) sowie 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) darstellt und speziell auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen abzielt, hat dies erheblich zum allgemeinen Arbeitsumfeld dieser Organisationen beigetragen. Die Tatsache, dass Montenegro sich im Verhandlungsprozess mit der Europäischen Union befindet, wirkt als unterstützende Dynamik für zivilgesellschaftliche Organisationen. Die EU erkennt die Zivilgesellschaft als bedeutende Akteure in der Gesellschaft und als treibende Kraft für politische Veränderungen an. Diese Anerkennung wird nicht nur verbal, sondern auch finanziell unterstrichen. Die EU stellt Fonds bereit, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen genutzt werden können, um ihre aktiven Tätigkeiten umzusetzen. Diese finanzielle Unterstützung ist von entscheidender Bedeutung, da die ernsthafte Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen ohne ausreichende Mittel nicht möglich ist. Die politische Unterstützung der Europäischen Union spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Die EU beobachtet aufmerksam, wie die Regierung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen umgeht. Bei Angriffen gegen kritische Organisationen

hat die EU klar Position bezogen. Die Teilnahme Montenegros am Verhandlungsprozess mit der Europäischen Union hat einerseits positive Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen sind deutlich umfangreicher im Vergleich zur reinen staatlichen Finanzierung. Andererseits ist die politische Unterstützung von großer Bedeutung, und politische Akteure bemühen sich, ihre Zusammenarbeitsbereitschaft zu zeigen, um von der Europäischen Kommission positiv bewertet zu werden. Diese positive Bewertung ist nicht nur für den Verhandlungsprozess selbst von Bedeutung, sondern beeinflusst auch das allgemeine Ansehen Montenegros in Bezug auf demokratische Prinzipien und Menschenrechte. Die EU fungiert somit nicht nur als finanzieller Unterstützer, sondern auch als Wächter für die Einhaltung demokratischer Werte und die Sicherung der Unabhängigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dieser doppelte Mechanismus aus finanzieller Unterstützung und politischem Einfluss trägt dazu bei, die Zivilgesellschaft in Montenegro zu stärken und ihre Rolle als kritische Stimme in der Gesellschaft zu festigen. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit diese Erklärungen auch in der Praxis umgesetzt werden. Dies ist der Zweck der Arbeit, nämlich die Analyse und Überprüfung politischer Maßnahmen. Klare Berichte werden erstellt, um eventuelle Mängel im System aufzuzeigen und sicherzustellen, dass die festgelegten politischen Ziele effektiv erreicht werden. Dieser kontinuierliche Überwachungsprozess ist entscheidend, um sicherzustellen, dass die Partnerschaft zwischen der Regierung und zivilgesellschaftliche Organisationen konstruktiv und effizient ist und die angestrebten Veränderungen in der Zivilgesellschaft realisiert werden (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Die Integration in die Europäische Union hat zweifellos einen erheblichen Einfluss auf die Zivilgesellschaft ausgeübt. Insgesamt überwiegen die Chancen im Vergleich zu den Herausforderungen, und der positive Effekt erstreckt sich auf verschiedene Aspekte der sozialen Interaktion und Vernetzung. Die enge Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Region hat sich als fruchtbar erwiesen, wodurch der Austausch von Ideen und bewährten Praktiken gefördert wurde. Besuche und Kooperationen mit EU-Institutionen in Brüssel sowie in einigen Mitgliedstaaten haben nicht nur zu einem tieferen Verständnis der europäischen Strukturen und Prozesse geführt, sondern auch zu einer erweiterten Perspektive auf die globalen Zusammenhänge. Die Teilnahme an Arbeitsgruppen für Verhandlungskapitel innerhalb des Integrationsprozesses hat die Kapazitäten gestärkt und ein umfassenderes Verständnis für die komplexen Abläufe geschaffen. Dieses vertiefte Wissen hat sich besonders im Non-Profit-Sektor konzentriert, der trotz bestimmter Mobilität, Wechsels zwischen Non-Profit-Organisationen, der öffentlichen

Verwaltung oder politischen Parteien, sein institutionelles Gedächtnis bewahrt hat. Diese Erhaltung des institutionellen Gedächtnisses im Non-Profit-Sektor erweist sich als besonders bedeutsam angesichts der häufigen Veränderungen in der Regierungsführung seit 2020. In einer Zeit, in der politische Landschaften und Führungspersonen sich rasch ändern, ermöglicht das im Non-Profit-Sektor konzentrierte Wissen über den Prozess der europäischen Integration eine Kontinuität und Kohärenz in der Arbeit der Zivilgesellschaft (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Die Auswirkungen der EU-Integration auf den zivilen Sektor in Montenegro sind von entscheidender Bedeutung und untrennbar mit dem Beitrittsprozess des Landes zur Europäischen Union verbunden. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Europäische Kommission und die Botschaften der EU-Länder, die die wichtigsten Geldgeber für die Zivilgesellschaft in Montenegro sind. Ihr finanzielles Engagement zielt darauf ab, gemeinsame gesellschaftliche Ziele zu realisieren, insbesondere die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Institutionen. Trotz dieser positiven Auswirkungen sehen sich Organisationen Herausforderungen gegenüber, insbesondere im Bereich der projektbezogenen Finanzierung. Die resultierende Instabilität im Finanzierungssystem stellt eine bedeutende Hürde für die langfristige Nachhaltigkeit dar, insbesondere für kleinere, neu etablierte Organisationen. Es gibt eine gewisse Monopolisierung bestimmter Förderströme aus der Europäischen Union, was zusätzliche Herausforderungen mit sich bringt. Angesichts dieser Herausforderungen bleibt der zivile Sektor in Montenegro in untrennbarer Verbindung zum EU-Beitrittsprozess. Die Chancen, die sich aus dieser Verbindung ergeben, überwiegen die Herausforderungen, insbesondere für etablierte Organisationen. Gleichwohl bleibt die finanzielle Unsicherheit ein zentrales Anliegen, und es ist von entscheidender Bedeutung sicherzustellen, dass auch kleinere Organisationen am Prozess teilhaben können. Die Möglichkeit, Fördermittel zu erhalten sowie verschiedene Schulungen, Trainings und den Austausch von Erfahrungen zu ermöglichen, hat viele Chancen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen eröffnet. Diese Chancen zielen darauf ab, etablierte Experten in Schlüsselpositionen zu bringen und somit die Entwicklung und Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu fördern (Nikola Mumin, Politikon, 08.01.2024, Zoom).

Die Integration Montenegros in die Europäische Union hat einen signifikanten Einfluss auf die Position der Zivilgesellschaft in der Gesellschaft ausgeübt. Insbesondere die Betonung der zentralen Rolle der Zivilgesellschaft durch EU-Beamt:innen und die Zuweisung von Geldern an zivilgesellschaftliche Organisationen führten zu einer Stärkung und Erweiterung des Zivilgesellschaftsbegriffs. Mit dem Beginn des Verhandlungsprozesses und der finanziellen

Unterstützung durch die Europäische Union haben zivilgesellschaftliche Organisationen in Montenegro an Bedeutung gewonnen. Die Fördermittel wurden zwar nicht direkt, sondern durch Ausschreibungen vergeben, was zu einem deutlichen Aufschwung bestimmter großer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Podgorica geführt hat. Diese Organisationen konnten ihre Kapazitäten erheblich ausbauen und verfügen nun über langjährige Erfahrung, Einfluss, ein positives Ansehen, zahlreiche Mitarbeiter:innen und solide finanzielle Ressourcen. Die verbesserte Position der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro stellt einen bemerkenswerten Aspekt der europäischen Integration dar, der die Entwicklung und Konsolidierung der Zivilgesellschaft in diesem Kontext fördert. Diese Entwicklung hat maßgeblich dazu beigetragen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Montenegro heute hoch angesehen sind. Die Wertschätzung variiert dabei je nach Tätigkeitsfeld der Organisationen. Insbesondere die großen nationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in der Hauptstadt Podgorica aktiv sind, verfügen über erheblich größere Budgets und sind zu bedeutenden, einflussreichen Akteuren geworden. Gleichzeitig spielen kleinere zivilgesellschaftliche Organisationen trotz finanzieller Beschränkungen eine entscheidende Rolle und haben sich als wichtige Akteure etabliert. Trotz der Herausforderungen, wie beispielsweise der Konzentration von Fördermitteln auf einige wenige zivilgesellschaftliche Organisationen, haben die Praktiken, die von europäischen Beamt:innen in Montenegro eingeführt wurden, insgesamt dazu beigetragen, die Position des nichtstaatlichen Sektors zu stärken. Der Beitrittsprozess hat dazu geführt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Montenegro an Bedeutung gewonnen haben und über erweiterte Ressourcen verfügen. Dies wiederum hat zu einer nachhaltigen Steigerung ihrer Wirksamkeit und ihres Einflusses in der Gesellschaft geführt (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Die Einflüsse der EU-Integration auf die Zivilgesellschaft in Montenegro manifestieren sich signifikant im Bereich der Schulung und Bewusstseinsbildung. Die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union hat einen erheblichen Einfluss auf die Fähigkeit zur Durchführung effektiver Schulungen und Aufklärungsmaßnahmen. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln ermöglicht es, qualifizierte Expert:innen zu engagieren und Schulungen von hoher Qualität zu organisieren, was zuvor aufgrund mangelnder Ressourcen schwierig war. Die Notwendigkeit von finanziellen Mitteln für Schulungen ist evident, da diese Veranstaltungen nicht nur das Engagement von sachkundigen Expert:innen erfordern, sondern auch organisatorische Aspekte wie Unterbringung in Hotels für die Teilnehmer:innen umfassen. Die finanzielle Unterstützung hat es ermöglicht, Schulungen von angemessenem Umfang durchzuführen, die nicht nur inhaltlich relevant, sondern auch nachhaltig wirksam sind. Die

positiven Veränderungen erstrecken sich über verschiedene Bereiche der montenegrinischen Gesellschaft, einschließlich Schulungen für Vertreter:innen verschiedener Institutionen wie Polizei, Sozialdienst, Gesundheitszentren, Gerichte und Staatsanwaltschaften. Die Wirksamkeit dieser Schulungen wird durch die Rückmeldungen der Teilnehmer:innen, wie von Frau Neljaj berichtet, unterstrichen. Viele von ihnen gestehen nach Abschluss häufig ein, vorher nur begrenzte oder gar keine Kenntnisse über bestimmte Aspekte gehabt zu haben. Dies verdeutlicht den Wert und die Wirksamkeit der finanziellen Unterstützung für Schulungsprogramme im Rahmen der EU-Integration. Im Rahmen des Kampfes gegen häusliche Gewalt spielt die Medienpräsenz eine entscheidende Rolle. Die von der Organisation SOS durchgeführten Aktivitäten, finanziert durch EU-Mittel, erhalten breite Aufmerksamkeit in den Medien. Die Finanzierung von Broschüren durch diese Organisation informiert Frauen über ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten im Falle häuslicher Gewalt. Die umfassende Verbreitung dieser Informationen trägt wesentlich zur Bewusstseinsbildung bei und bietet Frauen in schwierigen Situationen verbesserte Unterstützung (Hatidža Neljaj, SOS Telefon, 05.05.2023, Ulcinj).

Der Beitrittsprozess hat nicht nur zu neuen Programmen und Perspektiven geführt, sondern auch einen vollkommen neuen Rahmen geschaffen, der die Dynamik und Effektivität der Tätigkeiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen grundlegend transformiert hat. Über die Jahre hinweg hat die Organisation Novi Horizont intensiv mit Jugendlichen im Rahmen des Integrationsprozesses zusammengearbeitet, und diese Erfahrung war äußerst positiv. Die Beteiligung von Mitglieder:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen an den Verhandlungsgruppen und als Teil der Verhandlungskapitel war ein wegweisendes Ereignis. Erstmals hatte die Zivilgesellschaft in Montenegro unmittelbaren Zugang zu den technischen Verhandlungsgruppen und war aktiv in den Integrationsprozess eingebunden. Die direkte Einbindung der Zivilgesellschaft in die technischen Aspekte der Verhandlungen hat nicht nur zu einer Stärkung der Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen geführt, sondern auch zu einer positiven Dynamik in Bezug auf den Integrationsprozess beigetragen. Die aktive Teilnahme an den Verhandlungsgruppen ermöglichte es zivilgesellschaftlichen Organisationen, ihre Anliegen und Perspektiven auf politischer Ebene einzubringen und einen bedeutenden Beitrag zu leisten (Nazif Velić, Novi Horizont, 04.05.2023, Ulcinj).

Während einige positive Entwicklungen wahrgenommen werden, drückt Frau Uljarević eine gewisse Skepsis hinsichtlich des überwiegenden Trends aus und betont die Herausforderungen, die im Verlauf des Integrationsprozesses aufgetreten sind. In der Anfangsphase des Prozesses, als die Beteiligung der Organisationen intensiver war, herrschte viel Enthusiasmus und eine

allgemeine Bereitschaft, sich zu engagieren, sowohl bei zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch in der Gesellschaft im Allgemeinen. Jedoch hat sich im Verlauf der Zeit eine Verlangsamung eingestellt. Die anfängliche Dynamik und Begeisterung haben nachgelassen, und es wird zunehmend schwieriger, die anfängliche Motivation aufrechtzuerhalten. Insbesondere im zivilen Sektor zeigt sich dieser Trend. Die Herausforderungen und Schwierigkeiten, die im Verlauf des Integrationsprozesses aufgetreten sind, haben zu einem Rückgang der Motivation und des Engagements geführt. Es scheint, dass die anfängliche Euphorie durch die Realität der komplexen Verhandlungen und politischen Entwicklungen gedämpft wurde. Die zunehmende Schwierigkeit, Fortschritte zu erzielen, und die Unsicherheiten im Verhandlungsprozess könnten zu einer gewissen Entmutigung und Ermüdung bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt haben. Dieser Rückgang der Motivation kann als eine Herausforderung für die kontinuierliche positive Entwicklung und Mobilisierung im Integrationsprozess betrachtet werden (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

4.6.1 Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Verhandlungsgruppen

Montenegro verfolgt seit Beginn der Verhandlungen einen Ansatz, der einen offenen Zugang für zivilgesellschaftliche Organisationen gewährleistet. In der Region scheint Montenegro das einzige Land zu sein, in dem zivilgesellschaftliche Organisationen in sämtlichen Verhandlungsgruppen vertreten sind, sofern sie Interesse zeigen. Öffentliche Aufrufe werden veröffentlicht, sowohl für Organisationen als auch Einzelpersonen, um eine aktive Teilnahme an den Verhandlungen zu ermöglichen. Die Bedeutung der Arbeitsgruppen für die Zivilgesellschaft erstreckt sich über verschiedene Ebenen, wobei der Stellenwert von Arbeitsgruppen in den EU-Bereichen Kapitel 25 (Wissenschaft und Forschung) und Kapitel 26 (Bildung und Kultur), die bereits geöffnet und abgeschlossen sind, im Vergleich zur Arbeitsgruppe für Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) variiert. Letztere zeichnet sich durch häufigere Treffen und eine umfassendere Einbeziehung von Themen aus, die die Interessen der zivilgesellschaftlichen Organisationen stärker berücksichtigen. Es gibt auch thematische Sitzungen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen initiiert werden und spezifische Themen vertieft behandeln. Diese Dynamik und Bedeutung haben jedoch im Laufe der Zeit an

Einfluss verloren. Mit nachlassendem Enthusiasmus für die Verhandlungen wurde tendenziell auch Personen mit geringerer Kapazität der Zugang zu den Arbeitsgruppen ermöglicht. In den letzten drei Jahren hat dies zu einer spürbaren Abnahme der Repräsentativität und Relevanz zivilgesellschaftlicher Organisationen in diesen Gremien geführt. Im vergangenen Jahr wurde entschieden, aus sämtlichen Arbeitsgruppen auszutreten, um keine Legitimität für die Regierung von Dritan Abazović zu verleihen. Die Einschätzung lautete, dass deren Beitrag nicht förderlich für den Prozess war – eine Ansicht, die sich im Bericht der Europäischen Kommission bestätigt hat (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Die Verpflichtung des Staates besteht darin, sicherzustellen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in sämtlichen etablierten Arbeitsgremien während des Verhandlungsprozesses repräsentiert sind. Diese Verpflichtung unterstreicht die Notwendigkeit der aktiven Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure im gesamten Verhandlungsprozess. Eine entscheidende Erfahrung in diesem Zusammenhang wurde durch ein Projekt gewonnen, das bereits 2009-2010 initiiert wurde. Hierbei wurden erfahrene Kolleg:innen aus Kroatien eingebunden, deren Zivilgesellschaft erst gegen Ende der Verhandlungen, etwa ein Jahr vor Abschluss, aufgrund ökologischer Probleme einbezogen wurde. Diese Erfahrung verdeutlichte die Intransparenz dieses Prozesses und wie die Öffentlichkeit nicht ausreichend über die Verhandlungsthemen, -methoden und -abläufe informiert wurde. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurde bereits vor der Eröffnung der Verhandlungen Montenegros mit der Europäischen Union eine Koalition ins Leben gerufen, speziell für Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und Kapitel 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit), die als Schwerpunkt betrachtet wurden. Diese Koalition setzte sich aktiv dafür ein, dass Vertreter:innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen Teil der Verhandlungsstruktur werden. Diese Forderung wurde damals akzeptiert und blieb in den folgenden Jahren in der Praxis bestehen. Die Einbindung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Verhandlungsprozess hängt jedoch stark von der Arbeit der speziellen Arbeitsgruppe zum Thema Vertretung der Zivilgesellschaft ab. Dabei spielt eine Rolle, in welchem Umfang und auf welche Weise die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Lage waren, sich zu beteiligen, und wie sie formal in bestimmten Arbeitsgruppen aktiv waren. Die aktuelle Situation ist stark abhängig von den Personen, die in einem bestimmten Prozess involviert sind. Die Auswahl der Vertreter:innen beeinflusst maßgeblich den Grad ihrer Involvierung. Es gibt verschiedene Meinungen unter den Vertreter:innen bezüglich ihres Engagements in den Arbeitsgruppen, insbesondere im letzten Jahr 2022. Diese Meinungen variieren von Zufriedenheit über respektierte Auffassungen bis zu Fällen, in denen die Vertreter:innen der Zivilgesellschaft das Gefühl haben, dass ihre Teilnahme wenig sinnvoll ist.

Ein zentrales Anliegen ist sicherzustellen, dass die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht nur formell ist, sondern dass sie aktiv und effektiv in den Arbeitsgruppen agieren. Die Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass die Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht nur nominell erfolgt, sondern dass eine tatsächliche Kommunikation stattfindet. Es ist essenziell, dass zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv am Austausch von Materialien und Informationen beteiligt sind, um ihre Rolle sinnvoll wahrnehmen zu können (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Der Informationsaustausch innerhalb der Verhandlungsstrukturen erfolgt hauptsächlich durch persönliche Anmerkungen oder schriftliche Kommentare bei den Treffen. Die Art und Weise dieser Kommunikation wird maßgeblich vom Mandat und den Anforderungen der Hauptverhandler:in beeinflusst. In vielen Fällen werden Vertreter:innen in den Arbeitsgruppen dazu aufgefordert, Geheimhaltungsvereinbarungen zu unterzeichnen. Diese verpflichten sie, erhaltene Informationen nicht öffentlich weiterzugeben, auch nicht an ihre Kolleg:innen im zivilen Sektor. Der Schutz sensibler Informationen variiert je nach der Natur der diskutierten Themen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Verhandlungsteam ergeben sich verschiedene Herausforderungen. Eine zentrale Schwierigkeit liegt in der Vertretung und Autonomie der Leiter:in der Arbeitsgruppen. Oftmals sind diese Entscheidungsträger:innen nicht in der Lage, direktes Feedback zur Umsetzbarkeit von Empfehlungen zu geben. Dies resultiert aus einer strukturellen Herausforderung, da die Entscheidungsgewalt oft zentralisiert ist und nicht horizontal durch die Verhandlungsgruppen repräsentiert wird. Dieses Problem wird durch die politische Politisierung und Monopolisierung des Entscheidungsprozesses weiter verstärkt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wird auf höherer Ebene angestrebt, eine angemessene Vertretung in den Kooperationsstrukturen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sicherzustellen. Zudem wird proaktiv durch direkte Lobbyarbeit bei politischen Parteien, der Regierungsspitze und dem Parlament interveniert, um eine wirksamere Partizipation und Einflussnahme auf den Entscheidungsprozess zu ermöglichen (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Herr Djukić von der zivilgesellschaftlichen Organisation Multimedijal äußert kritische Standpunkte bezüglich der Kooperation innerhalb der Verhandlungsgruppen im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses in Montenegro. Seine Bewertungen beruhen auf persönlichen Erfahrungen, insbesondere als Teilnehmer in der Arbeitsgruppe für das Kapitel 10, das sich mit Medien und Informationsgesellschaft befasst. Die mangelnde Aufklärung über den Verhandlungsprozess und die fehlende Erklärung der terminologischen Aspekte werden als zentrale Probleme identifiziert. Viele Akteure sind nicht ausreichend darüber informiert,

welche Rolle sie im Prozess spielen und welche Schritte im Verhandlungsprozess unternommen werden. Insbesondere wird die fehlende Transparenz und Aufklärung darüber, was zum Beispiel CELEX konkret bedeutet, sowie wie der gesamte Prozess funktioniert, bemängelt. Ein gravierender Punkt ist die Einschränkung der aktiven Mitwirkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf das bloße Kopieren von Gesetzen aus anderen EU-Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel Kroatien. Dies wird als Ergebnis eines unklaren Verständnisses und fehlender Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft im Verhandlungsprozess betrachtet. Die Tatsache, dass der Beitrittsprozess auf das Kopieren von Gesetzen reduziert wird, entzieht den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Möglichkeit, konstruktiv zur Entwicklung beizutragen und ihre Perspektiven in den Verhandlungsprozess einzubringen. Des Weiteren wird bemängelt, dass die Beteiligung an Entscheidungsprozessen oberflächlich bleibt. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen werden oft nicht ernsthaft in die Diskussionen einbezogen und ihre Meinungen werden nicht ausreichend berücksichtigt. Dieser Mangel an partizipativer Entscheidungsfindung führt zu Frustration und einem Rückgang der Motivation bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen. In Anbetracht dieser Herausforderungen wird die dringende Notwendigkeit betont, eine klare Erklärung der Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Beitrittsprozess bereitzustellen. Dies sollte eine transparente Darlegung der Erwartungen an die Zivilgesellschaft und ihrer tatsächlichen Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung umfassen. Eine Verbesserung der Aufklärung über den Verhandlungsprozess, insbesondere durch Schulungen und Informationsveranstaltungen, könnte dazu beitragen, die Effektivität und die Qualität der Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu steigern. Es wird angestrebt, diese Anliegen auf politischer Ebene anzusprechen und eine Neuausrichtung des Beitrittsprozesses zu fördern, die eine umfassendere und partizipativere Einbindung der Zivilgesellschaft ermöglicht. Die niedrige Frequenz der Treffen in den Verhandlungsgruppen stellt eine ernsthafte Herausforderung dar, da umfassende Gesetze nur alle drei Monate oder noch seltener besprochen werden. Dies führt nicht nur zu ineffizienten Arbeitsabläufen, sondern beeinträchtigt auch die Qualität der Beteiligung erheblich. Ein zentrales Problem in diesem Zusammenhang betrifft die fehlende Vergütung der Teilnehmer:innen, insbesondere der Vertreter:innen, die außerhalb von Podgorica tätig sind, wo die Treffen stattfinden. Diese Personen tragen bereits erhebliche Arbeitslasten in ihren bestehenden Positionen und sehen sich nun mit zusätzlicher, unbezahlter Arbeit konfrontiert. Dies führt zu einem deutlichen Verlust an Motivation und wirkt sich negativ auf die Qualität der Beteiligung aus (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Das Fehlen einer effektiven Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Verhandlungsteam im EU-Beitrittsprozess Montenegros wird durch verschiedene Akteure betont. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahren der Informationsaustausch und die Kooperation durch die unzureichende Struktur des Verhandlungsprozesses beeinträchtigt wurden. Die Vernachlässigung der Bildung von Arbeitsgruppen, insbesondere für das Kapitel 23, wird als Ursache für den Mangel an effizientem Informationsaustausch genannt. Frühere Jahre werden als Zeitraum beschrieben, in dem die Zusammenarbeit mit den Arbeitsgruppen besser funktionierte, besonders zu Beginn der Verhandlungen in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Doch in der Folge wurden die Kapazitäten der Arbeitsgruppen geschwächt, was als interne Schwäche im Verhandlungsprozess betrachtet wird. Dies führt zu einem deutlichen Mangel an effektiver Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Verhandlungsteam (Nikola Mumin, Politiker, 08.01.2024, Zoom).

4.6.2 Herausforderungen und Perspektiven der Zivilgesellschaftsbeteiligung in den EU-Verhandlungsgruppen

Die aktive Beteiligung am Prozess der europäischen Integration in Montenegro erfolgt hauptsächlich durch konkrete Forschungsprojekte und detaillierte Analysen. Das Institut Alternativa hat sich in verschiedenen spezialisierten Projekten engagiert, die sich direkt mit den von der Europäischen Union festgelegten Bedingungen und ihrer praktischen Wirksamkeit auseinandersetzen. Ein beispielhaftes Projekt in diesem Kontext ist das Bencher-Projekt von 2018, das aufzeigte, dass die damalige Formulierung von Benchmarks, insbesondere für Montenegro, nicht immer ergebnisorientiert, präzise oder messbar war. Dies führte zu Unklarheiten in der praktischen Umsetzung. Obwohl seit 2020 auf eine neue Methodologie hingewiesen wird, ist diese bisher noch nicht vollständig operationalisiert. Die Jahresberichte über Montenegro seit 2020 zeigen im Vergleich zu früheren Jahren konkretere Formulierungen und detailliertere Empfehlungen. Trotz dieser Entwicklungen bleiben viele dieser Empfehlungen und Kriterien weiterhin unerfüllt, was auf eine unzureichende Fortschrittsleistung hinweist. Dieser Umstand gewinnt an Bedeutung, da Montenegro bereits seit über 11 Jahren, seit dem 29. Juni 2012, in Verhandlungen steht. In diesem Zeitraum wurden lediglich drei Kapitel abgeschlossen, was auf einen als unzureichend wahrgenommenen

Fortschritt im Integrationsprozess hindeutet (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Zukünftige Entwicklungen hängen nun von der Handlungsweise der Ministerien und der neuen Regierung ab. Es bleibt abzuwarten, wie der Dialog fortgesetzt und die Arbeitsgruppen neu konstituiert werden. Es ist jedoch deutlich festzuhalten, dass ihre einstige Bedeutung verblasst ist, da viele ihrer Aufgaben abgeschlossen sind. Ein erheblicher Teil der aktuellen Herausforderungen liegt nun auf politischer Ebene, wofür die Arbeitsgruppen begrenzte Einflussmöglichkeiten haben. Es wäre wünschenswert, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen in anderen Strukturen an den Verhandlungen teilnehmen könnten, um weiterhin einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Ein Beispiel hierfür ist der Rat für Rechtsstaatlichkeit, der als interinstitutionelles Gremium verschiedene Gewalten, einschließlich Exekutive, Legislative und Judikative, vereint. Obwohl dieses Gremium eine Zeit lang für zivilgesellschaftliche Organisationen geschlossen war und zu einem späteren Zeitpunkt geöffnet wurde, bedarf es einer optimierten Einbindung, um ihre Vertreter:innen in wirklich relevanter Weise zu integrieren. Die Effektivität des Informationsaustauschs zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verhandlungsteams wird maßgeblich durch die Frequenz und Qualität der Treffen beeinflusst. Die direkte Kommunikation zwischen den Parteien abseits der öffentlichen Kameras bietet den Vorteil einer offeneren Interaktion, wodurch Informationen aus erster Hand ausgetauscht werden können. Diese Kommunikationsdynamik erwies sich in der Vergangenheit als wirksam, insbesondere wenn Arbeitsgruppen konstituiert wurden. Jedoch manifestiert sich ein Problem, insbesondere in jüngerer Zeit, durch die Abnahme dieser Treffen. Politische Entscheidungen und der Einfluss politischer Kräfte scheinen dabei eine maßgebliche Rolle zu spielen. Eine veröffentlichte Erklärung dazu könnte zusätzliche Einblicke in die Gründe für diese Veränderungen bieten. Die Analyse der Häufigkeit solcher Treffen in den letzten drei Jahren, die sich über verschiedene Regierungsperioden erstrecken, verdeutlicht, dass viele dieser Zusammenkünfte einen konstitutiven Charakter aufweisen. Die Bildung von konstitutiven Arbeitsgruppen, die sich nach ihrer Gründung nicht mehr aktiv treffen, deutet auf strukturelle Probleme hin. Dieser Umstand wirkt sich auf die Motivation der Zivilgesellschaft aus, da die Erwartungen an eine kontinuierliche Zusammenarbeit nicht erfüllt werden. Trotz der Zugänglichkeit für die Zivilgesellschaft bleibt die Inaktivität in diesen Gruppen ein Problem, das nicht allein auf räumliche Beschränkungen zurückzuführen ist. Es ist entscheidend, transparente Kommunikation zu fördern und klare Ziele für Arbeitsgruppen zu setzen. Durch regelmäßige Treffen, klare Strukturen und die Förderung der Zivilgesellschaftsbeteiligung kann die

Effizienz des Informationsaustauschs gesteigert werden. Politische Unterstützung ist dabei von großer Bedeutung, um langfristige Engagements sicherzustellen. Die Motivation der Zivilgesellschaft, die maßgeblich zur Verhandlungsdynamik beiträgt, sollte durch Anerkennung und Anreize aufrechterhalten werden (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Ein besonders anschauliches Beispiel für die Motivationsproblematik wird durch die Reisekosten betont, die Teilnehmer:innen aus entlegenen Regionen, wie Bijelo Polje, auf sich nehmen müssen. Die finanzielle Belastung, um zu den Treffen zu gelangen, wirft die grundlegende Frage auf, wie man die aktive Teilnahme der Beteiligten fördern kann, wenn deren Ressourcen und Zeit ohne entsprechende Entlohnung in Anspruch genommen werden. Die Einführung einer angemessenen Entlohnung der Teilnehmer:innen in den Verhandlungsgruppen könnte eine Schlüsselrolle bei der Steigerung der Motivation spielen. Darüber hinaus wird die Notwendigkeit einer professionalisierten Herangehensweise an die Verhandlungsgruppen betont, einschließlich klarer Definitionen und Strukturen. Dies würde nicht nur die Effektivität des Gesamtprozesses verbessern, sondern auch eine Kontinuität sicherstellen und verhindern, dass mit jeder Personalveränderung eine Gedächtnislücke entsteht, die den gesamten Prozess unnötig erschwert (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

4.6.3 Kooperation zwischen EU-Institutionen und den montenegrinischen zivilgesellschaftlichen Organisationen

Die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisation CGO im Vorfeld der EU-Verhandlungen spiegeln ein tiefgehendes Engagement für die Europäisierung der montenegrinischen Gesellschaft wider. Bereits vor dem offiziellen Eintritt Montenegros in die Verhandlungen konzentrierten sich zahlreiche Projekte dieser Organisation auf dieses übergeordnete Ziel. Die finanzielle Unterstützung dieser Projekte erfolgt hauptsächlich durch die Europäische Union, die die Bemühungen der Organisation durch offene Ausschreibungen erheblich fördert und eine erfolgreiche Mittelakquisition für die Umsetzung der Vorhaben der Organisation ermöglicht. Primär nehmen sie aktiv an Projekten teil, die darauf abzielen, Montenegro systematisch auf die EU-Verhandlungen vorzubereiten. Gleichzeitig fungiert die Organisation als Bindeglied zwischen der EU und der montenegrinischen Gesellschaft. Die

Vertreter:innen der Organisation werden regelmäßig von EU-Institutionen eingeladen, um ihre Perspektiven zu präsentieren – sei es während der Besuche der EU in Montenegro oder während der Besuche der Organisation in Brüssel. Diese Kommunikation erfolgt sowohl durch offene Dialoge als auch durch schriftliche Beiträge, die Eingang in die Berichte der Europäischen Kommission finden. Die Relevanz dieser Berichte geht über die bloße Darstellung der Arbeit dieser Organisation hinaus und fungiert als Advocacy für die Anliegen der Organisation. In einem vertieften Kontext analysiert die Organisation die Auswirkungen ihrer Bemühungen auf die montenegrinische Gesellschaft und den Staat. Die Dynamik, die durch den Verhandlungsprozess mit der EU etabliert wurde, hat einen grundlegenden Beitrag zur demokratischen Konsolidierung geleistet. Trotz der gemachten Fortschritte ist sich die Organisation bewusst, dass noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Erkenntnis, dass viele demokratische Entwicklungen ohne diesen Prozess nicht realisierbar gewesen wären, ist von entscheidender Bedeutung. Es sei jedoch angemerkt, dass die Unterstützung der Bürger:innen für den europäischen Integrationsprozess, wie aus Meinungsumfragen ersichtlich, oft über 70 Prozent liegt. Dies reflektiert den starken Wunsch der Bevölkerung nach einem besser organisierten und ethisch verantwortlichen Staat, obwohl diese Unterstützung möglicherweise nicht das gegenwärtige Tempo des Fortschritts widerspiegelt. Diese Zustimmung wird häufig durch unrealistische Erwartungen genährt, die auf idealisierten Vorstellungen von EU-Mitgliedsstaaten basieren. Als Akteure auf diesem Feld obliegt es dieser Organisation daher, realistische Erwartungshaltungen zu fördern und die Potenziale, die die europäische Integration bietet, effektiv zu nutzen (Daliborka Uljarević, CGO, 13.12.2023, Zoom).

Es scheint, dass die Beziehung zwischen den EU-Institutionen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro eher von Kommunikation als von formeller Zusammenarbeit geprägt ist. Der Begriff *Zusammenarbeit* könnte möglicherweise zu präventiv sein, um die Natur dieser Interaktion zu beschreiben. Die Beteiligung der Wähler:innen und die tatsächliche Zusammenarbeit sind möglicherweise nicht so ausgeprägt, wie es der Begriff *Zusammenarbeit* nahelegen würde. Die Kommunikation konzentriert sich hauptsächlich auf die Delegation der Europäischen Union in Montenegro, die als primäre Anlaufstelle dient. Durch diese Kommunikation versuchen die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Brüssel über die Anliegen und Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro zu informieren. Es scheint, dass bisher keine konkrete Unterstützung von Seiten der EU-Institutionen erhalten wurde, sondern eher eine informelle und gelegentliche Kommunikation über relevante Angelegenheiten. Darüber hinaus gibt es auf regionaler Ebene die Teilnahme an

Netzwerken, die wiederum Projekte umfassen, die einen Aspekt der Advocacy auf europäischer Ebene einschließen. Die Erfahrungen und Anliegen der einzelnen Länder werden in dieser Kommunikation aufgegriffen. Obwohl es Gelegenheiten gab, das Europäische Parlament zu besuchen, wird dies als Teil der Kommunikation betrachtet und nicht notwendigerweise als aktive Zusammenarbeit (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Derzeit gibt es keine klare gezielte Initiative, um die Beteiligung sämtlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen am Verhandlungsteam für den Beitritt Montenegros zu verbessern. Diese mangelnde Initiative könnte auf die beschränkten Einflussmöglichkeiten dieser Organisationen in rechtlichen und institutionellen Angelegenheiten zurückzuführen sein. Obwohl die Vertretung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Arbeitsgruppen bereits als umfassend betrachtet wird, gibt es keine eindeutigen Wege, um diese Beteiligung weiter zu optimieren. Die Wahrnehmung, dass der Verhandlungsprozess in der Vergangenheit oft als langsam oder stagnierend empfunden wurde, legt nahe, dass eine mögliche Aktivierung dieser Prozesse die Position der Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen verbessern könnte. Es handelt sich jedoch mehr um eine Beobachtung als um einen konkreten Plan zur Intensivierung der Beteiligung. Ein entscheidender Faktor für die Wirksamkeit der Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen liegt in ihren Fähigkeiten und ihrem Interesse. Obwohl einige möglicherweise formale Voraussetzungen erfüllen, fehlt es ihnen möglicherweise an dem notwendigen Wissen für eine effektive Teilnahme an den Verhandlungen. Es liegt in der Verantwortung der Organisationen sicherzustellen, dass ihre Vertreter:innen angemessen qualifiziert sind und aktiv am Prozess teilnehmen können. Die politische Willensbildung innerhalb der Arbeitsgruppen wird ebenfalls als entscheidender Faktor für die Einbindung der zivilgesellschaftlichen Organisationen betrachtet. Die Aufgabe der Organisationen besteht darin, durch Öffentlichkeitsarbeit und Berichte die Meinung der Regierung zu beeinflussen und zu verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen eine relevante Stimme in diesen Prozessen haben sollten (Zorana Marković, CRNVO, 28.11.2023, Zoom).

Das Institut Alternativa hat durch Besuche bei verschiedenen EU-Institutionen wie der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament Erfahrungen in der Förderung der Kommunikation mit der Europäischen Union gesammelt. Insbesondere scheint Deutschland, speziell Berlin, der Bundestag und das deutsche Außenministerium, eine herausragende Rolle in diesem Kontext zu spielen. Deutschland hat ein besonderes Interesse am gesamten regionalen Prozess gezeigt, was sich auch im Berliner Prozess widerspiegelt. Ein spezifischer Mechanismus, der im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Montenegro erwähnt

wird, ist der sogenannte *European Social Committee*. Dieser Ausschuss unterhält einen gemeinsamen Beratungsausschuss mit der montenegrinischen Zivilgesellschaft. Obwohl die zivilgesellschaftlichen Organisationen keine direkten Mitglieder dieses Ausschusses sind, haben sie dennoch in mehreren Fällen an Sitzungen teilgenommen. Diese Teilnahme ermöglichte es, die Situation in bestimmten Bereichen wie beispielsweise Kapitel 23 und 24 sowie die Reform der öffentlichen Verwaltung vorzustellen. Es besteht eine Zusammenarbeit und zumindest eine indirekte Beteiligung an der Arbeit dieser Institutionen, die als gemeinsamer Beratungsmechanismus zwischen der EU und Montenegro fungieren. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit vorrangig zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb der Europäischen Union und den zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro stattfindet. Auf diese Weise erhalten die montenegrinischen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Gelegenheit, ihre Perspektiven und Anliegen in Bezug auf verschiedene Kapitel und Reformen direkt vorzutragen. Dies führt zu einer indirekten, jedoch wirkungsvollen Einbindung in den politischen Dialog (Milena Muk, Institut Alternativa, 11.12.2023, Zoom).

Die Organisation Multimedijal pflegt seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit mit der Delegation der Europäischen Union, insbesondere dem EU-Büro in Podgorica. Diese Partnerschaft basiert auf dem nachdrücklichen Einsatz der Organisation für die Förderung der Europäischen Union, europäischer Werte und den Beitrittsprozess in der nördlichen Region Montenegros. Die Zusammenarbeit wurde bereits im Jahr 2010 eingeleitet, wodurch die Organisation zu den Pionier:innen der Befürwortung der Europäischen Union im Norden Montenegros zählt. Die Kooperation mit dem EU-Büro in Podgorica spiegelt sich deutlich in der Rolle der Organisation als Ansprechpartner:in für Aktivitäten im Norden wider. Bei Bedarf wird eine Kontaktaufnahme initiiert, und die Organisation wird aktiv in relevante Projekte und Initiativen eingebunden. Dies schließt auch Besuche der Leiter:in der EU-Delegation ein, die an projektbezogenen Aktivitäten teilnimmt und die vor Ort geleistete Arbeit der Organisation würdigt. Trotz einer grundsätzlich positiven Bewertung der Kooperation besteht die klare Herausforderung darin, dass Vertreter:innen der EU-Institutionen den Norden Montenegros nur selten aufsuchen. Die physische Distanz und die sporadischen Besuche von EU-Beamten:innen in den nördlichen Gemeinden beeinträchtigen die Effektivität unserer Zusammenarbeit erheblich. Hier besteht ein deutlicher Handlungsbedarf, um die Präsenz und Engagement der EU-Vertretung in dieser Region zu stärken und die Zusammenarbeit nachhaltig zu verbessern. Die Organisation unterstreicht weiterhin, dass lokale und internationale Amtsträger:innen oft die konkreten Probleme und Herausforderungen, die in diesen Regionen auftreten, nicht

vollständig verstehen, da sie nicht vor Ort sind. Dies führt zu einer suboptimalen Entwicklung von lokalen Selbstverwaltungen und zivilgesellschaftliche Organisationen in den peripheren Gebieten Montenegros. Die Organisation empfiehlt daher eine verstärkte Präsenz und regelmäßige Interaktion, um eine effizientere Einbindung in den Ideenaustausch und relevante Veranstaltungen zu ermöglichen. Dies ist entscheidend, um die spezifischen Bedürfnisse dieser Regionen angemessen zu berücksichtigen und eine verbesserte Entwicklung voranzutreiben (Željko Djukić, Multimedijal Montenegro, 28.11.2023, Zoom).

Politikon pflegt eine regelmäßige Kommunikation mit der Delegation der Europäischen Union. Allerdings zeigt sich, dass es bisher keine umfassende Kommunikation mit anderen Institutionen gab, mit Ausnahme der Botschaften der EU-Länder. Die Interaktion mit der EU-Delegation konzentriert sich vorrangig auf den Austausch von Informationen und die Teilnahme an Treffen. Es lässt sich erkennen, dass der Schwerpunkt auf der Übermittlung von Informationen und dem Austausch von relevanten Details liegt, anstatt auf tiefgreifenderen Interaktionen oder spezifischen Kooperationsprojekten mit anderen EU-Institutionen. Es ist von Bedeutung zu beachten, dass die Kommunikation auf der Ebene des Informationsaustauschs und der Meetings möglicherweise darauf abzielt, die EU über die Aktivitäten und Standpunkte des Politikon Netzwerks zu informieren und umgekehrt. Eine eingehendere Untersuchung könnte aufzeigen, ob zukünftig Möglichkeiten für vertiefte Kooperationen oder verstärkte Kommunikationsformen mit verschiedenen EU-Institutionen bestehen werden (Nikola Mumin, Politikon, 08.01.2024, Zoom).

5 Zusammenfassung

5.1 Schlussfolgerungen

Die vorliegende Arbeit widmet sich eingehend der Untersuchung der Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im EU-Beitrittsprozess. Ihr Hauptziel besteht darin, die Effektivität dieser Akteure bei der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu bewerten. Im Ersten Abschnitt dieser Untersuchung liegt der Fokus auf einer normativen Perspektive, die darauf abzielt, wesentliche Begriffe und Theorien in ihrer Tiefe zu erklären und zu diskutieren. Dabei wird besondere Sorgfalt darauf verwendet, die Kontextrelevanz dieser Begriffe herauszuarbeiten. Das Ziel besteht darin, klare Definitionen zu entwickeln und umfassende Einblicke in potenzielle Wirkungsmöglichkeiten zu bieten. Im anschließenden Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf einer empirischen Analyse, die auf qualitativen Interviews basiert. In engem Austausch mit Expertinnen und Experten aus acht zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter nationale und lokale Vertreter:innen, wurden persönliche Erzählungen und Erfahrungen der Akteure in der Zivilgesellschaft intensiv erforscht. Durch die qualitative Befragung eröffnete sich ein unmittelbarer Einblick in individuelle Perspektiven und Erfahrungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess. Die Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgte dabei methodisch unter Berücksichtigung der relevantesten Kategorien für die Forschung, insbesondere in Verbindung mit bedeutenden Verhandlungskapiteln im EU-Beitrittsprozess. In diesem Kontext werden zwei grundlegende theoretische Ansätze miteinander verknüpft: Zum einen der rationalistische Institutionalismus als Top-down-Ansatz und zum anderen der konstruktivistische Institutionalismus als Bottom-up-Ansatz. Der Fokus der Analyse richtet sich dabei auf politische Institutionen im Top-down-Bereich sowie auf die Zivilgesellschaft im Bottom-up-Bereich. Hierbei erfolgt eine detaillierte Betrachtung von Strukturen, Gesetzen, Entscheidungsprozessen, politischer Kultur und Führung in Montenegro. Hinsichtlich der Zivilgesellschaft stehen unabhängige Organisationen im Blickpunkt, inklusive ihrer Interessen, Aktivitäten, gemeinsamen Ziele und ihrer Rolle im Rahmen sozialer und politischer Reformen.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Wechselwirkungen zwischen politischen Institutionen (Top-down) und der Zivilgesellschaft (Bottom-up) im Kontext des EU-Beitrittsprozesses Montenegros gelegt. Die Analyse strebt danach, die Wechselwirkungen und Dynamiken zwischen politischen Institutionen und der Zivilgesellschaft zu verstehen, wie sie sich gegenseitig beeinflussen und formen. Dabei wird betont, inwiefern Montenegro die von der EU vorgegebenen Standards und Normen internalisiert und umsetzt, wobei die bedeutende Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung von Veränderungen für eine EU-Mitgliedschaft hervorgehoben wird. Trotz des primären Fokus auf den Bottom-up-Ansatz wird die wechselseitige Beeinflussung mit dem Top-down-Ansatz als unerlässlich erachtet. Die Interaktion zwischen politischen Institutionen und der Zivilgesellschaft bildet einen entscheidenden Aspekt für ein umfassendes Verständnis der Dynamiken im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses.

Demokratische Merkmale, die als besonders bedeutsam gelten, umfassen grundlegende Prinzipien wie freie Wahlen, die Hervorhebung von Bürger:innenrechten und die Ermöglichung politischer Partizipation. Diese Prinzipien bilden die Grundpfeiler eines demokratischen Systems und werden nicht nur in zeitgenössischen Überlegungen betont, sondern haben auch ihren Ursprung in den Schriften antiker Philosophen wie Platon und Aristoteles sowie Denkern der Aufklärung wie Locke, Montesquieu und Tocqueville. Essentielle Kriterien für die Einordnung eines politischen Systems als demokratisch schließen nicht nur die Durchführung freier Wahlen ein, sondern auch die Gewährleistung von Bürger:innenrechten und die Schaffung von Möglichkeiten zur politischen Partizipation. Bürger:innen sollten in der Lage sein, ihre Präferenzen auszudrücken und aktiv am politischen Prozess teilzunehmen, sei es durch individuelle Handlungen oder kollektive Bemühungen. Eine umfassende Definition von Demokratie erfordert daher die Verwurzelung in diesen grundlegenden demokratischen Prinzipien. Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine entscheidende Rolle in einer demokratischen Gesellschaft, indem sie verschiedene grundlegende Funktionen erfüllen. Sie schützen Bürger:innen vor staatlichen Übergriffen, vermitteln zwischen Bürger:innenn und Staat, sozialisieren zu demokratischen Werten, integrieren unterschiedliche Interessen und ermöglichen Kommunikation. Ihre Bedeutung liegt in der Stärkung demokratischer Prozesse, dem Schutz individueller Rechte und der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe. Damit diese Organisationen effektiv und nachhaltig handeln können, sind mehrere Voraussetzungen von entscheidender Bedeutung. Dazu gehören eine robuste rechtliche Basis für ihre Existenz und Tätigkeiten, finanzielle Unabhängigkeit, transparente Arbeitsweise, Zugang zu Informationen,

eine aktive und informierte Bürgerschaft sowie eine politische Umgebung, die die Existenz und das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure schätzt und schützt.

Tabelle 8: Zivilgesellschaft in den drei Phasen der Transition

Aspekt	Erste Transitionsphase (1989-1996) <i>Die embryonale Zivilgesellschaft</i>	Zweite Transitionsphase (1997-2006) <i>Die evolvierende Zivilgesellschaft</i>	Die Europäisierungsphase (2006-heute) <i>Die konsolidierte Zivilgesellschaft</i>
Politischer Wandel	Übergang von Einparteiensystem zu Mehrparteiensystem	Veränderungen nach innerparteilicher Spaltung und internationalen Sanktionen	Konsolidierung des politischen Systems im Zuge der Europäisierung, Anpassungen an EU-Normen und Standards
Soziale Auswirkungen	Inflation, soziale Ungleichheit, Armut, steigende Kriminalität	Kriminalisierung des Lebens, informeller Sektor, Elite profitiert von informeller Wirtschaft	Bemühungen um soziale Stabilität, wirtschaftliche Modernisierung im Einklang mit EU-Richtlinien
Zivilgesellschaft	Bildung von Bürger:inneninitiativen, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen	Beeindruckender Aufschwung der Zivilgesellschaft, Unterstützung durch ausländische Geldgeber	Konsolidierung und Professionalisierung der Zivilgesellschaft, verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen NGOs und Institutionen
Schlüsselorganisationen	Vereinigung für die Verbesserung demokratischer Prozesse, Vereinigung für demokratische Initiative in Jugoslawien, Demokratische Alternative	Vielfältige zivilgesellschaftliche Organisationen, Unterstützung für Rechtsstaat und demokratische Transformation	Etablierte und gestärkte zivilgesellschaftliche Organisationen, Fokus auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
Internationale Einflüsse	Internationale Isolation und Sanktionen, begrenzte Unterstützung	Unterstützung durch ausländische Spenden, Schwerpunkt auf institutionellen demokratischen Transformationen	Vertiefte Integration in europäische Netzwerke, Finanzhilfen und Zusammenarbeit im Rahmen von EU-Programmen

Quelle: Eigene Darstellung

Die Tabelle illustriert die Entwicklung Montenegros in den Phasen der Transition und Europäisierung. In der ersten Phase (1989-1996) erfolgte der Übergang von einem Einparteiensystem zu einem Mehrparteiensystem, begleitet von der Bildung erster Bürger:inneninitiativen und politischer Parteien. In der zweiten Phase (1997-2006) führten

innerparteiliche Spaltungen und internationale Sanktionen zu politischem Umbruch, begleitet von sozialen Herausforderungen wie Kriminalität und informellem Sektorwachstum. Die Europäisierungsphase seit 2006 zeichnet sich durch politische Konsolidierung und eine beeindruckende Zunahme der Zivilgesellschaft aus, unterstützt durch ausländische Geldgeber. In sozialer Hinsicht konzentrierte sich die erste Phase auf Probleme wie Inflation und soziale Ungleichheit, während die zweite Phase die Kriminalisierung des Lebens und das Wachstum des informellen Sektors betonte. In der Europäisierungsphase wurden verstärkte Anstrengungen unternommen, soziale Stabilität zu gewährleisten. Die Zivilgesellschaft erlebte eine Entwicklung von ersten Bürger:inneninitiativen und politischen Parteien über einen beeindruckenden Aufschwung bis zur Konsolidierung und Professionalisierung in der Europäisierungsphase. Schlüsselorganisationen spielten jeweils eine prägende Rolle, während internationale Einflüsse von Isolation über verstärkte ausländische Unterstützung bis zur vertieften Integration in europäische Netzwerke reichten.

Montenegros politische Kultur wird von instabilen institutionellen Gleichgewichten und einer schwachen partizipatorischen Tradition geprägt, wodurch eine einzigartige demokratische Dynamik entsteht. Historische, soziale und kulturelle Einflüsse gestalten die politische Landschaft. In diesem Kontext spielt die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle im demokratischen Wandel, obwohl kritische Organisationen häufig unter Druck stehen. Die verbreitete Wahrnehmung von Korruption in der politischen Elite beeinträchtigt das Vertrauen in staatliche Institutionen. Trotz dieser Herausforderungen genießen zivilgesellschaftliche Organisationen vergleichsweise hohes Vertrauen. Die zentrale Aufgabe besteht darin, das allgemeine Vertrauen in politische Institutionen zu stärken und demokratische Prozesse weiter zu fördern.

Die Interaktion zwischen der montenegrinischen Zivilgesellschaft und der Regierung im Kontext des EU-Beitrittsprozesses zeigt eine vielschichtige Dynamik. Lokale und nationale zivilgesellschaftliche Organisationen sind aktiv in politische Entscheidungsprozesse eingebunden, wobei gesetzliche Vorschriften seit etwa 2011 eine klare Verpflichtung zur Einbeziehung von Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen vorsehen. Jedoch variiert die Intensität der Kooperation zwischen den Ministerien erheblich. Einige Ministerien folgen den vorgegebenen Verfahren und arbeiten eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, während andere weniger engagiert erscheinen. Hierbei beeinflussen individuelle Präferenzen und politische Willensbekundungen maßgeblich die Zusammenarbeit. Die Umsetzung dieser Kooperation wird nicht nur von formalen Strukturen, sondern auch vom menschlichen Faktor beeinflusst. Insbesondere die Haltung von Entscheidungsträger:innen,

insbesondere Minister:innen, spielt eine entscheidende Rolle. Es wird deutlich, dass persönliche Neigungen und politischer Wille die Ausgestaltung der Zusammenarbeit beeinflussen. Trotz dieser Herausforderungen sind positive Entwicklungen erkennbar.

Tabelle 9: Zusammenarbeitseffekte in der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Regierung

Funktioniert		Funktioniert Nicht	
Gesetzliche Grundlage	Klar definiert Gesetze verpflichten staatliche Stellen, Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse einzubeziehen	Umsetzung	Nicht Einheitlich Unterschiede in Anwendung der gesetzl. Vorschriften – Ministerium/Minister:in
Zivilgesellschaftliches Engagement	Erfolgreiche Projekte	Wahrnehmung und Druck	Kritische Organisationen unter Druck Korruption und Nepotismus
Formale Beteiligung an EU-Verhandlungen	Die Einbeziehung funktioniert nicht wie vorgeschrieben	Informelle Entscheidungsprozesse	Verzögerungen an Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen Politische Haltung der Regierung – parteilich
Zivilgesellschaftliche Unterstützung	Vertrauen im lokalen Niveau	Begrenzte politische Vertretung	Begrenzter Zugang zu Entscheidungsträger:innen

Quelle: Eigene Darstellung

Im Kontext des EU-Beitrittsverfahrens erfolgt die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Arbeitsgruppen für Verhandlungen. Trotz vorangegangener Reformen, die zu einer Reduzierung der Vertreter:innen führten, behalten diese Organisationen eine bedeutende Rolle bei, insbesondere in den Kapiteln 23 (Justiz und Grundrechte) und Kapitel 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit). Dennoch sind Herausforderungen evident, darunter Verzögerungen und informelle Strukturen, die potenziell die effektive Beteiligung beeinträchtigen können. Die Effektivität dieser Einbindung steht in direktem Zusammenhang mit der politischen Willenskraft und der proaktiven Haltung der Entscheidungsträger:innen. Trotz formaler Beteiligung gibt es Bedenken hinsichtlich der tatsächlichen Offenheit der Regierung für die Anliegen der Zivilgesellschaft. Insbesondere kritische Organisationen erfahren eine gewisse Ablehnung, ein Phänomen, das unter der neuen Regierung verstärkt zu

sein scheint. Die Bedrohung der Meinungsfreiheit wird durch Medienparteilichkeit und eine eingeschränkte Berichterstattung weiter verschärft, was wiederum das Klima für zivilgesellschaftliche Organisationen beeinträchtigt.

Tabelle 10: Regierungstransparenz

Aspekte der Regierungstransparenz	Positiv	Negativ
Zeitraum bis 2020		
Veröffentlichung von Kabinettsitzungen und Regierungsmaterialien	✓	Einige interne Dokumente bleiben unveröffentlicht.
Zugänglichkeit der Materialien und Protokolle auf der Regierungswebsite	✓	-
Öffentlichkeit der Arbeit einzelner Ministerien	Einige offen, einfacher Zugang	Einige Ministerien traditionell verschlossen
Neigung einiger Minister zu selektiver Informationsfreigabe	-	Bevorzugung freundlicher Medien, Vermeidung unangenehmer Fragen
Nach 2020		
Trend: Gleichbleibende oder schlechtere Transparenz	-	Möglicherweise niedriger Grad an Transparenz, insbesondere bei aktuellen Regierungsaktivitäten
Veränderungen in der Regierungsdynamik nach 2020	-	Unangemessene Diskussionen, weniger ernsthafte Debatten
Einschränkungen bei Regierungssitzungen und Pressekonferenzen	-	Geschlossene Sitzungen, begrenzte Fragen bei Pressekonferenzen
Probleme im freien Zugang zu Informationen	-	Gesetzesmängel, Überlastung des Systems, Missbräuche des Rechts
Institutionelle Mechanismen	Bemühungen um Offenheit und Zusammenarbeit mit NGOs	Mangelnder Respekt für das Informationsfreiheitsgesetz in der Praxis
Selektive Veröffentlichung von Regierungssitzungsinformationen	-	Unklarheit über als geheim eingestufte Punkte
Kritisches Element: Fehlen von Informationen über als geheim betrachtete Materialien	-	Entscheidend für die Beurteilung der Regierungstransparenz
Gesetzgebung und Parlament	Gesetzgeberische Initiative von Abgeordneten	-
Kritik an Einschränkungen beim Zugang zu Informationen	-	Steuer- und Geschäftsgeheimnisse ohne ausreichende Erläuterungen

Quelle: Eigene Darstellung

Die Tabelle 10 bewertet die Regierungstransparenz in Montenegro vor und nach 2020. Bis 2020 wurden Kabinettsitzungen und Regierungsmaterialien größtenteils veröffentlicht, aber einige interne Dokumente blieben unzugänglich. Einige Ministerien waren offen, während andere verschlossen blieben, und es gab eine Tendenz einiger Minister zur selektiven Informationsfreigabe, bevorzugt gegenüber freundlichen Medien. Nach 2020 zeigt sich ein möglicher Trend zu gleichbleibender oder schlechterer Transparenz, insbesondere bei aktuellen Regierungsaktivitäten. Es gibt Veränderungen in der Regierungsdynamik mit unangemessenen Diskussionen und weniger ernsthaften Debatten. Einschränkungen bei Regierungssitzungen und Pressekonferenzen sowie Probleme im freien Zugang zu Informationen resultieren aus Gesetzesmängeln, Systemüberlastung und Missbräuchen des Rechts. Institutionelle Mechanismen zeigen Bemühungen um Offenheit und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen jedoch mangelt es an Respekt für das Informationsfreiheitsgesetz in der Praxis. Die selektive Veröffentlichung von Regierungssitzungsinformationen und Unklarheit über als geheim eingestufte Punkte beeinflussen kritisch die Beurteilung der Regierungstransparenz.

Die EU hat positive Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft in Montenegro. Während des EU-Beitrittsprozesses, insbesondere in den Kapiteln 23 und 24, wird die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen als entscheidend angesehen. Die EU erkennt die Zivilgesellschaft als wichtige Akteure an und unterstützt sie sowohl finanziell als auch politisch. Diese Unterstützung stärkt die finanzielle Stabilität von zivilgesellschaftlichen Organisationen erheblich und festigt ihre Rolle als kritische Stimme in der Gesellschaft. Die Integration in die EU hat positive Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität von Zivilorganisationen in Montenegro. Die EU stellt Fonds bereit, die von diesen Organisationen genutzt werden können, um ihre Aktivitäten umzusetzen. Diese finanzielle Unterstützung ist entscheidend, da die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen ohne ausreichende Mittel nicht möglich ist. Die politische Unterstützung der EU spielt ebenfalls eine wichtige Rolle, indem sie Angriffe gegen kritische Organisationen klar verurteilt. Dies trägt nicht nur zum Verhandlungsprozess bei, sondern beeinflusst auch das Ansehen Montenegros positiv in Bezug auf demokratische Prinzipien und Menschenrechte. Die Zusammenarbeit im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses hat dazu geführt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Kapazitäten stärken und ein tieferes Verständnis für europäische Strukturen und Prozesse entwickeln. Die EU-Integration fördert den Austausch von Ideen und bewährten Praktiken zwischen Organisationen in der Region. Die Teilnahme an Verhandlungsgruppen und Kapiteln stärkt die Kapazitäten und fördert ein umfassenderes Verständnis für komplexe Abläufe.

Tabelle 11: Auswirkungen der EU auf die Zivilgesellschaft

Aspekt	Positive Auswirkungen	Herausforderungen
Zusammenarbeit im EU-Beitrittsprozess	Anerkennung der Zivilgesellschaft als wichtige Akteure.	Projektbasierte Finanzierung kann zu Unsicherheiten führen.
	Finanzielle und politische Unterstützung der EU.	Monopolisierung bestimmter Förderströme aus der EU.
Finanzielle Stabilität	Bereitstellung von EU-Fonds für Zivilorganisationen.	Finanzielle Unsicherheit bleibt eine zentrale Sorge.
	Stärkung der finanziellen Basis für Aktivitäten.	Sicherstellung der Teilhabe kleinerer Organisationen.
Politische Unterstützung	Klarstellung der EU bei Angriffen gegen kritische Organisationen. Beitrag zur demokratischen Entwicklung.	Positive Beeinflussung des Ansehens Montenegros.
Kapazitätsentwicklung und Austausch	Stärkung der Kapazitäten durch EU-Integration. Tieferes Verständnis für europäische Strukturen und Prozesse.	Austausch von Ideen und bewährten Praktiken zwischen Organisationen. Umfassenderes Verständnis für komplexe Abläufe.

Quelle: Eigene Darstellung

Trotz dieser positiven Entwicklungen gibt es Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf projektbasierte Finanzierung und die Monopolisierung bestimmter Förderströme aus der EU. Die finanzielle Unsicherheit bleibt eine zentrale Sorge, und es ist wichtig sicherzustellen, dass auch kleinere Organisationen am Prozess teilhaben können.

Tabelle 12: Überprüfung der Annahmen - Hypothese 1 Überprüfung der Annahmen

Hypothese 1: Die Zivilgesellschaft als Katalysator für demokratische Reformen
Ergebnisse: Die montenegrinische Zivilgesellschaft trägt in erheblichem Maße zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei
Hautfrage: Inwiefern trägt die montenegrinische Zivilgesellschaft effektiv zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit während des EU-Beitrittsprozesses bei, und welche Faktoren beeinflussen ihre Wirksamkeit?
Ergebnisse: Positiver Einfluss durch aktive Beteiligung an politischen Prozessen und Forderung nach transparenten Reformen

Tabelle 13: Überprüfung der Annahmen - Hypothese 2

Hypothese 2: Einfluss des neuen Ansatzes der Europäischen Kommission
Ergebnisse: Signifikanter Einfluss auf die Dynamik des Beitrittsprozesses durch aktive Einbindung der Zivilgesellschaft
Hautfrage: Inwiefern trägt die montenegrinische Zivilgesellschaft effektiv zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit während des EU-Beitrittsprozesses bei, und welche Faktoren beeinflussen ihre Wirksamkeit?
Ergebnisse: Rolle der Zivilgesellschaft als Schlüsselakteur im EU-Beitrittsprozess unter Betonung der EU-Konditionalität

Tabelle 14: Überprüfung der Annahmen - Hypothese 3

Hypothese 3: Herausforderungen der formalen Einbindung der Zivilgesellschaft
Ergebnisse: Erhebliche Herausforderungen durch formale Einbindung, wirft Fragen zur tatsächlichen Einflussnahme auf
Hautfrage: Inwiefern trägt die montenegrinische Zivilgesellschaft effektiv zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit während des EU-Beitrittsprozesses bei, und welche Faktoren beeinflussen ihre Wirksamkeit?
Ergebnisse: Diskrepanz zwischen formaler Einbindung und realen Einflussmöglichkeiten

Tabelle 15: Überprüfung der Annahmen - Hypothese 4

Hypothese 4: Potenzial der Zivilgesellschaft zur Formung einer europäischen Identität
Ergebnisse: Bedeutsamkeit für den EU-Beitrittsprozess durch Schaffung eines Raum, in dem verschiedene Gruppen gleichberechtigt agieren können
Hautfrage: Inwiefern trägt die montenegrinische Zivilgesellschaft effektiv zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit während des EU-Beitrittsprozesses bei, und welche Faktoren beeinflussen ihre Wirksamkeit?
Ergebnisse: Beitrag zur Formung einer europäischen Identität, Stärkung demokratischer Werte und Gleichberechtigung zur Förderung von EU-Standards und Werten

Die beiden politikwissenschaftlichen Ansätze des rationalistischen Institutionalismus als Top-Down Ansatz und des konstruktivistischen Institutionalismus als Bottom-Up Ansatz bieten

unterschiedliche Blickwinkel auf die Rolle der montenegrinischen Zivilgesellschaft im EU-Beitrittsprozess. Während der rationalistische Ansatz die Bedeutung externer Anreize und Kosten-Nutzen-Kalkulationen betont, legt der konstruktivistische Ansatz den Fokus auf die Selbstinitiative, Identifikation und das soziale Lernen innerhalb der Zivilgesellschaft.

Im Hinblick auf die Übernahme von EU-Standards und Gesetzen durch Montenegro scheint auf den ersten Blick alles im Einklang mit der EU-Konditionalität zu sein. Die Gründung zivilgesellschaftlicher Organisationen erscheint scheinbar unkompliziert, und Montenegro hat alle 33 Kapitel mit Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Arbeitsgruppen geöffnet. Oberflächlich betrachtet signalisiert dies eine klare Ausrichtung auf den EU-Beitrittsprozess. Jedoch offenbart die Realität, dass die Umsetzung in den Institutionen und der Prozess selbst von erheblichen Herausforderungen geprägt ist. Die Schwierigkeiten variieren von Institution zu Institution und hängen oft von individuellen Ministerien ab. Die Kritik am Prozess und den Institutionen variiert ebenfalls; einige können sie tolerieren, während andere Schwierigkeiten haben. Die Transparenz des gesamten Vorgangs weist ebenfalls Unvollkommenheiten auf.

Die Analyse verdeutlicht, dass die Zivilgesellschaft in Montenegro nicht nur aufgrund externer Druckmittel agiert, sondern auch aktiv an der Identifikation mit EU-Werten beteiligt ist. Trotz erheblicher Schwierigkeiten und Hürden wird deutlich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen sich für die Bildung einer europäischen Identität und den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Sie kooperieren intensiv, nicht nur auf regionaler Ebene mit anderen Westbalkanländern, sondern auch international mit Organisationen aus EU-Mitgliedstaaten. Soziales Lernen und die Anerkennung der Legitimität von EU-Standards sind dabei entscheidende Faktoren, die den konstruktivistischen Institutionalismus in Montenegro prägen. Es lässt sich konstatieren, dass eine umfassende Betrachtung der Zivilgesellschaft im EU-Beitrittsprozess in Montenegro die Integration beider Ansätze erfordert. Während der rationale Institutionalismus die Bedeutung von Anreizen und Sanktionen hervorhebt, fokussiert der konstruktivistische Institutionalismus auf die innerstaatliche Identifikation und die transformative Kraft sozialen Lernens.

Die Erkenntnisse legen nahe, dass der Einfluss der Europäischen Union auf inländische Veränderungen in Montenegro das Land dazu veranlasst hat, sich den Forderungen der EU anzupassen. Allerdings offenbart die Praxis, dass die institutionellen Veränderungen auf Regierungsebene nicht reibungslos funktionieren.

5.2 Diskussion

Die auffällige Zunahme der offiziell registrierten zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro bis zum Jahr 2020, die auf 6732 angestiegen ist, spiegelt zweifellos eine lebendige und vielfältige Landschaft wider. Dieser Anstieg ist nicht nur quantitativ, sondern erstreckt sich auch auf verschiedene Kategorien und Handlungsbereiche der Organisationen. Ein wesentlicher Faktor, der zu dieser Entwicklung beigetragen hat, war die Einführung des *Gesetzes über Nichtregierungsorganisationen* im Jahr 2011, welches die regulatorische Grundlage für ihre Gründung und Aktivitäten schuf. Trotz dieses scheinbaren Wachstums und der gesteigerten Vielfalt von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Montenegro ist es entscheidend, eine differenzierte Perspektive einzunehmen. Die bloße quantitative Zunahme spiegelt nicht zwangsläufig einen proportionalen Anstieg in Bezug auf demokratische Fortschritte wider. Die Herausforderung besteht darin, den Zusammenhang zwischen der Anzahl der Organisationen und der tatsächlichen demokratischen Partizipation der Zivilgesellschaft zu verstehen. Es ist festzustellen, dass die quantitative Expansion der Zivilgesellschaft nicht zwangsläufig mit einer vertieften demokratischen Kultur korreliert. Trotz des gesetzlichen Rahmens und einer gesteigerten Anzahl von Organisationen können weitere Faktoren wie beschränkter Zugang zu Ressourcen, eingeschränkte politische Einflussnahme und mangelnde Transparenz in Entscheidungsprozessen eine umfassendere demokratische Entwicklung behindern.

In Montenegro sind tief verwurzelte Herausforderungen im sozialen Gefüge, wie Nepotismus und traditionsverhaftete Verbindungen, allgegenwärtig. Diese prägen nicht nur die soziale Struktur, sondern wirken sich auch auf das Verständnis und die Umsetzung des Rechtsstaatsprinzips in der Praxis aus. Ein weiterer entscheidender Faktor ist die weitverbreitete Korruption auf höchster Ebene in der Gesellschaft, die sowohl Institutionen als auch das tägliche Leben beeinflusst. Probleme im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität und Ungleichheiten vor dem Gesetz sind weitere Herausforderungen, die die demokratische Entwicklung Montenegros hemmen. In diesem Kontext stellt der neue Ansatz der Europäischen Kommission, bei dem die Kapitel 23 und 24 den Ausgangs- und Endpunkt oder das Herz der Verhandlungen darstellen, einen bedeutsamen Schritt dar. Die Dynamik und Qualität der Öffnung der Türen der Europäischen Union für Montenegro werden maßgeblich vom konkreten Fortschritt bei der Erfüllung der Standards in diesen Kapiteln abhängen. Obwohl dieser Bottom-up-Ansatz ohne vorherige Erfahrungen Montenegros eingeführt wurde,

spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine Schlüsselrolle, wenn auch unter vielen Hindernissen.

Wie aus Interviews hervorgeht, nehmen alle zivilgesellschaftlichen Organisationen eine wichtige Funktion wahr, doch es gibt Unterschiede in den Handlungsfeldern, in denen sie tätig sind. Die Diskrepanzen zwischen Organisationen in der Peripherie und der Hauptstadt sind ebenfalls signifikant. Es ist interessant festzustellen, dass, obwohl die Regelungen von der EU stammen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen das Denken der Bevölkerung maßgeblich beeinflussen und das Vertrauen in diese Institutionen steigt. Die Tatsache, dass zivilgesellschaftliche Organisationen trotz zahlreicher Hindernisse eine entscheidende Rolle spielen, verdeutlicht ihre Bedeutung als Vermittler zwischen der Bevölkerung und den politischen Entscheidungsträger:innen. Die Unterschiede in den Aktivitätsfeldern und Standorten dieser Organisationen werfen jedoch auch wichtige Fragen auf, die in den demokratischen Reformbemühungen berücksichtigt werden müssen. Das Vertrauen, das die Bevölkerung in diese Organisationen setzt, signalisiert jedoch eine gewisse Verschiebung im Denken und in der Wahrnehmung, die positiv für die demokratische Entwicklung Montenegros interpretiert werden kann.

Selbst in etablierten Demokratien sind zivilgesellschaftliche Organisationen mit Hürden konfrontiert, die ihre Funktion und Unabhängigkeit beeinträchtigen können. Einerseits stehen sie oft vor der Herausforderung, dass sie nicht in politischen Wahlen antreten können, da sie keine politischen Parteien sind. Dies begrenzt ihre direkte Beteiligung am formellen politischen Prozess. Andererseits sind viele zivilgesellschaftliche Organisationen ständig mit finanziellen Abhängigkeiten konfrontiert.

Die Tatsache, dass zivilgesellschaftliche Organisationen nicht als politische Parteien antreten können, wirft Fragen zur Repräsentativität und direkten Teilnahme an formellen politischen Strukturen auf. Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass ihre Rolle oft darin besteht, als kritischer Akteur von außen auf politische Entscheidungsprozesse einzuwirken. Durch Advocacy, Informationsverbreitung und Einflussnahme auf die öffentliche Meinung können sie dennoch erheblichen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen.

Die finanzielle Abhängigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen kann eine bedeutende Einschränkung darstellen. Oft sind sie auf Spenden, Fördermittel oder Zuwendungen angewiesen, was ihre Autonomie beeinträchtigen kann. Diese Abhängigkeit kann potenziell zu Einflussnahmen von Geldgebern führen und ihre Fähigkeit beeinträchtigen, unabhängig und kritisch zu agieren. Die Suche nach finanziellen Ressourcen wird somit zu einer delikaten Gratwanderung zwischen dem Bedarf an Unterstützung und dem Erhalt der Unabhängigkeit. In

Montenegro, wo die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle im EU-Beitrittsprozess spielt, treten solche Herausforderungen verstärkt auf. Es ist entscheidend, dass zivilgesellschaftliche Organisationen als wichtige Partner betrachtet werden, die das demokratische Gefüge durch ihre kritische Perspektive und die Stimme der Bürger:innen stärken können. Gleichzeitig ist es wichtig, Mechanismen zu entwickeln, die ihre Unabhängigkeit sichern und sie vor unangemessenen Einflüssen schützen, um eine lebendige und effektive Zivilgesellschaft zu fördern.

5.3 Anmerkungen

In Bezug auf die durchgeführten Interviews ergab die Untersuchung, dass Face-to-Face-Interviews im Vergleich zu Zoom-Interviews als angenehmer wahrgenommen wurden und in der Regel umfassendere Informationen lieferten. Dies lässt sich möglicherweise auf verschiedene Faktoren zurückführen, wie die persönliche Atmosphäre, die Möglichkeit der nonverbalen Kommunikation und die Fähigkeit, eine direkte zwischenmenschliche Verbindung herzustellen. Im Kontrast dazu wurden Zoom-Interviews als kürzer und weniger persönlich erlebt. In den Anmerkungen könnte weiterhin detailliert werden, welche spezifischen Elemente der Face-to-Face-Interaktion als positiv bewertet wurden und inwiefern die virtuelle Natur von Zoom-Interviews möglicherweise zu diesen Unterschieden beigetragen hat. Darüber hinaus könnten technische Herausforderungen oder andere Einflussfaktoren, die die Qualität der Zoom-Interviews beeinträchtigt haben könnten, in Betracht gezogen werden. Diese Aspekte sind entscheidend, um die Gültigkeit und Interpretation der gesammelten Daten angemessen zu berücksichtigen. Diese Unterschiede können auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein, darunter technische Limitierungen, aber auch kulturelle und soziale Nuancen, die in persönlichen Interaktionen subtiler zum Ausdruck kommen. Es ist ebenso wichtig zu betonen, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bezug auf Transparenz als positiv bewertet wurden. Die Zugänglichkeit von detaillierten Informationen auf den Webseiten der ausgewählten Organisationen trug dazu bei, die Forschung transparenter und nachvollziehbarer zu gestalten. Diese Transparenz könnte als Zeichen für ein offenes und kooperatives Verhältnis zwischen den Organisationen und der Forschungsgemeinschaft interpretiert werden, was wiederum die Glaubwürdigkeit der gesammelten Daten stärkt.

Zusätzlich zeigte sich, dass zivilgesellschaftliche Organisationen je nach Tätigkeitsfeld unterschiedlichen Einfluss ausüben. Insbesondere zivilgesellschaftliche Organisationen im sozialen Bereich unterhalten häufigere Kontakte zu Regierungsinstitutionen und Behörden, was zu einer potenziell weniger kritischen Haltung gegenüber der Regierung führen könnte. Gleichzeitig spielt die Lokalität eine Rolle, insbesondere bei zivilgesellschaftlichen Organisationen in kleineren Gemeinden, wo engere soziale Verbindungen den Vertreter:innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen den Zugang zu lokalen Entscheidungsträger:innen erleichtern. Die divergierenden Einflussfaktoren je nach Arbeitsbereich und Lokalität innerhalb der Zivilgesellschaft unterstreichen die Komplexität der Interaktionsdynamiken zwischen Zivilgesellschaft und Regierung. Eine tiefgreifendere Analyse dieser Unterschiede könnte dazu beitragen, maßgeschneiderte Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft in verschiedenen Kontexten zu entwickeln und somit die demokratische Entwicklung in der Region effektiv zu fördern.

Zukünftige Forschungen könnten sich auf verschiedene Aspekte konzentrieren, um ein umfassenderes Verständnis der Europäisierungsdynamiken in den Westbalkanstaaten und der Rolle der Zivilgesellschaft zu erlangen. Eine mögliche Richtung wäre die detaillierte Untersuchung und Anpassung der Europäisierungstheorie, um den spezifischen Kontext der Westbalkanstaaten besser zu berücksichtigen. Dies würde eine Neubewertung der Europäisierungskriterien und eine vertiefte Auseinandersetzung mit historischen und kulturellen Einflüssen umfassen.

Die differenzierten Einflussfaktoren der Zivilgesellschaft könnten weiter erforscht werden, insbesondere im Hinblick auf unterschiedliche Arbeitsbereiche. Eine vertiefte Analyse der Beziehungsdynamiken zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen im sozialen Bereich und Regierungsinstitutionen könnte aufzeigen, wie diese Interaktionen die Haltung der Organisationen gegenüber der Regierung beeinflussen.

Die lokalen Dimensionen in kleineren Gemeinden könnten als weiterer Forschungsbereich dienen. Eine eingehende Untersuchung der Auswirkungen von lokalen Verbindungen und Netzwerken auf das Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen in kleineren Gemeinden könnte neue Erkenntnisse darüber liefern, wie lokale Strukturen die Interaktion zwischen Zivilgesellschaft und Regierung beeinflussen.

Weiterführende Forschung könnte sich auch auf die Demokratieförderung und die Unabhängigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen konzentrieren. Eine kritische Analyse der Strategien zur Sicherung der Unabhängigkeit, insbesondere in finanzieller

Hinsicht, könnte klären, wie finanzielle Abhängigkeiten die Autonomie und Wirksamkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen beeinträchtigen.

Abschließend ist anzumerken, dass die Untersuchung auch auf Herausforderungen gestoßen ist, insbesondere hinsichtlich der Bereitschaft von Vertreter:innen in Arbeitsgruppen, an Interviews teilzunehmen. Einige haben die Interviews abgelehnt, indem sie darauf hinwiesen, dass sie entweder noch nicht lange genug in der Organisation tätig sind oder dass ihnen spezifisches Fachwissen fehlt. Diese Ablehnungen könnten auf eine gewisse Unsicherheit oder Sensibilität bezüglich ihrer Position und Erfahrung in der Organisation hinweisen.

Diese Dynamiken könnten ebenfalls darauf hinweisen, dass es innerhalb von zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Vielzahl von Meinungen und Erfahrungen gibt, die möglicherweise nicht homogen sind. In zukünftigen Forschungen könnte es interessant sein, tiefergehende Analysen über die Gründe für die Zurückhaltung bestimmter Vertreter:innen durchzuführen. Dies könnte einen Einblick in interne Dynamiken und mögliche Hemmnisse für eine umfassende Beteiligung an solchen Studien bieten.

Literaturverzeichnis

Akkaya, Gülcan (2012): Nichtregierungsorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft. Eine Fallstudie über die Nachkriegsgesellschaft im Kosovo. Wiesbaden: Springer VS.

Alexander, Jeffrey C. (2008): *The civil sphere*. First issued as an Oxford University Press paperback. New York: Oxford University Press.

Almond, Gabriel Abraham; Verba, Sidney (1963): *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations : an analytic study*. Princeton, N.Y.: Princeton University Press (Center for International Studies, Princeton University). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=4336555>.

Althaus, Catherine; Bridgman, Peter; Davis, Glyn (2013): *The Australian policy handbook*. Fifth edition. Sydney: Allen & Unwin.

Althaus, Catherine; Bridgman, Peter; Davis, Glyn (2021): *The Australian policy handbook. A practical guide to the policy making process*. 6th edition. Sydney: Allen & Unwin.

Anđelić, Neven (2020): Hybrid regimes of the Western Balkans: Reflection of a global geopolitical struggle. In: *J Regional Security* 15 (2), S. 263–289. DOI: 10.5937/jrs15-24525.

Anderson, Christopher J.; Paskeviciute, Aida (2006): How Ethnic and Linguistic Heterogeneity Influence the Prospects for Civil Society: A Comparative Study of Citizenship Behavior. In: *The Journal of Politics* 68 (4), S. 783–802. DOI: 10.1111/j.1468-2508.2006.00470.x.

Anheiner, Helmut K.; Priller, Eckhard; Seibel; Zimmer, Annette (2000): Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des Dritten Sektors. In: Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt (Hg.): *Die Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*. Berlin: Ed. Sigma (WZB-Jahrbuch, 2000), S. 71–98.

Arato, Andrew; Cohen, Jean L. (1992): *Civil Society and Political Theory*. Cambridge: MIT Press.

Arenhövel, Mark (2000): Zivilgesellschaft. Bürgergesellschaft. In: *Wochenschau II* (2), S. 55–64.

Aristoteles (Hg.) (2013): *Politik. Schriften zur Staatstheorie*. Bibliogr. erg. Ausg. 2010. Stuttgart: Reclam (Reclams Universal-Bibliothek, Nr. 8522).

Armstrong, Kenneth A. (2002): Civil Society and the White Paper – Bridging or Jumping the Gap? In: Christian Joerges, Yves Mény und Joseph H. Weiler (Hg.): *Mountain or Molehill?: A Critical Appraisal of the Commission White Paper on Governance*. New York University School of Law, S. 95–102.

Baker, Gideon (1998): Civil Society and Democracy: The Gap between Theory and Possibility. In: *Politics* 18 (2), S. 81–87. DOI: 10.1111/1467-9256.00064.

Bechev, Dimitar (2017): *Rival Power: Russia in Southeast Europe*. New Haven/London: Yale University Press.

Beichelt, Timm; Hahn, Irene; Schimmelfennig, Frank; Worschech, Susann (2014)(Hg.): *Civil Society and Democracy Promotion. Challenges to Democracy in the 21st Century*. London: Palgrave Macmillan

- Beichelt, Timm; Merkel, Wolfgang (2014): Democracy Promotion and Civil Society: Regime Types, Transitions Modes and Effects. In: Timm Beichelt, Irene Hahn-Fuhr, Frank Schimmelfennig und Susann Worschech (Hg.): *Civil Society and Democracy Promotion*. London: Palgrave Macmillan UK, S. 42–64.
- Beyers, Jan; Kerremans, Bart (2007): Critical resource dependencies and the Europeanization of domestic interest groups. In: *Journal of European Public Policy* 14 (3), S. 460–481. DOI: 10.1080/13501760701243822.
- Beyme, Klaus; Nohlen, Dieter (1995): Systemwechsel. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): *Politische theorien*. München: C.H. Beck (Lexikon der Politik / herausgegeben von Dieter Nohlen), S. 636–650.
- Beyme, Klaus von (1994): *Systemwechsel in Osteuropa*. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1130).
- Beyme, Klaus von (1997): Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske und Budrich, S. 23–56.
- Bežovan, Gojko; Ivanović, Mladen (2006): Razvoj civilnog društva u Hrvatskoj. In: *Zagreb. UNDP in Croatia*.
- Bieber, Florian (2003): Montenegrin politics since the disintegration of Yugoslavia. In: Florian Bieber (Hg.): *Montenegro in Transition. Problems of Identity and Statehood*. Baden-Baden: Nomos, S. 11–42.
- Bieber, Florian (2004): Serbien und Montenegro: Provisorium oder Modell des minimalistischen Föderalismus? In: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (Hg.): *Jahrbuch des Föderalismus ; Band 5 (2004)*. Baden-Baden, S. 322–338.
- Bieber, Florian (2010): Das politische System Montenegros. In: Wolfgang Ismayr, Solveig Richter und Markus Soldner (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. 3., aktualisierte und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 941–964.
- Biekart, Kees (2003): *The politics of civil society building. European private aid agencies and democratic transitions in Central America*. Repr. Utrecht, Amsterdam: International Books; Transnational Institute.
- Boehm, Christopher (1983): Montenegrin Social Organization and Values. Political Ethnography of a Refuge Area Tribal Adaptation. In: *Studies in Anthropology*. AMS Press 1, iii-181.
- Bojinović Fenko, Ana; Stahl, Bernhard (2019): Chips off the Old Block: Europeanisation of the Foreign Policies of Western Balkan States. In: Jelena Džankić, Soeren Keil und Marko Kmezić (Hg.): *The Europeanisation of the Western Balkans*. Cham: Springer International Publishing, S. 39–62.
- Bokeljska Mornarica: Istorija i Tradicija. Osnivanje Bokeljske Mornarice. Online verfügbar unter <https://www.bokeljskamornarica.com/>, zuletzt geprüft am 12.09.2023.
- Boli, John; Thomas, George M. (1999): *Constructing World Culture. International Nongovernmental Organizations since 1875*. Stanford: Stanford University Press.
- Börzel, Tanja A. (2010): *Transformative Power Europe? he EU Promotion of Good Governance in Areas of Limited Statehood*. Hg. v. Berlin: Freie Universität Berlin. Paper prepared for the

ERD Workshop "Transforming Political Structures: Security, Institutions and Regional Integration Mechanisms". Florence, April 16-17, 2009. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/228454998_Transformative_Power_Europe_The_EU_Promotion_of_Good_Governance_in_Areas_of_Limited_Statehood, zuletzt geprüft am 10.08.2023.

Börzel, Tanja A. (2011): When Europeanization Hits Limited Statehood. The Western Balkans as a Test Case for the Transformative Power of Europe. In: *KFG Working Papers. Free University Berlin*.

Börzel, Tanja A.; Pamuk, Yasemin; Stahn, Andreas (2008): The European Union and the Promotion of Good Governance in its Near Abroad. One size fits all? Universitätsbibliothek der FU Berlin.

Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2004): One Size Fits All! EU Policies for the Promotion of Human Rights, Democracy and the Rule of Law: Prepared for the Workshop on Democracy Promotion, Oct. 4-5, 2004, Center for Development, Democracy and the Rule of Law, Stanford University. Online verfügbar unter https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/atasp/publikationen/4_artikel_papiere/18/tandt_stanford_final.pdf, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

Börzel, Tanja A.; Risse, Thomas (2012): When Europeanisation Meets Diffusion: Exploring New Territory. In: *West European Politics* 35 (1), S. 192–207. DOI: 10.1080/01402382.2012.634543.

Braun, Sebastian (2001): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. In: *Leviathan* 29 (3), S. 337–354. DOI: 10.1007/s11578-001-0023-9.

Braun, Sebastian; Hansen, Stefan; Langner, Ronald (2013): Bürgerschaftliches Engagement an Schulen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Bridgman, Peter; Davis, Glyn (1998): The Australian policy handbook. 2nd ed. Sydney, At: Allen & Unwin.

BTI Montenegro (2020): Country Report Montenegro. Online verfügbar unter https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwinkoipvq2BAxUIhf0HHeipCsYQFnoECBAQAQ&url=https%3A%2F%2Fbti-project.org%2Ffileadmin%2Fapi%2Fcontent%2Fen%2Fdownloads%2Freports%2Fcountry_report_2020_MNE.pdf&usq=AOvVaw1-GYXXzWRfDVnGMgD1E0Vq&opi=89978449, zuletzt geprüft am 20.02.2022.

Bunce, Valerie (1999): Subversive institutions. The design and the destruction of socialism and the state. Cambridge, UK: Cambridge University Press (Cambridge studies in comparative politics).

Cairney, Paul (2020): Understanding public policy. Theories and issues. 2nd edition. London: Bloomsbury Academic (Textbooks in policy studies).

Carmin, JoAnn (2010): NGO capacity and environmental governance in Central and Eastern Europe. In: *Acta Polit* 45 (1-2), S. 183–202. DOI: 10.1057/ap.2009.21.

Čavalić, Admir; Gajić, Mihailo (2017): International property rights index. Case study - Weak governments and partial protection: Property rights in the Western Balkans. Multi & Libek: Property Rights Alliance.

CDL(2012)051-e (2023): European Commission for Democracy Through Law (Venice Commission) Montenegro, Draft Opinion on two sets of draft amendments to the constitutional provisions relating to the judiciary of Montenegro. Online verfügbar unter [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL\(2012\)051-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/?pdf=CDL(2012)051-e), zuletzt aktualisiert am 15.09.2023, zuletzt geprüft am 15.09.2023.

CEDEM (2020): Political Public Opinion of Montenegro. Centar za Demokratiju u Ljudska Prava. Online verfügbar unter <https://www.cedem.me/en/publikacije/political-public-opinion/>, zuletzt geprüft am 20.08.2021.

CGO - Centar za građansko obrazovanje CGO: <https://cgo-ccc.org/o-nama/>, zuletzt geprüft am 29.01.2024.

Cekik, Aneta (2017): Adapting to Europe? Business interests and civil society groups in accession countries. In: *West European Politics* 40 (5), S. 1066–1087. DOI: 10.1080/01402382.2017.1308696.

Centar za Demokratsku Tranziciju (2006): Referendum 21/05/2006. Online verfügbar unter <https://www.cdtmn.org/izbori/referendum06.php>, zuletzt geprüft am 12.09.2018.

Checkel, Jeffrey T. (2005): International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework. In: *Int. Org.* 59 (04). DOI: 10.1017/S0020818305050289.

Cohen, Jean L.; Arato, Andrew (1994): Civil society and political theory. Paperback ed. Cambridge, Mass.: MIT Press (Studies in contemporary German social thought).

Cohen, Michael D.; March, James G.; Olsen, Johan P. (1972): A Garbage Can Model of Organizational Choice. In: *Administrative Science Quarterly* 17 (1), S. 1. DOI: 10.2307/2392088.

Colebatch, Hal K. (2005): Policy Analysis, Policy Practice and Political Science. In: *Aust J Pub Admin* 64 (3), S. 14–23. DOI: 10.1111/j.1467-8500.2005.00448.x.

Collier, David; Levitsky, Steven (1997): Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research. In: *World Pol.* 49 (3), S. 430–451. DOI: 10.1353/wp.1997.0009.

Coman, Ramona (2016): Quo Vadis Judicial Reforms? The Quest for Judicial Independence in Central and Eastern Europe. In: Ramona Coman und Luca Tomini (Hg.): *The State of Democracy in Central and Eastern Europe. A Comparative Perspective*. London, New-York: Routledge (Routledge Europe-Asia studies series), S. 40–72.

Communication from the Commission to the European Parliament and the Council (2012): Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013. COM/2012/0600 final. Brussels. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52012DC0600>, zuletzt aktualisiert am 15.09.2023, zuletzt geprüft am 15.09.2023.

Conley, Heather A.; Melino, Matthew (2019): Russian Malign Influence in Montenegro: The Weaponization and Exploitation of History, Religion, and Economics. In: *Center for Strategic and International Studies*. Online verfügbar unter <https://www.csis.org/analysis/russian-malign-influence-montenegro-weaponization-and-exploitation-history-religion-and>.

Costa, Dora L.; Kahn, Matthew E. (2003): Civic Engagement and Community Heterogeneity: An Economist's Perspective. In: *Perspectives on Politics* 1 (1), S. 103–111.

Cowles, Maria Green; Caporaso, James A.; Risse-Kappen, Thomas (Hg.) (2012): Transforming Europe. Europeanization and domestic change. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press (Cornell studies in political economy).

CRNVO – Centar za razvoj NVO: <https://crnvo.me/o-nama/>, zuletzt geprüft am 29.01.2024

Croissant, Aurel (2010): Analyse defekter Demokratien. In: Klemens H. Schrenk und Soldner Markus (Hg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93–114.

Croissant, Aurel; Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Wolfgang Merkel (Hg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich, S. 9–49.

Croissant, Aurel; Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard (1999): Verbände und Verbändesysteme im Transformationsprozess: Ein zusammenfassender Vergleich. In: Wolfgang Merkel (Hg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß. Opladen: Leske + Budrich (Systemwechsel, 4), S. 329–356.

Cullen, Pauline (2010): The Platform of European Social NGOs: Ideology, Division and Coalition. In: *Journal of Political Ideologies* 15 (3), S. 317–331. DOI: 10.1080/13569317.2010.513876.

Dahl, Robert Alan (1971): Polyarchy. Participation and Opposition. 4. print. New Haven/London: Yale University Press.

Darmanović, Srđan (1998): Crnogorski postkomunistički režim. In: *Monitor*.

Darmanović, Srđan (2007a): Political System of Montenegro. In: Vladimir Goati, Srđan Darmanović, Zlatko Vujović, Vlado Dedović, Boris Vukićević und Nikoleta Tomović (Hg.): Electoral and Party System in Montenegro. A Perspective of Internal Party Democracy Development. Podgorica, Montenegro: Studio Mouse, S. 11–46.

Darmanović, Srdjan. (2007b): Montenegro: A Miracle in the Balkans? In: *Journal of Democracy* 18 (2), S. 152–159. DOI: 10.1353/jod.2007.0021.

Dekker, Paul; van den Broek, Andries (1998): Civil Society in Comparative Perspective: Involvement in Voluntary Associations in North America and Western Europe. In: *Voluntas* 9 (1), S. 11–38. DOI: 10.1023/A:1021450828183.

Di Palma, Giuseppe (1990): To craft democracies. An essay on democratic transitions. Berkeley: University of California Press.

Diamond, Larry (1999): Developing Democracy toward Consolidation. Baltimore (Md.), London: John Hopkins University Press.

Diamond, Larry Jay (1994): Toward Democratic Consolidation. In: *Journal of Democracy* 5 (3), S. 4–17. DOI: 10.1353/jod.1994.0041.

Diamond, Larry Jay (1996): Is the Third Wave Over? In: *Journal of Democracy* 7 (3), S. 20–37. DOI: 10.1353/jod.1996.0047.

Diamond, Larry Jay; Morlino, Leonardo (2004): An Overview. In: *Journal of Democracy* 15 (4), S. 20–31. DOI: 10.1353/jod.2004.0060.

Dicklitch, Susan (2001): NGOs and Democratization in Transitional Societies: Lessons from Uganda. In: *Int Polit* 38 (1), S. 27–46. DOI: 10.1057/palgrave.ip.8892611.

- Dimitrova, Antoaneta L. (Hg.) (2004): *Driven to Change. The European Union's enlargement viewed from the East*. Manchester: Manchester University Press.
- Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations (2013): *Montenegro Progress Report 2013*. Brussels. Online verfügbar unter https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/montenegro-progress-report-2013_en, zuletzt geprüft am 15.09.2023.
- Directorate-General for Neighbourhood and Enlargement Negotiations (2022): *Montenegro Progress Report 2022*. Brussels. Online verfügbar unter https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/montenegro-report-2022_en.
- Djurić, Dragan (1999): *The Shadow Economy: Between Authority and Crime*. In: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs* 2 (1), S. 59–68.
- Djurović, Gordana (2012): *Evropska unija i Crna Gora: politika proširenja*. Podgorica: Ekonomski fakultet.
- Dorđević, Vladimir; Vučković, Vladimir (2017): *Loose and shallow Europeanization of the Western Balkans: Corruption in Montenegro and Serbia*. Online verfügbar unter <https://stratpol.sk/loose-and-shallow-europeanization-of-the-western-balkans-corruption-in-montenegro-and-serbia/>, zuletzt geprüft am 21.07.2023.
- Đurić, Dragan (2004): *Montenegro's Prospects for European Integration: On a Twin Track*. In: *SEER: Journal for Labour and Social Affairs in Eastern Europe* 7 (4), S. 79–105.
- Durose, Catherine; Richardson, Liz (2015): *Designing Public Policy for Co-Production. Theory, Practice and Change*. Bristol University Press.
- Dzankić, Jelena (2013): *Cutting the mists of the Black Mountain: Cleavages in Montenegro's divide over statehood and identity*. In: *Natl. pap.* 41 (3), S. 412–430. DOI: 10.1080/00905992.2012.743514.
- Dzankić, Jelena; Keil, Soeren (Hg.) (2019): *The Europeanisation of Contest States: Comparing Bosnia and Herzegovina, Macedonia and Montenegro. The Europeanisation of the Western Balkans. A Failure of EU Conditionality? Unter Mitarbeit von Jelena Dzankic, Soeren Keil und Marko Kmezić*. 135-156: Palgrave Macmillan.
- Economides, Spyros (2020): *From fatigue to resistance: EU enlargement and the Western Balkans*. Working Paper No.17: Dahrendorf Forum IV.
- Eising, Reiner (2007): *Interest Groups and Social Movements*. In: Paolo Graziano und Maarten P. Vink (Hg.): *Europeanization -. New research agendas*. Houndmills, New York: Palgrave Macmillan, S. 167–181.
- Ekiert, Grzegorz; Kubik, Jan (2014): *Myths and Realities of Civil Society*. In: *Journal of Democracy* 25 (1), S. 46–58. DOI: 10.1353/jod.2014.0009.
- Elbasani, Arolda (Hg.) (2013): *European integration and transformation in the western Balkans. Europeanization or business as usual?* London: Routledge (Routledge / UACES contemporary European studies, 25). Online verfügbar unter <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=699164>.

Elbasani, Arolda (2018): International promotion of rule of law: Facing connections between patronage, crime, and judiciary corruption. In: Rule of law in the Western Balkans: Exploring the new EU enlargement strategy and necessary steps ahead. In: *Alt Madlitz*, S. 28–34.

Elster, Jon (1994): Die Schaffung von Verfassungen: Analyse der allgemeinen Grundlagen. In: Ulrich K. Preuß (Hg.): *Zum Begriff der Verfassung*. 1st. Frankfurt am Main: Fischer-TB-Ffm.

Emrich, Eike; Pitsch, Werner; Papathanassiou, Vassilios (2001): Die Sportvereine. Ein Versuch auf empirischer Grundlage. 1. Aufl. Schorndorf: Hofmann (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Bd. 106).

Eriksen, Erik O. (2002): Governance or Democracy? The White Paper on European Governance. In: Christian Joerges, Yves Mény und Joseph H. Weiler (Hg.): *Mountain or Molehill?: A Critical Appraisal of the Commission White Paper on Governance*. New York University School of Law, S. 61–72.

EUR-Lex - *acquis* - EN - EUR-Lex (2023). Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/EN/legal-content/glossary/acquis.html>, zuletzt aktualisiert am 21.07.2023, zuletzt geprüft am 21.07.2023.

Europäische Kommission (2020): Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan. COM(2020) 57 final, vom 05.02.2020. Fundstelle: Brüssel. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0057>, zuletzt geprüft am 24.09.2023.

European Commission: European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR). Conditions for membership. Online verfügbar unter https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/enlargement-policy/conditions-membership_en, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

European Commission (2001): *European Governance A White Paper*. COM(2001) 428. Brussels, 25.7.2001.

European Commission (2005): *Regional cooperation in the Western Balkans. A policy priority for the European Union*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

European Commission (2010): *Enlargement Strategy and Main Challenges 2010–2011*. Communication from the Commission to the European Parliament and Council. COM(2010) 660 final.

European Commission (2011a): *Action Fiche for Neighbourhood Civil Society Facility 2011*. C(2011) 5381 final. Brussels.

European Commission (2011b): *Enlargement Strategy and Main Challenges 2011–2011*, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. COM(2011) 666 Final.

European Commission (2020): *Montenegro Report*. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/default/files/montenegro_report_2020.pdf.

European Commission (2022): *Montenegro Report 2022*. Online verfügbar unter https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/montenegro-report-2022_en, zuletzt aktualisiert am 12.10.2022, zuletzt geprüft am 12.07.2023.

- European Commission for Democracy Through Law (Venice Commission) (2007): Opinion on the Constitution of Montenegro. Opinion no. 392/2006. CDL-AD (2007) 047, vom Strasburg.
- European Council; Council of the European Union: Montenegro. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/enlargement/montenegro/>, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR) (2023a): Accession criteria. Online verfügbar unter https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/enlargement-policy/glossary/accession-criteria_en, zuletzt aktualisiert am 20.07.2023, zuletzt geprüft am 20.07.2023.
- European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR) (2023b): Accession negotiations. Online verfügbar unter https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/enlargement-policy/glossary/accession-negotiations_en, zuletzt aktualisiert am 20.07.2023, zuletzt geprüft am 20.07.2023.
- European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations (DG NEAR) (2023c): Stabilisation and Association Agreement. Online verfügbar unter https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/enlargement-policy/glossary/stabilisation-and-association-agreement_en, zuletzt aktualisiert am 10.08.2023, zuletzt geprüft am 10.08.2023.
- Fagan, Adam (2010): Europe's Balkan dilemma. Paths to civil society or state-building? London: I.B. Tauris.
- Fagan, Adam (2011): EU assistance for civil society in Kosovo: a step too far for democracy promotion? In: *Democratization* 18 (3), S. 707–730. DOI: 10.1080/13510347.2011.563119.
- Featherstone, Kevin; Radaelli, Claudio M. (Hg.) (2003): The Politics of Europeanization: Oxford University Press Oxford.
- Fein, Elke; Matzke, Sven (1997): Zivilgesellschaft: Konzept und Bedeutung für die Transformation in Osteuropa. In: *2. Auflage Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft. Berlin: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. 7.*
- Finke, Barbara (2007): Civil Society Participation in EU Governance. In: *Living Reviews in European Governance* 2. DOI: 10.12942/lreg-2007-2.
- Fleiner, Thomas; Basta, Lidija R. (2009): Constitutional Democracy in a Multicultural and Globalised World. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.
- Forbrig, Joerg (2013): A Source of Democratic Legitimacy? Civil Society in East-Central Europe. Oxford: European Studies Centre/St. Antony's College: The Contours of Legitimacy in Central Europe: New Approaches in Graduate Studies. Online verfügbar unter https://ceses.cuni.cz/ceses-141-version1-4_2__joerg_forbrig_civil_soc_cee.pdf.
- Fox, Jonathan (2007): Civil Society and Accountability Politics. In: Jonathan A. Fox (Hg.): *Accountability Politics*: Oxford University Press, S. 26–54.
- Frantz, Christiane; Martens, Kerstin (2006): Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Freedomhouse (2019): Montenegro - Country Report 2018. Freedom in the World. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/country/montenegro/freedom-world/2019>, zuletzt aktualisiert am 16.07.2023.

- Freedomhouse (2020): Montenegro - Country Report 2019. Freedom in the World. Online verfügbar unter <https://freedomhouse.org/country/montenegro/freedom-world/2020>.
- Freise, Matthias (2004): Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten. Münster: LIT (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 27).
- Freise, Matthias (2017): Substituting for the State? Friendship Societies in Germany. In: *Voluntas* 28 (1), S. 184–203. DOI: 10.1007/s11266-016-9741-0.
- Freizer, Sabine (2005): Central Asian fragmented civil society: communal and neoliberal forms in Tajikistan and Uzbekistan. In: Marlies Glasius (Hg.): Exploring civil society. Political and cultural contexts. Repr. London: Routledge, S. 115–124.
- Gamm, Gerald; Putnam, Robert D. (2010): The Growth of Voluntary Associations in America, 1840–1940. In: Robert I. Rotberg (Hg.): Patterns of Social Capital: Cambridge University Press, S. 173–220.
- García, Luis Bouza (2009): Can Segmented Publics Foster a General Public Sphere in the EU?: An Example from the Consultation Practices of the European Commission. In: *Observatorio* 3 (2), S. 169–185.
- Gasimov, Zaur (2011): Zwanzig Jahre später: (Ent-)Demokratisierung in den postsowjetischen Räumen. In: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 15 (1), S. 159–188.
- Gasior-Niemiec, Anna K.; Glinski, Piotr (2007): Europeanization of Civil Society in Poland. In: *rsp* 14 (1). DOI: 10.3935/rsp.v14i1.629.
- Gateva, Eli (2015): European Union Enlargement Conditionality. London: Palgrave Macmillan UK.
- Gawin, Dariusz (2006): European Civil Society – the Citizens’ or Eurocrats’ Project? In: Dariusz Gawin und Piotr Gliński (Hg.): Civil Society in the Making. Warsaw: IFIS, S. 77–88.
- Gawrich, Andrea; Lapins, Wulf-Winrich (2006): Demokratieförderung als europäische Herausforderung. Perspektiven für die östlichen Nachbarländer der EU. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Internat. Dialog.
- Gellner, Ernest (1994): Conditions of liberty. Civil society and its rivals. London: Penguin (Penguin history).
- Goati, Vladimir; Darmanović, Srđan; Vujović, Zlatko; Dedović, Vlado; Vukićević, Boris; Tomović, Nikoleta (Hg.) (2007): Electoral and Party System in Montenegro. A Perspective of Internal Party Democracy Development. Podgorica, Montenegro: Studio Mouse.
- Goetz, Klaus H.; Meyer-Sahling, Jan-Hinrik (2008): The Europeanisation of national political systems: Parliaments and executives. In: *Living Rev. Euro. Gov.* 3. DOI: 10.12942/lreg-2008-2.
- Gomes, Teresa Maria Resende Cierco (2017): RETRACTED: Promoting the rule of law in Serbia. What is hindering the reforms in the justice sector? In: *Communist and Post-Communist Studies* 50 (4), S. 331–337. DOI: 10.1016/j.postcomstud.2017.10.004.
- Grabbe, Heather (2001): How does Europeanization affect CEE governance? Conditionality, diffusion and diversity. In: *Journal of European Public Policy* 8 (6), S. 1013–1031. DOI: 10.1080/13501760110098323.

- Grabbe, Heather (2002): European Union Conditionality and the Acquis Communautaire. In: *International Political Science Review* 23 (3), S. 249–268. DOI: 10.1177/0192512102023003003.
- Grabbe, Heather (2005): *The EU's Transformative Power. Europeanization Through Conditionality in Central and Eastern Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Grabbe, Heather (2008): *The EU's transformative power. Europeanization through conditionality in Central and Eastern Europe*. [Nachdr.]. Basingstoke: Palgrave Macmillan (Palgrave Studies in European Union Politics).
- Gunther, Richard; Diamandouros, Nikiforos P.; Puhle, Hans-Jürgen (Hg.) (1995): *The politics of democratic consolidation. Southern Europe in comparative perspective*. Unter Mitarbeit von Richard Gunther, Nikiforos P. Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle. Baltimore, Md., London: The Johns Hopkins University Press (The New Southern Europe).
- Hadenius, Axel; Ugglå, Fredrik (1996): Making civil society work, promoting democratic development: What can states and donors do? In: *World Development* 24 (10), S. 1621–1639. DOI: 10.1016/0305-750X(96)00062-9.
- Hahn-Fuhr, Irene; Worschech, Susann (2014): External Democracy Promotion and Divided Civil Society –The Missing Link. In: Timm Beichelt, Irene Hahn-Fuhr, Frank Schimmelfennig und Susann Worschech (Hg.): *Civil Society and Democracy Promotion*. London: Palgrave Macmillan UK, S. 11–41.
- Hallsworth, Michael; Parker, Simon; Rutter, Jill (2011): *Policy Making in the Real World*. Online verfügbar unter <https://www.instituteforgovernment.org.uk/publications/policy-making-real-world>, zuletzt geprüft am 06.08.2023.
- Hanson, Stephen E. (1997): *Time and revolution. Marxism and the design of Soviet Institutions*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Härtel, André (2012): *Westintegration oder Grauzonen-Szenario? Die EU- und WTO-Politik der Ukraine vor dem Hintergrund der inneren Transformation (1998-2009)*. Berlin: LIT (Osteuropa : Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 47).
- Hartmann, Christof (1999): *Externe Faktoren im Demokratisierungsprozess. Eine vergleichende Untersuchung afrikanischer Länder*. Opladen: Leske + Budrich (Junge Demokratien, Bd. 2).
- Heintel, Martin; Baumfeld, Leo (2022): Die Zivilgesellschaft – ein „unruhiger“ Akteur! In: Judith Fritz und Nino Tomashek (Hg.): *Transformationsgesellschaft. Visionen und Strategien für den sozialökologischen Wandel*. 1st ed. Münster: Waxmann (University - Society - Industry, 11), S. 125–143.
- Henderson, Sara L. (2002): Selling Civil Society. In: *Comparative Political Studies* 35 (2), S. 139–167. DOI: 10.1177/0010414002035002001.
- Henderson, Sarah L. (2003): *Building Democracy in Contemporary Russia. Western Support for Grassroots Organizations*. Ithaca: Cornell University Press.
- Hill, Michael; Varone, Frédéric (2021): *The Public Policy Process*. Eighth edition. | Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge, 2021.: Routledge.

- Hogić, Nedim (2020): The European Union's Rule of Law Promotion in the Western Balkans: Building a Rule of Law Constituency. In: *CYELP* 16, S. 197–223. DOI: 10.3935/cyelp.16.2020.377.
- Hood, Christopher (1998): The art of the state. Culture, rethoric, and public management. Reprinted. New York: Clarendon.
- Horch, Heinz-Dieter (1992): Geld, Macht und Engagement in freiwilligen Vereinigungen. Grundlagen einer Wirtschaftssoziologie von Non-Profit-Organisationen. Berlin: Duncker & Humblot (Sozialökonomische Schriften, H. 21).
- Horowitz, Donald L. (1995): Democracy in Divided Societies. In: Larry Diamond und Marc F. Plattner (Hg.): Nationalism, Ethnic Conflict, and Democracy. 2. [Dr.]. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press (A journal of democracy book), S. 33–55.
- Howard, Marc Morje (2002): The Weakness of Postcommunist Civil Society. In: *Journal of Democracy* 13 (1), S. 157–169. DOI: 10.1353/jod.2002.0008.
- Howard, Marc Morjé (2003): The weakness of civil society in post-Communist Europe. 2. ed. Cambridge: Cambridge University Press.
- Howell, Jude; Pearce, Jenny (2002): Civil society and development. A critical exploration. Boulder, London: Rienner.
- Howlett, Michael; Ramesh, M.; Perl, Anthony (2009): Studying Public Policy. Policy Cycles & Policy Subsystems. 3 ed. Oxford: Oxford University Press.
- Hoxhaj, Andi (2018): The new EU Rule of Law Initiative for the Western Balkans. In Rule of law in the Western Balkans: Exploring the new EU enlargement strategy and necessary steps ahead. In: *Alt Madlitz*, S. 21–26.
- Hristova, Lidija; Cekik, Aneta (2015): The Europeanisation of interest groups: EU conditionality and adaptation of interest groups to the EU accession process in the Republic of Macedonia. In: *East European Politics* 31 (1), S. 23–38. DOI: 10.1080/21599165.2014.1000485.
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. London: University of Oklahoma Press.
- Huntington, Samuel P. (1993a): The Clash of Civilizations? In: *Foreign Affairs* 72 (3), S. 22–49. DOI: 10.2307/20045621.
- Huntington, Samuel P. (1993b): The third wave. Democratization in the late twentieth century. 14th printing. Norman: University of Oklahoma Press (The Julian J. Rothbaum Distinguished Lecture Series, vol. 4).
- Huszka, Beáta (2003): The dispute over Montenegrin independence. In: Florian Bieber (Hg.): Montenegro in Transition. Problems of Identity and Statehood. Baden-Baden: Nomos, S. 43–62.
- Inglehart, Ronald; Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change, and Democracy: Cambridge University Press.
- Institut Alternativa: <https://institut-alternativa.org/o-nama/>, zuletzt geprüft am 29.01.2024

Ishkanian, Armine (2007): Democracy Promotion and Civil Society. In: Helmut K. Anheier (Hg.): Global civil society yearbook 2007/8. Communicative Power and Democracy. London: SAGE, S. 58–85.

Jann, Werner; Wegrich, Kai (2009): Phasenmodelle und Politikprozesse. Der Policy Cycle. In: Klaus Schubert (Hg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0. 2., vollst. überarb. und erw. Aufl. München: Oldenbourg (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft), S. 97–131.

Jensen, Mark (2011): Civil society in liberal democracy. New York: Routledge (Routledge studies in contemporary philosophy, 26).

John, Peter (2012): Analyzing Public Policy. 2nd ed. Abingdon, Oxon, New York: Routledge (Routledge textbooks in policy studies).

Jovanović, Jagoš (1948): Stvaranje Crnogorske Države i Razvoj Crnogorske Nacionalnosti. Istorija Crne Gore od početka VIII. vijeka do 1918. god. Cetinje: Narodne knjige.

Kaldor, Mary (2003): Global Civil Society. An Answer to War. Cambridge: Polity Press.

Kassim, Hussein (2005): The Europeanization of Member State Institutions. In: Simon Bulmer und Christian Lequesne (Hg.): The Member States of the European Union: Oxford University Press, S. 285–316.

Keil, Soeren (2013): Europeanization, State-building and democratization in the Western Balkans. In: *Natl. pap.* 41 (3), S. 343–353. DOI: 10.1080/00905992.2013.768977.

Kitschelt, Herbert (1999): Post-communist party systems. Competition, representation, and inter-party cooperation. Cambridge, New York: Cambridge University Press (Cambridge studies in comparative politics).

Kmezić, Marko (2014)(Hg.): Europeanization by Rule of Law. Implementation in the Western Balkans. Institute for Democracy Societas Civilis Skopje

Knill, Christoph; Tosun, Jale (2012): Public Policy. A New Introduction. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Kohler-Koch, Beate (2010): Civil Society and EU Democracy: ‘Astroturf’ Representation? In: *Journal of European Public Policy* 17 (1), S. 100–116. DOI: 10.1080/13501760903464986.

Komar, Olivela (2015): The development of civil society in Montenegro. In: ed Danica Fink-Hafner (Hg.): The Development of Civil Society in Countries on the Territory of Former Yugoslavia Since 1980s: Fakulteta za Družbene Vede, S. 145–164.

Konrad Adenauer Stiftung (2020): Länderbericht. Parlamentswahlen in Montenegro 2020. In: *Länderbüro Montenegro*. Online verfügbar unter https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwih5brt9qyBAxVx_7sIHQMLDT8QFnoECA4QAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.kas.de%2Fdocuments%2F252038%2F7938566%2FParlamentswahlen%2Bin%2BMontenegro%2B2020.pdf%2Fd7087d7d-87e8-e730-6c28-a6c58a81eef6%3Fversion%3D1.1%26t%3D1598973151322&usg=AOvVaw0I3uIlpfJGqwBI7aqCU6YF&opi=89978449, zuletzt geprüft am 10.08.2021.

Kopecký, Petr; Mudde, Cas (2012): Uncivil society? Contentious politics in post-communist Europe. London: Routledge (Routledge research in extremism and democracy).

- Kostovicova, Denisa; Bojicic-Dzelilovic, Vesna (2013): Introduction: Civil Society and Multiple Transitions - Meanings, Actors and Effects. In: Vesna Bojicic-Dzelilovic, James Ker-Lindsay und Denisa Kostovicova (Hg.): *Civil Society and Transitions in the Western Balkans*. London: Palgrave Macmillan UK, S. 1–25.
- Kraus, Peter A. (1999): Assoziationen und Interessenrepräsentation in neuen Demokratien. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske + Budrich (Systemwechsel, 4), S. 23–44.
- Kubicek, P. (2001): The Limits of Electoral Democracy in Ukraine. In: *Democratization* 8 (2), S. 117–139. DOI: 10.1080/714000202.
- Kumar, Krishan (1993): Civil Society: An Inquiry into the Usefulness of an Historical Term. In: *The British Journal of Sociology* 44 (3), S. 375. DOI: 10.2307/591808.
- Ladrech, Robert (1994): Europeanization of Domestic Politics and Institutions: The Case of France. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 32 (1), S. 69–88. DOI: 10.1111/j.1468-5965.1994.tb00485.x.
- Ladrech, Robert (2005): The Europeanization of Interest Groups and Political Parties. In: Simon Bulmer und Christian Lequesne (Hg.): *The Member States of the European Union*: Oxford University Press, S. 317–337.
- Lasswell, Harold Dwight (1956): *The Decision Process. Seven Categories of Functional Analysis*. College Park: University of Maryland.
- Laštro, Claudia; Bieber, Florian; Marović, Jovana (2023): Mechanisms of Dominance: Understanding 30 Years in Power of Montenegro's Democratic Party of Socialists. In: *Comparative Southeast European Studies* 71 (2), S. 210–236. DOI: 10.1515/soeu-2022-0039.
- Lauth, Hans-Joachim (1999): Strategische, reflexive und ambivalente Zivilgesellschaften: Ein Vorschlag zur Typologie von Zivilgesellschaften im Systemwechsel. In: Heidrun Zinecker (Hg.): *Unvollendete demokratisierung in Nichtmarktökonomien. Die Blackbox zwischen Staat und Wirtschaft in den Transitionsländern des Südens und Ostens*. Amsterdam: G+B Verlag Fakultas, S. 95–120.
- Lauth, Hans-Joachim (2003a): Ambivalenzen der Zivilgesellschaft in Hinsicht auf Demokratie und soziale Inklusion. In: *Nord-Süd Aktuell* (2), S. 223–232.
- Lauth, Hans-Joachim (2003b): Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren. In: Arnd Bauerkämper (Hg.): *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verl., S. 31–57.
- Lauth, Hans-Joachim (2007): Transformation. In: Georg Simonis, Arthur Benz, Susanne Lütz und Uwe Schimank (Hg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 144–157.
- Lauth, Hans-Joachim (2010): Regimetyper: Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie. In: Hans-Joachim Lauth (Hg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Springer, S. 95–116.
- Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (Hg.) (1997a): *Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost*. Mainz: [Institut für Politikwissenschaft] (Politikwissenschaftliche Standpunkte, Bd. 3).

- Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (1997b): Zivilgesellschaft und Transformation. In: Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel (Hg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost. Mainz: [Institut für Politikwissenschaft] (Politikwissenschaftliche Standpunkte, Bd. 3), S. 15–49.
- Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (1997c): Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 10 (1), S. 12–34.
- Lavenex, Sandra (2001): The Europeanization of Refugee Policies: Normative Challenges and Institutional Legacies. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 39 (5), S. 851–874. DOI: 10.1111/1468-5965.00334.
- Lavenex, Sandra (2004): EU external governance in 'wider Europe'. In: *Journal of European Public Policy* 11 (4), S. 680–700. DOI: 10.1080/1350176042000248098.
- Lavrič, Miran; Bieber, Florian (2021): Shifts in Support for Authoritarianism and Democracy in the Western Balkans. In: *Problems of Post-Communism* 68 (1), S. 17–26. DOI: 10.1080/10758216.2020.1757468.
- Lehmbruch, Gerhard (2001): Germany. In: Yamamoto Tadashi und Kim Gould Ashizawa (Hg.): Governance and civil society in a global age. Washington, D.C.: Japan Center for International Exchange, S. 230–243.
- Levitsky (2010): Competitive Authoritarianism: Hybrid Regimes After the Cold War (Problems of International Politics): Cambridge University Press.
- Levy, Jonah D. (1999): Tocqueville's revenge. State, society, and economy in contemporary France. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.
- Lindblom, Charles E. (1959): The Science of "Muddling Through". In: *Public Administration Review* 19 (2), S. 79. DOI: 10.2307/973677.
- Linz, Juan J. (1990): The Virtues of Parliamentarism. In: *Journal of Democracy* 1 (4), S. 84–91. DOI: 10.1353/jod.1990.0059.
- Linz, Juan J.; Stepan, Alfred (1996a): Problems of democratic transition and consolidation. Southern Europe, South America, and post-communist Europe / Juan J. Linz and Alfred Stepan. Baltimore, London: Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan J.; Stepan, Alfred (1996b): Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-communist Europe. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour Martin (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *American Political Science Review* 53 (1), S. 69–105. DOI: 10.2307/1951731.
- Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (1967): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives. New York: Free Press.
- Lukšić, Igor; Katnić, Milorad (2016): The Making of a State: Transition in Montenegro: In: *Cato Journal* 36 (3), S. 689–709. DOI: 10.2139/ssrn.2758004.
- Maćków, Jerzy; Wiest, Margarete (2005): Dimensionen autoritärer Systeme in Osteuropa. In: *Totalitarismus und Demokratie* 2, S. 179–200.

- Magen, Amichai (2016): Cracks in the Foundations: Understanding the Great Rule of Law Debate in the EU. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 54 (5), S. 1050–1061. DOI: 10.1111/jcms.12400.
- Magnette, Paul (2002): The White Paper on European Governance. In: Christian Joerges, Yves Mény und Joseph H. Weiler (Hg.): *Mountain or Molehill?: A Critical Appraisal of the Commission White Paper on Governance*. New York University School of Law, S. 1–14.
- Mainwaring, Scott (1998): Party Systems in the Third Wave. In: *Journal of Democracy* 9 (3), S. 67–81.
- Mair, Peter (2000): The limited impact of Europe on national party systems. In: *West European Politics* 23 (4), S. 27–51. DOI: 10.1080/01402380008425399.
- Mandel, Ruth (2002): Das Säen der Zivilgesellschaft in Zentralasien. In: Christopher Hann (Hg.): *Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive*. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 401–424.
- Mappes-Niediek, Norbert (2003): *Balkan - Mafia. Staaten in der Hand des Verbrechens - eine Gefahr für Europa. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl.* Berlin: Ch. Links.
- March, James G.; Olsen, Johan P. (1989): *Rediscovering Institutions. The organizational basis of politics*. New York: Free.
- Marjanović Rudan, Ana; Ćemalović, Belma; Đukanović, Dragan; Semanić, Hana; Minić, Jelica; Szpala, Marta; Llubani, Megi; Vít, Michal; Brnović, Mila; Radulović, Momčilo; Strážay, Tomáš (2016): *Advocacy Strategy for the EU Integration of the Western Balkans Guidelines. European Movement Montenegro*. Belgrade: Center for European Neighborhood Studies
- Marović, Jovana; Sošić, Marko (2011): *Skupština Crne Gore i proces evropskih integracija. Posmatrač ili aktivni učesnik?* Podgorica: Studio Mouse. Online verfügbar unter https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwjBic6ar7-BAXUK_bsIHc3wC_c4ChAWegQIBxAB&url=https%3A%2F%2Fmedia.institut-alternativa.org%2F2012%2F10%2Finstitut-alternativa-skupstina-cg-posmatrac-ili-aktivni-ucesnik.pdf&usg=AOvVaw3zx84K3mioS4QQNrH6R14-&opi=89978449, zuletzt geprüft am 22.09.2023.
- Martens, Kerstin (2002): Alte und neue Players – eine Begriffsbestimmung. In: Christiane Frantz und Annette Zimmer (Hg.): *Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 26–49.
- Matlak, Michał; Schimmelfennig, Frank; Woźniakowski, Tomasz P. (2018): *Europeanization revisited. Central and Eastern Europe in the European Union*. Florence: EUI.
- Mavrikos-Adamou, Tina (2014): Rule of law and the democratization process: the case of Albania. In: *Democratization* 21 (6), S. 1153–1171. DOI: 10.1080/13510347.2013.790372.
- Mayntz, Renate (1982): Problemverarbeitung durch das politisch-administrative System: Zum Stand der Forschung. In: Joachim Jens Hesse (Hg.): *Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 74–89.
- Mazzoni, Marco; Marchetti, Ritta; Barbieri, Giovanni (2022): Media and corruption in Western Balkan countries. In: Enrico Carloni und Diletta Paoletti (Hg.): *Anti-corruption models and experiences. The case of the Western Balkans*. Milano: FrancoAngeli, S. 54–78.

McCluney, Fiona; Popović, Miloš; Dragišić, Miodrag; Dautović, Ana; Paović, Tomica (2019): Unraveling Connections - EU Accession and the 2030 Agenda. UN System in Montenegro. Cetinje. Online verfügbar unter <https://montenegro.un.org/en/43175-unraveling-connections-eu-accession-and-2030-agenda>, zuletzt aktualisiert am 2023, zuletzt geprüft am 24.09.2023.

ME4EU (2020): <https://www.eu.me/en/home-3/>, zuletzt geprüft am 28.01.2024

ME4EU (2020a): Poglavlje 1. Sloboda kretanja robe | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-1-sloboda-kretanja-robe/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020b): Poglavlje 10. Informatičko društvo i mediji | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-10-informaticko-drustvo-i-mediji/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020c): Poglavlje 11. Poljoprivreda i ruralni razvoj | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-11-poljoprivreda-i-ruralni-razvoj/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020d): Poglavlje 12. Bezbjednost hrane, veterinarstvo i fitosanitarni nadzor | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-12-bezbjednost-hrane-veterinarstvo-i-fitosanitarni-nadzor/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020e): Poglavlje 13. Ribarstvo | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-13-ribarstvo/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020f): Poglavlje 14. Saobraćajna politika | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-14-saobracajna-politika/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020g): Poglavlje 15. Energetika | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-15-energetika/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020h): Poglavlje 16. Porezi | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-16-porezi/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020i): Poglavlje 17. Ekonomska i monetarna unija | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-17-ekonomska-i-monetarna-unija/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020j): Poglavlje 18. Statistika | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-18-statistika/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020k): Poglavlje 19. Socijalna politika i zapošljavanje | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-19-socijalna-politika-i-zaposljavanje/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020l): Poglavlje 2. Sloboda kretanja radnika | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-2-sloboda-kretanja-radnika-2/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020m): Poglavlje 20. Preduzetništvo i industrijska politika | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-20-preduzetnistvo-i-industrijska-politika/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020n): Poglavlje 21. Trans-evropske mreže | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-21-trans-evropske-mreze/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020o): Poglavlje 22. Regionalna politika i koordinacija strukturnih instrumenata | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-22-regionalna-politika-i-koordinacija-strukturnih-instrumenata/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020p): Poglavlje 23. Pravosuđe i temeljna prava | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-23-pravosudje-i-temeljna-prava/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020q): Poglavlje 24. Pravda, sloboda i bezbjednost | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-24-pravda-sloboda-i-bezbjednost/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020r): Poglavlje 25. Nauka i istraživanje | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-25-nauka-i-istrazivanje/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020s): Poglavlje 26. Obrazovanje i kultura | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-26-obrazovanje-i-kultura/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020t): Poglavlje 27. Životna sredina i klimatske promjene | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-27-zivotna-sredina-i-klimatske-promjene/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020u): Poglavlje 28. Zaštita potrošača i zdravlja | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-28-zastita-potrosaca-i-zdravlja/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020v): Poglavlje 29. Carinska unija | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-29-carinska-unija/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020w): Poglavlje 3. Pravo osnivanja preduzeća i sloboda pružanja usluga | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-3-pravo-osnivanja-preduzeca-i-sloboda-pruzanja-usluga/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020x): Poglavlje 30. Vanjski odnosi | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-30-vanjski-odnosi/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

ME4EU (2020y): Poglavlje 31. Vanjska, bezbjednosna i odbrambena politika | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-31-vanjska-bezbjednosna-i-odbrambena-politika/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.

- ME4EU (2020z): Poglavlje 32. Finansijski nadzor | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-32-finansijski-nadzor/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- ME4EU (2020aa): Poglavlje 33. Finansijske i budžetske odredbe | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-33-finansijske-i-budzetske-odredbe/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- ME4EU (2020ab): Poglavlje 4. Sloboda kretanja kapitala | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-4-sloboda-kretanja-kapitala/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- ME4EU (2020ac): Poglavlje 5. Javne nabavke | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-5-javne-nabavke/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- ME4EU (2020ad): Poglavlje 6. Privredno pravo | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-6-privredno-pravo/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- ME4EU (2020ae): Poglavlje 7. Pravo intelektualne svojine | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-7-pravo-intelektualne-svojine/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- ME4EU (2020af): Poglavlje 8. Konkurencija | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-8-konkurencija/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- ME4EU (2020ag): Poglavlje 9. Finansijske usluge | EUME. Online verfügbar unter <https://www.eu.me/poglavlje-9-finansijske-usluge/>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 23.09.2023.
- Memeti, Ardit (2014): Rule of law through judicial Reform. A key to the EU accession of the Western Balkans. In: *Contemporary Southeastern Europe* 1 (1), S. 58–67.
- Mendelski, Martin (2016): Europeanization and the Rule of Law: Towards a Pathological Turn. In: *Southeastern Europe* 40 (3), S. 346–384.
- Mendelski, Martin (2018): The Rule of Law (in Central and Eastern Europe). In: Adam Fagan und Petr Kopecký (Hg.): *The Routledge handbook of East European politics*. First issued in paperback. London, New York: Routledge, Taylor & Francis Group (Routledge handbooks), S. 113–125.
- Mendelson, Sarah Elizabeth; Glenn, John K. (2002): *The Power and Limits of NGOs. A Critical Look at Building Democracy in Eastern Europe and Eurasia*. New York: Columbia University Press.
- Mercer, Claire (2002): NGOs, civil society and democratization: a critical review of the literature. In: *Progress in Development Studies* 2 (1), S. 5–22. DOI: 10.1191/1464993402ps027ra.
- Merkel, Wolfgang (1996a): Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 303–333.

- Merkel, Wolfgang (Hg.) (1996b): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang (1997a): Parteien und Parteiensysteme im Transformationsprozess: Ein interregionaler Vergleich. In: Wolfgang Merkel (Hg.): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß. Opladen: Leske und Budrich, S. 337–361.
- Merkel, Wolfgang (Hg.) (1997b): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß. Opladen: Leske und Budrich.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen.
- Merkel, Wolfgang (Hg.) (2000): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang (2004): Embedded and Defective Democracies. In: *Democratization* 11 (5), S. 33–58. DOI: 10.1080/13510340412331304598.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang; Croissant, Aurel (2000): Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien. In: *PVS* 41 (1), S. 3–30. DOI: 10.1007/s11615-000-0002-9.
- Merkel, Wolfgang; Lauth, Hans-Joachim (1998): Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6 (7), S. 3–12.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen (1999): Von der Diktatur zur Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen (Hg.) (2003): Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eicher, Claudia; Thiery, Peter (2003): Defekte Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang; Sandschneider, Eberhard; Segert, Dieter (1996): Systemwechsel 2 Die Institutionalisierung der Demokratie. Die Institutionalisierung der Demokratie. Wiesbaden: Springer Verlag (Systemwechsel).
- Merkel, Wolfgang; Thiery, Peter (2002): Vergleichende Regierungslehre: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang; Thiery, Peter (2010): Systemwechsel. In: Hans-Joachim Lauth (Hg.): Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Springer, S. 186–212.
- Miković Danijela (2003) :Zaklade i filantropija u Hrvatskoj, Istraživanje i izvještaj sastavljeni u sklopu AED CroNGO Programa, USAID, Zagreb - [https://udruga.gov.hr/UserDocsImages/userfiles/file/filantrop%20-%20cro\(1\).pdf](https://udruga.gov.hr/UserDocsImages/userfiles/file/filantrop%20-%20cro(1).pdf), zuletzt geprüft am 29.01.2024
- Miladinović, Snežana (1998/1999): Odredbe Opšteg imovinskog zakonika za Knjaževinu Crnu Goru o zakladama — zadužbinama, Podgorica, Zbornik Pravnog fakulteta, 1998/1999, 175-185

- Miladinović, Snežana (2002): *Zadužbine*, Beograd: Službeni glasnik
- Milačić, Filip (2017): *Nationalstaatsbildung, Krieg und Konsolidierung der Demokratie*: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Milačić, Filip (2022): *Stateness and Democratic Consolidation*. Cham: Springer International Publishing.
- Mill, John Stuart (1873): *Betrachtungen über die Repräsentativregierung*. Leipzig: Füs.
- Milošević, Milena; Muk, Stevo (2016): *Back to basics: Re-affirming the rule of law in the Western Balkans*. Podgorica, Montenegro: Institute Alternativa.
- Ministarstvo pravde: *Vjerske zajednice koje su upisane u u Jedinstvenu evidenciju vjerskih zajednica (Knjiga Evidentiranih vjerskih zajednica i Knjiga Registrovanih vjerskih zajednica)*, <https://www.gov.me/clanak/vjerske-zajednice-koje-su-upisane-u-jedinstvenu-evidenciju-vjerskih-zajednica>, zuletzt geprüft am 29.01.2024
- Ministarstvo unutrašnjih poslova (2004): *Zakona o političkim partijama*. Službeni list RCG", br. 21/2004 od 31.3.2004. Online verfügbar unter <https://www.gov.me/dokumenta/fff924fb-7c2c-4f9d-a773-a6e66fcee1ac>, zuletzt geprüft am 15.09.2023.
- Mišković, Svetlana (2011): *Osnovi Demokratije i njen Nastanak u Crnoj Gori*. In: *Matica*.
- Morrison, Kenneth (2009): *Montenegro: A Modern History*: I.B. Tauris & Company, Limited.
- Morrison, Kenneth (2012): *Montenegro: A Polity in Flux 1989-2000*. In: Charles Ingrao und Thomas A. Emmert (Hg.): *Confronting the Yugoslav Controversies*: Purdue University Press, S. 426–456.
- Morrison, Kenneth (2018): *Nationalism, Identity and Statehood in Post-Yugoslav Montenegro*. Paperback edition. London, New York, NY: Bloomsbury Academic.
- Muk, Stevo; Uljarević, Daliborka; Brajović, Srdjan (2006): *Weak Transition, Uncertain Future*. Podgorica, Montenegro: Studio Mouse.
- Munck, Gerardo L. (2011): *Democratic Theory after Transitions from Authoritarian Rule*. In: *Perspectives on Politics* 9 (2), S. 333–343. DOI: 10.1017/S1537592711000600.
- Muukkonen, Martti (2009): *Framing the Field*. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 38 (4), S. 684–700. DOI: 10.1177/0899764009333245.
- Nacevska, Elena; Stankov, Nemanja (2020): *Development Processes for Changing the Party System in Slovenia and Montenegro*. In: *Politics in Central Europe* 16 (3), S. 623–645. DOI: 10.2478/pce-2020-0028.
- Nohlen, Dieter (Hg.) (2015): *Kleines Lexikon der Politik*. Unter Mitarbeit von Dieter Nohlen. 6., überarb. und aktualisierte Aufl. München: Beck (C.H. Beck Paperback).
- Nohlen, Dieter/Thibaut, Bernhard (1994): *Transitionsforschung zu Lateinamerika. Ansätze, Konzepte, Thesen*. In: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 193–228.
- Nozar, Wolfgang (2012): *Clingendael Institute | Clingendael*. Hg. v. Clingendael Netherlands. Institute of International Relations. Online verfügbar unter <https://www.clingendael.org/>, zuletzt aktualisiert am 25.07.2021, zuletzt geprüft am 25.07.2021.

- O'Brennan, John (2013): The European Commission, Enlargement Policy and Civil Society in the Western Balkans. In: Vesna Bojicic-Dzelilovic, James Ker-Lindsay und Denisa Kostovicova (Hg.): *Civil Society and Transitions in the Western Balkans*. London: Palgrave Macmillan UK, S. 29–46.
- O'Donnell, Guillermo (1992): Transitions, Continuities, and Paradoxes. In: Scott Mainwaring, Guillermo O'Donnell und Valenzuela J. Samuel (Hg.): *Issues in Democratic Consolidation. New South American Democracies in Comparative Perspective: Univ. Notre Dame P.*, S. 17–56.
- O'Donnell, Guillermo A.; Schmitter, Philippe C. (Hg.) (1986): *Transitions From Authoritarian Rule*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- O'Donnell, Guillermo A.; Schmitter, Philippe C.; Whitehead, Laurence (1991): *Transitions From Authoritarian Rule*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Offe, Claus (1997): Die politisch-kulturelle Innenseite der Konsolidierung. In: Jan Wielgohs und Helmut Wiesenthal (Hg.): *Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive* : Jan Wielgohs, Helmut Wiesenthal (Hg.). Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, S. 214–220.
- Official Gazette No. 27 (1999): *Law on Non-Governmental Organizations (1999)*.
- Olsen, Johan P. (2002): The Many Faces of Europeanization. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 40 (5), S. 921–952. DOI: 10.1111/1468-5965.00403.
- Orlović, Slaviša (Hg.) (2012): *Demokratske performanse parlamenata Srbije, Bosne i Hercegovine i Crne Gore*. Beograd, Podgorica, Sarajevo: Univerzitet, Fakultet političkih nauka; Fakultet političkih nauka--Univerzitet Crne Gore; Sarajevski otvoreni centar.
- Osborne, Stephen P. (2012): *The Third Sector in Europe. Prospects and Challenges*. London: Routledge (Routledge studies in the management of voluntary and non-profit organizations, 8).
- OSCE/ODHIR (1997): *Republic of Montenegro. Presidential Election 5th and 18th October 1997. Final Report*.
- Paleviq, Edina (2020): Ethno–Nationalism in Montenegro, Kosovo and Serbia During the Pandemic. In: *Humanisticke Studije* 8, S. 65–80. Online verfügbar unter <http://humanistickestudije.me/en/hs8-2020/>.
- Papović, Dragutin (2009): Primjeri filantropije u Crnoj Gori do kraja XX vijeka. In: *Podgorica. FAKT*.
- Parliamentary Assembly of the Council of Europe (2007): *Opinion No.261 (2007), Accession of the Republic of Montenegro to the Council of Europe, vom 17 April*.
- Passarelli, Gianluca (Hg.) (2019): *The Presidentialisation of Political Parties in the Western Balkans*. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan.
- Pavlović, Srdja (2003a): Literature, Social Poetics, and Identity Construction in Montenegro. In: *International Journal of Politics, Culture and Society* 17 (1), S. 131–165. DOI: 10.1023/A:1025345111795.
- Pavlović, Srdja (2003b): Who are Montenegrins? Statehood, identity, and civic society. In: Florian Bieber (Hg.): *Montenegro in Transition. Problems of Identity and Statehood*. Baden-Baden: Nomos, S. 83–106.

Pech, Laurent (2009): The Rule of Law as a Constitutional Principle of the European Union. In: *SSRN Journal*. DOI: 10.2139/ssrn.1463242.

Pejović, Aleksandar Andrija: Amendments to the Constitution in the Area of Judiciary in the Candidate Countries for the Membership in the EU – The Examples of Montenegro, Albania and Serbia. In: *Conference Proceedings: THE NEXT SEVEN OF THE EUROPEAN UNION Reports from the Seventh International Scientific Conference of the European Studies Department, Faculty of Philosophy at Sofia University "St. Kliment Ohridski" 2020*, S. 119–134.

Pejović, Aleksandar Andrija (2018a): The New Approach of the European Union in Accession Negotiations – the Focus on Chapters 23 “Judiciary and Fundamental Rights” and 24 – “Justice, Freedom and Security”. In: *Universitet za nacionalno i svetovno stopanstvo*, S. 71–85.

Pejović, Aleksandar Andrija (2018b): The New Approach of the European Union in Accession Negotiations - The Focus on Chapters 23 Judiciary and Fundamental Rights and 24 Justice, Freedom and Security. In: *Papers from the Fifth International Scientific Conference of the European Studies Department United We Stand Strong, Sofia, St. Kliment Ohridski University Press*, S. 73–85.

Pejović, Aleksandar Andrija (2021): Is There any Future for the EU Enlargement in the Western Balkans? Papers from the Eighth International Scientific Conference of the European Studies Department, Faculty of Philosophy at Sofia University “St. Kliment Ohridski”.

Petersen, Roger Dale (2011): *Western Intervention in the Balkans. The Strategic Use of Emotion in Conflict*. New York, NY: Cambridge University Press (ACLS Humanities E-Book).

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (1993): Zum Stand der Demokratisierung in Ost-Mitteleuropa. In: Fritz Plasser und Peter A. Ulram (Hg.): *Transformation oder Stagnation? Aktuelle politische Trends in Osteuropa*. Wien: Signum Verlag (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Bd. 2), S. 9–89.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Waldrauch, Harald (1997): *Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung*. Wien: Verlag Leske & Budrich.

Politikon Mreža: <https://politikon.me/about/>, zuletzt geprüft am 29.01.2024

Powell, Frederick W. (2013): *The politics of civil society. Big society and small government?* 2nd edition. Bristol: Policy.

Pridham, Geoffrey (1995): The International Context of Democratic Consolidation. In: Richard Gunther, Nikiforos P. Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (Hg.): *The politics of democratic consolidation. Southern Europe in comparative perspective*. Unter Mitarbeit von Richard Gunther, Nikiforos P. Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle. Baltimore, Md., London: The Johns Hopkins University Press (The New Southern Europe), S. 166–203.

Pridham, Geoffrey (2005): *Designing democracy. Eu enlargement and regime change in post-communist europe*. New York: Palgrave Macmillan.

Priemer, Jana (2015): *Zivilgesellschaftliches Engagement für Bildung. Ziviz-Survey*. Unter Mitarbeit von Christine Beyer und Lena Ziyal. Berlin: Geschäftsstelle ZiviZ im Stifterverband.

- Priemer, Jana; Corcoran-Schliemann, Bianca; Geue, Daniela; Krimmer, Holger; Schulz-Sandhof, Karsten (2019): Finanzierung der Zivilgesellschaft. In: Holger Krimmer (Hg.): Datenreport Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 113–144.
- Priemer, Jana, & Mohr, Veronika (2018): Vereine, Stiftungen und Co: Die neuen Bildungsakteure? 1. Auflage. Essen, Ruhr: Verwaltungsgesellschaft f. Wissenschaftspflege.
- Przeworski, Adam (1986): Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: Guillermo A. O'Donnell und Philippe C. Schmitter (Hg.): Transitions From Authoritarian Rule. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 47–63.
- Przeworski, Adam (1988): Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: Laurence Whitehead, Guillermo A. O'Donnell und Philippe C. SCHMITER (Hg.): Transitions from authoritarian rule. Comparative perspectives. Baltimore, London: The Johns Hopkins University Press (Political science. A Johns Hopkins paperback), S. 47–63.
- Przeworski, Adam (1991): Democracy and the Market: Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. New York: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Antonio, José (2000): Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950–1990. New York: Cambridge University Press.
- Putnam, Robert (2000): Bowling Alone. New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert D. (1994): Making Democracy Work. Civic traditions in modern Italy. Utrecht: Prographics Inc.
- Rabynovych, Maryna (2016): The Substance of the EU Democracy Promotion in Ukraine: Is Embedded Democracy the Right Concept? In: *IAPSS Politikon* 30, S. 5–31. DOI: 10.22151/politikon.30.1.
- Radaelli, Claudio M. (1997): How does Europeanization Produce Domestic Policy Change? In: *Comparative Political Studies* 30 (5), S. 553–575. DOI: 10.1177/0010414097030005002.
- Radaelli, Claudio M. (2003): The Europeanization of Public Policy. In: Kevin Featherstone und Claudio M. Radaelli (Hg.): The Politics of Europeanization: Oxford University Press Oxford, S. 27–56.
- Rakitić, Dušan S. (2015): Judicial Application of International Law in Montenegro. In: Siniša Rodin und Tamara Perišin (Hg.): Judicial Application of International Law in Southeast Europe. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg, S. 221–242.
- Rastoder, Šerbo (2003): A short review of the history of Montenegro. In: Florian Bieber (Hg.): Montenegro in Transition. Problems of Identity and Statehood. Baden-Baden: Nomos, S. 107–138.
- Rastoder, Šerbo (2013): Crna Gora 1989–2006. Prilog za modernu istoriju Crne Gore. In: *Crnogorski anali* 1 (4), S. 5–34.
- Registar nevladinih organizacija: <https://ngo.gov.me/>, zuletzt geprüft am 29.01.2024
- Reiber, Tatjana (2009): Instrumente der Demokratieförderung? Wer, wann, wie? Eine Strukturierung von Erfolgsbedingungen. In: Gero Erdmann und Marianne Kneuer (Hg.): Externe Faktoren der Demokratisierung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 213–234.

- Reichardt, Sven (2004): Gewalt und Zivilität im Wandel. Konzeptionelle Überlegungen zur Zivilgesellschaft aus historischer Sicht. In: Dieter Gosewinkel, Dieter Rucht, Wolfgang den van Daele und Jürgen KOCKA (Hg.): *Zivilgesellschaft - national und transnational*. Berlin: Sigma, S. 61–81.
- Reinhard, Janine (2010): EU Democracy Promotion through Conditionality in its Neighbourhood: The Temptation of Membership Perspective or Flexible Integration? In: *Caucasian Review of International Affairs* 4 (3), S. 196–213. Online verfügbar unter http://cria-online.org/journal/12/done_eu_democracy_promotion_through_conditionality_in_its_neighbourhood_janine_reinhard.pdf.
- Ribić, Vladimir (2012): The Political Mobilization of Montenegrin Communists in The “Anti-bureaucratic Revolution”. In: *EAP / IEA* 7 (4), S. 1079–1101. DOI: 10.21301/eap.v7i4.10.
- Riedel, Manfred (1962): Hegels "Bürgerliche Gesellschaft" und das Problem ihres Geschichtlichen Ursprungs. In: *Archiv Für Rechts- Und Sozialphilosophie* (48), S. 539–566. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/23678133>.
- Roberts, Elizabeth (2007): *Realm of the Black Mountain. A history of Montenegro*. London: Hurst.
- Roginsky, Sandrine; Shortall, Sally (2009): Civil society as a contested field of meanings. In: *International Journal of Sociology and Social Policy* 29 (9/10), S. 473–487. DOI: 10.1108/01443330910986261.
- Ronit, Karsten; Porter, Tony (2015): Harold D. Lasswell, *The Decision Process: Seven Categories of Functional Analysis*. In: Steven J. Balla, Martin Lodge und Edward Page (Hg.): *The Oxford Handbook of Classics in Public Policy and Administration*. First edition. Oxford, United Kingdom: Oxford University Press, S. 54–68.
- Rose, Richard (1974): *The problem of party government*. London: Macmillan.
- Rosenblum, Nancy L.; Post, Robert C. (2002): Introduction. In: Nancy L. Rosenblum und Robert C. Post (Hg.): *Civil Society and Government*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rüb, Friedbert W. (2002): Hybride Regime – Politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus? Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie. In: Petra Bendel, Aurel Croissant und Friedbert W. Rüb (Hg.): *Zwischen Demokratie und Diktatur*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93–118.
- Sabatier, Paul A.; Jenkins-Smith, Hank C. (1993): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. [pbk. ed.]. Boulder: Westview Press (Theoretical lenses on public policy).
- Sabatier, Paul A.; Weible, Christopher M. (Hg.) (2015): *Theories of the Policy Process*. Third edition. Boulder, Colorado, Boston, Massachusetts: Westview Press, a member of the Persus Books Group; Credo Reference.
- Salamon, Lester M. (1994): The Rise of the Nonprofit Sector. In: *Foreign Affairs* 73 (4), S. 109. DOI: 10.2307/20046747.
- Salamon, Lester M.; Anheier, Helmut K. (1992): In search of the non-profit sector II: The problem of classification. In: *International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 3 (3), S. 267–309. DOI: 10.1007/BF01397460.

- Salamon, Lester M.; Anheier, Helmut K. (1998): Social Origins of Civil Society: Explaining the Nonprofit Sector Cross-Nationally. In: *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 9 (3), S. 213–248. DOI: 10.1023/A:1022058200985.
- Sanchez Salgado, Rosa (2014): *Europeanizing Civil Society. How the EU Shapes Civil Society Organizations*. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan (Palgrave Studies in European Political Sociology).
- Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sartori, Giovanni (1994): *Comparative constitutional engineering. An inquiry into structures, incentives, and outcomes*. First published. New York: New York University Press. Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0807/94026676-b.html>.
- Sartori, Giovanni (2005a): *Classics. Parties and Party Systems : A Framework for Analysis: Unspecified*.
- Sartori, Giovanni (2005b): *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*. Colchester: ECPR Press.
- Schimmelfennig, Frank (2008): EU political accession conditionality after the 2004 enlargement: consistency and effectiveness. In: *Journal of European Public Policy* 15 (6), S. 918–937. DOI: 10.1080/13501760802196861.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2004): Governance by conditionality: EU rule transfer to the candidate countries of Central and Eastern Europe. In: *Journal of European Public Policy* 11 (4), S. 661–679. DOI: 10.1080/1350176042000248089.
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (Hg.) (2005a): *The Europeanization of Central and Eastern Europe. Introduction: Conceptualizing the*. Ithaca, NY: Cornell Univ. Press (Cornell paperbacks).
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (Hg.) (2005b): *The politics of European Union enlargement. Theoretical approaches*. London: Routledge (Routledge advances in European politics, 30).
- Schimmelfennig, Frank; Sedelmeier, Ulrich (2007): *Candidate Countries and Conditionality*. In: Paolo Graziano und Maarten P. Vink (Hg.): *Europeanization - New research agendas*. Houndmills, New York: Palgrave Macmillan, S. 88–101.
- Schmidt, Vivien A.; Radaelli, Claudio M. (2004): Policy Change and Discourse in Europe: Conceptual and Methodological Issues. In: *West European Politics* 27 (2), S. 183–210. DOI: 10.1080/0140238042000214874.
- Schmitter, Philippe C. (1993): *Some propositions about civil society and the consolidation of democracy*. (Forschungsberichte, 10) Wien: Institut für Höhere Studien.
- Schneider, Eberhard (1997): *Begriffe und theoretische Konzepte zur politischen Transformation*. In: Hans-Hermann Höhmann (Hg.): *Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation*. München, Wien: Carl Hanser Verlag (Jahrbuch ... / Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, 1996/97), S. 17–25.
- Schofer, Evan; Fourcade-Gourinchas, Marion (2001): The Structural Contexts of Civic Engagement: Voluntary Association Membership in Comparative Perspective. In: *American Sociological Review* 66 (6), S. 806. DOI: 10.2307/3088874.

Schofer, Evan; Longhofer, Wesley (2011): The Structural Sources of Association. In: *American Journal of Sociology* 117 (2), S. 539–585. DOI: 10.1086/661593.

Schuman, Michael (2004): Serbia and Montenegro. New York: Facts On File (Nations in transition).

Schumpeter, Joseph A. (1942): *Capitalism, Socialism and Democracy*. 1st ed. London: Taylor and Francis.

Sedelmeier, Ulrich (2011): Europeanisation in new member and candidate states. In: *Living Rev. Euro. Gov.* 6. DOI: 10.12942/lreg-2011-1.

Sejfića, Ismet (2007): From the "Civil Sector" to Civil Society? Progress and Prospects. In: Martina Fischer (Hg.): *Ten years after Dayton. Peacebuilding and civil society in Bosnia-Herzegovina*. Berlin, Münster: LIT, S. 125–140.

Sepos, A. (2008): *Europeanization of cyprus. Polity, policies and politics*. [Place of publication not identified]: Palgrave Macmillan.

Shapovalova, Natalia; Youngs, Richard (2014): The Changing Nature of EU Support to Civil Society. In: Timm Beichelt, Irene Hahn-Fuhr, Frank Schimmelfennig und Susann Worschech (Hg.): *Civil Society and Democracy Promotion*. London: Palgrave Macmillan UK, S. 86–109.

Shils, Edward (1991): The Virtue of Civil Society. In: *Gov. & oppos.* 26 (1), S. 3–20. DOI: 10.1111/j.1477-7053.1991.tb01120.x.

Simon, Herbert Alexander (1996): *The Sciences of the Artificial*. 3. ed., [Nachdr.]. Cambridge, Mass.: MIT Press.

Skocpol, Theda (2003): *Diminished Democracy. From Membership to Management in American Civic Life*. 4th printing. Norman: University of Oklahoma Press (The Julian J. Rothbaum Distinguished Lecture Series, volume 8).

Skocpol, Theda; Fiorina, Morris P. (1999): *Civic engagement in American democracy*. Washington, D.C., New York: Brookings Institution Press; Russell Sage Foundation.

Skupština Crne Gore (2023a): O Skupštini - Skupština Crne Gore. Online verfügbar unter <https://www.skupstina.me/me/skupstina/o-skupstini>, zuletzt aktualisiert am 31.08.2023, zuletzt geprüft am 15.09.2023.

Skupština Crne Gore (2023b): Početna stranica - Skupština Crne Gore. Online verfügbar unter <https://www.skupstina.me/>, zuletzt aktualisiert am 31.08.2023, zuletzt geprüft am 15.09.2023.

Skupština Crne Gore (2023c): Prethodni sazivi - Skupština Crne Gore. Online verfügbar unter <https://www.skupstina.me/me/poslanice-i-poslanici/prethodni-sazivi>, zuletzt aktualisiert am 31.08.2023, zuletzt geprüft am 15.09.2023.

Skupština Crne Gore (2023d): Skupština Crne Gore. Online verfügbar unter <https://www.skupstina.me/me/radna-tijela/zenski-klub>, zuletzt aktualisiert am 31.08.2023, zuletzt geprüft am 15.09.2023.

Službeni list Crne Gore, 074/19 od 30.12.2019, 008/21 od 26.01.2021: Zakon o slobodi vjerspovijesti ili uvjerenja i pravnom položaju vjerskih zajednica.

Službeni list Crne Gore, 39/11. Zakon o nevladinim organizacijama.

Službeni list FNRJ", 20/55: Zakon o nasljeđivanju

Službeni list SFRJ, 12/65: Zakon o nasleđivanju

Sokolić, Ivor; Kostovicova, Denisa; Fagan, Adam (2020): Civil society in the post-Yugoslav space: The test of discontinuity and democratization. In: Othon Anastasakis, Adam Bennett, David Madden und Adis Merdzanovic (Hg.): The legacy of Yugoslavia. Politics, economics and society in the modern Balkans. Paperback edition. London: I.B. Tauris, S. 39–58.

Stankov, Nemanja (2019): Springing up like mushrooms after the rain: „New” parties in Montenegro’s institutionalised party system. In: *Politics in Central Europe* 15 (1), S. 163–185. DOI: 10.2478/pce-2019-0007.

Sudovi (2022). Online verfügbar unter <https://www.sudovi.me/sdvi>, zuletzt aktualisiert am 02.06.2022, zuletzt geprüft am 15.09.2023.

Sundstrom, Lisa McIntosh (2005): Foreign Assistance, International Norms, and NGO Development: Lessons from the Russian Campaign. In: *Int. Org.* 59 (02). DOI: 10.1017/S0020818305050149.

Szolucha, Anna (2010): The EU and ‘Enlargement Fatigue’: Why Has the European Union Not Been Able to Counter ‘Enlargement Fatigue’? In: *JCER* 6 (1), S. 107–122. DOI: 10.30950/jcer.v6i1.124.

Tamanaha, Brian Z. (2012): *On the Rule of Law*: Cambridge University Press.

Tanner, Michael (1996): *The end of welfare. Fighting poverty in the civil society*. Washington, D.C.: Cato Institute.

Tiernan, Anne; Burke, Terry (2002): A Load of Old Garbage: Applying Garbage–Can Theory to Contemporary Housing Policy. In: *Aust J Pub Admin* 61 (3), S. 86–97. DOI: 10.1111/1467-8500.00287.

Treadway, John D. (1983): *The Falcon and the Eagle. Montenegro and Austria-Hungary, 1908-1914*. 1st paperback ed. West Lafayette, Ind.: Purdue University Press.

Treib, Oliver (2014): Implementing and complying with EU governance outputs. In: *Living Rev. Euro. Gov.* 9. DOI: 10.12942/lreg-2014-1.

Uhlin, Anders (2006): *Post-Soviet Civil Society. Democratization in Russia and the Baltic States*. London, New York: Routledge (BASEES/RoutledgeCurzon Series on Russian and East European Studies, 25).

Uhlin, Anders (2009): Which Characteristics of Civil Society Organizations Support What Aspects of Democracy? Evidence from Post-communist Latvia. In: *International Political Science Review* 30 (3), S. 271–295. DOI: 10.1177/0192512109105639.

Ustav Crne Gore (2007): Službeni list Crne Gore br. 1/2007.

Vachudova, Milada Anna (2005): *Europe undivided. Democracy, leverage, and integration after communism*. Oxford: Oxford Univ. Press (Oxford Scholarship Online).

van Dijk, Pieter (2007): The Venice Commission on certain aspects of the application of the European Convention on Human Rights. In: *Ratione personae*, S. 183–202.

Vlada Crne Gore (2012): Odluka o uspostavljanju strukture za pregovore o pristupanju Crne Gore Evropskoj uniji, vom Službeni list Crne Gore, broj 9/12.

Vlada Crne Gore (2022a): Lista predstavnika NVO koji su predloženi za člana/icu radnih grupa za 33 pregovaračka poglavlja. Online verfügbar unter <https://www.gov.me/dokumenta/ba97da19-acb0-40be-9556-da64e786300e>, zuletzt aktualisiert am 2022, zuletzt geprüft am 29.09.2023.

Vlada Crne Gore (2022b): Predlog odluke o uspostavljanju strukture za pregovore o pristupanju Crne Gore Evropskoj uniji. „Službeni list CG“, br. 80/08, 14/17, 28/18 i 63/22, vom 03.08.2022. Online verfügbar unter <https://www.gov.me/dokumenta/9a5eb6c4-6151-4027-ba62-239fe36eafad>, zuletzt geprüft am 24.09.2023.

Vlada Crne Gore: Nevladine Organizacije, <https://www.gov.me/clanak/nevladine-organizacije>, zuletzt geprüft am 29.01.2024

Vlada Crne Gore: Uputstvo o kriterijumima i postupku izbora predstavnika nevladinih organizacija u radna i druga tijela Ministarstva ekonomije 2011, <https://www.gov.me/dokumenta/aaf18c08-82c2-404d-b816-05ae115770d6>, zuletzt geprüft am 29.01.2024

Vladislavljević, Nebojša (2008): Serbia's antibureaucratic revolution. Milošević, the fall of communism and nationalist mobilization. Basingstoke, New York: Palgrave Macmillan.

Vučković, Vladimir (2016): The Europeanization of Political Parties in Montenegro. In: *Romanian Journal of European Affairs* 16 (3), S. 36–55.

Vučković, Vladimir (2019): Pregovaračka struktura u Crnoj Gori i komparativna iskustva. jesmo li pronašli najbolji model?: Centar za građansko obrazovanje.

Vučković, Vladimir (2021): Europeanizing Montenegro. The European Union, the rule of law, and regional cooperation. Lanham, Maryland: Lexington Books.

Vučković, Vladimir; Popović, Mira; Gazivoda, Siniša (2020): Long Road to Justice. Reform of judiciary in Montenegro: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <https://media.cgo-cce.org/2021/01/fes- publikacija-dug-put-do-pravde-eng.pdf>.

Vujadinović, Dragica (2009): Civilno društvo i političke institucije. Srbija u vrtlogu promena. Beograd: Prav. Fak. Univerziteta (Biblioteka Monografije / Pravni Fakultet Univerziteta u Beogradu, Pravoslavni Bogoslovski Fakultet Univerziteta u Beogradu ; Javno Preduzeće "Službeni Glasnik" ; 30).

Vujošević, Ana: Working Groups for the Preparation and Conduct of Negotiations with the EU. Importance, Role and Position of Members. Podgorica: Centre for Civic Education.

Vujović, Zlatko (2017): Montenegro. In: Peter Vador, Nicole Traxler, Reinhard Millner und Michael Meyer (Hg.): Civil society in Central and Eastern Europe. Challenges and opportunities. Vienna, Austria: ERSTE Stiftung (ERSTE Stiftung studies), S. 246–265.

Vujović, Zlatko; Komar, Olivela; Bošković, Danijela (2005): Status i finansiranje političkih partija u Crnoj Gori. In: *Podgorica. CeMI*.

Vujović, Zlatko; Tomović, Nikoleta (2019): The Presidentialisation of Political Parties in Montenegro: A Limited Semi-presidentialism. In: Gianluca Passarelli (Hg.): The Presidentialisation of Political Parties in the Western Balkans. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan, S. 119–144.

Vukčević, Mladen; Bošković, Miloš (2016): Judicial System in Montenegro (Historical Development, Basic Principles, and Organisation). In: *Law & Justice Review* 13, S. 1–26.

- Vuković, Ivan (2011): The Post-communist Political Transition of Montenegro: Democratization Prior to Europeanization. In: *Journal of Contemporary European Studies* 2 (2010), S. 59–76.
- Vuković, Ivan (2015): Political Dynamics of the Post-communist Montenegro: One-Party Show. In: *Journal of Democratization* 22 (1), S. 73–91. DOI: 10.1080/13510347.2013.814642.
- Vuković, Ivan; Milačić, Filip (2016): Die Verfassung Montenegros. In: *OER* 62 (3), S. 339–351. DOI: 10.5771/0030-6444-2016-3-339.
- Warleigh, Alex (2001): 'Europeanizing' Civil Society: NGOs as Agents of Political Socialization. In: *JCMS: Journal of Common Market Studies* 39 (4), S. 619–639. DOI: 10.1111/1468-5965.00324.
- Warleigh, Alex (2006): Civil Society and Legitimate Governance in a Flexible Europe: Critical Deliberativism as a Way Forward. In: Stijn Smismans (Hg.): *Civil Society and Legitimate European Governance*. Cheltenham, UK: Edward Elgar, S. 68–88.
- Wedel, Janine (1986): *The Private Poland*. New York: Facts on File Publications.
- Weigle, Marcia A.; Butterfield, Jim (1992): Civil Society in Reforming Communist Regimes: The Logic of Emergence. In: *Comparative Politics* 25 (1), S. 1. DOI: 10.2307/422094.
- Weingarz, Stephan (2003): *Laboratorium Deutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften*. Münster: LIT (Regensburger Schriften aus Philosophie, Politik, Gesellschaft und Geschichte, Bd. 2).
- Weissenbach, Kristina (2016): *Parteienförderung im Transitionsprozess: Springer Fachmedien Wiesbaden*.
- Welzel, Christian (1999a): Humanentwicklung und der Phasenwechsel der Zivilgesellschaft: Ziviles Engagement in 50 Nationen. In: Hans-Joachim Lauth und Ulrike Liebert (Hg.): *Im Schatten demokratischer Legitimität*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 207–236.
- Welzel, Christian (1999b): Humanentwicklung und der Phasenwechsel der Zivilgesellschaft: Ziviles Engagement in 50 Nationen. In: Hans-Joachim Lauth und Ulrike Liebert (Hg.): *Im Schatten demokratischer Legitimität*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 207–236.
- Weyrauch, Vanessa (2008): *Civil Society and Good Governance*. Washington: The Centre for International Private Enterprise (CIPE)/National Endowment for Democracy (NED).
- Willetts, Peter (Hg.) (1996): *The Conscience of the World. The Influence of Non-Governmental Organizations in the U.N. System*. Washington: Brookings Institution Press.
- Wunsch, Natasha (2018): *EU Enlargement and Civil Society in the Western Balkans*. Cham: Springer International Publishing.
- Zahariadis, Nikolas (2009): Ambiguity and Multiple Streams. In: Paul A. Sabatier (Hg.): *Theories of the Policy Process*. 2nd ed. Boulder, CO: Westview Press, S. 65–92.
- Zakon o sudovima: Službei list RCG, br. 5/2002, 49/2004, 22/2008, 39/2011, 46/2013, 48/2013.
- Zimmer, Annette (2002): NGOs als Akteure einer internationalen Zivilgesellschaft. In: Christiane Frantz und Annette Zimmer (Hg.): *Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–25.

Zimmer, Annette (2010): Zivilgesellschaft und Demokratie in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels. In: *dms* 3 (1), S. 147–163. DOI: 10.3224/dms.v3i1.08.

Fragebogen und Übersicht der Interviewpartner:innen

Tabelle 16: Fragebogen

<p>Allgemeine Informationen:</p> <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Gründungsjahr<input type="checkbox"/> Aktuelle Projekte<input type="checkbox"/> Hauptspender<input type="checkbox"/> Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Analysegruppen, Medien, staatlichen Institutionen
<p>Kategorie 1: Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung</p> <ol style="list-style-type: none">1. Wie ist Ihre Organisation in die Entscheidungsprozesse der Regierung eingebunden?2. Welche konkreten Maßnahmen, wie finanzielle Unterstützung, Gesetzgebung, Umsetzung von Politiken, Bereitstellung von Ressourcen, Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen oder andere, fordert Ihre Organisation von der Regierung in einem bestimmten Bereich? Können Sie Ihre Erfahrungen teilen und den Verlauf dieses Prozesses beschreiben?3. Wie bewerten Sie die Transparenz und Verantwortlichkeit der Regierung in Bezug auf bestimmte politische Entscheidungen oder Programme?4. Wie würden Sie die Erfahrungen Ihrer Organisation in der Zusammenarbeit mit der Regierung bewerten und welche Herausforderungen haben Sie in diesem Prozess erlebt? Können Sie konkrete Projekte oder Initiativen nennen, die Ihre Organisation erfolgreich in Zusammenarbeit mit der Regierung umgesetzt hat?5. Wie reagiert die Regierung auf Kritik?
<p>Kategorie 2: Einfluss der EU-Integration auf die Zivilgesellschaft und politische Arbeit</p> <ol style="list-style-type: none">6. Wie hat sich der Integrationsprozess in die EU auf die Arbeit Ihrer Organisation ausgewirkt? Sind neue Möglichkeiten oder Herausforderungen als Ergebnis dieses Prozesses entstanden?7. Gibt es Zusammenarbeit zwischen Ihrer Organisation und den Institutionen der Europäischen Union? Wenn ja, mit welchen Institutionen und worum genau handelt es sich? Empfinden Sie diese Zusammenarbeit als erfolgreich?8. Wie überwacht und bewertet Ihre Organisation die Ergebnisse und Auswirkungen des Integrationsprozesses in die EU auf Ihre Arbeit?9. Bietet der EU-Integrationsprozess Chancen für die Entwicklung der Kapazitäten Ihrer Organisation?
<p>Kategorie 3: Zivilgesellschaftliche Organisationen in Verhandlungsgruppen</p> <ol style="list-style-type: none">10. Können Sie einen konkreten Fall oder eine Situation teilen, in der Ihre Organisation direkt Einfluss auf den Entscheidungsprozess im Rahmen des Verhandlungsteams für den EU-Beitritt von Montenegro genommen hat?11. Wie erfolgt der Informationsaustausch zwischen Ihrer Organisation und dem Verhandlungsteam für den EU-Beitritt von Montenegro? Gibt es spezielle Mechanismen, die Ihnen transparente Einblicke ermöglichen?12. Welche spezifischen Herausforderungen hat Ihre Organisation in der Zusammenarbeit mit dem Verhandlungsteam erlebt, und wie haben Sie diese Herausforderungen überwunden oder gelöst?13. Welche strategischen Ansätze oder Methoden verwendet Ihre Organisation, um nachhaltigen Einfluss auf die Entscheidungen des Verhandlungsteams für den EU-Beitritt von Montenegro zu erzielen?

Tabelle 17: Interviews mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

Organisation und Interviewpartner:inn	Datum	Ort der Interviews	Anmerkungen
MOGUL Džemal Perović	30.04.2023	Ulcinj	Sprache: Albanisch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Novi Horizont Nazif Veliq	04.05.2023	Ulcinj	Sprache: Albanisch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
SOS telefon za žene i djecu žrtve nasilja Ulcinj Hatidža Neljaj	05.05.2023	Ulcinj	Sprache: Albanisch, Tonqualität gut, Audioaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Multimedijal Montenegro Željko Djukić	28.11.2023	Zoom	Sprache: Montenegrinisch Videoqualität gut, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
CRNVO Zorana Marković	28.11.2023	Zoom	Sprache: Montenegrinisch Videoqualität gut, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Institut Alternativa Milena Muk	11.12.2023	Zoom	Sprache: Montenegrinisch Videoqualität gut, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
CGO Daliborka Uljarević	13.12.2023	Zoom	Sprache: Montenegrinisch Videoqualität gut, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin
Politikon Mreža Nikola Mumin	08.01.2023	Zoom	Sprache: Montenegrinisch Videoqualität gut, Videoaufzeichnung im Besitz der Verfasserin

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Auswahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen	27
Abbildung 2: Der Transitionsprozess	39
Abbildung 3: Das Mehrebenenmodell der Konsolidierung im Transitionsprozess	51
Abbildung 4: Ansätze und Mechanismen der Europäisierung	64
Abbildung 5: Interaktion zwischen den drei Bereichen der Gesellschaft	103
Abbildung 6: Der Policy-Cycle Prozess	109
Abbildung 7: Auswirkungen der Förderung spezifischer Funktionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf verschiedene Aspekte der Demokratisierung	124
Abbildung 8: Analysemodell	140
Abbildung 9: Zeta im 13. Jahrhundert	142
Abbildung 10: Chronologie des montenegrinischen Transitionsprozesses	149
Abbildung 11: Entwicklungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Montenegro ..	164
Abbildung 12: Struktur des montenegrinischen Gerichtssystems	188
Abbildung 13: Das Vertrauen in politische Institutionen 2020	199
Abbildung 14: Verhandlungsstruktur für die Durchführung der Beitrittsverhandlungen Montenegros zur EU	216
Abbildung 15: Von der Entwicklung zur der konsolidierten Zivilgesellschaft	239

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zivilgesellschaft in der ersten und zweiten Phase der Transition	172
Tabelle 2: Premierminister und Präsidenten, und ihre Parteizugehörigkeit seit 1990.....	185
Tabelle 3: Parteiensystem in Montenegro	193
Tabelle 4: Sitzverteilung im nationalen Parlament Montenegros	195
Tabelle 5: Verhandlungskapitel für Montenegro	207
Tabelle 6: Kategorien und Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisation im Jahr 2006.....	246
Tabelle 7: Kategorien und Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Jahr 2020.....	248
Tabelle 8:Zivilgesellschaft in den drei Phasen der Transition	300
Tabelle 9: Zusammenarbeitseffekte in der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Regierung	302
Tabelle 10: Regierungstransparenz	303
Tabelle 11: Auswirkungen der EU auf die Zivilgesellschaft	305
Tabelle 12: Überprüfung der Annahmen - Hypothese 1Überprüfung der Annahmen	305
Tabelle 13:Überprüfung der Annahmen - Hypothese 2	306
Tabelle 14: Überprüfung der Annahmen - Hypothese 3	306
Tabelle 15: Überprüfung der Annahmen - Hypothese 4	306
Tabelle 16: Fragebogen.....	343
Tabelle 17: Interviews mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.....	344

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktien Gesellschaft
AL	Albanska Lista/Albanische Liste
BCBP	Beogradski centar za bezbednosnu politiku/Belgrader Zentrum für Sicherheitspolitik
BS	Bošnjačka stranka/Bosniakische Partei
CDA	Critical Discourse Analysis
CDT	Centar za demokratsku tranziciju/ Zentrum für demokratischen Übergangs
CEDEM	Centar za demokratiju i ljudska Prava/Zentrum für Demokratie und Menschenrechte
CEGAS	The Center for Civil Liberties/ Das Zentrum für Bürgerrechte
CEMI	Centar za monitoring/Zentrum für Monitoring und Forschung
CEZAP	Centar za zaštitu potrošača/Zentrum für Verbraucherschutz
CGO	Centar za gradjansko obrazovanje/Das Zentrum für zivile Bildung
CRNVO	Centar za Razvoj Nevladinih Organizacija/Zentrum für die Entwicklung von Nichtregierungsorganisationen
CSI-SAT	Civil Society Index Shortened Assessment Tool
DPS	Demokratska Partija Socijalista/ Demokratische Partei der Sozialisten
EC	European Community
EGMR	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
EIDHR	Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte
EMIM	Evropski pokret u Crnoj Gori/Europäische Bewegung in Montenegro
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ESI	Europäische Struktur- und Investitionsfonds
ESVG	Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
FOSI	Foundation Open Society Institute
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGI	Hrvatska građanska inicijativa/Kroatische Zivil Initiative
HRS	Hrvatska reformska stranka/Kroatische Reformpartei
IM	Industria Mesa/Fleisch Industrie
INGO	Internationale Nichtregierungsorganisationen
IPA	Instrumenten für Heranführungshilfe

IPER	Institut za preduzetništvo i ekonomski razvoj/Institut für Unternehmertum und wirtschaftliche Entwicklung
IT	Informationstechnologie
IVK	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
JIS	Justizinformationssystem
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender
LGBTIQ	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex, Queer
LLC	Limited Liability Company
LS	Liberalna Stranka/Liberale Partei
LSCG	Liberalni Savez Crne Gore/Liberale Allianz Montenegros
MANS	Mreža za afirmaciju nevladinog sektora/Netzwerk zur Förderung des Nichtregierungssektors
MOGUL	Monitoring Group Ulcinj
MOK	Crnogorska Pravoslavna Crkva/Montenegrinisch-Orthodoxe Kirche
NATO	North Atlantic Treaty Organisation/Nordatlantikvertrag-Organisation
NCEI	Nationaler Konvent für Europäische Integration
NGO	Nongovernmental Organisation/ Nichtregierungsorganisationen
NS	Narodna Stranka/Volkspartei
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PHARE	Poland and Hungary: Assistance for Restructuring Economies
PVU	Prikazna vrednost u poslovima uvezivanja/Darstellung des Werts in Integrationsgeschäften
PzP	Pokret za Promjene/Bewegung für Wandel
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SAP	Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses
SDP	Socijaldemokratska partija Crne Gore/Sozialdemokratische Partei
SFRJ	Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawiens
SKCG	Savez komunista Crne Gore/Kommunistische Liga Montenegros
SNP	Socialisticka Narodna Partija/ Sozialistische Volkspartei
SOCen	Sociološki centar Crne Gore/Soziologisches Centrum von Montenegro
SOK	Srpska Pravoslavna Crkva/Serbisch-Orthodoxe Kirche
SOS	Telefon za Žene i Djecu Žrtve nasilja/Telefon für Frauen und Kinder Opfer von Gewalt
SSO	Savez socijalističke Omladine/Sozialistische Jugendgewerkschaft
SSRN	Socijalistički sindikat radničke klase/Sozialistische Arbeitergewerkschaft

UN	United Nations/Vereinte Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund/Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
USA	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika
USAID	United States Agency for International Development, United States Agency for International Development/Vereinigte Staaten für die Entwicklungszusammenarbeit
WB2EU	The Western Balkans on the search for new European and democratic Momentum/ Die Westbalkanstaaten auf der Suche nach neuem europäischem und demokratischem Schwung
ZID	Asocijacija za demokratski prosperitet/Verein für demokratischen Wohlstand